Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der SED

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITER BEWEGUNG

IN ACHT BÄNDEN

Dietz Verlag Berlin

Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der SED

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITER BEWEGUNG

BAND 6

Von Mai 1945 bis 1949

Dietz Verlag Berlin 1966

Autorenkollektiv: Walter Ulbricht (Vorsitzender), Horst Bartel, Lothar Berthold (Sekretär), Ernst Diehl, Friedrich Ebert, Ernst Engelberg, Dieter Fricke, Fritz Globig, Kurt Hager, Werner Horn, Bernard Koenen †, Wilhelm Koenen †, Albert Schreiner, Hanna Wolf

An der Ausarbeitung des Gesamtwerkes waren als Autoren beteiligt: Horst Bartel, Günter Benser, Lothar Berthold, Ernst Diehl, Stefan Doernberg, Rolf Dlubek, Gerhard Engel, Wilhelm Ersil, Herwig Förder, Dieter Fricke, Heinrich Gemkow, Heinz Heitzer, Werner Horn, Günter Hortzschansky, Annelies Laschitza, Bruno Löwel, Walter Nimtz, Walter Schmidt, Wolfgang Schumann, Walter Wimmer

Vorbemerkung

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist entsprechend der Periodisierung im „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" in 15 Kapitel eingeteilt und in acht Bänden zusammengefaßt:

Band 1 Kapitel I bis III: Von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts;
Band 2 Kapitel IV und V: Vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis 1917;
Band 3 Kapitel VI und VII: Von 1917 bis 1923;
Band 4 Kapitel VIII und IX: Von 1924 bis Januar 1933;
Band 5 Kapitel X und XI: Von Januar 1933 bis Mai 1945;
Band 6 Kapitel XII: Von Mai 1945 bis 1949;
Band 7 Kapitel XIII: Von 1949 bis 1955;
Band 8 Kapitel XIV und XV: Von 1956 bis Anfang 1963.

Jeder Band enthält Illustrationen, Dokumente, ein Personenverzeichnis und ein Verzeichnis geographischer Namen.

Bei der Ausarbeitung wurden das Autorenkollektiv und die Autoren außer vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED von folgenden Institutionen unterstützt: dem Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, der Parteihochschule „Karl Marx" beim Zentralkomitee der SED, dem Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und Instituten anderer Universitäten und Hochschulen, von verschiedenen Archiven sowie dem Institut für Stilistik und literarische Publizistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig.

Diesen Instituten sowie allen, die durch Einzeluntersuchungen, Berichte, Erschließung von Materialien und Dokumenten, durch Erinnerungen und Bemerkungen geholfen haben, sei an dieser Stelle gedankt.

Die Dokumente und Materialien im Anhang ergänzen die historische Darstellung. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und werden meistens nur auszugsweise wiedergegeben. Auf Auslassungen wird in den Überschriften hingewiesen und im laufenden Text durch drei Punkte aufmerksam gemacht. Auf Hervorhebungen wird verzichtet, ausgenommen die Arbeiten Karl Marx', Friedrich Engels' und W. I. Lenins. In der Regel wird als Quellenbeleg sowohl auf das Archiv oder die Erstveröffentlichung als auch auf eine heute allgemein zugängliche Publikation verwiesen. Programme und Statuten der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung wurden nicht abgedruckt, da sie in den Publikationen „Revolutionäre deutsche Parteiprogramme" und „Revolutionäre deutsche Parteistatuten" veröffentlicht werden. Das gilt im allgemeinen auch für die Beschlüsse der Parteitage und -konferenzen der SED, die in der Reihe „Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" fortlaufend erscheinen.

Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Die Herausbildung des sozialistischen Lagers. Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei für die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Die Einigung der Arbeiterklasse durch die Vereinigung der KPD und der SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Die Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden gegen die imperialistische Politik der Spaltung Deutschlands (Periode von Mai 1945 bis 1949)

Die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und des Bündnisses mit allen demokratischen Kräften im Kampf um die Vernichtung der Grundlagen des faschistischen deutschen Imperialismus, für die Errichtung einer einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Republik (1945)

1. Antifaschisten – Aktivisten der ersten Stunde

Im Mai 1945 endete in Europa der furchtbarste aller Kriege. Moskau und Paris, London und New York feierten den gemeinsamen Sieg über den Hitlerfaschismus. Als der Donner der Kanonen und das Krachen der Bomben verstummte, ging ein Aufatmen auch durch das deutsche Volk. Endlich war Frieden.

Durch den Sieg der Sowjetunion und ihrer Verbündeten wurden für das deutsche Volk die Fesseln der faschistischen Diktatur gesprengt. Deutschland war an einem Wendepunkt seiner Geschichte angelangt.

Die Zerschlagung des Hitlerfaschismus und die tiefgreifenden Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis, der stürmische Vormarsch der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus in allen Teilen unseres Erdballs eröffneten auch unserem Volk neue

Perspektiven. Für die deutsche Nation wurde es zur dringenden Pflicht, die Lehren aus zwei Weltkriegen zu ziehen und einen eigenen Beitrag zu leisten, damit nach den Schrecken des zweiten Weltkrieges endlich eine Welt des Friedens, des Glücks und des Wohlstandes für alle Menschen geschaffen werde. Der Kampf zwischen den friedliebenden Volksmassen und der imperialistischen Reaktion trat in ein neues Stadium ein. In der ganzen Welt waren die Kräfte erstarkt, auf die sich unser Volk im Ringen um die endgültige Vernichtung des deutschen Imperialismus stützen konnte.

Die Sowjetunion, die die Hauptlast im Kampf gegen den Hitlerfaschismus getragen hatte, war trotz der schweren Verluste und der großen Zerstörungen politisch und militärisch gestärkt aus dem Krieg hervorgegangen. Ihr Sieg im Großen Vaterländischen Krieg dokumentierte, daß die Versuche des Weltimperialismus, durch die gewaltsame Beseitigung der Sowjetunion den gesetzmäßigen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus rückgängig zu machen, endgültig gescheitert waren. Der internationale Einfluß der UdSSR wuchs gewaltig. Ohne ihr Mitwirken konnte keine grundsätzliche Frage der Weltpolitik mehr entschieden werden. Diese Tatsache hatte insbesondere für das deutsche Volk große Bedeutung, denn die Sowjetunion wurde zum Anwalt der nationalen Interessen Deutschlands in der internationalen Arena. Sie verteidigte das Recht unseres Volkes auf Selbstbestimmung und nationale Einheit. Sie setzte sich konsequent für die Ausrottung des Imperialismus mit seinen Wurzeln ein und erwies uns beim demokratischen Neuaufbau große Hilfe.

In einer Reihe von Ländern Ost- und Südosteuropas – in Albanien, Bulgarien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und Ungarn – wuchs der Kampf der Völker gegen die faschistischen Okkupanten und die Kollaborateure der eigenen herrschenden Klassen in volksdemokratische Revolutionen hinüber. Unter Führung der kommunistischen und Arbeiterparteien kämpften die werktätigen Massen für eine echte Volksmacht. Damit schlugen weitere Völker Europas den Weg zum Sozialismus ein. In Asien erreichte der Kampf des chinesischen, des koreanischen und des vietnamesischen Volkes eine höhere Stufe. Der Sieg über den japanischen Imperialismus eröffnete neue Perspektiven für den nationalen und sozialen Befreiungskampf in Asien.

Im Verlauf dieser neuen revolutionären Welle, die unmittelbar aus dem antifaschistischen Kampf der Volksmassen emporwuchs und für den Charakter der ersten Nachkriegsjahre bestimmend wurde, fielen

insgesamt elf Staaten mit einer Bevölkerungszahl von über 700 Millionen Menschen vom kapitalistischen System ab.

Einen mächtigen Aufschwung nahm die kommunistische und Arbeiterbewegung. Die kommunistischen Parteien erhielten einen großen Zustrom neuer Kräfte. Zählten diese Parteien in den kapitalistischen Ländern vor dem zweiten Weltkrieg ungefähr 1,7 Millionen Mitglieder, so waren es 1946 rund 5 Millionen, obgleich sich die Zahl der kapitalistischen Staaten verringert hatte. In den Jahren 1944 bis 1947 waren in zwölf kapitalistischen Ländern Kommunisten in den Regierungen vertreten. Der starke Einfluß der Kommunisten erklärte sich vor allem daraus, daß sie sich in der Nacht der faschistischen Barbarei als die treuesten Vorkämpfer ihrer Nation bewährt hatten.

Im September und Oktober 1945 entstand als weltumspannende Organisation der internationalen Arbeiterklasse der Weltgewerkschaftsbund. Seine Gründung war ein großartiger Erfolg. Sie bewies, daß die internationale Gewerkschaftseinheit trotz des unterschiedlichen Charakters der einzelnen Gewerkschaftsorganisationen möglich ist. Auch die demokratischen Jugend- und Frauenorganisationen schlossen sich in mächtigen internationalen Vereinigungen – dem Weltbund der Demokratischen Jugend und der Internationalen Demokratischen Frauenföderation – zusammen.

Die Krise des imperialistischen Systems und die Erfolge der demokratischen und sozialistischen Bewegung in vielen Staaten der Erde hatten auch für die Völker der Kolonien und der abhängigen Länder große Auswirkungen. Der nationale Befreiungskampf entfaltete sich mit wachsender Stärke. Viele Völker, die jahrzehntelang unter dem Kolonialjoch gestöhnt hatten, schüttelten ihre Ketten ab. Die Befreiungsbewegung nahm solche Ausmaße an, daß sie in Asien zur Bildung neuer unabhängiger Staaten – unter ihnen Indien und Indonesien – führte. Auch in Afrika wuchs die antikoloniale Bewegung.

Alle fortschrittlichen Bewegungen – der Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, für den Aufbau der neuen, sozialistischen Gesellschaft; der Kampf der Volksmassen um Frieden, Demokratie und nationale Selbstbestimmung sowie die nationale Befreiungsbewegung in den Kolonien und abhängigen Ländern – verflochten sich immer stärker zu einem revolutionären Prozeß, zu einer antiimperialistischen Kampffront. Mit diesem weltweiten Ringen war der Kampf um die demokratische Erneuerung Deutschlands aufs engste verbunden.

Jeder Erfolg beim sozialistischen Aufbau und jeder Fortschritt der

antiimperialistischen Bewegung vertiefte die Krise des imperialistischen Systems. Der zweite Weltkrieg, die Herausbildung eines sozialistischen Lagers und der Zerfall des Kolonialsystems leiteten eine neue Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus ein. Dem Kapitalismus wurden heftige Schläge versetzt, sein Herrschaftsbereich wurde erheblich eingeschränkt. Die inneren ökonomischen und politischen Widersprüche der kapitalistischen Länder verschärften sich gerade in den ersten Nachkriegsjahren und beschleunigten ihrerseits das Anwachsen der antiimperialistischen Bewegung. Die Basis des antiimperialistischen Kampfes verbreiterte sich.

Der Krieg hatte die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der kapitalistischen Länder noch vergrößert. Als einziges kapitalistisches Land waren die USA gestärkt aus dem Kriege hervorgegangen. Sie hatten die während des zweiten Weltkrieges noch vorhandenen Vorteile ihrer geographischen Lage, ihr spätes Eintreten in den Krieg, ihr großes ökonomisches Potential und die durch den Krieg hervorgerufene Schwächung ihrer imperialistischen Konkurrenten genutzt, um sich selbst die führenden kapitalistischen Länder unterzuordnen. Doch das Hauptziel, die Sowjetunion im Kampf gegen den Hitlerfaschismus ausbluten zu lassen und die Herrschaft des amerikanischen Monopolkapitals über den ganzen Erdball zu errichten, hatte der USA-Imperialismus nicht erreicht.

Deutschland, Italien und Japan waren durch ihre Niederlage im Kriege für eine Zeitlang als maßgebende Faktoren in der internationalen Politik und auf dem Weltmarkt ausgeschaltet. Frankreich hatte viel von seinem Einfluß in Europa eingebüßt. Das britische Imperium begann zu zerfallen.

Unter diesen Bedingungen erwies sich die Monopolbourgeoisie der meisten kapitalistischen Länder außerstande, den revolutionären Ansturm der Volksmassen aus eigener Kraft aufzuhalten. Sie suchte vor allem Halt beim USA-Imperialismus, dessen Armee in großen Teilen Westeuropas als Stütze der Reaktion auftrat, und schloß sich später mit den USA in Militärbündnissen zusammen, die der Erhaltung und Rückeroberung der verlorenen Positionen dienen sollten. Das veränderte Kräfteverhältnis in der kapitalistischen Welt ausnutzend, errangen die USA die Vormachtstellung im imperialistischen Lager und zwangen selbst hochentwickelte kapitalistische Staaten zum Verzicht auf Souveränitätsrechte.

So markierte das Ende des Krieges, die militärische Niederschla-

gung der deutschen, italienischen und japanischen Aggressoren, zugleich einen Wendepunkt im internationalen Kräfteverhältnis und in den internationalen Beziehungen. Die Antihitlerkoalition, die den Beweis erbracht hatte, daß das Zusammenwirken von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung im Kampf gegen die Aggressoren und zur Herbeiführung des Friedens möglich und für alle Völker nützlich ist, war nicht von bleibender Dauer. Obwohl zunächst auf vielen Gebieten die Zusammenarbeit der Großmächte der Antihitlerkoalition fortgesetzt wurde, waren reaktionäre, sowjetfeindliche Kräfte bereits eifrig am Werke, erneut einen antisowjetischen Block vorzubereiten. Wie schon 1918 sahen sie in Deutschland die geeignete Basis für ihre Aggressionspolitik gegen die Sowjetunion, und wie 1918 setzten die deutschen Imperialisten auf die antisowjetische Karte. Sie spekulierten auf ihre Unentbehrlichkeit als antibolschewistisches Bollwerk in Europa, um ihre Macht erneut zu restaurieren. Wenn das nicht sofort in ganz Deutschland möglich war, so wollten sie wenigstens in den von Armeen der imperialistischen Mächte besetzten Gebieten ihre Herrschaft retten, selbst um den Preis der Zerreißung Deutschlands. Auf diesem Wege hofften sie wieder Oberhand zu gewinnen und die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges korrigieren zu können.

Das deutsche Volk, das trotz heroischer Anstrengungen seiner besten Söhne und Töchter nicht vermocht hatte, das faschistische Joch aus eigener Kraft abzuschütteln, erhielt seine Freiheit aus den Händen der siegreichen Sowjetarmee und der mit ihr in der Antihitlerkoalition kämpfenden Völker. Nun erwuchs ihm die Chance und zugleich die Verpflichtung, einen friedliebenden und demokratischen deutschen Staat aufzubauen. Es genügte nicht, die Folgen der imperialistischen Kriegspolitik zu beheben, ihre Ursachen mußten ein für allemal beseitigt werden. Von deutschem Boden durfte nie wieder ein Krieg ausgehen. Demokratische Verhältnisse zu schaffen, jene imperialistischen Kräfte auszuschalten, die unser Volk ausbeuteten, seiner Rechte und Freiheiten beraubten und zur Versklavung anderer Völker mißbrauchten – das war die Kernfrage einer nationalen deutschen Politik.

In einer Zeit der völligen Zerrüttung mußten die deutschen Antifaschisten die Verantwortung für den Neuaufstieg der deutschen Nation übernehmen, um sie vor dem Untergang zu schützen. Antifaschisten aller politischen und weltanschaulichen Richtungen gingen sofort an die Arbeit, um die fluchwürdige Hinterlassenschaft der faschistischen Barbarei so rasch wie möglich zu überwinden.

Der Krieg, der von den Faschisten in alle Welt getragen worden war, hatte sich gegen das deutsche Volk selbst gekehrt. Millionen und aber Millionen Menschenopfer hatte das große Völkermorden verschlungen. Mehr als 2000 Tage hat der von den Hitlerfaschisten verschuldete Krieg gedauert, und jeder Tag hatte nahezu 3000 Deutschen – Männern, Frauen, Kindern – das Leben gekostet.

In Schutt und Asche lagen die Städte. Verwüstet waren weite, ehemals fruchtbare Gebiete. Aus den Ruinen schaute das Gespenst der Obdachlosigkeit, der Seuchen, der Arbeitslosigkeit, des Hungers. Gelähmt lag die Wirtschaft darnieder. Der Krieg hatte in Deutschland das physische Arbeitspotential um etwa 15 bis 20 Prozent, das Volksvermögen um etwa ein Drittel gegenüber 1936 gemindert. Rüstung und Krieg hatten die gesamte Volkswirtschaft deformiert und zu einem riesigen Geldüberhang geführt. Der Notenumlauf war auf über das Zehnfache im Vergleich zur Vorkriegszeit gestiegen. Das Warenangebot stand in keinem Verhältnis zur Kaufkraft.

In Deutschland waren fast 30 Prozent des städtischen Wohnraums, in den Großstädten sogar durchschnittlich 50 Prozent zertrümmert oder schwer beschädigt. Viele Produktionsstätten waren vernichtet. Die Vernachlässigung der Landwirtschaft hatte einen radikalen Rückgang der Ernteerträge zur Folge. Unersetzliche Kunstwerke waren der Menschheit für immer verlorengegangen. Vielerorts fehlte es der Bevölkerung an allem Lebensnotwendigen. Es gab kein Wasser, kein Gas, keinen Strom. Es fehlte an Brot und Kartoffeln, an Milch für die Kinder. So mancher besaß nur noch das, was er auf dem Leibe trug.

Die faschistischen Machthaber hatten eine nationale Katastrophe heraufbeschworen, die die deutsche Nation in der Entwicklung ihrer materiellen und kulturellen Kräfte um Jahrzehnte zurückwarf.

Obwohl der Krieg kaum eine Stadt, kaum eine Familie verschont hatte, waren seine Spuren nicht überall in gleichem Maße sichtbar. Besonders schwer waren die ostdeutschen Gebiete betroffen. Sie waren zu einem großen Teil Schauplatz erbitterter Kampfhandlungen gewesen, da die deutsche Wehrmacht der vordringenden Sowjetarmee bis fünf Minuten nach zwölf verzweifelten Widerstand geleistet hatte, während an der Westfront den anglo-amerikanischen Truppen weite Räume nahezu kampflos übergeben worden waren. Vor der Sowjetarmee fliehend, zerstörten SS-Einheiten auf „Führerbefehl" ungezählte lebenswichtige Objekte. In Berlin setzten sie den S-Bahn-Schacht der Nord-Süd-Verbindung unter Wasser. Hunderte Frauen, Kinder und Solda-

ten, die hier Schutz gesucht hatten, wurden ertränkt. Brücken flogen in die Luft. Fabriken und Lebensmittelspeicher gingen in Flammen auf. Auf der Flucht bemächtigten sich die Nazigrößen und ihr Anhang der noch vorhandenen Transportmittel. Zug um Zug, Autokolonne um Autokolonne rollte in Richtung Westen. Viehherden wurden weggetrieben. Die Sowjetarmee sollte nur verbrannte Erde vorfinden. Wenn diese sinnlosen Zerstörungen und die Versuche, die deutschen Ostgebiete von allen lebenswichtigen Gütern zu entblößen, nicht noch größeres Ausmaß annahmen, so ist das in erster Linie dem raschen Vordringen der sowjetischen Truppen zu danken, aber auch dem entschlossenen Eingreifen vieler deutscher Antifaschisten.

Die Ausmaße der Schäden werden an folgenden Zahlen deutlich: In der sowjetischen Besatzungszone gingen zwei Drittel aller Lokomotiven, 60 Prozent aller Personenzugwagen verloren. 970 Eisenbahnbrücken wurden zerstört. 30 Prozent aller landwirtschaftlichen Maschinen waren vernichtet oder unbrauchbar. Die Viehbestände waren gegenüber dem Stand von 1938 bei Rindern auf 65,7 Prozent, bei Schweinen auf 20,7 Prozent abgesunken.

Auf das Schuldkonto der deutschen Imperialisten kamen jedoch nicht nur die unerhörten Verluste an Gut und Blut. Die deutschen Monopolherren und Junker, die ihren Machtbereich durch Raubkriege vergrößern wollten, hatten Deutschland immer kleiner gemacht. Durch den Hitlerkrieg verlor Deutschland die Gebiete jenseits der Oder und Neiße. Die Großmächte der Antihitlerkoalition hatten Polen, das seit Jahrhunderten der Aggression des landhungrigen deutschen Feudaladels und des machtgierigen deutschen Großkapitals ausgesetzt gewesen war, wesentliche Gebietserweiterungen zugesprochen, damit sich ein lebensfähiger polnischer Staat entwickeln konnte.

Eingedenk der Erfahrung, daß die deutschen Imperialisten die deutschen Minderheiten in den Staaten Ost- und Südosteuropas ständig als Stoßtrupp ihrer Aggressionspläne zu mißbrauchen suchten, wurde die Mehrheit der außerhalb der Grenzen der damaligen vier Besatzungszonen lebenden deutschen Bevölkerung ausgesiedelt. Diese Umsiedlung erfolgte gemäß einem Abkommen zwischen Großbritannien, der UdSSR und den USA, das Bestandteil des Potsdamer Vertragswerkes wurde. Umsiedler bevölkerten die Landstraßen auf der Suche nach einem neuen Obdach. An ihnen vorbei zogen die Überreste der faschistischen Armee, auf dem Wege in die Gefangenschaft.

Das war das traurige Erbe, das der faschistische deutsche Imperia-

lismus unserem Volke hinterlassen hatte. Noch nie in der Geschichte hatte eine überlebte Gesellschaftsklasse so verheerend demonstriert, daß sie absolut unfähig ist, die Nation zu führen, wie die deutsche Großbourgeoisie und das Junkertum.

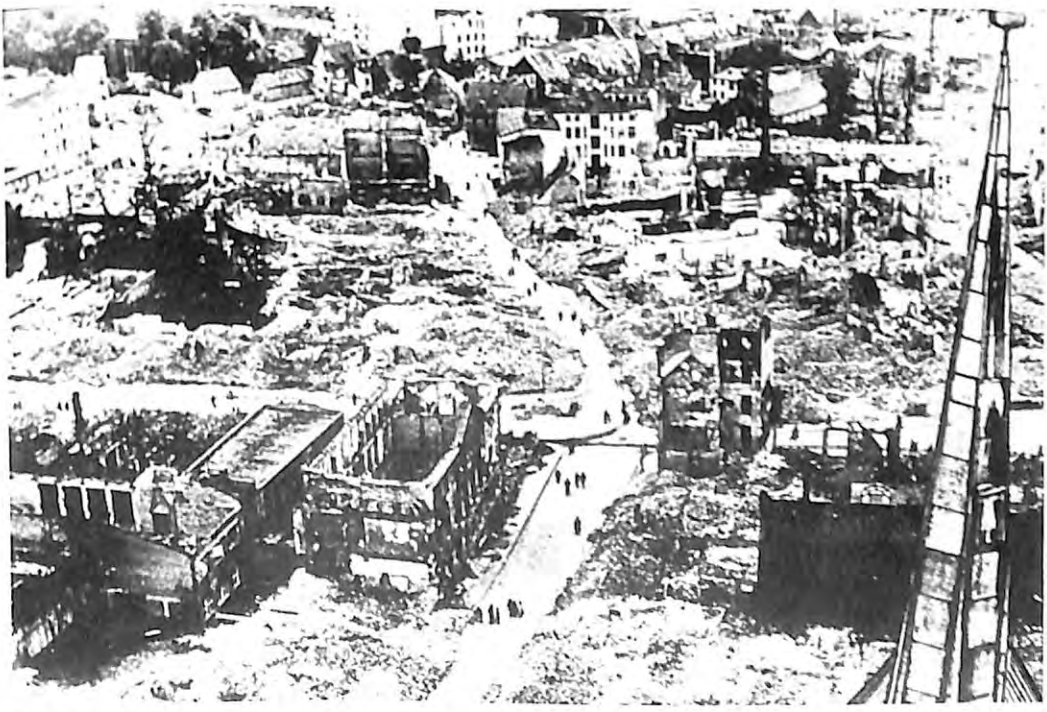
Bei vielen Deutschen wuchs die Bereitschaft, einen neuen Weg zu gehen. Doch die Mehrheit – noch verhaftet in der geistigen Verwirrung durch die faschistische Ideologie – dachte nur an das Heute. Aber gerade diese Mehrheit durfte nicht in Stumpfheit und Untätigkeit versinken, ihr mußte die Verantwortung für die Geschicke unserer Nation bewußt gemacht werden.

Im Jahre 1945, als das deutsche Volk im Chaos unterzugehen drohte, vollbrachten viele namenlose Helden, einfache Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung, unterstützt durch Offiziere und Soldaten der Roten Armee, wahre Pioniertaten, um das Leben zu schützen. Als sich die Tore der Konzentrationslager und Zuchthäuser öffneten, gönnten sich die antifaschistischen Widerstandskämpfer, die das Grauen dieser Folterstätten überlebt hatten, keinen Tag Ruhe. Sie zählten zu den ersten, die mit der Aufbauarbeit begannen. In den Städten und Gemeinden fanden sich die aktiven Mitglieder der Arbeiterparteien zusammen, häufig gemeinsam mit Antifaschisten anderer politischer Richtungen, und berieten, was zu tun sei. In vielen Fällen hatten sie sinnlose Zerstörungen verhütet und die kampflose Übergabe mancher Stadt und mancher Gemeinde erreicht. Sie hatten sich verständigt, welche ersten Schritte nach der Befreiung unternommen werden mußten.

Sobald die Kampfhandlungen beendet waren, nahmen Werktätige, ohne auf Anweisungen zu warten, die Arbeit auf. Sie begannen, die Straßen vom Schutt zu räumen, bargen wertvolles Gut aus den Trümmern. Nicht selten gingen sie in ihre Betriebe, räumten auf und begannen zu produzieren, nicht mehr Waffen und Heeresgut, sondern Dinge des täglichen Bedarfs. Anfangs waren es wenige, sehr wenige, aber ihre Zahl wuchs zusehends. Sie handelten nicht alle aus antifaschistischer Überzeugung, wohl aber mit dem praktischen Sinn des einfachen Menschen, dem die Erfahrung sagte: Wer nicht im Chaos versinken will, muß arbeiten. Wenn es eine Chance der Rettung gibt, dann kann sie nur bei uns selbst liegen. Und in der Tat konnte der Kampf um ein neues Deutschland nicht anders beginnen. Am Anfang mußte die Sicherung der nackten Existenz des Volkes stehen. Es waren die Arbeiter, die das zuerst und am klarsten begriffen. In der Zeit der



Berlin, Alexanderplatz, 1945



Blick auf Rostock, 1945

Für Berlin



Walter Ulbricht, Leiter



Richard Gyptner



Karl Maron



Otto Winzer

Beauftragte des Zentralkomitees der KPD

Für Mecklenburg



Gustav Sobottka, Leiter



Willi Bredel



Kurt Bürger

Für Sachsen



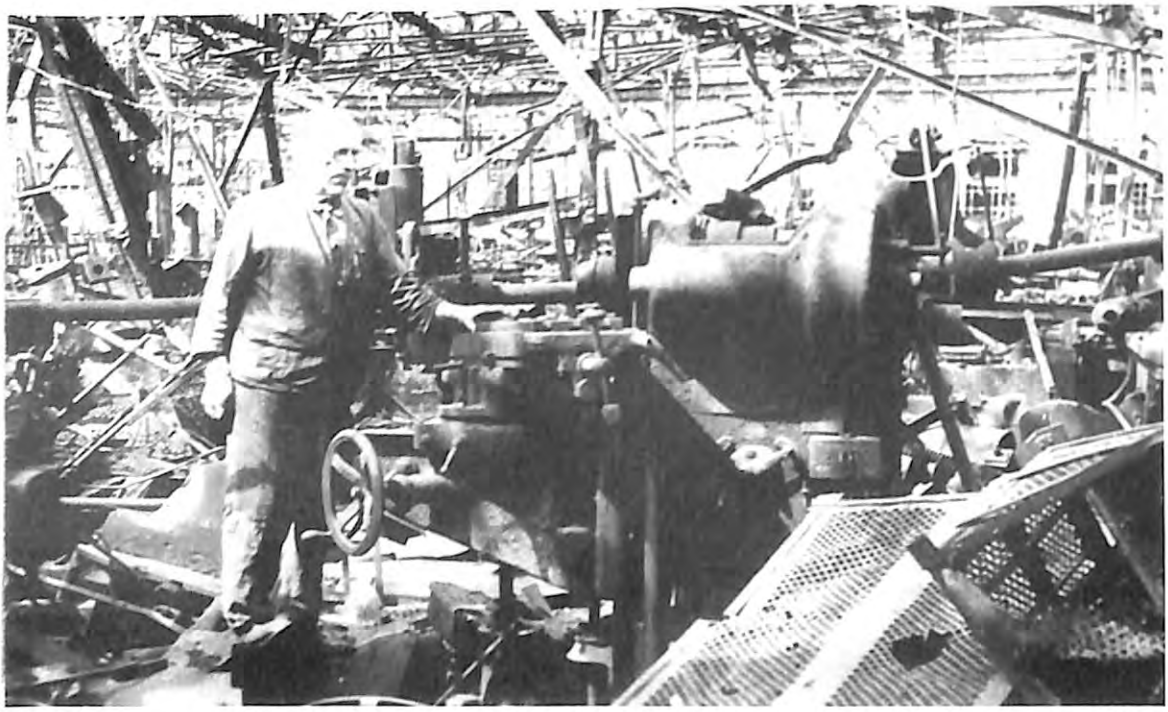
Anton Ackermann, Leiter



Kurt Fischer



Hermann Matern



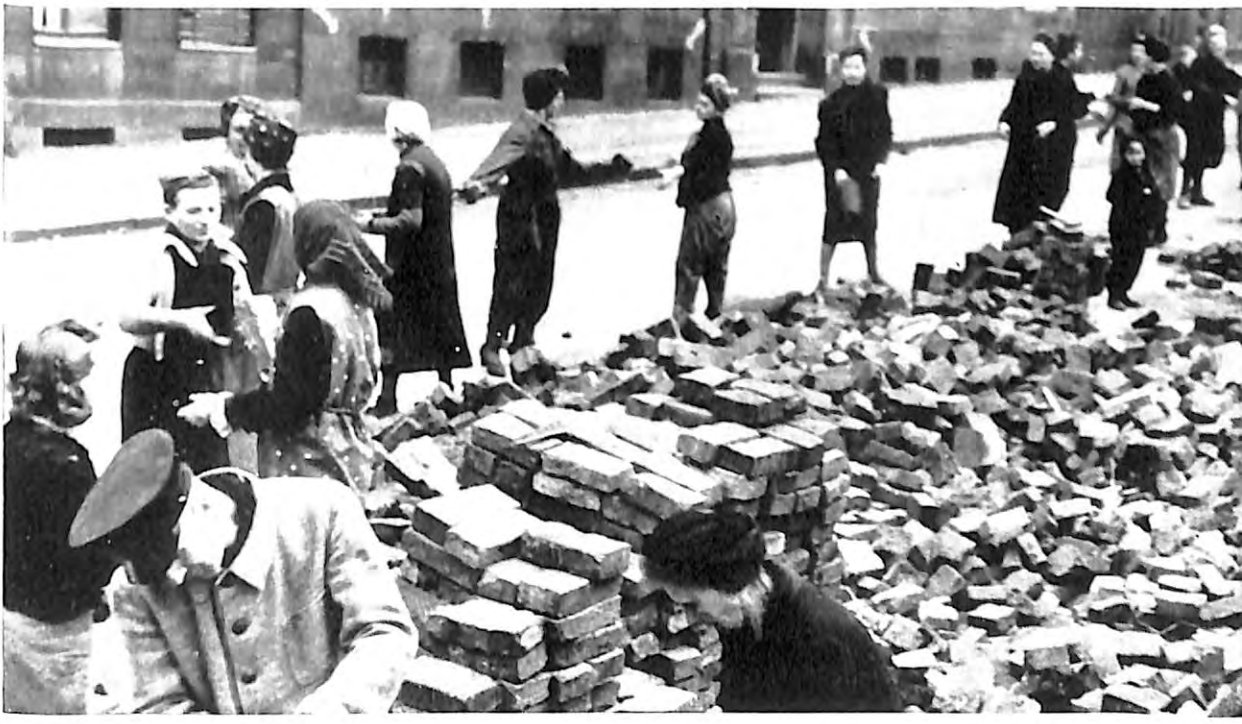
Borsig-Werke in Berlin, 1945



Berlin, Zimmerstraße



Sowjetische Soldaten laden Mehl für die Bäckereien Berlins ab, 1945



Trümmerfrauen in Chemnitz, 1945

Tägliche Rundschau

Nr. 1 — Frontzeitung für die deutsche Bevölkerung — 15. Mai 1945

Die Zeitung der Roten Armee in Berlin

Die Rote Armee in Berlin ... Sie kam hierher als Siegerin in einem Krieg, wie es in der Geschichte noch keinen gegeben hat. Hinter ihr liegt das Heldenlied von Stalingrad, das zum Symbol soldatischer Standhaftigkeit und Kriegskunst geworden ist. Hinter ihr liegen die historischen großen Siege dieses Krieges im Bogen von Orel und am Dnjepr, an der Weichsel und an der Oder, der Sturm Belgrads und Budapests, die Einnahme von Warschau und von Wien.

Im letzten Jahr des Krieges trug die Rote Armee ihre Fahnen durch die Hauptstädte von sieben europäischen Staaten Rumäniens und Bulgariens, Polens und Jugoslawiens, Ungarns, Österreichs und der Tschechoslowakei. Überall begrüßte die Bevölkerung dieser Hauptstädte die Rote Armee als ihre Befreierin. Aus eigener Erfahrung überzeugten sich die Völker Europas nicht nur von der Kampfkraft und der Disziplin der Roten Armee, sondern auch von der Gerechtigkeit ihrer Kriegsziele, dem hohen politischen Niveau und der Menschlichkeit ihrer Soldaten und Offiziere.

Das ist auch selbstverständlich, denn die Rote Armee ist eine Armee, die den Frieden und die Freundschaft unter den Völkern verteidigt. Sie wurde nicht geschaffen, um fremde Länder zu erobern, sondern um die Grenzen ihrer Heimat zu schützen. Sie achtet die Rechte und die Unabhängigkeit aller Völker. Im Juni 1941, als Hitlerdeutschland die Sowjetunion treulos überfiel, als es den Nichtangriffspakt grob und niederträchtig brach, sah sich die Rote Armee gezwungen, ins Feld zu rücken, um die Heimat vor den fremdländischen Eroberern zu decken. Sie führte den gerechten Vaterländischen Befreiungskrieg. Und sie siegte, sie zerschlug die hitlersche Kriegsmaschine und zwang die Reste der Hitlerarmee zu vollständiger und bedingungsloser Kapitulation.

Die Rote Armee ist in Berlin einmarschiert voll heiligen Hasses gegen die hitlerschen Kriegsverbrecher, diese treulosen Vertragsbrecher, diese blutigen Angreifer, die Europa mit Galgen bedeckten und es im eigenen Blute ertränkten. Vielen sowjetischen Soldaten, die heute durch die Straßen Berlins gehen, sind zu Hause nur abgebrannte Häuser und zerstampfte Felder geblieben; Männer wurden aufgehängt, Greise und Kinder zuhauf erschossen. Millionen Mütter, Schwestern, Frauen, Bräute in die deutsche Sklaverei getrieben. Trotzdem — die Rote Armee hat das deutsche Volk niemals mit der Hitlerclique gleichgesetzt und wird es niemals mit ihr gleichsetzen.

Ganz zu Beginn des Krieges erklärte Marschall Stalin in seinem ersten Aufruf an das Sowjetvolk am 3. Juli 1941:

„In diesem Befreiungskrieg werden wir nicht allein dastehen. In diesem großen Krieg werden wir treue Verbündete an den Völkern Europas und Amerikas haben, darunter auch am deutschen Volk, das von den faschistischen Machthabern versklavt ist."

Leider hat das deutsche Volk bei sich selbst nicht genügend Kraft gefunden, um sich zum entscheidenden Kampf gegen seine Tyrannen zu erheben, leider hat es seinen Beitrag für die allgemeine Sache des Kampfes der freiheitliebenden Völker gegen die hitlerschen Räuber nicht geleistet.

Jetzt, wo die Rote Armee gemeinsam mit den Truppen unserer Verbündeten die nazistische Tyrannei vernichtet hat, müssen die Deutschen vor der ganzen Welt beweisen, daß Hitler — nicht Deutschland, daß die nazistische Bande — nicht das deutsche Volk ist. Die Rote Armee rechnet auf die Unterstützung des deutschen Volkes bei der Durchführung aller Maßnahmen, die im Interesse des deutschen Volkes selbst liegen, im Interesse seiner Gegenwart und Zukunft.

Die Rote Armee kam nach Deutschland als Siegerin, aber nicht als Unterdrückerin. Ihr Ziel ist — das nazistische Tyrannensystem zu vernichten, die bitterlichen Kriegsverbrecher aufzuspüren und zu bestrafen, und alles zu tun, um der Möglichkeit eines neuen deutschen Angriffs, eines neuen Krieges in der Zukunft vorzubeugen. Doch niemals kannte die Rote Armee ein Ziel wie die Vernichtung des deutschen Volkes oder die Zertrümmerung des deutschen Staates. Die Fürsorge des sowjetischen Kommandos für die Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung der deutschen Bevölkerung, die von den Hitlerbehörden in den Hunger getrieben wurde, legt davon ein beredtes Zeugnis ab. Dafür spricht auch die Einsetzung von Bürgermeistern aus der einheimischen deutschen Bevölkerung und die Sorge um die schnellstmögliche Wiederherstellung der Kommunalbetriebe und normaler Arbeitsbedingungen in den deutschen Städten und Dörfern. Dafür spricht schließlich die Herausgabe unserer Zeitung „Tägliche Rundschau" — der Zeitung der Roten Armee für die deutsche Bevölkerung.

Die Aufgabe unserer Zeitung besteht darin, dem deutschen Volk die Wahrheit über die Rote Armee und die Sowjetunion nahezubringen, den Deutschen zu helfen, in der gegenwärtigen politischen Lage die richtige Orientierung zu finden, mit den Überbleibseln der hitlerschen Barbarei aufzuräumen und alle Kräfte zur schnellsten Wiederherstellung eines normalen Lebens anzuspannen.

An die Bevölkerung der Stadt Berlin

Um die regelmäßige Versorgung der Berliner Bevölkerung mit Lebensmitteln sicherzustellen, hat das Sowjetische Militärkommando durch den Kommandanten der Stadt Berlin der Stadtverwaltung ausreichende Mengen von Lebensmitteln zur Verfügung gestellt.

Gemäß Befehl des Militärkommandanten der Stadt Berlin, Generaloberst BERSARIN, sind ab 15. Mai 1945 folgende feste Lebensmittelrationen **pro Person und Tag** festgesetzt worden:

	Brot		Nährmittel	
1	Schwerarbeiter und Arbeiter in gesundheitsschädlichen Betrieben	600 g	Schwerarbeiter und Arbeiter in gesundheitsschädlichen Betrieben	80 g
2	Arbeiter, die nicht in schweren oder gesundheitsschädlichen Berufen tätig sind	500 g	Arbeiter, die nicht in schweren oder gesundheitsschädlichen Berufen tätig sind	60 g
3	Angestellte	400 g	Angestellte	40 g
4	Kinder, nichtberufstätige Familienangehörige und die übrige Bevölkerung	300 g	Kinder, nichtberufstätige Familienangehörige und die übrige Bevölkerung	30 g

(Fortsetzung Seite 4)

Elfte Tagung des Sowjetischen Parlaments

Vor kurzem beendete der Oberste Sowjet [illegible] tagt, wurde angenommen. Verglichen mit der Sowjetunion in Moskau seine 11 Tagung, [illegible] 1944 ist das Staatsbudget der UdSSR für 1945 um über 57 Milliarden Rubel höher. Dieser Etat [illegible] wurde. Das Budget, das [illegible] wie stark der Sowjetstaat [illegible] am Endesumme 307 Milliarden Rubel über [illegible] Ende des Krieges gewonnen ist.

Staatsanleihe überzeichnet

Die am 6. Mai 1945 von der Sowjetregierung ausgeschriebene 4. staatliche Kriegsanleihe über 25 Milliarden Rubel war bis zum Abend des 13. Mai mit 29.354.603.000 Rubel gezeichnet, also um 4.354.603.000 Rubel überzeichnet worden.

Das Finanzkommissariat der UdSSR gab Anweisung, ab 14. Mai 1945 Zeichnungen nicht mehr entgegenzunehmen.

Übergabe von neun italienischen Provinzen in die Verwaltung der italienischen Regierung

London, 11. Mai (TASS). Reuterkorrespondent meldet, daß nach einer Erklärung des Kommissars der Verbündeten Kontrollkommission, Kinter [illegible] Regierung übergeben sind. Nach Übergabe dieser 9 Provinzen stehen insgesamt [illegible] der italienischen Territorien mit einer Bevölkerungszahl von 24 Millionen Personen unter italienischer Oberhoheit.

Abschließende Operationen der Roten Armee

(Bericht des Informationsbüros der Sowjetunion vom 13. Mai 1945)

Die Anzahl der Kriegsgefangenen, die im Bericht des Informationsbüros der Sowjetunion vom 13. Mai angegeben wurde, hat sich im Verlauf des 14. Mai an der gesamten Front auf 170 000 deutsche Soldaten und Offiziere und 10 Generale vergrößert.

Insgesamt wurden somit in der Zeit vom 9. bis 14. Mai an der gesamten Front mehr als 1 230 000 deutsche Soldaten und Offiziere sowie 101 Generale gefangengenommen.

„Vor drei Jahren erklärte Hitler vor aller Welt, daß zu seinen Zielen die Aufteilung der Sowjetunion, die Loslösung des Kaukasus, der Ukraine, Bjelorußlands, des Baltikums und anderer Gebiete gehört. Er erklärte direkt: „Wir werden Rußland vernichten, damit es sich nie mehr erheben kann". Das war vor drei Jahren. Doch diese wahnwitzigen Ideen Hitlers sollten nicht in Erfüllung gehen, das Kriegsgeschehen verwehte sie in alle Winde. In Wirklichkeit trat gerade das Gegenteil von dem ein, wovon die Hitleristen phantasierten. Deutschland wurde aufs Haupt geschlagen. Die deutschen Truppen kapitulieren. Die Sowjetunion feiert den Sieg, obwohl sie nicht beabsichtigt, Deutschland aufzuteilen oder zu vernichten."

(Aus der Botschaft Marschall Stalins an das Sowjetvolk vom 9. Mai 1945)

Erste Nummer der „Täglichen Rundschau", der Tageszeitung des Kommandos der Sowjetarmee für die deutsche Bevölkerung, 15. Mai 1945



Oberbürgermeister Arthur Werner eröffnet die konstituierende Sitzung
des ersten Berliner Magistrats am 19. Mai 1945.
Links: Generaloberst N. E. Bersarin, sowjetischer Militärkommandant von Berlin,
rechts: Karl Maron, Erster stellvertretender Oberbürgermeister

Erscheint täglich

10 Pf.

Berliner Zeitung

Nummer 1 — Montag, den 21. Mai 1945 — 1. Jahrgang

Berlin lebt auf!

Feierliche Gründungsversammlung des Magistrats von Groß-Berlin

Generaloberst Bersarin spricht

In ihre Rechte tritt heute die Berliner Stadtverwaltung, deren Aufgabe darin besteht, so schnell und so gut wie möglich das normale Leben der Stadt Berlin wiederherzustellen. Über die Lösung dieser Aufgabe ist uns ist es nötig, alles nur Menschenmögliche zu leisten. Jeder, der ehrlich gewillt ist, zu arbeiten, der sich für das Ganze einsetzen will, ist herzlich willkommen, damit das Leben wieder in Gang komme.

Wir sind hierher gekommen, um ein für allemal die Hitlerbande zu vernichten. Von hier aus verübte im Jahre 1941 die deutsche Hitlerarmee den Überfall auf das friedliche Sowjetvolk. Niemals und unter keinen Umständen hat das Sowjetvolk daran gedacht, gegen das deutsche Volk zu Felde zu ziehen. Niemals ist es dem Sowjetvolk eingefallen, fremdes Gebiet erobern zu wollen. Wir haben Land genug. Dieser heimtückische Überfall des deutschen Imperialismus kam überraschend für die Völker der Sowjetunion, die im ersten Kriegsjahr die ganze Schwere des Krieges erleben und auf sich nehmen mußten. Es war außerordentlich schwer. Unsere Menschen vergossen viel Blut, litten schwere Not. Ich habe während meines ganzen Lebens nichts gesehen, was dem ähnlich war, als die deutschen Offiziere und Soldaten wie tollen gegen die friedliche Bevölkerung ertobten. Alle Zerstörungen, die Sie in Deutschland haben, sind Kleinigkeiten, gemessen an den Zerstörungen, die wir erlitten haben.

Die Lage hat sich so entwickelt, daß es im Ergebnis der Schläge der Roten Armee und unserer Verbündeten in kurzer Zeit gelungen ist, im Nest des Faschismus einzudringen. Ich wiederhole: Vorzustoßen war zu dem Zweck, damit sich niemals wieder ein neuer Faschismus bilde. Wir wollen den Frieden in der ganzen Welt. Wir wollen, daß die Völker der ganzen Erde frei und froh leben und ein friedliches Leben führen.

Heute erhebt sich die Frage, wie die nächsten Aufgaben der Stadt Berlin gelöst werden können. Vor allem ist notwendig, daß sich jeder zur Arbeit ehrlich verhält. Es ist notwendig, daß alle diejenigen, die dem Wege ernsthaft werden, die uns in der Arbeit stören. Hier werde die Frage gestellt, ob die früheren Faschisten ausgeschaltet werden sollen. Ich meine hierzu: Wer in der Praxis des Faschismus fortführt [illegible] bestätigt, muß entfernt werden. Ausgenommen sind diejenigen Faschisten, die [illegible] am Unglück der Welt, überhaupt

[illegible] Sie wende, an die [illegible] und alle übrigen Anwesenden [illegible] ich erreichen, daß sich alle [illegible] gemeinsam und schnell und aufopferungsvoll [illegible] bereit bewußterem Disziplin [illegible] an der Arbeit beginnen. Gewaltiger [illegible] in dieser Arbeit erwartet Ihnen die [illegible] erfolgung. Als ich am 25. April 1945 [illegible] unseren Truppen nach Berlin vorrückte, als Berlin noch gegen uns kämpfte, hatten wir schon Anweisung von Marschall Stalin, Lebensmittel für die Bevölkerung der Stadt Berlin herauszuschaffen. Jetzt interessiert sich Marschall Stalin täglich dafür, wie die Arbeit fortschreitet. Ich muß Ihnen sagen, daß sich auf einer ganzen Reihe von Gebieten ehrliche Menschen bereits ernsthaft an die Arbeit gemacht haben, so daß ich schon Unterlagen besitze, um an Marschall Stalin zu berichten. Aber ich muß Ihnen auch etwas anderes sagen: Daß sich noch bei weitem nicht die ganze Bevölkerung der Stadt Berlin an die Arbeit der Wiederherstellung begeben hat. Unter Wiederherstellung verstehe ich: Die Straßen, die in gutem Zustand gebracht werden müssen, die Wohnungen, die nicht ausreichen — man muß Wohnungen schaffen, denken Sie an den Winter — die Wiederherstellung der beschädigten Wohnungen, die Gebiet, auf dem noch nicht genügende Aktivität zu verzeichnen ist, ich denke ferner an das Verkehrswesen, das bereits in den nächsten Tagen in Ordnung gebracht werden muß, schon um das Herausbringen der Lebensmittel zu sichern.

Das alles erfordert große Arbeit von seiten des Oberbürgermeisters und seiner Stadtverwaltung. Aber Sie werden es nicht schaffen, wenn die Bevölkerung nicht hilft. Ich denke weiter an den Einsatz der gesamten Bevölkerung zur Herstellung wirklich sanitärer Zustände in der Stadt, damit keine Infektionskrankheiten aufkommen und jeder Kranke geheilt werden kann. Eine große Aufgabe ist auch von den Künstlern zu leisten. Sie haben der Bevölkerung der Stadt Berlin, die gut und hart arbeiten wird, die Möglichkeit zu geben, Befriedigung und Entspannung zu finden.

Viele Aufgaben stehen also vor der Stadtverwaltung, und ich wiederhole, daß nur, wenn ehrlich und aufrichtig an die Arbeit herangegangen wird, wir uns bald über Ihre Erfolge werden freuen können. In jedem Stadtviertel, in jedem Hause sollte heute gar an eines gedacht werden: daß schnell und gut mitgearbeitet werden muß.

Lassen Sie mich meine Rede mit dem Wunsch schließen, die gesamte Bevölkerung möge dem Oberbürgermeister Dr. Werner, seinen Stellvertretern, der Stadtverwaltung und auch mir dabei helfen, das normale Leben der Stadt wiederherzustellen. Ich wünsche Ihnen Erfolg, meine Herren!"

Neues Leben blüht aus den Ruinen

Sitzungsbericht

Ein großer, weißer Saal. Ueber dem Rednerpodium in weißen leuchtenden Lettern die Losung: „Die antifaschistische Einheit — das Unterpfand der Neugeburt des deutschen Volkes!" Und direkt über dem Haupt des Redners, der schildernden Pastor Harnack — man könnte glauben, es habe nie einen Hitlersturz, nie die verbrecherische Hitlerregierung gegeben, der Städte gegeben. Sie aber läßt unser Blick auf die Ruinen der Stadtmitte, auf denen der Turm des früheren Rathauses kahl und brandgeschwärzt emporragt.

Inmitten der Ruinen eine festliche Versammlung. In einem Saal, der schon fast ganz wiederhergestellt ist. Das ist heute rettätige Aesthetikheit — das wirkt wie ein Symbol. Unwillkürlich drängt sich Schillers Wort ins Gedächtnis: „Und neues Leben blüht aus den Ruinen." Ja, es ist wirklich neues Leben. Das spürt, das sieht der aufmerksame Beobachter, noch ehe die Versammlung beginnt, an hundert Einzelheiten.

Wer sind die Männer und Frauen, die sich da versammelt? Hier ist das bunt gemischte Gesicht des Arbeiters. Dort der intellektuelle Kopf des bekannten Gelehrten. Hier ist der Angestellte, der Lehrer, der Pfarrer. Dort sehen wir den Künstler, den Beamten, den Ingenieur. Es sind Männer und Frauen aus allen Schichten des deutschen Volkes. Es sind Männer und Frauen aus dem großen Lager der Antifaschisten vom Kommunisten bis zum ehrlichen Katholiken, vom ehrlichen Protestanten bis zu den Männern vom 20. Juli. Zweierlei hat sie hier zusammengeführt zu dieser historischen Stunde: zweierlei, das im Grunde genommen nur eines ist: ihre antifaschistische Gesinnung und ihr unbändiger Wille zum Wiederaufbau des von den Nazibarbaren zerstörten.

Und noch etwas ist wie ein Symbol: Generaloberst Bersarin, der Militärkommandant der Stadt, nimmt vom dankbaren Beifall aller Anwesenden begrüßt, an der Sitzung teil.

Der Oberbürgermeister spricht

Es wird für jeden Teilnehmer ein unvergeßlicher Augenblick bleiben, wie sich der Oberbürgermeister Dr. Werner — in Haltung und Gesicht noch die Leidensspuren des Hitlerterrors — erhob, wie plötzlich tiefe Stille eintrat, wie die ersten Worte der Begrüßung in diese Stille fielen — es war der Augenblick des Neu-Beginnens, es war der Aufruf zu einem historischen Ereignis für Berlin und gewiß auch darüber hinaus.

Nein, es war keine schwungvoll-pathetische Rede, es war kein Feuerwerk aus glänzenden Worten, wie sie der Berliner unter der Naziherrschaft bis zum Ueberdruß und Ekel gehört hat — es waren die schlicht ernsten Worte eines Mannes, der arbeiten will und von allen Berlinern Arbeit verlangt, nicht redet von der Katastrophe, der er als Oberbürgermeister vorsteht.

Nicht [illegible] herzlichen Worten der Begrüßung [illegible] des Dankes an die Rote Armee und [illegible] anwesenden Generaloberst Bersarin stellte Dr. Werner seine Stellvertreter und die Leiter der Abteilungen des Magistrats vor. Ihre Namen sind bekannt aus früheren Veröffentlichungen. Und was wir eingangs von den Versammlungsteilnehmern sagten, gilt auch hier: Männer und Frauen aus allen Schichten des deutschen Volkes. Antifaschisten, die grausamste aus den Zuchthäusern, Konzentrationslagern und Folterhöllen der Gestapo befreit werden sind die Schwersten unter der Hitlerdiktatur erleiden mußten. Männer aber auch, die sich trotz allem nicht kleinkriegen ließen und, von Henkerbeil und Schlinge bedroht, gegen die Barbarei und Unmenschlichkeit der braunen Banditen gekämpft haben.

Mit präzisen Worten umriß der Oberbürgermeister den Aufgabenkreis jedes einzelnen Ressorts, berichtete von den ersten Erfolgen, die dank der Hilfe des Sowjetkommandos schon verbucht werden können. Er verschwieg nicht die Schwierigkeiten der kommenden Arbeit. Aber zeigte auch unmißverständlich den Weg, auf dem alle Schwierigkeiten gemeistert werden können; und dieser Weg heißt: Demokratie. Nicht durch Herumkommandieren unberufener und selbsternannter Diktatoren —

(Fortsetzung Seite 2)

Große Aufgaben

Neunzehn Tage sind vergangen, seit sich die Truppen der Roten Armee in Berlin befinden. Während dieser Zeit hatten die Berliner vollauf die Möglichkeit, sich davon zu überzeugen, wie weit entfernt von der Wirklichkeit all jenes heimtückische Geschwätz ist, das den Deutschen von Hitler und seinen Propagandisten über die Sowjetunion eingehämmert wurde.

Bester Beweis hierfür sind die in dieser Nummer unserer Zeitung veröffentlichten Berichte über die Gründungssitzung der Stadtverwaltung von Groß-Berlin, die sich unter Billigung der Oberkommandos der Roten Armee gebildet hat.

Die Reden der Mitglieder der Stadtverwaltung, dieser wirklichen Vertretung der verschiedensten Schichten der Berliner Bevölkerung, waren voller Ehrlichkeit an die Sowjetmacht und das Kommando der Roten Armee, das alle Maßnahmen ergreift, damit Berlin wieder aufersteht und schnell die Wunden heilt, die ihm Hitler und seine Verbrecherclique zufügten.

Die Stellungnahme der Sowjetregierung und des Oberkommandos der Roten Armee zu dieser Frage, für die sich in aller Klarheit, der seine Stadt wirklich liebt, interessiert, ist klar in der Rede des Stadtkommandanten von Berlin, Generaloberst Bersarin, auf der Gründerversammlung der Stadtverwaltung ausgedrückt.

Durch diese Rede des Generals wurde das faschistische Greuelmärchen über die „Eroberungspläne" der Sowjetunion gegen Deutschland abermals entlarvt.

„Niemals und unter keinen Umständen", sagte der Generaloberst, „hat das Sowjetvolk daran gedacht, gegen das deutsche Volk zu Felde zu ziehen. Niemals ist es dem Sowjetvolk eingefallen, fremdes Gebiet erobern zu wollen. Wir haben Land genug. Dieser heimtückische Überfall des deutschen Imperialismus kam überraschend für die Völker der Sowjetunion, die im ersten Kriegsjahr die ganze Schwere des vom Hitler entfesselten Krieges auf sich nehmen mußten."

Das Verhalten der Sowjetregierung gegenüber dem deutschen Volk kam in voller Klarheit beim Einmarsch der Sowjettruppen in die Hauptstadt Deutschlands zum Ausdruck. Wie General Bersarin betonte, gab es schon am 25. April 1945, also noch eine Woche vor der völligen Einnahme Berlins, Anweisungen von Marschall Stalin über die Versorgung der Berliner Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Marschall Stalin informiert sich täglich, wie die Arbeit zur Wiederherstellung des normalen Lebens von Berlin verläuft.

Diese Worte des Generalobersten wurden mit tiefer Erregung von allen Teilnehmern der Sitzung angehört. Und das ist verständlich! Welcher ehrliche Berliner würde auch nicht erregt sein, wenn er sie — wir bringen die Rede nebenstehend zum Abdruck — aufmerksam liest? Welcher ehrliche Berliner war denn nicht erregt, als er die Verordnung über die Lebensmittelrationen für die Berliner Bevölkerung las, Rationen, die höher sind als die, die er im „Dritten Reich" erhielt! Wie sich doch dies alles von dem unterscheidet, was die Berliner gewöhnt waren, über „bolschewistische Grausamkeiten" von Goebbels zu lesen oder zu hören!

In dem Endteil seiner Rede spricht Generaloberst Bersarin über das, was jetzt von den Berlinern gefordert wird, um die großen Aufgaben, die auf der Tagesordnung stehen, zu erfüllen. Er spricht über die Säuberung der Straßen, über die Wiederherstellung des Stadtverkehrs und die Instandsetzung der Wohnungen, ja sogar über Wintervorbereitungen. Er spricht darüber sachlich, ohne großtönende Worte, aber so, daß es jedem Berliner, vom Oberbürgermeister bis zum Arbeiter, klar wird, worin sein persönlicher Beitrag zur Sache des Wiederaufbaues seiner Heimatstadt bestehen muß.

Also — die Aufgaben sind klar. Jetzt geht es darum, sie zu lösen. Das ist nur möglich, wenn die ganze Berliner Bevölkerung aktiv an den kommenden Arbeiten teilnehmen wird, an denen sie letzten Endes selbst am meisten interessiert ist.

Erste Nummer der „Berliner Zeitung", 21. Mai 1945

größten Zerrüttung erwiesen sie sich als die Kraft, an der sich das ganze Volk wieder aufrichten konnte.

Während noch die Schlacht um Berlin tobte, am 30. April 1945, traf die erste Gruppe von Beauftragten des Zentralkomitees der KPD unter der Leitung von Walter Ulbricht, aus der Sowjetunion kommend, in Deutschland ein. Diese Gruppe, der unter anderen Richard Gyptner, Karl Maron und Otto Winzer angehörten, führte sofort in engstem Zusammenwirken mit dem Oberkommando der Sowjetarmee Maßnahmen durch, um die größte Not zu lindern. Sie nahm ihre Arbeit mit dem Ziel auf, in der deutschen Hauptstadt das Beispiel für den demokratischen Neuaufbau Deutschlands und für die Zusammenarbeit aller Antifaschisten zu geben. Unverzüglich stellten die Beauftragten des Zentralkomitees der KPD die Verbindung zu Hitlergegnern aus den verschiedenen politischen Lagern her und schufen mit ihnen gemeinsam neue, demokratische Selbstverwaltungsorgane. In langen und geduldigen Diskussionen wurden selbst führende Vertreter der bürgerlichen Parteien der Weimarer Zeit zur Mitarbeit gewonnen.

Ferdinand Friedensburg, Andreas Hermes, Eugen Schiffer und andere führende Politiker bürgerlicher Parteien der Weimarer Republik erklärten in den mit ihnen geführten Verhandlungen, daß sie bereit seien, mit den Arbeiterparteien ein Stück Weges gemeinsam zu gehen. Sie betrachteten die neuen Verwaltungsorgane in Form einer Koalition von Hitlergegnern verschiedener Richtung und die gemeinsame Arbeit unter Führung der Einheitsfront der Arbeiterklasse nur als ein Übergangsstadium. Sie waren der Meinung, daß die Frage „Wer – Wen?" im Prozeß der weiteren Entwicklung allmählich in ihrem Sinne entschieden würde. Sie hofften, daß sich dank der wirtschaftlichen Machtpositionen der kapitalistischen Unternehmer und der Großgrundbesitzer, dank der langjährigen Erfahrungen ihrer Anhänger bei der Leitung von Staat und Wirtschaft mit der Zeit die Waagschale zu ihren Gunsten neigen würde.

Gemeinsam mit diesen bürgerlichen Kräften, die neben den verbindenden antifaschistischen Zielen ihre eigenen Klasseninteressen verfochten, begann die Gruppe von Beauftragten des Zentralkomitees der KPD den Wiederaufbau Berlins. Die Tätigkeit dieser Gruppe in der schwergeprüften deutschen Hauptstadt wurde zum Symbol des Lebenswillens des deutschen Volkes, zum Symbol der engen Zusammenarbeit zwischen der sowjetischen Besatzungsmacht und den deutschen Antifaschisten.

Ebenso arbeitete die Gruppe unter Leitung von Anton Ackermann, die vor allem in Sachsen tätig war und zu deren Mitgliedern unter anderen Kurt Fischer, Peter Florin, Hermann Matern und Fred Oelßner zählten. In Mecklenburg wirkte eine Gruppe, die von Gustav Sobottka geleitet wurde. Ihr gehörten unter anderen Willi Bredel, Kurt Bürger, Gottfried Grünberg und Anton Switalla an. Das Beispiel dieser von Mitgliedern des Zentralkomitees der KPD geführten Gruppen war für viele Antifaschisten die beste und lebendigste Anleitung. Diese Gruppen begannen jene Richtlinien für den demokratischen Neuaufbau in die Tat umzusetzen, die bereits in der letzten Phase des Krieges vom Zentralkomitee der KPD in Zusammenarbeit mit dem Nationalkomitee „Freies Deutschland" festgelegt worden waren. Insbesondere lenkten sie die Aufmerksamkeit aller Antifaschisten darauf, echte demokratische Selbstverwaltungsorgane zu bilden, um beim Neuaufbau den Einfluß der Werktätigen in den staatlichen Machtorganen von vornherein zu sichern.

Wilhelm Pieck, der Vorsitzende der KPD, wandte sich am 4. Mai 1945 über den Sender „Freies Deutschland" an seine Landsleute.[1] Er brandmarkte die verbrecherische Politik des faschistischen deutschen Imperialismus und rief das Volk auf, mit der schmählichen Vergangenheit Schluß zu machen und für eine demokratische Neugeburt Deutschlands zu kämpfen.

Am 9. Mai 1945 traf der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, A. I. Mikojan, in Berlin ein. Er unterrichtete sich eingehend über die Lage, sprach mit Einwohnern Berlins und beriet mit Offizieren der sowjetischen Kommandanturen, mit Vertretern der KPD und anderen deutschen Antifaschisten Sofortmaßnahmen, um die Bevölkerung vor dem Untergang zu retten. Josef Orlopp schilderte später die Situation mit den Worten: „Die Lebensmittellager waren leer. Es gab keinen Strom und kein Gas. Es fuhr keine Eisenbahn. Wenn unsere sowjetischen Genossen nicht gewesen wären, die jetzt von den Frontstadtpolitikern beschimpft werden – die damals zweieinhalb Millionen Berliner wären buchstäblich verhungert. Als dann die westlichen Besatzungsmächte nach Berlin kamen, war das Allerschlimmste schon vorbei."[2]

Bereits am 19. Mai wurde der demokratische Magistrat von Berlin, dessen Bildung die Gruppe von Beauftragten des Zentralkomitees der

[1] Dokument Nr. 1.

[2] Neues Deutschland (B) (Berlin), 12. Mai 1959.

KPD vorbereitet hatte, in sein Amt eingeführt. Der sowjetische Stadtkommandant Generaloberst N. E. Bersarin bestätigte diese neue Stadtverwaltung, die sich aus Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und bürgerlichen Fachleuten zusammensetzte. Im Berliner Magistrat arbeiteten die Kommunisten Ottomar Geschke, Karl Maron, Arthur Pieck, Otto Winzer und der Sozialdemokrat Josef Orlopp eng zusammen mit bürgerlichen Politikern, wie Hermann Landwehr, der aus dem Kreis der Männer des 20. Juli kam, dem berühmten Chirurgen und Leiter der Charité, Professor Ferdinand Sauerbruch, früher Deutschnationaler, und dem ehemaligen Zentrumspolitiker Andreas Hermes. Oberbürgermeister wurde der parteilose Arthur Werner, Leiter einer Berliner Ingenieurschule.

Bei der Amtseinführung des Berliner Magistrats legte Generaloberst N. E. Bersarin Gedanken dar, die nicht nur das Verhältnis zwischen der sowjetischen Kommandantur in Berlin und dem demokratischen Magistrat betrafen, sondern für die sowjetische Besatzungspolitik überhaupt charakteristisch waren. „Vor allem ist notwendig", erklärte er, „daß sich jeder zur Arbeit ehrlich verhält. Ferner ist notwendig, daß alle diejenigen aus dem Wege geräumt werden, die uns in der Arbeit stören. Hier wurde die Frage gestellt, ob die früheren Faschisten ausgeschaltet werden sollen. Ich meine hierzu: Wer in der Praxis des Faschismus fortfährt und sich für ihn betätigt, muß entfernt werden. Außerdem sind diejenigen Faschisten, die mitschuldig sind am Unglück der Welt, zu beseitigen . . .

Unter Wiederherstellung verstehe ich: die Straßen, die in guten Zustand gebracht werden müssen, die Wohnbauten, die nicht ausreichen – man muß Wohnungen schaffen, denken Sie an den Winter –, die Wiederherstellung der beschädigten Wohnungen, ein Gebiet, auf dem noch nicht genügende Aktivität zu verzeichnen ist, ich denke ferner an das Verkehrswesen, das bereits in den nächsten Tagen in Ordnung gebracht werden muß, schon um das Heranbringen der Lebensmittel zu sichern.

Das alles erfordert große Arbeit von seiten des Oberbürgermeisters und seiner Stadtverwaltung. Aber sie werden es nicht schaffen, wenn die Bevölkerung nicht hilft. Ich denke weiter an den Einsatz der gesamten Bevölkerung zur Herstellung wirklich sanitärer Zustände in der Stadt, damit keine Infektionskrankheiten aufkommen und jeder Kranke geheilt werden kann. Eine große Aufgabe ist auch von den Künstlern zu leisten. Sie haben der Bevölkerung der Stadt Berlin, die

gut und hart arbeiten wird, die Möglichkeit zu geben, Befriedigung und Entspannung zu finden."[3]

Mit der Bildung des Berliner Magistrats fand der Aufbau einer einheitlichen demokratischen Stadtverwaltung in Berlin einen vorläufigen Abschluß. Schon in den letzten Apriltagen, als in der Innenstadt noch gekämpft wurde, hatten deutsche Antifaschisten mit Unterstützung der sowjetischen Kommandanten in den befreiten Teilen der Hauptstadt neue Bezirksverwaltungen geschaffen. Am 9. Mai 1945 wurde als letzte die Verwaltung für den Bezirk Wilmersdorf gebildet. Walter Ulbricht entwarf die Struktur einer Bezirksverwaltung, wodurch die Einheitlichkeit dieser neuen Verwaltungen gesichert wurde. Das am 12. September von der Alliierten Kommandantur genehmigte und am 26. September 1945 vom Berliner Magistrat erlassene Bezirksverfassungsstatut bekräftigte den einheitlichen Aufbau der Berliner Stadtverwaltung und erklärte alle Bezirksämter zu unteren Verwaltungsbehörden der Stadt Berlin, zu ausführenden Organen des Berliner Magistrats.

Wie im Berliner Magistrat, so arbeiteten auch in den Bezirksämtern Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und bürgerliche Demokraten und Fachleute eng zusammen. Gemeinsam gingen der Berliner Magistrat und die Bezirksämter daran, die Verwaltung zu demokratisieren und den Wiederaufbau der Hauptstadt in Angriff zu nehmen. Bis zum 9. Juli 1945 wurden 15 795 ehemalige Mitglieder der NSDAP aus der Verwaltung und den städtischen Betrieben entlassen, später erhöhte sich diese Zahl auf 25 740.

Die neuen Verwaltungen sicherten gemeinsam mit den Organen der sowjetischen Besatzungsmacht die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und den Gesundheitsschutz. Bereits Mitte Mai wurden mit Hilfe von Straßen- und Hausvertrauensleuten die ersten Lebensmittelkarten ausgegeben, deren Sätze höher lagen als die Hungerrationen der letzten Kriegswochen. Der Berliner Magistrat erließ vorläufige Richtlinien für den Wiederaufbau des Schulwesens. Er begann, das Post- und Fernmeldewesen, den Verkehr, die Bewirtschaftung von Wohn- und Gewerberaum, den Arbeitseinsatz, die Finanzen und Steuern, das Versicherungswesen und andere wichtige Bereiche kommunaler Tätigkeit zu ordnen. Am 5. Juni 1945 verfügte der Berliner Magistrat die Bildung der Berliner Stadtbank. Sämtliche übrigen Banken und Bankanstalten wurden vorläufig stillgelegt, ihre Kassenbestände waren an

[3] Berliner Zeitung, 21. Mai 1945.

die Berliner Stadtbank abzuführen. Am 2. Juli 1945 trat eine Verordnung über die Anmeldung und Beschlagnahme des Vermögens der Personen in Kraft, die sich aktiv faschistisch betätigt hatten.

Für ganz Berlin wurde eine einheitliche Polizei unter der Leitung des Polizeipräsidenten Paul Markgraf, eines Mitkämpfers des Nationalkomitees „Freies Deutschland", aufgebaut. Kein Beamter der früheren faschistischen Polizei wurde in die neuen Polizeiorgane aufgenommen. Den Kern der antifaschistischen Polizei bildeten bewährte Hitlergegner. Außerdem wurden Polizeiangehörige wieder eingestellt, die vor 1933 im Polizeidienst gestanden hatten. Am 16. Mai 1945 konstituierte sich die einheitliche Berliner Gerichtsbarkeit, die sich aus Richtern und Staatsanwälten zusammensetzte, die nicht Mitglieder der NSDAP gewesen waren. An den Gerichten wurde von unabhängigen Richtern nach den Grundsätzen Recht gesprochen, die vor 1933 Geltung hatten.

Durch den Berliner Magistrat und die Bezirksämter wurden für ganz Berlin bereits in den Monaten Mai und Juni trotz der sich auftürmenden Schwierigkeiten die Grundlagen für den demokratischen Wiederaufbau der Hauptstadt und für eine einheitliche antifaschistische Selbstverwaltung der Stadt gelegt.

Am 13. Mai 1945 nahm der Berliner Sender seine Tätigkeit wieder auf, und am 21. Mai erschien die erste Nummer der „Berliner Zeitung".

In Berliner Betrieben fanden sich in den Maitagen die ersten Arbeiter wieder an ihren Arbeitsstätten ein. Dort, wo die Unternehmer geflohen waren, wählten sie Betriebsausschüsse und begannen mit den Aufräumungsarbeiten. Im Betrieb Opta Radio-AEG, Steglitz, der Nachrichtengeräte für die Luftwaffe geliefert hatte, wurden jetzt von den Arbeitern Transportwagen, Luftpumpen, Kartoffelhacken, Haus- und Küchengeräte hergestellt. Da kein Geld vorhanden war, beschlossen Arbeiter und Angestellte, den Betrieb aus eigenen Mitteln wiederaufzubauen. Sie legten ihre Ersparnisse zusammen und brachten eine Summe von 12 000 RM auf.

Auch die Berliner Künstler und Kulturschaffenden gingen wieder an die Arbeit. Zunächst wurden Filmtheater wieder in Betrieb genommen. Noch im Mai wurden regelmäßig Filme vorgeführt, Anfang Juli spielten in Berlin wieder 110 Kinos. Am 13. Mai 1945 gab das Berliner Kammerorchester sein erstes Konzert, und am 18. Mai fand im Rundfunkhaus das erste Sinfoniekonzert statt. Als erstes Theater öffnete am 27. Mai 1945 das Renaissance-Theater. Unter der Leitung von

Gustav von Wangenheim begann das Deutsche Theater im Juni seine Arbeit mit Matineen, die vor allem den Dichtern der deutschen Klassik gewidmet waren. Am 7. September war im Deutschen Theater Premiere der hervorragend besetzten Aufführung „Nathan der Weise". Auf der Bühne standen einige der Großen der deutschen Schauspielkunst – Paul Wegener in der Titelrolle, Aribert Wäscher, Eduard von Winterstein. Nach zwölfjährigem faschistischem Gesinnungsterror wirkte Gotthold Ephraim Lessings humanistisches Bekenntnis befreiend auf das geistige Leben in Deutschland.

Der demokratische Magistrat und die Berliner Bezirksämter gaben ganz Deutschland ein überzeugendes Beispiel der erfolgreichen Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse. Unter ihrer Leitung wurden in kürzester Frist mit Unterstützung der sowjetischen Organe erstaunliche Leistungen zur Rettung der deutschen Hauptstadt vollbracht.

Wie in Berlin, so fanden sich nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus die Antifaschisten überall zur Aufbauarbeit zusammen. In Lauta (Kreis Hoyerswerda) gingen am 21. April 1945, einen Tag nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen, Arbeiter an die Wiederinstandsetzung des Kraftwerkes. Bereits am 24. April konnte die erste Maschine in Betrieb genommen werden. Im Senftenberger Kohlenrevier hatten Arbeiter und Angestellte verhindert, daß auf Befehl der Konzernherren die Grubenanlagen gesprengt wurden. Sie übernahmen die heruntergewirtschafteten Gruben und bauten sie in eigener Verantwortung wieder auf.

Aus Zwickau meldete die „Volkszeitung": „Eine Riesenhalle in Zwickau, in der unter Hitler für Krieg und Zerstörung gearbeitet wurde, steht leer ... Einige Arbeiter mit klarem Kopf und dem Willen zum Aufbau machen einen Plan, lassen ihn bestätigen und fangen an zu arbeiten. In dieser Halle werden jetzt Eisenbahnwaggons repariert. Mit 30 Arbeitern fing man an und schaffte 20 Waggons im Monat. Nach Beschaffung des nötigen Materials konnten 100 Arbeiter eingestellt werden, die Zahl der reparierten Waggons stieg auf 80. Das genügte den Zwickauer Arbeitern natürlich nicht. Sie haben sich für die nächsten drei Monate das Ziel gesetzt, mit 300 Arbeitern monatlich 160 Waggons zu reparieren."[4]

Das Braunkohlen- und Großkraftwerk Böhlen war durch zahlreiche Bombardierungen stark beschädigt worden. Fünf kommunistische Ar-

[4] Volkszeitung (Dresden), 3. August 1945.

beiter trafen sich am 1. Mai 1945 mit einigen Ingenieuren und berieten, wie man das Werk wieder betriebsfähig mache. Sie riefen die Belegschaftsmitglieder in den 36 umliegenden Ortschaften auf, wieder an die Arbeit zu gehen. Im Juli erreichte die Briketterzeugung eine Leistung von 69 424 t gegenüber 10 582 t im Mai 1945.

Im schwerzerstörten Dresden gab es am 8. Mai weder Wasser, Gas noch Strom. Der Straßenverkehr ruhte völlig. Doch bereits in der zweiten Hälfte des Monats Mai ging die Dresdener Bevölkerung daran, Trümmer zu beseitigen und wichtige Betriebe wieder für die Aufnahme der Produktion herzurichten. Am 5. Juni lieferten die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke täglich wieder 80 700 cbm Gas, 291 000 kWh Strom und 95 900 cbm Wasser. Die Straßenbahn verkehrte wieder auf einer Strecke von 121 km und beförderte täglich 250 000 Fahrgäste.

In Weimar säuberten Antifaschisten mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht das durch den Krieg beschädigte Goethe-Haus vom Schutt. Am 28. August 1945, dem 196. Geburtstag Johann Wolfgang von Goethes, wurde das Goethe-Nationalmuseum wieder eröffnet.

Überall, wo die Arbeiter die Produktion aufnahmen, schufen sie sich ihre Betriebsräte und begannen sie, ihre gewerkschaftlichen Organisationen wieder aufzubauen. Nicht nur in der sowjetischen Besatzungszone, sondern auch in den Westzonen spielten die von den Arbeitern ernannten und später gewählten Betriebsräte und Gewerkschaftskomitees eine hervorragende Rolle. Sie gaben den Anstoß, um die von den Konzernherren und Kriegsverbrechern verlassenen Betriebe wieder herzurichten.

In Hannover wurde am 10. April 1945 ein Wiederaufbau-Ausschuß gebildet, dem Kommunisten, Sozialdemokraten, christliche und jüdische Bürger der Stadt angehörten. Unter dem Vorsitz eines sozialdemokratischen Gewerkschafters kümmerte er sich um die Ordnung des Lebens. In einigen Orten des Ruhrgebietes, wie in Essen und Wattenscheid, konnten sich die Betriebsräte auf kommunistische Oberbürgermeister oder Bürgermeister stützen, die sich mit voller Kraft der Überwindung von Not und Zerstörung, dem Aufbau einer demokratischen Selbstverwaltung mit Bürgern antifaschistischer Gesinnung widmeten.

Im anfangs amerikanisch besetzten Magdeburg fand am 5. Mai im damaligen Krupp-Gruson-Werk die erste von Kommunisten einberufene Betriebsversammlung statt. Am 18. Mai waren jedoch erst 50 Menschen wieder im Werk tätig, denn die Besatzungsmacht zeigte kein Interesse an der Aufnahme der Produktion.

In Hamburg traten Anfang Mai 1945 40 bis 50 kommunistische und sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre mit einem antifaschistischen Programm an die Öffentlichkeit. Sie forderten von der britischen Besatzungsmacht die Entsendung eines ständigen Vertreters der Gewerkschaften in den Hamburger Verwaltungsausschuß, die Übernahme der Bauverwaltung, Schulverwaltung, der Sozialfürsorge, des Arbeitsamtes durch Gewerkschafter, die Säuberung aller Behörden von aktiven Nazis, die Anerkennung der Betriebsräte. Doch die britischen Besatzungsorgane bezeichneten diese Forderungen als „ungebührliche Übergriffe". In Singen wurde von Kommunisten und Sozialdemokraten Anfang Mai eine gemeinsame Zeitung unter dem Titel „Neues Deutschland" herausgegeben. Nach der ersten Nummer wurde sie von der Besatzungsmacht verboten.

Aus allen Teilen Deutschlands liegen die Beweise vor, daß die Antifaschisten, und unter ihnen besonders die Kommunisten, die ersten waren, die durch ihr Beispiel die Bevölkerung anspornten, sich dem schwierigen Werk des Neuaufbaus zuzuwenden. „Aktivisten der ersten Stunde" – diesen Ehrentitel gab das fortschrittliche Deutschland jenen selbstlosen Pionieren des demokratischen Aufbauwerkes, die neue Hoffnungen im Volke weckten.

Dem Tatendrang der Aktivisten der ersten Stunde waren jedoch in den von imperialistischen Truppen besetzten Gebieten sehr enge Grenzen gesteckt. Selbst sozialdemokratische Führer der Westzonen, die ihre Hoffnungen auf die Westmächte setzten, mußten rückblickend einschätzen: „Ausschüsse aus der Bevölkerung, die sich in den ersten Tagen hier und da spontan gebildet hatten, um Einfluß auf die Lösung der Probleme zu nehmen, die von ihnen aus den Erfahrungen der zwölf Jahre als besonders brennend angesehen wurden, fanden keine Bestätigung und wurden wieder aufgelöst. Von ihnen getroffene Maßnahmen, wie zum Beispiel Absetzung politisch belasteter Beamten, Einsetzung von Personen mit demokratischer Legitimierung, Strafmaßnahmen gegen örtlich bekannte Anhänger des Nazisystems wurden nur in wenigen Fällen sanktioniert, in sehr vielen dagegen rückgängig gemacht. Infolgedessen blieben zunächst viele als Nazis bekannte Personen als Beauftragte der Militärregierung in ihren Ämtern, und nicht wenige von ihnen verstanden es, sich die besonderen Umstände, die sich aus der Besetzung ergaben, zunutze zu machen."[5]

[5] Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1946. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Göttingen 1947, S. 5.

Anders war es in den von sowjetischen Truppen befreiten Teilen Deutschlands. Die Befehle der sowjetischen Kommandanturen und die Tätigkeit deutscher Antifaschisten ergänzten einander. Die ersten Befehle verkündeten, daß die NSDAP und alle ihre Gliederungen aufgelöst sind, ihre Tätigkeit verboten ist und ihre Mitglieder sich registrieren lassen müssen. Sie ordneten an, daß sich jeder Werktätige in seinem Betrieb melde, um schnellstens die Arbeit wiederaufzunehmen, daß sofort Lebensmittel ausgegeben werden, daß der Betrieb der Kinos und Theater, der Gottesdienst in den Kirchen, die Bedienung in Restaurants und Gaststätten wieder erlaubt sind.

Aufbauen, das wirtschaftliche Leben wieder in Gang bringen, keine faschistischen Umtriebe dulden, neuen demokratischen Kräften Verantwortung übertragen – das war der wesentliche Inhalt der ersten Befehle der sowjetischen Kommandanturen. Feldküchen der Roten Armee speisten die hungernde Bevölkerung von Berlin und anderer schwerzerstörter Städte. Spezialeinheiten setzten Brücken und Verkehrswege instand, sicherten gemeinsam mit deutschen Arbeitern und Ingenieuren die Wasser-, Gas- und Stromversorgung, retteten wertvolle Kunstschätze, wie die unersetzlichen Meisterwerke der Dresdener Gemäldegalerie. Schritt um Schritt zogen Ruhe und Ordnung ein.

2. Das Programm der KPD zur Errichtung einer einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Republik

Als Folge des zweiten Weltkrieges wurde Deutschland von Truppen der Großmächte besetzt. Gemäß den Vereinbarungen der Alliierten vom 5. Juni 1945, die sich auf die Beschlüsse der Konferenz von Jalta stützten, wurden vier Besatzungszonen – die sowjetische, die amerikanische, die britische und die französische – gebildet. Innerhalb ihrer Besatzungszonen trugen die jeweiligen Besatzungsbehörden die Verantwortung für die Durchführung der gemeinsam beschlossenen Grundsätze der Deutschlandpolitik. Zur Reglung der Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen wurde ein Alliierter Kontrollrat geschaffen, der seinen Sitz in Berlin hatte. Im Zusammenhang damit war vereinbart worden, in den zwölf westlichen Verwaltungsbezirken von Berlin, das allein von der Sowjetarmee befreit worden war, Besatzungstruppen der westlichen Alliierten zu stationieren. Zur gemeinsamen Leitung der

Verwaltung der Stadt wurde für den Anfang der Besatzungszeit eine besondere interalliierte Behörde errichtet. Sie bestand aus den von den Oberbefehlshabern der Besatzungstruppen der vier Mächte benannten Kommandanten und war ein Organ des Alliierten Kontrollrates. Die Anwesenheit westlicher Truppen in Berlin war völkerrechtlich an die Wahrnehmung der Besatzungsfunktion im Sinne der alliierten Vereinbarungen gebunden. Die Benennung Berlins zum Sitz des Kontrollrates bedeutete nicht, daß sich Berlin in eine besondere Besatzungszone verwandelte. Berlin gehörte auch weiterhin zur sowjetischen Besatzungszone.

Die Besatzungsmächte übernahmen die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden. Angesichts dieser uneingeschränkten Vollmachten der Besatzungsmächte erhielt die von ihnen eingeschlagene Politik außerordentliche Bedeutung für die Geschicke unseres Volkes.

Die Staaten, deren Armeen Deutschland besetzten, waren Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. In einem Teil Deutschlands standen die siegreichen Truppen des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates der Welt, in dem anderen die Armeen jener imperialistischen Mächte, die in ihren eigenen Ländern die Arbeiter und Bauern unterdrückten, die Bevölkerung ihrer Kolonien versklavten und die halbe Welt ausbeuteten.

Die imperialistischen Armeen standen im Dienste der Monopole. Sie hatten sich unter dem Druck der Ereignisse mit der Sowjetarmee verbündet, um die Weltherrschaftspläne des faschistischen deutschen Imperialismus zu durchkreuzen. Die westlichen Besatzungsmächte waren nach Kriegsende durch internationale Vereinbarungen ebenfalls verpflichtet, den deutschen Faschismus und Militarismus mit seinen Wurzeln auszurotten. Doch die Westmächte hielten sich nicht an diese Abmachungen.

Allerdings wurde die Rolle der imperialistischen Besatzungspolitik nicht sofort offenkundig. Die Tatsache, daß der Krieg den Charakter eines antifaschistischen Befreiungskrieges angenommen hatte, wirkte auch auf die erste Phase der Nachkriegsentwicklung ein. Die imperialistische Reaktion brauchte eine Übergangsetappe, um den Zorn der Völker gegen den deutschen Imperialismus zum Abklingen zu bringen und ihre Wachsamkeit einzuschläfern.

Mit der Sowjetarmee betrat der Klassenverbündete der deutschen Arbeiterklasse deutschen Boden, eine Armee, die für die nationalen Belange aller Völker gekämpft hatte. In den sowjetischen Militärbehörden waren bewährte Marxisten-Leninisten tätig. Die Sowjetunion war sich bewußt, daß die Völker nur dann in Frieden leben konnten, wenn im Herzen Europas ein friedliebender und demokratischer deutscher Staat entstand. Die sowjetische Besatzungsmacht betrachtete deshalb die Förderung der demokratischen Kräfte des deutschen Volkes als vornehmste Pflicht ihrer Besatzungspolitik. Die deutschen Antifaschisten erhielten alle Möglichkeiten freier Betätigung. Plakate und Transparente verbreiteten unter der deutschen Bevölkerung die Grundlinie der sowjetischen Politik gegenüber Deutschland, die J. W. Stalin in die Worte gekleidet hatte: „. . . die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt."[6]

Am 10. Juni 1945 erließ die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) ihren Befehl Nr. 2, der die Bildung antifaschistisch-demokratischer Parteien und freier Gewerkschaften gestattete.[7] Dieser von Marschall G. K. Shukow und Generaloberst W. W. Kurasow unterzeichnete Befehl drückte das feste Vertrauen aus, das die Sowjetunion in die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes setzte. Unmittelbar nach Zulassung der demokratischen Parteien durch die SMAD trat das Zentralkomitee der KPD mit seinem historischen Aufruf vom 11. Juni 1945 vor das deutsche Volk. Am 15. Juni wandte sich auch der Zentralausschuß der SPD mit einem Appell an die Bevölkerung. Beide Programme zeugten davon, daß Kommunisten und Sozialdemokraten in ihren Vorstellungen und Zielen in vieler Hinsicht übereinstimmten.

Der Aufruf des Zentralkomitees der KPD zählt zu den bedeutungsvollsten Dokumenten der deutschen Arbeiterbewegung. Er trug die Unterschriften von Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Franz Dahlem, Anton Ackermann, Gustav Sobottka, Ottomar Geschke, Johannes R. Becher, Edwin Hoernle, Hans Jendretzky, Michael Niederkirchner, Hermann Matern, Irene Gärtner (Elli Schmidt), Bernard Koenen, Martha Arendsee, Otto Winzer und Hans Mahle.

Die KPD mußte Antwort auf die Lebensfragen der deutschen

[6] Befehl des Volkskommissars für Verteidigung Nr. 55 vom 23. Februar 1942. In: J. W. Stalin: Über den Kampf um den Frieden. Eine Sammlung ausgewählter Aufsätze und Reden, Berlin 1954, S. 243.

[7] Dokument Nr. 2.

Nation geben. Auf welchen Wegen und mit welchen Kräften sollte die Geburt des neuen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands vollzogen werden? Die Parteiführung der KPD hatte sich in den Jahren der Illegalität und der Emigration gründlich auf die Aufgaben vorbereitet, die nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus zu bewältigen waren. Sie hatte die Leitung des Kampfes gegen die faschistische Diktatur mit der Weiterentwicklung der Generallinie der Partei verbunden. Sie hatte die Erfahrungen der deutschen Arbeiterklasse analysiert, das sowjetische Beispiel studiert und die Lehren des Marxismus-Leninismus schöpferisch auf die Lage in Deutschland angewendet.

Auf ihrer Brüsseler Konferenz von 1935 und der Berner Konferenz von 1939 hatte die KPD den Weg gewiesen, um in Deutschland Faschismus und Militarismus mit ihren sozialökonomischen Wurzeln auszurotten, und das Programm einer neuen, wahrhaft demokratischen deutschen Republik entwickelt. In den letzten Jahren des Krieges, als die militärische Niederlage Hitlerdeutschlands immer näherrückte und sich die Vorstellungen der alliierten Mächte über die Behandlung Deutschlands nach dem Kriege immer deutlicher abzeichneten, hatte das Zentralkomitee der KPD – und unter seinem Einfluß auch das Nationalkomitee „Freies Deutschland" – für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens konstruktive Pläne der demokratischen Erneuerung ausgearbeitet. So erwies sich die KPD als die Kraft, die auf die brennende Frage „Wie soll es weitergehen?" eine klare, durch die Lehren der deutschen Geschichte erhärtete Antwort zu geben vermochte.

In allen seinen Überlegungen ging das Zentralkomitee der KPD von einer nüchternen Einschätzung der mit der Zerschlagung des Hitlerfaschismus eingetretenen Situation aus.

Das hervorstechende Merkmal dieser neuen Situation war die offenkundige Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses. In der großen Prüfung des zweiten Weltkrieges hatte der Sozialismus seine Überlegenheit über den Kapitalismus bewiesen. Aus dem antifaschistischen Widerstandskampf hervorgewachsen, durchflutete eine revolutionäre Welle ganz Europa. Auch in außereuropäischen Ländern kämpften die Volksmassen dafür, daß der Sieg über den Faschismus mit dem Triumph der Demokratie und des Friedens auf dem ganzen Erdball gekrönt werde.

In das große Ringen zwischen den Kräften des Fortschritts und den Kräften der Reaktion war Deutschland mitten hineingestellt. Seine

geographische Lage, seine Menschen, seine wirtschaftlichen Hilfsquellen und seine Stellung in der Geschichte und Politik Europas rückten es in den Brennpunkt dieser Auseinandersetzung. Der jahrzehntelange Kampf zwischen den Volksmassen und der Reaktion in Deutschland verflocht sich eng mit dem internationalen Kräftemessen zwischen Sozialismus und Imperialismus.

Im Interesse seiner Zukunft, seiner nationalen Souveränität und Einheit mußte das deutsche Volk den Kampf um die demokratische Erneuerung Deutschlands auch unter den schwierigen Bedingungen, die die Anwesenheit imperialistischer Besatzungstruppen mit sich brachte, aufnehmen. Die Kommunisten und mit ihnen alle aufrechten Antifaschisten machten nicht die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen zum Ausgangspunkt ihrer Politik, sondern den Gedanken der demokratischen Erneuerung in ganz Deutschland, den Kampf um die einheitliche demokratische Republik. Das war eine kühne Zielsetzung, denn Denken und Tun der Massen galten damals nicht dem Kampf um eine antifaschistisch-demokratische deutsche Republik, sondern der Erhaltung der nackten Existenz.

Der Erfolg des Kampfes der KPD und aller Antifaschisten für die neue demokratische Republik hing von einer richtigen Beurteilung der Klassensituation in Deutschland ab, von einer treffenden Einschätzung der objektiven Interessen und subjektiven Ziele der einzelnen Klassen und Schichten. Es galt, die Frage zu beantworten, mit wem und gegen wen die antifaschistisch-demokratische deutsche Republik geschaffen werden mußte.

Der Hauptstoß der demokratischen Kräfte richtete sich gegen Nazismus und Militarismus, um diese barbarischen Auswüchse des Imperialismus mit ihren sozialökonomischen Wurzeln zu beseitigen. Der deutsche Imperialismus lag – militärisch geschlagen – am Boden. Die Aggressionspolitik des deutschen Faschismus hatte eine beispiellose Niederlage erlitten. Der verbrecherische Charakter des faschistischen deutschen Imperialismus war vor aller Welt sichtbar geworden.

Monopolbourgeoisie und Junkertum befanden sich in der tiefsten Krise ihrer Geschichte. Diese Krise erfaßte alle Bereiche. Politisch drückte sie sich vor allem darin aus, daß kein zentraler Machtapparat mehr vorhanden war. Es existierten keine Reichsregierung, keine Polizei, keine aktionsfähigen Verwaltungen der Länder und Provinzen. Beseitigt war das Terrorregime mit seinen Vernichtungs- und Konzentrationslagern. Zerrissen war das Netz der Überwachung und Bespitzelung

der Bevölkerung. Zerschlagen war die faschistische Partei mit ihren Gliederungen. Gestapo, SA und SS, die die Bevölkerung tyrannisiert hatten, waren hinweggefegt. Im Unterschied zu 1918 kehrte diesmal die Armee nicht „geordnet" in die Heimat zurück. Sie wurde völlig aufgerieben. Der Reaktion fehlte damit jenes Werkzeug, das bei der Niederschlagung der Novemberrevolution eine entscheidende Rolle gespielt hatte. Stillgelegt waren Presse, Rundfunk und Film, der zentrale Apparat zur geistigen Irreführung und Verhetzung der Bevölkerung. Die imperialistische Reaktion verfügte vorerst auch über keine politische Partei, die die Bevölkerung in ihrem Sinne beeinflussen konnte. Auf der unteren Ebene blieben jedoch noch zahlreiche Faschisten in einflußreichen Stellungen. Der faschistische Machtapparat konnte erst dann als beseitigt, die Gefahr seiner Wiederherstellung erst dann als gebannt betrachtet werden, wenn er durch antifaschistisch-demokratische Organe ersetzt war.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus war in Deutschland in seinen wirtschaftlichen Grundlagen erschüttert. Er mußte sich einer bedeutenden Begrenzung seiner ökonomischen Macht und Operationsfähigkeit durch die Besatzungsmächte fügen. Seine Auslandsguthaben waren blockiert, seine wirtschaftlichen und politischen Verbindungen zum Ausland weitgehend abgerissen.

Die Hoffnungen der Monopolisten und Junker richteten sich naturgemäß auf die imperialistischen Westmächte, mit denen sie klassenmäßig verbunden waren. Sie mußten damit rechnen, daß die Westmächte drakonische Maßnahmen ergreifen würden, um den deutschen Konkurrenten auszuschalten. Der deutsche Imperialismus war außenpolitisch so isoliert, daß selbst die extrem reaktionären Kreise der Westmächte dem deutschen Monopolkapital nicht so unverhohlen zu Hilfe eilen konnten, wie sie das 1918 getan hatten. Das hatte sich bereits während des Krieges gezeigt, als verschiedene Bestrebungen, einen Separatfrieden mit den Westmächten zu schließen, scheiterten. Erst mußte zumindest der Anschein einer Demokratisierung erweckt werden, ehe die anglo-amerikanische Reaktion offen für das deutsche Monopolkapital und gegen die demokratische Volksbewegung Partei ergreifen konnte.

Unter den Siegermächten trat die Sowjetunion energisch für eine Friedensregelung ein, die ein Wiederaufleben des Militarismus und eine erneute Bedrohung der Völker Europas durch den deutschen Imperialismus ausschloß. Diese Tatsache begünstigte auch die Stellung

der demokratischen Kräfte in den Besatzungsorganen der westlichen Alliierten, die ebenfalls eine antifaschistische Reglung des Deutschlandproblems forderten und die anfangs die Besatzungspolitik in den Westzonen noch wesentlich beeinflußten, bis sie systematisch durch solche Vertreter ersetzt wurden, die bereitwillig die Geschäfte des anglo-amerikanischen Monopolkapitals besorgten.

Die volksdemokratischen Revolutionen in Ost- und Südosteuropa wie auch die demokratischen Bewegungen in Frankreich, Italien und anderen Staaten verstärkten die außenpolitische Isolierung des deutschen Imperialismus noch mehr und kündeten von der tiefen Krise des imperialistischen Systems in ganz Europa. In Deutschland forderten die Werktätigen die Bestrafung der Kriegsverbrecher.

Die eigenen Kräfte des deutschen Imperialismus reichten nicht aus, um sich der demokratischen Volksbewegung erfolgreich zu widersetzen. Er bedurfte geschickter Manöver, um Zeit zu gewinnen, um unter Preisgabe der ohnehin verlorenen Positionen die Grundlage seiner Macht zu retten. Das hieß vor allem, die Enteignung der Monopole und des Großgrundbesitzes zu verhindern und der Entstehung von Organen einer demokratischen Volksmacht entgegenzuwirken.

Da Monopolbourgeoisie und Junkertum ihre politische Ohnmacht spürten, waren sie in der ersten Etappe der Nachkriegszeit an der Lähmung des politischen Lebens überhaupt interessiert. Sie fürchteten nichts so sehr wie die Aufklärung und das Aufgebot der Massen, den Anstoß zu demokratischem Denken und Handeln. Vor allem aber fürchteten sie die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und ihr Bündnis mit den anderen demokratischen Kräften des Volkes. Untätigkeit und Entmutigung des Volkes, wirtschaftliche Zerrüttung und die Geißel des Hungers sollten die Waffen in der Hand der Reaktion werden, um den Massen zur gegebenen Stunde die Herren von Kohle und Stahl als die Retter aus dem Chaos erscheinen zu lassen.

Zur Verwirklichung ihrer Ziele brauchten Monopolbourgeoisie und Junkertum Bundesgenossen, die über Macht verfügten. Sie fanden sie in den imperialistischen Besatzungsmächten, besonders im USA-Imperialismus. Sie waren bereit, den amerikanischen Weltherrschaftsplänen zu dienen, wenn sie auf diesem Wege ihre eigene Macht wiederherstellen konnten. Sie hofften darauf, zu gegebener Zeit, mit den USA im Rücken, die Resultate des zweiten Weltkrieges korrigieren zu können.

Die Spekulationen der imperialistischen Reaktion waren deshalb außerordentlich gefährlich, weil sie trotz der tiefen Krise des imperiali-

stischen Systems mit Umständen rechnen konnte, die den Kampf der Volksmassen sehr komplizierten. Weder der Krieg noch die internationalen Abkommen hatten an den grundlegenden Eigentumsverhältnissen etwas geändert. Von den ökonomischen Positionen der Konzernherren und Junker ging in erster Linie die Gefahr des Wiedererstehens des deutschen Imperialismus aus. Die Großbourgeoisie nutzte ihre jahrzehntelange Erfahrung in der Ausübung ihrer Herrschaft, in der Knebelung und Irreführung der Volksmassen. Sie verfügte über Erfahrungen und Routine bei der Leitung der Produktion und bei der Bindung großer Teile der Mittelschichten, der Intelligenz und auch der Arbeiteraristokratie an das imperialistische System.

Der Monopolbourgeoisie kam die Tatsache zugute, daß die jahrzehntelange imperialistische Propaganda, insbesondere der Antikommunismus, tiefe Spuren im Denken des deutschen Volkes hinterlassen hatte. Selbst in der Arbeiterklasse war der Antikommunismus in beachtlichem Maße wirksam. Viele Deutsche standen im Banne der von den Faschisten erzeugten Stimmung, daß der Untergang des Nazireiches gleichbedeutend sei mit dem Untergang Deutschlands. Die Kriegsniederlage und die Folgen des Krieges hatten sie erschüttert. Sie waren unzufrieden mit ihrer Lage, aber noch nicht bereit, ihre eigene Verantwortung für das Geschehene anzuerkennen. Sie sahen keinen Ausweg. Diese tiefe Unzufriedenheit wurde von der deutschen Reaktion und von den imperialistischen Besatzungsmächten ausgenutzt. Sie lenkten die Mißstimmung in antisowjetische, antikommunistische und revanchistische Bahnen, um ideologische Barrieren gegen die Umerziehung des deutschen Volkes im Geiste der kämpferischen Demokratie und der Freundschaft zur Sowjetunion zu errichten.

Erst nach Beendigung des Krieges lasteten seine Auswirkungen mit voller Wucht auf dem deutschen Volk. Erst jetzt, als die deutschen Imperialisten nicht mehr andere Länder ausplündern konnten, begann für die deutsche Bevölkerung die Zeit des Hungers und des Mangels an allen lebenswichtigen Gütern mit aller Härte. Deutschland mußte im Rahmen des Möglichen Wiedergutmachungsverpflichtungen nachkommen. Fabriken wurden demontiert. Millionen Umsiedlern mußte eine neue Heimat, ein neuer Erwerb, ein neuer Lebensinhalt gegeben werden. Viele sahen die bitteren Folgen des Krieges, wenige nur ihre wahren Ursachen. Die faschistischen Machthaber hatten das deutsche Volk in ihre Verbrechen verstrickt und seinem Ansehen bei den Völkern der Welt aufs schwerste geschadet. Den Antifaschisten fiel die Aufgabe zu,

bei der deutschen Bevölkerung Verständnis zu wecken für die moralische Verpflichtung zur Wiedergutmachung, für die ganze Schwere des mühevollen Neuaufbaus.

Die Kraft, die die Aufgabe auf sich nehmen mußte, eine Wiederholung der verhängnisvollen Politik der imperialistischen Reaktion zu verhindern, war die deutsche Arbeiterklasse. Sie hatte keinen Anteil an der faschistischen Gewaltherrschaft gehabt. Nur sie konnte eine gesunde und lebensfähige Demokratie aufbauen und schließlich das soziale Unrecht, die Spaltung der Gesellschaft in Reiche und Arme, Ausbeuter und Ausgebeutete, Unterdrücker und Unterdrückte endgültig beseitigen. Nur die Arbeiterklasse konnte alle demokratischen Kräfte zu einem festen und dauernden Bündnis zusammenschließen.

An allen Wendepunkten der jüngsten deutschen Geschichte waren es die klassenbewußten deutschen Arbeiter gewesen, die am entschiedensten für die Interessen des ganzen Volkes eingetreten waren. Sie hatten für das Glück der Nation gekämpft und ungezählte Opfer gebracht. Sie waren nun die ersten, die unverzüglich den demokratischen Neuaufbau in Angriff nahmen. Gerade unter den harten Bedingungen der ersten Nachkriegswochen hatten die Vertreter der Arbeiterklasse ihre Tatkraft, ihre Selbstlosigkeit und ihr Schöpfertum bei der Meisterung der schwierigsten Aufgaben unter Beweis gestellt. Dessenungeachtet blieben der politisch-ideologische Reifegrad und die Organisiertheit der Arbeiterklasse erheblich hinter den Erfordernissen zurück.

Die Arbeiterklasse stellte über die Hälfte der Bevölkerung, Arbeiter und Angestellte zusammen machten sogar etwa 70 Prozent aus. Unter dem Faschismus war die Konzentration der Arbeiter in Großbetrieben weiter fortgeschritten. Die im Interesse der totalen Kriegführung durchgeführten Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeitskräften für die Rüstungsproduktion und die Ruinierung vieler Handwerker und Gewerbetreibender hatten die Arbeiterklasse mit Kleinbürgern durchsetzt. Die Faschisten hatten das gesamte Arbeiterleben militarisiert. Die Masse der Arbeiter – unter ihnen verdiente Kader der Arbeiterbewegung – waren in die Wehrmacht gepreßt worden. Viele kehrten gar nicht, viele erst nach Jahren der Gefangenschaft in die Heimat zurück. Die Arbeiter waren sowohl ihrer legalen politischen als auch ihrer gewerkschaftlichen Organisationen beraubt worden. Die besten Vertreter der Arbeiterklasse waren verfolgt, eingekerkert, zu Tode gequält und zu Zehntausenden ermordet worden. Faschistischer Terror, Beseitigung aller legalen Möglichkeiten der Klassenerziehung,

faschistische Irrlehren, verbunden mit Maßnahmen zur Bestechung bestimmter Schichten, hatten das Klassenbewußtsein bei vielen Arbeitern verschüttet.

Die Arbeiterklasse war dennoch niemals zur Stütze des Faschismus geworden. Zahlreiche Arbeiter hatten sich ihre antifaschistische Einstellung bewahrt. Sie waren aber häufig im Geiste des Reformismus erzogen, die antikommunistische Propaganda hatte sich ausgewirkt. Die bei vielen Werktätigen vorherrschende antifaschistische Haltung hatte sich nicht in wirksame antifaschistische Aktionen umgesetzt. Die Mehrheit der Arbeiterklasse betrachtete sich zunächst ebenso wie die anderen Klassen als besiegt. Nur langsam wurde ihr klar, daß die Niederlage des Hitlerstaates ihrem klassenmäßigen Wesen nach einen Sieg für die Arbeiterklasse darstellte.

Unter den gegebenen Bedingungen hing die Zukunft Deutschlands davon ab, ob es gelingen werde, die Masse der Arbeiter auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage zusammenzuschließen und mit dem Wiederaufbau starker Arbeiterorganisationen die durch den Faschismus verursachte Lähmung der Arbeiterklasse zu überwinden.

Im Unterschied zu 1918 besaß die Arbeiterklasse im Jahre 1945 in der KPD eine Führung, die ihr ein reifes, den historischen Bedingungen voll gerecht werdendes Programm zu geben vermochte und unermüdlich für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und das Zusammengehen aller Antifaschisten eintrat. Für die KPD waren die Jahre der faschistischen Diktatur Jahre der grausamsten Unterdrückung gewesen, aber es waren auch Jahre, in denen die Bewegung gereift war, in denen sie ihre Politik überprüft hatte und mit wissenschaftlicher Gründlichkeit Antwort auf die Frage gab, auf welchen Grundlagen und mit welchen Mitteln ein neues Deutschland errichtet werden muß. Sie – und nur sie – hatte in der ganzen Periode der faschistischen Diktatur einen organisierten, vom Zentralkomitee der Partei geleiteten Widerstandskampf geführt. Von allen politischen Kräften, die das Hitlerregime bekämpften beziehungsweise ablehnten, hatte die KPD das klarste Programm zur Rettung der deutschen Nation entwickelt.

Auch bei vielen Sozialdemokraten war die Erkenntnis gereift, daß die Zukunft Deutschlands eine grundlegende demokratische Umwälzung erfordert und daß eine einheitliche marxistische Massenpartei der Arbeiterklasse die Führung beim demokratischen Neuaufbau übernehmen muß. In den Klassenkämpfen früherer Jahre hatte sich die Spaltung der Arbeiterbewegung als Ursache vieler Niederlagen

und Mißerfolge der werktätigen Massen erwiesen, deshalb war 1945 ein außerordentlich starker Drang zur Einheit der Arbeiterklasse spürbar.

Die KPD besaß unerschütterliches Vertrauen zur Arbeiterklasse. Die Kommunisten gaben sich keinen Wunschträumen hin, aber sie wußten, zu welchem Heldenmut und zu welchem Schöpfertum die Arbeiterklasse fähig ist, wenn sie richtig geführt wird und einheitlich handelt. Das hatte die Geschichte bewiesen, auch die Geschichte der Klassenkämpfe in Deutschland.

Die Geschichte hatte jedoch auch gelehrt, daß die Arbeiterklasse allein nicht siegen kann. Ihre Niederlagen in den Klassenkämpfen vergangener Jahrzehnte folgten nicht zuletzt daraus, daß es der Monopolbourgeoisie gelungen war, die Arbeiterklasse von den anderen Schichten zu trennen. Ob es die Arbeiterklasse vermochte, die Bauernschaft, die Intelligenz, Handwerker und Gewerbetreibende in ihren nationalen Befreiungskampf einzubeziehen oder ob diese Schichten erneut ins Schlepptau der Monopolbourgeoisie gerieten – das mußte letzten Endes den Ausschlag in der Auseinandersetzung zwischen Monopolkapital und Junkertum auf der einen und der Arbeiterklasse auf der anderen Seite geben. Eine richtige Einschätzung der Bündnismöglichkeiten und die Entwicklung geeigneter Formen der Zusammenarbeit mit den anderen antifaschistischen Kräften wurden zu Kernfragen der marxistisch-leninistischen Politik.

Der Krieg und seine Folgen hatten auch auf bäuerliche und kleinbürgerliche Schichten eine tiefe Wirkung ausgeübt. Etwa ein Fünftel der Bevölkerung stellten die Bauernschaft und das städtische Kleinbürgertum. Die überwältigende Mehrheit der Bauern zählte zur werktätigen Bauernschaft. Von vier Bauern bewirtschafteten drei weniger als zehn Hektar. Auf diesen werktätigen Bauern lastete der Druck der Junker, Monopole und Banken. Faschismus und Krieg hatten sie zugrunde gerichtet oder doch an den Rand des Ruins gebracht. Die Schlachtfelder Europas waren mit dem Blute der Söhne deutscher Bauern getränkt. Die Bestrafung der Kriegsschuldigen lag im Interesse der Bauernschaft. Auch die größeren Bauern hatten unter dem Krieg schwer gelitten. Sie mußten erleben, daß Hitlers „Blut-und-Boden-Politik" zur Ausplünderung der deutschen Landwirtschaft geführt hatte. Daher bestand die reale Möglichkeit, ein festes Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern herzustellen und sie für den gemeinsamen Kampf zur Bestrafung der Kriegsschuldigen und

die Entmachtung der Junker zu gewinnen. Auch die großbäuerlichen Kreise konnten für diese demokratische Zielsetzung gewonnen werden.

Verhältnismäßig groß war in Deutschland die Zahl der Handwerker, Gewerbetreibenden, kleinen Unternehmer und der Intellektuellen. Diese Schichten stellten einen etwas größeren Anteil an der Bevölkerung als die Bauernschaft. Ähnlich den werktätigen Bauern nahmen auch einige dieser Schichten eine Doppelstellung als Privateigentümer und Werktätige ein. Wie große Teile der Bauernschaft, so hatten auch sie die Massenbasis der Nazipartei gebildet. Aber vielen hatten Krieg und Faschismus vor Augen geführt, daß zwischen ihren eigenen Interessen und den Zielen der imperialistischen Großbourgeoisie ein unversöhnlicher Widerspruch besteht. Da diese Schichten dazu neigen, sich auf die gesellschaftlich stärkste Kraft zu orientieren, bestanden unter den Bedingungen des neuen Kräfteverhältnisses günstige Voraussetzungen, sie in die antiimperialistische Front einzubeziehen.

Widersprüchlich war die Haltung der nichtmonopolistischen Bourgeoisie. Teile hatten am Kriegsgeschäft emsig teilgenommen und große Profite erzielt, auf anderen lastete die Kriegswirtschaft und der Druck der Monopole. In ihrer Mehrheit war sie an der Sicherung des Friedens interessiert, stand aber als Kapitaleigentümer den revolutionären Eingriffen in die alten Machtverhältnisse, ohne die eine dauerhafte Friedensordnung nicht möglich ist, ablehnend oder zumindest mit Vorbehalten gegenüber. Wollte die kleinere und mittlere Bourgeoisie in Frieden leben, so mußte auch sie der Bestrafung der aktiven Faschisten und Kriegsverbrecher zustimmen, mußte sie sich von dem blutbesudelten deutschen Monopolkapital und dem militaristischen Junkertum distanzieren.

Die beispiellose Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus hatte bei der Mehrheit des Kleinbürgertums und bei beachtlichen Teilen des Bürgertums das Vertrauen schwer erschüttert, mit dem sie bisher der Politik der imperialistischen Bourgeoisie gefolgt waren. Diese Schichten begannen, die Lage nüchterner einzuschätzen und eine neue, vorurteilsfreiere Stellung zur Arbeiterbewegung zu beziehen. In ihren Ansichten waren sie noch äußerst zwiespältig. Sie wollten den Frieden, schreckten aber häufig vor konsequenten antiimperialistischen Maßnahmen zurück. Sie bekannten sich zur Demokratie, fürchteten aber nicht selten die volle Entfaltung der demokratischen Masseninitiative. Gerade in diesen Schichten war das Traumbild von einem

Kapitalismus ohne Monopoldiktatur und Kriegsabenteuer weit verbreitet. Hier waren das preußisch-deutsche Denken, der Ungeist nationaler Überheblichkeit, spießbürgerliche Engstirnigkeit besonders tief verwurzelt. Eine sichere Zukunft hatten diese Schichten nur an der Seite der Arbeiterklasse. Die Frage, wo Kleinbürgertum und Bürgertum im Kräftemessen der Nachkriegsjahre stehen würden, wurde letztlich in der Auseinandersetzung zwischen Arbeiterklasse und Monopolbourgeoisie entschieden.

Wenn in den Grundfragen der Nation bei der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, den städtischen Mittelschichten und selbst in Kreisen der nichtmonopolistischen Bourgeoisie in vieler Hinsicht Übereinstimmung bestand oder sich eine Annäherung vollzog, so waren aber dadurch nicht die Widersprüche zwischen den einzelnen Klassen und Schichten aufgehoben, die sich aus den Produktionsverhältnissen, insbesondere aus dem Privateigentum an Produktionsmitteln, ergaben. Die wirtschaftliche Zerrüttung eröffnete überdies der Geschäftemacherei und Bereicherung ein weites Feld, das nicht nur die kapitalistischen Unternehmer, sondern auch die Masse des städtischen Kleinbürgertums und der Bauernschaft immer wieder verlockte. Durch das spontane Wirken der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus wurde immer wieder ein Keil zwischen die in vieler Hinsicht einem gemeinsamen Ziel zustrebenden Schichten des Volkes getrieben.

Dieses Bild der Klassenverhältnisse war in den einzelnen Besatzungszonen im wesentlichen das gleiche, mit der Einschränkung, daß sich in den Industriezentren des Westens besonders die Kräfte der Monopolbourgeoisie konzentrierten, während in den ostelbischen Gebieten die Stützpunkte der Junker lagen. Der Anteil der Industriearbeiterschaft war in den westlichen Besatzungszonen im Durchschnitt höher als in der sowjetischen Besatzungszone, die weite, seit Jahrhunderten in ihrer Entwicklung vernachlässigte agrarische Gebiete in sich einschloß. Das Bild verschob sich weiterhin durch die Fluchtbewegung eingefleischter Faschisten und Militaristen nach dem Westen, die darauf aus waren, sich unter den Fittichen der westlichen Besatzungsmächte der Verantwortung für ihre Verbrechen zu entziehen. Damit war von vornherein eine Zusammenballung reaktionärer Kräfte in den Westzonen gegeben.

Nach Kriegsende ergoß sich ein Strom von Umsiedlern aus den Gebieten jenseits der Oder und Neiße und aus der Tschechoslowakei in die Länder und Provinzen der vier Besatzungszonen. Die Umsiedler

kamen aus allen Bevölkerungsschichten. In der Mehrzahl waren es Arbeiter und Bauern. Naturgemäß waren die Umsiedler über die Folgen des Krieges besonders erbittert, und damit war auch die Gefahr gegeben, daß sie zu Opfern revanchistischer Abenteurer würden. Unter den Umsiedlern waren aber auch nicht wenige klassenbewußte Arbeiter und aufrechte Demokraten, die sich in ihrer neuen Heimat sofort in den Dienst des demokratischen Aufbaus stellten.

Führte der Krieg zur sozialen Entwurzelung vieler Vertreter der kleinbürgerlichen und bürgerlichen Schichten, so traten andererseits auch in der Zusammensetzung des Volkes nach Alter und Geschlecht große Verschiebungen ein. Am stärksten hatte der Krieg die jüngeren männlichen Jahrgänge gelichtet, die für die Volkswirtschaft viele produktive und qualifizierte Kräfte stellen. Der Anteil der Frauen an der Gesamtbevölkerung war sprunghaft gestiegen. In der sowjetischen Besatzungszone machten 1946 die Frauen drei Fünftel der arbeitsfähigen Bevölkerung aus, während es 1939 nur die knappe Hälfte gewesen war. Viele Frauen waren zum Ernährer ihrer Familien geworden, auf ihnen lastete die Sorge für die Kinder. Sie arbeiteten, um für ihre Nächsten Kälte und Hunger zu bannen. Doch sie suchten zugleich nach einem neuen Lebensinhalt. So manche Frau und Mutter, die bisher nur ihrer Familie gelebt hatte, begann zu erkennen, daß die Frauen selbstbewußt und tatkräftig die Geschicke des Volkes mitbestimmen müssen. Der Kampf, den die Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten für die Befreiung und die Gleichberechtigung der Frau führte, erhielt erhöhte Bedeutung. Ohne die Frauen zu gewinnen, konnten die Aufgaben des demokratischen Neuaufbaus unmöglich gelöst werden.

Die KPD stand also vor der Aufgabe, alle an einer demokratischen Wiedergeburt Deutschlands interessierten Schichten der Bevölkerung für ihr Programm zu gewinnen. Sie löste diese Aufgabe, indem sie allen friedliebenden Deutschen ein gemeinsames Ziel setzte: Errichtung einer einheitlichen, friedliebenden, antifaschistisch-demokratischen deutschen Republik. Das war der zentrale Gedanke des Aufrufs des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945. Die Parteiführung der KPD und das Politbüro des Zentralkomitees der KPdSU(B) stimmten darin überein, daß es – wie der Aufruf hervorhob – falsch gewesen wäre, „Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen“[8]. Sie waren

[8] Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus. Hrsg. und eingel. von Lothar Berthold und Ernst Diehl, Berlin 1964, S. 196.

vielmehr der Ansicht, die deutschen Marxisten-Leninisten müßten eine Politik verfolgen, die den Bedingungen im damaligen Deutschland entsprach.

In ihrem Aufruf appellierte die KPD eindringlich an das deutsche Volk, die Lehren aus der Geschichte zu ziehen und einen neuen Weg zu beschreiten. Sie wies nach, wer die Schuld an der nationalen Katastrophe trug: die aktiven Nazis, die Träger des Militarismus und die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne und die Junker. Die KPD sprach auch offen aus, daß sich alle jene Deutschen mitschuldig gemacht hatten, die in Aufrüstung und militaristischer Kraftmeierei, in den barbarischen Rassenlehren und im „Kampf um Lebensraum" den Weg zu Deutschlands Größe erblickt, die tatenlos zugesehen hatten, wie Hitler die Macht an sich riß, alle demokratischen Organisationen zerschlug und die besten Deutschen einkerkern, foltern und ermorden ließ. Das deutsche Volk mußte zur Besinnung kommen und seinen Auftrag erkennen. Mit Recht konnte die KPD darauf verweisen, daß sie niemals vom Weg des antiimperialistischen Kampfes abgewichen war. Dessenungeachtet bekannte sie im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung, daß es die Kommunisten trotz ihrer Opfer – auch infolge einer Reihe eigener Fehler – nicht vermocht hatten, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und der Intelligenz allen Widerständen zum Trotz zu schmieden.

Aus den Lehren der Geschichte zog die KPD die Schlußfolgerung: „Keine Wiederholung der Fehler von 1918! Schluß mit der Spaltung des schaffenden Volkes! Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus und der Reaktion! Nie wieder Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion; denn wo diese Hetze auftaucht, da erhebt die imperialistische Reaktion ihr Haupt!"[9]

Die KPD stellte die Aufgabe, die bürgerlich-demokratische Revolution unter der Führung der Arbeiterklasse zu Ende zu führen, Imperialismus und Militarismus zu vernichten und eine antifaschistische, demokratische Ordnung in ganz Deutschland zu errichten. Der Aufruf der KPD ließ keinen Zweifel offen, daß es sich nicht um eine sozialistische, sondern um eine antifaschistisch-demokratische Zielsetzung handelte. Die KPD erklärte ausdrücklich, „daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland ... den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen,

[9] Ebenda, S. 194.

demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk"[10] vorschreiben.

Diese antifaschistisch-demokratische Ordnung bedeutete keine Wiederholung der formalen Demokratie von Weimar, deren Schoß der Faschismus entsprossen war, aber auch noch keine sozialistische Demokratie. Ihr sozialer und politischer Charakter wurde durch die im Aufruf der KPD gestellten unmittelbaren und dringlichsten Aufgaben klar umrissen. Die KPD forderte:

„1. Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei. Mithilfe aller ehrlichen Deutschen bei der Aufspürung versteckter Naziführer, Gestapoagenten und SS-Banditen. Restlose Säuberung aller öffentlichen Ämter von den aktiven Nazisten. Außer der Bestrafung der großen Kriegsverbrecher, die vor den Gerichten der Vereinten Nationen stehen werden, strengste Bestrafung durch deutsche Gerichte aller jener Nazis, die sich krimineller Verbrechen und der Teilnahme an Hitlers Volksverrat schuldig gemacht haben. Schnellste und härteste Maßnahmen gegen alle Versuche, die verbrecherische nazistische Tätigkeit illegal fortzusetzen, gegen alle Versuche, die Herstellung der Ruhe und Ordnung und eines normalen Lebens der Bevölkerung zu stören.

2. Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Allseitige aktive Unterstützung der Selbstverwaltungsorgane in ihrem Bestreben, rasch ein normales Leben zu sichern und die Erzeugung wieder in Gang zu bringen. Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums. Wirkungsvolle Maßnahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Schulen, Wohn- und Arbeitsstätten. Strenge Sparsamkeit in der Verwaltung und bei allen öffentlichen Ausgaben. Umbau des Steuerwesens nach dem Grundsatz der progressiven Steigerung, Sicherung der restlosen Ernteeinbringung auf dem Wege breiter Arbeitshilfe für die Bauern. Gerechte Verteilung der Lebensmittel und der wichtigsten Verbrauchsgegenstände; energischer Kampf gegen die Spekulation.

3. Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes. Wiederherstellung der Legalität freier Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie der antifaschistischen, demokratischen Parteien. Umbau des Gerichtswesens gemäß den neuen demo-

[10] Ebenda, S. 196.

kratischen Lebensformen des Volkes. Gleichheit aller Bürger ohne Unterschied der Rasse vor dem Gesetz und strengste Bestrafung aller Äußerungen des Rassenhasses. Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten. Systematische Aufklärung über den barbarischen Charakter der Nazi-Rassentheorie, über die Verlogenheit der ‚Lehre vom Lebensraum', über die katastrophalen Folgen der Hitlerpolitik für das deutsche Volk. Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und künstlerischen Gestaltung.

4. Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der Provinzial- bzw. Landesverwaltungen und der entsprechenden Landtage.

5. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung. Freie demokratische Wahlen der Betriebsvertretungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in allen Betrieben, Büros und bei allen Behörden. Tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Öffentliche Hilfsmaßnahmen für die Opfer des faschistischen Terrors, für Waisenkinder, Invaliden und Kranke. Besonderer Schutz den Müttern.

6. Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher, Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes zur Verfügung der kommunalen oder provinzialen Selbstverwaltungsorgane.

7. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden.

8. Übergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke usw.), sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder.

9. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Völkern. Entschiedener Bruch mit der Politik der Aggression und

der Gewalt gegenüber anderen Völkern, der Politik der Eroberung und des Raubes.

10. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch die Hitleraggression den anderen Völkern zugefügten Schäden. Gerechte Verteilung der sich daraus ergebenden Lasten auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung nach dem Grundsatz, daß die Reicheren auch eine größere Last tragen."[11]

Die Forderungen der KPD zielten darauf ab, den Verderbern der deutschen Nation die ökonomischen Machtmittel zu entreißen und Faschismus und Militarismus mit ihren sozialökonomischen Wurzeln zu vernichten. War die demokratische Umwälzung mit Eingriffen in die bisherigen Eigentumsverhältnisse verbunden, so richteten sich diese nicht gegen das kapitalistische Privateigentum im ganzen, sondern gegen die Machtgrundlagen des aggressiven Monopolkapitals und der militaristischen Junkerkaste.

Die KPD wollte in ganz Deutschland die Frage der politischen Macht, die Hauptfrage auch jeder demokratischen Revolution, zugunsten der Arbeiterklasse und der demokratischen Kräfte des Volkes entscheiden. Nur auf der Grundlage tiefgreifender politischer und sozialer Veränderungen konnte das deutsche Volk sein Selbstbestimmungsrecht verwirklichen und seinen Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa leisten. Nur im Kampf um die antifaschistisch-demokratische Ordnung konnten die Voraussetzungen für die Verwirklichung der sozialistischen Ziele der Werktätigen geschaffen werden. Indem der Aufruf vom 11. Juni 1945 alle Möglichkeiten des antiimperialistischen Kampfes ausschöpfte, den Hauptstoß gegen die Naziaktivisten und Kriegsschuldigen richtete, wurde er zum umfassenden Programm für die demokratische Etappe der revolutionären Umwälzung in Deutschland.

Das Führungskollektiv der KPD unter Leitung von Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht hatte gründliche theoretische und politische Arbeit geleistet. Es hatte verstanden, W. I. Lenins Gedanken schöpferisch auf die deutschen Gegebenheiten anzuwenden, vor allem seine Lehren über den Zusammenhang zwischen dem Kampf um Demokratie und dem Kampf um Sozialismus, über das Heranführen der Massen an die Aufgaben der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft, über die Hegemonie der Arbeiterklasse in der demokratischen Revolution, über die Bündnispolitik und über das Hinüberwachsen der demokratischen in die sozialistische Revolution.

[11] Ebenda, S. 196–199.

Die KPD stellte, den Hinweisen Lenins entsprechend, „die Aufgaben der demokratischen Umwälzung vor dem ganzen Volke so breit, so kühn und mit soviel Initiative wie nur möglich“[12]. Nur durch den Kampf um die konsequente Demokratisierung konnte auch der Boden für die Verwirklichung der sozialistischen Ziele der Arbeiterbewegung bereitet werden.

Die Politik der KPD widerlegt die Behauptung westdeutscher Historiker, daß es 1945 keine deutsche Politik, sondern nur eine Politik gegenüber Deutschland gegeben habe, daß Deutschland lediglich Spielball der Großmächte gewesen sei und niemand in Deutschland gewußt habe, wie es weitergehen solle. Der Aufruf der KPD war deutsche Politik im besten Sinne des Wortes. Er fußte auf den Lehren der deutschen Geschichte, er ging von einer nüchternen Einschätzung der Lage in Deutschland aus, er brachte die Interessen und die Sehnsucht breitester Schichten des deutschen Volkes zum Ausdruck. Der Aufruf wollte gerade verhindern, daß Deutschland zum Spielball ausländischer Mächte werde.

Trotz der unterschiedlichen Kampfbedingungen in den einzelnen Besatzungszonen verfolgte die KPD das Ziel, *ganz Deutschland* auf den Weg einer friedlichen und demokratischen Entwicklung zu führen. Sie wollte die notwendige Auseinandersetzung zwischen den friedliebenden Volksmassen und der imperialistischen Reaktion im offenen – wenn auch langwierigen – demokratischen Kampf austragen und durch die Vernichtung von Faschismus, Militarismus und Imperialismus in ganz Deutschland die demokratische Einheit der Nation sichern.

Die deutsche Monopolbourgeoisie fühlte sich für diese Auseinandersetzung in offener Feldschlacht nicht stark genug. Sie bedurfte der Schutzherrschaft ihrer Besatzer, um – abgeschirmt gegen die Ostdeutschland neugestaltende revolutionäre Umwälzung – ihre Macht wiederherzustellen. Während dieser Plan der imperialistischen Bourgeoisie nur unter Bruch internationaler Abkommen zu verwirklichen war, stand die Politik der KPD in völligem Einklang mit den Prinzipien der Antihitlerkoalition und den zwischen den Alliierten in bezug auf Deutschland getroffenen Vereinbarungen.

Die KPD hatte ein für alle aufrechten Patrioten annehmbares demokratisches Programm vorgelegt. Wäre es im gemeinsamen Kampf aller demokratischen Kräfte gegen den Widerstand der imperialistischen

[12] W. I. Lenin: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution. In: Werke, Bd. 9, Berlin 1960, S. 102.

Besatzungsmächte auch in den Westzonen verwirklicht worden, so wäre heute ganz Deutschland ein einheitlicher, friedliebender und in der ganzen Welt geachteter Staat, in dem das werktätige Volk die Früchte seiner Mühen selbst erntet.

3. Die Herstellung der Aktionseinheit von KPD und SPD, das Entstehen des FDGB und des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien. Das Potsdamer Abkommen

In allen Teilen Deutschlands nahmen die Kommunisten den Kampf für die im Aufruf ihres Zentralkomitees gesteckten Ziele auf. Am 12. Juni 1945 fand im Berliner Stadthaus eine Zusammenkunft von etwa 200 antifaschistischen Funktionären statt, die früher verschiedenen politischen Parteien angehört hatten. Walter Ulbricht erläuterte ihnen das Programm für den demokratischen Neuaufbau Deutschlands. Er schlug vor, einen antifaschistisch-demokratischen Block zu bilden. Im Namen der SPD sprach sich in der Diskussion Gustav Dahrendorf für die politische und organisatorische Einheit der Arbeiterklasse und für das Zusammenwirken aller Antifaschisten aus.

Die Führung der KPD unternahm große Anstrengungen, um die Reihen der kommunistischen Bewegung zu festigen. Auf Konferenzen und Tagungen erläuterten Mitglieder des Zentralkomitees den Aufruf vom 11. Juni 1945 und lenkten die Aufmerksamkeit der Parteiorganisationen immer wieder auf die dringlichsten Aufgaben. Am 25. Juni 1945 fand im Colosseum die erste Funktionärkonferenz der KPD Groß-Berlin statt. Tief bewegt waren die Parteimitglieder, die sich nach zwölfjähriger Verfolgung endlich wieder legal zusammenfinden konnten. Ottomar Geschke, der den Vorsitz führte, eröffnete die Konferenz mit Worten des Gedenkens an die Opfer des antifaschistischen Kampfes. Minutenlang herrschte ergriffenes Schweigen, als er Ernst Thälmanns gedachte, den die Faschisten im Konzentrationslager Buchenwald heimtückisch ermordet hatten.

Dann sprach Walter Ulbricht zu dem Thema: Der Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands und die nächsten Aufgaben der antifaschistischen, demokratischen Kräfte.[13] Seine Rede trug wesentlich

[13] Dokument Nr. 5.

dazu bei, in den Reihen der Berliner Parteiorganisation Klarheit über die im Aufruf des Zentralkomitees dargelegte Politik zu schaffen. Er rief die Kommunisten auf, ihre ganze Kraft für die Lösung der vordringlichsten Aufgaben einzusetzen, für die Einbringung der Ernte und die Herbstaussaat, für die Wiederingangsetzung der Industrie, für den Aufbau freier Gewerkschaften und die Bildung von antifaschistischen Jugendausschüssen, für die Stärkung der demokratischen Selbstverwaltungen.

„Es ist schwer", erklärte Walter Ulbricht, „die großen Aufgaben, die vor unserer Partei stehen, zu erfüllen ohne den geliebten Führer unserer Partei, ohne den Führer des werktätigen Volkes, unseren Ernst Thälmann. Und doch müssen und werden wir mit vereinter Kraft die Aufgaben erfüllen.

Die vordringlichste Aufgabe ist die Schaffung von Parteileitungen aus den besten antifaschistischen Kämpfern und die Schaffung eines starken Funktionärkörpers aus alten sowie aus jüngeren Genossen.

Unserer Partei, der Partei der Arbeiterklasse, sollen alle ehrlichen Kämpfer gegen den Faschismus angehören. Die alten Parteigenossen, die schon vor 1933 unter größten Opfern gegen Faschismus und Reaktion kämpften, sollen Schulter an Schulter mit den Genossen zusammenarbeiten, die sich im illegalen Kampf bewährt haben, die in Kommunalverwaltungen, in Gewerkschaften und anderen Institutionen tätig sind und jetzt in die Partei aufgenommen werden können ... Aufgabe der Parteiorganisation ist es, den alten und den neuen Mitgliedern zu helfen und sie so zu schulen, daß sie gute Kommunisten werden."[14]

Die aus der Emigration zurückkehrenden Parteikader, die den Konzentrationslagern und Zuchthäusern entronnenen Kommunisten, die illegalen Widerstandskämpfer wie auch jene Parteimitglieder, deren Verbindungen zur KPD sich in den Jahren der faschistischen Diktatur gelockert hatten, wuchsen wieder zu einer gutorganisierten, disziplinierten Partei zusammen. Die KPD öffnete ihre Tore auch allen aufbauwilligen Kräften, die bisher den Kommunisten ferngestanden hatten, nun aber bereit waren, tatkräftig am Aufbau eines neuen Deutschlands mitzuarbeiten. In den Reihen der Partei wurden Zehntausende neuer Mitglieder mit der Lehre des Marxismus-Leninismus vertraut

[14] Walter Ulbricht: Das Programm der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. In: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. II, Berlin 1963, S. 437/438.

gemacht. Gleichzeitig setzten sich die Kader der KPD mit der fehlerhaften Meinung auseinander, daß man unmittelbar an die Politik der KPD vor 1933 anknüpfen müsse. Sie erläuterten den Mitgliedern die antifaschistisch-demokratische Zielsetzung der Partei. Sie legten dar, daß auch die Forderung nach der freien Entfaltung der Unternehmerinitiative im Aufruf ihren berechtigten Platz habe und mit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Einklang stehe.

Die Kader der KPD widerlegten auch die in der Arbeiterklasse vorhandene Ansicht, man müsse sofort mit dem Aufbau des Sozialismus beginnen. Sie wiesen nach, daß es linkes Abenteurertum wäre, den Kampf um den Sozialismus auf die Tagesordnung zu setzen; denn die Arbeiterklasse war noch schlecht organisiert, ihre Spaltung noch nicht überwunden, ein dauerhaftes Bündnis mit der Bauernschaft und den anderen werktätigen Schichten existierte noch nicht, große Teile Deutschlands waren von imperialistischen Mächten, also von Gegnern des Sozialismus, besetzt.

Das Leben bewies die große Anziehungskraft, die das demokratische Programm der KPD ausstrahlte. Das Vorbild der aktiven Kommunisten und die systematische Werbung bewirkten, daß nach wenigen Monaten die KPD allein in der sowjetischen Besatzungszone mehr Mitglieder hatte als vor 1933 in ganz Deutschland.

Die neuen Aufgaben, die vor der Arbeiterklasse standen, bestimmten auch den neuen Parteiaufbau der KPD und den Inhalt der Tätigkeit der Parteileitungen. In den Betrieben mußten sich die Parteiorganisationen mit der Produktion, der Rohstoffbeschaffung, der Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter beschäftigen. Sie drängten darauf, daß die Betriebe von faschistischen Elementen gesäubert wurden, sie räumten mit der Naziideologie auf und weckten das Klassenbewußtsein der Arbeiter.

Einen neuen Inhalt erhielt auch die Arbeit der Parteiorganisationen in den Wohngebieten. Die Kommunisten sorgten gemeinsam mit anderen antifaschistischen Kräften dafür, daß die Straßen aufgeräumt, die Versorgung der Bevölkerung gesichert, die Wohnungen instand gesetzt wurden. Auch auf dem Lande wurden Ortsgruppen gebildet. Sie halfen tatkräftig bei der ersten Friedensernte.

Diese Entwicklung der KPD vollzog sich in enger Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Antifaschisten anderer politischer Richtungen. Den Aufruf des Zentralkomitees der KPD richtig zu verstehen, bedeutete für jeden Kommunisten, die Einheit des

schaffenden Volkes in Stadt und Land herzustellen. Den ersten Schritt auf diesem Wege bildeten die Aktionseinheit mit der SPD und die Gründung einheitlicher freier Gewerkschaften.

Nach Erlaß des Befehls Nr. 2 der SMAD begann die SPD ihre Organisation wiederaufzubauen. Bereits Anfang Mai 1945 hatte sich in Berlin eine Gruppe sozialdemokratischer Funktionäre zusammengefunden, die den Wiederaufbau der SPD vorbereitete. Zu ihr gehörten Max Fechner und Richard Weimann, die beiden letzten Überlebenden des 1933 mit der Leitung der illegalen sozialdemokratischen Tätigkeit beauftragten Gremiums, das in der Folgezeit die Funktion eines Zentralausschusses der SPD ausgeübt hatte. Der Zentralausschuß wurde durch neue Mitglieder ergänzt. Ihm gehörten an: Gustav Dahrendorf, Max Fechner, Karl Germer, Erich W. Gniffke, Bernhard Göring, Otto Grotewohl, Hermann Harnisch, August Karsten, Käthe Kern, Annedore Leber, Helmut Lehmann, Karl Litke, Otto Meier, Fritz Neubecker, Josef Orlopp, Hermann Schlimme, Richard Weimann, Toni Wohlgemuth. Dieser Zentralausschuß knüpfte in seiner Mehrheit an richtige Erkenntnisse des Prager Manifestes der Sozialdemokratie vom Januar 1934 an und war gewillt, die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden.

In seinem Aufruf vom 15. Juni 1945 bekundete der Zentralausschuß der SPD die Entschlossenheit der Sozialdemokraten, für eine antifaschistisch-demokratische deutsche Republik einzutreten. Wie die Kommunisten, so forderten auch die Sozialdemokraten die „völlige Beseitigung aller Reste der faschistischen Gewaltherrschaft" und Maßnahmen zur demokratischen Umgestaltung Deutschlands. „Wir begrüßen daher auf das wärmste", so hieß es in dem Dokument, „den Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945, der zutreffend davon ausgeht, daß der Weg für den Neubau Deutschlands von den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen Deutschlands abhängig ist und daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage die Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes und einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk erfordern."[15] Der Zentralausschuß erklärte ferner, daß er den Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organi-

[15] Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III: ab 1945, Bd. 1. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin 1959, S. 29.

satorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse führen wolle und darin eine moralische Wiedergutmachung politischer Fehler der Vergangenheit sehe.

Als wichtigste Maßnahmen forderte der Zentralausschuß der SPD:

„1. Restlose Vernichtung aller Spuren des Hitlerregimes in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung, einen sauberen Staat der Rechtlichkeit und Gerechtigkeit, Haftpflicht der Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen für die durch das Naziregime verursachten Schäden.

2. Sicherung der Ernährung. Bereitstellung von Arbeitskräften und genossenschaftlicher Zusammenschluß in der Landwirtschaft ...

3. Sicherung des lebensnotwendigen Bedarfs der breiten Volksmassen an Wohnung, Kleidung und Heizung mit Hilfe der kommunalen Selbstverwaltung.

4. Wiederaufbau der Wirtschaft unter Mitwirkung der kommunalen Selbstverwaltung und der Gewerkschaften. Beschleunigte Wiederherstellung der Verkehrsmittel, Beschaffung von Rohstoffen, Beseitigung aller Hemmungen der privaten Unternehmerinitiative unter Wahrung der sozialen Interessen. Beseitigung der nazistischen Überorganisation in der Wirtschaft ...

5. Volkstümlicher Kulturaufbau. Erziehung der Jugend im demokratischen, sozialistischen Geiste. Förderung von Kunst und Wissenschaft.

6. Neuregelung des Sozialrechtes. Freiheitliche und demokratische Gestaltung des Arbeitsrechtes. Einbau der Betriebsräte in die Wirtschaft. Mitwirkung der Gewerkschaften und Verbrauchergenossenschaften bei den Organisationen der Wirtschaft. Ausbau der Sozialversicherung zur Sozialversorgung ...

7. Förderung der Wohnungsfürsorge und des Siedlungswesens ... Aufteilung des Großgrundbesitzes zur Beschaffung von Grund und Boden für umsiedlungsbereite Großstädter ...

8. Verstaatlichung der Banken, Versicherungsunternehmungen und der Bodenschätze. Verstaatlichung der Bergwerke und der Energiewirtschaft. Erfassung des Großgrundbesitzes und der lebensfähigen Großindustrie und aller Kriegsgewinne für die Zwecke des Wiederaufbaus ...

9. Anpassung des Rechtes an die antifaschistisch-demokratische Staatsauffassung. Staatlicher Schutz der Person. Freiheit der Meinungsäußerung in Wort, Bild und Schrift unter Wahrung der Interessen des Staates und der Achtung des einzelnen Staatsbürgers. Gesinnungsfrei-



Die Bevölkerung im zerstörten Berlin steht nach Wasser an, 1945



Umsiedler ziehen in eine Baracke ein

Befehl Nr. 2

des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration

den 10. Juni 1945. Berlin

Am 2. Mai dieses Jahres wurde die Stadt Berlin von den Sowjettruppen besetzt. Die Hitlerarmeen, die Berlin verteidigten, kapitulierten und einige Tage später unterzeichnete Deutschland die Urkunde über die bedingungslose militärische Kapitulation. Am 5. Juni wurde im Namen der Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs die Deklaration über die Niederlage Deutschlands und über die Uebernahme der höchsten Autorität auf dem ganzen Territorium Deutschlands durch die Regierungen der benannten Länder veröffentlicht. Vom Augenblick der Besetzung Berlins durch die Sowjettruppen an wurde auf dem Gebiet der Sowjetischen Okkupationszone in Deutschland feste Ordnung hergestellt, die städtischen Organe der Selbstverwaltung organisiert und notwendige Bedingungen für die freie gesellschaftliche und politische Tätigkeit der deutschen Bevölkerung geschaffen.

Zu vorstehendem BEFEHLE ICH:

1. Auf dem Territorium der Sowjetischen Okkupationszone in Deutschland ist die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung der Ueberreste des Faschismus und die Festigung der Grundlage der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland und die Entwicklung der Initiative und Selbstbetätigung der breiten Massen der Bevölkerung in dieser Richtung zum Ziel setzten.

2. Der werktätigen Bevölkerung der Sowjetischen Okkupationszone in Deutschland ist das Recht zur Vereinigung in freien Gewerkschaften und Organisationen zum Zweck der Wahrung der Interessen und Rechte der Werktätigen zu gewähren. Den gewerkschaftlichen Organisationen und Vereinigungen ist das Recht zu gewähren, Kollektivverträge mit den Arbeitgebern zu schließen sowie Sozialversicherungskassen und andere Institutionen für gegenseitige Unterstützung, Kultur-, Bildungs- und andere Aufklärungsanstalten und -organisationen zu bilden.

3. Alle in den Punkten 1 und 2 genannten antifaschistischen Parteiorganisationen und freien Gewerkschaften sollen ihre Vorschriften und Programme der Tätigkeit bei den Organen der städtischen Selbstverwaltung und beim Militärkommandanten registrieren lassen und ihnen gleichzeitig die Liste der Mitglieder ihrer führenden Organe geben.

4. Es wird bestimmt, daß für die ganze Zeit des Okkupationsregimes die Tätigkeit aller in Punkt 1 und Punkt 2 genannten Organisationen unter der Kontrolle der Sowjetischen Militärischen Administration und entsprechend den von ihr gegebenen Instruktionen vor sich gehen wird.

5. Auf Grund des vorstehenden sind alle faschistischen Gesetze sowie alle faschistischen Beschlüsse, Befehle, Anordnungen, Instruktionen usw. aufzuheben, die die Tätigkeit der antifaschistischen politischen Parteien und freien Gewerkschaften und Organisationen untersagen und gegen demokratische Freiheiten, bürgerliche Rechte und Interessen des deutschen Volkes gerichtet sind.

Der Oberste Chef der Sowjetischen Militärischen Administration
Marschall der Sowjetunion G. K. Shukow

Der Stabschef der Sowjetischen Militärischen Administration
Generaloberst W. W. Kurasow

Faber-Verlag, Magdeburg

Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration über die Zulassung antifaschistischer Parteien und Organisationen, 10. Juni 1945



Wilhelm Pieck,
Vorsitzender der KPD



Otto Grotewohl, Vorsitzender
des Zentralausschusses der SPD



Walter Ulbricht, Mitglied
des Sekretariats des ZK der KPD



Max Fechner, Vorsitzender
des Zentralausschusses der SPD



Preis 20 Pf.

Deutsche Volkszeitung

Nummer 1 / 1. Jahrgang — Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands — Berlin, 13. Juni 1945

Feste Einheit der demokratischen Kräfte

Von Wilhelm Pieck

Schluß mit der Spaltung des schaffenden Volkes! Nur durch die Einheit der antifaschistischen demokratischen Kräfte kann das schwere Werk des Wiederaufbaus gelingen und die Zukunft unseres Volkes gesichert werden!

Das Volk will diese Einheit!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands schlägt die Schaffung eines

Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien

vor.

Dieser Vorschlag richtet sich sowohl an die Sozialdemokratische Partei wie an das Zentrum und andere möglicherweise entstehenden antifaschistischen Parteien. Dabei betonen wir ausdrücklich, daß wir keinerlei Forderungen erheben, die die selbständige Organisation dieser Parteien beeinträchtigen oder das Ansehen einer in ihren Entschlüssen freien Partei schädigen könnte.

Der von uns Kommunisten geforderte Block der demokratischen Parteien setzt ein Verhältnis voraus, in dem die einzelnen Partner einander als gleichberechtigt gegenübertreten. Einen Wettstreit soll es nur geben im Eifer und in der Tatkraft zur Erfüllung der übernommenen gemeinsamen Verpflichtungen, in der Ehrlichkeit, mit der an dem Ausbau und der Festigung der antifaschistischen Einheit gearbeitet wird.

Wenn ein solcher Geist von Anfang an vorherrscht, dann wird es möglich sein, sich über alle schädigenden Sonderinteressen hinwegzusetzen und — nur das Wohl aller Schichten der Werktätigen vor Augen — den gemeinsamen, wahrhaft nationalen Interessen des Landes zum raschen, siegreichen Durchbruch zu verhelfen.

Unser Appell zur Einheit, zur Schaffung des Blocks der antifaschistischen demokratischen Einheit des Volkes richtet sich vor allem an die gesamte deutsche Arbeiterschaft, die sowohl durch ihre Zahl als durch ihre Rolle im gesellschaftlichen Leben berufen ist, in fester Einheitsfront das Rückgrat der nationalen Einheit des ganzen schaffenden Volkes zu bilden.

Wir erstreben die enge Zusammenarbeit zwischen den schaffenden Menschen der Stadt und des Dorfes, zwischen den Arbeitern, Bauern, Angestellten, Handwerkern und Händlern, nicht zuletzt aber mit der schaffenden Intelligenz, den Wissenschaftlern, Forschern, Ingenieuren, Aerzten und Lehrern wie auch den Künstlern, die ihr schöpferisches Werk dem Volke widmen wollen.

Laßt uns alle ans Werk gehen, mit gleichem Willen und im gleichen Schritt! Dann können wir über die Trümmer hinweg mit Vertrauen in die Zukunft blicken. Mit gemeinsamer Kraft wird uns das Werk gelingen.

Die Einheit, der Block der antifaschistischen demokratischen Parteien — das ist die wichtigste Garantie des Wiederaufstiegs des schaffenden deutschen Volkes zu einem neuen Leben, zur Rückkehr in die Gemeinschaft der freiheitlichen und friedliebenden Völker!

AUFRUF

der Kommunistischen Partei Deutschlands

Schaffendes Volk in Stadt und Land! Männer und Frauen! Deutsche Jugend!

Wohin wir blicken, Ruinen, Schutt und Asche. Unsere Städte sind zerstört, weite ehemals fruchtbare Gebiete verwüstet und verlassen. Die Wirtschaft ist desorganisiert und völlig gelähmt. Millionen und Abermillionen Menschenopfer hat der Krieg verschlungen, den das Hitlerregime verschuldete. Millionen wurden in tiefste Not und größtes Elend gestoßen.

Eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes ist über Deutschland hereingebrochen, und aus den Ruinen schaut das Gespenst der Obdachlosigkeit, der Seuchen, der Arbeitslosigkeit, des Hungers.

Und wer trägt daran die Schuld?

[illegible]

Im Januar 1933 forderte die Kommunistische Partei zum einmütigen Generalstreik auf, um den Machtantritt Hitlers zu verhindern.

Im Juni 1933 haben wir gewarnt:

„Der Krieg steht vor der Tür! Hitler treibt Deutschland in die Katastrophe!"

Im Januar 1939 hat die Berner Konferenz der KPD dem deutschen Volk zugerufen:

„Im Osten wie im Westen schafft das Hitlerregime eine Lage, wo über Nacht das deutsche Volk in die Katastrophe des Krieges gestürzt werden kann, — eines Krieges gegen die gewaltige Front aller von Hitler und der Kriegsachse bedrohten und angegriffenen Völker."

Im Oktober 1941, als Hitler prahlerisch verkündete, Sowjetrußland sei endgültig zu Boden geworfen und werde sich niemals mehr erheben, da erklärte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands in seinem Aufruf an das deutsche Volk und an das deutsche Heer:

„Dieser Krieg ist ein für das deutsche Volk hoffnungsloser Krieg. Hitlers Niederlage ist unvermeidlich. Die einzige Rettung für das deutsche Volk besteht darin, mit dem Kriege Schluß zu machen. Um aber mit dem Kriege Schluß zu machen, muß Hitler gestürzt werden. Und wehe unserem Volk, wenn es sein Schicksal bis zuletzt an Hitler bindet!"

Jetzt gilt es, gründlich und für immer die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Ein ganz neuer Weg muß beschritten werden!

Werde sich jeder Deutsche bewußt, daß der Weg, den unser Volk bisher ging, ein falscher Weg, ein Irrweg war, der in Schuld und Schande, Krieg und Verderben führte!

Nicht nur der Schutt der zerstörten Städte, auch der reaktionäre Schutt aus der Vergangenheit muß gründlich hinweggeräumt werden. Möge der

Erste Nummer der „Deutschen Volkszeitung", 13. Juni 1945

Das Volk

TAGESZEITUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 1 1. JAHRGANG | BERLIN, SONNABEND, 7. JULI 1945 | PREIS 15 PFENNIG

Wille und Weg

Von Otto Grotewohl

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der 17. Juni 1945 ist ein bedeutsamer Tag in der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Weit über tausend kampferprobte Funktionäre hatten sich an einer historischen Versammlungsstätte der Berliner Arbeiterschaft zusammengefunden. Nach zwölf Jahren Gewaltherrschaft, Brutalität und Trennung legten sie die Hände wieder ineinander zu gemeinsamer Tat. Keine Verfolgung, keine noch so rohe Gewalt, keine Todesdrohung der Naziden hat vermocht, die Zuversicht und das Zusammengehörigkeitsgefühl dieser Männer und Frauen und den Glauben an ihre Sache zu erschüttern.

Wie einst ihre Väter die schmerzvollen Jahre des Sozialistengesetzes ungebrochen trotz aller Opfer überstanden hatten, so fand auch diese Avantgarde auf den ersten Ruf wieder zusammen. Da standen sie wieder nebeneinander, Mann neben Mann, Frau neben Frau aus den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern. Geschlagen, gemartert und gefoltert, aber ungebrochen in ihrem Kampfesmut und ungebrochen in ihrem Willen, den Aufbau der Organisation überall sofort tatkräftig zu beginnen.

Mit Befriedigung haben wir von der Roten Armee das Geschenk der Vereinigungsfreiheit nach kurzer Zeit der Besetzung entgegengenommen. Wir sehen in dem Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration, Marschall G. K. Shukow, vom 10. Juni 1945 einen Vertrauensbeweis an die antifaschistische Bevölkerung des russischen Okkupationsgebiets. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird die ihr gegebene Möglichkeit der öffentlichen Betätigung nutzen, um ehrlichen Willens und ohne jede Einschränkung am Wiederaufbau unseres schwergeprüften Volkes mit aller Kraft mitzuwirken. Der Weg wird lang und dornig sein. Die Welt hat den Glauben an das deutsche Volk durch die verbrecherischen Gewaltmethoden des Hitlerregimes verloren. Wir werden unseren Weg gehen frei von allen Illusionen, aber auch frei von allen Belastungen der Vergangenheit.

Klar und nüchtern steht vor uns die Deklaration über die Niederlage Deutschlands, wonach die alliierten Vertreter Deutschland politische, verwaltungsmäßige, wirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Forderungen auferlegen werden, die sich aus der vollständigen Niederlage Deutschlands ergeben. Nach der Deklaration haben alle deutschen Behörden und das deutsche Volk den Forderungen der alliierten Vertreter bedingungslos nachzukommen und alle Proklamationen, Befehle, Anordnungen und Anweisungen uneingeschränkt zu befolgen. Wir wissen, daß die Beseitigung und Heilung aller Schäden und Verbrechen, die das schändliche Hitler-Regiment im Namen des deutschen Volkes über die Völker Europas gebracht hat, die einzige Form der Wiedergutmachung ist. Die Anerkennung der Wiedergutmachung ist für uns kein Lippenbekenntnis, sondern ernste und verantwortungsbewußte Verpflichtung. Nur auf diesem Wege werden wir das Vertrauen der Welt zurückgewinnen und unseren Beitrag zur wahrhaften Befriedung der Völker leisten können. Das politische Werkzeug für diese Arbeit ist uns durch die Vereinigungsfreiheit und die Freiheit der politischen Betätigung in die Hand gegeben. Die wesentlichste Aufgabe in dieser Hinsicht besteht im Aufbau einer antifaschistischen demokratischen Republik und in der restlosen Ausrottung nazistischen und militaristischen Denkens innerhalb des deutschen Volkes, an dessen Stelle wieder Redlichkeit, Sauberkeit und die einfachste menschliche Anständigkeit treten muß.

Diese Maßnahmen gehen Hand in Hand mit der Schaffung wirtschaftlicher Voraussetzungen, die dem deutschen Volk Lebensmöglichkeiten und ein Dach über

Vom Chaos zur Ordnung

Aufruf der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Männer und Frauen! Deutsche Jugend!

[illegible]

Das deutsche Volk muß die Kosten der faschistischen Hochstapelei bezahlen!

[illegible]



Schweigend und voll Ergriffenheit senken wir unsere Fahnen [illegible]

Das deutsche Volk wird nicht verzweifeln!

[illegible]

es will, wird und muß weiterleben!

[illegible]

Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft!

Wir sind bereit und entschlossen, hierbei mit allen gleichgesinnten Menschen und Parteien zusammenzuarbeiten. Wir begrüßen daher auf das wärmste den Aufruf des Zentral-Komitees der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945, der zutreffend davon ausgeht, daß der Weg für den Neubau Deutschlands von den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen Deutschlands abhängig ist, und daß die [illegible] Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage die Aufrichtung eines antifaschistischen demokratischen Regimes [illegible] parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk erfordern.

In dieser entscheidenden Stunde ist es wiederum die geschichtliche Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse, Trägerin des Staatsgedankens zu sein:

einer neuen antifaschistisch-demokratischen Republik!

Jedes eigensüchtige Parteiengezänk, wie es das politische Schlachtfeld der Weimarer Republik erfüllte, muß im Keime erstickt werden. In einer antifaschistisch-demokratischen Republik können demokratische Freiheiten nur denen gewährt werden, die sie vorbehaltlos anerkennen. Demokratische Freiheiten sind aber denen zu versagen, die sie nur nutzen wollen, um die Demokratie zu schmähen und zu zerschlagen.

Das elementarste Lebensgesetz des neuen Staates verlangt die völlige Beseitigung aller Reste der faschistischen Gewaltherrschaft. Ebenso muß der Militarismus aus den Köpfen und Herzen getilgt werden. Die durch den Faschismus geistig entwurzelte Jugend muß wieder zu freien und kritisch denkenden Menschen erzogen werden.

Der neue Staat muß wieder gutmachen, was an den Opfern des Faschismus gesündigt wurde. Er muß wieder gutmachen, was faschistische Raubgier an den Völkern Europas verbrochen hat. Dieser Staat muß sozial und vor allem dem deutschen Volk die wirtschaftliche und moralische Kraft geben, diese [illegible] Aufgabe zu erfüllen.

Deshalb fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

[illegible]

Unser armes und gequältes Volk muß durch die Schuld Hitlers durch unsägliches Elend und ein tiefes Tal des Leides gehen!

[illegible]

Kampf gegen den Faschismus, für die Freiheit des Volkes, für Demokratie, für Sozialismus!

[illegible] dem Aufbau der Organisation zu beginnen.

Vorwärts an die Arbeit!

Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Max Fechner   Erich W. Gniffke   Otto Grotewohl

Gustav Dahrendorf, Karl Germer, Bernhard Göring, Hermann Harnisch, Helmuth Lehmann, Karl Litke, Otto Meier, Fritz Neubecker, Josef Orlopp, Hermann Schlimme, Richard Weimann

Berlin, den 15. Juni 1945.

Erste Nummer des „Volk", 7. Juli 1945



Sowjetische Offiziere und Soldaten im Gespräch mit der deutschen Bevölkerung

AUFRUF

des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses für Groß-Berlin

Die Tyrannei des Hitler-Faschismus ist durch die verbündeten Armeen zerschlagen. Millionen Tote und Verwundete, zerstörte Städte, vernichtetes Eigentum, Witwen und Waisen klagen an. Furchtbar hat Hitler sein großsprecherisches Wort wahr gemacht, das er bei seiner Machtergreifung verkündete: „Gebt mir zehn Jahre Zeit, und ihr werdet Deutschland nicht mehr wiedererkennen." Durch seine barbarische Rassenlehre und den Vernichtungsfeldzug gegen andere Völker hat Hitler die eigene Nation geschändet.

Der Weg zum Abgrund begann schon vor 1933. Die demokratischen Kräfte waren gespalten und zu uneinheitlich, um entscheidenden Widerstand zu leisten. Der 1. Mai 1933 war der schwärzeste Tag in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Hitler kam zu ungehemmter Macht.

Mord und Versklavung im Innern war der Anfang. Zur ungehinderten Durchführung seiner verbrecherischen Pläne zerschlug er die Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften. Aus dem geraubten Hab und Gut schufen die Faschisten die Deutsche Arbeitsfront, das Instrument zur Versklavung der Arbeiterschaft und zur Vorbereitung ihres Raubkrieges. Nutznießer der Volksnot und Abenteurer standen an der Spitze.

Dann begann der Eroberungskrieg, der Vernichtungsfeldzug gegen die anderen Völker. Rüstungsindustrielle, Großgrundbesitzer und sonstige Militaristen verbündeten sich mit Hitler und seiner verbrecherischen Clique und opferten kaltblütig das deutsche Volk ihrem Hochmut und Ehrgeiz. Hitler befahl die Ausradierung fremder Städte: Warschau, Rotterdam, London und Stalingrad wurden zerstört. Das härteste Schicksal bereitete er den slawischen Völkern. Arbeiter und Arbeiterinnen anderer Völker wurden versklavt. Wohin immer die Horden seiner SS und Sonderkommandos kamen, hatten sie Blut und Tränen, Hunger und Tod im Gefolge. Und die deutsche Armee, von nur allzu vielen verantwortungslosen und ehrgeizigen Generalen geführt, war ebenso willenloses Werkzeug für Hitlers Schandtaten.

Nach Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften fanden sich Männer zusammen, die aktiv am Kampf gegen den Hitler-Faschismus teilnahmen. Viele von ihnen sind den Henkern der Gestapo zum Opfer gefallen. Auch unter den Freiheitskämpfern des 20. Juli 1944, die das Hitlertum zu stürzen versuchten, waren verantwortliche Männer der früheren Gewerkschaften beteiligt. Nur wenige von ihnen entgingen dem Strang.

Dem Kampf der aktiven antifaschistischen Gruppen in Deutschland blieb der Erfolg versagt. So mußten die verbündeten Armeen den opferreichen Kampf für die Befreiung Deutschlands von der Herrschaft der faschistischen Kriegsbrandstifter mit ihren Kräften führen. Erst mit der Eroberung Berlins durch die Rote Armee fand Hitler sein schmachvolles Ende. Nun können wir uns selbst überzeugen, daß die Vereinten Nationen den Krieg nicht zur Vernichtung des deutschen Volkes geführt haben.

Nach dem Einzug der Roten Armee in Berlin wurde mit Genehmigung des Stadtkommandanten eine zivile Verwaltung auf der

Grundlage der Einheit aller antifaschistischen demokratischen Kräfte errichtet.

Die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung und zur Wiederherstellung des normalen Lebens sind in Angriff genommen. Der Befehl des obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration gibt den Arbeitern und Angestellten das Recht zur Vereinigung in freien Gewerkschaften.

Damit ist der von den Arbeitern und Angestellten lange ersehnte Zeitpunkt gekommen, sich wieder gewerkschaftlich zu organisieren.

Die Unterzeichneten haben einen Ausschuß zum Wiederaufbau freier, demokratischer Gewerkschaften für Groß-Berlin gebildet. Wir sind überzeugt, dem Willen der Berliner Arbeiterschaft Ausdruck zu geben, wenn wir erklären

Die neuen freien Gewerkschaften sollen unter Zusammenfassung aller früheren Richtungen in ihrer Arbeit eine

Kampfgemeinschaft zur völligen Vernichtung des Faschismus und zur Schaffung eines neuen demokratischen Rechtes der Arbeiter und Angestellten

werden. Ihre Aufgabe ist vor allem, mitzuhelfen bei der Beseitigung unseres Volkes und bei der Heilung der Wunden, die der unselige Hitler-Krieg der Welt geschlagen hat. Die Arbeit der deutschen Gewerkschaften soll Gewähr sein für die Wiedererwerbung des Vertrauens der Völker. Sie sollen mithelfen, ein demokratisches Deutschland, das in Frieden und Freundschaft mit den anderen Völkern leben will, zu schaffen. Durch ehrliche und angestrengte Arbeit am Wiederaufbau und zur Wiedergutmachung des in anderen Ländern Zerstörten wollen sie mithelfen, das Vertrauen der anderen Völker wiederzugewinnen.

Der Ausschuß wird die gewerkschaftlichen Grundsätze ausarbeiten und sie mit dem internationalen Gewerkschaftsbureau in Uebereinstimmung bringen. Wir schlagen den Arbeitern und Angestellten Berlins vor, ihre Meinung zu folgenden

Fragen der freien Gewerkschaften zu äußern:

1. **Entschlossener Kampf gegen die nazistische Ideologie und das Gift des deutschen Militarismus. Verhinderung aller Pläne zu Wiederaufrüstung und Betrieben von aktiven faschistischen Elementen.**
2. **Einsatz aller Arbeitskräfte, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern und Berlin durch angestrengte Arbeit wieder aufzubauen. Raschmöglichste Wiederingangsetzung der Versorgungsbetriebe und Werkstätten, der Energieversorgung und der Verkehrsmittel von Groß-Berlin.**
3. **Vertretung der Arbeiter und Angestellten im Rahmen der Bestimmungen der Besatzungsbehörden durch Abschluß von Tarifverträgen und Organisierung des Arbeitsschutzes und des Arbeitsrechtes. Mitarbeit beim Wiederaufbau der Wirtschaft und der sozialen Gesetzgebung unter Wahrung des demokratischen Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und Angestellten.**
4. **Erziehung der Arbeiterschaft im Geiste des Antifaschismus, des demokratischen Fortschritts und zur Erkenntnis ihrer sozialen Lage. Pflege der Verbundenheit mit den Arbeitern der anderen Länder und Festigung der Freundschaft zu den anderen Völkern.**

Arbeiter und Angestellte!

Die Nazi-Tyrannei ist tot! An uns liegt es jetzt, trotz aller Schwierigkeiten Hand anzulegen zum Neuaufbau. Wieder, wie nach 1918, liegt das Schicksal der Heimat in unserer Hand. Wir dürfen diesmal nicht versagen.

Beweisen wir der Welt, daß die gesinnte Arbeiterschaft, durch die Vergangenheit belehrt, sich ihrer besten gewerkschaftlichen Traditionen bewußt, gewillt ist, ein antifaschistisches Bollwerk zu schaffen; daß sie entschlossen ist, sich mit ganzer Kraft einzusetzen für die Schaffung eines demokratischen Deutschlands, für ein friedliches Zusammenleben mit anderen Völkern.

Berlin, den 15. Juni 1945.

Der vorbereitende Gewerkschaftsausschuß für Groß-Berlin

Otto Braß	Hermann Schlimme	Roman Chwalek	Jakob Kaiser
Bernhard Göring	Paul Walter	Ernst Lemmer	Hans Jendretzky

Aufruf zur Gründung einheitlicher Gewerkschaften, 15. Juni 1945



Sitzung der Leitung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands. V. l. n. r.: Ferdinand Friedensburg, Karl-Heinz Martin, Johannes R. Becher, 1945

heit und Religionsfreiheit. Strafrechtlicher Schutz gegen Rassenverhetzung."[16]

In diesen Forderungen waren viele Punkte enthalten, die dem Aktionsprogramm der KPD entsprachen oder ihm nahekamen.

In der Einschätzung der Ursachen der nationalen Katastrophe und der Auseinandersetzung mit der eigenen Politik der Vergangenheit blieb die programmatische Erklärung der SPD hinter dem Aufruf des Zentralkomitees der KPD zurück. Wenn das Dokument des Zentralausschusses auch noch nicht völlige Klarheit über Weg und Ziel der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung erkennen ließ, so war es doch eine eindeutig antiimperialistische Stellungnahme. In ihrem Aufruf traf die Führung der SPD in den Grundfragen des nationalen Kampfes eine richtige Entscheidung.

Vertreter des Zentralausschusses der SPD erklärten dem Berliner Korrespondenten der sowjetischen Zeitung „Krasnaja Swesda" am 12. Juli 1945[17]: „Nach vielen Fehlern der Vergangenheit haben wir nun erkannt, daß die Lebensinteressen der Arbeiterklasse einer Einheit bedürfen. Das, was uns jetzt mit den Kommunisten einigt, ist bedeutend stärker und überwiegender als das, was uns trennt. Die Kommunistische Partei hat viel beigetragen zur Schaffung eines Einvernehmens zwischen beiden Parteien.

Unsere Arbeiterklasse mußte schwere Opfer bringen, ehe sie den richtigen Weg gefunden hat. Die historischen Siege der Roten Armee, die endgültige militärische Niederlage des Nazismus und deutschen Militarismus schaffen Vorbedingungen zur Erneuerung des Lebens des deutschen Volkes auf einer demokratischen Grundlage.

Wir beschreiten den Weg der Zusammenarbeit mit den Kommunisten aus freier Wahl und eigenem Interesse ... Wir führten hier den Kampf gegen den Nazismus, und um diesen Kampf fielen Tausende unserer Genossen. Unsere heilige Pflicht ist es, ihr Vermächtnis – die Vereinigung aller Kräfte der deutschen Arbeiterklasse – zu verwirklichen. Wir wissen, was der deutsche Arbeiter heute erstrebt und was er erhofft. Am wenigsten möchte er die Wiederherstellung der Zustände der Weimarer Republik. Der deutsche Arbeiter wünscht eine derartige demokratische Erneuerung Deutschlands, bei der ein Wiederaufleben des Faschismus unmöglich ist."[18]

[16] Ebenda, S. 29/30.

[17] Dokument Nr. 6.

[18] Das Volk (Berlin), 13. Juli 1945.

Mit dem Zentralausschuß bestand erstmalig seit Jahrzehnten wieder eine sozialdemokratische Führung, in der klassenbewußte Sozialdemokraten den bestimmenden Einfluß ausübten. Er war die legitimierte Leitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, solange kein neuer Parteivorstand durch einen Parteitag gewählt war. Seine Politik entsprach dem Willen der Mehrheit der sozialdemokratischen Mitglieder. Er wirkte in der deutschen Hauptstadt Berlin, dem traditionellen Sitz der sozialdemokratischen Parteileitung. Die erste sozialdemokratische Funktionärkonferenz, die am 17. Juni 1945 im Luckauer Hof in Berlin tagte und an der Funktionäre der SPD aus allen Teilen Deutschlands teilnahmen, sprach diesem Zentralausschuß das Vertrauen aus.

Es gab jedoch in der Sozialdemokratie – bis hinein in den Zentralausschuß – auch Politiker, die das Programm einer konsequenten antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und das Zusammengehen mit den Kommunisten ablehnten, wenngleich sie sich zunächst genötigt sahen, dem Einheitsdrang der Werktätigen Zugeständnisse zu machen. Sie verfolgten eigene Ziele. Ihr Standpunkt war, daß die SPD sich nicht aus dem bürgerlichen Staat hinausdrängen lassen dürfe. Nach ihren Vorstellungen war die Weimarer Republik am Radikalismus von rechts und links zugrunde gegangen. Sie waren darauf aus, die rechts von der SPD stehenden kleinbürgerlichen und bürgerlichen Kräfte zu gewinnen, damit ein Übergewicht zu erhalten, um ihre Vorstellungen von der „Wirtschaftsdemokratie" durchsetzen zu können. Die Verwirklichung solcher Vorhaben mußte zur Restauration einer auf kapitalistischer Grundlage beruhenden bürgerlichen Republik führen, in der das Monopolkapital nach wie vor den entscheidenden Einfluß ausübt. Der Zusammenschluß mit den Kommunisten und die führende Rolle der Arbeiterklasse vereinbarten sich nicht mit den Plänen dieser Politiker.

Die in der Sozialdemokratie unvermeidlich aufbrechenden Auseinandersetzungen waren ihrem Wesen nach der Kampf zwischen einer proletarischen und einer bürgerlichen Politik, zwischen jenen Kräften, die für eine antifaschistisch-demokratische Politik und für eine Einheitspartei der Arbeiterklasse auf marxistischer Grundlage eintraten, und jenen Kräften, die in den Grenzen eines bürgerlichen Staates einige sozialpolitische Reformpläne zu verwirklichen gedachten, im übrigen aber die Grundlagen des Imperialismus unangetastet lassen wollten.

Obwohl die Mehrheit der 1945 wieder aktiv werdenden Sozialdemokraten nicht sofort die Gefährlichkeit solcher restaurativer Be-

strebungen erkannte und selbst die bürgerliche Demokratie noch überbewertete, war doch ein Ruck nach links deutlich spürbar. Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus trat die Forderung nach einer an der alten, revolutionären Sozialdemokratie orientierten Politik stark hervor. Die Auseinandersetzungen über Inhalt und Ziel sozialdemokratischer Politik verstärkten sich. Große Teile der Sozialdemokratie zogen aus den in der Weimarer Republik und unter dem Faschismus gesammelten Erfahrungen die richtigen Schlußfolgerungen. Sie forderten eine Neuorientierung der SPD und ein enges Zusammengehen mit den kommunistischen Klassengenossen. Diese sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre nahmen in den Fragen des nationalen und sozialen Kampfes einen richtigen Standpunkt ein, obgleich ihr Denken noch stark vom Reformismus beeinflußt war.

Von dem Drang nach Neuorientierung waren die sozialdemokratischen Arbeiter in allen Besatzungszonen ergriffen. Ihre Sprecher waren solche verdienten sozialdemokratischen Funktionäre wie Otto Buchwitz, Friedrich Ebert, Max Fechner, Bernhard Göring, Otto Grotewohl, Käthe Kern, Helmut Lehmann, Josef Orlopp, Hermann Schlimme. Diese Sozialdemokraten waren gewillt, sich im Kampf um das demokratische Deutschland fest auf die Arbeiterklasse zu stützen.

Am 19. Juni 1945 fanden sich Mitglieder des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD zu einer gemeinsamen Beratung zusammen. Die KPD wurde vertreten durch Anton Ackermann, Ottomar Geschke, Hans Jendretzky, Walter Ulbricht und Otto Winzer; die SPD durch Gustav Dahrendorf, Erich W. Gniffke, Otto Grotewohl, Helmut Lehmann und Otto Meier.

Ergebnis dieser Beratung war ein Aktionsabkommen[19], das in fünf Punkten die Richtung des gemeinsamen Kampfes festlegte:

„1. Enge Zusammenarbeit bei der Durchführung der gemeinsam beschlossenen dringlichen Aktionsaufgaben zur Liquidierung der Überreste des Nazismus und zum Wiederaufbau des Landes auf sicherer Grundlage. Als Voraussetzung hierfür wird der Aufbau einer antifaschistischen, demokratisch-parlamentarischen Republik betrachtet, die die Fehler und Schwächen der Vergangenheit vermeidet und dem schaffenden Volke alle demokratischen Rechte und Freiheiten sichert. 2. Es sind alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um mit allen anderen antifaschistischen, demokratischen Parteien Vereinbarungen über die Bildung eines festen Blockes zu treffen. 3. Gemeinsame Ver-

[19] Dokument Nr. 4.

tretung der Interessen des schaffenden Volkes in Stadt und Land. 4. Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen beider Parteien. 5. Gemeinsame Beratungen zur Klärung ideologischer Fragen."[20]

Die Vertreter beider Parteien drückten ihren festen Willen aus, auf dem Wege guter Zusammenarbeit die Voraussetzungen für die politische Einheit des werktätigen Volkes zu schaffen. Mit dieser Vereinbarung waren wichtige Grundsätze des Aufrufes des Zentralkomitees der KPD und des Aufrufes des Zentralausschusses der SPD zur Richtschnur des gemeinsamen Handelns erklärt worden. Erstmalig in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung war es gelungen, eine beständige Übereinkunft zwischen den Führungen von KPD und SPD abzuschließen und auf breiter Grundlage die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten zu verwirklichen.

Die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die sich bereits gegen Ende des Krieges verstärkt hatte, wurde nun allerorts durch feste Aktionsvereinbarungen besiegelt. In allen Gemeinden, Städten, Kreisen und Ländern der sowjetischen Besatzungszone wurden paritätisch zusammengesetzte Einheitsausschüsse gebildet. Die Aktionseinheit entwickelte sich von unten und oben. Auch in den Westzonen orientierten sich die klassenbewußten Arbeiter an dem vom Zentralkomitee der KPD und dem Zentralausschuß der SPD gegebenen Beispiel. Die bitteren Erfahrungen der faschistischen Diktatur hatten besonders den organisierten Arbeitern vor Augen geführt, daß eine Spaltung ihrer Reihen nur den gemeinsamen Feinden, den Imperialisten, zugute kam. Im Widerstandskampf, in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern hatte sich zwischen vielen Kommunisten und Sozialdemokraten ein enges kameradschaftliches Verhältnis angebahnt. Zahllose Kommunisten und Sozialdemokraten hatten sich in den Folterkammern der Faschisten geschworen, nach ihrer Befreiung gemeinsam zu kämpfen. Die Opfer der faschistischen Gewaltherrschaft hatten ihren überlebenden Genossen als letztes Vermächtnis den Auftrag hinterlassen: Schafft die Einheit der Arbeiterklasse! Das Aktionsabkommen vom 19. Juni 1945 war der erste große Schritt auf diesem Wege.

Natürlich ließen sich nach einer drei Jahrzehnte währenden Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung nicht schlagartig alle Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze aus der Welt schaffen. Nur in der gemeinsamen Aktion konnte sich ein Vertrauensverhältnis entwickeln. Nur durch klärende Diskussionen, durch die Verbreitung der Ideen

[20] Deutsche Volkszeitung (Berlin), 20. Juni 1945.

von Karl Marx und Friedrich Engels, von August Bebel und Wilhelm Liebknecht, von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann, nur durch die gemeinsame Beantwortung der schwierigen Fragen der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und deren Perspektive konnte eine solche politisch-ideologische Übereinstimmung herbeigeführt werden, die schließlich auch die Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten in einer einheitlichen marxistischen Partei der deutschen Arbeiterklasse ermöglichte. In Erkenntnis dieser Tatsache wandte sich deshalb das Zentralkomitee der KPD gegen jeden Versuch einer überstürzten Vereinigung der Arbeiterparteien.

1945 gab es in den verschiedensten Gebieten Deutschlands Versuche, sofort eine Einheitspartei zu bilden und KPD und SPD gar nicht erst wieder erstehen zu lassen. Solche Bestrebungen, die Periode des Annäherns durch die Aktionseinheit einfach zu überspringen, hatten verschiedene Gründe. Bei vielen klassenbewußten Mitgliedern und Funktionären der SPD und auch der KPD war das ein ehrlicher Ausdruck ihres Dranges nach Einheit. Sie übersahen aber, daß die Spaltung nur überwunden werden konnte, wenn sie vereint handelten, wenn sie also die antifaschistisch-demokratischen Selbstverwaltungsorgane gemeinsam aufbauten, die Bodenreform durchführten, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben durchsetzten, die Wirtschaft von Naziaktivisten und Kriegsverbrechern säuberten. Manche Sozialdemokraten und Kommunisten unterschätzten die Schwierigkeiten im Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse, und sie verkannten die Notwendigkeit der ideologischen Klärung, ohne die eine stabile Einheit nicht zu erreichen war. Es bestand die Gefahr, daß die Einheitspartei ohne vorausgehende Annäherung in den politisch-ideologischen Grundfragen und den Organisationsprinzipien durch innerparteiliche Auseinandersetzungen gelähmt worden wäre.

Die imperialistische Geschichtsschreibung hat an die Tatsache, daß die KPD zunächst die Aktionseinheit zwischen den kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen und die Klärung von Grundfragen der Arbeiterbewegung für nötig hielt, die Behauptung geknüpft, daß die Kommunisten überhaupt gegen die Vereinigung gewesen seien. Die Wahrheit ist, daß sich die KPD bereits im Kampf gegen den Hitlerfaschismus für die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei ausgesprochen hatte und auch nach 1945 im Rahmen der Aktionseinheit das große Ziel des Zusammenschlusses in einer sozialistischen Einheitspartei verfolgte. Sie berücksichtigte aber die Erfahrungen der Ge-

schichte und die Hinweise von Karl Marx und Friedrich Engels. Diese besagten, daß die Einheit der Arbeiterklasse nur das Ergebnis des gemeinsamen Kampfes gegen den gemeinsamen Feind sowie gegen klassenfremde Einflüsse in der Arbeiterbewegung sein konnte. Diese Politik hat sich als richtig erwiesen.

Zu den Bereichen, in denen sich die Aktionseinheit zuerst und am erfolgreichsten entwickelte, gehörten die Gewerkschaftskomitees und die Betriebsräte. Für die fortgeschrittenen Arbeiter war es selbstverständlich, sofort nach der Befreiung mit dem Aufbau der gewerkschaftlichen Organisationen zu beginnen. In allen Teilen Deutschlands nahmen die Gewerkschafter miteinander Fühlung auf und bereiteten die Gründung einheitlicher freier Gewerkschaften vor. In den Fabriken und Schächten entstanden Betriebsräte.

Eine klare Richtung erhielten die vielfältigen lokalen Bemühungen durch den vorbereitenden Gewerkschaftsausschuß in Berlin, der im Juni 1945 auf Anregung kommunistischer Gewerkschafter zustande gekommen war. An den Beratungen, die unter dem Vorsitz von Walter Ulbricht stattfanden, nahmen von seiten der früheren Revolutionären Gewerkschaftsopposition Roman Chwalek, Hans Jendretzky und Paul Walter teil; von seiten der früheren sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre Otto Brass, Bernhard Göring und Hermann Schlimme; von seiten der früheren christlichen Gewerkschaften Jakob Kaiser und von seiten der früheren Hirsch-Dunckerschen Angestelltengewerkschaften Ernst Lemmer.

Der von diesem Ausschuß am 15. Juni 1945 erlassene Aufruf[21] wurde zum ersten programmatischen Dokument der Gewerkschaftsbewegung nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus. Er forderte: „Die neuen freien Gewerkschaften sollen unter Zusammenfassung aller früheren Richtungen in ihrer Arbeit eine Kampfeinheit zur völligen Vernichtung des Faschismus und zur Schaffung eines neuen, demokratischen Rechtes der Arbeiter und Angestellten werden ... Sie sollen mithelfen, ein demokratisches Deutschland, das in Frieden und Freundschaft mit den anderen Völkern leben will, zu schaffen."[22] Der vorbereitende Ausschuß forderte die Gewerkschafter auf, den Kampf gegen die faschistische Ideologie aufzunehmen und die Betriebe von aktiven Faschisten zu säubern. Sie sollten die Produktion und den Verkehr rasch in Gang setzen, die sozialen Rechte der Werktätigen vertreten

[21] Dokument Nr. 3.

[22] Dokumente und Materialien . . ., Reihe III, Bd. 1, S. 33.

und das Mitbestimmungsrecht durchsetzen. Große Aufgaben erwuchsen ihnen aus der Verpflichtung, die Arbeiter im Geiste des Antifaschismus und des Internationalismus zu erziehen.

Die Annahme einer so konsequenten Plattform für die Gewerkschaftsarbeit war nur möglich, weil sich die Vertreter der beiden Arbeiterparteien allen Versuchen, das politische Willensbekenntnis der Gewerkschaften abzuschwächen, widersetzten. Im Gründungsausschuß hatte sich Jakob Kaiser gegen eine Verurteilung des Verrats der rechten und christlichen Gewerkschaftsführer am 1. Mai 1933 und gegen die Einschätzung der Wehrmacht als faschistische Armee gewandt. Die Forderung, daß die Gewerkschaften die Arbeiter zum Klassenbewußtsein erziehen müssen, lehnte er ab. Dank der beweglichen und weitsichtigen Politik der Vertreter der KPD, die von sozialdemokratischen Gewerkschaftern unterstützt wurden, gelang es, über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg eine Vereinbarung zu treffen und auf dieser Grundlage die Gewerkschaften aufzubauen.

Am 29. August 1945 fand in Halle eine Gewerkschaftskonferenz statt. Auf dieser Tagung sprach Walter Ulbricht über die neuen Aufgaben der freien Gewerkschaften.[23] Die von ihm dargelegten Gedanken wurden zur Richtschnur für die gewerkschaftliche Tätigkeit.

Die Gewerkschaftsbewegung überwand die Zersplitterung in verschiedene Richtungen und folgte dem Grundsatz: Ein Betrieb – eine Gewerkschaft. In der sowjetischen Besatzungszone beschränkten sich die neuen Gewerkschaften nicht auf rein sozialpolitische Fragen, sondern wurden Bahnbrecher der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Wenn das Leben Schritt für Schritt wieder in Gang kam und die Arbeiterklasse zur führenden Kraft des demokratischen Neuaufbaus wurde, so war das nicht zuletzt ein Verdienst der Gewerkschaften.

Mit der Herstellung der Aktionseinheit von KPD und SPD und der Schaffung einheitlicher freier Gewerkschaften waren in der sowjetischen Besatzungszone wichtige Grundlagen für die Verwirklichung der Hegemonie der Arbeiterklasse in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung geschaffen. Die Kampffront für eine antifaschistisch-demokratische deutsche Politik hatte sich bedeutend erweitert.

Nach Erlaß des Befehls Nr. 2 der SMAD hatten sich in Berlin auch zwei antifaschistische Parteien bürgerlichen Charakters gebildet. Am 26. Juni 1945 wurde die Christlich-Demokratische Union (CDU) gegründet. Sie bekannte sich zu Frieden, Völkerfreundschaft und Chri-

[23] Dokument Nr. 11.

stentum. Die CDU trat für das Privateigentum an Produktionsmitteln ein, forderte aber den Aufbau des Wirtschaftslebens, die Sicherung von Arbeit und Nahrung, Kleidung und Wohnung ohne jede Rücksicht auf persönliche Interessen und wirtschaftliche Theorien in straffer Planung. Sie erklärte es für unerläßlich, die Bodenschätze zu verstaatlichen und den Bergbau sowie andere monopolartige Schlüsselunternehmungen des Wirtschaftslebens der Staatsgewalt zu unterwerfen. In der CDU vereinigten sich religiös gebundene Kreise des Bürgertums und des Kleinbürgertums und auch christliche Arbeiter.

Am 5. Juli 1945 wurde in Berlin die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) gegründet. Auch sie forderte entschiedene Abrechnung mit dem Nazismus, Beseitigung des Militarismus und Förderung aller Bestrebungen, die den Krieg aus dem Leben der Völker verbannen wollten. Als Partei des liberalen Bürgertums setzte sie sich für die Erhaltung des Privateigentums, für die Zulassung von Unternehmerorganisationen und für die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ein. In der LDPD vereinigten sich vor allem demokratische Schichten des mittleren und kleineren Unternehmertums, Gewerbetreibende und Intellektuelle.

Die Ziele beider Parteien trugen widersprüchlichen Charakter. Einerseits entstammten sie den Traditionen der kleinbürgerlichen Demokratie. Davon zeugen die Forderungen nach Freiheit in Wort und Schrift, Presse und Funk, allgemeinem, gleichem, geheimem Wahlrecht, Beseitigung des Militarismus, Bestrafung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten. Dazu kam eine – besonders in der CDU ausgeprägte – kleinbürgerliche Kritik an den Monopolen. Andererseits wurden aber Ziele verkündet, die für eine Restauration der imperialistischen Ordnung genutzt werden konnten. Das Eintreten einflußreicher reaktionärer Kräfte in der LDPD für die Erhaltung des Berufsbeamtentums diente als Vorwand für die Rettung des alten Staatsapparates, der lediglich von einigen belasteten Faschisten gesäubert werden sollte. Während die Arbeiterparteien davon ausgingen, von Grund auf neue, demokratische Organe der Staatsmacht zu schaffen, wollten führende Kreise der bürgerlichen antifaschistischen Parteien die alten Machtverhältnisse wiederherstellen. Ähnlich verhielt es sich mit der Forderung nach Fachverbänden der Unternehmer und nach Demokratisierung der Wirtschaft durch öffentliche Kontrolle. Die Unternehmerverbände sollten dem Monopolkapital neue Organisations- und Einflußmöglichkeiten verschaffen. Mit der sogenannten öffentlichen Kontrolle wurde

von der Notwendigkeit der ökonomischen Entmachtung der Konzernherren und Großgrundbesitzer abgelenkt.

Führer der CDU, wie Andreas Hermes und Walther Schreiber, knüpften besonders an die Ziele des reaktionären Flügels der Verschwörer vom 20. Juli 1944, vor allem des Goerdeler-Kreises, an. Sie waren ebenso wie der aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangene CDU-Politiker Jakob Kaiser aufrechte Hitlergegner, aber ihr Antifaschismus war bürgerlicher Natur und deshalb zwiespältig. Der besonders von Jakob Kaiser propagierte „christliche Sozialismus" war ein bürgerliches Reformprogramm, das nicht von der Erkenntnis ausging, daß nur die Arbeiterklasse die führende Kraft einer konsequenten Demokratisierung Deutschlands sein konnte. Der gegen den Marxismus gerichtete „christliche Sozialismus" sollte religiös gebundene Bevölkerungskreise in Opposition zu den Arbeiterparteien bringen.

Zu den Gründern der CDU und LDPD zählten Vertreter bürgerlicher Parteien der Weimarer Republik, ehemalige Abgeordnete und Funktionäre der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Deutschen Demokratischen Partei, der Deutschen Staatspartei und der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei). CDU und LDPD bedeuteten jedoch keine unmittelbare Fortsetzung jener Organisationen. Beiden Parteien schlossen sich viele aufrechte Demokraten aus den Reihen des Bürgertums und des Kleinbürgertums an. Namen wie Wilhelm Külz und Otto Nuschke wurden Symbol für eine fortschrittliche Politik aus dem Bürgertum kommender Antifaschisten. Die leitenden Körperschaften der bürgerlich-demokratischen Parteien waren aber in den ersten Jahren weitgehend in den Händen reaktionärer Politiker. Für diese waren die demokratischen Programmforderungen nur das Beiwerk ihrer auf Wiederherstellung des Imperialismus zielenden Pläne. Aber selbst sie konnten sich 1945 dem allgemeinen Drang nach einheitlichem Vorgehen aller Hitlergegner nicht entziehen, wollten sie sich nicht von Anfang an politisch isolieren.

In ihrem Bestreben, eine umfassende Kampffront zu schaffen, knüpfte die KPD an die Gemeinsamkeiten aller Antifaschisten und die positiven Erklärungen von CDU und LDPD an. Sie schlug einen Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien vor. Nachdem es in verschiedenen Orten zur Zusammenarbeit in antifaschistischen Ausschüssen gekommen war, wurde am 14. Juli 1945 in Berlin der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien gebildet. An dieser Sitzung nahm der inzwischen nach Deutschland zurückgekehrte Vorsitzende

der KPD, Wilhelm Pieck, teil. Ferner war die KPD durch Anton Ackermann, Franz Dahlem, Walter Ulbricht und Otto Winzer vertreten. Als Vertreter der SPD nahmen teil: Gustav Dahrendorf, Erich W. Gniffke, Otto Grotewohl, Helmut Lehmann und Otto Meier; als Vertreter der CDU: Andreas Hermes, Jakob Kaiser, Ernst Lemmer, Walther Schreiber und Theodor Steltzer; als Vertreter der LDPD: Waldemar Koch, Wilhelm Külz, Arthur Lieutenant und Eugen Schiffer.

Die Vertreter aller Parteien unterzeichneten ein Kommuniqué.[24] Darin hieß es: „Nur durch einen grundlegenden Umschwung im Leben und im Denken unseres ganzen Volkes, nur durch Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung ist es möglich, die Nation zu retten. Die Vertreter der vier Parteien beschließen, unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit, die Bildung einer festen Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, um mit vereinter Kraft die großen Aufgaben zu lösen. Damit ist ein neues Blatt in der Geschichte Deutschlands aufgeschlagen."[25] Mit diesem Kommuniqué bekundeten die Vertreter der antifaschistisch-demokratischen Parteien, daß sie bei ihrem Abkommen nicht allein die Zusammenarbeit im Berliner Rahmen im Auge hatten, sondern der gesamten deutschen Politik neue Wege weisen wollten. Sie gingen in der deutschen Hauptstadt voran, um den Grundstein für neue Beziehungen zwischen den Arbeiterparteien und den bürgerlich-demokratischen Parteien für ganz Deutschland zu legen.

Auf der Sitzung vom 14. Juli wurde ein gemeinsamer Ausschuß gebildet, der unter wechselndem Vorsitz mindestens zweimal monatlich tagen sollte und seine Beschlüsse nur auf der Grundlage der Einstimmigkeit fassen konnte. Der Ausschuß stellte sich folgende Hauptaufgaben: „1. Zusammenarbeit im Kampf zur Säuberung Deutschlands von den Überresten des Hitlerismus und für den Aufbau des Landes auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage. Kampf gegen das Gift der Naziideologie wie gegen alle imperialistisch-militaristischen Gedankengänge. 2. Gemeinsame Anstrengungen zu möglichst raschem Wiederaufbau der Wirtschaft, um Arbeit, Brot, Kleidung und Wohnung für die Bevölkerung zu schaffen. 3. Herstellung voller Rechtssicherheit auf der Grundlage eines demokratischen Rechtsstaates. 4. Sicherung der Freiheit des Geistes und des Gewissens sowie der Achtung vor jeder religiösen Überzeugung und sittlichen Weltanschauung.

[24] Dokument Nr. 7.

[25] Dokumente und Materialien . . ., Reihe III, Bd. 1, S. 60.

5. Wiedergewinnung des Vertrauens und Herbeiführung eines auf gegenseitiger Achtung beruhenden Verhältnisses zu allen Völkern. Unterbindung jeder Völkerverhetzung. Ehrliche Bereitschaft zur Durchführung der Maßnahmen der Besatzungsbehörden und Anerkennung unserer Pflicht zur Wiedergutmachung."[26]

Mit dem Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien wurde der Gedanke der Volksfront in Deutschland zur Wirklichkeit. Das einheitliche Handeln aller Antifaschisten, für das die Kommunisten seit ihrer Brüsseler Konferenz beharrlich gekämpft und das im Nationalkomitee „Freies Deutschland" sich erfolgreich zu entwickeln begonnen hatte, wurde nun Grundlage des gesamten politischen Lebens. Es war gelungen, eine Bewegung zur demokratischen Erneuerung Deutschlands ins Leben zu rufen, die den Arbeiter, den Bauern und den fortschrittlich gesinnten Bürger erfaßte. Monopolkapital und Junkertum gerieten immer stärker in die Isolierung.

Die Blockpolitik unterschied sich grundlegend von der Koalitionspolitik der Weimarer Zeit. In der Koalitionspolitik hatte die Monopolbourgeoisie die Führung innegehabt. Die Koalition verfolgte das Ziel, mit Hilfe der SPD die Arbeiterklasse der Bourgeoisie unterzuordnen. Die Blockpolitik ermöglichte es der Arbeiterklasse, alle antiimperialistischen Kräfte um sich zu scharen und ihre Hegemonie in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung zu verwirklichen.

Mit der Bildung der antifaschistisch-demokratischen Parteien begann ein reges politisches Leben. Es war gekennzeichnet durch beispielhafte gemeinsame Anstrengungen aller Antifaschisten, aber auch durch heftige Auseinandersetzungen mit Reaktionären, besonders in den Führungen der bürgerlich-demokratischen Parteien. Das Abkommen über den Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien bedeutete zunächst lediglich die Bereitschaft aller Unterzeichner, im Kampf um die Ausrottung der Reste des Hitlerfaschismus und die Sicherung des Lebens der Bevölkerung ein Stück Weges gemeinsam zu gehen. Von keiner Partei wurde verlangt, ihre Ziele preiszugeben. Angesichts des unterschiedlichen Charakters der einzelnen Parteien waren Differenzen in verschiedenen Fragen unvermeidlich.

Das Wesen der Blockpolitik bestand gerade darin, über alle Gegensätze hinweg in den grundlegenden gemeinsamen Interessen das einheitliche Handeln zu sichern und einen günstigen Boden vorzubereiten für eine fortschrittliche Lösung der politischen, ökonomischen und

[26] Ebenda, S. 61.

sozialen Probleme. Das erforderte aber, den Kampf gegen jene Politiker aufzunehmen, die ihre Stellung ausnutzten, um die imperialistische Reaktion vor ihrer Entmachtung zu bewahren. Im Kampf gegen Monopolkapital, Junkertum und ihre politischen Interessenvertreter ging es um die Frage „Wer – wen?". Wird die Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern und der Intelligenz die führende Rolle im staatlichen und wirtschaftlichen Aufbau übernehmen, oder werden die Kräfte der Restauration in ähnlicher Weise wie nach 1918 das politische Übergewicht erlangen?

Auch in der sowjetischen Besatzungszone hatten anfangs die Interessenvertreter des Monopolkapitals noch einflußreiche Positionen in Wirtschaft und Politik inne. Ferdinand Friedensburg stellte sich als Leiter der Zentralverwaltung der Brennstoffindustrie schützend vor die Kohlenkonzerne und versuchte ihre Enteignung zu hintertreiben. An der Spitze der CDU standen Andreas Hermes, der in Regierungen der Weimarer Republik Landwirtschaftsminister beziehungsweise Finanzminister gewesen war, und der frühere preußische Handelsminister Walther Schreiber. Beide traten gegen eine demokratische Bodenreform und gegen die Bestrafung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher aus den Kreisen der Großindustrie auf. In der Leitung der LDPD hatte mit Waldemar Koch ein Vertreter verschiedener Konzernunternehmungen maßgeblichen Einfluß. Auch in den einzelnen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone fehlte es nicht an Versuchen, die bürgerlich-demokratischen Parteien unter den Einfluß reaktionärer Kreise zu bringen und Funktionen in den demokratischen Selbstverwaltungsorganen zugunsten des Monopolkapitals und des Junkertums zu nutzen. Die Gefahr einer restaurativen Entwicklung war gegeben, denn die Gegner der Demokratie konnten sich auf die noch vorhandene wirtschaftliche Macht der Großkapitalisten und Junker, auf ihre Erfahrung bei der Leitung von Staat und Wirtschaft, auf die Kraft der Tradition und die noch zahlreichen Vorurteile gegenüber einer antifaschistisch-demokratischen Umwälzung stützen.

Angesichts der reaktionären Bestrebungen war es ein echter Erfolg, daß im Herbst 1945 in allen Teilen der sowjetischen Besatzungszone die Blockparteien zusammenarbeiteten. So konnte Wilhelm Pieck erklären, „daß das Bündnis der vier Parteien darauf angelegt ist, es zu einem langwährenden, wenn nicht dauernden Bündnis werden zu lassen"[27].

[27] Tägliche Rundschau (Berlin), 1. November 1945.

Die antifaschistischen Frauen und Jugendlichen fanden sich ebenfalls zu gemeinsamer Arbeit zusammen. Kommunisten und Sozialdemokraten warnten eindringlich davor, die Fehler früherer Zeiten zu wiederholen, und mahnten zur Einheit.

Die Jugend hatte durch die faschistische Politik die bittersten Enttäuschungen hinnehmen müssen. Großgeworden unter der nazistischen Hetze, hatte sie den Zusammenbruch ihrer vermeintlichen Ideale erleben müssen. Doch bewährte Antifaschisten weckten das Vertrauen der Jugend in ihre eigene Kraft. Der Vorsitzende der KPD, Wilhelm Pieck, nahm sich der Aufgabe an, die Jugendarbeit der Partei anzuleiten. Als Vorsitzender des Zentralausschusses der SPD bemühte sich Otto Grotewohl um die Gewinnung der Jugend.

Ehemalige Funktionäre des Kommunistischen Jugendverbandes und der Sozialistischen Arbeiterjugend waren die ersten Vertreter der jungen Generation, die sich dem Aufbau einer einheitlichen, antifaschistisch-demokratischen Jugendorganisation widmeten. Hermann Axen, Edith Baumann, Erich Honecker, Robert Menzel und Theo Wiechert waren durch die Sowjetarmee aus Zuchthäusern und Konzentrationslagern befreit worden. Als Mitglied des Nationalkomitees „Freies Deutschland" traf Heinz Keßler an der Seite der Sowjetarmee in Deutschland ein. Paul Verner kehrte aus der Emigration zurück. In London stellte Horst Brasch die Verbindung zum Weltbund der Demokratischen Jugend her.

In den Monaten Juni/Juli bildeten sich in zahlreichen Städten der sowjetischen Besatzungszone antifaschistische Jugendausschüsse, die am 31. Juli durch die SMAD als demokratische Vertretung der Jugend bestätigt wurden. Diese Ausschüsse stellten sich das Ziel, die Jugend in demokratischem Geist zu erziehen und für die Teilnahme am Neuaufbau zu gewinnen. Nicht mehr Herrendünkel und Rassenhaß, Kadavergehorsam und Kriegslust durften das Denken der Jugend bestimmen; demokratisches Verantwortungsbewußtsein, Liebe zur Arbeit, Freundschaft zu allen Völkern mußten ihre Leitbilder werden.

In den Städten und Gemeinden unterstützten erfahrene Antifaschisten die Jungen und Mädchen beim Aufbau der Jugendausschüsse, so daß es reaktionären Kräften nicht gelang, die Organisationsbestrebungen der Jugendlichen nachhaltig in ihrem Sinne zu beeinflussen. Im September 1945 wurde für die sowjetische Besatzungszone ein zentraler Jugendausschuß gebildet, der unter Leitung von Erich Honecker (KPD) stand. Am 2. Dezember tagten in Berlin-Pankow die Funk-

tionäre und Aktivisten der Berliner Jugendausschüsse. An dieser Beratung nahmen Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck teil. Ihr folgten im Dezember 1945 und im Januar 1946 Konferenzen der antifaschistischen Jugendausschüsse in den Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone. Mit Hilfe der antifaschistischen Jugendausschüsse wurde die demokratische Umerziehung der Jugendlichen eingeleitet.

Durch die Tätigkeit antifaschistischer Frauenausschüsse wurde der Grundstein für eine einheitliche demokratische Frauenorganisation gelegt. Nachdem sich in den Mai- und Junitagen in verschiedenen Stadtteilen Berlins Ausschüsse gebildet hatten, traten am 23. August 1945 im Neuen Stadthaus die Vertreter der Berlinerinnen zur Gründung des Zentralen Frauenausschusses beim Magistrat der Stadt Berlin zusammen. An dieser Tagung nahmen unter anderen Maria Ahlers (KPD), Martha Arendsee (Gewerkschaft), Helene Beer (LDPD), Elli Schmidt (KPD), Louise Schroeder (SPD), Hildegard Staehle (CDU), Toni Wohlgemuth (SPD) teil. Am 9. November 1945 trat der Berliner Frauenausschuß mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, den Elli Schmidt als Vorsitzende, Helene Beer, Hildegard Staehle und Toni Wohlgemuth als stellvertretende Vorsitzende unterzeichnet hatten. In ihm wurden die Gleichberechtigung der Frau und ihre aktive Beteiligung am öffentlichen Leben, Schutz der Mütter und Kinder, Fürsorge und Erziehung der heranwachsenden Generation gefordert. Zur ersten und obersten Aufgabe erklärte der Aufruf die Sicherung des Friedens.

Ebenso erfolgreich wirkten die Frauenausschüsse in allen Teilen Ostdeutschlands. Am 27. Januar 1946 versammelten sich in der Deutschen Staatsoper (Admiralspalast) die Berliner Vertreterinnen mit Delegierten aus allen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone, um über die Arbeit der Frauenausschüsse zu beraten.

Fanden sich die antifaschistisch-demokratischen Kräfte in ihrer Entschlossenheit zusammen, gemeinsam die Grundlagen eines demokratischen deutschen Staates zu schaffen, so einte sie gleichzeitig der Wille, das Ansehen der deutschen Nation bei ihren Nachbarvölkern wiederherzustellen. Sie verpflichteten sich, die Beschlüsse der Siegermächte zu erfüllen und alles zu tun, was in ihren Kräften stand, um die von den faschistischen Barbaren den anderen Völkern zugefügten Schäden wenigstens teilweise wiedergutzumachen.

Vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 tagte in Potsdam eine Konferenz der Großmächte der Antihitlerkoalition. Als Leiter großer Dele-

gationen berieten der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR J. W. Stalin, der Präsident der USA Harry S. Truman, der britische Premierminister Winston Churchill und sein Nachfolger Clement Attlee über wichtige internationale Probleme der Nachkriegsordnung, insbesondere über die Behandlung des gemeinsam besetzten Deutschlands.

Obwohl sich die USA bereits damals anschickten, nach der Weltherrschaft zu greifen, siegte der Gedanke der Zusammenarbeit und das Streben, eine Nachkriegsordnung zu schaffen, die allen Ländern die Gewähr einer friedlichen Entwicklung bot. Die Konferenz erreichte Einigung über die Bildung eines Rates der Außenminister, in dem die fünf Großmächte China, Frankreich, Großbritannien, UdSSR und USA vertreten sein sollten. Wichtigste Aufgabe des Außenministerrats war die Vorbereitung der Friedensverträge mit den ehemaligen Verbündeten Deutschlands und der Friedensreglung für Deutschland.

Im Potsdamer Abkommen[28] wurde die Politik der Alliierten gegenüber Deutschland eindeutig festgelegt: „Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann."[29]

An der festen Haltung der Sowjetunion scheiterten alle Versuche, Deutschland zu zerstückeln, die deutsche Friedenswirtschaft aus Konkurrenzgründen zu vernichten oder niederzuhalten und dem deutschen Imperialismus Brücken zu bauen. Auf Vorschlag der Sowjetunion beschloß die Potsdamer Konferenz, ein einheitliches, demokratisches, friedliches Deutschland zu schaffen, in dem das deutsche Volk durch demokratische Bewährung seine volle Unabhängigkeit zurückerhalten sollte.

Das Potsdamer Abkommen bekräftigte die alliierten Vereinbarungen über das Kontrollsystem in Deutschland, demzufolge „die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte" der vier Besatzungsmächte „nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt" wird, „und zwar von jedem in seiner Besatzungszone sowie gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mit-

[28] Dokument Nr. 10.

[29] Zur Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition (1943 bis 1949). Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin, Berlin 1966, S. 71.

glieder des Kontrollrates in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen".[30] Die Aufgaben des Alliierten Kontrollrates wurden durch die im Abkommen niedergelegten detaillierten Ziele der Besetzung klar umrissen. Demnach war der Kontrollrat vor allem dafür verantwortlich, daß Deutschland völlig abgerüstet und entmilitarisiert und das deutsche Volk von der Tatsache der totalen Niederlage und seiner Verantwortung für das Geschehene überzeugt werde, daß die NSDAP und ihre Gliederungen vernichtet werden und daß das politische Leben in Deutschland endgültig auf demokratischer Grundlage umgestaltet werde.

Das Abkommen sah die Auflösung aller nazistischen und militärischen Organisationen und die Säuberung der Verwaltung, der Wirtschaft, der Justiz und der Volksbildung von Faschisten vor. Es verfügte die Bildung demokratischer Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Städten, Kreisen, Ländern und Provinzen.

Die sowjetische Delegation unterbreitete der Konferenz einen Vorschlag über die Bildung einer zentralen deutschen Regierung, doch die Westmächte lehnten ihn ab. Sie fürchteten, daß die Bildung deutscher Organe für alle Besatzungszonen den Einfluß der antiimperialistischen Kräfte in Deutschland stärken würde. Die Sowjetunion erreichte jedoch, daß sich das Potsdamer Abkommen eindeutig für die Erhaltung der staatlichen Einheit Deutschlands erklärte und die Bildung gesamtdeutscher Zentralverwaltungen mit deutschen Staatssekretären vorsah, die unter der Leitung des Alliierten Kontrollrates arbeiten sollten. Es wurde beschlossen, während der Besatzungszeit Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu betrachten.

Von besonderer Bedeutung war die Vereinbarung, dem aggressiven deutschen Militarismus durch die Vernichtung der übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, insbesondere der Kartelle, Syndikate, Trusts und anderer Monopolvereinigungen, seine wirtschaftliche Grundlage zu nehmen. Diese Bestimmung bestätigte die Verantwortung der deutschen Konzernherren für die verbrecherische Politik der deutschen Faschisten und die Berechtigung und Notwendigkeit des Kampfes der deutschen Werktätigen gegen das Monopolkapital.

Das Abkommen enthielt Übereinkünfte über die Befriedigung der Reparationsansprüche der Siegermächte und bekräftigte die Absicht der drei an der Konferenz teilnehmenden Regierungen, die Hauptkriegsverbrecher vor einen internationalen Gerichtshof zu stellen. In

[30] Ebenda, S. 72.

Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Krimkonferenz vom Februar 1945 wurde festgelegt, die Gebiete östlich der Oder und der westlichen Neiße sowie das Gebiet der früheren Freien Stadt Danzig unter die Verwaltung des polnischen Staates zu stellen und nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone zu betrachten. Die gleichzeitig in Potsdam abgegebene Zustimmung zur Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und aus Ungarn und zu deren ordnungsgemäßer Überführung nach Deutschland bezeugte, daß es sich bei dieser Grenzziehung um eine endgültige Regelung handelte, die beim Abschluß eines Friedensvertrages nur noch eine Bestätigung finden sollte. Das Gebiet um Königsberg wurde im Potsdamer Abkommen der Sowjetunion zugesprochen.

Die französische Regierung, die an der Potsdamer Konferenz nicht beteiligt war, stimmte in einem Schreiben ihres Außenministers am 7. August 1945 den Vereinbarungen mit einigen Vorbehalten zu.

Mit dem Potsdamer Abkommen wurden die völkerrechtlichen Grundlagen für den Aufbau eines friedlichen, demokratischen deutschen Staates festgelegt. Das Abkommen stimmte mit der Charta der Vereinten Nationen überein. Es räumte dem deutschen Volk das Recht ein, „sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen“[31]. Inwieweit dieses den nationalen Interessen des deutschen Volkes entsprechende Abkommen wirklich zur Grundlage eines demokratischen und friedlichen Wiederaufbaus wurde, hing in hohem Grade von der Entfaltung der demokratischen Kräfte in Deutschland selbst ab. Die Aufgabe des deutschen Volkes bestand nicht nur darin, diesem Abkommen zuzustimmen, sondern selbst zu seiner Verwirklichung beizutragen. Es mußte den Widerstand der Monopolherren, Junker und Militaristen brechen und – wie sich bald zeigen sollte – gegen den Bruch dieses Abkommens durch die Westmächte auftreten. Die Pflicht zur aktiven Teilnahme an der demokratischen Neugestaltung Deutschlands wurde dem deutschen Volk im Potsdamer Abkommen zugewiesen, in dem es hieß: „Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“[32]

[31] Ebenda, S. 71.
[32] Ebenda, S. 71/72.

4. Die Festigung der Aktionseinheit und des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien im Kampf um die Schaffung demokratischer Selbstverwaltungsorgane und um die Beseitigung der Monopolherrschaft

In einer Zeit völliger Zerrüttung der Wirtschaft und des Verkehrs, in einer Zeit des Hungers und der Verwahrlosung sahen sich die deutschen Antifaschisten vor die Aufgabe gestellt, eine demokratische Verwaltung aufzubauen. Ihnen übertrugen die sowjetischen Kommandanturen die Funktionen der Bürgermeister, Stadt- und Landräte sowie den Aufbau neuer Landesverwaltungen. Von der ersten Stunde an türmten sich vor den neuen Selbstverwaltungsorganen Schwierigkeiten über Schwierigkeiten. Einfache Menschen aus dem Volk übernahmen ganz neue, ihnen noch nicht vertraute Aufgaben. 1946 waren in Thüringen unter 24186 Gemeindevertretern 8430 Arbeiter und 7590 Bauern.

Für die revolutionäre Arbeiterbewegung bedeutete der Aufbau der Selbstverwaltungsorgane eine grundsätzliche Umstellung. Ein ganzes Jahrhundert hatte sie im Kampf gegen den Staat gestanden, weil er der Staat der Ausbeuter und der Kriegstreiber gewesen war. Nun mußten die Arbeiter lernen, eine neue staatliche Verwaltung Schritt für Schritt von unten nach oben aufzubauen. Anfangs gab es keine politische Kraft, die in ganz Deutschland und in den ersten Wochen auch nur im Maßstab von Provinzen und Ländern eine ordnungsgemäße deutsche Verwaltung gewährleisten konnte. Zwischen den einzelnen Gemeinden waren die politischen und wirtschaftlichen Verbindungen abgerissen. Die wichtigste Aufgabe der Antifaschisten bestand darin, unter Achtung der Besatzungsbedingungen nach und nach die politische und wirtschaftliche Macht in ihre Hände zu nehmen.

Umlernen mußten auch jene Sozialdemokraten, die glaubten, mit den Erfahrungen, die sie in der Weimarer Republik gesammelt hatten, die neuen Aufgaben meistern zu können. Die Selbstverwaltungen konnten ihre Arbeit nur bewältigen, wenn sie von Anfang an aufs engste mit den Werktätigen zusammenwirkten. Ihre Verbindung zu den Massen versetzte sie in die Lage, mit Schwierigkeiten fertigzuwerden, vor denen die alten Verwaltungsfachleute hilflos kapitulierten. Überall, wo Sozialdemokraten und Kommunisten die Aufgaben gemeinsam in Angriff nahmen, trugen sie demokratischen Geist in die neuen Verwaltungen, meisterten sie Schwierigkeiten mit Umsicht und Tatkraft.

In dem Maße, wie sich die deutschen Selbstverwaltungsorgane bewährten, wurden ihnen von den sowjetischen Besatzungsbehörden größere Vollmachten übertragen. Im Juli 1945 bestätigte die SMAD die von den Blockparteien eingereichten Vorschläge für die Bildung der Landes- und Provinzialverwaltungen. Von den Präsidenten der Landes- und Provinzialverwaltungen der sowjetischen Besatzungszone gehörten drei der SPD an, einer war Liberaldemokrat und einer parteilos. Von den Vizepräsidenten waren sechs Kommunisten, vier Sozialdemokraten, fünf bürgerliche Demokraten und drei parteilos. Alle grundsätzlichen Entscheidungen wurden vom Präsidium als kollektivem Organ getroffen. Am 22. Oktober 1945 räumte die SMAD mit dem Befehl Nr. 110 den Landes- und Provinzialverwaltungen das Recht ein, Gesetze und Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, wenn diese den Gesetzen und Befehlen der SMAD nicht widersprachen. Bis dahin erlassene Gesetze und Verordnungen wurden für rechtskräftig erklärt. Diese Verwaltungen der Länder und Provinzen waren damals die höchsten deutschen Staatsorgane, die in sich gesetzgebende und vollziehende Gewalt vereinigten.

Am 27. Juli 1945 erließ die SMAD den Befehl Nr. 17, der die Bildung von Deutschen Zentralverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone vorsah, und zwar für folgende Gebiete: Verkehrswesen, Nachrichtenwesen, Brennstoffindustrie, Handel und Versorgung, Industrie, Landwirtschaft, Finanzen, Arbeit und Sozialfürsorge, Gesundheitswesen, Justiz, Volksbildung. Die Präsidenten dieser Organe wurden von den demokratischen Parteien vorgeschlagen und von der SMAD bestätigt. Diese Zentralverwaltungen waren nicht berechtigt, Gesetze und Verordnungen zu erlassen, sondern unterstützten hauptsächlich die Tätigkeit der SMAD. Sie wurden zu Schulen der demokratischen Selbstverwaltung des Volkes und förderten die Herausbildung des demokratischen Zentralismus.

Mit Unterstützung der sowjetischen Behörden wurde begonnen, eine Volkspolizei zu schaffen. Viele in harten Klassenkämpfen erprobte Arbeiter traten in ihre Reihen. 1947 waren 78 Prozent der Angehörigen der Volkspolizei ihrer sozialen Herkunft nach Arbeiter. Erstmalig in der deutschen Geschichte entstand eine aus dem Volke hervorgegangene und mit dem Volke verbundene Polizei, die die Interessen der Werktätigen schützte.

Die junge Volkspolizei hatte einen schweren Kampf zu führen. Die noch unübersichtlichen Verhältnisse begünstigten das Verbrechertum.

Wie immer in Zeiten der Not trieben Schieberunwesen, Spekulation und Schwarzer Markt üble Blüten. Krieg und Faschismus hatten viele Menschen einem geordneten Leben entrissen. Banden, die sich zum großen Teil aus ehemaligen Mitgliedern nazistischer Organisationen zusammensetzten, terrorisierten die Bevölkerung, verbreiteten Unsicherheit und Furcht.

Wilhelm Pieck sprach vor Betriebsräten und der Belegschaft der damaligen Hasag-Werke in Leipzig über solche Vorkommnisse und erklärte: „Solche Übergriffe von Banden ereigneten sich aber nicht nur in der sowjetischen Besatzungszone, das gleiche vollzieht sich auch in der englischen, amerikanischen und auch in der französischen Zone. Überall tritt die Verwilderung des Krieges, den Hitler über die Welt gebracht hat, in der erschreckendsten Weise hervor. Wir brauchen nur an unsere eigene Jugend zu denken. Es liegt im Interesse des deutschen Volkes, gemeinsam mit den Besatzungsbehörden alles daranzusetzen, dem Treiben dieser Banditen ein schnelles Ende zu machen."[33]

So sahen sich die noch wenig erfahrenen, schlecht ausgerüsteten Volkspolizisten Aufgaben gegenübergestellt, die an sie höchste Anforderungen stellten. Die Volkspolizei stützte sich von Anfang an auf die Mitarbeit der Bevölkerung. Darin lag ihre Stärke. Sie wurde zu einem zuverlässigen Schutz der sich herausbildenden antifaschistisch-demokratischen Ordnung.

Auch im Justizwesen vollzog sich ein grundlegender Wandel. Sowohl der Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945 als auch der Aufruf des Zentralausschusses der SPD vom 15. Juni 1945 hatte die Demokratisierung der Rechtsprechung gefordert. Nun nahmen Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam mit demokratisch gesinnten Juristen die Säuberung der Justiz in Angriff. Die Rechtspflege wurde in die Hände von Antifaschisten gelegt. Auf Volksrichterlehrgängen wurden Vertreter des werktätigen Volkes zu Richtern und Staatsanwälten ausgebildet.

Am 27. September 1945 urteilte ein von der Landesverwaltung Sachsen eingesetztes antifaschistisches Volksgericht nazistische Verbrecher ab, die im „Arbeitserziehungslager" Radeberg, das mit dem AEG-Konzern verbunden war, Morde und Gewalttaten verübt hatten. Zwei der faschistischen Mordgesellen wurden zum Tode durch den Strang

[33] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, NL 36/25-33.

verurteilt. Zum ersten Male saßen deutsche Antifaschisten über Naziverbrecher zu Gericht.

In der gemeinsamen Arbeit für die demokratische Erneuerung Deutschlands entwickelte sich zwischen den kommunistischen und sozialdemokratischen Funktionären ein echtes Vertrauensverhältnis. Das Zusammenwirken und das Erlebnis gemeinsam erzielter Erfolge knüpften ein festes Band, das allen in der praktischen Arbeit nicht ausbleibenden Belastungsproben standhielt. Weder die sektiererische Unduldsamkeit manches Kommunisten noch die reformistischem Denken entspringenden Vorbehalte manches Sozialdemokraten vermochten diese Zusammenarbeit ernsthaft zu beeinträchtigen. Bei der Lösung der sich auftürmenden Aufgaben konnte sich jeder davon überzeugen, daß die Arbeiterklasse den alten Staat der Ausbeuter nicht einfach übernehmen kann, sondern einen neuen Staatsapparat aufbauen muß. Es gab keine andere Möglichkeit, den Faschismus mit seinen Wurzeln auszurotten, als den Weg der konsequenten Demokratisierung. Das Leben führte die Antifaschisten der verschiedensten Richtungen immer wieder zu den Schlußfolgerungen, die das Zentralkomitee der KPD in seinem Aktionsprogramm vorausschauend dargelegt hatte.

Für die erfolgreiche Tätigkeit der neuen Selbstverwaltungsorgane sprachen die Ergebnisse ihrer Arbeit. Wenn allen Schwierigkeiten zum Trotz der Aufbau in der sowjetischen Besatzungszone rascher voranschritt als in den vom Kriege weniger heimgesuchten Westzonen, so war das auf die Leistungen zurückzuführen, die die Werktätigen unter der Leitung der neuen Selbstverwaltungsorgane vollbracht hatten. Dabei wurden die deutschen Antifaschisten von der sowjetischen Besatzungsmacht unterstützt. Am 21. Juli 1945 ordnete die SMAD mit ihrem Befehl Nr. 9 die sofortige Ingangsetzung der Industriebetriebe an. Vielerorts wurden Spezialeinheiten der Sowjetarmee eingesetzt, um Verkehrswege wieder benutzbar zu machen, die Energieversorgung zu sichern oder andere Engpässe zu überwinden.

Arbeiteten in Berlin im Juli rund 600 Betriebe, so waren es im Oktober etwa 3500. Am 2. August wurde in der sowjetischen Besatzungszone der Postverkehr aufgenommen. Die erste Friedensernte wurde eingebracht, die Felder wurden wieder bestellt. Ab 1. November 1945 konnten erstmalig die Lebensmittelrationen erhöht werden. Schulen und Kulturstätten hatten ihre Tore wieder geöffnet. Noch war das Leben unsagbar schwer, noch herrschten Not und Mangel auf allen Gebieten, aber die Fortschritte waren unverkennbar. Wer dem

Neuen gegenüber aufgeschlossen war, spürte überall das erwachende Leben.

In dem ersten Nachkriegswinter bewährte sich die Solidarität der Werktätigen. In allen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone entstanden Massenbewegungen, wie die Aktion „Rettet die Kinder!", die „Volkssolidarität" im Lande Sachsen, die Aktionen „Einheit und Aufbau für Volk und Heimat" in der Provinz Sachsen, „Heim und Arbeit" in Mecklenburg und die „Thüringen-Aktion gegen Not". Die vom Kriege am härtesten Betroffenen – die Umsiedler, die Ausgebombten, die heimkehrenden Kriegsgefangenen, die notleidenden Kinder und die arbeitsunfähigen Alten – spürten die solidarische Hilfe. Freiwillige Helfer gaben an sie warme Mahlzeiten und Kleidung aus. Wärmestuben wurden eingerichtet. Die Kinder sollten den Gabentisch der ersten Friedensweihnacht nicht leer vorfinden. Freilich waren die bereitstehenden Mittel, mit den Maßstäben normaler Zeiten gemessen, mehr als bescheiden, damals bedeuteten sie für so manchen die Rettung vor dem Verhungern, vor dem Erfrieren und auch vor dem Gefühl völliger Verlassenheit.

Vor allem die Gewerkschaften, die antifaschistischen Frauenausschüsse und Jugendausschüsse erwarben sich bleibende Verdienste. Sie richteten Kinderheime für elternlose Kinder, Nähstuben, Wärmehallen, Gemeinschaftsküchen und Unterkünfte für die Umsiedler ein. Sie betreuten Kranke und Rentner. An der Seite erprobter Sozialisten arbeiteten Mitglieder der bürgerlich-demokratischen Parteien und viele Parteilose.

So beeindruckend die Leistungen des Wiederaufbaus waren, so waren sie doch noch immer von den unmittelbaren Auswirkungen des Krieges überschattet.

Während die Funktionäre der Arbeiterbewegung alles taten, um im Zusammenwirken mit der Besatzungsmacht das Leben zu normalisieren, versuchten reaktionäre Kräfte, aus den Nachwirkungen des Krieges politisches Kapital zu schlagen. Sie benutzten jede Gelegenheit, um vor allem das Vertrauen zu den Kommunisten zu untergraben. Auch in Kreisen rechter sozialdemokratischer Führer zeigten sich solche Bestrebungen. Sie versuchten, die Sozialdemokraten von der Mitarbeit abzuhalten. Welche Gedanken diesem Vorgehen zugrunde lagen, sprach Ernst Scharnowski aus, der zu den erbittertsten Gegnern der Aktionseinheit in den Reihen der Sozialdemokratie zählte: „Es wird wieder zu Wahlen kommen, darauf müssen wir uns vorbereiten.

Jetzt kommt es nur darauf an, den anderen die Verantwortung zuzuschieben."[34] Um so höher war die vielerorts enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten zu bewerten.

Mit der Bildung der neuen Selbstverwaltungsorgane hatte die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Ostdeutschland bedeutende Fortschritte erzielt. Diese waren jedoch gefährdet, solange nicht die ökonomischen Grundlagen für eine demokratische Entwicklung geschaffen wurden. Die Monopolbourgeoisie war der gefährlichste und stärkste Gegner der Demokratie. Das monopolkapitalistische Eigentum an den Fabriken und Banken und die sich in ihm verkörpernde Machtfülle hatten die entscheidende sozialökonomische Grundlage der faschistischen Diktatur gebildet. Ohne den Imperialisten diese Macht zu entreißen, waren ein dauerhafter Frieden und die demokratischen Rechte des Volkes nicht zu gewährleisten.

Die Auseinandersetzung mit dem Monopolkapital begann mit dem Augenblick, als die Werktätigen die Betriebe wieder in Gang brachten. Damit durchkreuzten die Arbeiter die Pläne der Monopolherren, die die wirtschaftliche Zerrüttung aufrechterhalten wollten, um von der eigenen Schuld abzulenken. Ohne auf die Konzernherren zu warten, organisierten Gewerkschaftsleitungen und Betriebsräte die Wiederaufnahme der Arbeit und die Umstellung auf Friedensproduktion. Ihr entschlossenes Eingreifen erwarb ihnen das Vertrauen großer Teile der Belegschaften. Das war in allen Besatzungszonen so. Überall handelten die fortgeschrittensten Arbeiter in dem Bewußtsein, daß die aus Schutt und Asche wiedererstehenden Betriebe ihnen gehören und nicht mehr den Monopolkapitalisten und Kriegsinteressenten.

Am 8. September 1945 forderten tausend Belegschaftsmitglieder der AEG-Apparatefabrik in Berlin-Treptow volles Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Auflösung der Konzerne. Eine Gewerkschaftskonferenz des Braunkohlenreviers Senftenberg nahm eine Entschließung an. Darin hieß es: „Wir Bergarbeiter werden alles tun, um die letzten Reste des Faschismus zu zerschlagen, des weiteren, um die Brutstätten des Militarismus, die auch in den Kohlentrusts ihre Stütze hatten, zu beseitigen ... Nicht mit den nazistischen und reaktionären Grubengewaltigen, sondern ohne und gegen sie wird die Garantie geschaffen, auf schnellstem Wege die Wirtschaft aufzubauen und die Pro-

[34] Zit. nach: Robert Siewert: Für ein besseres Leben! In: Wie die Arbeiter-und-Bauern-Macht entstand. Erlebnisberichte aus Sachsen-Anhalt, Halle 1959, S. 73.

duktion zu steigern ... Wir fordern daher schnellstmöglich restlose und entschädigungslose Enteignung der Grubenkartelle unter Verwaltung der Provinzialbehörden. Diese Forderung ist die Garantie zur Erhaltung des Friedens."[35] Ähnliche Forderungen erhoben viele Belegschaften, Betriebsrätekongresse und Gewerkschaftskonferenzen.

Die Kommunisten und die klassenbewußten sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre leisteten eine unermüdliche Aufklärungsarbeit. Sie vermittelten den Werktätigen die Erkenntnis, daß das Monopolkapital der Hauptschuldige am Hitlerkrieg war, daß ohne seine Entmachtung keine Sicherheit für eine friedliche und demokratische Entwicklung gegeben ist. Den ersten Schritt zu dieser Entmachtung sahen sie im Mitbestimmungsrecht der Werktätigen. Zwei Aufgaben rückten sie in den Mittelpunkt: Säuberung der Betriebe von aktiven Nazis und anderen kompromittierten Vertretern des Monopolkapitals und die Durchsetzung der Arbeiterkontrolle in der Produktion. Kommunisten, Sozialdemokraten, parteilose Gewerkschafter und Angehörige der Betriebsräte lösten diese Aufgaben in der sowjetischen Besatzungszone erfolgreich.

In diesem Ringen, das große Teile der Arbeiterklasse erfaßte, rief die KPD die Belegschaften auf, ihre Rechte ohne Zögern – nötigenfalls gegen den Widerstand der Konzernherren – zu vertreten. Ein anspornendes Beispiel schufen die Thüringer Arbeiter, die auf ihrer Betriebsrätekonferenz Mitte September 1945 Aufgaben und Rechte der Betriebsräte formulierten. Auf der Grundlage ihrer Forderungen erließ am 10. Oktober 1945 die Landesverwaltung Thüringen das erste Betriebsrätegesetz im Nachkriegsdeutschland. Keineswegs geringer waren der Einfluß der Betriebsräte und ihre Zusammenarbeit mit den Organen der antifaschistisch-demokratischen Selbstverwaltung in den anderen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone.

Am 17. September 1945 unterstellte die von dem Sozialdemokraten Rudolf Friedrichs als Präsidenten und dem Kommunisten Kurt Fischer als Vizepräsidenten geleitete Landesverwaltung Sachsen den gesamten sächsischen Kohlebergbau der Landesverwaltung. Am 29. Oktober 1945 faßte sie den Beschluß, den Kriegsverbrecher Friedrich Flick entschädigungslos zu enteignen und seine Unternehmungen und Vermögenswerte zum Eigentum des Landes Sachsen zu erklären.[36] Durch die Enteignung des Flick-Konzerns in Sachsen wurden wichtige Betriebe,

[35] Dokumente und Materialien . . ., Reihe III, Bd. 1, S. 167.

[36] Dokument Nr. 15.

darunter die Mitteldeutschen Stahlwerke GmbH Riesa, die Gußstahlwerke Döhlen, die Anhaltischen Kohlenwerke und die Waggonfabrik Busch in Bautzen, dem Monopolkapital entrissen und in die Hände des Volkes übergeführt.

Die Monopolherren und ihre Helfershelfer leisteten erbitterten Widerstand. Sie schleusten ihre Interessenvertreter in die bürgerlichen Parteien und die demokratischen Selbstverwaltungen ein. Einen großangelegten Sabotageversuch unternahm im Auftrage der Konzernherren Ferdinand Friedensburg. Als Präsident der Zentralverwaltung für die Brennstoffindustrie war er bestrebt, die Maßnahmen der Landesverwaltung Sachsen zu durchkreuzen. Später erklärte er unverblümt: „Ich habe mich in erster Linie dagegen gewehrt, daß auch im Kohlenbergbau eine entschädigungslose Enteignung vorgenommen wird."[37] Der Solvay-Konzern hatte seinen Angestellten Rose als Agenten in die LDPD geschickt. Rose erschlich sich die Stellung eines Kontrollinspektors der Landesregierung Sachsen-Anhalt. In einem Brief an seine Auftraggeber schrieb er: „Als ich kurz nach dem Zusammenbruch auf Empfehlung von Herrn Direktor Clemm mich der öffentlichen Verwaltung zur Verfügung stellte, ist es mir aus dem Gefühl der Zugehörigkeit heraus ständig eine Genugtuung gewesen, im Interesse der deutschen Solvay-Werke oder ihrer Angehörigen tätig zu sein."[38]

Am 23. August 1945 fand in Berlin-Schlachtensee eine geheime Besprechung von 60 Vertretern verschiedener Wirtschaftsverbände statt, zu der ein Bernhard Skrodzki eingeladen hatte. Eigentlich war das eine Sitzung der Reichsgruppe Industrie aus der Nazizeit, die maßgeblich an der Kriegsvorbereitung beteiligt gewesen war und aus der Ausplünderung der besetzten Länder riesige Profite gezogen hatte. Auf dieser Sitzung wurde die verbrecherische Devise ausgegeben, man solle sich mit der Produktion Zeit lassen und das Tempo des wirtschaftlichen Wiederaufbaus verlangsamen. „Wenn nichts produziert wird", erklärte Skrodzki, „werden die Herrschaften in der Parochialstraße schon zugänglicher werden oder Bankrott machen."[39] Mit den Herren aus der Parochialstraße war der demokratische Magistrat von Berlin gemeint.

[37] Zit. nach: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit. Die Niederlage Hitlerdeutschlands und die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, Bd. I, 1. Halbbd., Berlin 1955, S. 268.

[38] Zit. nach: Ebenda, S. 269.

[39] Zit. nach: Hans Adler: Berlin in jenen Tagen. Berichte aus der Zeit von 1945 bis 1948, Berlin 1959, S. 62.

In ihrem Kampf gegen die Konzernherren wurden die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes von der sowjetischen Besatzungsmacht wirksam unterstützt. Da die Westmächte die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens hinauszögerten, sah sich die SMAD gezwungen, selbständig Sicherungsmaßnahmen gegen die Sabotage der Monopolherren und Kriegsverbrecher zu treffen. Am 30. Oktober 1945 verfügte sie deshalb mit ihrem Befehl Nr. 124 die Beschlagnahme und provisorische Übernahme des Eigentums des deutschen Staates, der Naziaktivisten und ähnlichen Eigentums. Tags darauf ordnete sie mit dem Befehl Nr. 126 die Beschlagnahme des Eigentums der NSDAP an. Diese Befehle, die dem Potsdamer Abkommen entsprachen, deckten sich inhaltlich weitgehend mit Verfügungen, die die deutschen Landes- und Provinzialverwaltungen erlassen hatten, und mit deren Vorschlägen an die SMAD. Das genannte Eigentum wurde mit diesen Befehlen unter Sequester, das heißt unter zeitweilige Zwangsverwaltung, gestellt. Die endgültige Entscheidung über das Schicksal dieser Betriebe blieb dem deutschen Volke selbst vorbehalten.

In der sowjetischen Besatzungszone wurde die Neubildung oder Weiterführung von Organisationen des Monopolkapitals nicht geduldet. Die Vertreter der Arbeiterklasse brachten unmißverständlich zum Ausdruck, daß zur Aufnahme der Produktion zwar Maschinen, Rohstoffe und Arbeitskräfte benötigt werden, nicht aber Unternehmerverbände.

So wurde bereits in den ersten Monaten nach der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus die Macht des Monopolkapitals in der sowjetischen Besatzungszone erheblich eingeschränkt. Die Kraft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten reichte zu dieser Zeit noch nicht aus, alle Betriebe der Konzernherren, der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher in das Eigentum des Volkes zu überführen. Es gelang jedoch, die Betriebe aus ihren Konzernverbindungen zu lösen, von aktiven Faschisten weitgehend zu säubern und das Mitbestimmungsrecht der Werktätigen zu sichern. Damit waren wesentliche Schritte zur Demokratisierung der Wirtschaft getan.

In der Zeit der faschistischen Diktatur waren nicht nur die Wirtschaft, sondern auch Schulen, Hochschulen, Presse, Literatur, Film und Rundfunk in den Dienst der Hitlerschen Kriegspolitik gestellt worden. Mit Antikommunismus, Rassentheorien, der Lüge vom mangelnden Lebensraum, mit Herrenmenschendünkel und chauvinistischer Überheblichkeit hatten die Faschisten die Hirne der Menschen vernebelt.

Die Werke der humanistischen deutschen Kultur waren geächtet oder den Werktätigen vorenthalten worden. Gegen die Ideen der größten Söhne unseres Volkes, Karl Marx und Friedrich Engels, waren die Faschisten mit Feuer und Schwert zu Felde gezogen. Ohne demokratische Umerziehung des Volkes konnte keine antifaschistisch-demokratische Ordnung geschaffen werden. Deshalb hatte das Zentralkomitee der KPD die Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von faschistischem und anderem reaktionären Ungeist gefordert und die Aufgaben der geistigen und kulturellen Erneuerung begründet. Die Verwirklichung dieser Forderungen leitete eine Revolution auf dem Gebiet des kulturellen und geistigen Lebens ein.

An der Entlarvung des Faschismus beteiligten sich alle antifaschistisch-demokratischen Parteien und die Massenorganisationen. Sie führten der Bevölkerung den verbrecherischen Charakter der Hitlerpolitik vor Augen und erläuterten den Weg der nationalen Wiedergeburt Deutschlands. Es forderte von den Antifaschisten Bekennermut, dem Volke die oft harte Wahrheit über die faschistische Vergangenheit, über seine eigene Mitschuld und über den schweren Weg zu einem neuen Aufstieg der deutschen Nation zu sagen. Auch mancher Antifaschist wich in den erbittert geführten Diskussionen zurück. Die Hauptverantwortung für die demokratische Umerziehung lastete ohne Zweifel auf den kommunistischen Funktionären. Sie machten revanchistischen und chauvinistischen Stimmungen keine Zugeständnisse und traten der offen oder versteckt betriebenen Antisowjethetze entgegen.

Kommunistische Schriftsteller und Künstler, allen voran Johannes R. Becher, Willi Bredel, Fritz Erpenbeck und Friedrich Wolf, widmeten sich der Aufgabe, die Kultur- und Geistesschaffenden zu sammeln. Am 3. und 4. Juli 1945 trat der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands mit einer Tagung an die Öffentlichkeit. Er forderte alle fortschrittlichen Intellektuellen auf, die Irrlehren des Faschismus aus Denken und Fühlen der Deutschen zu verbannen, eine Wiedergeburt der deutschen Kultur im Zeichen der Wahrheit und des freiheitlich-demokratischen Geistes zu vollziehen, „die große deutsche Kultur, den Stolz unseres Vaterlandes", wiederzuerwecken und „ein neues deutsches Geistesleben" zu begründen.[40] Am 8. August konstituierte sich die Leitung des Kulturbundes. Zu seinem Präsidenten wurde Johannes

[40] Manifest des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Berlin o. J., S. 4.

R. Becher, zu Vizepräsidenten wurden der Maler Carl Hofer und der Schriftsteller Bernhard Kellermann gewählt.

In allen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone nahm der Kulturbund seine Tätigkeit auf. Er wurde von Künstlern, Schriftstellern und Wissenschaftlern geleitet, auch Geistliche beteiligten sich an seiner Arbeit. In Thüringen wurde die Dichterin Ricarda Huch Ehrenvorsitzende des Kulturbundes. Sie erklärte am 30. November 1945 in einer Botschaft an alle Kulturschaffenden: „Unsere Lage ist ernst; aber gerade deshalb erfordert sie, daß alle ihre Kräfte einsetzen, um an einer Wiederherstellung des Lebens mitzuarbeiten. Wenn es ein Glück ist, eine große und schwere Aufgabe vor sich zu haben, die die ganze Kraft in Anspruch nimmt, so sind wir inmitten unseres furchtbaren Unglücks glücklich."[41] Johannes R. Becher fuhr zu dem in Agnetendorf lebenden Gerhart Hauptmann, um ihn zur Mitarbeit zu gewinnen. Erfreut über diesen Beweis der Achtung und des Vertrauens, äußerte der greise Dichter: „Ich gehe mit Ihnen ... Das ist meine nationale Pflicht. Zusammen mit meinem Volk werde ich meine ganze letzte Kraft der Sache der demokratischen Erneuerung Deutschlands weihen."[42]

Während sich in der sowjetischen Besatzungszone der Kulturbund stetig entwickelte, war es ihm in den Westzonen nur auf örtlicher Ebene und unter verschiedenen Bezeichnungen möglich zu wirken. Das behinderte die Sammlung der demokratischen Kulturschaffenden, um die sich unter anderen Max Burghardt und Wolfgang Langhoff bemühten.

Am stärksten bedroht durch die geistige Verwahrlosung und durch die moralische Entwurzelung, die Faschismus und Krieg mit sich gebracht hatten, war die Jugend. Ihr mußte klargemacht werden, welcher verbrecherischen Politik sie zum Opfer gefallen war. Sie brauchte echte Ideale. Die Neueröffnung und Demokratisierung der Schulen war deshalb nicht nur ein Gebot des raschen Wiederaufbaus, sondern eine Schlacht um die moralische und physische Rettung der Kinder. Diese neue Schule konnte jedoch nicht von der alten Lehrerschaft aufgebaut werden, von der in der sowjetischen Besatzungszone 72 Prozent Mit-

[41] In memoriam Ricarda Huch. Als Manuskript gedruckt. Hrsg. vom Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, o. O. (1948), S. 1.

[42] Zit. nach: Grigorij Weiss: Auf der Suche nach der versunkenen Glocke. Johannes R. Becher bei Gerhart Hauptmann. In: Sinn und Form (Berlin), Zweites Sonderheft Johannes R. Becher (1960), S. 374.

glieder der NSDAP gewesen waren. Die Erziehung der Jugend mußte befähigten Vertretern des werktätigen Volkes mit antifaschistischer Gesinnung anvertraut werden. Nachdem die aktiven Faschisten aus dem Schuldienst entfernt worden waren, fehlten in der sowjetischen Besatzungszone fast 40000 Lehrer.

Am 18. Oktober 1945 wandten sich das Zentralkomitee der KPD und der Zentralausschuß der SPD in einem gemeinsamen Aufruf[43] an alle Eltern, Lehrer und Hochschullehrer und legten ihnen die Grundsätze für die demokratische Erneuerung der deutschen Schule vor. Die beiden Arbeiterparteien setzten der Erziehung ein neues Ziel, um die Jugend „frei von nazistischen und militaristischen Gedanken, in einem neuen Geiste, im Geiste einer kämpferischen Demokratie, der Freundschaft unter den friedliebenden Völkern, zum selbständigen, aufrechten, freiheitlichen und fortschrittlichen Denken und Handeln"[44] zu erziehen.

Zur Verwirklichung dieses Zieles wurden folgende Maßnahmen gefordert: Besetzung aller leitenden Schulfunktionen durch bewährte Antifaschisten, Beseitigung aller Bildungsprivilegien, Aufbau eines einheitlichen Schulsystems, Trennung von Schule und Kirche, Abschaffung von Privatschulen, Bildung eines neuen, demokratischen Lehrkörpers, Ausarbeitung neuer Lehrpläne und Lehrbücher, gründliche Reform des Hochschulwesens.

Die Verantwortung für die Durchführung der demokratischen Schulreform oblag der deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, die von dem Kommunisten Paul Wandel geleitet wurde. Die Arbeiterparteien zogen die Jugend zur Lösung der Aufgaben heran. Die antifaschistischen Jugendausschüsse warben befähigte Jungen und Mädchen für den Neulehrerberuf. Im ersten Nachkriegsschuljahr konnten in der sowjetischen Besatzungszone ungefähr 15000 neue Lehrer in den Schuldienst aufgenommen werden, die größtenteils aus der werktätigen Bevölkerung hervorgegangen waren. Noch im Sommer 1945 begannen Leipziger Druckereien und Buchbindereien mit der Herstellung neuer Schulbücher. Bis zum November 1945 wurden insgesamt 2850000 Exemplare fertiggestellt und an die Schulen ausgeliefert. Hinter diesen nüchternen Zahlen standen die selbstlosen Anstrengungen Tausender Antifaschisten und humanistischer Intellektueller, vor allem der Mitglieder der beiden Arbeiterparteien, und der sowjetischen Kulturoffiziere.

[43] Dokument Nr. 14.

[44] Dokumente und Materialien . . ., Reihe III, Bd. 1, S. 211.

Die Hochschulen und Universitäten standen ebenfalls vor ganz neuen Aufgaben. Sie mußten bisher eine im Dienste der Ausbeuterklasse stehende geistige Elite heranbilden. Die deutschen Universitäten hatten auf wissenschaftlichem Gebiet viel geleistet, aber die Forschungsergebnisse waren von den Machthabern Hitlerdeutschlands mißbraucht worden. Hochschullehrer hatten die faschistischen Irrlehren mit pseudowissenschaftlichen Argumenten untermauert. Nun sollten aus den Universitäten und Hochschulen volksverbundene, von demokratischem Geist erfüllte Pflegestätten der Wissenschaften werden. Sie sollten die befähigtsten Jungen und Mädchen aus dem Volke nicht nur mit den fortgeschrittensten Ergebnissen der Wissenschaften vertraut machen, sondern sie zugleich zu bewußten Demokraten erziehen.

Die erste deutsche Universität, die mit allen Fakultäten ihre Tätigkeit wiederaufnahm, war die Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Der Wiedereröffnung am 15. Oktober 1945 war eine Beratung vorausgegangen, die unmittelbar nach Abzug der amerikanischen Besatzung, in der Nacht vom 5. zum 6. Juli 1945, stattgefunden hatte. Im Hotel Ölmühle hatten sich Walter Ulbricht, weitere Arbeiterfunktionäre und drei sowjetische Offiziere mit einigen Professoren zusammengefunden, um über die Wiedereröffnung der Universität zu beraten. Der Jenenser Universität folgten im Januar und Februar 1946 die übrigen Universitäten der sowjetischen Besatzungszone, die Berliner Universität, die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, die Leipziger Universität, die Greifswalder Universität und die Rostocker Universität. Im Februar 1946 wurde die Bergakademie Freiberg und am 1. Oktober 1946 die Technische Hochschule Dresden eröffnet.

Voraussetzung für die Erneuerung des Hochschulwesens war die Säuberung des Lehrkörpers von faschistisch belasteten Wissenschaftlern und eine grundlegende Wandlung in der sozialen Zusammensetzung der Studentenschaft. Als an der Leipziger Universität am 5. Februar 1946 die ersten Vorlesungen begannen, nahmen 767 Studenten das Studium auf. Unter ihnen waren nur 26, das heißt 3,4 Prozent, Arbeiterkinder. Von 222 Lehrkräften konnten nur 52 im Dienst belassen werden.

Als Tausende Antifaschisten die schwierige Arbeit im Schuldienst aufnahmen, als sich die ersten Bewerber aus der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft in den neu eingerichteten Vorsemestern auf ein Hochschulstudium vorzubereiten begannen, prophezeiten die Reaktionäre aller Schattierungen einen katastrophalen Rückgang des Bil-

dungsniveaus. Selbst viele Werktätige befiel Zweifel, ob die demokratische Schulreform gelingen werde. Doch das neue Bildungswesen bewies seine Überlegenheit.

Vom 3. bis 5. Februar 1946 fand in Berlin die Erste Zentrale Kulturtagung der KPD statt, an der auch Vertreter der Sozialdemokratie sowie parteilose Kulturschaffende teilnahmen. In seiner Eröffnungsrede erläuterte Wilhelm Pieck das Programm zur Erneuerung der deutschen Kultur. „Vor uns steht die Aufgabe", erklärte er, „ein neues deutsches Kulturleben zu begründen, ein Kulturleben, das uns auf unserem schweren Wege in eine bessere Zukunft, auf dem Wege zur Wiedereingliederung unseres Volkes in die Familie der großen Kulturvölker die Energien zuführt, die wir nicht entbehren können."[45] Im Namen der KPD forderte er, daß der wissenschaftlichen Forschung und dem künstlerischen Schaffen Freiheit und jede materielle und moralische Unterstützung zugesichert werden müsse. Damit die Kulturschaffenden ihre schöpferischen Energien voll entfalten könnten, sollten ihnen die materiellen Sorgen abgenommen werden. Die KPD werde sich dafür einsetzen, daß die Masse des Volkes von der kulturellen Betätigung nicht mehr ferngehalten wird und zu den großen Schöpfungen der Kultur Zugang findet. Als wichtigsten Schritt auf diesem Wege bezeichnete er eine grundlegende Reform des Bildungswesens. Alle Bildungsschranken sollten fallen, jeder sollte die gleichen Aufstiegsmöglichkeiten haben. Die Richtlinien für die Volksbildung standen deshalb im Mittelpunkt der Beratungen dieser Kulturkonferenz.

So wurde in einer Zeit schwerster materieller Not der Boden für ein Aufblühen der deutschen Kultur bereitet.

Die Dichtung und Musik der deutschen Klassik, die kämpferische Kunst der vertriebenen Antifaschisten und die Meisterwerke des sozialistischen Realismus verliehen unserem Volke Kraft beim demokratischen Neuaufbau. In der Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit entstanden neue Kunstwerke, die dem Volke die Augen öffneten und es zu guten Taten auf dem neuen Wege anspornten.

Nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus konnten im Geburtsland des Marxismus endlich die Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus wieder ungehindert verbreitet werden. Diese Ideen, seit Jahrzehnten von Opportunisten entstellt und schließlich von den Faschisten

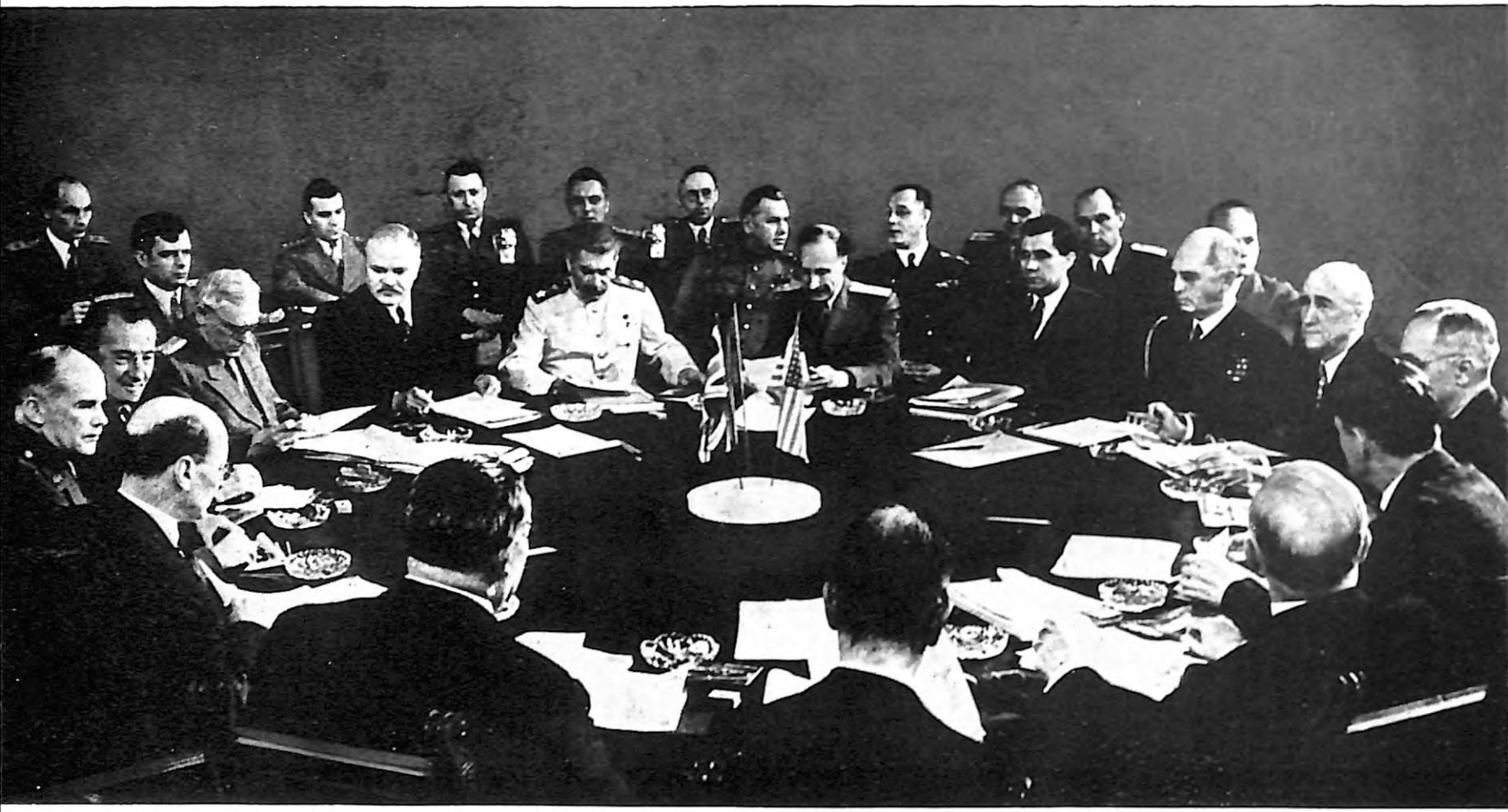
[45] Wilhelm Pieck: Um die Erneuerung der deutschen Kultur. Rede auf der Ersten Zentralen Kulturtagung der KPD in Berlin am 3. Februar 1946. In: Wilhelm Pieck: Reden und Aufsätze, Bd. II, Berlin 1954, S. 43.

verfolgt und für tot erklärt, zogen nun mit neuer Stärke Tausende und aber Tausende in ihren Bann. Die Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus wurden zur wichtigsten geistigen Waffe der revolutionären Umgestaltung, wurden Anleitung zum Handeln. Als erstes dieser Werke wurde das „Manifest der Kommunistischen Partei", die Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Kommunismus, veröffentlicht. Stärker als je zuvor wurden Werke W. I. Lenins in Deutschland verbreitet. Bereits 1945 erschienen von Friedrich Engels „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft", von W. I. Lenin „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus" und „Was tun?". Eine große Rolle bei der Überwindung der faschistischen Ideologie spielte die 1945 in Deutschland veröffentlichte Arbeit Walter Ulbrichts „Die Legende vom ‚deutschen Sozialismus'". Die sozialistische Presse und Bildungsabende brachten weiten Kreisen das sozialistische Gedankengut nahe. In zahlreichen Festveranstaltungen ehrten KPD und SPD die großen Vorkämpfer der deutschen Arbeiterklasse Karl Marx und Friedrich Engels, August Bebel und Wilhelm Liebknecht, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin, Rudolf Breitscheid und Ernst Thälmann. Viele traditionsverbundene Arbeiter begannen zu verstehen, daß die Grundlage einer einheitlichen Arbeiterpartei nur der konsequente Marxismus sein konnte.

So ging die Abrechnung mit dem Faschismus mit der geistigen Erneuerung Hand in Hand. In dem großen Aufbauwerk offenbarten sich die Schöpferkräfte des Volkes. Die Geschichte gab der KPD recht, die mit ihrem kühnen Aktionsprogramm vor das hungernde, ausgeblutete, verzweifelte Volk getreten war und ihm einen Weg gewiesen hatte, im Vertrauen auf die Tatkraft und die Leistungsfähigkeit, die im Volke schlummerten.

5. Die demokratische Bodenreform

Zu den brennendsten Problemen, die 1945 einer Lösung harrten, zählte die Agrarfrage. Das Leben von Millionen Menschen hing davon ab, ob es gelingen würde, die deutsche Landwirtschaft vor dem völligen Verfall zu bewahren. Alle politischen Parteien waren sich bewußt, daß auf dem Dorfe eine gewaltige Schlacht gegen den Hunger geschlagen



Die Potsdamer Konferenz der Siegermächte der Antihitlerkoalition, 17. Juli bis 2. August 1945

Einheitsfront

der antifaschistisch-demokratischen Parteien.

Am 13./14. Juli 1945 traten die Vertreter der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu einer ersten gemeinsamen Besprechung zusammen.

An der Beratung nahmen teil:

Vom Zentral-Komitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Wilhelm P i e c k ,
Walter U l b r i c h t ,
Franz D a h l e m ,
Anton A c k e r m a n n ,
Otto W i n z e r .

Vom Zentralausschuss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Erich W. G n i f f k e ,
Otto G r o t e w o h l ,
Gustav D a h r e n d o r f ,
Helmuth L e h m a n n ,
Otto M e i e r .

Vom Vorstand der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Andreas H e r m e s ,
Walter S c h r e i b e r ,
Jakob K a i s e r ,
Theodor S t e l t z e r ,
Ernst L e m m e r .

Vom Vorstand der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands

Waldemar K o c h ,
Eugen S c h i f f e r ,
Wilhelm K ü l z ,
Artur L i e u t e n a n t .

In einer vom Willen aufrichtiger Zusammenarbeit getragenen Aussprache wurde festgestellt:

Hitler hat Deutschland in die tiefste Katastrophe seiner Geschichte gestürzt. Die Kriegsschuld Hitler-Deutschlands ist offenkundig. Weite Kreise des deutschen Volkes waren dem Hitlerismus und seiner Ideologie verfallen und haben seinen Eroberungskrieg bis zum furchtbaren Ende unterstützt. Gross war die Zahl jener Deutschen, die willenlos der Hitler-Politik folgten und sich damit mitschuldig gemacht haben. So hat Hitler unser ganzes Volk in ein Chaos von Schuld und Schande gestürzt.

Nur durch einen grundlegenden Umschwung im Leben und im Denken unseres ganzen Volkes, nur durch Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung ist es möglich, die Nation zu retten.

Aus dem Kommuniqué über die erste Beratung der Vertreter

Die Vertreter der vier Parteien beschliessen, unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit, die Bildung einer festen Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, um mit vereinter Kraft die grossen Aufgaben zu lösen. Damit ist ein neues Blatt in der Geschichte Deutschlands aufgeschlagen.

Es wurde ein gemeinsamer Ausschuss gebildet, in den die vier Parteien je fünf Vertreter entsenden. Dieser Ausschuss wird unter wechselndem Vorsitz mindestens zweimal monatlich tagen. Ein Verbindungsbüro wird die gemeinsamen Besprechungen organisieren und für den Austausch des Materials sorgen.

Der gemeinsame Ausschuss stellt sich folgende Hauptaufgaben:

Den Organisationen der antifaschistisch-demokratischen Parteien in allen Landesteilen, Bezirken, Kreisen und Orten wird empfohlen, sich in gleicher Weise, wie es zentral geschehen ist, zu gemeinsamer Aufbauarbeit zusammenzuschliessen.

Berlin, den 14. Juli 1945.

Kommunistische Partei Deutschlands

W. Pieck
Wilhelm
F. Dahlem
A. Ackermann
Otto Meyer

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Otto Grotewohl
Max Fechner
Gustav Dahrendorf
Erich Gniffke
Otto Meier

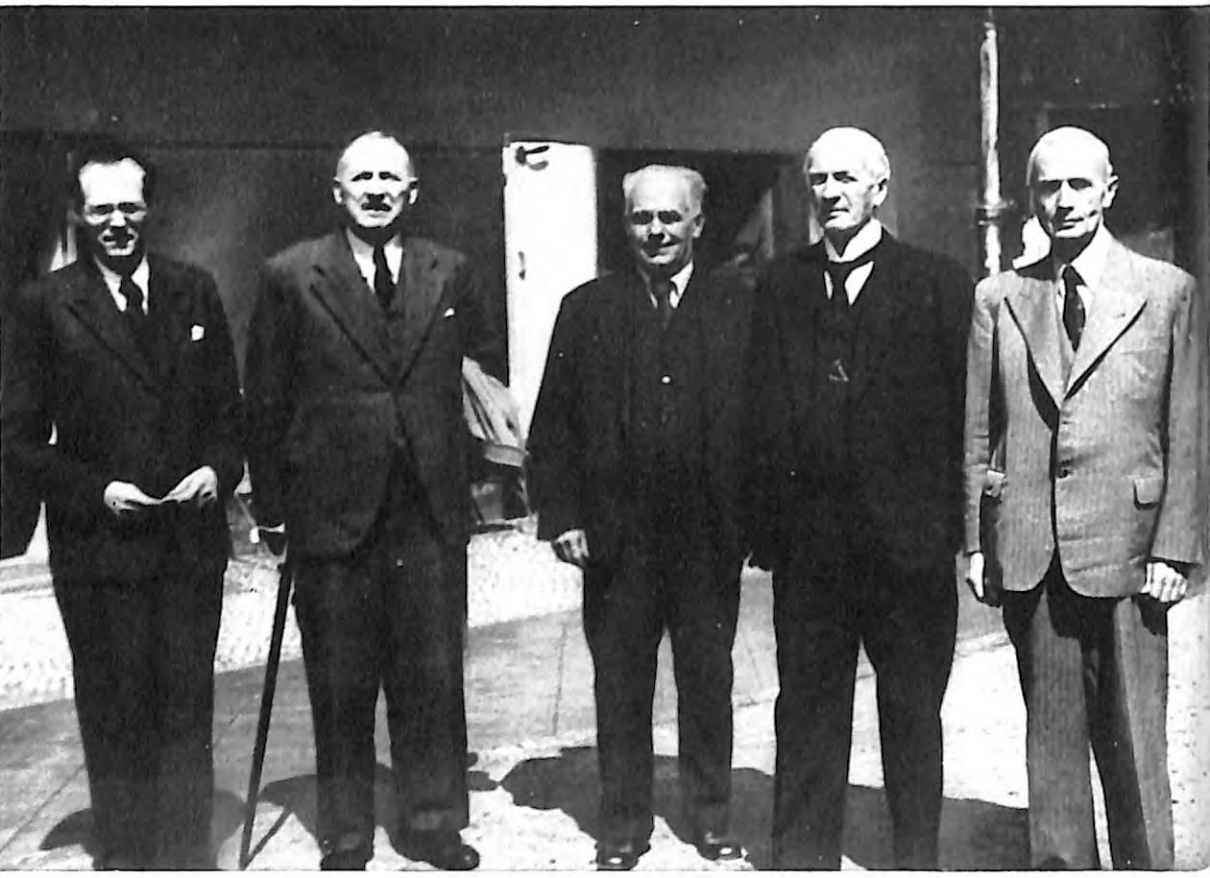
Christlich-Demokratische Union Deutschlands

Andreas Hermes
Jakob Kaiser
Hugo Hickmann
Walther Schreiber
Ernst Lemmer

Liberal-Demokratische Partei Deutschlands

Wilhelm Külz
Hans Loch
Eugen Schiffer
Arthur Lieutenant

der antifaschistisch-demokratischen Parteien, 14. Juli 1945



Die Sprecher der ersten Kundgebung
der antifaschistisch-demokratischen Parteien im Rundfunkhaus in Berlin.
V. l. n. r.: Otto Grotewohl (SPD), Andreas Hermes (CDU), Wilhelm Pieck (KPD),
Arthur Werner, Oberbürgermeister von Berlin, Waldemar Koch (LDPD), 12. August 1945



Landverlosung in einem mecklenburgischen Dorf



Die Bodenreform wird verwirklicht, Herbst 1945



DER GRUNDBESITZ SOLL SICHERUNGEREN
DEUTSCHEN HEIMAT AUF FESTE GESUNDE
UND PRODUKTIVE BAUERNWIRTSCHAFTEN
STUTZEN, DIE PRIVATEIGENTUM IHRES
BESITZERS SIND

URKUNDE

Auf Grund der Verordnung der Landesverwaltung Mecklenburg über die Bodenreform vom 5. Sept. 1945 wird dem Bauern Erdmann Vollmann wohnhaft in der Gemeinde Plötz Kreis Demmin

ein Grundstück

im Umfang von 8,97 ha; einschließlich Wald

rechtskräftig

zum persönlichen, vererbbaren Eigentum übergeben. Das dem Bauern Erdmann Vollmann übergebene Grundstück liegt in der Gemeinde Plötz und hat laut dem von der Bodenkommission aufgestellten Verteilungsplan die Nummer 29

Der Bauer Erdmann Vollmann erhält das Grundstück

schuldenfrei

Diese Urkunde berechtigt zur Eintragung des Grundstückes in das Grundbuch.

Demmin, den [illegible] Kreis Demmin

Ministerpräsident [illegible] Der Landrat [illegible]

Eine Übereignungsurkunde schuldenfreien Landes durch die demokratische Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone



Die neuen Landbesitzer nach der Aufteilung des ehemaligen Rittergutes Helfenberg (Sachsen), Herbst 1945



Auf der Strecke Berlin–Elsterwerda, Herbst 1945



Die Berliner versorgen sich mit Holz, Winter 1945/1946



Hauptkriegsverbrecherprozeß vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg. Blick in den Gerichtssaal mit den Hauptangeklagten Hermann Göring, Rudolf Heß, Joachim von Ribbentrop, Wilhelm Keitel, Alfred Rosenberg, Hans Frank, Wilhelm Frick, Julius Streicher, Walter Funk, Karl Dönitz, Erich Raeder, Baldur von Schirach, Fritz Sauckel, Alfred Jodl, Franz von Papen, Artur Seyß-Inquart, Albert Speer, Konstantin von Neurath, 20. November 1945 bis 1. Oktober 1946

werden mußte, doch nur die KPD verband zielstrebig diesen Kampf um das Brot mit dem jahrhundertealten Ringen der Bauern um Freiheit und Fortschritt.

Die KPD konnte sich dabei auf die Theorie des Marxismus-Leninismus und auf die Beschlüsse ihrer Brüsseler und Berner Konferenz stützen. Als die Niederlage Hitlerdeutschlands unmittelbar bevorstand, hatte das Politbüro des Zentralkomitees der KPD eine Kommission unter Vorsitz Walter Ulbrichts eingesetzt, die Direktiven für die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung Deutschlands ausarbeitete. Von dieser Kommission waren auch Ratschläge für die Arbeit auf dem Lande verfaßt worden. Ziel dieser Ratschläge war, die gesamte Landbevölkerung mit Ausnahme der Großgrundbesitzer und aktiven Faschisten in den Kampf für eine demokratische Republik einzubeziehen.

Mit der Verwirklichung dieses demokratischen Agrarprogramms wurde sofort nach der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus begonnen. Edwin Hoernle, Walter Ulbricht und andere kommunistische Funktionäre berieten mit Bauern und Landarbeitern, welche Schritte zuerst zu gehen waren. Die Organisationen des faschistischen Reichsnährstandes wurden zerschlagen. Die Zwangsablieferung wurde aufgehoben. An ihre Stelle trat ein nach Größenklassen abgestuftes Ablieferungssystem, das besonders die Belange der werktätigen Bauern berücksichtigte und sie an der Steigerung ihrer Produktion interessierte.

Von den Gewerkschaften aufgerufen, leisteten die Arbeiter den Bauern tatkräftige Hilfe bei der Bergung der ersten Friedensernte. Mechaniker verlegten ihren Arbeitsplatz auf die Felder. Fliegende Reparaturbrigaden sicherten den Einsatz der wenigen landwirtschaftlichen Maschinen. Die Selbstverwaltungsorgane lenkten diese große Aktion. Die sowjetischen Besatzungsbehörden halfen, wo sie konnten. Im November 1945 berieten in Berlin-Karlshorst leitende Mitarbeiter der SMAD mit den Präsidenten der Landes- und Provinzialverwaltungen über die Ergebnisse der Herbstaussaat. Auch die Frühjahrsbestellung wurde später gemeinsam besprochen.

Den ersten Schritten zur Belebung der Landwirtschaft mußte eine umwälzende Veränderung der sozialökonomischen Struktur und der politischen Verhältnisse auf dem Lande folgen. Das konnte nur durch eine demokratische Bodenreform geschehen, die das Junkertum entmachtete und das Land denen übergab, die es selbst bestellten.

Kommunisten und Sozialdemokraten stimmten darin überein, daß eine demokratische Bodenreform notwendig war. Auch die übrigen Antifaschisten waren in ihrer Mehrheit der gleichen Überzeugung. Über den Charakter und die Durchführung einer Agrarreform gingen jedoch die Meinungen weit auseinander. Die Kommunisten forderten eine Umgestaltung der Agrarverhältnisse, die den deutschen Junkern und Großgrundbesitzern ihre ökonomischen und damit auch die politischen Machtpositionen entzog. Solange die mit den Industriekapitänen und Bankherren versippten Beherrscher der Landwirtschaft nicht entmachtet waren, stand die Demokratie auf tönernen Füßen. Das hatten die Erfahrungen der Novemberrevolution und der Weimarer Republik zur Genüge gelehrt. Unter der Knute der Junker war das Dorf nicht nur ein Hort der Reaktion geblieben, sondern zum Rekrutierungsfeld der konterrevolutionären Banden geworden – der Freikorps, der Kapp-Putschisten, der Schwarzen Reichswehr, der Fememörder, der SA und SS.

Die ostelbischen Junker waren traditionelle Träger des verderblichen „Dranges nach dem Osten", der ununterbrochenen Aggression gegen die slawischen Nachbarvölker, die Träger des preußisch-deutschen Militarismus. Sie verfügten über etwa ein Drittel des landwirtschaftlich genutzten Bodens. Vor allem in Brandenburg und Mecklenburg waren sie die ungekrönten Könige. Die sozialökonomischen Wurzeln von Imperialismus und Militarismus ausrotten erforderte, der Junkerwirtschaft ein Ende zu setzen. Die despotische Herrschaft der Junker über das flache Land hatte ein dauerhaftes Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern verhindert. Die Bauern bedurften der Hilfe der Arbeiterklasse, damit sie sich von der Ausbeutung durch Großgrundbesitz und Finanzkapital befreien konnten.

Die KPD trug den Gedanken einer demokratischen Bodenreform aufs Land und gewann die Masse der Bauern und Landarbeiter für diese Forderung. Auf Beschluß des Zentralkomitees der KPD führten die Bezirks- und Kreisleitungen sowie viele örtliche Parteiorganisationen der KPD zahlreiche Versammlungen auf dem Lande durch, in denen die Bedeutung der demokratischen Bodenreform erläutert und deren Durchführung mit der Dorfbevölkerung beraten wurde. Sozialdemokraten und Gewerkschaftsfunktionäre stellten sich ihnen zur Seite und klärten ebenfalls die Bauern über die Notwendigkeit einer Bodenreform auf. Waren es anfangs vorwiegend die Kommunisten, die mit ihrem Agrarprogramm neue Hoffnungen in der Landbevölkerung

weckten, so machten sich bald Landarbeiter, werktätige Bauern und Umsiedler die Losungen der KPD zu eigen. Landarbeiter aus Oppin schrieben: „Als die Kommunistische Partei Deutschlands in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 die Liquidierung des Großgrundbesitzes und die Aufteilung der großen Güter der Junker und Grafen an die kleinen Bauern und Landarbeiter forderte, da atmeten wir alle auf, daß endlich jemand aufstand und wirklich für die Interessen des Landarbeiters und Kleinbauern eintrat."[46]

Entschiedene Demokraten aus anderen Schichten der Bevölkerung – unter ihnen Pfarrer – unterstützten die Landarbeiter und Bauern. Ende August 1945 war die Bewegung so gewachsen, daß die Verwirklichung der Bodenreform zum Gebot der Stunde wurde. Machtvolle Kundgebungen der KPD leiteten die Bodenreform ein. Der Vorsitzende der KPD, Wilhelm Pieck, legte vor Bauern und Landarbeitern am 2. September 1945 in Kyritz (Mark Brandenburg) das Programm zur Durchführung der Bodenreform dar. Die Losung „Junkerland in Bauernhand!", die Wilhelm Pieck ausgab, griff die Landbevölkerung freudig auf.

Zur gleichen Zeit waren die Verhandlungen im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien so weit fortgeschritten, daß auch hier die Notwendigkeit einer demokratischen Bodenreform anerkannt wurde. Entscheidend hierfür war die Einigung zwischen den Parteiführungen der KPD und der SPD über die revolutionäre Umgestaltung der Landwirtschaft. Auch in den einzelnen Ländern und Provinzen wurde zwischen den Leitungen der KPD und der SPD eine Verständigung erzielt. So scheiterte an der einigen Arbeiterklasse der Versuch reaktionärer Kräfte in den Führungen der CDU und der LDPD, die Bodenreform zu verhindern.

Auf hartnäckigen Widerstand stießen im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien die Forderungen, Faschisten und Großgrundbesitzer entschädigungslos zu enteignen und die Bodenreform durch Komitees der Landarbeiter und Bauern vollziehen zu lassen. Die Gegner der demokratischen Bodenreform setzten alles daran, zumindest die Aufteilung der großen Güter zu verhindern, weil sie hofften, so die alten Verhältnisse später leichter wiederherstellen zu können.

Falsche Auffassungen, die sich gegen die Zerschlagung der Junkerwirtschaft und die Aufteilung des Landes und des Inventars an die Bodenbewerber richteten, traten auch in der Arbeiterbewegung auf.

[46] Volks-Zeitung (Halle), 29. August 1945.

Mit scheinwissenschaftlichen Argumenten wurde begründet, daß die Aufteilung des Großgrundbesitzes zu einer Ernährungskatastrophe führen werde. Solche Unklarheiten nutzten die Großgrundbesitzer und ihre Interessenvertreter aus, um die Bodenreform zu sabotieren.

Daß die Großproduktion auch in der Landwirtschaft der zersplitterten Kleinwirtschaft überlegen ist, hat niemand nachdrücklicher bewiesen als die Marxisten-Leninisten. Im Jahre 1945 gab es jedoch keinen anderen Weg zur demokratischen Umgestaltung des Dorfes, als die Masse des Bodens und des Inventars der Großgrundbesitzer aufzuteilen. Die wichtigste Aufgabe der Bodenreform war die Sicherung des Friedens. Das erforderte, daß die Hochburgen des militaristischen Junkertums ein für allemal beseitigt und alle Quellen zur Wiedererrichtung seiner Macht verstopft wurden. Unter den gegebenen Bedingungen war der einzige Weg hierzu die Verteilung des Landes an die Bauern und Landarbeiter. Der Boden gehörte in die Hände jener, die ihn seit jeher mit ihrem Schweiße gedüngt hatten. Das jahrhundertealte Unrecht an der Bauernschaft war nur dadurch wiedergutzumachen, daß die Bauern das ihnen einst von den Junkern und Fürsten geraubte Land zurückerhielten.

Von verschiedenen Seiten wurde die sofortige Organisierung einer landwirtschaftlichen Großproduktion ohne Großgrundbesitzer gefordert. Dafür gab es jedoch 1945 keine Voraussetzungen. Es fehlten die materiell-technischen Bedingungen, es mangelte an fachlich ausgebildeten, demokratischen Wirtschaftsfunktionären, um eine beispielgebende Großproduktion unter Anwendung der modernsten Technik und der Agrarwissenschaft zu organisieren. Hinzu kam, daß die demokratische Entwicklung im Dorfe und ein festes Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern nur gewährleistet werden konnten, wenn der Landhunger der Bauern und Landarbeiter befriedigt und den bäuerlichen Umsiedlerfamilien ihr Wunsch nach einer neuen Existenz erfüllt wurde. Dieser Weg erleichterte es den Bauern, ihren Platz an der Seite der Arbeiterklasse zu finden. Außerdem konnte angesichts der verheerenden Lage in der Landwirtschaft die Ernährung des Volkes nur durch die hohe Arbeitsintensität und die Eigeninitiative der von Großgrundbesitz und Finanzkapital befreiten Bauern gesichert werden.

Am 3. September 1945 wurde vom Präsidium der Provinzialverwaltung Sachsen in Halle die Verordnung über die Bodenreform in der Provinz Sachsen[47] beschlossen. In Übereinstimmung mit den Potsdamer

[47] Dokument Nr. 12.

Beschlüssen setzte sie der Herrschaft der Junker und Großgrundbesitzer im Dorf ein Ende und schuf die Voraussetzungen für die demokratische Umgestaltung und einen neuen wirtschaftlichen Aufstieg.

„Das Ziel der Bodenreform ist:

a) Das Ackerland der bereits bestehenden Bauernhöfe unter 5 ha zu vergrößern;

b) neue, selbständige Bauernwirtschaften für landlose Bauern, Landarbeiter und kleine Pächter zu schaffen;

c) an Umsiedler und Flüchtlinge, die durch die räuberische hitlerische Kriegspolitik ihr Hab und Gut verloren haben, Land zu geben;

d) zur Versorgung der Arbeiter, Angestellten und Handwerker mit Fleisch- und Milchprodukten in der Nähe der Städte Wirtschaften zu schaffen, die der Stadtverwaltung unterstehen, sowie den Arbeitern und Angestellten zum Zwecke des Gemüseanbaus kleine Grundstücke (Parzellen) zur Verfügung zu stellen;

e) die bestehenden Wirtschaften, die wissenschaftlichen Forschungsarbeiten und Experimentalzwecken bei den landwirtschaftlichen Lehranstalten sowie anderen staatlichen Erfordernissen dienen, zu erhalten und neue zu organisieren."[48]

Gemäß der Verordnung wurden enteignet: 1. unabhängig von der Größe der Wirtschaft der Grundbesitz der Kriegsverbrecher und Naziführer mit allen Gebäuden, lebendem und totem Inventar und anderem landwirtschaftlichen Vermögen; 2. der junkerliche Großgrundbesitz über 100 Hektar mit allen Bauten, lebendem und totem Inventar und anderem landwirtschaftlichen Vermögen. Der dem Staat gehörende Großgrundbesitz wurde ebenfalls in den Bodenfonds der Bodenreform einbezogen.

Von der Enteignung waren ausgenommen der Boden der landwirtschaftlichen und wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen, der zur Versorgung der städtischen Bevölkerung dienende, den Stadtverwaltungen gehörende Boden, das Gemeindeland, der Grundbesitz landwirtschaftlicher Genossenschaften und Schulen und der Grundbesitz der Klöster, Bistümer und Kirchen.

Zur Durchführung der Bodenreform waren Kommissionen auf den verschiedenen Ebenen zu bilden. „Die Aufteilung des Bodens ist auf Versammlungen der landarmen und landlosen Bauern des betreffenden Ortes zu beschließen"[49], hieß es in der Verordnung. Der durch die

[48] Verordnung über die Bodenreform in der Provinz Sachsen, o. O. o. J., S. 4/5.

[49] Ebenda, S. 11.

Bodenreform zugeteilte Boden durfte fünf Hektar, bei sehr schlechter Bodenqualität zehn Hektar nicht überschreiten. Die auf Grund der Bodenreform geschaffenen Wirtschaften durften weder ganz noch teilweise verkauft, verpachtet, geteilt oder verpfändet werden. Die Bewerber erhielten den Boden schuldenfrei. Traktoren und landwirtschaftliche Maschinen aus den enteigneten Wirtschaften gingen an die Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe über, die Ausleihstellen landwirtschaftlicher Maschinen einzurichten hatten. Einfaches Arbeitsgerät und Arbeitsvieh wurde zur individuellen Nutzung den bedürftigen Bauernwirtschaften übergeben.

Das Gesetz sah also nicht nur die Gesundung der kleinen Bauernwirtschaften und die Schaffung neuen bäuerlichen Eigentums vor, sondern traf auch erste Vorkehrungen, damit nicht infolge des kapitalistischen Differenzierungsprozesses das klein- und mittelbäuerliche Eigentum erneut unterhöhlt werde und in die Hände der kapitalistischen Elemente des Dorfes übergehe.

Dieses Gesetzeswerk diente als Vorbild für die Bodenreform-Gesetzgebung in den übrigen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone.

Am 8. September 1945 beschloß das Zentralkomitee der KPD den Aufruf „Demokratische Bodenreform", der sich an die werktätige Bevölkerung in Stadt und Land wandte. Er wurde das Aktionsprogramm der demokratischen Bodenreform. Anfangs mußten noch viele Zweifel zerstreut und Unklarheiten überwunden werden, um die demokratische Umwälzung auf dem Lande zur Sache der gesamten werktätigen Bevölkerung zu machen. Von den Junkern und ihren Inspektoren eingeschüchtert, wagte mancher Bauer und Landarbeiter nicht, sich um Boden zu bewerben. Es bedurfte beharrlicher Aufklärung durch die Funktionäre der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften, um bei der Landbevölkerung das Vertrauen in die eigene Kraft zu wecken. Dabei bewährte und festigte sich die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Das Auftreten der führenden Funktionäre – wie Franz Dahlem, Edwin Hoernle, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht von der KPD, Max Fechner, Otto Grotewohl und Helmut Lehmann von der SPD – stärkte den gemeinsamen Kampf von Arbeitern und Bauern.

Die KPD festigte erheblich ihren Einfluß auf dem flachen Lande. Sie gewann zahlreiche Mitglieder. Viele neue Parteiorganisationen entstanden in den Dörfern und Landgemeinden. Auch die Parteiorganisationen der SPD spielten eine bedeutsame Rolle in dieser demokra-

tischen Massenbewegung. Viele ländliche Ortsgruppen beider Arbeiterparteien fanden sich in enger Kampfgemeinschaft zusammen. Während einige sozialdemokratische Funktionäre noch manchen Zweifel an der Zweckmäßigkeit und Richtigkeit des beschrittenen Weges geltend machten, arbeiteten bereits zahllose Sozialdemokraten in den Bodenkommissionen mit.

Seit dem Großen Deutschen Bauernkrieg kannte die Geschichte unseres Volkes auf dem Lande keine solche revolutionäre Bewegung mehr. In den Bodenkommissionen waren 52 292 Arbeiter und Bauern, darunter 19 700 Landarbeiter, 18 556 landarme Bauern und Kleinpächter sowie 6352 Umsiedler tätig. Sie wurden auf allgemeinen Versammlungen der Landarbeiter, landarmen Bauern und Umsiedler gewählt. Diese revolutionär-demokratischen Organe der Arbeiter und Bauern beschlossen auf der Grundlage der neuen Gesetzlichkeit die Aufteilung des Großgrundbesitzes und verwirklichten ihre Beschlüsse selbst.

Die Freude der Landbevölkerung über die eigene Scholle war für die Helfer der demokratischen Bodenreform der schönste Lohn für ihren rastlosen Einsatz. Hans Warnke schrieb in Erinnerung an die Tage der Bodenreform: „Nachdem der Bauer oder die Bäuerin das Landlos gezogen hatte, besichtigte die ganze Familie das neue Eigentum. Hierbei gab es mitunter ergreifende Szenen, Freudentränen flossen, man umarmte und küßte sich. Landarbeiter, die schon Jahrzehnte den Acker bearbeitet hatten, die ihn genau kannten, schritten nun mit ihrer ganzen Familie das Ackerstück von Grenzpfahl zu Grenzpfahl genau ab. Man konnte beobachten, daß sich die ganze Familie mitsamt dem kleinsten Baby mitten auf den Acker setzte. Immer wieder wurde eine Handvoll Boden genommen, um die Güte zu prüfen. Es war wirklich so: Für Zehntausende war ein jahrhundertealter Traum Wirklichkeit geworden. So etwas geht nicht ohne Bewegung des Herzens ab."[50]

Junker, Großgrundbesitzer und Naziaktivisten gaben sich jedoch so leicht nicht geschlagen. Sie hatten zwar die Annahme der Bodenreformgesetze nicht verhindern können, aber sie sabotierten ihre Durchsetzung auf Schritt und Tritt. Sie versuchten der Enteignung durch die Aufteilung der Güter unter ihre Verwandten zu entgehen. Sie verschoben Vieh und Maschinen. Saatgut wurde unbrauchbar gemacht. Ein Teil der Großgrundbesitzer ging so weit, das Vieh zu töten, Maschinen

[50] Hans Warnke: Die Enkel fochten's besser aus ... 10 Jahre Demokratische Bodenreform, Berlin 1955, S. 24.

und Geräte zu zerstören. Mit Drohungen sollten die Bauern, Landarbeiter und Umsiedler eingeschüchtert und so abgehalten werden, sich um Land zu bewerben. Faschistische Banditen überfielen Arbeiterfunktionäre. Gerüchte wurden in die Welt gesetzt, daß in einer „zweiten Bodenreform" auch die größeren Bauern enteignet würden.

Einige Großgrundbesitzer versuchten, auf Dummenfang zu gehen. Sie ließen sich „bescheinigen", was für gute Herren sie immer gewesen seien. Ein Gutsherr auf der Insel Poel, der 1920/1921 sein Gut den Baltikumhorden als Ausbildungsstätte und Schlupfwinkel zur Verfügung gestellt hatte, behauptete jetzt, daß er schon immer „das Beste für seine Tagelöhner" gewollt habe. Alle Mittel der Verleumdung und Nötigung wurden eingesetzt, um unter reaktionärem Einfluß stehende Kräfte im Dorf gegen die demokratische Bodenreform aufzuhetzen. Erst mit der Ausweisung der enteigneten Junker und Großgrundbesitzer wurde dieser Widerstand gebrochen.

Politische Schützenhilfe erhielten die Großgrundbesitzer von den Führern der CDU Andreas Hermes und Walther Schreiber, dem Liberaldemokraten Waldemar Koch und anderen Politikern, die sich früher auf das Programm Carl Goerdelers festgelegt hatten. Wie der reaktionäre Flügel der Verschwörer vom 20. Juli 1944 waren sie gegen Adolf Hitler aufgetreten, um die Macht der Monopole zu retten. Diese Gruppe erkannte durchaus richtig, daß die demokratische Bodenreform dem Streben nach Restauration der monopolkapitalistischen Herrschaft und einer kapitalistischen Staatsmacht einen Riegel vorschob. Deshalb traten sie im zentralen Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien gegen die Bodenreform auf. Als Walther Schreiber versuchte, mit einer Versammlungskampagne in der Provinz Sachsen gegen die Bodenreform Stimmung zu machen, erhielt er eine klare Abfuhr. Schließlich verweigerten die Gegner der demokratischen Bodenreform den Neubauern ihre Unterstützung. Unter dem Druck der empörten Öffentlichkeit wurden sie daraufhin aus der Führung ihrer Parteien entfernt.

Über alle offenen und versteckten Widerstände setzte sich die Bodenreform-Bewegung hinweg. Sie war von den Massen getragen und wurde von der Arbeiterklasse entschlossen geleitet. Das führte zum Erfolg.

Die Entmachtung der militaristischen Junker und Großgrundbesitzer und der aktiven Faschisten und Kriegsverbrecher auf dem Lande trug wesentlich zur Sicherung des Friedens bei. Der reaktionäre Großgrundbesitz wurde restlos zerschlagen. Bis zum Abschluß der Boden-

reform erfolgte die entschädigungslose Enteignung von 7160 Großgrundbesitzern, die 2 517 357 Hektar Land besaßen, und von 4537 aktiven Faschisten und Kriegsverbrechern, die über 131 742 Hektar Land verfügten. Die Wirtschaften der Großgrundbesitzer, die im Jahre 1939 nur 1,1 Prozent aller Betriebe ausgemacht, aber über 28,3 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche verfügt hatten, verschwanden für immer. 119 121 Landarbeiter und 91 155 Umsiedlerfamilien erhielten Boden und Inventar für neue Wirtschaften. 125 714 landarme Bauern und Kleinpächter erweiterten durch Übernahme von Neuland ihre Wirtschaften. 39 838 Altbauern bekamen Wald zugeteilt.

Im Ergebnis der demokratischen Bodenreform erstarkte die werktätige Bauernschaft. Die Zahl der Betriebe mit einer Größe von 0,5 bis 20 Hektar stieg von 509 800 im Jahre 1939 auf 685 700 im Jahre 1946 und erreichte 1951 739 700. Besaßen diese Betriebe 1939 40,8 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, so waren es 1946 63,1 Prozent und 1951 69,6 Prozent. In großem Maße nahmen die Wirtschaften zwischen 5 und 10 Hektar zu. Ihr Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche verdreifachte sich und machte 1951 31,4 Prozent (1939 10,6 Prozent) der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus. Der Mittelbauer wurde zur vorherrschenden Kraft auf dem Lande.

Dem deutschen Imperialismus wurden durch die demokratische Bodenreform in Ostdeutschland seine Stützpunkte auf dem Lande und seine Massenbasis im Dorfe genommen. Mit den Junkern und aktiven Faschisten verloren auch die Monopole und Banken ihren nicht unbeträchtlichen landwirtschaftlichen Grundbesitz. Auf dem Lande entstanden stabile Grundlagen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und eine gesunde Ausgangsbasis für die Weiterentwicklung der Agrarverhältnisse im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts.

Die Bodenreform förderte die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Im Klassenkampf erkannten viele sozialdemokratische Mitglieder und Funktionäre, daß die Ziele der Arbeiterbewegung nicht durch eine „Versöhnung" mit dem Großgrundbesitz, sondern nur durch dessen völlige Zerschlagung und durch ein enges Bündnis mit der Bauernschaft zu erreichen waren. Sozialdemokratische und kommunistische Mitglieder spürten die revolutionäre Kraft der Bauernschaft und den Wert des gemeinsamen Kampfes. Nach und nach trennten sie sich von den reformistischen und sektiererischen Auffassungen in der Agrarfrage, denn diese hielten den Erfahrungen des gemeinsamen Vorwärtsschreitens nicht stand.

Im Kampf um die demokratische Bodenreform wuchsen verantwortungsbewußte bäuerliche Funktionäre heran. Sie schufen mit den Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe die Grundlage für eine starke demokratische Bauernorganisation. Diese Komitees verfügten über bedeutenden Besitz an Boden und landwirtschaftlichem Inventar. Sie pflegten den Gedanken der kameradschaftlichen Hilfe. Der Hilfe bedurften in erster Linie die Neubauern, die aus kärglichen Verhältnissen nur allmählich eine gesunde Wirtschaft aufbauen konnten. Der Hilfe bedurften auch die Altbauern, die zum großen Teil noch stark unter den Kriegsfolgen zu leiden hatten.

Die gegenseitige Bauernhilfe mußte zugleich ein Gegengewicht zu Bestrebungen von Großbauern schaffen, das Dorf zu beherrschen. Nicht selten verfügten die Großbauern über die wenigen verbliebenen landwirtschaftlichen Maschinen, über das Zuchtvieh und das Saatgut. Sie versuchten, diese Monopolstellung auszunutzen, um dem Dorfe ihren Willen aufzuzwingen und die Klein- und Neubauern in wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen. Nach der Entmachtung des Großgrundbesitzes hing die weitere Demokratisierung des Dorfes von den Bauern selbst ab. Dazu bedurften sie einer demokratischen Bauernorganisation. Die Arbeiterklasse half ihnen, eine Organisation zu schaffen, die allen Bauern offenstand, in der aber die werktätige Bauernschaft zur bestimmenden Kraft wurde.

6. Die imperialistische Besatzungspolitik und die Arbeiterbewegung in den westlichen Besatzungszonen

Während in der sowjetischen Besatzungszone die Belebung der Wirtschaft und die Demokratisierung der Gesellschaft rasche Fortschritte erzielten, war der Kampf der Antifaschisten in Westdeutschland um vieles schwieriger. Die oberste Staatsgewalt lag in den Händen der imperialistischen Besatzungsmächte. Obwohl aufrechte Hitlergegner in den westlichen Militärbehörden die deutschen Antifaschisten unterstützten und sich für eine echte Demokratisierung der deutschen Verhältnisse einsetzten, vermochte dies an der Grundlinie der imperialistischen Besatzungspolitik wenig zu ändern. Deren Hauptziel war es, den deutschen Konkurrenten auszuschalten, aber sein Potential der imperialistischen Welt zu erhalten. Deshalb wurde nichts unversucht

gelassen, um in den Westzonen die antifaschistisch-demokratische Umwälzung zu verhindern.

Die Hauptmethode des Kampfes gegen die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes bestand während der ersten Phase der Besatzungspolitik in der Errichtung einer politischen Quarantäne. Politische Organisationen und politische Betätigung wurden nicht zugelassen. Dem Scheine nach war das eine überparteiliche Maßnahme. In der Tat lähmte sie die demokratische Bewegung, während sie der Reaktion die gewünschte Atempause zur Umgruppierung ihrer Kräfte gab. Versammlungen blieben verboten. Erst am 27. August 1945 erließ die amerikanische Militärverwaltung eine Anordnung, derzufolge politische Parteien zugelassen werden konnten, aber nur auf Kreisebene. Die Zulassung selbst war von den Kreiskommandanturen abhängig und erfolgte in der Regel bedeutend später. Ortsausschüsse der Gewerkschaften wurden in Bayern durch die örtliche Militärregierung im günstigen Falle nach mehreren Monaten genehmigt. Noch im Dezember 1946 gab es Ortsausschüsse, die ein Jahr nach ihrem Antrag ohne Genehmigung arbeiteten. Die britische Militärverwaltung ließ die Bildung politischer Parteien erst am 15. September 1945 zu. Noch später erteilte die französische Militärverwaltung ihre Erlaubnis. Lange Zeit durften Parteien und Gewerkschaften keine Zeitungen herausgeben. Erst im Laufe des Jahres 1946 wurde es offiziell möglich, daß sich demokratische Organisationen im Rahmen einer Besatzungszone zusammenschlossen, während das in Ostdeutschland bereits seit dem 10. Juni 1945 gestattet war.

Ungeachtet der Verbote der imperialistischen Besatzungsmächte, organisierten sich in den Westzonen die Kommunisten. Bewährte kommunistische Funktionäre bildeten im Ruhrgebiet provisorische Leitungen. In München nahmen Kommunisten unmittelbar nach dem Einmarsch der amerikanischen Streitkräfte ihre politische Tätigkeit auf. In Württemberg-Baden begannen Kommunisten, ohne auf die Zulassung durch die Militärbehörden zu warten, unverzüglich nach Kriegsende das öffentliche Leben wieder in Gang zu bringen und Not und Elend der Bevölkerung zu mildern.

Das Wirken der Kommunisten in den Westzonen wurde von Anbeginn durch Maßnahmen der Besatzungsbehörden stark behindert. Diese besaßen das Kontrollrecht über den Mitgliederstand und die Finanzen der Parteien. Sie hatten sich das Recht auf Teilnahme an den Mitgliederversammlungen vorbehalten und bestanden auf einer Aus-

kunftspflicht. Nicht selten fanden Hausdurchsuchungen bei Kommunisten und willkürliche Verhaftungen kommunistischer Funktionäre statt.

Im November 1945 schrieb ein kommunistischer Funktionär aus Lüneburg: „Hier ist ja alles so anders als bei Euch, hier sitzen die Nazis noch fast 100 Prozent in ihren Amtsstellen ... Wir arbeiten und werben für die Partei, aber noch ist alles schwer, wir werden zuviel gehemmt, sind noch nicht einmal anerkannt ..."[51] Dagegen durften sich in den Westzonen die Verantwortlichen für die nationale Katastrophe ungestört wieder sammeln.

Während die Gewerkschaften auf Schritt und Tritt behindert wurden, schossen die Unternehmerorganisationen wieder üppig ins Kraut. Anfang 1946 bestanden in Bayern bereits 29 Unternehmerorganisationen. Mit diesen Unternehmerverbänden schuf sich das Monopolkapital frühzeitig Interessenvertretungen, die einer Demokratisierung entgegenarbeiteten. Von Anfang an wirkten Unternehmerorganisationen und die in den Besatzungsarmeen an führender Stelle tätigen Vertreter des anglo-amerikanischen Monopolkapitals eng zusammen.

Arthur D. Kahn, der als Mitarbeiter der amerikanischen Militärregierung die Besatzungspolitik aus eigener Anschauung kennt, schrieb hierzu: „Die großen Korporationen und Bankhäuser in Amerika ... waren an ihren Investierungen und ihrem Besitz in Deutschland besonders interessiert – zum Beispiel die Trusts General Motors, General Electric, Ford, die Standard Oil of New Jersey, die International Telephone & Telegraph Company usw. Sie würden alles tun, um ihren Besitz zurückzuerhalten, sicherzustellen und zu vergrößern. Außerdem hatten große amerikanische Unternehmungen Finanz- und Handelskontrakte sowie Patentverträge mit deutschen Kartellen abgeschlossen, die jetzt, nachdem der Krieg beendet war, wieder wirksam wurden. Daher stellten sich viele amerikanische und britische Unternehmer offen gegen die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, welche die Fragen der Reparationen, die Zerstörung der Rüstungsindustrie sowie die Begrenzung der Produktion Deutschlands betrafen ... Viele der Offiziere unserer Militärregierung, die selbst Unternehmer waren, erstarrten vor Ehrfurcht vor den Magnaten der internationalen Kartelle."[52] Als Vertreter des Monopolkapitalismus waren die hohen Offi-

[51] Zit. nach: Günter Benser: Vereint sind wir unbesiegbar. Wie die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands entstand, Berlin 1961, S. 63.

[52] Arthur D. Kahn: Offiziere, Kardinäle und Konzerne. Ein Amerikaner über Deutschland, Berlin o. J., S. 135/136.

ziere der imperialistischen Besatzungsorgane in der Mehrzahl ausgesprochene Arbeiterfeinde, unversöhnliche Gegner der Gewerkschaften und natürlich verbohrte Antikommunisten.

Gemeinsam mit jenen Vertretern aus der Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), die vor dem Hitlerfaschismus kapituliert hatten, waren von amerikanischen Agenten schon während des Krieges Pläne gegen künftige antifaschistisch-demokratische Einheitsgewerkschaften geschmiedet worden. Im Jahre 1944 zirkulierte in den Dienststellen des amerikanischen Geheimdienstes ein Brief Fritz Tarnows, in dem es hieß: „Beim Wiederaufbau deutscher Gewerkschaften stehen wir vor dringenden Aufgaben. Es ist gewiß, daß eine der Hauptforderungen der deutschen Arbeiter die Forderung nach Einheit sein wird, und sie werden versuchen, starke nichtpolitische Verbände von Industriegewerkschaften zu schaffen, oder vielleicht sogar Gewerkschaften verlangen, die alle Arbeiter umschließen (Einheitsgewerkschaften).

Wir müssen dies um jeden Preis zu verhindern trachten, da es den Kommunisten die Möglichkeit geben würde, die Gewerkschaften zu beherrschen. Daher müssen wir jetzt mit den britischen und den amerikanischen Stellen die geeigneten Vorkehrungen treffen, damit wir so schnell wie möglich (nach Deutschland, d. V.) zurückkehren können, um die Entwicklung antikommunistischer Gewerkschaften zu leiten. Wir dürften auf die Mitarbeit der (westlichen, d. V.) Militärbehörden rechnen können, da es ebenso in ihrem wie in unserem Interesse liegt."[53]

Von sozialdemokratischen Emigranten in Schweden war ein Plan ausgearbeitet worden, der vorsah, keine neuen Gewerkschaften zu gründen, sondern lediglich die nazistische Deutsche Arbeitsfront zu reorganisieren. Derartige Pläne waren jedoch auf so heftigen Widerstand unter den antifaschistischen Gewerkschaftern gestoßen, daß sie wieder zurückgezogen werden mußten. Solche Vorstöße hatten schon angekündigt, daß die Gründung neuer freier Gewerkschaften nur im Kampf gegen opportunistische Einflüsse und gegen die Einmischungsversuche der imperialistischen Besatzungsmächte erfolgen konnte.

Im Sommer 1945 trafen in Westdeutschland Funktionäre der American Federation of Labor (AFL) ein – vom Monopolkapital korrumpierte amerikanische Gewerkschaftsvertreter –, deren Aufgabe es war, das Entstehen einheitlicher, fortschrittlicher Arbeiterorganisationen zu

[53] Zit. nach: George S. Wheeler: Die amerikanische Politik in Deutschland (1945 bis 1950), Berlin 1958, S. 39/40.

verhindern. Der frühere Sekretär der AFL in Chikago, Joe Keenan, wurde Berater der höchsten amerikanischen Besatzungsbehörden. Auf seine Veranlassung wurden Arbeiterversammlungen zur Gründung von Gewerkschaften verboten.

Willfährige Antikommunisten wurden von der amerikanischen Besatzungsmacht mit Lebensmittelzuwendungen, sogenannten Care-Paketen, belohnt, Zögernde bestochen. Setzten sich Arbeiterfunktionäre über die Gängeleien der Besatzungsmächte hinweg, liefen sie Gefahr, daß ihre Organisationen verboten wurden. In München hatte sich bereits im Mai 1945 ein Gewerkschaftsausschuß gebildet. Sein Zulassungsantrag wurde jedoch von der US-Militärregierung abgelehnt. Nicht anders erging es den Hamburger Arbeitern, deren einheitliche Gewerkschaftsorganisation die britische Militärregierung nicht zuließ.

Vom 1. bis 3. Juli 1945 räumten die amerikanischen und britischen Truppen gemäß der Vereinbarung, die die Alliierten über die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen getroffen hatten, die vorübergehend von ihnen besetzten westlichen Gebiete Mecklenburgs, der Provinz Sachsen, Sachsens und Thüringens.

In den Gebieten, die nur kurzfristig von den westlichen Alliierten besetzt waren, zeigte sich das Wesen der imperialistischen Besatzungspolitik am deutlichsten. Die amerikanischen Kommandanturen versuchten die Arbeit der Antifaschisten strikt zu unterbinden. Wiederholt wurden Kommunisten, die trotzdem das Recht auf antifaschistische Betätigung beanspruchten, inhaftiert. Den Konzernherren leisteten die militärischen Machthaber Hilfe.

Als die imperialistischen Truppen die westlichen Gebiete der sowjetischen Besatzungszone räumen mußten, begann ein wahrer Raubzug. Aus dem Eisleben-Mansfelder Revier verschwanden mit den Amerikanern auch alle Kupfervorräte und die beträchtlichen Bestände an Silber, Gold und Platin. Quecksilber im Werte von annähernd 18 Millionen RM wurde mitgenommen. In den letzten Junitagen 1945 rollten über den Grenzbahnhof Bebra rund 2000 Waggons mit Beutegut – Benzin, Kohle, Holz, Zucker und anderen Lebensmitteln.

Noch mehr waren die US-Monopole an den Ergebnissen von Wissenschaft und Forschung interessiert. Dutzende Lastwagen wurden mit Konstruktionsunterlagen der Jenaer Zeiß-Werke und mit den Rezepturen der Chemiebetriebe Buna, Leuna, Agfa-Wolfen oder der Farbenfabrik Wolfen beladen. In Leipzig nahmen die Amerikaner bei ihrem Abzug zwölf Wissenschaftler des Physikalischen Instituts der Univer-

sität, den Arbeitsstab des Kernphysikers Werner Heisenberg, mit. Von den Firmen Schott und Zeiß aus Jena, aus Buna und aus Leuna gingen technische Leiter, Ingenieure und Chemiker mit den Amerikanern nach den Westzonen. Aus den Betrieben Krupp-Gruson in Magdeburg und Wolf-Buckau verschwanden Facharbeiter, ebenso die von ihnen bedienten Spezialmaschinen.

Das Ausmaß dieser Schädigung der sowjetischen Besatzungszone läßt sich heute nicht mehr ermessen. Es ging den amerikanischen Militärbehörden nicht nur darum, geistige und materielle Werte für die amerikanischen und deutschen Monopole zu stehlen, es sollten auch Minen gegen den Aufbau in der sowjetischen Besatzungszone gelegt werden.

Nach dem Einzug der sowjetischen Truppen entwickelte sich auch in diesen Gebieten das demokratische Leben. Am 8. Juli 1945 fand in Halle die erste gemeinsame Kundgebung der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien statt. Nach wenigen Wochen waren keine Unterschiede zu den übrigen Teilen der sowjetischen Besatzungszone mehr spürbar.

Am 11. Juli 1945 nahm die Alliierte Militärkommandantur in Berlin ihre Tätigkeit auf. Die einzige Grundlage für die Beteiligung der Westmächte an der Besetzung und Verwaltung Berlins war die Tatsache, daß die deutsche Hauptstadt Sitz des Alliierten Kontrollrates, der die Durchführung des Potsdamer Abkommens in ganz Deutschland zu gewährleisten hatte, geworden war. Dessenungeachtet blieb Berlin auch weiterhin Bestandteil der sowjetischen Besatzungszone. In allen grundsätzlichen Dokumenten der Alliierten war nach wie vor von drei, nach der Beteiligung Frankreichs von vier Besatzungszonen die Rede.

Auf ihrer ersten Sitzung am 11. Juli 1945 erklärte die Alliierte Kommandantur von Berlin ausdrücklich, daß sämtliche Befehle und Anordnungen der sowjetischen Militärbehörden und der unter ihrer Kontrolle tätigen deutschen Verwaltungen für Berlin in Kraft blieben. „Indem wir dieses Dokument unterzeichneten", stellte der langjährige Kommandant der amerikanischen Besatzungstruppen in Berlin, Frank Howley, fest, „fanden wir uns mit der russischen Kontrolle über Berlin ab."[54]

Die Anlagen der Deutschen Reichsbahn und das Wasserstraßennetz blieben unter alleiniger sowjetischer Zuständigkeit. Es gab keinerlei Vereinbarungen, die den Westmächten irgendwelche Sondervollmach-

[54] Frank Howley: Berlin Command, New York 1950, S. 61.

ten einräumten. Diese praktischen Regelungen unterstrichen, daß die Zugehörigkeit ganz Berlins zur sowjetischen Besatzungszone von der zeitweiligen Stationierung amerikanischer, britischer und französischer Truppenkontingente in den westlichen Verwaltungsbezirken der Hauptstadt nicht berührt wurde.

Als die Truppen der Westmächte – von den sowjetischen Streitkräften auf Einhaltung der vereinbarten Stärke kontrolliert – in den Berliner Westsektoren einrückten, gab es in ganz Berlin eine erfolgreich arbeitende einheitliche antifaschistische Stadtverwaltung. Diese hatte auf den verschiedensten Gebieten demokratische Maßnahmen eingeleitet, die vollkommen mit den Abkommen zwischen den Alliierten in Einklang standen und in den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz erneut ihre Bestätigung fanden.

Obwohl die westlichen Besatzungsmächte am 11. Juli 1945 die bereits getroffenen Befehle der sowjetischen Kommandantur und die Weisungen der Organe der demokratischen Selbstverwaltung als rechtskräftig anerkannt hatten, begannen sie unverzüglich, die einheitliche Stadtverwaltung zu untergraben und Ansatzpunkte für die Spaltung der Hauptstadt zu schaffen. Sie erließen den Weisungen des Berliner Magistrats widersprechende Befehle und untersagten jede Einflußnahme deutscher Verwaltungen auf die Produktion und die Lenkung der Betriebe. Sie entfernten in ihren Sektoren bewährte Antifaschisten wegen angeblicher Untauglichkeit oder Mißachtung der Befehle der Besatzungsmacht aus ihren Ämtern und ersetzten sie durch reaktionäre Beamte.

Im August 1945 wurde im amerikanischen Sektor die Tätigkeit der Straßen- und Hausobleute verboten. Die britische und die französische Besatzungsmacht schlossen sich diesem Vorgehen an. Mit dieser Maßnahme wurde der erste gezielte Schlag gegen die neuen deutschen Selbstverwaltungsorgane geführt. Die Stadtverwaltung, die mit Hilfe dieser Obleute die Aufräumungsarbeiten in Gang gebracht, Lebensmittelkarten verteilt und die Verbindung zwischen der Bevölkerung und den demokratischen Selbstverwaltungsorganen hergestellt hatte, sollte von den Massen isoliert werden.

Wirksame Hilfe ließen die westlichen Besatzungsmächte dem deutschen Monopolkapital zuteil werden. Sie verzögerten alle Maßnahmen, die darauf abzielten, das Eigentum aktiver Faschisten und der mit ihnen verbundenen Konzernherren in die Hände der Stadtverwaltung zu legen. Entsprechende Verordnungen des Berliner Magistrats wur-

den nicht genehmigt oder, soweit schon erlassen, wieder aufgehoben. Antifaschisten, die als Treuhänder in Konzernbetrieben eingesetzt worden waren, wurden abberufen. In den Westsektoren wurden die Unternehmerverbände wieder zugelassen. Neue Bankleitungen durften sich bilden, die insgeheim die Tätigkeit der geschlossenen Großbanken fortsetzten. Das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaftsleitungen wurde beschnitten, so daß sich die Konzernherren der Kontrolle durch die Werktätigen entziehen konnten.

Auf diese Weise beseitigten die westlichen Besatzungsmächte in den Berliner Westsektoren Schritt um Schritt die bereits geschaffenen Grundlagen einer antifaschistisch-demokratischen Entwicklung. Ein Bereich nach dem anderen wurde aus der einheitlichen Berliner Verwaltung herausgerissen und durch Sektorenbehörden ersetzt, in denen nicht mehr bewährte Antifaschisten, sondern Vertrauensleute der Konzernherren den Ton angaben.

Trotz zahlloser Störmaßnahmen war es den imperialistischen Mächten 1945 und in der ersten Hälfte des Jahres 1946 jedoch noch nicht möglich, sich ohne weiteres den Verpflichtungen des Potsdamer Abkommens zu entziehen. Sie waren gezwungen, den Grundsatz der Zusammenarbeit der vier Mächte bei der Ausübung der obersten Regierungsgewalt in Deutschland und bei der Verwaltung Berlins im wesentlichen einzuhalten.

In dieser Zeit verabschiedete der Alliierte Kontrollrat eine Reihe von Gesetzen, Befehlen und Direktiven, die der Entnazifizierung, der Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands dienten. Sie betrafen die Aufhebung der Nazigesetze und die Grundsätze für die Umgestaltung der Rechtspflege, die Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht hatten, die Rechte der Betriebsräte und andere Fragen. Mit dem Ziel, den deutschen Militarismus auszurotten, verfügte der Alliierte Kontrollrat die Auflösung der deutschen Streitkräfte, das Verbot militärischer Ausbildung, die Beseitigung der deutschen Rüstungsindustrie, die Beschlagnahme und Ablieferung von Waffen, Munition und Kriegsgerät, das Verbot der Herstellung, der Ein- und Ausfuhr, der Beförderung und Lagerung von Kriegsmaterial. Am 30. November 1945 beschloß er das Gesetz Nr. 9 über die Beschlagnahme und Kontrolle des Vermögens der IG-Farbenindustrie.

Die imperialistischen Besatzungsmächte mißachteten jedoch die An-

ordnungen des Alliierten Kontrollrates. Vor allem versuchten sie die Erfüllung der Beschlüsse zur Entmilitarisierung zu umgehen. Sie ließen mit fadenscheinigen Begründungen Verbände der Hitlerwehrmacht als geschlossene, militärisch gegliederte und von deutschen Offizieren befehligte „Dienstgruppen" bestehen. Ein größerer Kreis von Hitlergeneralen und hohen Offizieren beschäftigte sich im Auftrage des amerikanischen Oberkommandos damit, die Erfahrungen des Krieges gegen die Sowjetunion auszuwerten.

Am 20. November 1945 begann in Nürnberg vor dem Internationalen Militärgerichtshof der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher. Der Prozeß führte der Menschheit die blutigen Verbrechen der Hitlerfaschisten, den millionenfachen Mord an Männern, Frauen und Kindern, die systematische Vorbereitung der Aggression und die verbrecherische Kriegführung der Faschisten vor Augen. Er enthüllte ihre unmenschlichen Pläne zur Ausrottung ganzer Völker in vollem Maße. Jeden anständigen Deutschen ergriff tiefste Scham, als er vernahm, welche Grausamkeiten, welche bestialischen und doch pedantisch organisierten Verbrechen im Namen des deutschen Volkes begangen worden waren.

Viele Mitläufer der Nazipartei, die dem Gerede vom nationalen Sozialismus, vom Lebensraum, von Blut und Boden, von der Herrenrasse, von der Volksgemeinschaft Glauben geschenkt hatten, die das wahre Gesicht des Faschismus nicht hatten wahrhaben wollen, sahen sich den erschütternden Tatsachen gegenübergestellt: den Gaskammern von Auschwitz und Maidanek, den Verbrechen von Lidice und Oradour sur Glane, dem Blutbad der SS im Warschauer Ghetto, der „Endlösung" der Judenfrage, den Folterkammern von Buchenwald und Sachsenhausen. Der ganze Mechanismus der faschistischen Aggression wurde aufgedeckt. Mit einer erdrückenden Fülle von Beweisen wurden die Angeklagten und mit ihnen der deutsche Imperialismus als System der Verbrechen gegen den Frieden, der Kriegsverbrechen und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit überführt.

Am 1. Oktober 1946 wurden die Angeklagten Martin Bormann (in Abwesenheit), Hans Frank, Wilhelm Frick, Hermann Göring, Alfred Jodl, Ernst Kaltenbrunner, Wilhelm Keitel, Joachim von Ribbentrop, Alfred Rosenberg, Fritz Sauckel, Artur Seyß-Inquart und Julius Streicher zum Tode durch den Strang verurteilt. Walther Funk, Rudolf Heß und Erich Raeder erhielten lebenslänglich, Baldur von Schirach und Albert Speer 20 Jahre, Konstantin von Neurath 15 Jahre und Karl

Dönitz 10 Jahre Gefängnis. Gegen den Protest der sowjetischen Delegation wurden die Kriegsverbrecher Franz von Papen und Hjalmar Schacht und der Nazipropagandist Hans Fritzsche freigesprochen.

Das Urteil des Internationalen Militärgerichtshofes erklärte die Entfesselung eines Aggressionskrieges zum schwersten internationalen Verbrechen. Mit dieser Schlußfolgerung leitete es eine neue Etappe in der Entwicklung des internationalen Rechts ein.

Die gemeinsame Verurteilung der Hauptkriegsverbrecher und des Aggressionskrieges auf der einen Seite, das undemokratische Verhalten gegenüber den Antifaschisten und die Begünstigung der deutschen Konzernherren auf der anderen Seite – diese Gegensätze kennzeichneten die damalige Politik der imperialistischen Besatzungsmächte. Noch immer stand die imperialistische Reaktion unter dem Druck ihrer Völker. Darin lag die Chance für die deutsche Arbeiterklasse und ihre Verbündeten, trotz der imperialistischen Besetzung großer Teile Deutschlands ihre Kräfte in ganz Deutschland zu sammeln und über alle Besatzungszonen hinweg eine einheitliche Bewegung für die Errichtung der antifaschistisch-demokratischen deutschen Republik zu entfalten.

Die Sowjetunion unterstützte diese Bestrebungen. Ihre Vertreter forderten im Alliierten Kontrollrat für die demokratischen Parteien und die Gewerkschaften das Recht, in ganz Deutschland zu wirken. Sie sollten zentrale Leitungen bilden und gesamtdeutsche Parteitage und Kongresse abhalten dürfen. Die Sowjetunion ging davon aus, daß anders das Entstehen einer demokratischen deutschen Regierung nicht denkbar war.

Geleitet von den Ideen des Aufrufs ihres Zentralkomitees vom 11. Juni 1945, nahmen auch in den Westzonen die Kommunisten den Kampf für die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung Deutschlands auf. Am 15. September 1945 tagte die erste Funktionärkonferenz der KPD des Bezirkes Ruhrgebiet-Westfalen. Ihr erster Gruß galt dem Zentralkomitee der Partei. „Die Reihen der Ruhrpartei sind neu formiert", hieß es in ihrer Grußbotschaft. „Im Kern der Partei marschieren jene heldenhaften Kämpfer, die unter der Führung des Zentralkomitees im Westen des Reiches illegal einen opferreichen Kampf gegen die faschistischen Kriegstreiber führten, jene Genossen, die unvergänglichen Ruhm erwarben in den Widerstandsbewegungen in Frankreich, Belgien und Holland, jene Genossen, die als tapfere Kämpfer in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern ihren Kampf gegen

die braune Pest fortsetzten. In diesem Sinne, Genossen des ZK, werden wir die gestellten Aufgaben auf der Grundlage der neuaufgebauten Partei Ruhrgebiet-Westfalen unter eurer zielklaren Führung, im engen Zusammenhang mit der Gesamtpartei durchführen."[55]

Wie im Ruhrgebiet, so führten in den anderen Gebieten der Westzonen die Kommunisten ihren Kampf als Teil der Kommunistischen Partei Deutschlands. Überall traten sie für die im Aufruf vom 11. Juni 1945 gestellten Ziele ein, für die Einheit aller Antifaschisten, vor allem für die Aktionseinheit mit den sozialdemokratischen Genossen.

Am 24. Juli 1945 beschlossen Vertreter der KPD und der SPD in Hamburg ein gemeinsames Aktionsprogramm. Am 6. August 1945 forderte das Sekretariat der Bezirksleitung Ruhrgebiet der KPD den Bezirksausschuß Westfalen der SPD zur Zusammenarbeit auf. In München vereinbarten Vertreter der KPD und der SPD am 8. August ein Aktionsprogramm, in dem die Formulierungen der Berliner Vereinbarung zwischen dem Zentralkomitee der KPD und dem Zentralausschuß der SPD zum Teil wörtlich wiederkehrten. In Frankfurt (Main) entstand am 3. September 1945 ein Arbeitsausschuß von KPD und SPD, der zur Aktionseinheit aufforderte. Am 1. Oktober rief der Einheitsausschuß von KPD und SPD in Wiesbaden alle Antifaschisten auf, ihre Kräfte zusammenzuschließen.

Die Aktionseinheit begann sich in den Westzonen zu entwickeln. Im Osten wie im Westen, im Süden wie im Norden der heutigen Bundesrepublik nahmen Kommunisten und Sozialdemokraten Verbindung auf und schlossen in den meisten Fällen Aktionsabkommen. KPD und SPD arbeiteten zum Beispiel in folgenden Städten zusammen: In Bayern: Amberg, Dachau, Fürth, Landshut, Nürnberg, München; in Württemberg-Baden: Freiburg (Breisgau), Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Lörrach, Ludwigsburg, Mannheim, Offenburg, Rastatt, Singen, Stuttgart, Villingen; in Hessen: Darmstadt, Frankfurt (Main), Hanau, Wiesbaden; in Nordrhein-Westfalen: Bielefeld, Bochum, Dorsten, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hamm, Köln, Lünen, Moers, München-Gladbach, Münster, Oberhausen, Recklinghausen, Remscheid, Wanne-Eickel, Wuppertal; in Niedersachsen: Braunschweig, Hannover, Oldenburg; in Schleswig-Holstein: Kiel, Lübeck sowie in Bremen und Hamburg.

Diese Tatsachen zeugen davon, wie stark der Drang war, die Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden und eine einheitliche sozialis-

[55] Dokumente und Materialien . . ., Reihe III, Bd. 1, S. 165/166.

stische Partei zu schaffen. In dem gemeinsamen Kampf der Kommunisten und der Sozialdemokraten ging es meist um die unmittelbaren Lebensfragen der Bevölkerung, um die Sicherung der Ernährung, den Schutz vor Obdachlosigkeit, um die Entnazifizierung, den Aufbau der Gewerkschaften und Verwaltungen.[56]

Auch die Gewerkschaftsbewegung strebte nach Einheit ihrer Reihen. Einheitsgewerkschaften entstanden frühzeitig im Ruhrgebiet, in Bremen, Hamburg, München und Stuttgart. Am 8. Dezember 1945 kamen Vertreter des Vorstandes der SPD, Bezirk Westliches Westfalen, und der Bezirksleitung Ruhrgebiet-Westfalen der KPD überein, „daß beide Parteien gemeinsam mit dem Verband der Bergarbeiter zur Gestaltung der Produktion im Bergbau sowie zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bergarbeiter vorgehen"[57] werden.

Weder die Besatzungsmächte noch die westdeutsche Reaktion vermochten zu verhindern, daß auch in den Westzonen die Gewerkschaften als einheitliche Organisationen entstanden und ihre frühere Aufsplitterung in die verschiedensten Richtungen und Gruppen überwunden wurde. Der Anstoß, Einheitsgewerkschaften nach dem Industrieprinzip zu gründen, ging von jenen Kräften aus, die während des Faschismus zusammengearbeitet und oft gemeinsam in Gefängnissen und Konzentrationslagern gelitten hatten. In Gelsenkirchen bildete sich ein Gewerkschaftszentrum für den Bergbau des Ruhrgebietes. Neben den Kommunisten Willi Agatz, Walter Jarrek und Hans Schiwon gehörten diesem Ausschuß unter anderen der Sozialdemokrat August Schmidt, früher Zweiter Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes, und christliche Gewerkschafter an. Die Kommunisten hatten allerorts an der Gründung von Gewerkschaftsausschüssen der verschiedensten Industriezweige führenden Anteil.

Gewerkschaften und Betriebsräte setzten in den Fabriken und Schächten Westdeutschlands die Produktion wieder in Gang, ohne auf die Konzernherren zu warten. Solange sich der bürokratische Apparat der Monopole noch nicht wieder gefestigt hatte, waren die Betriebsräte echte Machtpositionen der Arbeiterklasse in den Betrieben. Ohne oder gegen sie konnte auf betrieblicher Ebene nichts unternommen werden. Die ersten Betriebsrätewahlen in den Westzonen gestalteten sich zu einem Vertrauensvotum für die aufrechten Antifaschisten und waren ein Bekenntnis zur Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Häufig stellten

[56] Dokument Nr. 8.

[57] Deutsche Volkszeitung (Berlin), 28. Dezember 1945.

Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsame Listen auf. Überwiegend wurden in die Betriebsräte Funktionäre gewählt, die sich für die Einheit der Arbeiterklasse einsetzten.

Die Kommunisten besaßen in vielen Industriezentren die Sympathien der Mehrheit der Produktionsarbeiter. Bei den Betriebsrätewahlen im Ruhrbergbau entfielen nach dem Stand vom 20. November 1945 von den bis dahin in 80 Betrieben abgegebenen gültigen Stimmen etwa 44 Prozent auf die KPD, 28 Prozent auf die SPD, 16 Prozent auf ehemalige Mitglieder der christlichen Gewerkschaften.

Es fehlte jedoch das einheitliche Vorgehen aller Betriebsräte. Es fehlte die feste Verankerung der Gewerkschaften in den Betrieben. Es fehlte der bestimmende Einfluß der Arbeiterklasse in den Verwaltungsorganen, die zum Hauptinstrument der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung hätten entwickelt werden müssen. Wenn die Werktätigen die Früchte ihrer Aufbauarbeit ernten wollten, mußten sie ihre führende Rolle auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens sichern.

In den Westzonen kam die Herausbildung echter demokratischer Selbstverwaltungsorgane über Anfänge nicht hinaus. Es gelang zwar auch hier, in enger Aktionsgemeinschaft Ansatzpunkte für eine Demokratisierung des staatlichen Lebens zu schaffen. Kommunisten und Sozialdemokraten arbeiteten zusammen in den ersten Regierungen in Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Württemberg-Baden, im Bremer und Hamburger Senat und in vielen Stadt- und Gemeindeverwaltungen. Der Kommunist Heinz Renner wurde Oberbürgermeister von Essen, er war später Sozial- und Verkehrsminister von Nordrhein-Westfalen. Minister oder Staatssekretäre aus den Reihen der KPD waren weiterhin Karl Abel in Niedersachsen, Friedrich Dettmann in Hamburg, Erwin Eckert in Württemberg-Baden, Willi Feller in Rheinland-Pfalz, Ludwig Ficker in Bayern, Valentin Heckert in Hessen, Rudolf Kohl in Württemberg-Baden, Oskar Müller in Hessen, Hugo Paul in Nordrhein-Westfalen und Käthe Popall in Bremen.

Angesichts des Dranges der Werktätigen, das gesellschaftliche Leben zu demokratisieren, war es nicht möglich, die Kommunisten gänzlich aus den Verwaltungen auszuschalten. Die Taktik der reaktionären Kräfte bestand deshalb darin, den Kommunisten die weniger einflußreichen Tätigkeitsbereiche und die undankbarsten Aufgaben zu übergeben. Überall, wo Kommunisten in den Verwaltungen tätig waren, leisteten sie eine verantwortungsvolle Arbeit. Auf Anregung des Kommunisten Rudolf Kohl entstand in Württemberg-Baden in enger Ver-

bindung mit den Gewerkschaften und Betriebsbelegschaften ein neues Betriebsrätegesetz. In ihm waren alle wesentlichen Forderungen der Gewerkschaften berücksichtigt.

Da jedoch von Anfang an einer Aktionseinheit der Arbeiterparteien hartnäckiger Widerstand entgegengesetzt wurde, gelang es in den Westzonen nicht, eine Arbeitermehrheit herzustellen. Die Werktätigen erhielten nicht den bestimmenden Einfluß im Verwaltungsapparat. Deshalb entwickelte er sich nicht zu einem Machtorgan des Volkes. Die Fälle, in denen Vertreter der Arbeiterklasse in verantwortliche Funktionen gelangten, bildeten die Ausnahme. Nicht selten blieben die alten Behörden aus der Nazizeit in ihrem Personalbestand ganz oder weitgehend unangetastet.

Verschiedentlich kam es auf lokaler Ebene zur Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien mit bürgerlichen Demokraten, zum Beispiel in Braunschweig, Dachau, Frankfurt (Main), Stuttgart, Wanne-Eickel und in verschiedenen Orten Südbadens. Die Versuche der Kommunisten, eine Volksfront zu schaffen, stießen aber auf viele Widerstände, die nur durch die geeinte Kraft der Arbeiterklasse hätten überwunden werden können. Deshalb war und blieb der Kampf um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse die zentrale Aufgabe in den Westzonen.

Wie in der sowjetischen Besatzungszone forderten in den Westzonen die Werktätigen die Enteignung der Konzernherren und Kriegsverbrecher. Eine Betriebsrätekonferenz in Bochum, an der Vertreter aller Schachtanlagen des Ruhrgebietes teilnahmen, erklärte am 14. November 1945: „Die Bergarbeiter wissen, daß diese deutschen Grubenbarone mit der Ruhrkohle zwei Kriege vorbereitet und geführt haben. Die deutschen Kohlenbarone sind Kriegsverbrecher. Um einen neuen Krieg zu verhindern, verlangen die Bergarbeiter die Überführung der Schachtanlagen in die Hände der Provinzialregierung . . ."[58]

Eine Entmachtung der Konzernherren war jedoch nur möglich, wenn die Kraft der Arbeiter in den Betrieben mit ihrer führenden Rolle in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, insbesondere in den staatlichen Organen, verbunden wurde. Dieser umfassende Einfluß fehlte jedoch den Arbeitern der Westzonen wegen der Politik der Besatzungsmächte und der Ablehnung der Aktionseinheit durch bürgerlich orientierte Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften.

Die Masse der sozialdemokratischen Mitglieder betrachtete es als selbstverständlich, daß ihre Partei einheitlich organisiert wird und ihre

[58] Dokumente und Materialien . . ., Reihe III, Bd. 1, S. 267.

Führung in der deutschen Hauptstadt Berlin hat. Wo immer der Aufruf des Zentralausschusses der SPD vom 15. Juni 1945 in den Westzonen bekannt wurde, fand er die Zustimmung der Sozialdemokraten. Die vielfältige Zusammenarbeit mit den Kommunisten bezeugte, daß der Wille vorherrschend war, die Spaltung der Arbeiterklasse für immer zu beenden.

Rechte sozialdemokratische Funktionäre setzten sich jedoch über den Willen der Mitglieder hinweg. Ihr Führer wurde Kurt Schumacher. Er gehörte seit 1918 der SPD an. In der Weimarer Zeit hatte er zu jenen „Neuerern" in der Sozialdemokratie gehört, die die SPD nach rechts reformieren wollten. Nach der Machtergreifung der Faschisten war er wiederholt verhaftet und jahrelang eingekerkert und gequält worden. Wegen seiner antifaschistischen Haltung genoß er hohes Ansehen. Sofort nach Einmarsch der amerikanischen Truppen bildete er in Hannover das „Büro Schumacher". Auf der Grundlage einer gegen den Zentralausschuß gerichteten Plattform sammelte er Anhänger und hintertrieb die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten.

Kurt Schumachers Plattform, die er vor allem in seinem Aufruf „Konsequenzen deutscher Politik" vom Juli 1945[59] und in den „Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren" vom August 1945 niederlegte, war ihrem Wesen nach ein kleinbürgerliches Reformprogramm, dem eine idealistische, bürgerliche Auffassung vom Staat zugrunde lag. Seine Weltanschauung war durch die neuhegelianische Schule geprägt, durch jene Richtung der imperialistischen Philosophie, die die rationellen Elemente, vor allem die revolutionäre Dialektik, aus dem Hegelschen System zu entfernen suchte. Auf Kurt Schumachers Denken hatte auch die idealistische Staatstheorie Ferdinand Lassalles ihren Einfluß ausgeübt. Richtungweisend wurden für ihn die Auffassungen Konrad Haenischs, Paul Lenschs und anderer, die während des ersten Weltkriegs zu den Sozialchauvinisten gehört hatten.

Kurt Schumacher betrachtete den Staat als eine „sittliche Idee", als ein „ehernes Prinzip an sich", das unabhängig von ökonomischen und politischen Machtverhältnissen herrscht. Daraus leitete er die Forderung nach der „großen Synthese zwischen Staat und Klasse"[60] ab. Wie

[59] Dokument Nr. 9.

[60] Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie. Auszug aus der Inaugural-Dissertation, vorgelegt von Curt Schumacher, Münster/Westf. (1926), ohne S.

seinerzeit Ferdinand Lassalle, so versuchte auch Kurt Schumacher die Arbeiterklasse mit dem bestehenden Staat – und das war der kapitalistische Staat – auszusöhnen. Dieser Leitgedanke und fanatischer Antikommunismus bestimmten seine Haltung in allen Grundfragen der Entwicklung in Deutschland nach 1945.

Selbst die bitteren Erfahrungen der faschistischen Diktatur hatten bei Kurt Schumacher und anderen sozialdemokratischen Politikern nicht zu der Einsicht geführt, daß der Monopolbourgeoisie und dem Junkertum die ökonomischen und politischen Machtmittel entrissen, daß dazu der alte Staatsapparat zerschlagen und die staatlichen Positionen von den Arbeitern und ihren Verbündeten besetzt werden mußten. Sie wollten nicht begreifen, daß mit dem Untergang der Weimarer Republik die Geschichte ein vernichtendes Urteil über die reformistischen Staatsauffassungen und über die sozialdemokratischen Vorstellungen von der „Wirtschaftsdemokratie" gesprochen hatte. Statt dessen behauptete Kurt Schumacher, die Sozialdemokratie sei die einzige politische Partei in Deutschland, deren Linie sich als richtig erwiesen und deren Politik die „Probe vor dem Richterstuhl der Geschichte bestanden"[61] habe.

Während klassenbewußte Sozialdemokraten eine echte Wende in der sozialdemokratischen Politik für notwendig hielten, ein Besinnen auf die marxistischen Traditionen der Partei aus der Zeit August Bebels und Wilhelm Liebknechts forderten, ein enges Zusammengehen mit den Kommunisten und ein neues Verhältnis zur Sowjetunion anstrebten, hielt Kurt Schumacher an der gescheiterten opportunistischen Politik fest und wollte sie lediglich „besser" machen. Er zog aus den Erfahrungen der Weimarer Zeit und der faschistischen Diktatur Schlußfolgerungen, die die Sozialdemokratie noch weiter nach rechts drängten.

Da der Faschismus seine Massenbasis unter Mißbrauch nationaler, zu Nationalismus und Rassenwahn gesteigerter Gefühle aufgebaut hatte, glaubte Kurt Schumacher, ein Aufleben des Rechtsradikalismus verhindern zu können, indem sich die SPD zum Fürsprecher nationalistischer Forderungen mache. Seine Politik war von Anfang an dadurch gekennzeichnet, daß er die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges nicht anerkannte. Insbesondere in seiner Stellung zum Potsdamer Abkommen, zu der von den Alliierten festgelegten Grenzziehung und zur

[61] Kurt Schumacher: Für ein neues, besseres Deutschland! Ein Aufruf zur Besinnung und geistigen Umkehr. In: Kurt Schumacher: Nach dem Zusammenbruch. Gedanken über Demokratie und Sozialismus, Hamburg 1948, S. 9.

Pflicht der Wiedergutmachung verfocht er einen ausgesprochen nationalistischen Standpunkt, der sich in erster Linie gegen die Sowjetunion richtete. Nicht die Sicherung des Friedens und die konsequente Demokratisierung, sondern die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 erhob er zur wichtigsten nationalen Aufgabe. Das bedeutete, die Sozialdemokratie in die gefährlichen Bahnen des Nationalismus und Revanchismus zu lenken.

Um die Sozialdemokratie zur regierenden Partei zu machen, hielt es Schumacher für erforderlich, über die traditionelle Anhängerschaft hinaus neue Schichten zu gewinnen. Die Kraft der demokratischen Erneuerung Deutschlands sah er nicht in der Aktionseinheit der Arbeiterparteien und in der antifaschistisch-demokratischen Volksfront, sondern in einer reformierten, durch die Preisgabe der marxistischen Traditionen geistig neuorientierten Sozialdemokratie, die breite Kreise der Mittelschichten und der Intelligenz an sich heranziehen und selbst für Teile der Bourgeoisie eine annehmbare Regierungspartei abgeben sollte.

Kurt Schumachers betontem Bekenntnis zum bürgerlichen Staat entsprach seine bürgerliche Vorstellung von Demokratie. Ihre Verwirklichung erblickte er in der parlamentarischen bürgerlichen Republik. Er betonte ausdrücklich, daß es für ihn keine formale oder kapitalistische und keine proletarische oder sozialistische Demokratie gebe, sondern nur eine über allen Klassen stehende „Demokratie schlechthin". Sein Haß auf die Kommunisten rührte nicht zuletzt daher, daß sie die Frage nach Demokratie und Diktatur vom Klassenstandpunkt beurteilten und auf eine konsequente Überwindung der alten Machtverhältnisse drängten. Weil Schumacher grundsätzlich auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung stand, weil er sich der Allmacht des kapitalistischen Staatssystems beugte und den Staatsapparat nur reformieren, nicht aber beseitigen wollte, war und blieb für ihn die KPD der Hauptfeind. Trotz mancher scharfen Kritik an den bürgerlichen Parteien und den westlichen Besatzungsmächten stellte er sich in allen entscheidenden Situationen an deren Seite gegen die Kommunisten und gegen alle entschiedenen antifaschistisch-demokratischen Kräfte.

Gleichzeitig kritisierte Kurt Schumacher heftig den kapitalistischen Großbesitz, den er in erster Linie für den Faschismus verantwortlich machte. An die Stelle der privatkapitalistischen Großunternehmen sollte nach seinen Vorstellungen die Nationalisierung der entscheidenden Zweige der Industrie und des Verkehrs treten. Der wunde Punkt

dieser Überlegungen war die Unfähigkeit, zu erkennen, daß eine Demokratisierung der Wirtschaft eine grundlegende Veränderung des Staatsapparates erforderte. Schumacher umging die Grundfrage jeder Revolution, die Machtfrage. Er vermochte nicht, sich über die Vorstellungswelt bürgerlicher Demokraten zu erheben. Er war nicht einmal imstande, Maßnahmen zur Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution zu vertreten.

Den sozialdemokratischen Arbeitern und der sozialistisch orientierten Intelligenz kam Kurt Schumacher entgegen, indem er den Sozialismus propagierte und zur Tagesaufgabe erklärte. Die Forderung nach Sozialismus verband er aber nicht mit Vorstellungen von einer sozialistischen Revolution im marxistischen Sinne. Sein Programm hatte nicht zum Ziel, daß die Arbeiterklasse die Staatsmacht erringt. Sein „sozialistisches" Programm war im Grunde nur die untaugliche sozialdemokratische „Wirtschaftsdemokratie". Es gipfelte in der Forderung nach „Sozialisierung" im Sinne einer bürgerlichen Nationalisierung. Der Staat, in dessen Hände Teile der Wirtschaft gelegt werden sollten, war der alte kapitalistische Staat. Die Wirtschaftspolitik der britischen Labour Party, die einige Konzerne verstaatlichte, gab Schumacher als bereits verwirklichten Sozialismus aus. Von der damals in Großbritannien regierenden Labour Party erhoffte er sich die entscheidende Unterstützung bei der Verwirklichung seiner Ziele.

Das von Kurt Schumacher verkündete Programm enthielt alles Notwendige, um die Sozialdemokratie in den kapitalistischen Staat zu integrieren. Deshalb wurde es von allen bürgerlich orientierten Politikern und Ideologen der Sozialdemokratie unterstützt. Es fand aber auch Anklang bei vielen traditionsverbundenen Sozialdemokraten, weil in ihm der Sozialismus, der als ökonomische Befreiung des Menschen von kapitalistischer Ausbeutung verstanden wurde, zur Tagesaufgabe und zum eigentlichen Ziel der Sozialdemokratie erklärt worden war. Schumachers „sozialistische" Losungen kamen der verbreiteten Vorstellung entgegen, daß die Sozialdemokratie einen „dritten Weg", einen Weg zwischen den bürgerlichen Parteien und den Kommunisten, gehen könne. Es enthielt noch sozialdemokratische Vorstellungen, die sich von Kommunismus und Kapitalismus gleichermaßen abzugrenzen versuchten.

Indem Kurt Schumacher an solche Wunschbilder anknüpfte, sicherte er seiner Richtung mit Hilfe der imperialistischen Besatzungsmächte nach und nach den bestimmenden ideologischen und auch den entschei-

denden organisatorischen Einfluß auf die Sozialdemokratie der westlichen Besatzungszonen. Im Leben erwiesen sich selbst subjektiv ehrlich gemeinte Bestrebungen eines „dritten Weges" als undurchführbar. Sie förderten, gewollt oder ungewollt, die Wiederherstellung der alten monopolkapitalistischen Verhältnisse. Sie waren keine Gefahr für das monopolkapitalistische System, aber sie waren eine Sperre gegen die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse und gegen durchgreifende antifaschistisch-demokratische Aktionen.

Während sich die in Berlin abgeschlossene Einheitsfront von KPD und SPD auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung konzentrierte und neue politische Machtverhältnisse durch den Aufbau eines neuen Staatsapparates schuf, gab Kurt Schumacher linke Phrasen von sich.

Die sozialdemokratischen Führer um Schumacher wiederholten die Fehler von 1918/1919. Es kennzeichnete diese Gruppe, daß sie nichts Ernsthaftes unternahm, um Verwaltungen und Betriebe von Naziaktivisten und Kriegsverbrechern zu säubern, die Arbeiterkontrolle und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter durchzusetzen, durch eine demokratische Bodenreform die Junker zu entmachten und die Betriebe der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher zu enteignen. Praktische Schritte zu einer – auch im Westen Deutschlands möglichen – Demokratisierung, die auch dem Sozialismus den Weg hätte ebnen können, fehlten in den Erklärungen dieser sozialdemokratischen Führer und noch mehr in ihrem Handeln. Wo sich sozialdemokratische und kommunistische Mitglieder und Funktionäre zusammenschlossen, um demokratische Forderungen durchzusetzen, geschah das gegen den Willen dieser Führer.

Kurt Schumachers bürgerliche und antikommunistische Grundeinstellung bedingte, daß er sich außenpolitisch auf die Westmächte festlegte, zunächst vorrangig auf Großbritannien, bis er später in der Ära des Marshall-Plans Anlehnung an die USA suchte.

Angesichts der tiefen Krise des deutschen Imperialismus begünstigte das Auftreten der Gruppe um Schumacher die geschwächte deutsche Monopolbourgeoisie. Dadurch wurden große Kreise der Werktätigen von der endgültigen Abrechnung mit den imperialistischen Verderbern der Nation abgehalten. Das notwendige Umdenken der Werktätigen in den Westzonen mußte außerordentlich erschwert werden, wenn sich sozialdemokratische Führer, anerkannte Hitlergegner, nationalistischer und revanchistischer Parolen bedienten. Gleichzeitig verwirrte die dem-

agogische Propaganda die sozialdemokratischen Arbeiter, die darauf vertrauten, daß es Schumacher mit der Losung vom Sozialismus als Tagesaufgabe ernst sei.

Da die Konzeption Schumachers nicht an den Grundlagen der imperialistischen Ordnung rüttelte und ihr Hauptstoß sich gegen die Kommunisten richtete, durfte sie der Unterstützung der imperialistischen Besatzungsmächte sicher sein. Anfangs war es besonders die britische Besatzungsmacht, die Schumacher den Weg ebnete. Bald erkannten aber auch die anderen Besatzungsmächte den Wert dieser sozialdemokratischen Politik als Gegengewicht zu den Bestrebungen der Antifaschisten, die die Einheit der Arbeiterklasse herstellen und auch in den Westzonen eine antifaschistisch-demokratische Ordnung errichten wollten.

In Einklang mit Kurt Schumacher stand die Mehrzahl der führenden sozialdemokratischen Emigranten in England, in Schweden und in den USA, die ihrerseits gewillt war, nach britischem oder schwedischem Muster die Sozialdemokratie in den bürgerlichen Staat zu integrieren.

Am 6. Oktober 1945 verstarb in London Hans Vogel, der letzte Vorsitzende des Anfang November 1940 in Lissabon aufgelösten sozialdemokratischen Emigrationsvorstandes und Vorsitzende der Exekutive der im März 1941 gegründeten Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien. Unmittelbar nach seinem Tode stellten sich die führenden Mitglieder dieser Union, Willi Eichler, Fritz Heine, Waldemar von Knoeringen, Erich Ollenhauer und Erwin Schoettle, an die Seite Kurt Schumachers. Sie erkannten dessen Führungsanspruch innerhalb der Sozialdemokratie der Westzonen an, obwohl das „Büro Schumacher" ohne jegliche demokratische Legitimation durch die Mitgliedschaft arbeitete. Die politische Konzeption Schumachers stimmte nicht in allen Punkten mit ihren eigenen programmatischen Vorschlägen für ein Aktionsprogramm der sich neu organisierenden SPD überein, dennoch billigten sie die Plattform Schumachers.

In voller Übereinstimmung mit Kurt Schumacher befanden sich die unter dem Einfluß Friedrich Stampfers stehenden rechten Sozialdemokraten der German Labor Delegation in den USA. Ihr Nachkriegsprogramm setzte sich die Einordnung der Sozialdemokratie in den kapitalistischen Staat zum Ziele. Die meisten der nach Schweden emigrierten sozialdemokratischen Funktionäre schlossen sich nach ihrer Rückkehr ebenfalls Kurt Schumacher an. Sie verzichteten darauf, für

die Verwirklichung ihrer einst erhobenen eindeutig antiimperialistischen Forderungen zu kämpfen.

Anfang Oktober 1945 führte das „Büro Schumacher", das sich später Büro der Westzonen nannte, in Wennigsen bei Hannover in Anwesenheit von Vertretern der britischen Besatzungsmacht eine Konferenz durch. Kurt Schumacher sprach am 5. Oktober vor sozialdemokratischen Funktionären der britischen Besatzungszone. Am Tage darauf hielt er dasselbe Referat vor Vertretern der amerikanischen und französischen Besatzungszone. Zu dieser Zeit war es bereits gelungen, viele wichtige Funktionen in der westdeutschen Sozialdemokratie mit Opportunisten zu besetzen. Gustav Dahrendorf, Max Fechner und Otto Grotewohl, die als Vertreter des Zentralausschusses der SPD einer Einladung nach Wennigsen gefolgt waren, konnten lediglich in der Zusammenkunft am 6. Oktober außerhalb der Konferenz ihr im Aufruf vom 15. Juni 1945 entwickeltes Programm darlegen und die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterklasse begründen.

Die von Kurt Schumacher willkürlich zusammengesetzte und von ihm gesteuerte Konferenz bestritt die Rechtmäßigkeit des Zentralausschusses als Leitung der SPD für ganz Deutschland. Sie benannte Schumacher als Beauftragten der SPD für die Westzonen. Das bedeutete letztlich die Aufspaltung der SPD nach Besatzungszonen. Kurt Schumacher versuchte, die reformistischen Kräfte der westdeutschen Arbeiterbewegung fest zusammenzuschließen, um mit ihnen der Einheitsbewegung in ganz Deutschland entgegenzuwirken. Von der Einheit der Arbeiterklasse hing aber die demokratische Einheit der Nation ab, denn gegen den organisierten Widerstand von Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaftern konnten die imperialistischen Pläne der Zerreißung Deutschlands nicht verwirklicht werden. Somit war die Zonenpolitik der Schumacher-Gruppe eine Begünstigung der bald immer offener zutage tretenden separatistischen und föderalistischen Bestrebungen reaktionärer Kreise.

Mit der Konferenz von Wennigsen wurde die von Kurt Schumacher vertretene Linie mehr und mehr zur Richtschnur der meisten führenden sozialdemokratischen Funktionäre der Westzonen. In zahlreichen unteren Organisationen bis hinauf in verschiedene Kreis- und Bezirksleitungen wurde jedoch diese Politik abgelehnt. So stieß Schumacher im November 1945 in Lübeck mit seinen Ausführungen gegen die Aktionseinheit von SPD und KPD auf heftigen Widerstand. Er vermochte in dieser Stadt die Zusammenarbeit von Kommunisten und So-

zialdemokraten zunächst nicht zu verhindern. Der SPD-Distrikt Lübeck-Mühlentor erklärte zu diesen Störversuchen: „Die von uns geschaffene Aktionseinheit mit unseren kommunistischen Brüdern lassen wir uns nicht von Dr. Schumacher zerschlagen. Wir wissen, worauf es ankommt: auf die unbedingte Einigkeit des deutschen Volkes. Es darf nie wieder zur Spaltung in der Arbeiterklasse kommen."[62] Die Lübecker SPD und KPD arbeiteten auch noch weiterhin im Senat und in der Bürgerschaft eng zusammen. Zwischen den Leitungen der SPD und der KPD wurden darüber hinaus gemeinsame Versammlungen mit gemeinsamen Referenten vereinbart.

Die imperialistischen Besatzungsmächte und die deutsche Monopolbourgeoisie vermerkten die antikommunistische Haltung Fritz Heines, Erich Ollenhauers, Kurt Schumachers und anderer sozialdemokratischer Führer mit großer Befriedigung. Zugleich fürchteten sie aber die starken Bestrebungen in der sozialdemokratischen Mitgliedschaft, die Politik der SPD neu festzulegen und die Einheit der Arbeiterklasse herzustellen.

Mit der Zerschlagung der Nazipartei hatte das deutsche Monopolkapital seine bisherige Massenbasis verloren. Deshalb trachteten die reaktionären Kräfte danach, sich zu sammeln und wieder eine Partei zu schaffen, die Einfluß auf die Massen nehmen und große Kreise der Werktätigen unmittelbar an das imperialistische System binden konnte. Durch Versuche zur Wiederbelebung reaktionärer Parteien der Weimarer Republik konnte diese Aufgabe aber nicht gelöst werden. Dazu waren diese Parteien, die mitgeholfen hatten, Adolf Hitler den Weg zu bereiten, zu sehr in Verruf geraten.

Früher in der deutschen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei tätige Politiker bildeten Organisationen einer Partei, die sich in den einzelnen Besatzungszonen zunächst als liberale oder demokratische Partei bezeichnete. Sie erklärte sich für den Schutz des Privateigentums und nahm eine unverhohlen antikommunistische Haltung ein. Dieser Versuch, die Interessen der Großbourgeoisie unter liberaler Flagge zu verfolgen, fand jedoch nicht die Unterstützung der einflußreichsten Kräfte des Monopolkapitals. Die Konzernherren von Rhein und Ruhr und der hohe Klerus stellten sich hinter jene Politiker, die bestrebt waren, durch eine Sammlungsbewegung, die das Christentum als ihr Aushängeschild benutzte, ein Gegengewicht zu der antifaschistisch-demokratischen Volksfront zu schaffen.

[62] Das neue Wort (Stuttgart), 1946, H. 3, S. 26.

Die imperialistische deutsche Bourgeoisie war erfahren genug, um zu wissen, daß sie angesichts des Bankrotts ihrer Politik mit einem offen imperialistischen Programm hoffnungslos in die Isolierung geraten wäre. Sie war sich bewußt, daß diejenigen Vertreter der Monopolbourgeoisie, die sich durch ihre Zusammenarbeit mit den Faschisten vor den Massen bloßgestellt hatten, zunächst aus der vordersten Linie zurückgezogen werden und an ihre Stelle Politiker im demokratischen Gewande treten mußten.

Bereits in den letzten Kriegsjahren, als sich die militärische Niederlage Hitlerdeutschlands immer deutlicher abzeichnete, war ein den veränderten Bedingungen angepaßtes politisches Programm des deutschen Monopolkapitals entworfen worden. Beteiligt war daran hauptsächlich der Kreis um Carl Goerdeler, der auf dem rechten Flügel der Verschwörer vom 20. Juli 1944 gestanden hatte. Mit dieser Konzeption hatte die totale Niederlage verhindert werden sollen. Die weitsichtigeren Vertreter der deutschen Monopolbourgeoisie und des Offizierskorps waren bereit gewesen, Hitler fallenzulassen – nicht weil er den Krieg ausgelöst, sondern weil er den Krieg verloren hatte. Es war ihr Ziel gewesen, gestützt auf eine reaktionäre Militärdiktatur, der Abrechnung des deutschen Volkes mit dem Faschismus zuvorzukommen. Sie hatten gehofft, die Staaten der Antihitlerkoalition auseinandermanövrieren, nach einem Separatfrieden mit den Westmächten den Krieg gegen die Sowjetunion fortsetzen und erfolgreich beenden zu können. Der deutsche Imperialismus war aber zu diesem Zeitpunkt bei den Völkern schon so verhaßt, daß keine der kriegführenden Regierungen der Westmächte es wagen konnte, auf diese Pläne einzugehen. Das ist eine Tatsache, die von der reaktionären westdeutschen Geschichtsschreibung mit großem Bedauern verzeichnet wird.

Die Grundzüge des Goerdeler-Programms sollten nun unter den veränderten Bedingungen der Niederlage verwirklicht werden. Das Hauptanliegen der Monopolbourgeoisie war, die Westzonen gegen die sich in Ostdeutschland vollziehende antifaschistisch-demokratische Umwälzung abzuschirmen. Die Reaktion war sich bewußt, daß sie in der Defensive war, und beschränkte sich zunächst darauf, ihre Macht in den Westzonen mit Hilfe der imperialistischen Besatzungsmächte zu behaupten. Wenn das gelang, so glaubte sie, würde sie später die demokratischen Kräfte zur Preisgabe der in Ostdeutschland erkämpften Errungenschaften zwingen können.

Nachdem die Politik des Großkapitals unter der Maske des „natio-



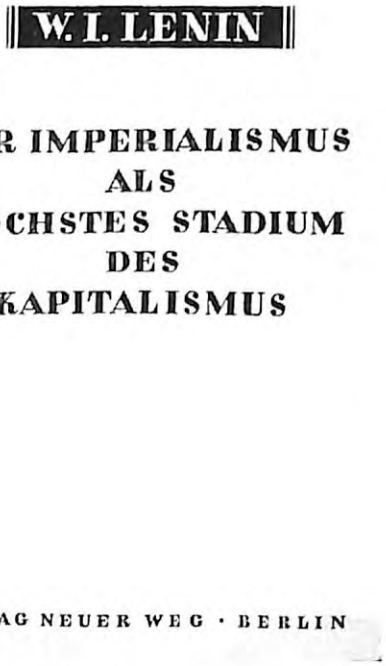
Aktivisten der ersten Stunde











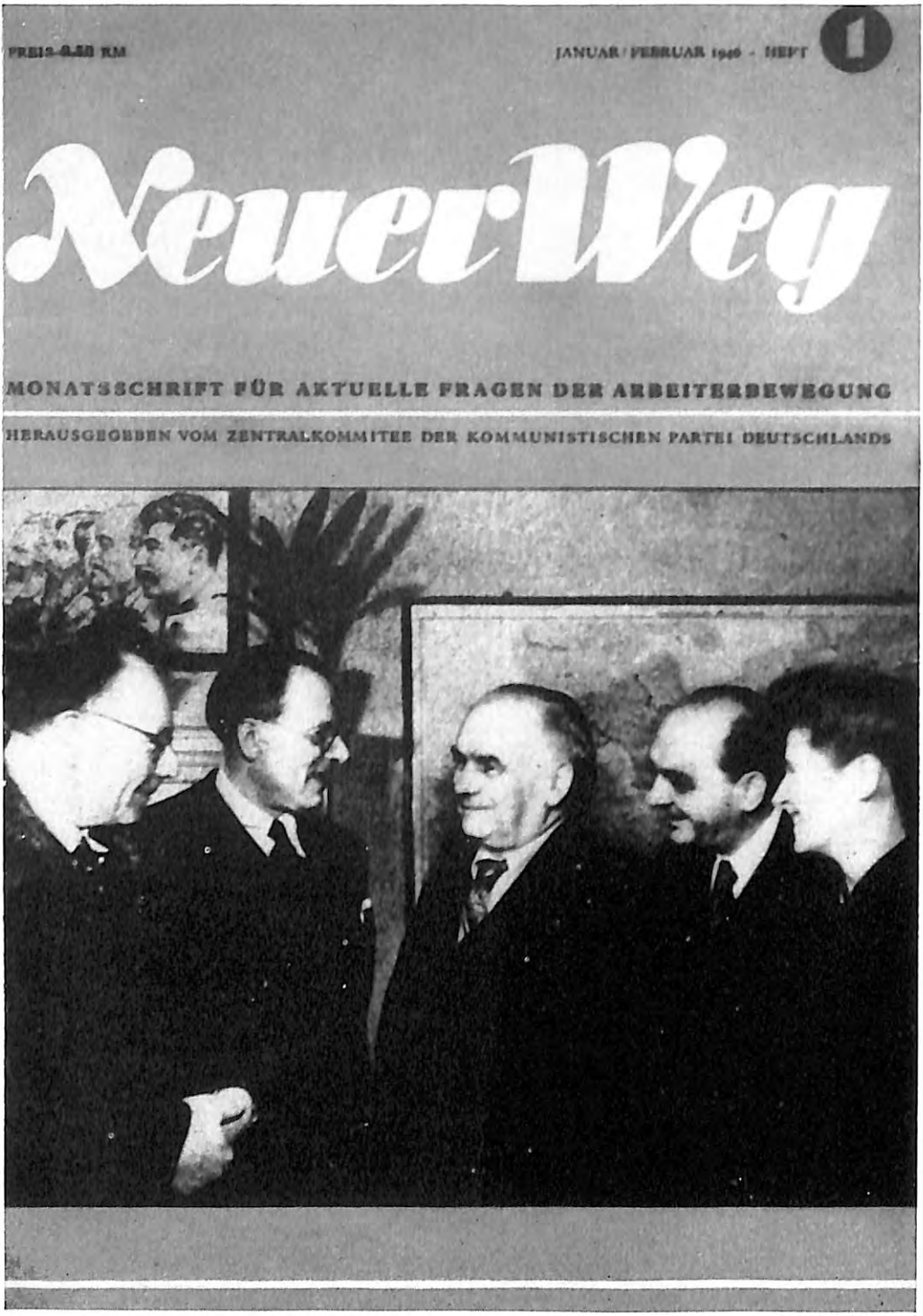
Erste nach der Befreiung in Deutschland herausgegebene marxistische Literatur



Neulehrer auf der Schulbank, 1946



Schulspeisung



Titelblatt der ersten Nummer des „Neuen Weg",
Monatsschrift der KPD, Januar/Februar 1946



Titelblatt der ersten Nummer der „Einheit",
herausgegeben zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei, Februar 1946



Otto Buchwitz



Hermann Matern



Funktionärskonferenz der KPD und der SPD des Landes Sachsen in Dresden, 15. Januar 1946



Bernhard Göring und Walter Ulbricht auf der ersten Delegiertenkonferenz des Bezirks Berlin-Mitte des FDGB, 27. Januar 1946



Betriebsdelegationen begrüßen den 1. Kongreß des FDGB in Berlin, 9. bis 11. Februar 1946



Präsidium der 1. Reichskonferenz der KPD in Berlin, 2./3. März 1946

nalen Sozialismus" Schiffbruch erlitten hatte, wurde in zunehmendem Maße der politische Klerikalismus als Stütze der kapitalistischen Herrschaft benutzt. Er predigte die Ohnmacht des Menschen gegenüber der bestehenden kapitalistischen Klassengesellschaft und lehnte die schöpferische Initiative der Volksmassen ab. Mit Berufung auf das Gemeinwohl verschleierte er vor den Massen den Klassencharakter des Staates und lenkte die Werktätigen vom Kampf um eine demokratische und sozial gerechte Ordnung ab.

Angesichts der antifaschistischen Stimmungen der Massen hielten es die großkapitalistischen Kräfte Westdeutschlands für zweckmäßig, ihrer politischen Interessenvertretung den Anschein zu geben, als ob es sich um eine ganz neue, über den Klassen stehende, für politischen und sozialen Fortschritt eintretende Partei handle. So entstand die Christlich-Demokratische Union (CDU) und ihre bayrische Schwesterorganisation, die Christlich-Soziale Union (CSU). Mit Vorbedacht wurden in der CDU zunächst Männer in den Vordergrund gestellt, die wie Johannes Albers oder Karl Arnold aus der christlichen Arbeiterbewegung kamen. Da auch in den Westzonen eine starke antimonopolistische Bewegung entstanden war, hängte sich die CDU zeitweilig ein antikapitalistisches Mäntelchen um. In ihren frühen programmatischen Erklärungen forderte sie die Beseitigung der Vorherrschaft des Großkapitals, eine gemeinwirtschaftliche Ordnung und eine Bodenreform.[63]

Krieg und Nachkriegselend hatten die Empfänglichkeit großer Teile der Bevölkerung für religiöse Ideen verstärkt. Deshalb gewann die CDU an Einfluß. Besonders in den katholischen Gebieten verfügte sie mit der Kirche über einen weitverzweigten Apparat der Massenbeeinflussung, der nicht, wie die Arbeiterorganisationen, von den Faschisten verboten worden war. Er war unversehrt geblieben und konnte deshalb 1945 mit voller Kraft in das gesellschaftliche Leben eingreifen.

Die maßgebende Rolle innerhalb der CDU der Westzonen übernahm der von den Rhein-Ruhr-Industriellen unterstützte Kölner Gründerkreis der CDU. An seine Spitze trat einer der Führer der rheinischen Separatisten, der frühere Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer. Zu den tonangebenden Leuten der CDU oder ihren Förderern zählten Hermann Abs, einer der einflußreichsten Männer der Deutschen Bank und zeitweiliger Finanzberater der britischen Militärregierung, der ehemalige Wehrwirtschaftsführer Heinrich Dinkelbach, der später die Reorganisation der Montankonzerne in der bri-

[63] Dokument Nr. 31.

tischen Zone leitete, Günter Henle, der Chef des Klöckner-Konzerns, der ehemalige Wehrwirtschaftsführer Heinrich Kost, Aufsichtsratsmitglied zahlreicher Konzerne und ab 1947 Generaldirektor der Deutschen Kohlenbergbauleitung, der Bankier Robert Pferdmenges, der, obwohl er auf einer amerikanischen Kriegsverbrecherliste stand, 1945 wieder zum Präsidenten der Industrie- und Handelskammer in Köln ernannt wurde.

Konrad Adenauer, der zum politischen Wortführer der reaktionären Kreise der westdeutschen Großbourgeoisie aufstieg, erklärte am 5. Oktober 1945 in einem Interview[64], daß es das beste wäre, sofort aus den drei westlichen Zonen einen Bundesstaat zu bilden. Um aber den Sicherheitswünschen Frankreichs gegenüber einem solchen westdeutschen Staat zu genügen, müßte man dessen Wirtschaft mit der Frankreichs und Belgiens so eng wie möglich verflechten. Solche Überlegungen trafen sich mit Plänen führender Kreise der USA, die vorsahen, Westdeutschland in einen Militärstützpunkt und in ein Bollwerk des USA-Imperialismus in Europa zu verwandeln. Das bedeutete eine tödliche Bedrohung der Einheit der deutschen Nation.

[64] Dokument Nr. 13.

Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Ihre Bewährung bei der Entmachtung des Monopolkapitals und in den ersten demokratischen Wahlen (1946)

1. Der Kampf um die Vereinigung von KPD und SPD

Nach einem halben Jahr angestrengter Aufbauarbeit hatten die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten in der sowjetischen Besatzungszone bereits bewunderungswürdige Erfolge erzielt. Neue, demokratische Selbstverwaltungsorgane waren geschaffen worden, in denen die Vertreter der Arbeiterklasse den entscheidenden Einfluß ausübten. Die demokratische Bodenreform war im wesentlichen abgeschlossen. Die Arbeiter hatten die Betriebsleitungen weitgehend von aktiven Nazis und Kriegsverbrechern gesäubert und ihr Mitbestimmungsrecht durchgesetzt. Die Betriebe waren aus ihren alten Konzernverbindungen herausgelöst und so dem Zugriff der ehemaligen Wehrwirtschaftsführer entzogen worden. Schulen und Kulturstätten hatten ihre Pforten wieder geöffnet. In rastloser Arbeit hatten die Werktätigen die mei-

sten Betriebe wieder in Gang gesetzt und auf Friedensproduktion umgestellt. Wer dem Neuen aufgeschlossen war, spürte überall das erwachende gesellschaftliche Leben. Die Politik der Gemeinsamkeit aller Antifaschisten hatte sich bewährt. Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse war vielerorts über die Vereinbarungen zwischen dem Zentralkomitee der KPD und dem Zentralausschuß der SPD vom 19. Juni 1945 hinausgewachsen. Keinerlei Störmanöver der reaktionären Kräfte hatten das Fortschreiten der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung ernstlich aufhalten können.

Anders war die Entwicklung in den Westzonen verlaufen. Zwar hatten auch dort die Arbeiter gemeinsam mit allen aufbauwilligen Menschen Hand angelegt, um das Leben zu normalisieren, um demokratische Verhältnisse zu schaffen, aber die Politik der westlichen Besatzungsmächte lähmte die Initiative der Massen. Konzernherren und Junker saßen noch in ihren einflußreichen Stellungen. Weder waren die staatlichen und wirtschaftlichen Verwaltungen von alten Nazis gründlich gesäubert noch war eine demokratische Bodenreform in Angriff genommen worden. Die Wirtschaft lag darnieder.

Die Antifaschisten hatten nur beschränkte Möglichkeiten, sich zu organisieren und zu den Massen zu sprechen. Die Besatzungspolitik stützte sich nicht auf die Kämpfer gegen den Faschismus, sondern auf sogenannte Fachleute aus den alten Konzernleitungen und staatlichen Verwaltungen, auf konservative Würdenträger der Kirche und auf rechte Führer der SPD und der Gewerkschaften. Ende 1945 war klar zu erkennen: Es gab in Deutschland ein demokratisch fortgeschrittenes Gebiet – die sowjetische Besatzungszone, und es gab Gebiete, die in der demokratischen Entwicklung zurückgeblieben waren – die Westzonen.

Die reaktionäre Entwicklung in den Westzonen war eine ernste Gefahr für die nationale Einheit Deutschlands, denn sie führte zu den verschiedensten, gegen eine einheitliche, demokratische deutsche Republik gerichteten Plänen.

In den Westzonen schoben sich immer stärker föderalistische und separatistische Kräfte in den Vordergrund. Sie traten angeblich aus demokratischer Gesinnung gegen das Preußentum und gegen den Zentralismus im deutschen Staatsaufbau auf. In Wahrheit wollten sie separate oder föderative Staatsgebilde schaffen, in denen die Volksbewegung aufgesplittert und kraftlos war. Vor allem wollten sie den Westen Deutschlands von der fortschrittlichen Entwicklung in der

sowjetischen Besatzungszone abtrennen. In Bayern verfocht der sozialdemokratische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner separatistische Pläne. Es gab Bestrebungen, die linksrheinischen Gebiete an Frankreich anzugliedern. Auch in Niedersachsen und Schleswig-Holstein waren Separatisten am Werke.

Je deutlicher sich reaktionäre, antisowjetische Züge in der anglo-amerikanischen Politik abzeichneten, desto mehr bekam auch die deutsche Reaktion in den Westzonen Oberwasser. Wenige Tage nach der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens hatten die amerikanischen Imperialisten ohne jegliche militärische Notwendigkeit Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki abwerfen lassen. Dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit sollte eine Demonstration der militärischen Stärke der USA sein und die Welt in Angst und Schrecken versetzen. Das Atombombenmonopol sollte den USA als politisches Druckmittel dienen, um die Staaten der Erde den amerikanischen Weltherrschaftsplänen gefügig zu machen. In der Monopolpresse der USA häuften sich die Stimmen, die eine Revision des Potsdamer Abkommens forderten. Nun hielten auch die Politiker der westdeutschen Großbourgeoisie die Zeit für gekommen, vorzufühlen, wie weit sie mit ihrer reaktionären Konzeption an die Öffentlichkeit treten konnten.

Noch lagen die Pläne der deutschen Imperialisten weitgehend im Dunkel, aber die klassenbewußten Arbeiter – von den Arbeiterparteien zur Wachsamkeit aufgerufen – übersahen nicht die Gefahr. Sie beantworteten die Vorstöße der Reaktion mit dem engeren Zusammenschluß von Kommunisten und Sozialdemokraten und gewannen neue Kräfte für die Arbeiterparteien, für die Gewerkschaften. Vielerorts wurde immer energischer die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien gefordert.

In den Monaten September, Oktober und November 1945 hielten die Bezirks- und Landesorganisationen der SPD ihre Parteitage ab. Führende und von allen Mitgliedern hochgeachtete sozialdemokratische Funktionäre, unter ihnen Werner Bruschke, Otto Buchwitz, Friedrich Ebert, Carl Moltmann, sprachen sich nachdrücklich für die Zusammenarbeit von KPD und SPD aus. Die meist von beiden Arbeiterparteien gemeinsam durchgeführten Veranstaltungen zum 28. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und zum 27. Jahrestag der Novemberrevolution wie auch die Feiern zum 125. Geburtstag von Friedrich Engels zeugten vom Einheitswillen der werktätigen Massen.

Am 6. November erklärten die Vertrauensleute und Funktionäre der KPD und der SPD des Eisenhüttenwerkes Thale, daß Kommunisten und Sozialdemokraten bei der Steigerung der Produktion wie Brüder zusammenarbeiten müssen und daß möglichst bald die organisatorische Einheit hergestellt werden soll, weil nur so die Schaffung eines starken, freien, demokratischen Deutschlands denkbar ist. Am 10. November forderte eine Funktionärkonferenz der SPD und der KPD des Kreises Ueckermünde die Einheitspartei. Die gleiche Forderung wurde von einer gemeinsamen Funktionärkonferenz des Kreises Zeitz erhoben, von den Teilnehmern einer Kundgebung auf Usedom, von Kommunisten und Sozialdemokraten in Berlin-Friedrichshain, in Demmin, in Greifswald, in den Leunawerken und auf einer gemeinsamen Funktionärkonferenz des Unterbezirkes Halle-Merseburg.

Eine Tagung der sozialdemokratischen und kommunistischen Funktionäre des Kreises Querfurt verlangte eine „Einheitspartei nach den Grundsätzen von Marx und Lenin"[65]. Die Gewerkschafter des Kraftwerkes Zschornewitz erklärten: „Wir haben aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt und werden es nie wieder zulassen, daß die Reaktion in Deutschland ihr Haupt erhebt und uns erneut in einen Krieg treibt. Dazu gehört aber in erster Linie eine geschlossene Arbeiterbewegung aller Schaffenden. Darum sagen wir allen, die dieser Einigkeit entgegenarbeiten, den schärfsten Kampf an und bitten alle Kämpfer für ein freies Deutschland, uns in diesem Kampf zu unterstützen."[66]

Auch in den Westzonen wurden Stimmen laut, die eine rasche Vereinigung forderten. Mitte Dezember 1945 schrieben Arbeiter der Bremer Atlas-Werke in einem Offenen Brief: „Es ist die Zeit zu einer allgemeinen, alle Widerstände überwindenden Kraftanstrengung unserer Klasse gekommen. Wir wissen uns einig mit unserer Belegschaft und fordern alle Werktätigen anderer Betriebe auf, sich gleich uns mit folgenden Forderungen an die beiden Parteivorstände zu wenden: Sofortige örtliche Aufnahme der Verhandlungen mit dem Ziel der organisatorischen Vereinigung der Parteien."[67]

Wuchs bei der Mehrheit der Arbeiterklasse der Drang nach der Vereinigung von KPD und SPD, so verdoppelte andererseits die Reaktion ihre Anstrengungen, um die demokratische Entwicklung zu stoppen.

[65] Volks-Zeitung (Halle), 18. Dezember 1945.

[66] Dokumente und Materialien . . ., Reihe III, Bd. 1, S. 285.

[67] Ebenda, S. 335.

Ihr Stoß richtete sich in erster Linie gegen die Einheit der Arbeiterklasse. Die Gegner der Aktionseinheit wurden reger.

In der sowjetischen Besatzungszone versuchten sie, die Aktionseinheit von innen her zu sprengen. Statt die Zusammenarbeit zu verbessern, förderten sie auf Schritt und Tritt den Parteiegoismus, traten sie gegen die antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen auf, säten sie Zweifel an der Richtigkeit der Bodenreform, der Schulreform, der Zerschlagung der Konzernverbindungen.

Auch in der Arbeiterbewegung waren noch viele Widerstände gegen die Vereinigung von KPD und SPD zu überwinden. In der Sozialdemokratie der sowjetischen Besatzungszone suchten opportunistische Kräfte, die bis hinein in den Zentralausschuß einflußreiche Stellungen innehatten, den Anschluß an die Schumacher-Gruppe. Sie waren bestrebt, auch in Ostdeutschland die SPD auf eine Politik festzulegen, die darauf hinauslief, eine Republik nach dem Vorbild von Weimar zu errichten, die nicht energisch mit der imperialistischen und militaristischen Reaktion aufräumte, die sich auf die imperialistischen Westmächte orientierte und wieder in den verhängnisvollen Antikommunismus verfiel. Auch noch nicht überwundenes Sektierertum mancher Kommunisten stand der kameradschaftlichen Zusammenarbeit im Wege und hemmte die Einheitsbewegung. Während von der Parteiführung der KPD ein entschiedener Kampf gegen alle hemmenden Erscheinungen geführt wurde, trat in der Führung der SPD ein opportunistischer Flügel auf, der sich um Hermann Brill, Gustav Dahrendorf, Karl Germer, Gustav Klingelhöfer, Franz Neumann und andere antikommunistische Kräfte gruppierte. Er führte einen organisierten Kampf gegen die Einheitsbestrebungen und sabotierte die Bemühungen der klassenbewußten Sozialdemokraten um eine marxistische Einheitspartei.

Diese Gruppe war durch viele Fäden mit den Kräften des Monopolkapitals und mit den imperialistischen Besatzungsmächten verbunden. Hermann Brill, der während der vorübergehenden Besetzung Thüringens durch amerikanische Truppen von den USA-Besatzungsbehörden als Regierungspräsident eingesetzt worden war, hielt auch später als Ministerpräsident des Landes Thüringen die Verbindungen zu den Amerikanern aufrecht. Während seiner Amtszeit wurde die Säuberung der Verwaltung und der Wirtschaft von Faschisten und anderen Reaktionären nur sehr schleppend vorgenommen. Er benutzte Dienstreisen nach Berlin zu Treffen mit einem amerikanischen Oberst, der im Auftrage des Kriegsministeriums und des Außenministeriums der USA mit

ihm unterhandelte und ihm hohe Stellen in der amerikanischen Militärregierung anbot. In der Tat wurde Hermann Brill, nachdem er Ende 1945 der sowjetischen Besatzungszone den Rücken gekehrt hatte, Berater der Obersten Behörde der amerikanischen Militärregierung.

Wie Kurt Schumacher, so vertraten auch Hermann Brill, Gustav Klingelhöfer und andere den Standpunkt, daß das deutsche kapitalistische System zerschmettert am Boden liege, daß die Herrschaft des Finanzkapitals und die imperialistische Tendenz dieser Herrschaft vollkommen vernichtet seien. Deshalb unternahmen sie nichts, um die antifaschistisch-demokratische Umwälzung voranzutreiben. Gustav Dahrendorf fühlte sich durch seine frühere Tätigkeit in der zum Flickkonzern gehörenden Märkischen Brikett-Handelsgesellschaft den Konzernen verbunden. Ihm wie auch Karl Germer, Gustav Klingelhöfer und anderen war die Denkweise der klassenbewußten Arbeiter völlig fremd. Sie sahen, daß die Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten auf der Grundlage des konsequenten Marxismus die Verwirklichung ihrer restaurativen Pläne unmöglich machte. Deshalb arbeiteten sie der Bildung einer marxistischen Einheitspartei der Arbeiterklasse – anfangs noch versteckt, später offen – mit allen Mitteln entgegen.

Welche Gefahren die Spaltung der Arbeiterklasse und eine fehlerhafte Politik der Sozialdemokratie in sich bargen, bewiesen die ersten Nachkriegswahlen in Österreich, die am 25. November 1945 stattfanden. Dort hatten sozialdemokratische Führer die Parole ausgegeben, man müsse von den Kommunisten abrücken, um das Bürgertum für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Nutznießer dieser verfehlten Politik wurden die bürgerlichen Parteien. Die Erfahrung lehrte, daß die Arbeiterklasse geschwächt wird und die Gegensätze innerhalb der Arbeiterbewegung sich verstärken, wenn die Arbeiterparteien im Wahlkampf gegeneinander auftreten. Die reaktionären Kräfte hofften, daß es möglich sei, die Arbeiterparteien gegeneinander auszuspielen und zu entzweien. Es galt Vorsorge zu treffen, daß diese Rechnung nicht aufging.

Viele Tatsachen zeugten davon, daß sich in Deutschland der Klassenkampf verschärft hatte. Das Zentralkomitee der KPD zog Schlußfolgerungen, um ein Gegengewicht gegen jegliche reaktionären Bestrebungen zu schaffen. Gestützt auf Forderungen der Werktätigen, schlug die KPD vor, Schritte zu unternehmen, um SPD und KPD in einer starken marxistischen Arbeiterpartei zu vereinen.

Auf der Kundgebung am 9. November 1945 im Berliner Friedrichstadt-Palast rief Wilhelm Pieck, der über die Lehren der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der deutschen Novemberrevolution sprach, die Mitglieder der beiden Arbeiterparteien auf, „sobald als möglich die völlige Vereinigung der Kommunisten und Sozialdemokraten in einer einzigen Arbeiterpartei herbeizuführen"[68].

Einen Monat darauf erklärte er in Leipzig vor den Arbeitern und Angestellten der Hasag-Werke und vor Betriebsräten anderer Leipziger Fabriken: „Jetzt, in diesen Monaten, entscheidet sich das Geschick Deutschlands. Hier liegt die große Verantwortung bei den beiden Parteien und bei den Gewerkschaften. Weil die Lage so ernst ist, fordern wir jetzt mit allem Nachdruck, daß sich Kommunisten und Sozialdemokraten ernsthaft mit der Frage beschäftigen, den Termin festzusetzen, wann sie sich zu einer einheitlichen deutschen Arbeiterpartei zusammenschließen wollen. Wir wollen, wenn Wahlen stattfinden werden, in diese Wahlen als eine einheitliche Kraft gehen, nicht gegeneinander, sondern miteinander."[69]

Von der großen Verantwortung der Arbeiterklasse ausgehend, ergriff das Zentralkomitee der KPD die Initiative und unterbreitete dem Zentralausschuß der SPD den Vorschlag, gemeinsam eine Konferenz führender Funktionäre beider Parteien einzuberufen, die über die nächsten Schritte zur Festigung der Einheit der Arbeiterklasse beraten sollte. Nach Absprache zwischen dem Zentralkomitee der KPD und dem Zentralausschuß der SPD wurde eine gemeinsame Beratung der beiden Parteiführungen mit den leitenden Funktionären beider Parteien aus den Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone einberufen. Am 20. und 21. Dezember 1945 traten in Berlin etwa je dreißig Vertreter der SPD und der KPD zusammen. Diese Konferenz ging unter der Bezeichnung Dezemberkonferenz oder erste Sechziger-Konferenz in die Geschichte ein.

Auf der Grundlage ausführlicher Referate von Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck berieten die Vertreter beider Parteien die neue Lage und zogen die Schlußfolgerungen aus den Erfahrungen ihrer bisherigen gemeinsamen Arbeit. Außerdem standen zur Beratung die bevorstehenden Wahlen in der amerikanischen Besatzungszone – hierzu berichteten Helmut Lehmann von der SPD und Franz Dahlem von der

[68] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, NL 36/25–26.

[69] Ebenda, NL 36/25–33.

KPD – und die Hilfe der Arbeiterparteien beim Aufbau der freien Gewerkschaften. Über die Gewerkschaftspolitik sollten Max Fechner für die SPD und Walter Ulbricht für die KPD sprechen. Die vorher eingesetzte Kommission des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD hatte bereits in solchem Maße Einmütigkeit erzielt, daß beide Vertreter auf ihre Ausführungen verzichteten und sich auf knappe Bemerkungen beschränkten.

Otto Grotewohl, der als erster Redner auftrat, erklärte: „Über die Einheit der Arbeiterklasse gibt es keine Diskussion: sie ist notwendig."[70] Er schätzte die bisherigen Ergebnisse der Aktionseinheit von KPD und SPD ein und teilte den Vertretern der KPD auch die verschiedenen Bedenken mit, die es in den Reihen der Sozialdemokratie über die Vereinigung mit den Kommunisten noch gab, um sie zum Gegenstand einer klärenden Aussprache zu machen.

Wilhelm Pieck knüpfte daran an und begründete ausführlich, weshalb die neue Lage neue Schritte erforderte, um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu festigen. Er rief dazu auf, den Angriffen der Reaktion mit der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zu begegnen, weil nur so die Arbeiterklasse ihrer großen nationalen Verantwortung gerecht werden konnte. Wilhelm Pieck, der auf ein halbes Jahrhundert selbstloser Tätigkeit für die Arbeiterklasse zurückblicken konnte, mahnte mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit zur Einheit. Er appellierte an die sozialdemokratischen Funktionäre, sich in dieser verantwortungsschweren Stunde ihrer großen Verpflichtung gegenüber der Arbeiterklasse bewußt zu sein.

Über die Schaffung einer Einheitspartei der Arbeiterklasse hatten Sozialdemokraten und Kommunisten schon oft und viel gesprochen. Das Zentralkomitee der KPD erhob nun diese Frage zum Gegenstand der zielgerichteten Diskussion. An die Stelle allgemeiner Erwägungen trat die Aussprache über Charakter und Ziele der von den Massen geforderten Einheitspartei.

Auf der Dezemberkonferenz spiegelte sich der große Fortschritt der Aktionseinheit wider, aber auch die Tatsache, daß ihre Gegner aktiver geworden waren. Die Erfolge der Aktionseinheit und der Drang der Massen nach Einheit waren so groß, daß die Notwendigkeit einer einheitlichen Arbeiterpartei auf der Konferenz nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt werden konnte. Trotzdem war der Einfluß der Einheitsfeinde in der Sozialdemokratie deutlich zu spüren. Einige Vertre-

[70] Ebenda, IV 2/202–14808.

ter der SPD, so Gustav Dahrendorf und Gustav Klingelhöfer, versuchten, nicht das Einigende, sondern das Trennende in den Vordergrund zu rücken. Sie benutzten da und dort aufgetretene Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit, um die tatsächlichen Fortschritte der Aktionseinheit in Abrede zu stellen. Sie konnten jedoch nicht verhindern, daß die Konferenz zu einem entscheidenden Schritt auf dem Wege zur Sozialistischen Einheitspartei wurde.

Die Ergebnisse der Beratungen wurden in einer gemeinsamen Entschließung zusammengefaßt.[71] Sie fußte auf dem Entwurf der KPD und den sozialdemokratischen Vorschlägen. Die Entschließung billigte den bisher vom Zentralkomitee der KPD und dem Zentralausschuß der SPD beschrittenen Weg der Zusammenarbeit. Sie verwies auf die großen Erfolge, die durch die Aktionseinheit errungen worden waren. Zugleich warnte sie vor den Gefahren einer reaktionären Entwicklung, da das Monopolkapital noch nicht vernichtet war und über zahlreiche Helfer und Verbündete verfügte. „In der gegenwärtigen Lage, nachdem der Hitlerfaschismus durch sein Kriegsverbrechen und durch seine millionenfachen Missetaten gegen fremde Völker die nationale Einheit Deutschlands aufs Spiel gesetzt hat, kann nur die Einheit aller antifaschistischen und demokratischen Kräfte des Volkes, die Aktionseinheit über ganz Deutschland hinweg, die nationale deutsche Einheit verkörpern und tragen"[72], hieß es in der Entschließung.

Die Konferenz stellte die Aufgabe, die Einheitspartei der Arbeiter vorzubereiten, und traf erste Vereinbarungen über den Charakter dieser Partei. In ihrem Minimalprogramm sollte sie sich die Vollendung der demokratischen Erneuerung Deutschlands, die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Republik mit gesetzlich gesicherten weitgehenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechten der Werktätigen zum Ziel setzen. Als Maximalprogramm wurde die Verwirklichung des Sozialismus im Sinne der „Lehren des konsequenten Marxismus" gefordert. Die Einheitspartei sollte eine nach den Grundsätzen des demokratischen Zentralismus organisierte „Klassenpartei der Arbeiter, die Partei des schaffenden Volkes in allen seinen Schichten sein"[73]. Sie sollte sich zum proletarischen Internationalismus bekennen und jeglichen Chauvinismus, vor allem die Hetze gegen die Sowjetunion, bekämpfen.

[71] Dokument Nr. 16.

[72] Dokumente und Materialien . . ., Reihe III, Bd. 1, S. 350.

[73] Ebenda, S. 352.

In der Stellungnahme zu kommenden Wahlen trug die Entschließung den Charakter eines Kompromisses. Der Vorschlag der KPD, mit gemeinsamen Kandidatenlisten aufzutreten, war unter dem Einfluß opportunistischer Vertreter der SPD abgelehnt worden. Es wurde aber vereinbart, den Wahlkampf mit einem gemeinsamen Wahlprogramm zu führen.

Die Konferenz wählte eine Studienkommission aus je vier Vertretern beider Parteien. Die Kommission wurde beauftragt, den Entwurf für die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei und das Parteistatut auszuarbeiten. Ihr gehörten an: Anton Ackermann, Franz Dahlem, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht von der KPD, Gustav Dahrendorf, Max Fechner, Otto Grotewohl und Helmut Lehmann von der SPD. Die Kommission sollte die Ziele der zu schaffenden Einheitspartei in Auswertung des Kommunistischen Manifestes, des Eisenacher Programms und der Kritik von Karl Marx und Friedrich Engels am Gothaer Programm bestimmen. Damit waren wesentliche Voraussetzungen gegeben, um die politische Einheit der Arbeiterklasse auf der Grundlage des Marxismus zu verwirklichen.

Im Namen der KPD begründete Walter Ulbricht vor der Studienkommission den Entwurf für die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In ihm wurde die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterklasse im Geiste des Marxismus anhand der Erfahrungen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nachgewiesen, und es wurden die politisch-ideologischen und organisatorischen Prinzipien der zu schaffenden Einheitspartei dargelegt. Zur ersten Aufgabe der vereinigten Partei erklärte der Entwurf, „die nationale Existenz des deutschen Volkes sicherzustellen und die Einheit Deutschlands zu erhalten“[74].

Unmittelbar nach der Konferenz schrieb Otto Grotewohl in einem Artikel: „Wir stehen vor einer neuen Epoche der deutschen Arbeiterbewegung. Der 21. Dezember 1945 wird einmal in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung als der Tag eingehen, an dem sechzig Vertreter der beiden Arbeiterparteien in kameradschaftlicher Einmütigkeit und voller Einstimmigkeit den Grundstein zum Aufbau der einheitlichen deutschen Arbeiterpartei legten.“[75]

[74] Zit. nach: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. I, 1. Halbbd., S. 295.

[75] Otto Grotewohl: Im Kampf um die einige deutsche demokratische Republik. Reden und Aufsätze, Bd. I, Berlin 1959, S. 11.

Nach der Dezemberkonferenz begann ein Kräftemessen zwischen den von den Kommunisten und den klassenbewußten Sozialdemokraten geführten, zur Einheit drängenden deutschen Werktätigen und den Kräften des deutschen und internationalen Monopolkapitals, die den Einheitsgegnern in der Arbeiterbewegung den Rücken stärkten. Die imperialistischen Besatzungsmächte mischten sich in die inneren Angelegenheiten der deutschen Arbeiterbewegung ein, um die Vereinigung von KPD und SPD zu verhindern.

Die Arbeiter in der sowjetischen Besatzungszone antworteten auf die Beschlüsse der Dezemberkonferenz mit begeisterten Zustimmungserklärungen. Sie verbanden ihren Kampf um die Einheit der Arbeiterbewegung mit ihren Anstrengungen, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, die Konzernherren zu entmachten und das Mitbestimmungsrecht durchzusetzen. Die Betriebsgruppen von KPD und SPD verstärkten ihre Zusammenarbeit. Sie führten immer häufiger ihre Versammlungen gemeinsam durch und bildeten gemeinsame Ausschüsse.

In zahlreichen Konferenzen stellten sich Kommunisten und Sozialdemokraten einmütig hinter die Dezemberbeschlüsse und erteilten den Gegnern der Einheit eine klare Abfuhr. Besondere Bedeutung erlangte die Konferenz von 3000 Funktionären der sächsischen Landesorganisationen beider Parteien am 15. Januar 1946 in Dresden, auf der Otto Buchwitz und Hermann Matern die Hauptreferate hielten. Die Konferenz faßte Beschlüsse, die auch für andere Länder und Provinzen beispielgebend wurden. Zur Verwirklichung der politischen und organisatorischen Einheit legten diese Beschlüsse folgende Schritte fest: Bildung eines gemeinsamen Büros, das die Tätigkeit der beiden Arbeiterparteien in volle Übereinstimmung bringt; Bildung einer gemeinsamen Kommission für Kultur und Schulung und einer Kommission für Wirtschaft und Sozialpolitik; gemeinsame Beratungen, Konferenzen und Mitgliederversammlungen zur Förderung der organisatorischen Vereinigung der Parteien; Herausgabe gemeinsamer Schulungs- und Agitationsmaterialien und Zusammenarbeit der Redaktionen der Parteiorgane.

Das vorbildliche kameradschaftliche Zusammenwirken von Otto Buchwitz und Hermann Matern war typisch für das neue Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Beide hatten jahrzehntelang aufopfernd für die Interessen des werktätigen Volkes gekämpft, solange jedoch Kommunisten und Sozialdemokraten ihre Anstrengungen nicht vereint hatten, war ihrer Arbeit der große Erfolg

versagt geblieben. Nun aber konnten sie dank der Aktionseinheit ihre Ziele in die Tat umsetzen.

Otto Buchwitz war 1879 als Sohn eines Arbeiters in Breslau geboren worden. Er hatte Metalldrücker gelernt und auch als Weber gearbeitet. 1896 war er Mitglied und 1907 hauptamtlicher Funktionär der Gewerkschaft geworden. Seit 1898 gehörte er der Sozialdemokratie an. 1912 hatte er an deren Parteitag in Chemnitz teilgenommen, und seit dieser Zeit war er zu sämtlichen sozialdemokratischen Parteitagen bis zum Jahre 1946 delegiert worden. 1919 bis 1933 war er Sekretär der SPD in Niederschlesien und von 1924 bis 1933 als Vertrauensmann der schlesischen Bevölkerung Abgeordneter des Deutschen Reichstags gewesen. Beim Aufkommen der faschistischen Gefahr hatten Otto Buchwitz ernste Zweifel an der Richtigkeit der sozialdemokratischen Politik ergriffen, denn er sah, daß nur die Einheitsfront der Arbeiterklasse dem Faschismus den Weg versperren konnte. 1933 war er nach Dänemark emigriert, wo er 1940 den Faschisten in die Hände fiel und wegen „Hochverrats" zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. 1945 war er aus dem Zuchthaus Brandenburg befreit worden. Sein Gesundheitszustand war so sehr erschüttert, daß der ihn behandelnde Arzt keine Hoffnung mehr hatte, sein Leben zu erhalten. Trotzdem hatte sich Otto Buchwitz sofort wieder in die politische Arbeit gestürzt, gewillt, das Vermächtnis der von den Faschisten ermordeten Genossen zu erfüllen und die Einheit der Arbeiterklasse zu schaffen. Als Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen der SPD wurde er einer der entschiedensten Vorkämpfer für die Einheit der Arbeiterklasse.

Hermann Matern war 1893 in Burg als Sohn eines Arbeiters geboren worden. Er hatte das Gerberhandwerk erlernt. 1907 war er Mitglied der sozialistischen Arbeiterjugend, 1910 Mitglied des Deutschen Lederarbeiterverbandes, ein Jahr darauf Mitglied der Sozialdemokratie geworden. Nach Kriegsausbruch hatte er aus Protest gegen die Politik der Sozialchauvinisten die SPD verlassen und sich zum Kampf Karl Liebknechts bekannt. Von der Front zurückgekehrt, hatte er in seiner Heimatstadt an der Novemberrevolution teilgenommen. Er war Mitglied und Funktionär der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) geworden und im Januar 1919 mit der Mehrheit der von ihm geleiteten Organisation der USPD zur KPD übergetreten. Die KPD hatte Hermann Matern mit verantwortlichen Aufgaben als Mitglied und Sekretär der Bezirksleitung Magdeburg-Anhalt und später als Politischer Sekretär des Bezirkes Ostpreußen be-

ziehungsweise Pommern betraut. 1933 war er von der Gestapo verhaftet und wegen „Landesverrats" und „Hochverrats" in Untersuchungshaft eingeliefert worden. Am 18. September 1934 war ihm und einigen weiteren Genossen die aufsehenerregende Flucht aus dem Gefängnis in Altdamm gelungen. Als Widerstandskämpfer hatte ihn sein Weg über Prag, Paris, Holland, Norwegen und Schweden schließlich in die Sowjetunion geführt, wo er als Lehrer an Antifa-Schulen tätig gewesen und Mitglied des Nationalkomitees „Freies Deutschland" geworden war. Hermann Matern war unter den ersten Funktionären, die aus der Sowjetunion nach Deutschland zurückkehrten, und hatte der in Sachsen wirkenden Gruppe von Beauftragten des Zentralkomitees der KPD angehört. Er wurde Mitglied des ZK der KPD und seines Sekretariats und Politischer Sekretär für den Bezirk Sachsen, der durch seine Erfolge bei der Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse und der Verwirklichung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung vielen Gebieten Deutschlands ein Beispiel gab.

Die Bewegung zur Vereinigung von KPD und SPD blieb nicht auf die in den Arbeiterparteien organisierten Mitglieder beschränkt. Sie erfaßte die ganze Arbeiterklasse und fand auch die Sympathie der fortschrittlichen Vertreter anderer Schichten.

Die werktätigen Massen griffen in den Kampf um die Sozialistische Einheitspartei ein. Die Einheit der Arbeiterklasse konnte nicht allein durch Absprachen zwischen den Parteiinstanzen zustande kommen, sie mußte durch die Arbeiter selbst erkämpft werden. Deshalb maßen die kommunistischen und sozialdemokratischen Funktionäre, die an der Spitze der Einheitsbewegung standen, der Arbeit in den unteren Parteiorganisationen und in den demokratischen Massenorganisationen große Bedeutung bei. Die einheitsfeindlichen Kräfte hingegen fürchteten die Aktionen und Willenskundgebungen der Massen. Die neue Demokratie, die alle Fragen vor der Bevölkerung zur offenen Diskussion stellte und sie zur aktiven Mitgestaltung heranzog, war ihnen vom ersten Tage an unbequem.

Besonders in den Betrieben war die Einheitsbewegung auch in den Westzonen sehr stark. Davon zeugten die Entschließungen der Belegschaften zahlreicher Großbetriebe in Braunschweig, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart und anderen Orten. Weit fortgeschritten war die Bewegung in Südbaden, wo die Landesvorstände von KPD und SPD am 7. März 1946 beschlossen, einen Ausschuß zur Vorbereitung der Vereinigung der Arbeiterparteien zu bilden. Viele Sozialdemokraten

aus den verschiedenen Bezirken Westdeutschlands bekundeten dem Zentralausschuß der SPD ihr Vertrauen und billigten seine Politik.

Über diesen Willen der Arbeiter und der sozialdemokratischen Mitgliedschaft setzten sich jedoch die maßgeblichen Funktionäre der SPD in den Westzonen brüsk hinweg. Die Zentrale der Einheitsgegner war das von Kurt Schumacher geleitete Büro der Westzonen in Hannover. Von hier aus liefen die Fäden auch zu sozialdemokratischen Funktionären in der sowjetischen Besatzungszone. Kuriere Kurt Schumachers stärkten den Einheitsfeinden den Rücken und machten gegen die Vereinigung Stimmung. Opportunistische Kräfte schlossen sich in Fraktionen zusammen. Massenhaft wurde antikommunistisches Propagandamaterial aus den Westzonen nach Ostdeutschland eingeschleust. Anfang Januar 1946 fanden in den Westzonen von Kurt Schumacher dirigierte Funktionärkonferenzen der SPD statt, die sich offen gegen die Politik des Zentralausschusses wandten und gegen die Vereinigung Stellung bezogen.

Die imperialistischen Besatzungsorgane wandten sich öffentlich gegen die Beschlüsse der beiden Arbeiterparteien und bestritten die Autorität der zentralen Leitungen der KPD und der SPD, für beide Parteien in ganz Deutschland zu sprechen. Durch die Eingriffe der imperialistischen Besatzungsmächte und durch die Haltung der meist von antikommunistischen Kräften beherrschten Instanzen der Sozialdemokratie in den Westzonen wurde die Einheitsbewegung in Westdeutschland außerordentlich behindert. So wurde klar, daß die Werktätigen der sowjetischen Besatzungszone voranschreiten und für ganz Deutschland das Beispiel geben mußten. Dabei wurde nichts unterlassen, um die westdeutschen Arbeiter in den Vereinigungsprozeß mit einzubeziehen. Die westdeutschen Parteiorganisationen der KPD erneuerten ihre Einheitsangebote an die sozialdemokratischen Leitungen. Auf der unteren Ebene wurde die Zusammenarbeit verstärkt. Die Bewegung erreichte aber nicht das Ausmaß wie in der sowjetischen Besatzungszone.

Die ablehnende Haltung sozialdemokratischer Führer der Westzonen und die einheitsfeindlichen Beschlüsse der von Kurt Schumacher einberufenen Konferenzen stellten den Zentralausschuß der SPD vor eine verantwortungsschwere Entscheidung. Er war in seiner Mehrheit – übereinstimmend mit der Masse der sozialdemokratischen Mitglieder – aufrichtig bestrebt, den Weg der Vereinigung der Arbeiterparteien in ganz Deutschland mit der Gesamtheit der Sozialdemokraten

zu gehen. Der Beschluß über die Vereinigung mit der KPD sollte auf einem gesamtdeutschen sozialdemokratischen Parteitag gefaßt werden.

Am 15. Januar 1946 beschäftigte sich der Zentralausschuß der SPD mit der Frage der Vereinigung. In einer Entschließung erneuerte er sein Bekenntnis zu den Beschlüssen der Dezemberkonferenz und erklärte seine Bereitschaft, „die Zusammenarbeit mit der KPD nach klaren, auch weiterhin zentral zu vereinbarenden Richtlinien fortzusetzen und zu vertiefen mit dem Ziel einer baldigen Vereinigung beider Parteien in ganz Deutschland"[76]. Gleichzeitig wandte sich der Zentralausschuß gegen eine organisatorische Vereinigung im Rahmen von Bezirken, Provinzen, Ländern oder einer Besatzungszone. Dieser Beschluß zeigte, daß der Zentralausschuß die Möglichkeiten der Einberufung eines gesamtdeutschen Parteitages nicht richtig einschätzte. Der Einfluß der Schumacher-Gruppe war zu diesem Zeitpunkt in den Westzonen bereits so stark, daß sie diesen Parteitag der SPD boykottieren konnte. Kurt Schumacher durchkreuzte gerade deshalb die Einberufung eines gesamtdeutschen sozialdemokratischen Parteitages, weil außer Zweifel stand, daß dieser mit Mehrheit die Vereinigung mit der KPD beschließen würde.

Die Lage im Zentralausschuß der SPD war äußerst kompliziert, da einige seiner Mitglieder, besonders Gustav Dahrendorf und Karl Germer, der Linie Kurt Schumachers folgten und gegen Otto Grotewohl und die ihn unterstützenden Funktionäre wühlten. In dieser Situation stellten sich die Landesorganisationen der SPD entschieden hinter jene Kräfte im Zentralausschuß der SPD, die fest gewillt waren, die einheitliche Arbeiterpartei zu schaffen. Mit Unterstützung der sozialdemokratischen Genossen aus den Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone wurde die Spalterfraktion isoliert.

Am 11. Februar 1946 wurde folgender bedeutsamer Beschluß gefaßt: „Der Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist nach Beratung der Vertreter der Bezirke zu dem Entschluß gekommen, der Mitgliedschaft der Partei alsbald die Einheit der beiden Arbeiterparteien zur Entscheidung vorzulegen.

Der Zentralausschuß wird daher, nachdem die Verhandlungen mit den Vertretern der westlichen Zonen ergeben haben, daß die Einberufung eines Reichsparteitages auf absehbare Zeit nicht möglich ist, sofort einen Parteitag für die sowjetische Besatzungszone, einschließlich Ber-

[76] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, G 41/1.

lin, einberufen. Dieser Parteitag, dem Bezirks- bzw. Landesparteitage vorangehen, soll über eine Vereinigung der beiden Parteien entscheiden."[77] Damit war der Weg für eine baldige Vereinigung frei. Die Arbeiter hatten entschlossen alle Schranken niedergerissen und sich entschieden hinter jene Führer der Arbeiterklasse gestellt, die unermüdlich zur Einheit gemahnt und für ihre Verwirklichung gekämpft hatten.

Vom 9. bis 11. Februar 1946 tagte in Berlin der 1. Kongreß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes. 1169 Delegierte vertraten rund zwei Millionen Gewerkschafter der Länder und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone und Berlins. Der Kongreß gestaltete sich zu einem ersten Höhepunkt in der Entwicklung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und wurde zugleich zu einem Meilenstein auf dem Wege der Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Das Gefühl der Freude und des Stolzes, das alle Delegierten bewegte, drückte Wilhelm Pieck in seiner Begrüßungsansprache aus, in der er erklärte: „In meiner nahezu 52jährigen Gewerkschaftszugehörigkeit ist das Zustandekommen dieser Einheitskonferenz des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes mein stärkstes Erlebnis. Zum ersten Male in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vereinigen sich auf dieser Konferenz die Vertreter der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen, um einen einheitlichen Freien Deutschen Gewerkschaftsbund zu schaffen, einen Bund, dem auch in der Geschichte unseres Volkes eine außerordentlich hohe Bedeutung zukommt."[78]

Der Kongreß beschloß die „Grundsätze und Aufgaben der freien deutschen Gewerkschaften".[79] Diese bestimmten den Charakter des FDGB als der einheitlichen Massenorganisation aller Arbeiter und Angestellten, organisiert nach Industriegewerkschaften. In diesem Dokument bekannten sich die Gewerkschaften zu den Zielen der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Zu den wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften wurden erklärt: die Säuberung der Betriebe von Faschisten und Kriegsverbrechern, die Auflösung der Konzerne und der Großbanken, die Übernahme der Konzernbetriebe und der Betriebe von öffentlicher Bedeutung in die Hände der Landes- beziehungs-

[77] Zit. nach: Protokoll der Ersten Allgemeinen Delegierten-Konferenz des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes für das sowjetisch besetzte deutsche Gebiet. 9. bis 11. Februar 1946, Berlin 1946, S. 171.

[78] Wilhelm Pieck: Zu Fragen der Gewerkschaftspolitik, Berlin 1956, S. 262.

[79] Dokument Nr. 18.

weise Kommunalverwaltungen, die Steigerung der Produktion und die Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes der Gewerkschaften, die stärkere Einflußnahme auf die Landes- und Stadtverwaltungen und die Industrie- und Handelskammern, das Eintreten für bessere Arbeitsbedingungen und die sozialen und kulturellen Interessen der Werktätigen. Die Gewerkschaften verkündeten den Grundsatz: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und Leistung, ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht.

Der Beschluß forderte ferner, „eine Konferenz demokratisch gewählter Gewerkschaftsvertreter aus allen Gebieten Deutschlands"[80] einzuberufen, die den einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbund schaffen sollte. Der FDGB setzte sich das Ziel, so zu arbeiten, daß er das Vertrauen der organisierten Arbeiter der Welt gewinnt und in die Reihen des Weltgewerkschaftsbundes aufgenommen wird.

Der Kongreß faßte weiterhin Beschlüsse über die Aufgaben und Rechte der Betriebsräte, über Forderungen der Jugend, über die Liquidierung der Großbanken und eine Entschließung zum Kriegsverbrecherprozeß in Nürnberg.

Der Kongreß wählte den Bundesvorstand des FDGB. Hans Jendretzky (KPD) wurde dessen Erster Vorsitzender. Zweiter Vorsitzender wurde Bernhard Göring (SPD), Dritter Vorsitzender Ernst Lemmer (CDU).

Auf dem Kongreß berichteten Delegierte aus allen Teilen der sowjetischen Besatzungszone über die Erfolge, die nicht nur bei der Sicherung der Gewerkschaftseinheit, sondern auch bei der Vorbereitung der Einheitspartei erzielt worden waren. Stürmischer Beifall dankte Otto Grotewohl, als er den Delegierten den Beschluß des Zentralausschusses der SPD über die Einberufung des Parteitages und die Vereinigung von SPD und KPD verkündete. In einer an das Zentralkomitee der KPD und den Zentralausschuß der SPD gerichteten Entschließung[81] forderte der Kongreß im Namen von Millionen Werktätigen die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei.

In seiner Rede auf dem Kongreß faßte Walter Ulbricht, der mit den meisten Stimmen in den Bundesvorstand des FDGB gewählt wurde, die bisherigen Ergebnisse des Kampfes um die Einheit der Arbeiterklasse zusammen und erklärte: „Die deutsche Arbeiterklasse hat aus der Vergangenheit etwas gelernt. Eine neue Lage ist eingetreten. Nach-

[80] Protokoll der Ersten Allgemeinen Delegierten-Konferenz des FDGB . . ., S. 221.
[81] Dokument Nr. 19.

dem gewisse reaktionäre Kreise seit der Gründung des Reiches das Land von einer Krise in die andere geführt, von einer Katastrophe in die andere getrieben haben, ist die Zeit gekommen, wo die Arbeiterklasse als führende Kraft auftritt, um die Einheit der Nation und die Einheit des Volkes, um den Aufbau der demokratischen Herrschaft des Volkes zu sichern."[82]

Am 26. Februar traten das Zentralkomitee der KPD und der Zentralausschuß der SPD erneut mit Vertretern beider Parteien aus den Bezirken zu einer Konferenz zusammen, um weitere Schritte zur Vereinigung der Arbeiterparteien festzulegen. Diese Konferenz wurde auch unter der Bezeichnung Februarkonferenz oder zweite Sechziger-Konferenz bekannt. Obwohl seit der Konferenz vom Dezember 1945 erst wenige Wochen vergangen waren, hatte die Einheitsbewegung weit um sich gegriffen. In vielen Betrieben und Orten waren bereits organisatorische Festlegungen für die Vereinigung der Arbeiterparteien getroffen worden.

Am 4. Februar 1946 wurde in der Maxhütte Unterwellenborn der erste Hochofen wieder angeblasen. Am gleichen Tage erklärten die politisch organisierten Arbeiter: „Wir sozialdemokratischen und kommunistischen Mitglieder unserer Betriebsgruppen vollziehen heute – am Tage der Wiederinbetriebnahme unserer Maxhütte – unseren organisatorischen Zusammenschluß zu einer einheitlichen Betriebsgruppe der klassenbewußten Arbeiter und Angestellten ... Wir werden rastlos an uns und an der gesamten Arbeiterschaft arbeiten und uns schulen, um unsere Maxhütte zu einer unüberwindlichen Festung der sozialistischen, marxistischen Bewegung und zu einem Hort der gewerkschaftlichen Entfaltung zu machen ... Wir wollen mit unserem Zusammenschluß aber auch allen unseren Genossen in Thüringen, in der Sowjetzone und im ganzen Deutschland Vorbild und Beispiel sein."[83]

Die Arbeiter der Leunawerke, die in enger Aktionsgemeinschaft das Werk wieder in Gang gebracht und ihr Produktionssoll übererfüllt hatten, beschlossen am 18. Februar 1946 auf einer gemeinsamen Funktionärkonferenz: „Wir werden alle unsere Aufgaben nur noch gemeinsam beraten und gemeinsam durchführen. Eine getrennte Beratung der beiden Betriebsgruppen soll nur in solchen Fragen stattfinden, die der Beschleunigung der Verschmelzung dienen."[84]

[82] Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, S. 539.
[83] Dokumente und Materialien ..., Reihe III, Bd. 1, S. 478.
[84] Ebenda, S. 502.

Der stürmische Vormarsch der Bewegung forderte, daß die zentralen Leitungen beider Parteien die Maßnahmen zur Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands genau festlegten und auf alle in der Mitgliedschaft auftretenden Fragen eine klare Antwort gaben. Diese Aufgabe löste die Februarkonferenz.[85] Sie billigte den von der Studienkommission fertiggestellten Entwurf der „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" und stellte ihn der Mitgliedschaft zur Diskussion. Sie beauftragte die Leitungen der beiden Arbeiterparteien, den Vereinigungsparteitag für den 21. und 22. April 1946 vorzubereiten. Die Studienkommission wurde in einen Organisationsausschuß umgebildet. Dieser erhielt den Auftrag, die Grundsätze und Ziele in der Zeitschrift „Einheit" zu erläutern, den Entwurf des Parteistatuts auszuarbeiten, das gemeinsame Zentralorgan und die Verschmelzung aller zentralen Institutionen beider Parteien vorzubereiten.

Die Vereinigung von KPD und SPD rückte in ihrer Endphase in den Mittelpunkt des gesamten politischen Lebens. Die Leitungen beider Parteien wiesen unablässig darauf hin, alle Seiten des Kampfes für die einheitliche, demokratische Republik miteinander zu verbinden und stets den Zusammenhang zwischen der Einheit der Arbeiterklasse, der Sicherung der Demokratie und der nationalen Einheit zu beachten.

Am 2. und 3. März 1946 fand in Berlin die 1. Reichskonferenz der KPD statt, an der etwa 400 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands und auch Vertreter des Zentralausschusses der SPD teilnahmen. Auf dieser Konferenz sprachen Wilhelm Pieck über die Vereinigung der SPD und der KPD und Walter Ulbricht über den Plan des demokratischen Neuaufbaus.

In ihrer Entschließung über die Aufgaben der KPD beim Neuaufbau Deutschlands[86] konnte die Konferenz feststellen, daß bereits wichtige Forderungen des Aufrufs des Zentralkomitees vom 11. Juni 1945 erfüllt waren. Sie verwies aber gleichzeitig darauf, daß in den Westzonen die reaktionären Kräfte versuchten, die Grundlagen des Imperialismus zu retten. Die Konferenz klärte eingehend das Wesen und die Aufgaben der neuen, demokratischen Ordnung und legte unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Besatzungszonen die nächsten Schritte zur Verwirklichung der Ziele des Aufrufs vom 11. Juni 1945 fest.

[85] Dokument Nr. 20.
[86] Dokument Nr. 21.

Für die sowjetische Besatzungszone wurden unter anderen folgende Forderungen erhoben: Sicherung der Volksernährung und Durchführung des Landwirtschaftsplanes, verstärkter Neuaufbau der Industrie, Enteignung der Betriebe der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher, Wiederherstellung beschädigter Wohnungen und Aufbau zerstörter Städte, soziale Rechte für die Arbeiter, insbesondere für die Frauen und Jugendlichen, fördernde Maßnahmen für den gewerblichen Mittelstand, Hilfe für Ausgebombte, Umsiedler und heimkehrende Kriegsgefangene, Durchführung der demokratischen Schulreform, Aufbau einer neuen Justiz, Gleichberechtigung der Frau, aktive Hilfe beim Aufbau der Freien Deutschen Jugend. Die Konferenz bestätigte die von einer Wirtschaftskonferenz der KPD Ende 1945/Anfang 1946 erarbeiteten Richtlinien für den Neuaufbau der deutschen Wirtschaft[87] und ein Wohnungsbauprogramm.

Das Wirtschaftsprogramm der KPD beschränkte sich nicht darauf, Vorschläge für die Entmachtung der Monopolherren und die Demokratisierung der Wirtschaft zu unterbreiten, sondern legte zugleich dar, wie ein Aufschwung der Produktivkräfte erreicht werden kann.

Die Richtlinien gingen von einer nüchternen Beurteilung der Wirtschaftslage aus. Als wertvollstes Gut bezeichneten sie die menschliche Arbeitskraft, von deren zielstrebigem Einsatz die Erschließung der übrigen verbliebenen wirtschaftlichen Quellen abhing. Zu diesen Hilfsquellen gehörten der Grund und Boden, ohne dessen intensive Nutzung eine Hungerkatastrophe unabwendbar wurde; die Bodenschätze, vor allem die Vorkommen an Kohle, Erzen, Kali und Salz; die nicht zerstörten Produktionsanlagen; die noch vorhandenen Rohstoffe.

Diese Quellen mußten die Werktätigen sinnvoll nutzen. Dabei konnten sie weder an die faschistische Zwangswirtschaft noch an die sogenannte freie Wirtschaft anknüpfen. Ebensowenig konnte sich unter den damaligen Gegebenheiten der Aufbau nach sozialistischen Grundsätzen vollziehen. Es galt, eine Wirtschaftsplanung zu betreiben, die den politischen und ökonomischen Verhältnissen und den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprach. Sie mußte vom Bestehen unterschiedlicher Eigentumsformen – staatliche oder kommunale Betriebe, privatkapitalistische Unternehmen, Handwerk, in Treuhand befindliche Betriebe – ausgehen. Die Wirtschaftsplanung, die zunächst in Vierteljahresplänen erfolgte, gewährte allen zur Aufbauarbeit bereiten Kräften Raum für freie wirtschaftliche Tätigkeit.

[87] Dokument Nr. 17.

„Die Wirtschaftsplanung muß abgestimmt sein auf die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands", hieß es in den Richtlinien der KPD. „Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands ist ebenso wie die Wiederherstellung der politischen Einheit Deutschlands untrennbar verknüpft mit der Herstellung der Einheit der deutschen Arbeiterklasse."[88]

Im Mittelpunkt des Wirtschaftsplanes standen der Aufbau der Transport- und Verkehrswirtschaft, die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte, die Förderung von Bodenschätzen und die Erhöhung der industriellen und gewerblichen Friedensproduktion, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Heizmaterial und notwendigen Gebrauchsgütern und die Bereitstellung und Lenkung der Arbeitskräfte.

Die Zielsetzung entsprach der damaligen Notlage. Die Wirtschaft lebte von der Hand in den Mund. Die Mitarbeiter der Selbstverwaltungsorgane waren schon froh, wenn sie wieder für eine Woche die Brotversorgung ihrer Gemeinde gesichert hatten. Jeder Nagel, jede Schraube war von unschätzbarem Wert.

Es genügte jedoch nicht, daß Arbeiter und Angestellte hart arbeiteten, um die Produktion zu steigern, sie mußten auch lernen, die Wirtschaft selbst zu lenken und zu leiten. Daher erwuchsen den Gewerkschaften und Betriebsräten neue Aufgaben. Für sie forderte die KPD das Mitbestimmungsrecht in allen Fragen der Produktion und in allen sozialen und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten.

Die 1. Reichskonferenz der KPD rief die Antifaschisten in den Westzonen auf, sich ebenfalls bestimmenden Einfluß auf das gesellschaftliche Leben zu erkämpfen. Sie sollten antifaschistische Zeitungen und Literatur herausgeben, vereint auftreten und die Sammlung der reaktionären Kräfte verhindern. Eine demokratische Bodenreform stand noch aus. Die Konzerne waren noch nicht aufgelöst, Betriebsleitungen und Verwaltungen noch nicht von Faschisten gesäubert. Das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften mußte erst noch durchgesetzt werden.

Die Konferenz nahm eingehend zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien Stellung und erklärte: „Die Frage der Vereinigung muß von den Mitgliedermassen beider Parteien, und nur von ihnen, entschieden werden . . . Obwohl wir die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien im ganzen Reich gewünscht haben, zwingen uns die besonderen Umstände, unter denen gegenwärtig die beiden Arbeiterparteien in

[88] Dokumente und Materialien . . ., Reihe III, Bd. 1, S. 388.

Deutschland tätig sind, die Vereinigung in allen Bezirken zu befürworten, wo sie gegenwärtig möglich ist."[89] Die Konferenz billigte die vom Zentralkomitee eingeleiteten Maßnahmen und Vereinbarungen über die Vereinigung mit der SPD und die Entwürfe der Grundsätze und Ziele und der Statuten. Sie stimmte dem Vorschlag zu, den 15. Parteitag der KPD für den 19. und 20. April 1946 einzuberufen.

In den Monaten März und April 1946 wurde in der sowjetischen Besatzungszone von unten nach oben in allen Gemeinden und Kreisen die Vereinigung vollzogen. Diese Bewegung war von echter Begeisterung getragen und zeichnete sich zugleich durch eine ernsthafte und kritische Atmosphäre aus.

Von den Mitgliedern wurden die Entwürfe der Grundsätze und Ziele und das Parteistatut eingehend geprüft. Im Mittelpunkt der Aussprachen stand die Frage: Was ist Sozialismus, und auf welchem Wege kann die Arbeiterklasse zum Sozialismus gelangen? Für die deutsche Arbeiterbewegung war die Klärung dieser Fragen besonders dringlich.

Führende Funktionäre von KPD und SPD erläuterten in der gemeinsam herausgegebenen Zeitschrift „Einheit", in Schulungsmaterialien und in zahlreichen Konferenzen und Versammlungen die Ziele der Einheitspartei und ihre Organisationsprinzipien. Sie legten vor allem dar, daß die vereinte Partei der Arbeiterklasse die großen revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung fortsetzen und den Marxismus zur Richtschnur ihres Handelns machen muß.

Die deutsche Arbeiterbewegung hatte, solange sie den Lehren des Marxismus folgte, in den ersten Jahrzehnten ihrer Entwicklung Erfolge errungen, wie sie damals einzigartig in der Welt waren. Später, als sich die opportunistischen Führer der Sozialdemokratie vom Marxismus lossagten und eine revisionistische Politik betrieben, die zur Spaltung der Arbeiterbewegung und zur Unterordnung unter die Ideologie und Politik der imperialistischen Bourgeoisie führte, hatte sie schwere Niederlagen hinnehmen müssen. Angesichts dieser Erfahrungen konnte die Schlußfolgerung nur lauten: Soll die neue, einheitliche Partei der deutschen Arbeiterklasse befähigt werden, ihre historische Rolle zu erfüllen, dann muß sie auf der Grundlage des konsequenten Marxismus beruhen.

Galt es, den Sozialdemokraten zu helfen, ihre reformistischen Vorstellungen zu überwinden, so gab es andererseits Kommunisten, die dogmatisch die Politik der KPD aus der Weimarer Periode fortsetzen

[89] Ebenda, S. 534/535.

wollten. Auch für sie enthielten die Grundsätze und Ziele, in denen die selbständige Bedeutung des demokratischen Kampfes unterstrichen und für Deutschland neue Wege des Übergangs zum Sozialismus gewiesen wurden, viele neue Erkenntnisse, die erst verarbeitet werden mußten.

In der Diskussion um die Grundsätze und Ziele begannen sich Sozialdemokraten und Kommunisten einen gemeinsamen Standpunkt in der Frage zu erarbeiten, wie in Deutschland die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten auf friedlichem, demokratischem Wege über die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution hinaus zum Sozialismus gelangen können. Diese Diskussionen halfen, alte Vorstellungen zu überwinden. Sie trugen dazu bei, daß in den Reihen der Sozialdemokraten die Illusion vom friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus, ohne Zerschlagung des alten Staatsapparates, zurückgedrängt wurde. Sie öffneten jenen Mitgliedern der Kommunistischen Partei den Blick für die neuen Bedingungen und Schlußfolgerungen, die sich den Übergang zum Sozialismus noch immer nicht anders vorstellen konnten als auf dem Wege des bewaffneten Aufstandes und der Errichtung der Sowjetmacht.

Kommunistische und sozialdemokratische Funktionäre erläuterten den Arbeitern ihre große Verantwortung und warnten sie davor, getrennt in künftige Wahlen zu gehen und damit der Reaktion das Feld zu überlassen. Eine treffende Antwort erteilte Otto Buchwitz, der Vorsitzende der SPD im Lande Sachsen, den Einheitsgegnern. Als ihm ein Kurier Kurt Schumachers den Vorschlag überbrachte, die Frage der Einheit erst dann zum Abschluß zu bringen, wenn in kommenden Wahlen festgestellt worden sei, welche Partei die stärkere ist, ließ er Schumacher mitteilen, sein Rechenexempel sei einfacher: Vereint und einig sei die Arbeiterklasse auf jeden Fall stärker.

Besonders wichtig war es, den Mitgliedern beider Arbeiterparteien klarzumachen, warum die Arbeiterklasse in der sowjetischen Besatzungszone im Kampf um die Vereinigung voranschreiten mußte. Die Anhänger Schumachers traten damals mit der raffinierten Argumentation auf, über die Vereinigung könne nur ein Reichsparteitag entscheiden, und dieser könne erst stattfinden, wenn wieder ein einheitlicher deutscher Staat bestehe. Mit diesem Argument, das den ehrlichen Wunsch der Arbeiter – Vereinigung in ganz Deutschland – demagogisch ausnutzte, sollte die Bewegung zum Stillstand und zum Zerfall verurteilt werden. Die revolutionären Vorkämpfer der Einheit der

Arbeiterklasse wiesen demgegenüber nach, daß es gerade darum ging, durch die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse die Versuche zur Losreißung der Westzonen zu vereiteln und die demokratische Einheit der Nation zu sichern.

Diese Haltung wurde auch von den klassenbewußten Arbeitern in den Westzonen uneingeschränkt gebilligt. „Eure Vereinigung findet in den Herzen aller ehrlichen Arbeiter in der Westzone einen ungeheuren Widerhall"[90], schrieben Hamburger Hafen- und Betriebsarbeiter. Freunde der Einheit aus Hessen erklärten: „Wir sind der Überzeugung, daß die Verschmelzung der KPD und SPD in der sowjetischen Zone anfeuernd auf alle sozialistisch orientierten Arbeiter in den westlichen Besatzungszonen wirken wird."[91]

Meinungsverschiedenheiten waren vor allem noch in den Organisationsprinzipien der zu schaffenden Einheitspartei zu überwinden. Insbesondere traten sozialdemokratische Mitglieder gegen die im Statutenentwurf hervorgehobene Rolle der Betriebsgruppen auf. Sie waren noch den überholten Vorstellungen von der Partei als Wahlverein verhaftet. Hatten sich die Betriebsgruppen bereits in der Weimarer Zeit als wichtigste Stützpunkte der Arbeiterklasse erwiesen, so war ihre Bedeutung unter den neuen Bedingungen, als die Arbeiterklasse die Leitung der Produktion mehr und mehr in ihre eigenen Hände zu nehmen begann, erheblich gestiegen. Der Kampf um die Vereinigung der Arbeiterparteien erbrachte selbst den besten Beweis für die Rolle der Betriebsgruppen, denn diese stellten sich in allen Teilen Deutschlands an die Spitze der Einheitsbewegung.

Die Gegner der Sozialistischen Einheitspartei verbreiteten das Argument, die Einheit mit den Kommunisten würde viele Anhänger der SPD abstoßen und ins bürgerliche Lager treiben. Die Tatsachen bezeugten aber das Gegenteil. Gerade im Vereinigungsprozeß strömten viele neue Mitglieder in die SPD. In der Zeit zwischen der Dezember- und der Februarkonferenz wuchs ihr Mitgliederbestand um über 60 Prozent. Den größten Zuwachs hatten jene Bezirke, die bei der Vorbereitung der Vereinigung von KPD und SPD beispielgebend voranmarschierten. Im Bezirksverband Dresden, wo die Sozialdemokraten unter Führung von Otto Buchwitz ein enges Vertrauensverhältnis zu den Kommunisten hergestellt hatten, wuchs der Mitgliederbestand der SPD von 35 000 am 31. Dezember 1945 auf 61 000 am 28. Februar

[90] Ebenda, S. 597.
[91] Ebenda, S. 598.

1946, im Bezirksverband Chemnitz von 25 000 auf 40 000, im Bezirk Weimar-Thüringen von 45 000 auf 75 000. Hingegen blieb Berlin, wo die imperialistischen Besatzungsmächte von den Westsektoren aus die Demokratisierung behinderten und die sozialdemokratische Bezirksleitung sich gegenüber Einheitsgegnern schwankend verhielt, in der Mitgliedergewinnung erheblich zurück. Hier stieg die Mitgliederzahl nur von 58 000 auf 66 300. Auch nach der Februarkonferenz hielt in der sowjetischen Besatzungszone mit Ausnahme von Berlin der Mitgliederzuwachs unvermindert an.

Der Vereinigungsprozeß zeugte vom demokratischen Charakter dieser Bewegung. Erst nachdem Sozialdemokraten und Kommunisten auf getrennt durchgeführten Versammlungen über die Vereinigung abgestimmt hatten, wurde der Zusammenschluß vollzogen. Alle neugewählten Leitungen waren von Sozialdemokraten und Kommunisten paritätisch besetzt.

Besonders scharfe Formen nahm der Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse in Berlin an. Hier war ein Kreis rechter sozialdemokratischer Führer konzentriert, zu dem Karl Germer, Gustav Klingelhöfer, Franz Neumann, Klaus-Peter Schulz, Curt Swolinzky und andere zählten. Mit ihnen solidarisierte sich Gustav Dahrendorf, der sich noch vor der Februarkonferenz nach den Westzonen abgesetzt hatte, um von dort aus den Kampf gegen die Vereinigung und gegen seine ehemaligen Genossen im Zentralausschuß der SPD zu führen.

Die Berliner Spalterfraktion organisierte mit Unterstützung der imperialistischen Besatzungsmächte und mit Hilfe von Kurt Schumacher, der wiederholt mit einem englischen Militärflugzeug in Westberlin erschien, von den Westsektoren der Stadt aus den Kampf gegen den Zentralausschuß und die Vereinigung von SPD und KPD. Unter unmittelbarer Mitwirkung westlicher Besatzungsoffiziere wurde eine „Urabstimmung" inszeniert, die den Beweis erbringen sollte, daß die Mehrheit der Sozialdemokraten gegen eine Vereinigung sei. Der Wille zur Einheit der Arbeiterklasse war so allgemein, daß diese sozialdemokratischen Führer nicht wagen konnten, die Einheit offen abzulehnen. Deshalb stellten sie die Teilnehmer der Urabstimmung vor die verwirrende Frage, ob sie für die sofortige Verschmelzung oder für ein Bündnis mit der KPD seien. Trotz des antikommunistischen Verleumdungsfeldzuges, der diese Urabstimmung begleitete, trotz der demagogischen Fragestellung ergab diese Abstimmung nicht die erhoffte Absage an die Zusammenarbeit mit der KPD. Fast zwei Drittel der

Berliner Organisationen der SPD folgten dem Aufruf des Zentralausschusses[92] und blieben diesem statutenwidrigen Schwindelmanöver fern, dessen Urheber bereits aus der SPD ausgeschlossen waren. Von den 66 246 Mitgliedern der Berliner SPD lehnten 19 529 die sofortige Vereinigung ab. Von diesen 19 529 stimmten aber 14 636 für ein Bündnis mit der KPD. Nur 5568 Berliner Sozialdemokraten, das heißt etwa acht Prozent, erklärten sich gegen die Vereinigung und gegen ein Bündnis mit der KPD.

Versuche, auch in der sowjetischen Besatzungszone in ähnlicher Weise zu manövrieren, scheiterten von vornherein an der Kraft der Einheitsbewegung. Hier wagten die Einheitsfeinde nicht mehr, offen aufzutreten. Insgeheim bereiteten sie sich aber auf die illegale Arbeit in der vereinigten Partei vor, strebten nach einflußreichen Positionen, knüpften Verbindungen, legten aus dem Parteivermögen der SPD Geheimfonds an, mit dem Ziel, die SED von innen her zu unterhöhlen.

Die Fäden dieser Störtätigkeit liefen in dem am 10. April 1946 im Beisein von Kurt Schumacher und von Offizieren der anglo-amerikanischen Geheimdienste in Westberlin geschaffenen Ostbüro der SPD zusammen. Ihm wurde die Aufgabe gestellt, die Sozialdemokraten der sowjetischen Besatzungszone von der Vereinigung abzuhalten oder nach Gründung der SED zur Bildung illegaler Organisationen überzugehen. Das Ostbüro konnte natürlich weder die Vereinigung aufhalten noch eine stabile illegale, gegen die vereinigte Arbeiterpartei wirksam auftretende Organisation aufbauen. Das Ostbüro war und blieb eine Spionageorganisation, die später eindeutig als Bestandteil der Agentenzentralen der NATO überführt wurde.

Alle offenen und versteckten Versuche, die Vereinigung aufzuhalten, schlugen fehl. Die Woge der Einheitsbewegung rollte auch über die letzten Dämme hinweg und zerstörte alle Hoffnungen der Spalter und ihrer imperialistischen Hintermänner im In- und Ausland. Nachdem am 6. April die Landesparteitage der KPD und der SPD die Vereinigung zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossen hatten, fanden am 7. April in allen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone Vereinigungsparteitage statt, auf denen sich die Landesorganisationen der SED konstituierten. Von diesen Landesparteitagen wurden die Delegierten zum Vereinigungsparteitag in Berlin gewählt. Auf großen Massenkundgebungen begrüßte die Bevölkerung die vollzogene Einheit der Arbeiterklasse.

[92] Dokument Nr. 22.

Eine Woche darauf folgte auch Groß-Berlin. Nachdem die Spalterfraktion am 7. April in Zehlendorf einen eigenen Parteitag durchgeführt und eine programmatische Erklärung abgegeben hatte, in der sie sich vom Klassenkampf lossagte, antworteten die Berliner Arbeiter mit ihren Aktionen.

Schon am 15. März 1946 hatte eine Konferenz von 2000 sozialdemokratischen Betriebsfunktionären nach einem Referat Otto Grotewohls erklärt: „Wir wollen keine Zeit mehr verlieren mit unfruchtbaren Diskussionen ... Sozialdemokraten Berlins, stellt euch an die Spitze der Berliner Arbeiterbewegung, beweist jetzt eure Überzeugungstreue, haltet den Gedanken der Solidarität hoch, marschiert geschlossen in die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands!"[93]

Der ehemalige Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, der aus den bitteren Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung Lehren gezogen hatte, schrieb in einem am 12. April 1946 veröffentlichten Brief, er sei „entschieden für die Einheitspartei". „Jetzt, da die Einheitsgewerkschaften geschaffen sind, liegt es auf der Hand, daß ihre verantwortlichen Führer sich gegen die Fortdauer der politischen Spaltung der Arbeiterbewegung wenden und für die Wiederherstellung der Einheitspartei eintreten müssen."[94]

Am 14. April 1946 stimmte die gemeinsame Tagung der beiden Bezirksparteitage für Groß-Berlin der Vereinigung der SPD und der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu und erklärte: „Das tiefe Sehnen der Arbeiterklasse nach Einheit wird Wirklichkeit. Die Zeit der Spaltung, des tiefen Niederganges und der Niederlagen liegt hinter uns."[95]

Der Weg zur Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands war frei.

2. Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Am 19. und 20. April 1946 fanden in Berlin der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands und der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands statt. Aus allen Teilen Deutschlands kommend, versammelten sich die Delegierten beider Parteien in

[93] Dokumente und Materialien ..., Reihe III, Bd. 1, S. 560.
[94] Deutsche Volkszeitung (Berlin), 12. April 1946.
[95] Dokumente und Materialien ..., Reihe III, Bd. 1, S. 608.

Berlin, um den Beschluß über die Vereinigung zu fassen und sich anschließend zum Gründungsparteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zusammenzufinden. Ganz Berlin war von diesem historischen Ereignis beherrscht.

Auf dem 15. Parteitag der KPD, der im Deutschen Theater stattfand, legte das Zentralkomitee Rechenschaft über die seit der Brüsseler Parteikonferenz 1935 geleistete Arbeit ab. Walter Ulbricht, der den politischen Bericht des Zentralkomitees erstattete, konnte mit Stolz darauf verweisen, daß die KPD im antifaschistischen Widerstandskampf in vorderster Front gestanden und eine weitschauende Politik entwickelt hatte, auf deren Grundlage nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus erfolgreich die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und das Bündnis aller demokratischen Kräfte geschaffen wurden. Er würdigte die großen Erfolge, die die KPD im Kampf um die Verwirklichung des Aufrufs vom 11. Juni 1945 errungen hatte, und schloß mit den Worten: „Unser oberstes Gesetz bleibt: Alles durch das Volk! Alles für das Volk! Alles für unser neues deutsches Vaterland!"[96]

Franz Dahlem berichtete über die Organisationspolitik, Anton Ackermann über den ideologischen Kampf der Partei, Elli Schmidt über die Frauenarbeit, Paul Verner über die Jugendarbeit, Alfred Oelßner gab den Kassenbericht.

Anschließend ergriff Wilhelm Pieck das Wort zu seiner großen Rede „Die Einheit des schaffenden Volkes". Er begründete eingehend die Bündnispolitik der KPD und erläuterte den Delegierten die politischen, ideologischen und organisatorischen Prinzipien der zu schaffenden Einheitspartei. „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands", erklärte Wilhelm Pieck abschließend, „ist eine politische Tatsache. Sie entsteht unter dem Wutgeheul der reaktionären Meute, die sich durch diese Einheit bedroht fühlt. Mögen sie heulen und toben, die Herren Monopolkapitalisten und Reaktionäre, wir werden ihnen noch viel mehr Anlaß dazu geben.

Die Bildung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erregt Hoffnung und freudige Zuversicht in den breiten Massen des schaffenden Volkes. Endlich ist der Bruderzwist für immer begraben. Endlich werden wir in einer Partei vereinigt sein und gemeinsam kämpfen. Endlich werden wir die starke und mächtige Organisation haben, die unsere Kräfte zum Neuaufbau, zum Kampf um den Sozialismus vereint.

[96] Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, S. 596.

Die Sozialistische Einheitspartei ist die Hoffnung unseres Volkes auf eine bessere Zukunft."[97]

Die Delegierten der KPD billigten einmütig die „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" sowie die Statuten und faßten den Beschluß über die Vereinigung mit den Sozialdemokraten.

Der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands wurde der ihm auferlegten historischen Aufgabe voll gerecht: Er vollendete den dreißigjährigen Kampf der KPD für die revolutionäre Einheit der deutschen Arbeiterklasse und erfüllte das Vermächtnis der im Widerstandskampf gefallenen antifaschistischen Kämpfer.

Zur gleichen Zeit tagte der 40. Parteitag der SPD im Theater am Schiffbauerdamm. Trotz der wütenden Hetze und der Drohungen der Schumacher-Gruppe nahmen an ihm mehr als hundert Vertreter aus den Westzonen teil. Unter den zahlreichen Begrüßungsschreiben, die dem Parteitag zugingen, befand sich auch eine Grußadresse, die die Unterschrift von zahlreichen britischen Gewerkschaftsführern und Abgeordneten der Labour Party trug. Darin hieß es: „Wir glauben, daß ein sozialistischer Wiederaufbau in Nachkriegseuropa nur durchgeführt werden kann durch die enge Zusammenarbeit und die Einheit von Sozialisten und Kommunisten, und wir hoffen sehnlichst, daß Euer Parteitag die Einheitsbewegung einen großen Schritt weiterführen wird."[98]

Nachdem die Delegierten den Bericht Max Fechners über die Arbeit des Zentralausschusses und Berichte über einzelne Ressorts entgegengenommen hatten, ergriff Otto Grotewohl das Wort zu seiner Rede über die Einheit der deutschen Arbeiterklasse. Er setzte sich entschieden mit der Politik Kurt Schumachers und der einheitsfeindlichen Funktionäre der Sozialdemokratie in Berlin auseinander und wies nach, daß nur die geeinte Arbeiterklasse Imperialismus und Militarismus schlagen und ein friedliebendes, demokratisches Deutschland errichten kann.

„Wir haben es alle am eigenen Leibe verspürt", erklärte Otto Grotewohl, „in welche Gefahr sich die deutsche Arbeiterklasse begeben hatte, als sie sich von den Grundsätzen des konsequenten Marxismus entfernte ... Die deutsche Arbeiterbewegung und besonders die Sozial-

[97] Bericht über die Verhandlungen des 15. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands. 19. und 20. April 1946 in Berlin, Berlin 1946, S. 221/222.

[98] Dokumente und Materialien ..., Reihe III, Bd. 1, S. 622.

demokratische Partei hat diesen revisionistischen Kurs der Sozialdemokratie in den hinter uns liegenden Jahren bitterböse bezahlt."[99]

Auch der 40. Parteitag der SPD war völlig vom Gedanken der Vereinigung beherrscht. Lediglich in der Frage des organisatorischen Aufbaus der Partei, insbesondere der Rolle der Betriebsgruppen, offenbarte die Diskussion, daß es Vorbehalte gegen die gemeinsam vereinbarten politisch-organisatorischen Grundlagen der Partei gab. Viele Sozialdemokraten lebten noch in der Vorstellung, die Partei müsse in erster Linie beim Wahlkampf in Aktion treten und sich deshalb ausschließlich auf territorialer Basis organisieren. Solche Unklarheiten versuchten opportunistische Kräfte auszunutzen, um mit der Organisationsfrage gegen die Sozialistische Einheitspartei überhaupt Stimmung zu machen. Dessenungeachtet faßte auch der 40. Parteitag der SPD einstimmig den Beschluß über die Vereinigung, in dem es hieß: „Der Parteitag tritt mit dem Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands am 21. und 22. April 1946 im Admiralspalast zu Berlin zu dem Konstituierungsparteitag zusammen, um die Vereinigung der beiden Parteien und damit die Konstituierung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu vollziehen ... Sobald in Orten oder Bezirken die Vereinigung beschlossen und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands konstituiert ist, hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands aufgehört zu existieren."[100]

Dieser eindeutige Beschluß überführt alle jene westdeutschen Historiker der Lüge, die entgegen den Tatsachen von einem Verbot der SPD in der sowjetischen Besatzungszone beziehungsweise in der Deutschen Demokratischen Republik reden. Ebenso wie die KPD ging die SPD in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf.

Am 21. und 22. April 1946 trat der Vereinigungsparteitag zusammen. Das Parteitagsprotokoll schilderte die Atmosphäre dieses historischen Ereignisses mit beredten Worten: „Der imposante, repräsentative Saal des ‚Admiralspalastes' war ebenso festlich wie würdig geschmückt. Vor dem ‚Admiralspalast', auf der Friedrichstraße wogte eine nach Tausenden zählende Menschenmenge. Mehr als tausend Delegierte und Ehrengäste, dazu eine noch größere Zahl von Gästen und Zuhörern, füllten den mächtigen Raum bis auf den letzten Platz. Lebhaft und herzlich war durchweg die persönliche Begrüßung alter Kampf-

[99] 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Am 19. und 20. April 1946 in Berlin, Berlin 1946, S. 95.

[100] Ebenda, S. 137.



Büro des Organisationsausschusses
Berlin-Prenzlauer Berg
zur Vorbereitung der Vereinigung
von KPD und SPD, 1946



Agitatoren werben
für eine gemeinsame Kundgebung
der beiden Arbeiterparteien
in Berlin-Charlottenburg, März 1946



Vor der Deutschen Staatsoper (Admiralspalast), der Tagungsstätte
des Vereinigungsparteitages von KPD und SPD zur SED, 21./22. April 1946





Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, die neugewählten Vorsitzenden der SED,
besiegeln mit dem Händedruck den Zusammenschluß der beiden deutschen Arbeiterparteien,
22. April 1946



Wilhelm Pieck, Vorsitzender der SED



Otto Grotewohl, Vorsitzender der SED



Anton Ackermann



Franz Dahlem



Max Fechner



Erich W. Gniffke



August Karsten



Käthe Kern

Mitglieder des Zentralsekretariats der SED



Helmut Lehmann



Hermann Matern



Otto Meier



Paul Merker



Elli Schmidt



Walter Ulbricht

NEUES DEUTSCHLAND

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

1. Jahrgang / Nr. 1 — Berlin, Dienstag, 23. April 1946 — Einzelpreis 15 Pf.

Das größte Ereignis für unser Volk nach der faschistischen Tragödie: Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist geschaffen

Manifest an das deutsche Volk



Karl Marx



Friedrich Engels

Deutsche Männer und Frauen, deutsche Jugend!

Deutsche in Stadt und Land!

Unsere Partei heißt:

Sozialismus durch Einheit der Arbeiterklasse, einer Schule mit der Spaltung der Arbeiterbewegung und Festigung der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront!

Arbeiter und Arbeiterinnen! Angestellte!

Bauern und Bäuerinnen!

Handwerker und Gewerbetreibende!

Frauen und Mütter!

Deutsche Jugend!

Männer und Frauen in Stadt und Land! Burschen und Mädel in Werkstatt und Schule!

Wir sind die Bannerträger des neuen Deutschland! Unser Sieg ist der Triumph der Freiheit, des Friedens, der Völkerverständigung und des Fortschrittes!

Der Vereinigungsparteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Erste Nummer des Zentralorgans der SED, „Neues Deutschland", 23. April 1946

genossen aus den bisher getrennten Parteilagern nach jahrzehntelanger Spaltung. Nachdem die Fidelio-Ouvertüre von Ludwig van Beethoven, gespielt vom Orchester der Staatsoper, verklungen war, betraten die beiden Parteivorsitzenden, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, von verschiedenen Seiten kommend, die Bühne, trafen in der Mitte zusammen und reichten sich unter minutenlangem stürmischem Beifall der Delegierten und Gäste, die sich von ihren Plätzen erhoben hatten, die Hände. Einem Schwur gleich brauste ein dreifaches Hoch auf die deutsche Arbeiterklasse durch den Saal."[101]

Am Vereinigungsparteitag nahmen 548 sozialdemokratische Delegierte (darunter 103 aus den Westzonen) und 507 kommunistische Delegierte (darunter 127 aus den Westzonen) teil. Er widerspiegelte die Einheitsbestrebungen der Arbeiterklasse in ganz Deutschland. Die Delegierten aus der sowjetischen Besatzungszone vertraten rund 680 000 sozialdemokratische und 620 000 kommunistische Mitglieder.

Die grundlegenden Referate des Parteitages wurden von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl zu dem Thema „Die Einheitspartei und der Neuaufbau Deutschlands" gehalten. Die Einmütigkeit der Referenten kam schon darin zum Ausdruck, daß sich Wilhelm Pieck auf den ersten Teil des Themas, also auf die Einheitspartei, konzentrierte, während Otto Grotewohl speziell über die Probleme des demokratischen Neuaufbaus und die Aufgaben der Arbeiterklasse sprach.

Wilhelm Pieck hielt in seinem Referat Rückschau auf den ein Jahrhundert währenden Kampf der Arbeiterklasse für die Interessen der deutschen Nation und legte die große Verantwortung der Arbeiterklasse für den demokratischen Neuaufbau dar. Er erläuterte die Grundsätze und Ziele der SED. In seiner treffenden Polemik entlarvte er die Einheitsfeinde als Gegner einer echten Arbeiterpolitik.

„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands", so erklärte Wilhelm Pieck, „wird die starke und scharfe Waffe des werktätigen Volkes gegen alle reaktionären Angriffe sein, mit der das schaffende deutsche Volk in Stadt und Land die demokratische Republik errichtet und schließlich ein freies sozialistisches Deutschland aufbauen wird."[102] Dieser Gedanke durchzog das Referat Wilhelm Piecks und beseelte den ganzen Parteitag.

[101] Protokoll des Vereinigungsparteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) am 21. und 22. April 1946 in Berlin, Berlin 1946, S. 10.

[102] Ebenda, S. 79.

In der Rede Otto Grotewohls kam das große patriotische Verantwortungsbewußtsein der Arbeiterklasse zum Ausdruck. Seine Ausführungen bewiesen, daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands seit der Stunde ihrer Geburt zur entschiedensten Verfechterin der nationalen Belange unseres Volkes wurde. Der große Grundgedanke des gesamten nationalen Handelns der Partei, die Überzeugung, daß nur die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen werktätigen und nationalgesinnten Schichten unserem Volk Frieden, Fortschritt und Wohlstand sichern kann, wurde von Otto Grotewohl meisterhaft dargelegt.

Er wies nach, wer die Schuld an der nationalen Katastrophe in Deutschland trug. Er geißelte die Versuche der Reaktion, sich, nachdem sie unser Vaterland ins Unglück geführt hatte, nun durch die Spaltung Deutschlands, durch die verschiedensten föderalistischen und partikularistischen Bestrebungen der Verantwortung zu entziehen und sich unter die Schutzherrschaft ausländischer Imperialisten zu begeben. In diesem Zusammenhang wandte er sich entschieden gegen den Antibolschewismus, den die Gegner der Arbeiterbewegung aus dem Arsenal der Goebbelsschen Propagandalügen übernommen hatten. „Wir lehnen den Antibolschewismus deshalb ab", erklärte er, „weil er für Deutschland politischer Wahnwitz ist."[103]

Die Rede Otto Grotewohls war ein glühendes Bekenntnis der Sozialistischen Einheitspartei zur Einheit und zur demokratischen Wiedergeburt Deutschlands.

Nachdem der Parteitag die Reden von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl ohne Diskussion gebilligt hatte, wurden folgende Beschlüsse angenommen: die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, ein Manifest an das deutsche Volk, das Parteistatut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Beschluß über die Konstituierung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Alle Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt, ausgenommen das Parteistatut, das gegen 21 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen beschlossen wurde.

Mit den Grundsätzen und Zielen wurde der Partei ein festes marxistisches Fundament gegeben. Ausgehend von den Lehren der deutschen Geschichte und der historischen Mission der Arbeiterklasse, wurde in diesem programmatischen Dokument die Schlußfolgerung gezogen, daß die Arbeiterklasse die Führung der Nation übernehmen muß.

[103] Ebenda, S. 117.

In ihren Gegenwartsforderungen fußten die Grundsätze und Ziele auf dem Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 und auf dem Aufruf der SPD vom 15. Juni 1945. Die wichtigsten Forderungen lauteten: Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher, Beseitigung der kapitalistischen Monopole, Vernichtung des reaktionären Militarismus, Ausbau der Selbstverwaltungen auf der Grundlage demokratisch durchgeführter Wahlen, Überführung aller öffentlichen Betriebe, der Bodenschätze und Bergwerke, der Banken, Sparkassen und Versicherungsunternehmungen in die Hände der Gemeinden, Provinzen und Länder oder der gesamtdeutschen Regierung, Aufbau der Wirtschaft und Sicherung der Währung auf Grund von Wirtschaftsplänen, demokratische Volksrechte, Sicherung des Koalitions-, Streik- und Tarifrechts, Achtstundentag, Ausbau der Sozialversicherung und des Arbeitsschutzes, Betreuung der Umsiedler und Heimkehrer, demokratische Reform des gesamten Bildungs- und Erziehungswesens, kulturelle Erneuerung Deutschlands, Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung der durch das Hitlerregime den anderen Völkern zugefügten Schäden, schärfster Kampf gegen Rassenhetze und jedwede Hetze gegen andere Völker.

Angesichts der drohenden Gefahr der Spaltung Deutschlands durch das anglo-amerikanische und westdeutsche Monopolkapital verlangte die Partei: „Herstellung der Einheit Deutschlands als antifaschistische, parlamentarisch-demokratische Republik, Bildung einer Zentralregierung durch die antifaschistisch-demokratischen Parteien."[104] Mit dieser Forderung betonte die SED ihre Entschlossenheit, den Kampf um Demokratie und die Sicherung des Friedens im Sinne des Potsdamer Abkommens in allen Teilen Deutschlands zu führen und in diesem Kampf auch das große Werk der Vereinigung der Arbeiterbewegung zu vollenden.

Der zweite Abschnitt der Grundsätze und Ziele behandelte den Kampf um den Sozialismus. In Übereinstimmung mit dem Charakter der Epoche legte das Dokument eindeutig die Perspektive für ganz Deutschland dar: „Mit der Verwirklichung der Gegenwartsforderungen ist jedoch das System der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung nicht beseitigt und die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufgehoben, der Frieden nicht endgültig gesichert.

Das Ziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschafts-

[104] Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, S. 205.

krisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung. Dieses Ziel, die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes, kann nur durch den Sozialismus erreicht werden."[105] Deshalb kämpft die SED „für die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum"[106]. Als grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft bezeichneten die Grundsätze und Ziele die „Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse"[107] und das Bündnis mit den übrigen Werktätigen. Damit wurden die großen revolutionären Ideen der historischen Programmdokumente der deutschen Arbeiterbewegung – des Kommunistischen Manifestes, des Eisenacher Programms, der Kritik von Karl Marx und Friedrich Engels am Gothaer Programm, des Erfurter Programms und des Gründungsprogramms der KPD – von der vereinten Partei der deutschen Arbeiterklasse aufgegriffen.

Mit ihren Grundsätzen und Zielen grenzte sich die SED eindeutig von allen reformistischen Auffassungen über ein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus ab. Die Grundsätze und Ziele zeugten davon, daß es die Führung der SED verstand, eine eigene, schöpferische, den besonderen Bedingungen in Deutschland entsprechende grundsätzliche Antwort auf die Frage zu geben, *wie* der Übergang zum Sozialismus erfolgen muß. Die SED erklärte, daß sie für den sozialistischen Staat kämpfen will „auf dem Boden der demokratischen Republik.

Die gegenwärtige besondere Lage in Deutschland, die mit der Zerbrechung des reaktionären staatlichen Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage entstanden ist, schließt die Möglichkeit ein, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt."[108]

Diese Orientierung war von weitreichender Bedeutung für die Politik der SED. Sie entkräftete die Verleumdungen ihrer Gegner, die den

[105] Ebenda.
[106] Ebenda.
[107] Ebenda, S. 206.
[108] Ebenda.

Marxisten nachsagten, sie wollten unbedingt über Krieg und Bürgerkrieg ihre Diktatur errichten. Sie bewies zugleich, wie unhaltbar die Behauptungen jener sozialdemokratischen Führer waren, die erklärten, man könne sich mit den Kommunisten nicht vereinigen, weil die KPD die Demokratie ablehne. Die Grundsätze und Ziele stellten nicht nur die Auffassungen der SED über den Sozialismus klar, sondern auch ihr Verhältnis zur Demokratie. Sie bejahten die demokratische Republik und betrachteten sie im Sinne von Karl Marx als den günstigsten Kampfboden, um auf demokratischem Wege, durch die Gewinnung der Mehrheit des Volkes, zum Sozialismus zu gelangen. Sie orientierten auf die Durchführung der sozialistischen Revolution mit friedlichen Mitteln.

Die klaren Ausführungen über den Weg zum Sozialismus widerlegten jene Verleumder, die der Partei vorwarfen, sie sei ein Organ der sowjetischen Besatzungsmacht, sie wolle die Politik der Bolschewiki in Deutschland nachahmen und die Sowjetordnung einführen. Sie zeugten von der Fähigkeit der SED, die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung und in besonderem Maße die Erfahrungen der sowjetischen Arbeiterklasse schöpferisch auf die deutschen Verhältnisse anzuwenden, eine von Opportunismus und Dogmatismus gleichermaßen freie, prinzipienfeste Politik zu entwickeln.

Mit der in den Grundsätzen und Zielen programmatisch vorgesehenen Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung der sozialistischen Revolution und mit der späteren erfolgreichen Verwirklichung dieser Linie in der Deutschen Demokratischen Republik sammelte die SED Erfahrungen, die internationale Bedeutung haben.

Durch die Annahme der Grundsätze und Ziele war es gelungen, Kommunisten und Sozialdemokraten auf der Basis eines Programms zu vereinigen, das den Weg zur Lösung des Hauptproblems unserer Epoche – des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus – wies. Die Gründung der SED ist die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse seit der Begründung des wissenschaftlichen Sozialismus durch Karl Marx und Friedrich Engels, der Entstehung der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland und der Gründung der KPD.

In dem Manifest an das deutsche Volk würdigte der Parteitag die große Bedeutung der Vereinigung, erläuterte den Massen die Ziele der Partei und rief die fortschrittlichen Werktätigen auf, sich in die Sozialistische Einheitspartei einzureihen.

Das Parteistatut beruhte auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus. In der wichtigen Frage der Mitgliedschaft hieß es: „Mitglied kann werden, wer die Parteitagsbeschlüsse und dieses Statut anerkennt und sich verpflichtet, im Sinne dieser Beschlüsse zu wirken und aktiv in der Partei zu arbeiten."[109] Das Statut stellte fest, daß alle Mitglieder, die in einem Betrieb tätig sind, der Betriebsgruppe angehören und dort zur Mitarbeit verpflichtet sind. Das Schwergewicht der Parteiarbeit lag jedoch noch auf den Ortsgruppen. Das erste Statut der SED fußte auf den marxistisch-leninistischen Organisationsprinzipien, verkörperte aber noch nicht vollkommen die von W. I. Lenin entwickelten organisatorischen Grundlagen einer Partei neuen Typus.

Erst in einer gemeinsamen Partei war es möglich, Sozialdemokraten, Kommunisten und die vielen neu zur Partei stoßenden Mitglieder zu einer unzerstörbaren Einheit zu verschmelzen und ideologische Geschlossenheit, bewußte Disziplin, Kritik und Selbstkritik völlig durchzusetzen.

Die Grundsätze und Ziele wie auch das Parteistatut entsprachen dem damaligen Entwicklungsstand der Partei. Sie zeugten von einem großen Reifeprozeß, den die Arbeiterbewegung dank der Aktionseinheit von KPD und SPD durchlaufen hatte. Dieser Prozeß war aber noch nicht abgeschlossen. Im stürmischen Tempo der Vereinigung konnten noch nicht alle Probleme bis zu Ende geklärt werden. Deshalb blieb eine Reihe politischer und organisatorischer Fragen unentschieden, einige Festlegungen trugen Kompromißcharakter. Solche Grundprinzipien einer marxistisch-leninistischen Partei wie die Anerkennung des Leninismus, ihre Stellung zur Sowjetunion und zur führenden Rolle der KPdSU(B) in der internationalen Arbeiterbewegung waren in die Dokumente des Vereinigungsparteitages noch nicht aufgenommen worden.

Die SED hatte noch große theoretische Arbeit zu leisten. Sie mußte auf die vielfältigen Fragen der demokratischen Erneuerung Deutschlands Antwort geben, die Probleme des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus lösen und eine Politik entwickeln, die den Kampf um die demokratische Einheit der Nation mit dem Kampf um den sozialen Fortschritt verband. Für die Zukunft reifte die Aufgabe heran, für Deutschland das Programm der Errichtung einer sozialisti-

[109] Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes, Bd. I, Berlin 1952, S. 11.

schen Gesellschaftsordnung auszuarbeiten. Es galt, wissenschaftlich begründete Vorstellungen über eine sozialistische Planwirtschaft, über den Aufbau und die Leitung eines sozialistischen Staates und über die sozialistische Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur zu entwickeln. Vor allem waren viele Überlegungen notwendig, um Wege ausfindig zu machen, wie durch die Festigung und Erweiterung der Errungenschaften der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung der Übergang zum Sozialismus auf friedliche Weise vollzogen werden konnte. All das setzte voraus, daß die Mitglieder der SED gründlich die Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus studierten. Die SED mußte die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung kritisch einschätzen, Lehren aus den Klassenkämpfen der Vergangenheit und aus den politischen Erfahrungen der beiden Arbeiterparteien ziehen.

Die vom Vereinigungsparteitag angenommenen Beschlüsse ermöglichten es, den Vereinigungsprozeß durch die Herstellung der politisch-ideologischen und organisatorischen Geschlossenheit zu vollenden. Die Partei mußte alle noch vorhandenen rechtsopportunistischen und sektiererischen Auffassungen überwinden und zu einer für alle neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse aufnahmebereiten Pflegestätte des schöpferischen Marxismus werden. Das war der Weg, um die SED zu einer Partei neuen Typus weiterzuentwickeln.

Nach der Verabschiedung der Grundsätze und Ziele und des Parteistatuts wurde über den historischen Beschluß über die Vereinigung der KPD und der SPD abgestimmt. Walter Ulbricht, der an diesem Tage die Verhandlungen leitete, verkündete unter dem brausenden Jubel der Delegierten: Einstimmigkeit. Die Delegierten erhoben sich begeistert und stimmten die „Internationale" an. Hochrufe auf die Sozialistische Einheitspartei hallten durch den Raum. Mancher bewährte Kämpfer schämte sich in diesem Augenblick seiner Tränen nicht. Die Losung des alten Arbeiterkampfliedes „Brüder, in eins nun die Hände" war Wirklichkeit geworden. Das Sehnen aller klassenbewußten Arbeiter hatte endlich seine Erfüllung gefunden. Ein grandioser Sieg war errungen, ein Sieg über die deutsche und internationale Reaktion, über die Spalter und auch über Zweifel, Mißtrauen und Sektierertum in den eigenen Reihen.

Der vom Parteitag gewählte Parteivorstand setzte sich aus Vertretern aller Besatzungszonen zusammen. Damit wurde unterstrichen, daß es das Ziel der SED war, das große Werk der Einheit durch die Bildung einer gesamtdeutschen sozialistischen Einheitspartei zu vollenden.

Zu gleichberechtigten Vorsitzenden der SED wurden Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck gewählt.

In seiner Schlußansprache würdigte Walter Ulbricht die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands als den Sieg des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung: „In Deutschland, dem Geburtsland der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx und Friedrich Engels, wird jetzt die große Lehre unserer Altmeister zum Inhalt des Kampfes und der Arbeit der großen Sozialistischen Einheitspartei werden ... Es hat sich erwiesen, daß nur *eine* Sozialistische Einheitspartei notwendig ist; denn es gibt nur *einen* wissenschaftlichen Sozialismus, es gibt nur eine Lehre von Karl Marx und Friedrich Engels ..., es gibt nur *einen* Weg, der zu dem gemeinsamen großen Ziele des Sozialismus führt."[110]

Mit der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erlebte die deutsche Arbeiterbewegung ihre Neugeburt. Gestützt auf alle fortschrittlichen Traditionen, ausgerüstet mit der wissenschaftlichen Lehre des Marxismus-Leninismus, wandte sie sich den großen Aufgaben unserer Epoche zu, dem Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus.

Die Vereinigung der Arbeiterparteien im Osten Deutschlands war das Werk der Arbeiterklasse, aber sie wäre nicht denkbar gewesen, wenn an ihrer Spitze nicht solche erprobten Führer wie Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht gestanden hätten. Sie wiesen die Richtung, gemeinsam mit so hervorragenden Arbeiterfunktionären wie Anton Ackermann, Martha Arendsee, Kurt Bürger, Franz Dahlem, Werner Eggerath, Kurt Fischer, Ottomar Geschke, Richard Gyptner, Edwin Hoernle, Hans Jendretzky, Bernard Koenen, Wilhelm Koenen, Hermann Matern, Heinrich Rau, Willy Sägebrecht, Elli Schmidt, Robert Siewert, Gustav Sobottka, Herbert Warnke, Otto Winzer und anderen von der KPD sowie Werner Bruschke, Otto Buchwitz, Friedrich Ebert, Max Fechner, Rudolf Friedrichs, August Frölich, Bernhard Göring, Wilhelm Höcker, August Karsten, Käthe Kern, Helmut Lehmann, Karl Litke, Otto Meier, Carl Moltmann, Erich Mückenberger, Josef Orlopp, Hermann Schlimme, Karl Steinhoff, Erich Zeigner und anderen von der SPD.

Veteranen der Arbeiterbewegung schätzten sich glücklich, daß sie den Tag der Einheit noch erleben durften. Aus der Schweiz telegra-

[110] Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. III, Berlin 1963, S. 11 u. 12.

fierte der 96jährige Georg Ledebour: „Ich wünsche Euch vollen Erfolg in Euren Bemühungen zur Einigung der deutschen Arbeiterparteien und siegreiche Kraft zur Überwindung aller Schwierigkeiten."[111]

Zentralorgan der SED wurde die Tageszeitung „Neues Deutschland", zentraler Parteiverlag der Dietz Verlag. In seiner ersten Nummer veröffentlichte „Neues Deutschland" neben Dokumenten des Parteitages Grüße der Veteranen aus den beiden ehemals getrennten Parteien, darunter die Schreiben von Theodor Leipart und Georg Schöpflin, deren Namen mit der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie aufs engste verbunden sind.

Am 23. April 1946 trat der Parteivorstand der SED zu seiner 1. Tagung zusammen. Er wählte das Zentralsekretariat, dem Anton Ackermann, Franz Dahlem, Max Fechner, Erich W. Gniffke, Otto Grotewohl, August Karsten, Käthe Kern, Helmut Lehmann, Hermann Matern, Otto Meier, Paul Merker, Wilhelm Pieck, Elli Schmidt und Walter Ulbricht angehörten. Zu stellvertretenden Parteivorsitzenden wurden Max Fechner und Walter Ulbricht gewählt.

Die Vereinigung von KPD und SPD war ein Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von nun an trat in einem großen Teil Deutschlands die Arbeiterklasse als geschlossene Kraft auf. Sie wurde befähigt, auch in Deutschland ihre historische Mission zu erfüllen.

Mit der Gründung der SED veränderte sich das Kräfteverhältnis der Klassen in Deutschland wesentlich zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Die Arbeiterklasse besaß nunmehr eine einheitliche, starke, revolutionäre Partei, die alle guten und revolutionären Traditionen aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in sich verkörpert. Zum erstenmal wurde in einem hochindustrialisierten Land die Einheit der Arbeiterbewegung auf der Grundlage des Marxismus wiederhergestellt.

Mit der Gründung der SED entstand ein nationales Kraftzentrum für die Einigung aller deutschen Patrioten. Die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse entsprach den Interessen der Bauernschaft, der Intelligenz und anderer Schichten des deutschen Volkes an der Zerschlagung der Grundlagen des faschistischen deutschen Imperialismus und Militarismus. Sie festigte die Hegemonie der Arbeiterklasse in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und sicherte deren konsequente Zuendeführung.

[111] Neues Deutschland (Berlin), 28. April 1946.

Mit der Gründung der SED wurden die Kräfte der Demokratie und des Friedens in der ganzen Welt gestärkt, denn mit ihr erwuchs in Deutschland jene Kraft, die in der Lage war, die Massen zum Sieg über den deutschen Imperialismus, den Todfeind aller friedliebenden Völker, zu führen und das Vermächtnis der beiden größten Söhne des deutschen Volkes, Karl Marx und Friedrich Engels, zu erfüllen.

3. Der Kampf um die Vereinigung der Arbeiterparteien in den Westzonen. Der Parteitag der westdeutschen Sozialdemokratie in Hannover

Von der Gründung der SED gingen neue Impulse für den Kampf um die Vereinigung der Arbeiterparteien in den Westzonen aus. Am 7. Mai 1946 rief der Parteivorstand der SED in einem Offenen Brief alle Sozialdemokraten und Kommunisten auf, auch in den Westzonen die Sozialistische Einheitspartei zu schaffen.[112] Er schlug vor, die in den Grundsätzen und Zielen der SED erhobenen Gegenwartsforderungen als Grundlage für das Zusammenwirken der sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeiter zu nehmen. In Einheitsfrontausschüssen sollte eine enge Zusammenarbeit bei der Durchführung antifaschistisch-demokratischer Maßnahmen erzielt werden.

In vielen Orten Westdeutschlands organisierten Kommunisten und Sozialdemokraten, die am Vereinigungsparteitag in Berlin teilgenommen hatten, Versammlungen und Kundgebungen. In Entschließungen forderten die Werktätigen, daß die Vorstände der Arbeiterparteien in sofortige Verhandlungen eintreten, um eine Einheitspartei aller Arbeiter zu schaffen. Am 1. Mai 1946 demonstrierten Zehntausende für die Einheit der Arbeiterklasse, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt. In Dortmund waren es 30000 bis 40000 Menschen, in Essen 20000, in Solingen 10000. In Hamburg rief Max Reimann den Werktätigen zu: „Der Wille zur Einheit ist so mächtig, daß darauf eine freie deutsche Republik gebaut werden kann."[113]

In vielen Orten des Ruhrgebietes verstärkte sich in den Monaten April/Mai 1946 die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Organisationsausschüsse wurden gebildet, die sich die

[112] Dokument Nr. 23.

[113] Hamburger Volkszeitung, 4. Mai 1946.

Aufgabe stellten, die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei vorzubereiten. In Köln wurde Anfang Juni 1946 auf einer Konferenz von Vertretern aus 29 Betrieben ein aus 10 Kommunisten und 10 Sozialdemokraten bestehender Organisationsausschuß gewählt. Ähnlich war es in Duisburg, Essen, Oberhausen und andernorts. In Großbetrieben des Rhein-Ruhrgebietes, in Hamburg, Hannover, Heidelberg, Mannheim und in Südbaden wurden Zehntausende Unterschriften sozialdemokratischer, christlicher und parteiloser Arbeiter und Angestellter gesammelt, die ihre Bereitschaft erklärten, der SED beizutreten. Unter dem Eindruck dieser Bewegung sagte Carl Severing Anfang Mai 1946 auf einer Bezirkskonferenz der SPD: „Aber um jeder Mißdeutung von vornherein zu begegnen, möchte ich – und ich bin überzeugt, im Namen aller Delegierten – erklären, daß wir eine ehrliche und kameradschaftliche Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei wünschen."[114]

Nachhaltiges Echo fanden Massenkundgebungen, in denen sich führende Vertreter der SED an die westdeutschen Werktätigen wandten. Im Juli 1946 sprachen die Vorsitzenden der SED, Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck, vor 40000 Werktätigen in Braunschweig, vor 50000 in Essen und in Massenkundgebungen in Köln und Wuppertal über die Erfahrungen bei der Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse. Danach führten ihre Stellvertreter, Max Fechner und Walter Ulbricht, Versammlungen und Beratungen in Fürth, München, Nürnberg und anderen Städten Bayerns durch. Trotz der Einmischungsversuche der Besatzungsmacht[115] gestalteten sich diese Kundgebungen zu einem großen Erfolg der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Überall zeigte sich die Bereitschaft zur Einigung der Arbeiterbewegung und zum Kampf gegen die Kriegs- und Naziverbrecher. Überall wurden die führenden Vertreter der SED als die Sendboten der geeinten Arbeiterpartei begeistert begrüßt. Das Auftreten von Mitgliedern des Parteivorstandes der SED in den Westzonen zeugte davon, daß die SED vom Tage ihrer Gründung an bestrebt war, in ganz Deutschland demokratische Verhältnisse zu schaffen, daß sie die offene demokratische Auseinandersetzung auf gesamtdeutscher Ebene suchte.

Erfolge im Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialdemokraten gab es in den Westzonen auch in der parlamentarischen Tätig-

[114] Freie Presse (Bielefeld), 4. Mai 1946. Zit. nach: Gerhard Mannschatz/Josef Seider: Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet für die Einigung der Arbeiterklasse und die Entmachtung der Monopolherren 1945–1947, Berlin 1962, S. 134.

[115] Dokument Nr. 28.

keit. In Hessen handelten die Fraktionen der SPD und der KPD gemeinsam, um die reaktionären Vorstöße der CDU abzuwehren. Eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien entwickelte sich bei der noch vor den Landtagswahlen erfolgten ersten Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen. Ihr war es zu danken, daß der Plan der CDU, entscheidende Regierungspositionen zu besetzen, scheiterte und die CDU sich schließlich nicht an der ersten Regierung beteiligte.

Die Bewegung für die Vereinigung der Arbeiterparteien stützte sich auch in den Westzonen auf die Bereitschaft vieler Mitglieder der SPD und zahlloser parteiloser Arbeiter, die die Spaltung der Arbeiterbewegung endgültig überwinden wollten. Sie hatte aber eine Front gegen sich, die von den imperialistischen Besatzungsmächten über die deutsche Reaktion bis hin zu rechten Führern der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften reichte.

Die imperialistischen Besatzungsmächte waren sich bewußt, welche gewaltige Kraft von der geeinten Arbeiterklasse ausgeht. In dieser Kraft sahen sie die Hauptgefahr für die Verwirklichung ihrer Pläne, die Westzonen in einen imperialistischen Block einzugliedern. Deshalb nutzten sie ihre Regierungsgewalt aus, um die Vereinigungsbewegung mit Verbotsmaßnahmen zu unterdrücken. Sie behinderten die Tätigkeit von Organisationsausschüssen zur Vorbereitung der Vereinigung. Nachdem sie erleben mußten, welchen großen Widerhall das Auftreten von Max Fechner, Otto Grotewohl, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und anderen Mitgliedern des Parteivorstandes bei den westdeutschen Arbeitern und Angestellten fand, verweigerte die britische Besatzungsmacht führenden Funktionären der SED die Einreise in ihre Besatzungszone. Schließlich wurde die Gründung von Organisationen der Sozialistischen Einheitspartei regelrecht verboten. In einem Schreiben des Kommandanten der britischen Militärregierung des Sieg-Kreises vom 10. Mai 1946[116] hieß es anmaßend: „1. Es liegt nicht in der Linie der Politik der Militärregierung, eine Verschmelzung der SPD mit der KPD zuzulassen, da es der Politik der SPD in der britischen Zone widerspricht. 2. Infolgedessen sind alle Versammlungen, die eine solche Verschmelzung als Ziel haben, nicht zugelassen."[117]

Britische Militärstellen verlangten von den in den Westzonen lebenden Mitgliedern des Parteivorstandes der SED, daß sie sofort ihre

[116] Dokument Nr. 26.

[117] Zit. nach: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Berlin), 1961, Sonderheft, S. 247.

Funktionen niederlegten. In einem Schreiben an mehrere Teilnehmer des Vereinigungsparteitages hieß es sogar, sie sollten aus der SED austreten oder die britische Besatzungszone verlassen. Ähnlich handelten die amerikanische und die französische Militärregierung. Den Führern der SED wurden ihre Interzonenpässe bald wieder entzogen, weil die Besatzungsmächte die aufrüttelnde Wirkung der Massenkundgebungen für die Einheit der Arbeiterbewegung fürchteten.

Diese unverhüllten Eingriffe in die inneren Angelegenheiten der deutschen Arbeiterbewegung waren jedoch nicht die einzige Methode, mit der die imperialistischen Besatzungsmächte gegen die Einheit der Arbeiterklasse vorgingen. Die Behinderung demokratischer Tätigkeit wirkte sich negativ auf das Ringen um die einheitliche Arbeiterpartei aus. In den Westzonen fehlte die große demokratische Umwälzung, aus der in Ostdeutschland die Aktionseinheit der Arbeiterklasse ihre Kraft geschöpft hatte. Die von den imperialistischen Besatzungsmächten betriebene Drosselung der politischen Aktivität richtete sich in besonderem Maße gegen die Gewerkschaften, das heißt gegen jene Massenorganisation der Arbeiter, die das Hauptfeld ihres Zusammenwirkens über alle politischen und weltanschaulichen Gegensätze hinweg darstellte. Die Besatzungsmächte schreckten vor Methoden der nackten Gewalt nicht zurück, aber sie verstanden es auch, die Mittel der Bestechung, der Einschüchterung, der Ablenkung einzusetzen.

Die Besatzungsmächte konnten sich einer beweglichen Taktik bedienen, da sie im Kampf gegen die Einheit der Arbeiterklasse von deutschen Politikern unterstützt wurden. Sozialdemokratische Führer um Kurt Schumacher machten ihren ganzen Einfluß gegen die Einheitsbestrebungen, für die Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterbewegung geltend.

Nachdem die Gruppe um Kurt Schumacher einen Reichsparteitag der SPD verhindert hatte, berief sie für den 9. bis 11. Mai 1946 einen Parteitag für die Westzonen nach Hannover ein. Unter den 258 Teilnehmern dieses Parteitages waren auch einige Abgesandte aus den Berliner Westsektoren. Zur Beratung standen ein Referat von Kurt Schumacher über Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie und ein Referat von Viktor Agartz über die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik. Zum Vorsitzenden der SPD der Westzonen wurde Kurt Schumacher gewählt, zu seinem Ersten Stellvertreter Erich Ollenhauer, zum Zweiten Stellvertreter Wilhelm Knothe.

Um eine enge Zusammenarbeit zwischen KPD und SPD bemüht,

hatten sich die Bezirksleitungen der KPD der britischen Besatzungszone an den sozialdemokratischen Parteitag mit einer Botschaft[118] gewendet, in der es hieß: „Die vor dem ganzen deutschen Volk stehenden Aufgaben können nur gelöst werden, wenn die beiden Parteien der deutschen Arbeiterklasse, SPD und KPD, alle Schritte gemeinsam gehen, die der Überwindung der unmittelbaren Not im Aufbau der deutschen Friedenswirtschaft, der Verteidigung der Interessen aller Werktätigen und der Sicherung der Einheit Deutschlands dienen. Es ist der einmütige Wille der deutschen Arbeiterklasse, die wirtschaftlichen Machtpositionen der deutschen Imperialisten endgültig zu vernichten und den demokratischen Weg zum Sozialismus zu sichern."[119]

Die KPD schlug vor, in folgenden vier Punkten Beschlüsse über eine enge Zusammenarbeit zu fassen: Gemeinsame Maßnahmen zur Sicherung und schnellsten Verbesserung der Ernährung; Zusammenarbeit in den Entnazifizierungsausschüssen und gemeinsames Auftreten der sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktionen; gemeinschaftliche Durchführung des Wahlkampfes gegen alle reaktionären, militaristischen und nazistischen Kräfte; gemeinschaftliche Kampagne beider Parteien zur Unterstützung der Gewerkschaften und Betriebsräte.

Der sozialdemokratische Parteitag griff jedoch diese Vorschläge zur Aktionseinheit nicht auf. Statt dessen versuchte Kurt Schumacher in seinem Referat den Anschein zu erwecken, als führe die Sozialdemokratie den Kampf an zwei Fronten: gegen das deutsche Monopolkapital und gegen die Kommunisten beziehungsweise die SED. Vorherrschend war aber bereits auf diesem Parteitag der Antikommunismus.

Die von den konsequenten Antifaschisten erstrebte antifaschistisch-demokratische Umwälzung in ganz Deutschland und die in Ostdeutschland auf diesem Wege errungenen beispielgebenden Erfolge wurden von Schumacher abgelehnt. Seine Ausführungen waren darauf angelegt, die revolutionären Veränderungen der Macht- und Besitzverhältnisse in Mißkredit zu bringen.

Kurt Schumacher verleumdete die Gründung der SED als „Zwangsvereinigung". Viele westdeutsche Arbeiter hatten aber erfahren, daß die Vereinigung in Form und Inhalt demokratisch war, daß von unten nach oben auf allen Ebenen in getrennten Konferenzen demokratisch über die Vereinigung abgestimmt worden war, daß die Funktionen in

[118] Dokument Nr. 24.

[119] Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945–1956. Mit einem Vorwort des Ersten Sekretärs des ZK der KPD Max Reimann, Berlin 1965, S. 80.

sämtlichen Leitungen der vereinigten Partei paritätisch von Sozialdemokraten und Kommunisten besetzt wurden. Viele westdeutsche Arbeiter wollten denselben Weg gehen. Deshalb sah sich Schumacher genötigt, „prinzipielle" Argumente gegen das Zusammengehen mit den Kommunisten ins Feld zu führen. Vor allem behauptete er, die SED, die für ein enges und freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion eintrat, sei keine deutsche Partei, sondern das „Instrument einer ausländischen Macht". Gleichzeitig verunglimpfte er die Bestrebungen der SED, durch die Einheit des schaffenden Volkes in Stadt und Land der deutschen Nation einen neuen Aufstieg zu sichern, als „neuen Nationalismus". Er warf der SED vor, sie habe ein „Bekenntnis zum Unternehmertum" abgelegt, weil sie sich gemäß der antifaschistisch-demokratischen Zielsetzung ihrer Politik und im Interesse des raschen wirtschaftlichen Wiederaufstiegs für die Entfaltung der freien Initiative der Unternehmer im Rahmen der demokratischen Gesetzlichkeit erklärte.

Diese Anwürfe waren ebenso unhaltbar wie widersprüchlich. Sie bauten auf die Unkenntnis der wahren Ziele und des wahren Wesens der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, wie sie in deren Grundsätzen und Zielen niedergelegt worden waren. Schumachers Argumente sollten die antikommunistische Politik rechtfertigen, die Teilnehmer des Parteitages und die SPD überhaupt der starren, gegen die Einheit der Arbeiterklasse gerichteten Politik gefügig machen. Diese antikommunistische Haltung gipfelte in folgender Feststellung in einem der Parteitagsbeschlüsse: „Der Parteitag betrachtet die Mitgliedschaft in der Sozialistischen Einheitspartei und die Werbung für die SED als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD."[120] Mit diesem Beschluß zog der Parteitag zwischen den sozialdemokratischen Organisationen der westlichen Besatzungszonen und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands einen Trennungsstrich. Er zerstörte die Hoffnungen der klassenbewußten deutschen Arbeiter, deren sehnlichster Wunsch es war, daß Kommunisten und Sozialdemokraten sich in ganz Deutschland vereinigen und endgültig die Führung der deutschen Nation übernehmen mögen. So wurde von den Führern der Sozialdemokratie in den Westzonen eine große historische Chance vertan.

Es gelang, den Parteitag auf diese verhängnisvolle Linie festzulegen,

[120] Zit. nach: Sozialismus. Eine Gegenwartsaufgabe, Dr. Schumacher auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Hannover, Entschließungen und die programmatische Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Berlin-Wilmersdorf 1946), S. 29.

weil seine Organisatoren den Anschein zu erwecken vermochten, als hätten sie gegenüber der Politik der kapitalistischen Restauration eine eigene, auch ohne die Einheit mit den Kommunisten zu verwirklichende demokratische und sozialistische Alternative zu bieten.

Der vom Parteitag beschlossenen Kundgebung[121] lag die von Kurt Schumacher und seiner Gruppe entwickelte politische Konzeption zugrunde. Sie verwies die Sozialdemokratie auf eine Politik, die sich ausschließlich im bürgerlichen Parlamentarismus bewegte. Sie diente nicht einer Veränderung der Machtverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten.

Im wirtschaftspolitischen Teil dieser Kundgebung wurden Forderungen erhoben, die einige Jahre für das sozialdemokratische Wirtschaftsprogramm charakteristisch blieben. Unter anderem wurde gefordert: „Alle Betriebe des Bergbaues, der Eisen- und Stahlerzeugung und -bearbeitung bis zum Halbzeug, der größte Teil der chemischen Industrie und die synthetischen Industrien, die Großbetriebe überhaupt, jede Form von Versorgungswirtschaft und alle Teile der verarbeitenden Industrie, die zur Großunternehmung drängen, sind in das Eigentum der Allgemeinheit zu überführen."[122] Der gesamte Verkehr, die Geld- und Kreditversorgung sollten zum Gegenstand sozialistischer Planung gemacht werden.

Des weiteren wurde eine grundlegende Agrarreform „unter Enteignung der Großgrundbesitzer"[123] verlangt. In der Landwirtschaft wie im Handwerk sollten der Genossenschaftsgedanke und die Gemeinschaftsarbeit gefördert werden. Auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungspolitik wollte die SPD eine Demokratie, „die getragen ist von der Mitbestimmung und Mitverantwortung aller Bürger"[124]. Die demokratischen Grundrechte und die Bildungsmöglichkeiten sollten allen Bürgern gesichert sein.

Solche Ziele entsprachen vertrauten traditionellen Vorstellungen der Sozialdemokratie. Einige sozialdemokratische Programmpunkte berührten sich mit den in den Grundsätzen und Zielen der SED erhobenen Forderungen. Viele sozialdemokratische Mitglieder und Wähler sahen in den vom Parteitag ausgegebenen Losungen ein Programm der Werktätigen für den Kampf um den Sozialismus. Der Parteivorstand

[121] Dokument Nr. 25.
[122] Zit. nach: Sozialismus. Eine Gegenwartsaufgabe . . ., S. 24.
[123] Ebenda.
[124] Ebenda, S. 26.



„Haus der Einheit", Sitz des Parteivorstandes der SED



Der Parteivorstand der SED an der Spitze der Maidemonstration 1946
Unter den Linden in Berlin



Maikundgebung in Essen, 1946



Die erste Nummer der „Einheit“, Juni 1946



Agitation in Dresden zum Volksentscheid für die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher, Juni 1946



In einem Abstimmungslokal zum Volksentscheid in Sachsen, 30. Juni 1946



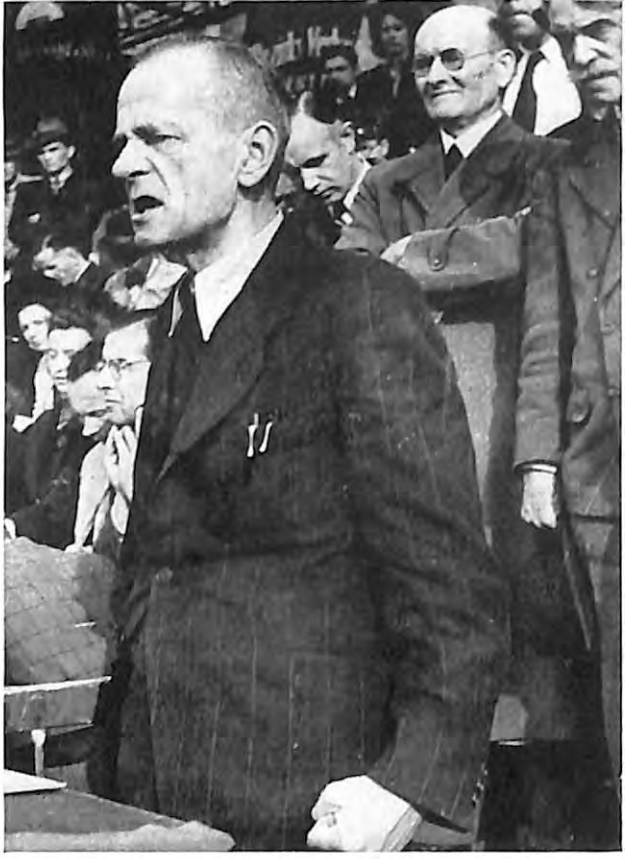
Wilhelm Pieck spricht anläßlich des I. Parlaments der FDJ in Brandenburg (Havel) auf einer Jugendkundgebung, Juni 1946



Werbung für die Teilnahme an einer Kundgebung in Braunschweig, Juli 1946



Großkundgebung mit Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck in Essen, 20. Juli 1946



Kurt Schumacher
spricht auf einer sozial-
demokratischen Kundgebung
im Westberliner Poststadion
gegen die Einheit
der Arbeiterklasse, 1946



Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl (am Rednerpult) auf einer Einheitskundgebung der KPD und der SPD in den Argus-Maschinenhallen in Berlin-Reinickendorf zur Schaffung der SED, 12. März 1946

der SPD rief aber die Massen, die ernstlich nach einer demokratischen und sozialistischen Erneuerung strebten, nicht zum Kampf auf. Er verbündete sich nicht mit den demokratischen Kräften in Ostdeutschland, die auf dem Wege der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung vorangingen. Er stützte sich nicht auf die Errungenschaften der Werktätigen der sowjetischen Besatzungszone, um auch in den Westzonen den Kampf gegen Monopolkapital und Junkertum voranzutreiben. Alle wirtschaftspolitischen Forderungen wollte er unter grundsätzlicher Beibehaltung der bürgerlichen Staatsordnung verwirklichen.

In allen Fragen, in denen sich die sozialdemokratische Führung mit den neuen politischen Tatsachen auseinandersetzen mußte, stand ihr Vorgehen mit den Erfordernissen des antiimperialistischen Kampfes nicht in Einklang. Das wurde deutlich bei ihrer abweisenden Haltung gegenüber dem Potsdamer Abkommen, in der Verleumdung der sowjetischen Besatzungsmacht, in der Anlehnung an die Westmächte, in der feindseligen Stellung zu der Deutschland verändernden antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, in jenen Forderungen Kurt Schumachers, die davon zeugten, daß er die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges nicht anerkannte. Die SPD wurde als eine „dritte Kraft" ausgegeben. Damit sollte ein Gegengewicht zur antifaschistisch-demokratischen Blockpolitik geschaffen werden.

In den Beschlüssen des Parteitags von Hannover widerspiegelten sich andererseits aber auch echte Bestrebungen der werktätigen Massen, insbesondere die Anliegen der klassenbewußten Sozialdemokraten. Mit ihrem Sozialprogramm, in bestimmten Fragen des Staatsaufbaus wie im Stil der Parteiarbeit verfolgte die SPD eine eigene, von CDU/CSU und FDP deutlich unterscheidbare Linie.

Die Forderungen nach Sozialisierung der Schlüsselindustrien und nach einer Agrarreform bedeuteten für die noch sehr anfällige Reaktion eine Gefahr, denn die Masse der sozialdemokratischen Mitglieder und die der SPD folgenden Werktätigen verbanden mit diesen Losungen die Vorstellung einer demokratischen Umwälzung, für die viele zu kämpfen bereit waren. Echte demokratische Bestrebungen zeigten sich in der Tätigkeit sozialdemokratischer Landtagsfraktionen, die Gesetzentwürfe über die Sozialisierung der Grundstoffindustrie und die Mitbestimmung der Werktätigen in den Betrieben einbrachten. Solche Anregungen fanden deshalb auch die Unterstützung der Kommunisten.

So wirkte in der westdeutschen Sozialdemokratie der Widerspruch zwischen den Klasseninteressen der sozialdemokratischen Arbeiter und

der bürgerlichen Haltung ihrer Führer weiter. Nur in Ostdeutschland wurde gemäß den revolutionären Traditionen der deutschen Sozialdemokratie gehandelt. Durch den Zusammenschluß mit den Kommunisten zu einer einheitlichen marxistischen Arbeiterpartei wurden die Lehren der Geschichte gezogen.

4. Die Bewährung der SED und des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien bei der Entmachtung des Monopolkapitals und in den ersten demokratischen Wahlen

In der sowjetischen Besatzungszone rückte nach der Vereinigung von KPD und SPD der Kampf um die Entmachtung des Monopolkapitals in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung. Jetzt waren die Bedingungen herangereift, um zum entscheidenden Schlag gegen die Hauptschuldigen an Faschismus und Krieg, gegen die Konzernherren und Kriegsgewinnler, auszuholen. Der 1. Mai 1946 stand völlig im Zeichen dieses Kampfes. Zwölf Jahre lang hatten die Faschisten die Maifeier geschändet. Nun demonstrierten die Werktätigen in den Städten und Dörfern frei für ihre nationalen und sozialen Rechte. Millionen Arbeiter, Bauern und andere fortschrittliche Vertreter der Bevölkerung forderten ein Volksgericht über die Totengräber der Nation.

Die entscheidende Schlacht in diesem Ringen wurde in Sachsen geschlagen, dem industriell fortgeschrittensten Gebiet der sowjetischen Besatzungszone mit einer traditionsreichen Arbeiterbewegung. In Sachsen hatten schon vor dem Vereinigungsparteitag auf Landesebene gemeinsame Besprechungen zwischen den Vertretern der KPD, der SPD, der CDU, der LDPD, der Gewerkschaften und der Landesverwaltung stattgefunden, die der Ausarbeitung einer gemeinsamen Grundlage für einen Volksentscheid dienten. Die Vertreter aller Parteien billigten den Vorschlag, die Kriegsschuldigen und aktiven nazistischen Elemente entschädigungslos zu enteignen. Dies sollte ein Akt der Gerechtigkeit, eine Sühnemaßnahme für verübte Verbrechen sein. Die antifaschistisch-demokratischen Parteien einigten sich auch, das Gesetz über die Enteignung der Betriebe der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher dem Volk zur Entscheidung vorzulegen. Deshalb be-

antragten die im demokratischen Block zusammengeschlossenen Parteien und der Landesverband des FDGB bei der Landesverwaltung Sachsen die Durchführung eines Volksentscheides.

Wichtige Voraussetzungen für die Entmachtung des Monopolkapitals schuf die SMAD, die mit ihrem Befehl Nr. 154 vom 21. Mai 1946 das durch die Befehle Nr. 124 und 126 sequestrierte Eigentum den deutschen Selbstverwaltungsorganen zur weiteren Verfügung übergab. Mit dem Befehl Nr. 154 legte die SMAD das Entscheidungsrecht über die Betriebe der Kriegs- und Naziverbrecher in die Hände des deutschen Volkes.

Im Lande Sachsen hatten zahlreiche deutsche Rüstungskonzerne ihre Unternehmungen: der AEG-Konzern (Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft), die Anhaltischen Kohlenwerke, der staatskapitalistische ASW-Konzern (Aktiengesellschaft Sächsische Werke), der Auto-Union-Konzern, der Brabag-Konzern (Braunkohle-Benzin AG), der Dea-Konzern (Deutsche Erdöl AG), der Daimler-Benz-Konzern, der Flick-Konzern, der Henkel-Konzern, der Osram-Konzern, der Reemtsma-Konzern, der Rütgers-Konzern, der Salzdetfurth-Konzern, der Siemens-Konzern und andere. Für sie alle war mit der Machtergreifung des Hitlerfaschismus die goldene Zeit angebrochen.

Hermann von Siemens hatte noch im September 1944 auf einem „Betriebsappell" erklärt, sein Konzern habe „stets in entscheidendem Augenblick seine Werkstätten für die großen Aufgaben der Rüstung zur Verfügung gestellt"[125]. Allein der ausgewiesene Reingewinn belief sich bei Siemens in acht Jahren des Aufrüstungs- und Kriegsgeschäftes auf 161 790 331,86 RM. Maßlose Ausbeutung der deutschen Arbeiter, Sklavenarbeit von KZ-Häftlingen, Kriegsgefangenen und ausländischen Zwangsarbeitern, Raub von industriellen Unternehmen und Rohstoffen in den von der deutschen Wehrmacht besetzten Ländern, „Arisierungs"-Geschäfte – das waren die dunklen Quellen, aus denen diese Profite stammten. Kein Konzern machte dabei eine Ausnahme.

Zur Enteignung waren ferner solche Unternehmungen vorgesehen, deren Eigentümer sich als aktive Faschisten betätigt hatten und als Kriegsverbrecher schuldig geworden waren.

Der Volksentscheid unterschied sich von allen früheren Volksabstim-

[125] Siemens-Mitteilungen Nr. 226, Werkzeitschrift, Siemensstadt, Sommer 1944, S. 2. Zit. nach: Otto Schröder: Der Kampf der SED in der Vorbereitung und Durchführung des Volksentscheides in Sachsen. Februar bis 30. Juni 1946, Berlin 1961, S. 31.

mungen durch die umfassende Teilnahme der Werktätigen an seiner Vorbereitung. Vertreter der antifaschistisch-demokratischen Parteien und des FDGB bildeten gemeinsame Ausschüsse für den Volksentscheid. Sie entschieden zusammen mit den Belegschaften, welche Betriebe vom Gesetz über die Enteignung betroffen werden sollten. Noch vor dem Volksentscheid erfolgte die Rückgabe von 1931 Betrieben weniger belasteter Mitglieder der NSDAP.

In den Betrieben lag die unmittelbare Vorbereitung des Volksentscheides in den Händen der Gewerkschaften. Auf den von der Gewerkschaft und den Betriebsräten einberufenen Versammlungen forderten Hunderttausende Arbeiter und Angestellte die Bestrafung der Kriegsschuldigen. Innerhalb von zehn Tagen fanden in Sachsen etwa 5000 Versammlungen statt, darunter 500 in Industriebetrieben. Die Landeskonferenzen der Industriegewerkschaften faßten Beschlüsse, die zur Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher auf dem Wege eines Volksentscheides aufriefen. In einigen Fällen wandten die Arbeiter die Waffe des politischen Streiks an, um ihren Forderungen größeren Nachdruck zu verleihen.

„Die Kriegsverbrecher waren sich stets einig gegen das Volk. Jetzt einigt sich das Volk gegen die Kriegsverbrecher"[126] – unter dieser Losung leisteten die Mitglieder der SED, die fortschrittlichen Kräfte der anderen Blockparteien und die Gewerkschaftsfunktionäre eine gründliche Aufklärung. Das entschlossene Auftreten der Industriearbeiter trug wesentlich dazu bei, daß die Mehrheit für die Forderungen des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien gewonnen wurde.

Das Dorf war durch die demokratische Bodenreform zu politischem Leben erweckt worden. Die Masse der Bauern bejahte den Volksentscheid. Nur ein kleiner Teil der Bauernschaft – vor allem großbäuerliche Kreise – ließ sich von der reaktionären Lüge „Das Privateigentum ist in Gefahr!" schrecken und trat dem Volksentscheid ablehnend oder feindlich gegenüber. Die Mehrheit der Bauern erwies sich als zuverlässiger Verbündeter der Arbeiterklasse im Kampf um die Entmachtung der Monopole.

Die Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher fand auch die Billigung vieler Intellektueller. Bekannte Kulturschaffende erhoben ihre Stimme für den Volksentscheid, unter ihnen der Dirigent Joseph Keilberth, der Schauspieler Paul Wegener, die Tanzpädagogin Mary Wigman. Auch Handwerker und Gewerbetreibende unterstützten den

[126] Neues Deutschland (Berlin), 14. Juni 1946.

Volksentscheid. In über 100000 Handwerksbetrieben wurde er gutgeheißen.

Die geschichtliche Notwendigkeit des Volksentscheids wurde auch von einem Teil des Bürgertums erkannt. Sprecher dieser fortschrittlichen und friedliebenden Menschen aus dem Bürgertum und dem Kleinbürgertum waren aufrechte Antifaschisten in den bürgerlich-demokratischen Parteien, Johannes Dieckmann in der LDPD, Otto Nuschke und Luitpold Steidle in der CDU, die entschlossen für die Entmachtung der Konzernherren eintraten.

Auch Vertreter der Kirche befürworteten den Volksentscheid. Sowohl die Evangelisch-Lutherische Landeskirche als auch die Evangelisch-Reformierte Kirche riefen in Hirtenbriefen und Aufrufen an ihre Gläubigen zur Unterstützung des Volksentscheids auf. Mit der „Kanzelverkündigung zum Volksentscheid am 30. Juni 1946" sprach sich der höchste Würdenträger der katholischen Kirche im Lande Sachsen, Petrus, Bischof von Meißen, für den Volksentscheid aus. In dieser Botschaft hieß es: „Die große Not des überstandenen Krieges hat in uns allen die Friedenssehnsucht gesteigert und den Willen zu energischer Friedenssicherung gestärkt. Darum wird im ganzen deutschen Volke diesem Volksentscheid am 30. Juni 1946 so großes Gewicht beigemessen."[127] In den Kirchen beider Konfessionen gab es aber auch Kräfte, die den Volksentscheid ablehnten.

Mit einer so mächtigen Bewegung hatten die Gegner des Volksentscheids nicht gerechnet. Sie wurden in die Enge getrieben. Der Hauptwiderstand ging von der Gruppe um Hugo Hickmann, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer aus, die über maßgeblichen Einfluß in der Führung der CDU verfügte. Hinter dieser Gruppe standen Konzernvertreter, zum Beispiel Martin Schwab von der Telefunken GmbH und Friedrich Spennrath vom AEG-Konzern. Die Monopolherren und ihre politischen Wortführer verstanden sehr gut, daß durch die Enteignung der Kriegsverbrecher und aktiven Nazis eine restaurative Entwicklung, eine Wiederherstellung der monopolkapitalistischen Verhältnisse, verhindert würde.

Die Methoden, mit denen jene Kreise eine demokratische Willensentscheidung der Bevölkerung zu verhindern suchten, waren vielfältig. Zunächst wurde versucht, einen Volksentscheid überhaupt zu umgehen. Dabei bedienten sich die Wortführer der Monopolherren einer

[127] Zit. nach: Otto Schröder: Der Kampf der SED in der Vorbereitung und Durchführung des Volksentscheides . . ., S. 239.

raffinierten nationalen Demagogie. Sie forderten, daß in Sachsen keine Entscheidungen getroffen werden dürften, da man auf eine gesamtdeutsche Regelung hinarbeiten müsse. Damit sollte die Enteignung von der Tagesordnung abgesetzt werden, denn die gleichen Leute entpuppten sich später als Widersacher aller gesamtdeutschen Entscheidungen.

Als dieser Plan durch die von der SED geführten demokratischen Kräfte durchkreuzt wurde, bemühten sie sich, der bevorstehenden Enteignung den Charakter einer vorläufigen Reglung zu verleihen, um den Boden für eine spätere Wiederherstellung der alten Verhältnisse vorzubereiten. Das war die gleiche Taktik – wenn auch nicht ganz so offen –, wie sie bereits gegen die demokratische Bodenreform eingeschlagen worden war.

Zu den Gegnern des Volksentscheides gesellten sich auch Führer der Sozialdemokratie. Sie erklärten: „Wir halten einen Volksentscheid für schlecht, dessen Gegenstand nicht diskutiert worden ist, und gegen einen Gegner für geschmacklos, der am Boden liegt."[128] Diesen sozialdemokratischen Führern zufolge sollten die Werktätigen die Schwäche der imperialistischen Verderber der Nation nicht nutzen, um deren Macht zu zerschlagen. Das Volk sollte tatenlos zusehen, wie die Monopolbourgeoisie erneut ihre Kräfte sammelte und die verhängnisvolle imperialistische Politik wiederholte. Die Behauptung, daß der Gegenstand des Volksentscheids nicht diskutiert worden sei, war eine freie Erfindung, denn über die Entmachtung der Konzernherren war seit der Befreiung überall in Deutschland diskutiert worden. In allen Teilen Deutschlands forderten die Werktätigen, die Hauptschuldigen am Kriege und an der nationalen Katastrophe zu bestrafen und ihr Eigentum in die Hände des Volkes zu legen.

Alle Störversuche schlugen fehl. Am 25. Mai 1946 veröffentlichte die Landesverwaltung Sachsen den von Rudolf Friedrichs und Kurt Fischer unterzeichneten Entwurf des Gesetzes über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes.

Die entscheidenden Punkte dieses Gesetzes, über das die Bevölkerung des Landes Sachsen am 30. Juni 1946 abstimmen sollte, lauteten: „Artikel 1. Das ganze Vermögen der Nazipartei und ihrer Gliederungen und die Betriebe und Unternehmen der Kriegsverbrecher, Führer und aktiven Verfechter der Nazipartei und des Nazistaates, wie auch die Betriebe und Unternehmen, die aktiv den Kriegsverbrechern gedient haben, und die der Landesverwaltung Sachsen übergeben wur-

[128] Der Sozialdemokrat (Berlin), 24. Juni 1946.

den, werden als enteignet erklärt und in das Eigentum des Volkes überführt. Artikel 2. Die gewerblichen Betriebe, die durch dieses Gesetz zum Eigentum des Volkes erklärt werden und in einer besonderen Liste genannt sind, gehen auf Grund dieses Gesetzes in das Eigentum der Landesverwaltung Sachsen oder der Selbstverwaltungen der Stadt- und Landkreise sowie der Stadt- und Dorfgemeinden oder auch der Genossenschaften oder Gewerkschaften über."[129]

In seinem am 23. Juni veröffentlichten Aufruf rief der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien die Bevölkerung des Landes Sachsen auf, den Volksentscheid über dieses Gesetz „sowohl zu einer erfolgreichen Aktion gegen jene verbrecherischen Kreise als auch zu einer Demonstration der Grundsätze eines demokratischen Rechtsstaates"[130] zu machen.

Am 30. Juni 1946 fand der Volksentscheid in Sachsen mit einer Wahlbeteiligung von 93,71 Prozent der Stimmberechtigten statt. Als die Stimmen gezählt wurden, offenbarte sich, daß die Kriegs- und Naziverbrecher von der Masse der Bevölkerung isoliert waren. Die sächsische Landesorganisation der SED unter Leitung von Otto Buchwitz und Wilhelm Koenen, die aktiven Mitglieder der Gewerkschaften, der Massenorganisationen und der bürgerlich-demokratischen Blockparteien hatten eine erfolgreiche Arbeit geleistet. 77,62 Prozent aller Abstimmungsteilnehmer bejahten die Frage: „Stimmen Sie dem Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes zu?"; 5,82 Prozent der Stimmen waren ungültig; 16,56 Prozent stimmten mit Nein. Durch diesen Volksentscheid wurde das Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes[131] rechtskräftig.

Von den bis Ende Juli 1946 sequestrierten 4761 Unternehmen wurden 1861 enteignet. Die anderen wurden an ihre Besitzer zurückgegeben. 600 Betriebe blieben unter Sequester. 1002 Betriebe wurden in landeseigene Verwaltung übernommen. 379 gewerbliche Betriebe waren für den Verkauf an Umsiedler und schwergeschädigte Opfer des Faschismus vorgesehen. Der Rest ging in das Eigentum kommunaler Verwaltungen oder der Konsumgenossenschaften über.

Unmittelbar geleitet von Walter Ulbricht, dem Hauptverantwort-

[129] Gesetze, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen, veröffentlicht durch die Landesverwaltung Sachsen, Sonderausgabe, (Dresden) 31. Mai 1946, S. 3.

[130] Neues Deutschland (Berlin), 23. Juni 1946.

[131] Dokument Nr. 27.

lichen der Parteiführung für die Volksentscheidbewegung, ging die SED einen bisher kaum bekannten Weg bei der Zerschlagung der Machtgrundlagen des Monopolkapitals und der Schaffung neuer Eigentumsverhältnisse. Dieser Weg ergab sich aus den besonderen Bedingungen nach Kriegsende und aus den Kampftraditionen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung.

Mit dem Volksentscheid sammelte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in einem hochindustrialisierten Lande wertvolle Erfahrungen bei der Entmachtung des Monopolkapitals unter Ausnutzung parlamentarischer Kampfformen.

Im sächsischen Volksentscheid wurde bewiesen, daß die Organe der demokratischen Staatsmacht unter dem Einfluß der Partei der Arbeiterklasse erfolgreich für die sozialökonomische Umgestaltung auf friedlichem Wege eingesetzt werden können. Dabei wurde an die Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung und an fortschrittliche Bestimmungen der Weimarer Verfassung angeknüpft. Der sächsische Volksentscheid wurde zu einer Schule der Demokratie, er festigte das Klassenbewußtsein der Arbeiter und erweckte neue Kreise der Bevölkerung zu politischer Tätigkeit. Er erwies sich für die Westzonen als beispielgebend, denn selbst unter den Bedingungen der imperialistischen Besatzung war die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, ähnliche Maßnahmen zu erzwingen. Wohl keine andere Aktion war so geeignet, das Vertrauen der Völker zurückzugewinnen, wie eine eindeutige demokratische Willenskundgebung der deutschen Bevölkerung gegen die Nazi- und Kriegsverbrecher.

Unter dem Eindruck des sächsischen Volksentscheides forderten die Werktätigen in den übrigen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone nachdrücklich die Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher. Überall reichte die Kampffront von den Belegschaften der Betriebe bis hin zu den Kirchen.

Sich auf zahllose Willensäußerungen der Werktätigen und die eindeutigen Ergebnisse des sächsischen Volksentscheides berufend, erließen die Landes- und Provinzialverwaltungen der sowjetischen Besatzungszone in den Monaten Juli und August 1946 ebenfalls Verordnungen über die Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten. Insgesamt wurden bis zum Frühjahr 1948 in der sowjetischen Besatzungszone 9281 gewerbliche Unternehmungen, davon 3843 industrielle Betriebe, enteignet und in Volkseigentum überführt. Das waren rund acht Prozent der am 1. Januar 1948 arbeitenden Betriebe.

Schwer war der Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten um die Entmachtung der Verantwortlichen für Krieg und Faschismus in Berlin. Gestützt auf die Forderungen der Berliner Werktätigen, stellte die SED im Berliner Einheitsausschuß der antifaschistisch-demokratischen Parteien den Antrag, die Nazis und Kriegsverbrecher zu enteignen. Als diese Vorschläge auf Ablehnung stießen, organisierten die Gewerkschaften auf Anregung der SED eine Unterschriftensammlung in den Betrieben, die den Charakter einer Volksabstimmung trug. Trotz des heftigen Widerstandes der reaktionären Kräfte hatten sich Anfang Januar 1947 die Belegschaftsangehörigen von mehr als 1000 Betrieben in die Listen eingezeichnet. Unter dem Eindruck dieser starken Bewegung nahm die Berliner Stadtverordnetenversammlung am 13. Februar 1947 mit überwältigender Mehrheit das Gesetz zur Überführung von Konzernen und sonstigen wirtschaftlichen Unternehmen in Gemeineigentum[132] und am 27. März 1947 einstimmig eine Verordnung zur Enteignung von Vermögenswerten der Kriegsverbrecher, Kriegsgewinnler, Kriegsinteressenten und Naziaktivisten an. Die Annahme dieser Gesetze, denen auch die Stadtverordneten der SPD ihre Zustimmung gaben, bedeutete für die SED einen Erfolg ihrer Politik der Aktionseinheit.

Die Berliner Konzernherren und ihr Anhang widersetzten sich jedoch mit allen Mitteln der Durchführung dieser demokratischen Gesetze. Mit Hilfe der westlichen Besatzungsorgane und durch die Spaltung Berlins gelang es ihnen, in den Berliner Westsektoren der Bestrafung und Enteignung zu entgehen. Die parlamentarischen Beschlüsse und die Selbstbestimmung des Volkes wurden von den westlichen Besatzungsmächten und der deutschen Reaktion mit Füßen getreten. Nur im demokratischen Berlin wurde nach dem Willen des Volkes gehandelt. Als Ende 1948 der demokratische Magistrat von Berlin gebildet wurde, war die Durchführung der Gesetze vom 13. Februar und 27. März 1947 eine seiner ersten Maßnahmen.

Der Volksentscheid in Sachsen und die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher in der gesamten sowjetischen Besatzungszone versetzten dem deutschen Imperialismus einen schweren Schlag. In einem Teil Deutschlands wurden ihm die ökonomischen Machtmittel für seine aggressive und volksfeindliche Innen- und Außenpolitik genommen. Die imperialistische deutsche Großbourgeoisie hörte in Ostdeutschland auf, als Klasse zu bestehen.

[132] Dokument Nr. 32.

In der Industrie der sowjetischen Besatzungszone entstand ein starker volkseigener Sektor. Die sozialökonomische Basis für die antifaschistisch-demokratische Ordnung, für den schrittweisen wirtschaftlichen Aufbau, für die Entfaltung der Produktivkräfte im Interesse der Werktätigen war geschaffen. Der volkseigene Sektor der Industrie sicherte die im harten Kampf errungene Volkssouveränität und wurde das Fundament für eine echte Demokratie.

Mit dem erfolgreichen Aufbau demokratischer Selbstverwaltungsorgane, mit der demokratischen Bodenreform und der Enteignung der Betriebe der Kriegs- und Naziverbrecher waren erstmalig Voraussetzungen für wahrhaft demokratische Wahlen geschaffen worden. Noch vor den Wahlen hatten sich auf Initiative der SED Beratende Versammlungen gebildet, die sich paritätisch aus Vertretern der Parteien, der Gewerkschaften und anderer Organisationen, zum Beispiel der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern, zusammensetzten und den Landes- und Provinzialverwaltungen zur Seite standen. Die Zeit war gekommen, um mit der Wahl der Vertretungskörperschaften die Herausbildung einer antifaschistisch-demokratischen Staatsmacht auf eine höhere Stufe zu heben.

In der Zeit vom 1. bis 15. September fanden in der sowjetischen Besatzungszone die Wahlen zu den Gemeindevertretungen und am 20. Oktober 1946 die Wahlen zu den Kreis- und Landtagen statt. Sie bedeuteten für den Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien eine harte Bewährungsprobe. In diesen Wahlen traten die Parteien des Blocks mit getrennten Listen auf. Neben ihnen konnten auch der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund, die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), die antifaschistischen Frauenausschüsse und der Kulturbund Wahllisten aufstellen.

Die reaktionären Kräfte hofften, daß an diesen Wahlen die antifaschistische Volksfront zerbrechen werde. Ihr Plan bestand darin, gestützt auf eine bürgerliche Mehrheit in den Parlamenten, die Errungenschaften der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung schrittweise rückgängig zu machen. Die SED stand also vor einer schwierigen taktischen Aufgabe. Für sie kam es darauf an, den Wahlkampf so zu führen, daß die bewährte Zusammenarbeit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte nicht zerstört, aber gleichzeitig erneut unter Beweis gestellt wurde, daß sich die Mehrheit der Wähler eindeutig zur Politik der geeinten marxistischen Arbeiterpartei bekannte. Die SED trat mit ihrem Aufbauprogramm vor die Bevölkerung. In ihren Wahlaufrufen

und in den im September 1946 vom Parteivorstand verabschiedeten „Grundrechten des deutschen Volkes“[133] entwickelte sie ihre Vorschläge für einen künftigen deutschen Staatsaufbau.

Im „Wahlaufruf zu den Gemeindewahlen“ vom 17. Juni 1946 konnte sich die SED darauf berufen, daß sich dank ihrer Tätigkeit alle aufbauwilligen Kräfte des deutschen Volkes zusammengeschlossen und gemeinsam große demokratische Errungenschaften erkämpft hatten. „Drei große Sorgen“, so hieß es im Aufruf, „begleiten unser Volk bei seinem mutig angepackten Aufbauwerk: Die Wohnungsnot, der Hunger und die Gefahr der Arbeitslosigkeit.“[134] In ihrem ersten kommunalpolitischen Programm, dem „Programm zu den Gemeindewahlen“ vom 20. Juni 1946, legte die Partei der Arbeiterklasse ihre Gedanken dar, wie diese Sorgen gebannt werden könnten. Dieses Dokument nahm zu folgenden Problemen Stellung: Gemeindeverfassung, demokratische Gemeindeverwaltung, Ernährung, Wohnungswesen, Wirtschaft, Landwirtschaft und Bauern, Finanz- und Steuerfragen, Gesundheitswesen, soziale Fürsorge, Arbeitsrecht, Kunst und Kultur, Gleichberechtigung der Frauen und der Jugend, Betreuung der Kriegsgefangenen, Heimkehrer und Umsiedler. „Durch breiteste Mitarbeit wird es mit vereinter Kraft gelingen, die Gemeinde zu unserer Gemeinde zu machen zum Wohle des ganzen Volkes. Aus unseren Gemeinden bauen wir unseren Staat: die demokratische deutsche Republik, in der es keinen Platz für Reaktionäre und Friedensstörer geben darf!“[135]

In wichtigen Beschlüssen stellte die SED im Wahlkampf das Verhältnis der Arbeiterklasse zu den verschiedensten Schichten und Gruppen der Bevölkerung klar, zu den Bauern, zur Jugend, zu den Frauen, zur Intelligenz, zu den Umsiedlern und Heimkehrern, zu den Christen, zu den ehemaligen nominellen Mitgliedern der Nazipartei.

In den Westzonen vollzog sich die Entnazifizierung nach dem Motto: Die Kleinen werden gehenkt, die Großen werden beschenkt. In der sowjetischen Besatzungszone hingegen waren mit der demokratischen Bodenreform und der Enteignung des Monopolkapitals die wahren Schuldigen bestraft worden. Nun war der Weg frei, um die Mitläufer der Nazipartei in die demokratische Ordnung einzugliedern, damit sie durch ehrliche Arbeit ihre Schuld wiedergutmachen konnten.

[133] Dokument Nr. 29.
[134] Dokumente der SED, Bd. I, S. 49/50.
[135] Ebenda, S. 60/61.

„Alle früheren einfachen Mitglieder der Nazipartei", hieß es in dem Dokument „SED und nominelle Pgs" vom 20. Juni 1946, „die nicht besonders belastet sind und sich als aktive Mithelfer an der neuen demokratischen Ordnung betätigen, sollen als Staatsbürger anerkannt und behandelt werden. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands tritt dafür ein, daß allen, die guten Willens sind, die Möglichkeit zur Mitarbeit und zu einem neuen Leben gegeben wird."[136]

Im Wahlkampf mußte sich die SED mit reaktionären Auffassungen von Kandidaten der CDU und der LDPD auseinandersetzen. Sie führte damit nicht den Kampf gegen diese Parteien, sondern rang um die Festigung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien. Solche Auseinandersetzungen konnten nicht ausbleiben, da in den bürgerlich-demokratischen Blockparteien gerade im Wahlkampf reaktionäre Bestrebungen deutlich hervortraten.

In der LDPD propagierten Anhänger des Kapitalismus die „freie Wirtschaft", das „freie Spiel der Kräfte". Diesen Losungen trat die SED entgegen. Sie wies nach, daß dieses „freie Spiel der Kräfte" immer zur Herrschaft der Monopole, zu Krisen und Krieg geführt hatte. Sie begründete die Notwendigkeit einer planmäßigen, im Interesse des Volkes geleiteten Wirtschaft. Dabei betonte die SED, daß sie im Rahmen dieser Grundsätze für die wirtschaftliche Freiheit der Unternehmer eintrete.

Von reaktionären Politikern der CDU gingen Versuche aus, die Macht der gewählten Volksvertretungen einzuschränken und die Gewaltenteilung wiederaufleben zu lassen. Die SED verteidigte das Prinzip der Volkssouveränität. Die Gruppe um Jakob Kaiser war bemüht, Christentum und Marxismus gegeneinander auszuspielen. Damit sollte die unüberbrückbare Kluft zwischen den friedliebenden Volksmassen und der imperialistischen Reaktion verwischt werden. Im Interesse der Einheit der demokratischen Kräfte setzte sich der Parteivorstand der SED mit der These vom „christlichen Sozialismus" auseinander. Er wies nach, daß dem Christentum nicht von den Marxisten Gefahr droht, sondern von jenen Kreisen, die die Religion ihren reaktionären politischen Interessen unterwerfen wollen. Die SED betonte die gemeinsame Verantwortung von Christen und Marxisten für die Zukunft Deutschlands.

Mit ihrer richtigen Taktik unterstützte die SED wirksam die demokratischen Mehrheiten in der CDU und der LDPD. In den bürgerlich-

[136] Ebenda, S. 53.

demokratischen Parteien gab es viele aufrechte Demokraten, die auch im Wahlkampf an der Zusammenarbeit mit der SED festhielten und die gemeinsamen Ziele in den Mittelpunkt stellten. Mit ihrer Unterstützung wurde erreicht, daß der Block einem gemeinsamen Wahlaufruf zustimmte. Die Hoffnungen der Reaktion auf einen Zerfall des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien erfüllten sich nicht.

Mit ihrer zielklaren Politik sicherte sich die SED den Wahlsieg. Sie errang bei den Gemeindewahlen 58,5 Prozent, bei den Kreistagswahlen 50,3 Prozent und bei den Landtagswahlen 47,5 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Das Wahlergebnis bestätigte erneut die große Anziehungskraft der geeinten Partei der Arbeiterklasse. Es widerlegte die Prophezeiungen sozialdemokratischer Führer, daß die Vereinigung von KPD und SPD die Massen abstoße.

Die restlichen Stimmen entfielen etwa zu gleichen Teilen auf CDU und LDPD. Auch von diesen Stimmen war die Mehrzahl ein echtes Bekenntnis zur antifaschistischen Demokratie. Die Wahlbeteiligung lag bei über 90 Prozent. Die Wahlen zeugten davon, daß die Bevölkerung in ihrer Mehrheit der Politik des gemeinsamen demokratischen Neuaufbaus zustimmte und die vollzogenen revolutionären Umwälzungen als wahre demokratische Errungenschaften betrachtete.

Am 20. Oktober 1946 fanden auch die Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung statt. Daß diese Wahlen am selben Tage wie die Landtagswahlen in der sowjetischen Besatzungszone abgehalten wurden, unterstrich ein weiteres Mal die Zugehörigkeit Berlins zur sowjetischen Besatzungszone.

Die Berliner Wahlen wurden auf der Grundlage der im Oktober 1946 in Kraft gesetzten Vorläufigen Verfassung von Groß-Berlin durchgeführt. Diese Verfassung unterstrich, daß das Gebiet der Stadtgemeinde Berlin ein einheitliches Ganzes bildet und daß die einzelnen Stadtbezirke Beschlüsse nur im Rahmen der von der Berliner Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat erlassenen Richtlinien fassen durften. Um die gemeinsame Aufbauarbeit zielstrebig fortzusetzen, legte die Verfassung fest, daß im Magistrat alle genehmigten politischen Parteien vertreten sein mußten, sofern es die betreffenden Parteien verlangten.

Die Wahlen in Berlin erhielten einen anderen Charakter als die Landtagswahlen in der sowjetischen Besatzungszone. Die imperialistischen Besatzungsmächte hatten in ihren Sektoren in die Tätigkeit der nach Kriegsende in ganz Berlin gebildeten antifaschistisch-demokrati-

schen Selbstverwaltungsorgane eingegriffen und sie mit reaktionären Kräften durchsetzt. In Berlin war das Monopolkapital noch nicht entmachtet worden. Die Einheit der Arbeiterklasse, die in der sowjetischen Besatzungszone die feste Klammer der demokratischen Blockpolitik bildete, fehlte in Berlin.

Vom Ausgang der Wahlen in Berlin hing in hohem Maße das weitere Schicksal der deutschen Hauptstadt ab. Es ging um die Entscheidung, ob sich die antifaschistisch-demokratischen Kräfte behaupteten und auch in Berlin feste Garantien für eine demokratische Entwicklung schufen oder ob sich die restaurativen Kreise durchsetzten. Ein Sieg der Gegner der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung beschwor die Gefahr der Spaltung Berlins herauf, denn ihr ganzes Streben zielte darauf ab, wenn nicht ganz Berlin, so zumindest die Westsektoren von der demokratischen Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone zu isolieren und Westberlin zu einem Hort des Antikommunismus zu machen.

Die SED ging in diese Wahlen mit einer antifaschistisch-demokratischen Plattform, mit der sie gegen alle Spaltungs- und Zersetzungstendenzen auftrat. Um einen Wahlsieg reaktionärer Kräfte zu verhindern, schlug sie der Berliner SPD vor, gemeinsam eine konstruktive Politik zu entwickeln und gemeinsame Listen aufzustellen. Die sozialdemokratische Führung lehnte diese Vorschläge ab. Sie wollte den Wahlen den Charakter von „Protest"-Wahlen gegen den demokratischen Magistrat, gegen die SED und die sowjetische Besatzungsmacht verleihen. Auch die reaktionären Kräfte in der CDU und der LDPD richteten in Berlin ihren Wahlkampf gegen die SED. In Berlin ging die Rechnung der Reaktion auf. Hier wurde mit den Wahlen der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien gesprengt – eine Tatsache, die schwerwiegende Folgen für die Geschicke der deutschen Hauptstadt und unser Land überhaupt haben sollte.

Die SED hatte in diesen Wahlen einen schweren Stand. Während sie der Bevölkerung die Wahrheit über die Ursachen der Not und über den mühevollen Weg des Neuaufbaus sagte, führten die Gegner der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in den anderen Parteien einen demagogischen Wahlkampf. Großkapitalistische und andere reaktionäre Kräfte einschließlich der westlichen Besatzungsmächte nutzten die tiefe Unzufriedenheit weiter Kreise der Bevölkerung über die Folgen des Hitlerkrieges, über die dem deutschen Volke auferlegten Verpflichtungen, über die Begleiterscheinungen der Besatzungszeit. Die

Schuld für alle Lasten und Unannehmlichkeiten der harten Jahre nach Kriegsende schoben sie jenen Antifaschisten zu, die sich in schwerster Zeit nicht gescheut hatten, die Verantwortung zu übernehmen. In den Berliner Wahlen bediente sich die Reaktion des Revanchismus, um von den Schuldigen abzulenken, um jene zu verleumden, die als einzige der Bevölkerung einen Ausweg zu weisen vermochten. Auch die Führung der SPD trat in ähnlicher Weise auf.

Die Berliner Bevölkerung ging in einer Atmosphäre des Revanchismus und Antikommunismus zur Wahlurne. In diesem antikommunistischen Feldzug war die Regie der westlichen Besatzungsmächte zu spüren. In Berlin erhielt die SED 20 Prozent aller Stimmen. Auf die SPD entfielen 49 Prozent, auf die CDU 22 und auf die LDPD 9 Prozent.

Am 22. Oktober 1946 nahm das Zentralsekretariat der SED zum Ergebnis der Wahlen vom 20. Oktober Stellung. Es würdigte den großen Erfolg, den die Partei in den Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone errungen hatte. Die SED erklärte ihre Bereitschaft, wie bisher in den Verwaltungsorganen mit CDU und LDPD zusammenzuarbeiten, um die demokratischen Errungenschaften zu festigen und dem Volke die materiellen Sorgen zu erleichtern.

Zum Wahlergebnis in Berlin wurde festgestellt: „In Berlin hat jeder fünfte Wähler sich für die konsequente Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands entschieden. Die berechtigten Erwartungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sind jedoch nicht erfüllt."[137] Das Zentralsekretariat erklärte den Wahlerfolg der SPD aus folgenden Ursachen: Dieser Erfolg war nicht das Resultat einer entschlossenen Politik der Demokratie, des Friedens und des Sozialismus. Er beruhte vielmehr darauf, daß alle Schuld an der noch herrschenden Not den Kräften zur Last gelegt wurde, die die Verwaltung Berlins übernommen hatten. Stimmungen aus der Nazizeit ausnutzend, wurde die SED für die Auswirkungen des Hitlerkrieges verantwortlich gemacht.

Obwohl die SPD ihren Wahlkampf besonders gegen die SED geführt hatte, trat die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands für die Zusammenarbeit beider Parteien ein. Die Stimmen von SED und SPD repräsentierten die absolute Mehrheit. Es bestand also die Möglichkeit, in Berlin durch die Zusammenarbeit beider Parteien gegen den Widerstand der imperialistischen Besatzungsmächte und reaktionärer

[137] Ebenda, S. 109.

bürgerlicher Kreise eine antifaschistisch-demokratische Politik durchzusetzen. Die Führung der SPD lehnte aber die Zusammenarbeit ab.

Die Berliner Wahlen erwiesen sich als eine ernste Fehlentscheidung, denn sie stärkten jene Kräfte, die den Weg der Spaltung Deutschlands und seiner Hauptstadt einschlugen.

Auch in den Westzonen standen 1946 Wahlen auf der Tagesordnung. Erst hatten die imperialistischen Besatzungsmächte über ihre Besatzungszonen monatelang eine regelrechte politische Quarantäne verhängt; dann setzten sie Wahlen an, noch ehe gesunde Grundlagen für eine wirklich demokratische Willensbildung geschaffen waren. Die Kommandohöhen der Wirtschaft waren im wesentlichen in den Händen der Monopolisten verblieben. Die Verwaltungen waren noch immer mit ehemaligen Faschisten durchsetzt, ergänzt durch reaktionäre Politiker, die sich als Antifaschisten ausgaben. Die Arbeiterorganisationen waren auf Schritt und Tritt in ihrer Tätigkeit behindert worden. Die Bildung der SED hatten die westlichen Militärbehörden verboten. Die Potsdamer Beschlüsse zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung Deutschlands waren noch nicht erfüllt. Damit fehlten wesentliche Voraussetzungen für freie, demokratische Wahlen.

Die KPD ging mit einem klaren Programm der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung in den Wahlkampf. Sie forderte konsequente Maßnahmen zur Beseitigung von Faschismus und Militarismus mit ihren sozialökonomischen Wurzeln. Mit dieser Zielsetzung unterbreitete sie auch der SPD Vorschläge für ein gemeinsames Auftreten im Wahlkampf. Es gelang auch, auf örtlicher Ebene Vereinbarungen mit einigen Organisationen der SPD zu treffen. Auf ihrem Parteitag in Hannover hatte sich die SPD jedoch auf eine antikommunistische Linie festgelegt.

Aus den im Herbst 1946 und im Frühjahr 1947 durchgeführten Landtagswahlen ging – nicht zuletzt dank der Unterstützung durch die katholische Kirche – die CDU/CSU als stärkste Partei hervor. Die SPD konnte nur in Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen und Hamburg einen Wahlsieg erringen.

Als sich Kommunisten und Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone zur SED vereinigten, hatten sozialdemokratische Führer erklärt, daß KPD und SPD getrennt bei Wahlen den bürgerlichen Parteien mehr Stimmen abnehmen würden als eine vereinigte Arbeiterpartei. Die Wahlergebnisse widerlegten diese Behauptung. Gerade in

den bedeutendsten westdeutschen Ländern, in Bayern und Nordrhein-Westfalen, errang die CDU/CSU die meisten Stimmen. Die Wahlen bewiesen, daß nicht der Antikommunismus, sondern die Einheit der Arbeiterbewegung den sozialistischen Parteien neue Stimmen zuführt und ein Übergewicht über die bürgerlichen Parteien schafft. Mit Revanchismus und Nationalismus ließen sich die Interessen der Werktätigen nicht vertreten.

In den Wahlen wirkte sich aus, daß die sozialdemokratische Führung in den westlichen Besatzungszonen nicht entschieden für antifaschistisch-demokratische Maßnahmen eingetreten war, daß sie statt der notwendigen Abrechnung mit der Vergangenheit und der Anerkennung der Folgen des Hitlerkrieges antisowjetische Propaganda betrieben hatte. Der Rückstand Westdeutschlands in der demokratischen Erneuerung kam den restaurativen Kräften, kam der CDU/CSU zugute, die überdies aus dem antikommunistischen Feldzug der SPD ihren Nutzen zog. Es gelang der CDU/CSU, den reaktionären Kreisen erneut eine Massenbasis zu sichern, indem sie mit ihrer sozialen Demagogie und dem Mißbrauch der christlichen Lehre viele Werktätige irreführte.

Die KPD konnte keine neuen Schichten der Arbeiterklasse, der Bauern und des Mittelstandes gewinnen, aber sie hatte starken Einfluß in der Industriearbeiterschaft. Die Masse der Arbeiter war nach wie vor bereit, den Kampf um die Entmachtung der Monopole, für die Sicherung des Mitbestimmungsrechtes und für demokratische Umgestaltungen zu führen. Dieser Kampf vollzog sich bereits unter erschwerten Bedingungen, gegen die zusehends erstarkende Reaktion, die den ersten Schock der Niederlage des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg überwunden hatte und nun ihre restaurative Politik mit parlamentarischen Formen verbrämen konnte.

Sichtbar standen sich im Herbst 1946 zwei entgegengesetzte Entwicklungslinien gegenüber. In den Westzonen waren die grundlegenden Aufgaben der Demokratisierung Deutschlands noch immer ungelöst. Es war unverkennbar, daß die westlichen Besatzungsmächte zur offenen Sabotage der Potsdamer Beschlüsse übergingen.

In Ostdeutschland waren die Grundlagen einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung geschaffen. Das Wahlergebnis legitimierte die demokratischen Kräfte, das Werk des demokratischen Neuaufbaus zielstrebig fortzusetzen.

Der Kampf der SED für die demokratische Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden. Der weitere Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Ostdeutschland. Die antimonopolistische Massenbewegung in den Westzonen (1946/1947)

1. Die Lage im Herbst 1946 und die Weiterentwicklung der Politik der SED

Im Laufe des Jahres 1946 verschärfte sich der Kampf zwischen den fortschrittlichen und den reaktionären Kräften in internationalem Maßstab wie auch in Deutschland.

Die Welle der revolutionären Bewegungen, die aus dem antifaschistischen Widerstandskampf hervorgewachsen war, führte in Europa zu unterschiedlichen Ergebnissen. In Ost- und Südosteuropa entstanden im Prozeß des revolutionären Kampfes volksdemokratische Staaten. Wenn in ihnen auch die revolutionäre Umwälzung unterschiedliche Stufen erreicht hatte, so war doch die Frage „Wer – wen?" im wesentlichen zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten entschieden. Es waren Organe einer Volksmacht gebildet worden, in denen die Arbeiterklasse die bestimmende Rolle spielte. Gestützt auf die

antifaschistische Volksfront, war erfolgreich die Bodenreform durchgeführt und ein staatlicher Sektor der Wirtschaft geschaffen worden. Die Bourgeoisie geriet, soweit sie noch nicht völlig entmachtet war, zusehends in die Isolierung. Hingegen gelang es in Westeuropa, mit Unterstützung anglo-amerikanischer Besatzungstruppen die revolutionäre Bewegung wieder einzudämmen. Die Imperialisten konnten jedoch nicht verhindern, daß zum Beispiel in Frankreich und Italien die Kommunistische Partei die einflußreichste Partei unter den werktätigen Massen blieb.

Die Zusammenarbeit zwischen den Großmächten, die sich im gemeinsamen Kampf gegen die faschistischen Aggressoren entwickelt und 1945 in der Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen und in der Annahme der Potsdamer Beschlüsse ihren Ausdruck gefunden hatte, war im Herbst 1946 bereits sichtlich gefährdet. In den USA bekamen reaktionäre, sowjetfeindliche Elemente die Oberhand. Am 5. März 1946 hatte Winston Churchill in Fulton im Beisein des Präsidenten der USA Harry S. Truman ein englisch-amerikanisches Militärbündnis gegen die Sowjetunion gefordert. Am 6. September 1946 gab der amerikanische Außenminister James F. Byrnes in einer Rede in Stuttgart zu erkennen, daß seine Regierung nicht gewillt sei, die Potsdamer Beschlüsse einzuhalten. Diese Erklärung wurde von den großkapitalistischen Kreisen Westdeutschlands geradezu als Erlösung von einem Alpdruck empfunden.

Vom 29. Juli bis 15. Oktober 1946 tagte die Pariser Friedenskonferenz, an der 21 Staaten teilnahmen. Sie hatte die Aufgabe, die Friedensverträge mit Bulgarien, Finnland, Italien, Rumänien und Ungarn zu beraten. Am Vorabend dieser Konferenz erprobten die USA auf dem Bikini-Atoll eine neue Atombombe. Gestützt auf ihr damaliges Atomwaffenmonopol und auf eine ihnen hörige Konferenzmehrheit, wollten die USA in Paris ultimativ Forderungen durchsetzen. Die Westmächte begannen, vom Prinzip der Zusammenarbeit der Großmächte und vom Potsdamer Abkommen abzurücken. Schließlich erhob Truman im Dezember 1946 in einer Botschaft an den Kongreß der USA den Anspruch auf die Führung der Welt: „Wir müssen alle gestehen, daß der Sieg, den wir errungen haben, dem amerikanischen Volk die Bürde der dauernden Verantwortung für die Führung der Welt auferlegt hat."[138]

[138] Zit. nach: Weißbuch über den Generalkriegsvertrag. Hrsg. vom Amt für Information der Deutschen Demokratischen Republik, Leipzig 1952, S. 48.

Die Ende 1946 von den Westmächten eingeleitete Politik war der Vorbote des kalten Krieges gegen die Sowjetunion. Sie berührte die Lebensinteressen des deutschen Volkes unmittelbar, denn sie errichtete Schranken gegen den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland. Die Westmächte waren an einem einheitlichen, entmilitarisierten, friedliebenden deutschen Staat nicht interessiert. Sie wollten eine tiefgreifende demokratische Umwälzung in ihren Besatzungszonen um keinen Preis dulden, denn das westdeutsche Potential nahm einen festen Platz in ihren antisowjetischen Plänen ein. Noch ehe die Beratungen der Außenminister über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland stattfanden, schufen die amerikanischen und britischen Besatzungsbehörden vollendete Tatsachen.

Während des Krieges und unmittelbar nach Kriegsende waren von amerikanischer Seite Pläne verkündet worden, die vorsahen, Deutschland zu zerstückeln und seine Industrie völlig zu drosseln. Diese Pläne hatten das Ziel, den deutschen Konkurrenten restlos auszuschalten. Mit dieser Absicht wurden separatistische und föderalistische Bestrebungen gefördert. Im Herbst 1946 zeichnete sich aber deutlich ab, daß Großbritannien und die USA einen anderen Kurs einschlugen: nicht mehr Aufsplitterung Deutschlands in viele Einzelstaaten, sondern Bildung eines westdeutschen Separatstaates und seine Einbeziehung in das geplante antisowjetische Paktsystem. Um Frankreich für diese Politik zu gewinnen, stimmten Großbritannien und die USA der völkerrechtswidrigen Annexion des Saargebietes durch Frankreich zu.

Am 2. Dezember 1946 wurde das Abkommen über die Vereinigung der amerikanischen und der britischen Besatzungszone zur Bizone[139] abgeschlossen, das am 1. Januar 1947 in Kraft trat. Bereits am 11. September 1946 hatten in Frankfurt (Main) die Wirtschaftsminister der amerikanischen und der britischen Besatzungszone auf Anweisung ihrer Militärregierungen beschlossen, einen gemeinsamen Wirtschaftsrat mit dem Sitz in Minden zu bilden, der sich Tags darauf konstituierte. Nach der Proklamation der amerikanischen und der britischen Besatzungsmacht über die Bildung eines Bizonenwirtschaftsrates setzte er nach Neukonstituierung seine Tätigkeit in Frankfurt (Main) fort. Er war ein autoritäres Organ und stellte die Vorstufe der künftigen Separatregierung dar. Die Bildung der Bizone diente dem Zweck, sich den völkerrechtlich verpflichtenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens zu entziehen. Auf diesem Wege wurden die amerikanische

[139] Dokument Nr. 30.

und die britische Zone aus dem einheitlichen deutschen Wirtschaftsorganismus herausgelöst und an die imperialistischen Westmächte gekettet. Die Bildung der Bizone unterhöhlte die vereinbarte vierseitige Kontrolle über Deutschland und nahm praktisch die amerikanische und die britische Zone aus der Kompetenz des Alliierten Kontrollrates heraus, weil alle Fragen, die beide Zonen betrafen, von zweizonalen anglo-amerikanischen Organen entschieden wurden. Mit der Bildung der Bizone streckten die USA ihre Hand nach dem Ruhrgebiet aus.

Die großen Monopole hatten in die bizonalen Organe einige ihrer führenden Vertreter entsandt, darunter Franz Blücher, einen Vertrauensmann der Deutschen Bank, Günter Henle vom Klöckner-Konzern und den Nazibankier Robert Pferdmenges. Die Interessen der Großagrarier vertraten der mit seinen reaktionären Bestrebungen in Ostdeutschland gescheiterte Andreas Hermes und Hans von Schlange-Schöningen.

Die vom Wirtschaftsrat verabschiedeten Gesetze dienten vor allem der Wiederherstellung und der Bereicherung der Konzerne. Der Wirtschaftsrat leitete unter anderem die Vorbereitungen zur separaten Währungsreform. Er billigte auch eine Verordnung, durch die Industrie und Unternehmerverbände mitbestimmend in den staatlichen Wirtschaftsapparat, zum Beispiel bei der Bewirtschaftung der Rohstoffe, eingeschaltet wurden.

Die wirtschaftliche Absonderung der Westzonen sollte nach den Berechnungen der Imperialisten in Ostdeutschland ökonomische Schwierigkeiten hervorrufen und die Festigung der neuen Ordnung verhindern. Deshalb widersetzten sich die Westmächte hartnäckig den sowjetischen Vorschlägen, deutsche Zentralverwaltungen zu bilden und auf diesem Wege eine gesamtdeutsche Regierung vorzubereiten.

Besonders alarmierend war die Tatsache, daß in den Westzonen zahlreiche deutsche militärische Verbände unter dem Kommando der Besatzungsmächte mit solchen Tarnbezeichnungen wie „Arbeitsbataillone", „Schutzkompanien", „Industriepolizei" oder „Deutsche Dienstgruppen" erhalten blieben.

Vom 10. März bis 24. April 1947 tagte in Moskau der Rat der Außenminister. Auf dieser Konferenz trat die sowjetische Delegation erneut für die Vorbereitung einer gesamtdeutschen Regierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ein. Sie forderte die konsequente Entmilitarisierung Deutschlands und die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens in allen Besatzungszonen. Die

Moskauer Beratungen zeigten ernste Meinungsverschiedenheiten in zahlreichen wichtigen Problemen, wie dem künftigen deutschen Staatsaufbau, den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Besatzungszonen, der Kontrolle über das Ruhrgebiet, der Entmilitarisierung Deutschlands.

Trotzdem gelang es, in einigen Fragen gemeinsame Festlegungen zu treffen. Es wurde vereinbart, im Laufe des Jahres 1947 in allen Besatzungszonen die Bodenreform abzuschließen. Die Konferenzteilnehmer einigten sich, daß der Alliierte Kontrollrat einen deutschen Konsultativrat ins Leben rufen solle, der unter anderem eine vorläufige Verfassung Deutschlands auszuarbeiten habe, die vom Alliierten Kontrollrat zu billigen sei. Die Außenminister beauftragten den Alliierten Kontrollrat, die Entnazifizierung zu beschleunigen und die Aufstellung der Pläne zur Liquidierung von Werken und Fabriken, die speziell der Produktion von Kriegsmaterial gedient hatten, zu beenden. Der Rat der Außenminister bestätigte das vom Alliierten Kontrollrat am 25. Februar 1947 beschlossene Gesetz über die Liquidierung des preußischen Staates.

In den Hauptfragen – Herstellung der Einheit Deutschlands und Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland – brachte die Konferenz keine Fortschritte. Sie offenbarte die scharfen Gegensätze zwischen der sowjetischen Friedenspolitik und dem Kurs Frankreichs, Großbritanniens und der USA.

In dieser Situation rückte die SED den Kampf um die Verteidigung der nationalen Einheit, um die unteilbare demokratische deutsche Republik in den Mittelpunkt ihres gesamten Wirkens.[140] Die neue Lage machte es erforderlich, daß die Partei dem deutschen Volke die Wahrheit über die Pläne der imperialistischen Westmächte sagte. Das deutsche Volk mußte lernen, zwischen den Besatzungsmächten zu unterscheiden. Es mußte sich international Gehör verschaffen und die mit den deutschen Interessen übereinstimmenden Vorschläge der Sowjetunion unterstützen.

Im Unterschied zum Frühjahr 1945, als die KPD ihr Programm für die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung erarbeitet hatte, wurde jetzt der Kampf um die demokratische Republik auf einem anderen Boden geführt. In Ostdeutschland waren die wichtigsten Forderungen des Gegenwartsprogramms der SED erfüllt. Die Westzonen durchliefen unverkennbar eine restaurative Entwicklung.

[140] Dokument Nr. 33.

Die Einheit Deutschlands und sein wirtschaftlicher Aufstieg aus eigener Kraft konnten nur durch die Beseitigung des Imperialismus mit seinen sozialökonomischen Wurzeln und den Sieg der Demokratie in allen Teilen Deutschlands gesichert werden. Der Ausbau der neuen, demokratischen Ordnung mußte in der sowjetischen Besatzungszone mit dem Ziel betrieben werden, ein Vorbild für das einheitliche, demokratische Gesamtdeutschland zu schaffen.

Eine prägnante Einschätzung der neuen Lage und der Politik der SED gab Walter Ulbricht in seinem Artikel „Strategie und Taktik der SED", den das theoretische Organ „Einheit" im Oktober 1946 veröffentlichte. Er begründete, weshalb trotz der erreichten Erfolge die SED an ihrer demokratischen Zielsetzung festhielt. Er betonte, daß die SED ihren Kampf für Demokratie in ganz Deutschland führt und daß wichtige Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus noch nicht gegeben waren. Da die SED eine fortschrittliche Entwicklung in ganz Deutschland erstrebte, standen der Kampf um die Einigung der Arbeiterklasse, um das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft sowie mit der Intelligenz und den demokratischen Kräften des Mittelstandes in ganz Deutschland im Mittelpunkt ihrer Politik. „Die nächste strategische Aufgabe", erklärte Walter Ulbricht, „muß also in der Vernichtung der Macht der Träger des Militarismus und Imperialismus bestehen."[141] Es galt, die Reaktion zu isolieren und zu schlagen, die beiden Ströme der Arbeiterbewegung auch in den Westzonen zu vereinigen und die Mehrheit des Volkes für eine fortschrittliche, demokratische Entwicklung zu gewinnen. Die Fortsetzung des demokratischen Kampfes stand in engem Zusammenhang mit dem Streben nach einer baldigen Friedensreglung mit Deutschland, denn nur nach Abschluß eines Friedensvertrages konnte sich die unerläßliche Auseinandersetzung zwischen Fortschritt und Reaktion in Deutschland ohne Einmischung imperialistischer Besatzungsmächte vollziehen. Diese strategische Grundkonzeption bestimmte alle Maßnahmen der SED.

Bereits im Wahlkampf im Herbst 1946 hatte die SED ihre Politik weiterentwickelt und für eine ganze Etappe des demokratischen Kampfes gültige Prinzipien für die neue, demokratische Republik verkündet. In den vom Parteivorstand beschlossenen „Grundrechten des deutschen Volkes" legte sie dar, wie die in ihren Grundsätzen und Zielen geforderte demokratische Republik aussehen sollte. Die Gedanken dieses Dokuments wurden später im „Entwurf einer Verfassung für

[141] Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. III, S. 59.

die Deutsche Demokratische Republik" vertieft, der von einer außerordentlichen Tagung des Parteivorstandes der SED am 14. November 1946 beschlossen und der Bevölkerung zur Diskussion vorgelegt wurde. Nun griff das deutsche Volk selbst in die Diskussion um den künftigen deutschen Staat ein. Die SED rief das deutsche Volk auf, von seinem Recht auf nationale Selbstbestimmung Gebrauch zu machen.

Die SED legte konstruktive Vorschläge für den künftigen gesamtdeutschen Staatsaufbau vor. Der Grundgedanke ihrer Vorschläge war die Sicherung der Volkssouveränität. Die Volkssouveränität bildete den Angelpunkt des gesamten politischen Lebens, denn alle reaktionären Pläne der Imperialisten – die Spaltung Deutschlands, die Rettung der Macht der Monopole, die Wiederbewaffnung Westdeutschlands – ließen sich nur unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes verwirklichen. Wo die Werktätigen einheitlich handelten und die Geschicke des Volkes in die eigenen Hände nahmen, waren alle diese reaktionären Übergriffe zum Scheitern verurteilt.

Die SED wollte den Grundsatz „Alle Macht geht vom Volke aus" mit echtem demokratischem Inhalt erfüllen. Sie trat deshalb gegen die Gewaltenteilung auf. Sie forderte, daß sich die gewählten Organe des Volkes als oberste Machtorgane konstituieren und die Einheit von gesetzgebender und vollziehender Gewalt herstellen. Sie wandte sich gegen alle Versuche, die Macht der gewählten Volksvertretungen einzuschränken oder durch Ständekammern, Staatsgerichtshöfe, Berufsbeamtentum und andere Einrichtungen zu unterhöhlen.

Die SED wies nach, daß der reaktionäre Charakter des alten deutschen Reiches seinen Ursprung nicht im Zentralismus, sondern in der Herrschaft der Monopolisten und Militaristen hatte. „Wir sollen aber nicht übersehen", führte Wilhelm Pieck auf der 10. Tagung des Parteivorstandes der SED am 26. März 1947 aus, „daß in Deutschland Kräfte am Werk sind, denen es nicht auf die Sicherung des Friedens, sondern auf eine gewaltsame Korrektur der Ergebnisse dieses Krieges ankommt und die sich eine Steigerung ihres Einflusses und einen materiellen Erfolg durch einen neuen Krieg versprechen. Das sind jene Kräfte, die sich gegen die Schaffung des demokratischen Einheitsstaates wenden und die glauben, durch eine Aufteilung Deutschlands in die verschiedenen selbständigen Länderstaaten die Möglichkeit zu erlangen, diese Staaten für ihre Zwecke zu gebrauchen."[142]

[142] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, NL 36.

Die SED trat nachdrücklich für den demokratischen Einheitsstaat ein und erklärte, daß dieser Staat auf einer demokratischen Wirtschaftsordnung beruhen muß, die keine Konzerne und keinen junkerlichen Großgrundbesitz kennt. Sie schlug vor, die Wirtschaftsordnung nach den Prinzipien sozialer Gerechtigkeit und sinnvoller Planung zu gestalten. Im Rahmen dieser Grundsätze war für das Unternehmertum eine freie Entfaltung seiner wirtschaftlichen Kräfte vorgesehen. Alle Vorrechte der besitzenden Klassen sollten gebrochen, die bürgerlich-demokratischen Freiheiten für alle gesichert werden.

Die SED schlug vor, einen Volksentscheid über die Bildung eines einheitlichen deutschen Staates durchzuführen und eine gesamtdeutsche Vertretung aus allen demokratischen Parteien, den Gewerkschaften und Massenorganisationen zu schaffen. Diese Vorschläge gingen vom Recht des deutschen Volkes auf nationale Selbstbestimmung aus. Das deutsche Volk war verpflichtet, nach besten Kräften wiedergutzumachen, was die Hitlerfaschisten in seinem Namen verbrochen hatten, aber niemand hatte das Recht, die deutsche Bevölkerung einfach auszuschalten, wenn über die Zukunft der deutschen Nation entschieden wurde. Seine elementaren Rechte mußte das Volk selbst wahrnehmen, nicht irgendwelche Zonenbeiräte oder sonstigen Gebilde. Auch die Länderregierungen konnten die gesamtnationalen Belange des Volkes nicht gebührend vertreten. Die Vertretung der Massen bildeten die Parteien, Gewerkschaften und Massenorganisationen. Sie waren berufen, für das Volk zu sprechen und gemeinsam zu beraten. Die unmittelbarste Befragung des Volkes war der Volksentscheid, und es stand außer Zweifel, daß er nur ein Ergebnis hätte bringen können: eine eindeutige Willenskundgebung für die Einheit Deutschlands, für die baldige Bildung einer gesamtdeutschen Regierung.

Diese Vorschläge der SED wurden auch von den westdeutschen Kommunisten verfochten, die für die gleichen Verfassungsprinzipien eintraten.

Im Gegensatz zur SED, die das Selbstbestimmungsrecht des Volkes sichern wollte, liefen die Verfassungspläne der CDU der Westzonen darauf hinaus, die Massen vom unmittelbaren Mitspracherecht auszuschalten. Die CDU legte keinen Verfassungsentwurf für eine einheitliche, demokratische deutsche Republik vor, sondern nur Entwürfe für Länderverfassungen. Diese Verfassungspläne zeugten von den Bestrebungen, das künftige Deutschland nach föderalistischen und autoritären Prinzipien zu gestalten. Die von der CDU vertretenen Mono-

polherren und Großgrundbesitzer hofften, bei einem dezentralisierten Staatsaufbau die demokratische Bewegung aufsplittern und schwächen und ihre eigenen Machtpositionen dadurch leichter festigen zu können.

Auch die Führung der SPD trat Ende 1946 mit ihrer Verfassungskonzeption an die Öffentlichkeit. Sie erklärte, daß sie für ein einheitliches, demokratisch aufgebautes Deutschland mit zentraler Regierung und dezentralisierter Verwaltung, mit gesicherten Rechten für das Volk eintrete. Ihre „Richtlinien für den Aufbau der deutschen Republik" sahen jedoch keine Sicherheiten für die Volkssouveränität vor, sondern befaßten sich vorwiegend mit den Zuständigkeiten einzelner Staatsinstitutionen. Die Forderungen der Werktätigen nach Enteignung der Monopole und des Großgrundbesitzes fanden in diesen Richtlinien keinen Niederschlag. Wie schon 1918, so umging auch nach 1945 die Führung der westdeutschen Sozialdemokratie die Machtfrage. Sie setzte sich über Erkenntnisse hinweg, die der Parteivorstand der SPD im Prager Manifest von 1934 niedergelegt hatte. Statt mit den Verfassungsprinzipien die Sicherung der Volkssouveränität zu verlangen, diskutierte sie über die verschiedenen Formen des Wahlrechts. Die sachlichen Vorschläge der SED lehnte die Führung der SPD rundweg ab. Damit unterstützte sie praktisch die Spaltungsabsichten der westdeutschen Reaktion.

Arbeitete die SED mit ihren Verfassungsvorschlägen auf einen demokratischen Einheitsstaat hin, so zielte ihre Wirtschaftspolitik darauf ab, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands wiederherzustellen. Am 22. Februar 1947 erklärte Wilhelm Pieck in einer Rundfunkansprache: „Da die wirtschaftliche Not unser Volk in seiner Gesamtheit peinigt, muß es auch in seiner Gesamtheit den Ursachen dieser Not entgegentreten und in ganz Deutschland gemeinsam für ihre Überwindung kämpfen. Da es aber daran durch die Aufteilung Deutschlands in die vier Besatzungszonen behindert wird, ergibt sich die dringende Notwendigkeit, diese Schranken zu beseitigen und die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands so schnell wie möglich herzustellen. Das ist das Kernproblem, von dessen Lösung heute alle Fragen in Deutschland abhängen."[143]

Die SED forderte zur Behebung der Not eine einheitliche deutsche Wirtschaftsplanung. Das setzte voraus: demokratische Bodenreform, Überführung der Konzerne und Großbanken in Volkseigentum, Mit-

[143] Ebenda, NL 36/29–11.

bestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten, Säuberung der Verwaltung und Wirtschaft von Nazis und Kriegsverbrechern in ganz Deutschland.

Diesen Standpunkt vertraten führende Funktionäre der SED nachdrücklich auch in den Westzonen. Mit der Forderung nach politischer und wirtschaftlicher Einheit Deutschlands traten die Vertreter der sowjetischen Besatzungszone auf der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz im Juni 1947 auf.

Diese Konferenz, zu der von dem bayrischen Ministerpräsidenten Hans Ehard eingeladen worden war, sollte nach den Worten der Einberufer zur wirtschaftlichen Notlage in Deutschland Stellung nehmen und einen Notruf an den Alliierten Kontrollrat ergehen lassen. Da das größte Hemmnis der wirtschaftlichen Gesundung Deutschlands das Fehlen eines einheitlichen deutschen Staates und die Behinderung des Warenaustausches zwischen den einzelnen Gebieten Deutschlands war, stellten die Vertreter der sowjetischen Besatzungszone den Antrag, an die Spitze der Tagesordnung folgende Frage zu stellen: „Bildung einer deutschen zentralen Verwaltung durch Verständigung der demokratischen Parteien und Gewerkschaften zur Schaffung des deutschen Einheitsstaates." Sie erklärten entschieden, daß nicht eine Ministerpräsidentenkonferenz, sondern nur eine Volksabstimmung über die Neugestaltung Deutschlands entscheiden kann.

Die Ministerpräsidenten aus den Westzonen waren jedoch durch ihre Besatzungsmächte angewiesen, keine Diskussion über die demokratische Einheit Deutschlands zu dulden. Die französische Militärregierung trat offen gegen alle gesamtdeutschen Bestrebungen auf.[144] Diese Haltung der französischen Seite erleichterte es den anglo-amerikanischen Besatzungsmächten, die Tatsache zu verschleiern, daß sie selbst die Hauptinteressenten an der Spaltung Deutschlands waren.

Den Ministerpräsidenten der Westzonen waren die Vorschläge der Vertreter der sowjetischen Besatzungszone ebenfalls äußerst unbequem, denn sie wollten die Initiative des Volkes zur Wahrung der nationalen Einheit nicht wecken. Sie zeigten kein Interesse an sachlichen Gesprächen mit den Vertretern der sowjetischen Besatzungszone über die Herstellung der politischen Einheit Deutschlands. Deshalb wurde der Antrag der ostdeutschen Delegation von den der CDU und der SPD angehörenden Ministern abgelehnt. Unter diesen Umständen sahen sich die Vertreter der sowjetischen Besatzungszone, zu denen auch Ange-

[144] Dokument Nr. 34.

hörige der bürgerlich-demokratischen Parteien zählten, außerstande, an der Konferenz teilzunehmen.

Die Ergebnisse der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz unterstrichen die Einschätzung der SED, daß nicht durch irgendwelche Verwaltungsorgane, sondern nur durch eine umfassende, von allen demokratischen Parteien und Organisationen getragene Volksbewegung die Einheit Deutschlands gesichert werden konnte. Die Vertreter der sowjetischen Besatzungszone konnten nicht zulassen, daß auf dem Umweg über diese Ministerpräsidentenkonferenz die föderative Aufsplitterung Deutschlands gutgeheißen wurde. Die Teilnahme an einer gesamtdeutschen Konferenz, die es ablehnte, über die Grundforderung nationaler deutscher Politik – über die Herstellung der politischen Einheit Deutschlands – zu sprechen, hätte nur der Irreführung der Massen Vorschub geleistet. In einer Erklärung deckten SED und KPD die Hintergründe der Münchener Ereignisse auf.[145]

Nach dem Scheitern der Ministerpräsidentenkonferenz sprachen Friedrich Ebert und Walter Ulbricht vor der Feldherrnhalle auf einer Kundgebung zu den Münchener Werktätigen. Auf einer Pressekonferenz enthüllten sie die Absichten der Einberufer dieser Konferenz und die Ursachen ihres Scheiterns. Walter Ulbricht erklärte: „Sprechen wir es offen aus: Herr Ehard wollte durch die Einladung der Ministerpräsidenten den ersten Schritt zur Schaffung einer föderalistischen Struktur Deutschlands durchführen. Die Ministerpräsidenten – und nicht die Volksvertreter – sollten bei der künftigen Beratung des Friedensvertrages als Vertreter Deutschlands herangezogen werden. Deshalb war vorgesehen, ein gesamtdeutsches Sekretariat der Ministerpräsidenten zu schaffen und Kommissionen zu bilden. So sollte der Weg bereitet werden, an Stelle eines einheitlichen Deutschlands ein zersplittertes Deutschland mit widerstreitenden Interessen von Ländern und Ministerpräsidenten zu schaffen. Ein solches in Bundesstaaten zergliedertes Deutschland wäre nichts anderes als ein Spielball des westlichen Monopolkapitals."[146] Friedrich Ebert ergänzte: „Die Münchener Konferenz hätte zur Verständigung der demokratischen Kräfte in Deutschland beitragen können, wenn die auf der Konferenz anwesenden Ministerpräsidenten sich eindeutig gegen eine bundesstaat-

[145] Dokument Nr. 37.

[146] Warum mußte die Münchner Konferenz scheitern? Pressekonferenz Walter Ulbrichts und Friedrich Eberts in München, 9. Juni 1947. In: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. III, S. 110/111.

liche Zergliederung Deutschlands, gegen die Schaffung des Zweizonenwirtschaftsamtes und für die Einberufung einer gesamtdeutschen Konferenz aus Vertretern der großen demokratischen Parteien, der Gewerkschaften, der Bauernorganisationen und der Länder erklärt hätten."[147]

Die neue Lage, die sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1946 herausgebildet hatte, erforderte auch neue Schlußfolgerungen für den Kampf um die Einheit der Arbeiterbewegung. Die Bedrohung der Einheit Deutschlands unterstrich die große Verantwortung der Arbeiterklasse. Gleichzeitig wurden jedoch durch die sich häufenden Angriffe auf die nationale Einheit neue Schranken gegen die Einheitsbewegung der Arbeiterklasse errichtet, die das politische Wirken der Parteien in gesamtnationalem Rahmen behinderten.

Am 14. Februar 1947 beschlossen der Parteivorstand der SED und die Zonenleitungen der KPD in den westlichen Besatzungszonen die Bildung einer Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft. Der Beschluß forderte, schnellstens die Zusammenarbeit aller Arbeiterparteien herzustellen und die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung über die Zonengrenzen hinweg einzuleiten. Die Arbeitsgemeinschaft SED/KPD hob hervor, welche große Bedeutung in diesem Ringen den Grundsätzen und Zielen der SED zukam, und erklärte: „Die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung ist nicht möglich auf der Grundlage der alten Politik sowohl der SPD als auch der KPD. Die geschichtlichen Erfahrungen und die neuen Bedingungen in Deutschland erfordern eine neue Grundlage, wie sie in den ‚Grundsätzen und Zielen und in der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands' geschaffen worden ist."[148]

Die besonderen Verhältnisse der Besatzungszeit beachtend, suchte die SED nach einem Weg, um durch die Verbindung mit der KPD unter Einbeziehung aller einheitswilligen Sozialdemokraten und klassenbewußten parteilosen Arbeiter eine in ganz Deutschland wirkende marxistische Partei der deutschen Arbeiterklasse zu schaffen. Sie wäre die beste Gewähr für die nationale Einheit unseres Volkes gewesen.

In den Monaten März bis Juni 1947 traten Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, die beiden Vorsitzenden der SED, Franz Dahlem, Friedrich Ebert, Käthe Kern, Helmut Lehmann, Hermann Schlimme, Walter Ulbricht und andere führende Vertreter der Partei wiederholt in Groß-

[147] Ebenda, S. 112/113.

[148] Dokumente der SED, Bd. I, S. 158.

städten der amerikanischen Besatzungszone auf. Sie erläuterten auf Kundgebungen in Bremen, Darmstadt, Frankfurt (Main), Hanau, Heidelberg, Kassel, München, Nürnberg, Stuttgart, Wiesbaden und Würzburg die Politik der SED. Sie riefen zum Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse und die Einheit der Nation auf. Diese Kundgebungen machten sichtbar, wie sehr sich die SED ihrer gesamtnationalen Verantwortung bewußt war. Doch ihre Möglichkeiten, zu den westdeutschen Werktätigen zu sprechen, waren sehr begrenzt. Die britische Besatzungsmacht lehnte im Frühjahr 1947 wiederholt Anträge auf Einreise in ihre Besatzungszone ab. Schließlich wurde die Gründung der SED in den Westzonen direkt verboten.

Da rief die Arbeitsgemeinschaft SED/KPD die Werktätigen der Westzonen auf, sich ihr Recht des demokratischen Zusammenschlusses in einer sozialistischen Einheitspartei gegen die Willkürmaßnahmen der Besatzungsmächte zu erkämpfen. Die Grundsätze und Ziele der SED wurden in den Westzonen verstärkt propagiert. Funktionäre der KPD und der SPD bildeten Gründungsausschüsse. Parteilose Arbeiter erklärten ihre Bereitschaft, der Einheitspartei beizutreten, und trugen sich in die Einzeichnungslisten ein. Doch die Bewegung stieß auf das kategorische Nein der Besatzungsmächte und auf die strikte Ablehnung der sozialdemokratischen Führer, so daß ihr der Erfolg versagt blieb. Die westdeutschen Werktätigen wurden nicht nur von den imperialistischen Besatzungsmächten an der Durchsetzung ihrer Forderungen gehindert, gegen sie traten auch in zunehmendem Maße die wiedererstarkenden Kräfte der Reaktion auf. Damit wuchs die Verantwortung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in der sowjetischen Besatzungszone. Auf sie schauten die fortschrittlichen Menschen in ganz Deutschland.

2. Die Festigung der revolutionären Errungenschaften in der sowjetischen Besatzungszone

Nach den Wahlen zu den Kreis- und Landtagen trat die Entwicklung der sowjetischen Besatzungszone in eine neue Phase ein. Walter Ulbricht charakterisierte sie am 4. Dezember 1946 in seiner Rede im Landtag der Provinz Sachsen-Anhalt, zu dessen Abgeordneten er gewählt worden war, mit den Worten: „Bisher wurden die Aufgaben von

der Provinzialverwaltung gemeinsam mit den antifaschistisch-demokratischen Parteien und den Massenorganisationen gelöst. Jetzt gehen wir mit der Konstituierung des Landtages und der Regierung zu einer festen demokratischen gesetzmäßigen Ordnung über."[149] Die revolutionären Errungenschaften mußten verfassungsmäßig verankert, die neue Ordnung mußte planmäßig ausgebaut werden.

Aus dieser Zielsetzung erwuchsen den neugewählten demokratischen Körperschaften bedeutende Aufgaben. Sie waren nur zu lösen, wenn die bewährte Zusammenarbeit aller antifaschistischen Kräfte erfolgreich fortgesetzt wurde. Die von den neugewählten Landtagen gebildeten fünf Länderregierungen setzten sich aus 21 Mitgliedern der SED, 9 Mitgliedern der LDPD, 8 Mitgliedern der CDU und einem Vertreter der VdgB zusammen. Obwohl die SED als stärkste Fraktion das Recht hatte, überall den Ministerpräsidenten zu stellen, schlug sie vor, in der Provinz Sachsen-Anhalt den Liberaldemokraten Erhard Hübener, den bisherigen Präsidenten der Provinzialverwaltung, in Anerkennung seiner großen Verdienste zum Ministerpräsidenten zu berufen. Ministerpräsidenten wurden in Brandenburg Karl Steinhoff, in Mecklenburg Wilhelm Höcker, in Sachsen Rudolf Friedrichs und in Thüringen Rudolf Paul. Rudolf Paul rechtfertigte jedoch das von den Werktätigen in ihn gesetzte Vertrauen nicht; er verließ sein Amt und wechselte in die Westzonen über.

Die neuen, demokratischen Staatsorgane hatten die Errungenschaften des werktätigen Volkes zu festigen und gegen alle Anschläge des Klassenfeindes zu schützen. Ihnen war das Volkseigentum in Industrie und Landwirtschaft anvertraut. Sie mußten es verwalten, nutzen und mehren. Enge Beziehungen zwischen den Volksmassen und den Organen der Staatsmacht waren nötig. Es bedurfte geduldiger Aufklärung, damit die Werktätigen erkannten, daß sie jetzt die staatstragenden und staatsschöpferischen Kräfte waren, daß die Ausübung der Macht durch das Volk die Überwindung aller bürgerlichen Staats- und Rechtsnormen erforderte. Ihre vielfältigen, neuartigen Aufgaben konnten die Organe der demokratischen Volksmacht nur bewältigen, wenn sie den bürgerlichen Parlamentarismus abstreiften und auf neue Art arbeiteten.

Ende 1946/Anfang 1947 standen in den Landtagen der sowjetischen Besatzungszone Länderverfassungen zur Debatte. In diesen Diskussionen verfocht die SED ihre in den „Grundrechten des deutschen Vol-

[149] Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. III, S. 77.

kes" und im „Entwurf einer Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik" dargelegten Prinzipien der Volkssouveränität und des demokratischen Staatsaufbaus. Sie mußte sich mit bürgerlichen Staatsauffassungen auseinandersetzen, die alle mehr oder weniger auf eine Einschränkung der Volkssouveränität hinausliefen. Von Vertretern der CDU wurde versucht, das Prinzip der Gewaltenteilung in die Verfassung einzuführen. Insbesondere gab es Bestrebungen, den Landesgerichten Rechte einzuräumen, die die souveräne Stellung der gewählten Volksvertretungen praktisch aufhoben. Zum Beispiel sollte über die Gültigkeit der Wahlen und die Mandate der Abgeordneten ein über dem Landtag stehendes Wahlprüfungsgericht entscheiden. Gerichte sollten die Verfassungsmäßigkeit der von den obersten Volksvertretungen erlassenen Gesetze prüfen. Abgeordnete der CDU und der LDPD erhoben Bedenken gegen die von der SED vorgeschlagene Einbeziehung der Bevölkerung in die Tätigkeit der von den Volksvertretungen gebildeten Ausschüsse.

Anhand der Lehren der Weimarer Republik wiesen die Abgeordneten der SED nach, daß alle die Rechte des Volkes und seiner obersten gewählten Vertretung einschränkenden Bestimmungen immer der Reaktion Vorschub geleistet hatten. Das Volk mußte unmittelbar an der Ausübung der Staatsgewalt beteiligt sein, durch die Wahl der Volksvertretungen, durch Volksentscheid, durch sein Mitwirken an der Verwaltung und Rechtsprechung und durch umfassende Kontrolle der Staatsorgane. Diese demokratischen Grundsätze wurden in allen Ländern der sowjetischen Besatzungszone fester Bestandteil der Verfassungen und der demokratischen Kreis- und Gemeindeordnungen.

Die Landtage nahmen auf Initiative der SED – teilweise gegen die Stimmen der Abgeordneten der bürgerlich-demokratischen Parteien – Gesetze an, die für die Entwicklung der demokratischen Ordnung in Ostdeutschland wesentlich waren. Durch Gesetz wurden alle Bergwerke und Bodenschätze in die Hände des Volkes gelegt. Den Stadt- und Landkreisen wurde das Enteignungsrecht in solchen Fällen übertragen, wo es das Wohl der Allgemeinheit und das öffentliche Interesse erforderten. In der Mehrzahl der Länder wurden gegen angemessene Entschädigungen die Lichtspielhäuser in gesellschaftliches Eigentum überführt, um dieses wichtige Mittel der Volkserziehung der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen. Die Gleichberechtigung der Frauen und Jugendlichen wurde gesetzlich festgelegt.

Mitunter erlebten die Landtage stürmische Debatten um die Ge-



Schwerin am Tag der
mecklenburgischen Gemeindewahlen,
15. September 1946



Agitation zu den sächsischen Gemeindewahlen in Pirna, September 1946



Agitation der SED zu den thüringischen Landtagswahlen in Erfurt, Oktober 1946



Neusiedler feiern Richtfest, Gebersdorf (Kreis Luckau), 1947



In den Leunawerken
beginnt die Produktion



Konzernbetriebe wurden Volkseigentum



Demonstration in Dortmund, 1946



Demonstration in Krefeld, 31. März 1947



Else Lüders eröffnet als Alterspräsidentin
den Gründungskongreß des DFD in Berlin, 7. bis 9. März 1947



Vor dem Deutschen Theater, der Tagungsstätte der Gründungsversammlung
des Demokratischen Frauenbundes Berlins, 6./7. März 1948



Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl auf einer Massenkundgebung der KPD in Nürnberg, 8. April 1947



Teilnehmer der V. Interzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften in Badenweiler, 7. bis 9. August 1947



Kundgebung anläßlich des II. Parteitages der SED
auf dem August-Bebel-Platz in Berlin, 23. September 1947

setzesvorlagen. Es kam zu regelrechten Kampfabstimmungen, und nicht in jedem Falle konnte die Arbeiterpartei ihre Vorschläge völlig durchsetzen. Wortführer reaktionärer Bestrebungen versuchten, bereits vollzogene demokratische Maßnahmen, wie die Bodenreform oder die Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher, rückgängig zu machen oder auszuhöhlen. Schon kurze Zeit nach dem Volksentscheid forderten in Sachsen Vertreter der LDPD in 211 Fällen eine Revision der Enteignung. Die CDU verlangte die Rückgabe von 89 Betrieben. Obwohl die Ergebnisse des Volksentscheids durch die Verfassungen der Länder und durch spezielle Gesetze bestätigt wurden, versuchten reaktionäre Kräfte, diese Entscheidung der Volksmassen rückgängig zu machen.

Als solche Anschläge auf das Volkseigentum den Arbeitern bekannt wurden, setzten sie sich energisch zur Wehr. Größere Ausmaße erreichte die Protestbewegung im Gebiet um Bautzen, von wo sie auf andere sächsische Bezirke übergriff. 950 Belegschaftsvertreter, die sich am 24. Januar 1947 auf einer außerordentlichen Betriebsrätetagung in Bautzen versammelt hatten, erklärten in einer Entschließung an die Landesregierung: „Die Arbeiterschaft ist nicht gewillt, sich die schwer erkämpften Errungenschaften wieder entreißen zu lassen, und ist bereit, diese mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen. Die Arbeiterschaft verlangt, daß der Wille des Volkes, bekundet durch den Volksentscheid, respektiert wird."[150] Die Konferenz betonte, daß die Arbeiter nötigenfalls in den Generalstreik treten würden, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Gestützt auf die Mehrheit der Werktätigen, traten die Abgeordneten der SED allen Vorstößen, das Ergebnis des Volksentscheides rückgängig zu machen, entschieden und mit Erfolg entgegen.

Die neuen Vertretungskörperschaften nahmen sich auch erstmalig der Belange der sorbischen Minderheit an. Die Lausitzer Sorben – eine etwa 100000 Menschen zählende slawische Bevölkerungsgruppe – waren jahrhundertelang von den deutschen Feudalherren, Junkern und Großkapitalisten unterdrückt worden. An die Macht gekommen, unternahmen die Faschisten den Versuch, die Sorben völlig zu germanisieren. Auch für diese Minderheit eröffnete die antifaschistisch-demokratische Umwälzung eine bessere Zukunft. Die Bodenreform gab vielen sor-

[150] Zit. nach: Stefan Doernberg: Die Geburt eines neuen Deutschland 1945–1949. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Entstehung der DDR, Berlin 1959, S. 372.

bischen Kleinbauern und Halbproletariern Land. Die sorbische Sprache wurde im zweisprachigen Gebiet als gleichberechtigte Sprache anerkannt. Für die Kinder der sorbischen Minderheit entstanden eigene Schulen. Die sorbische Kultur blühte auf. Im März 1948 beschloß der Sächsische Landtag einstimmig das von der SED eingebrachte Gesetz zur Wahrung der Rechte der sorbischen Bevölkerung. Die demokratische Lösung der Probleme der sorbischen Minderheit entzog sowohl der chauvinistischen Überheblichkeit von Teilen der deutschen Bevölkerung als auch nationalistischen Tendenzen unter den Sorben den Boden. Die Sorben fanden ihren Platz in der neuen, demokratischen Ordnung.

Während sich in den Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone die demokratische Ordnung festigte, versuchten in der Hauptstadt die bürgerlichen Parteien und die Berliner Führung der SPD, die antifaschistisch-demokratische Umwälzung zu blockieren und demokratische Errungenschaften wieder rückgängig zu machen. Das offenbarte sich deutlich bei der Ausarbeitung der Berliner Verfassung. CDU, LDPD und SPD einigten sich auf einen Entwurf, der gegenüber der Vorläufigen Verfassung von Groß-Berlin einen Rückschritt darstellte. Sie lehnten die Forderung der SED ab, in Artikel I der Verfassung unmißverständlich zu erklären, daß Berlin die Hauptstadt der deutschen demokratischen Republik ist und keinem der deutschen Länder angehört. Sie waren nicht bereit, die von der SED beantragten Artikel über das Streik- und Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten aufzunehmen. Der Verfassungsentwurf gestattete jedoch die Tätigkeit von Unternehmerverbänden. Die Fraktionen der CDU, der LDPD und der SPD wandten sich auch dagegen, das Recht auf Volksbegehren und Volksentscheid verfassungsmäßig zu garantieren. Obwohl die historischen Erfahrungen der Weimarer Republik dafür sprachen, alle Macht in den Händen der obersten Volksvertretung zu konzentrieren, beruhte der Verfassungsentwurf auf dem Prinzip der Gewaltenteilung. Verwaltung und Justiz wurden nicht der Kontrolle und der Weisung der Stadtverordnetenversammlung unterstellt. Die Fraktion der SED stimmte deshalb in den Einzelabstimmungen für jene Verfassungsartikel, die fortschrittlichen Charakter trugen, lehnte aber am 22. April 1948 die Verfassung als Ganzes ab.

In Berlin wurde mit der Annahme der neuen Verfassung die demokratische Mitbestimmung der Bevölkerung eingeschränkt, während in den Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone die un-

mittelbare Anteilnahme der Bevölkerung am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Geschehen stetig wuchs.

Es gehörte zum Wesen der neuen Demokratie, daß nicht nur die politischen Parteien, sondern auch die demokratischen Massenorganisationen das gesellschaftliche Leben mitgestalteten. Groß war der Einfluß der Gewerkschaften. In zahlreichen Organen hatten sie Sitz und Stimme. Mit ihrer Hilfe wurden Tausende und aber Tausende Werktätige in den demokratischen Neuaufbau einbezogen. Die Tätigkeit des FDGB half entscheidend, das Ansehen der deutschen Arbeiterklasse bei den friedliebenden Völkern der Welt wiederherzustellen. Im Juni 1947 nahm eine offizielle Delegation des FDGB an der Tagung des Generalrates des Weltgewerkschaftsbundes in Prag teil. Anfang 1949 wurde der FDGB in den Weltgewerkschaftsbund aufgenommen.

Einen raschen politischen Reifeprozeß durchlebte die junge Generation. Die Vorhut der Jugend erkannte, daß sie ihre Zukunft selber mitgestalten mußte. Am 7. März 1946 wurde die Freie Deutsche Jugend als einheitliche, selbständige demokratische Jugendorganisation gebildet. Ihre Gründung beendete die jahrzehntelange Aufsplitterung der Jugend. Die junge Generation schuf sich eine starke und einflußreiche Vertretung ihrer politischen, sozialen und kulturellen Interessen. Auf ihrem I. Parlament, das vom 8. bis 10. Juni 1946 in Brandenburg (Havel) tagte, verkündete die FDJ vier Grundrechte der jungen Generation – das Recht auf politische Mitbestimmung, das Recht auf Arbeit und Erholung, das Recht auf Bildung und das Recht auf Freude und Frohsinn. Zum Vorsitzenden des Zentralrates der FDJ wurde Erich Honecker gewählt, der sich im Kampf um die Einheit der Jugend besonders verdient gemacht hatte.

Die in der FDJ organisierten Jugendlichen trugen mit ihrer Einsatzbereitschaft und ihrem Schwung hervorragend zum Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung bei. Unterstützt von der Arbeiterpartei, den Gewerkschaften und dem Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien, wurde dieses Kampfprogramm der jungen Generation binnen weniger Jahre verwirklicht. Im August 1948 wurde die FDJ in den Weltbund der Demokratischen Jugend aufgenommen. Die Freie Deutsche Jugend gründete am 13. Dezember 1948 die Organisation der Jungen Pioniere, die 1952 von der SED den verpflichtenden Namen „Ernst Thälmann" erhielt.

Vom 7. bis 9. März 1947 tagte in Berlin der Gründungskongreß des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands, der einheitlichen demo-

kratischen Frauenorganisation. Die Gründung des DFD war durch die erfolgreiche Tätigkeit der antifaschistischen Frauenausschüsse vorbereitet worden, die sich große Verdienste bei der Einbeziehung der Frauen in den demokratischen Aufbau erworben hatten. In seinem Gründungsprogramm setzte sich der DFD unter anderen folgende Ziele: Völlige Beseitigung von Faschismus und Militarismus, Wiederaufbau der Heimat, Gleichberechtigung der Frau, Zusammenarbeit mit den Frauen aller Nationen. Der Demokratische Frauenbund Deutschlands vereinigte Frauen und Mädchen, gleich, zu welcher Weltanschauung oder zu welchem Glauben sie sich bekannten. Eine neue Etappe in der Geschichte der deutschen Frauenbewegung war eingeleitet. Die Internationale Demokratische Frauenföderation nahm den DFD im Dezember 1948 als Mitglied in die weltumspannende Frauenorganisation auf.

Aus den örtlichen Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe, die im Ergebnis der demokratischen Bodenreform entstanden waren, wuchs eine starke, einheitliche demokratische Bauernorganisation hervor. Am 9. und 10. Mai 1946 hatten in Berlin die Landesbauernausschüsse getagt und die Bildung des Zentralen Bauernsekretariats beschlossen. Auf dem 1. Deutschen Bauerntag, der am 22. und 23. November 1947 in Berlin durchgeführt wurde, fand die Herausbildung dieser einheitlichen Bauernorganisation ihren Abschluß. Sie vertrat die Mehrheit der Bauern und verkörperte zugleich die revolutionären Traditionen der werktätigen Bauern. Versuche reaktionärer großbäuerlicher Kräfte, die VdgB unter ihre Kontrolle zu bringen, scheiterten. Die VdgB machte die Festigung des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern zum Grundsatz ihrer Politik.

Am 30. Juni 1947 wurde in Berlin die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion gegründet, die der Vorläufer der im Juli 1949 gebildeten Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft war. Sie brachte größeren Kreisen der Bevölkerung durch Vorträge, Zirkel, Ausstellungen, Ausspracheabende und unterhaltende Veranstaltungen die Errungenschaften des Sowjetvolkes nahe. Sie half, die zahllosen Vorbehalte gegenüber der Sowjetunion abzutragen und dem deutschen Volk die reichen sowjetischen Erfahrungen zu vermitteln.

Als Organisation der antifaschistischen Kulturschaffenden war bereits im Juni 1945 der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands gebildet worden, der später den Namen Deutscher Kulturbund annahm. In der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes

(VVN) schlossen sich die Kämpfer gegen den Faschismus zusammen. Einen raschen Aufschwung nahmen die Konsumgenossenschaften, die bereits 1946 etwa 1,3 Millionen Mitglieder zählten. Später entstanden in der sowjetischen Besatzungszone die Demokratische Sportbewegung und andere demokratische Verbände. Die demokratischen Massenorganisationen waren bestrebt, in ganz Deutschland die Jugend, die Frauen, die Bauern, die Kulturschaffenden zu einen. Sie kämpften gegen die Aufsplitterung der Werktätigen in politische und konfessionelle Organisationen.

In dem Teil Deutschlands, wo die Macht der Monopolherren und Junker gebrochen war, konnten alle Schichten der Bevölkerung durch die politischen Parteien und demokratischen Massenorganisationen ihre Interessen wahrnehmen und an der demokratischen Neugestaltung Deutschlands mitwirken. In den Westzonen hingegen lebte die Zersplitterung der Jugend, der Frauen, der Kulturschaffenden in verschiedenen politischen und konfessionellen Organisationen erneut auf. Zwar wirkten auch dort die FDJ, der DFD, der Kulturbund und andere fortschrittliche Organisationen, aber die Reaktion konnte verhindern, daß sich alle demokratischen Kräfte in diesen Organisationen sammelten.

Nachdem in der sowjetischen Besatzungszone die Grundlagen einer Volksmacht geschaffen und die Schlüsselstellungen der Industrie in die Hände des deutschen Volkes übergegangen waren, erhöhte sich die Verantwortung der Arbeiterklasse für den wirtschaftlichen Neuaufbau. Die Betriebe befanden sich größtenteils in einem technisch schlechten Zustand. Es mangelte an Rohstoffen aller Art. Selbst die einfachsten Werkzeuge, ja, jede Schraube und jeder Nagel mußten zwangsbewirtschaftet werden, sie waren nur auf Bezugschein erhältlich. Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin waren bei vielen Werktätigen schlecht. Die neuen Betriebsleitungen waren unerfahren. Vertrauensleute der ehemaligen Konzernherren störten den Aufbau. Viele technische und kaufmännische Fachleute fanden sich nicht sofort bereit, ihr Wissen und ihr Können in den Dienst der volkseigenen Wirtschaft zu stellen. Wertvolles Material und ein großer Teil der Produktion verschwanden in den dunklen Kanälen des Schwarzen Marktes.

Nicht leicht zu tragen waren die Wiedergutmachungsverpflichtungen, denen sich das deutsche Volk nicht entziehen durfte. Sie wurden aber fast ausschließlich von der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone erfüllt, denn die imperialistischen Besatzungsmächte sabotierten die Lieferung der Reparationen aus Westdeutschland. Die Pflicht

zur Reparationsleistung zwang dazu, in raschem Tempo die Betriebe wiederaufzubauen und alle Kapazitäten zu nutzen. Die sowjetischen Besatzungsorgane, zu deren Obliegenheiten es gehörte, die Einhaltung der Reparationen zu gewährleisten, taten ihr möglichstes, damit die Nachwirkungen des Krieges auf die ostdeutsche Industrie bald überwunden und die Betriebe mit Rohstoffen, Energie und Werkzeugen versorgt wurden.

Die Wiedergutmachungsleistungen brachten naturgemäß auch viele wirtschaftliche Schwierigkeiten und manche Härten mit sich. Die Demontage von Industriebetrieben ließ zahlreiche Arbeiter und Angestellte um ihren Arbeitsplatz bangen. Die Funktionäre der SED und des FDGB und andere Antifaschisten legten den Werktätigen in ungezählten Versammlungen, Diskussionen und Gesprächen dar, daß das deutsche Volk nur dann das Vertrauen der friedliebenden Völker wiedererlangen könne, wenn es gewissenhaft Wiedergutmachung leiste. Die Mehrzahl der Werktätigen war auch ehrlich bereit, zur Beseitigung der materiellen Schäden beizutragen, die durch den Aggressionskrieg des faschistischen deutschen Imperialismus in der Sowjetunion, in Polen und in anderen Ländern entstanden waren.

Die Sowjetunion anerkannte diese Anstrengungen und versuchte, die Lage des werktätigen deutschen Volkes zu erleichtern. 202 ursprünglich zur Demontage vorgesehene Großbetriebe wurden in Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) umgewandelt. Darunter befanden sich die Bunawerke, die Leunawerke, die früher zum Krupp-Konzern gehörenden Betriebe des Schwermaschinenbaus in Magdeburg, die Maxhütte in Unterwellenborn, die Neptunwerft in Rostock, das Sachsenwerk in Dresden-Niedersedlitz. Die SAG-Betriebe entwickelten sich unter der Leitung sowjetischer Generaldirektoren und mit Hilfe sowjetischer Spezialisten zu beispielhaften Produktionsstätten.

Am 11. Januar 1947 berieten die Vorsitzenden der SED, Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck, mit dem Chef der SMAD, Marschall W. D. Sokolowski, wie die Reparationsverpflichtungen erfüllt und gleichzeitig der wirtschaftliche Aufbau in Ostdeutschland beschleunigt werden könnten. Mit dieser Beratung wurden wichtige Maßnahmen eingeleitet, die die Entwicklung der Wirtschaft förderten und Erleichterungen für die Bevölkerung brachten. 74 SAG-Betriebe wurden den Landesregierungen übergeben. Die Demontagen wurden in der sowjetischen Besatzungszone eingestellt. Die Reparationsverpflichtungen aus der laufenden Produktion wurden herabgesetzt. Schuhe, Kleidung und

Kali waren von den Wiedergutmachungslieferungen ausgenommen. Die Lebensmittelkarte VI, die Karte mit den niedrigsten Rationen, wurde abgeschafft.

In seinem Aufruf vom 23. Januar 1947 würdigte der Parteivorstand der SED diese große Unterstützung und wandte sich an die Bevölkerung, die ihr gegebenen Möglichkeiten „durch eine planmäßige Gestaltung der Wirtschaft, durch schonungslosen Kampf gegen Spekulanten und Wirtschaftssaboteure, durch Hebung der Arbeitsmoral sowie Produktionssteigerung"[151] zu nutzen und die Voraussetzungen für ein besseres Leben zu schaffen.

Diese Forderung wurde vom FDGB aufgegriffen, der vom 17. bis 19. April 1947 in Berlin seinen 2. Kongreß abhielt. Im Hauptreferat des Kongresses „Die besondere Rolle der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Lage" gab Hans Jendretzky die Losung aus: Mehr produzieren, richtig verteilen und besser leben! Der Kongreß unterstrich die Verantwortung der Gewerkschaften im Kampf um die demokratische Einheit Deutschlands und für die Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter in ganz Deutschland.[152] Er stellte den Mitgliedern des FDGB die Aufgabe, sich stärker für die Erhöhung der Produktion, vor allem in den volkseigenen Betrieben, einzusetzen.

Dank den Anstrengungen der Werktätigen stieg die industrielle Bruttoproduktion der sowjetischen Besatzungszone (1937 = 100) von 42,1 Prozent im Jahre 1946 auf 53,7 Prozent im Jahre 1947. In den Westzonen hingegen wurden 1947 erst 37 Prozent der Produktion von 1936 erreicht, weil die Monopolherren den wirtschaftlichen Wiederaufstieg bewußt hemmten.

In Sachsen erlebten besonders zwei Produktionszweige einen raschen Aufschwung: die Braunkohlenförderung und die Textilindustrie. Ihre Erzeugnisse dienten der Versorgung der Industrie und der Bevölkerung und dem Austausch gegen Lebensmittel für das dichtbesiedelte Land. Dank der Einfuhr sowjetischer Wolle und Baumwolle konnten die sächsischen Spinnereien und Webereien ihre Erzeugung steigern.

Ein ganz neuer Produktionszweig entstand mit dem Uranbergbau. Seine Basis bildeten die Lagerstätten an Pechblende im Gebiet um Aue, Johanngeorgenstadt und Schneeberg. Den Grundstein für diesen wichtigen Bergbaubetrieb legten sowjetische Geologen und Ingenieure. Mit sowjetischen Ausrüstungen wurde die Förderung aufgenommen.

[151] Dokumente der SED, Bd. I, S. 149.

[152] Dokument Nr. 35.

Als SAG Wismut begann dieses riesige Bergbauunternehmen seine Arbeit zunächst unter rein sowjetischer Verwaltung, seit dem 1. Januar 1954 arbeitet die Wismut als deutsch-sowjetische Aktiengesellschaft mit gleichen Rechten beider Partner.

In den ersten Jahren nach 1945 wurden Zehntausende von Arbeitskräften in der SAG Wismut eingesetzt. Schwer und noch ungeordnet waren anfangs die Arbeits- und Lebensbedingungen in diesem neuerschlossenen Bergbauzentrum. Neben wenigen erfahrenen Bergleuten fuhren Männer aus allen Berufen in die Gruben ein. Viele lockten nur die guten Verdienstmöglichkeiten und die bessere Versorgung mit Lebensmitteln und Gebrauchsgütern. Nicht selten hofften ehemalige Faschisten und Glücksritter aller Art, den Ton angeben zu können. Die Partei der Arbeiterklasse und die Gewerkschaften hatten zunächst einen schweren Stand, doch nach und nach gewannen sie an Einfluß und erzogen in langwierigen Auseinandersetzungen eine klassenbewußte Belegschaft der Wismutbetriebe.

Die SAG Wismut leistete einen wertvollen Beitrag zur Sicherung des Weltfriedens. Sie half materielle Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die sozialistische Sowjetunion die Atomenergie in den Dienst des Friedens stellen konnte und das amerikanische Atomwaffenmonopol gebrochen wurde. Das war der Grund, weshalb westliche Presseorgane gegen diesen Betrieb hetzten und die auftretenden Entwicklungsschwierigkeiten dazu benutzten, die Sowjetunion und die deutschen Behörden in Mißkredit zu bringen. Ungeachtet aller Angriffe, entwickelte sich die SAG Wismut zu einem vorbildlichen Bergbaubetrieb und wirkte auf die Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone belebend. Ein Gebiet, in dem der Klein- und Einzelbetrieb vorherrschte, der seine Menschen nur notdürftig zu ernähren vermochte, wurde industrialisiert. Für mehr als 100 000 Menschen wurden Arbeitsmöglichkeiten geschaffen. In der Folgezeit entstanden Tausende neuer Wohnungen, modernste Krankenhäuser, Silikose-Sanatorien, Erholungs- und Kulturstätten. Die sowjetischen und deutschen Leitungen brachten der schweren Arbeit des Bergmannes höchste Wertschätzung entgegen.

Bei der angespannten wirtschaftlichen Lage der ersten Nachkriegsjahre war es trotz der großen Anstrengungen schwer, die Überlegenheit der volkseigenen Wirtschaft gegenüber den privatkapitalistischen Betrieben zu beweisen. SED und Gewerkschaften mußten einen erbitterten Kampf führen, um die Arbeitsdisziplin zu heben und einen einiger-

maßen reibungslosen Ablauf der Wirtschaft zu sichern. Sie mußten den hungernden Arbeitern klarmachen, daß sie jetzt selbst die Herren ihrer Betriebe waren, daß von ihnen selbst das Tempo des wirtschaftlichen Aufstiegs abhing.

Äußerst kritisch wurde die Lage in dem unbarmherzig strengen Winter 1946/1947. Es fehlte an Kohle und Energie. Die ohnehin niedrige Arbeitsproduktivität ging weiter zurück. Die Produktion sank. Allein in Berlin wurden im Januar 1947 200 000 Werktätige arbeitslos, weil Kohlen fehlten. 200 000 t Kohle, die aus dem Ruhrgebiet nach Berlin geliefert werden sollten, blieben aus. Die Feinde der demokratischen Ordnung in den Westzonen nutzten die komplizierte Situation, um den Werktätigen in Ostdeutschland zusätzliche Schwierigkeiten zu bereiten.

Dem harten Winter folgte eine Hochwasserkatastrophe im Oderbruch. Die Oderdeiche brachen, und das Wasser überflutete weite, für die Volksernährung unerläßliche landwirtschaftliche Gebiete. Viele Jugendliche eilten in das Katastrophengebiet. Sowjetische Truppen und Fachleute griffen ein. In pausenloser Arbeit wurde der Strom gebändigt, die obdachlose Bevölkerung versorgt und das überflutete Land für die Landwirtschaft zurückgewonnen.

Auf dem Lande mühten sich die werktätigen Bauern um die Ernährung des Volkes. Die Vorhut der Arbeiterklasse und die fortgeschrittensten Bauern verbanden sich im Kampf gegen den Hunger. Gemeinsam führten Bauern und Arbeiter die Bodenreform zu Ende und sicherten sie gegen alle feindlichen Anschläge. Das noch in den Bodenfonds verbliebene Land wurde restlos an die Bauern und an neu eintreffende Umsiedler aufgeteilt. Verfassungen und Gesetze verbürgten den Bauern ihr Eigentum.

In ungezählten freiwilligen Arbeitseinsätzen halfen Mitglieder der SED, Gewerkschafter, Angehörige der FDJ und des DFD den Neubauern, ihre Gehöfte zu errichten. Auch unter den Bauern wuchs die Solidarität. Mit Hilfe der staatlichen Organe und der VdgB organisierten sie den sogenannten Viehausgleich. Durch diese alle bisherigen Vorstellungen überschreitende bäuerliche Hilfsaktion erhielten viele von den Kriegshandlungen am schwersten betroffene Dörfer Brandenburgs und Mecklenburgs wieder einige Stück Vieh. Mit diesen Maßnahmen stieg auch das Ansehen der VdgB auf dem Lande. Sie beriet mit den Bauern die Anbaupläne, das Ablieferungssoll und entwickelte so das demokratische Leben im Dorfe. Die VdgB verfügte über Maschinenhöfe, Molkereien, Deckstationen und andere Einrichtungen, die die

materielle Grundlage einer ständig wachsenden gegenseitigen Hilfe der Bauern bildeten. Auf diesem Wege entstanden lebensfähige Neubauernwirtschaften. Die werktätige Bauernschaft erhielt nach und nach den bestimmenden Einfluß im Dorfe. Durch die umfassende Unterstützung seitens der Arbeiterklasse und durch die Hilfe innerhalb der Bauernschaft wurde die demokratische Bodenreform zu einer Errungenschaft, die von niemandem rückgängig gemacht werden konnte.

Mit fortschreitender Entwicklung wuchsen besonders die wirtschaftlich-organisatorischen Funktionen der neuen Staatsorgane, denn das Volkseigentum existierte vor allem in Gestalt der landeseigenen Betriebe. Der weitere Aufbau dieser Betriebe erforderte Planung, Sicherung der Materialversorgung, Überwindung zahlreicher Engpässe im wirtschaftlichen Leben. Am 14. Juni 1947 entstand als zentrales Organ die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK). Die Spaltung des deutschen Wirtschaftslebens ließ den politischen Kräften in der sowjetischen Besatzungszone keine andere Wahl. Um die eigenen ökonomischen Hilfsquellen besser zu nutzen, mußte der Aufbau der Friedenswirtschaft schrittweise einer zentralen Lenkung und Kontrolle unterstellt werden.

Betrachteten die Staatsorgane den wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau als ihre vornehmste Pflicht, so mußten gleichzeitig Anstrengungen unternommen werden, um die Errungenschaften der Werktätigen zu schützen. Die nach den Westzonen geflüchteten Faschisten und Kriegsverbrecher, Konzernherren und Großgrundbesitzer ließen nichts unversucht, um ihrer zurückgelassenen Reichtümer wieder habhaft zu werden. Betriebseinrichtungen wurden nach dem Westen geschleust. Entlang der Demarkationslinie trieben Banden ihr Unwesen. Über die Grenze hinweg gediehen Schiebergeschäfte. Durch die Flucht nach Westdeutschland versuchten sich nicht nur aus der sowjetischen Besatzungszone, sondern auch aus den europäischen Ländern der Volksdemokratie Faschisten und andere Konterrevolutionäre der Bestrafung zu entziehen. In wachsendem Maße gingen von den Westzonen Bestrebungen aus, die ostdeutsche Bevölkerung gegen die antifaschistisch-demokratische Ordnung aufzuwiegeln.

All das gebot Sicherungsmaßnahmen. Solange nicht in ganz Deutschland demokratische Verhältnisse geschaffen waren, mußte die Demarkationslinie unter Kontrolle genommen werden. Mit diesem Ziel wurde die deutsche Grenzpolizei geschaffen. Als im November 1946 mit Zustimmung der SMAD begonnen wurde, die Grenzpolizei aufzubauen,

bestanden schon in einigen westdeutschen Ländern Grenzschutzorgane. Anfangs höchst unvollständig mit Uniformen und Schußwaffen ausgerüstet und noch nicht in Gemeinschaftsunterkünften einquartiert, nahmen die Angehörigen der Grenzpolizei ihren Dienst auf und unterstützten die mit dem Grenzschutz betrauten sowjetischen Organe. Im August 1947 wurde die Grenzpolizei neu organisiert, um die antifaschistisch-demokratische Ordnung wirksamer zu schützen. Dank der Wachsamkeit und Einsatzbereitschaft der Grenzpolizisten konnten viele geplante Schädigungen in der sowjetischen Besatzungszone vereitelt werden.

3. Die Massenbewegung in den Westzonen für Lohn und Brot, für die Enteignung der Konzernherren, für die demokratische Umgestaltung

In den Jahren 1946 und 1947 entfaltete sich auch in den Westzonen eine Massenbewegung für eine demokratische Umgestaltung der Macht- und Besitzverhältnisse. Sie stand unter dem Einfluß der sich in Ostdeutschland vollziehenden antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen und war der Protest der Werktätigen gegen die restaurative Entwicklung in den Westzonen. Unmittelbaren Anlaß für diese Bewegung gab die unerträglich gewordene materielle Lage der werktätigen Bevölkerung, besonders der Arbeiterklasse.

Als die amerikanische und britische Besatzungsmacht mit der Bildung der Bizone den Weg der Spaltung Deutschlands eingeschlagen hatte, war diese Politik mit dem Versprechen verbunden worden, daß die Bildung der Bizone zu einem raschen Aufschwung der Wirtschaft und zur Verbesserung der Lebenslage führen würde. Das Gegenteil trat ein. Im Ruhrgebiet hungerten die Bergarbeiter, von deren Produktion die Belebung der ganzen deutschen Wirtschaft abhing. Die Bodenreform war nicht durchgeführt, die Großgrundbesitzer unterbanden die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und die Belieferung der städtischen Bevölkerung mit Lebensmitteln. Weite landwirtschaftliche Flächen blieben unbebaut. In der amerikanischen und der britischen Besatzungszone wurde mehr Land für den Anbau von Viehfutter verwendet als für Getreide, Gemüse und Obst. Die Arbeiter erhielten häufig nicht einmal ihre niedrigen Lebensmittelrationen.

Angesichts der politisch noch ungeklärten Situation und der zerrütteten Währung hatten Konzernherren und Großgrundbesitzer kein Interesse an der Erhöhung der Produktion und der Normalisierung des Wirtschaftslebens. An der Spitze des Ernährungsamtes der britischen Besatzungszone stand der Junker Hans von Schlange-Schöningen, der die Versorgung der Bevölkerung desorganisierte.

Besatzungsmächte, Konzernherren und Großgrundbesitzer betrieben eine Politik des organisierten Hungers, um in der Bevölkerung Hoffnungslosigkeit und Ausweglosigkeit hervorzurufen, sie vom politischen Kampf abzuhalten und die Ansätze einer demokratischen Entwicklung in Mißkredit zu bringen. Auf diese Weise sollte der Widerstand gegen den antinationalen Kurs der Reaktion gebrochen werden. Viele Arbeiter erkannten jedoch die Ursachen ihrer materiellen Not. Sie verstanden, daß die im Potsdamer Abkommen festgelegten antifaschistisch-demokratischen Maßnahmen von den westlichen Besatzungsmächten im Verein mit der deutschen Reaktion bewußt verschleppt wurden.

Im Herbst 1946 setzte ein Aufschwung des Massenkampfes der westdeutschen Werktätigen für die Entmachtung der Monopole ein. Er stützte sich auf die im Sommer 1946 erfolgreich vollzogene Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher in der sowjetischen Besatzungszone. In den Westzonen wurde die Bewegung von den Betriebsräten und Gewerkschaften ausgelöst. Sie führte zu zahlreichen Streiks und Demonstrationen. Großen Umfang nahm der Kampf in Nordrhein-Westfalen an. Hier begann sich eine Massenbewegung für die Entmachtung der Konzernherren von Rhein und Ruhr zu entfalten.

Die KPD, der damals 38 Prozent aller Betriebsratsmitglieder angehörten, organisierte auf 15 Schachtanlagen eine demokratische Probeabstimmung, an der sich insgesamt 20 102 Arbeiter, Angestellte und Ingenieure beteiligten. 89 Prozent der abstimmenden Belegschaftsmitglieder erklärten sich für die entschädigungslose Enteignung der Grubenbarone. Auf 32 Schachtanlagen mit etwa 50 000 Beschäftigten und in mehreren Metallbetrieben wurden Entschließungen für die Enteignung und die Durchführung eines Volksentscheides angenommen. Der Hauptvorstand des Bergarbeiterverbandes unterstützte diese Bewegung und forderte ebenfalls die Enteignung und einen Volksentscheid. Von den Belegschaften der Betriebe wurden 95 Delegationen gewählt, die mehr als 100 000 Arbeiter vertraten. Sie fuhren nach Düsseldorf, um dem Landtag die Forderungen der Werktätigen vorzutragen. Dort mußten sie erleben, daß die CDU und die SPD den Antrag der kom-

munistischen Abgeordneten, diesen Delegationen Gehör zu schenken, ablehnten.

Am 21. Januar 1947 veröffentlichte das „Westdeutsche Echo" einen Gesetzentwurf der KPD zur Enteignung der Stein- und Braunkohlengruben in Nordrhein-Westfalen. Die ersten beiden Paragraphen dieses Gesetzentwurfes lauteten:

„§ 1. Alle Bergbaubetriebe, die der Stein- und Braunkohlengewinnung dienen, einschließlich aller Neben- und Veredelungsanlagen mit allen dazu gehörigen Vermögen, Vermögenswerten und Rechten, im Lande Nordrhein-Westfalen gelegen, werden zugunsten des deutschen Volkes enteignet.

Unter dieses Gesetz fallen auch alle noch nicht in Betrieb genommenen Kohlenfelder.

Anlagen oder Vermögenswerte, die nach dem 1. April 1945 aus dem Vermögen dieser Betriebe herausgelöst wurden, unterliegen ebenfalls der Enteignung.

§ 2. Die Enteignung erfolgt ohne Entschädigung."[153]

In seiner Entschließung stellte der am 8. und 9. Februar 1947 in Wanne-Eickel tagende Bezirksparteitag der KPD Ruhrgebiet fest: „Die Überführung des Bergbaus in die öffentliche Hand muß jetzt im Mittelpunkt unserer Politik stehen."[154]

Hand in Hand mit dem Kampf um die Enteignung der Konzerne ging die Bewegung für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben. Sie erhielt starken Auftrieb durch den erfolgreichen Streik von 320 Arbeitern und Angestellten des Betriebes Bode-Panzer in Hannover, der vom 21. November bis zum 16. Dezember 1946 dauerte. In Hannover und dann in allen Zonen Deutschlands erklärten sich die Werktätigen mit den Streikenden solidarisch. Die Industriegewerkschaft Metall des FDGB bekundete im Namen von einer halben Million Arbeitern der sowjetischen Besatzungszone ihre Solidarität. Nach 23tägigem Streik mußten die Unternehmer eine Betriebsvereinbarung unterzeichnen, in der unter anderem festgelegt war, daß Einstellungen, Entlassungen, Versetzungen und Beförderungen von Arbeitern und Angestellten von der Geschäftsleitung nur mit Zustimmung des Betriebsrates vorgenommen werden dürfen. Die Arbeiter erzwangen auch die Mitbestimmung des Betriebsrates bei der Festlegung des Produk-

[153] Dokumente der KPD 1945–1956, S. 102.

[154] Aus dem Volk – Mit dem Volk – Für das Volk. Bericht vom Bezirksparteitag 1947 der KPD Ruhrgebiet am 8. u. 9. Februar in Wanne-Eickel, o. O. o. J., S. 86.

tionsplanes. Dem Beispiel der Belegschaft von Bode-Panzer folgten andere Betriebe der britischen Besatzungszone, so daß Ende 1946 und zu Beginn des Jahres 1947 viele Unternehmer ähnliche Betriebsvereinbarungen unterzeichnen mußten.

Einen Höhepunkt des Kampfes der westdeutschen Werktätigen gegen das Monopolkapital bildeten die Aktionen in Hessen. In Hessen wurde am 1. Dezember 1946 ein Verfassungsentwurf zur Abstimmung gestellt. Obwohl sozialdemokratische Führer bei der Ausarbeitung der Verfassung der CDU eine Reihe überflüssiger Zugeständnisse machten, trug der Verfassungsentwurf dank der Initiative kommunistischer und klassenbewußter sozialdemokratischer Abgeordneter einen fortschrittlichen Charakter. In diesem Entwurf waren Artikel enthalten über die Bodenreform, über gleichen Lohn für gleiche Arbeit, über das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter. Der wichtigste war der Artikel 41, der unter anderem lautete:

„Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden

1. in Gemeineigentum überführt: der Bergbau (Kohlen, Kali, Erze), die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen;

2. vom Staate beaufsichtigt oder verwaltet die Großbanken und Versicherungsunternehmen ..."[155] Bei der Volksbefragung sprachen sich 76,6 Prozent für die Verfassung aus. Für den getrennt zur Abstimmung gestellten Artikel 41 erklärten sich 71,9 Prozent der Wähler.

Dieses Ergebnis bewies, daß auch in Westdeutschland die Mehrheit der Bevölkerung gewillt war, eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung zu vollziehen. Doch obwohl sich die Mehrheit auf demokratische Weise eindeutig für die Entmachtung der Konzern- und Bankherren ausgesprochen hatte, wurde die Verwirklichung des Artikels 41 unterbunden. Schon am 6. Dezember 1946 wurde eine Mitteilung der amerikanischen Militäradministration veröffentlicht, derzufolge eine Reihe von Betrieben, alle Banken und Versicherungsgesellschaften aus dem Gültigkeitsbereich des Artikels 41 ausgenommen waren. Außerdem hieß es in dieser Mitteilung, daß der Artikel 41 nicht im Sinne der Übergabe der Betriebe an den Staat, sondern nur im Sinne der „staatlichen Aufsicht" aufzufassen sei. Schließlich erklärte der amerikanische Militärgouverneur Lucius D. Clay unmißverständlich: „Aber in einer

[155] Karl Schultes: Die süddeutschen Länderverfassungen. Anhang: Wortlaut der Länderverfassungen, Berlin 1948, S. 105.

Zeit, in der die USA so viel Geld aus eigener Tasche zahlen, um Deutschland zu unterstützen, haben sie auch das Recht, ihre Meinung zu sagen und Experimente nicht zuzulassen."[156] Diese Erklärung kam einem Verbot der Durchführung des Artikels 41 gleich.

Trotzdem erklärten sozialdemokratische Führer den Werktätigen, die wiederholt die Verwirklichung des Artikels 41 forderten, die Sozialisierung sei „in vollem Gange"[157]. Das ganze Ergebnis dieser „Sozialisierung" bestand in Hessen schließlich darin, daß die Eigentümer von 137 meist kleineren und unrentablen Betrieben zu Treuhändern des Staates erklärt wurden. Dann wurden diese Betriebe gegen eine Entschädigungssumme von 25 Millionen RM aufgekauft und zum gesellschaftlichen Eigentum erklärt. Wie schon 1918, erwies sich diese „Sozialisierung" als Betrug an den Werktätigen.

Machtvolle Aktionen der Arbeiterklasse entwickelten sich im Frühjahr 1947, als die Not noch größer wurde. Ihren Ausgangspunkt hatte die Bewegung in Essen. Am 3. Februar fuhren hier etwa 5000 Kumpel verschiedener Schächte verspätet oder gar nicht ein. Diesem Protest gegen die Mißwirtschaft der Konzernherren und der Staatsbürokratie schlossen sich die Belegschaften anderer Betriebe, unter ihnen die Arbeiter der Krupp-Werke, an. 17000 Werktätige formierten sich zu einem Demonstrationszug. Am 7. Februar fand eine Betriebsrätekonferenz des Essener Gebietes statt. Sie faßte mit 218 gegen 12 Stimmen eine Entschließung, in der die Protestaktionen der Arbeiter unterstützt wurden.

In der Resolution wurde festgestellt, daß die Schuldigen an dem Hungerchaos „die reaktionären Großgrundbesitzer, die reaktionären und faschistischen Elemente in allen politischen und wirtschaftlichen Organisationen und Verwaltungen mit dem Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft unter Führung von Schlange-Schöningen"[158] sind. Die Forderungen der Betriebsrätekonferenz lauteten unter anderen: sofortige Absetzung Hans von Schlange-Schöningens und Aufhebung seines Amtes, Bildung einer neuen Körperschaft, zusammengesetzt aus Vertretern demokratischer Parteien und der Gewerkschaften, schnelle

[156] Neue Ruhrzeitung (Essen), 16. August 1947. Zit. nach: Alfred Drögemüller: Die Spaltung Deutschlands durch die imperialistischen Westmächte und die deutsche Großbourgeoisie und der Kampf der Arbeiterklasse und der patriotischen Kräfte Westdeutschlands für ein demokratisches und friedliebendes Deutschland (Ende 1947 bis Mitte 1948), Phil. Diss., Berlin 1961, S. 86.

[157] Das Volk (München), 1947, H. 6, S. 3.

[158] Freiheit (Düsseldorf), 14. Februar 1947.

Durchführung der demokratischen Bodenreform, Gründung von Kontrollausschüssen in Stadt und Land zur Sicherung der Ernährung, verstärkter Kampf gegen Schieber und Wucherer, Todesstrafe für Schwarzhändler großen Stils, schonungslose Säuberung aller öffentlichen Verwaltungsstellen und Wirtschaftsorganisationen von faschistischen und reaktionären Elementen, Verstaatlichung der Bergbaubetriebe sowie entschädigungslose Enteignung und Überführung der Schlüsselindustrien und der Betriebe der Kriegsverbrecher und Nazis in öffentliche Hand. Diese Forderungen prägten den Inhalt der Proteststreiks und Demonstrationen der Monate Februar bis April 1947. In vielen Konzernbetrieben führten die Belegschaften Abstimmungen über die Enteignung der Werke durch.

Zur gleichen Zeit, am 3. Februar 1947, legten in Nürnberg rund 70000 Arbeiter und Angestellte für sechs Stunden die Arbeit nieder. Sie folgten einem Aufruf der Gewerkschaften, die mit dieser Aktion gegen einen Bombenanschlag protestierten, der am 1. Februar von Faschisten auf die Nürnberger Entnazifizierungs-Spruchkammer unternommen worden war. Auch in Bayreuth und Hof kam es zu Proteststreiks.

Am 25. März streikten 80000 in Wuppertal, von denen sich die Hälfte an einer Protestdemonstration beteiligte. Am gleichen Tage legten in Stuttgart 6000 Bosch-Arbeiter die Arbeit nieder, weil ihnen die Lebensmittel-Zulagenkarte entzogen werden sollte. 80000 Werktätige demonstrierten am 28. März durch die Straßen von Düsseldorf. In Hamburg folgten am 9. Mai rund 200000 Arbeiter und Angestellte dem Aufruf des Ortsausschusses der Gewerkschaften und versammelten sich vor dem Gewerkschaftshaus zu einer eindrucksvollen Protestkundgebung gegen die Hungerpolitik. In Hannover forderten die Werktätigen auf einer Massenkundgebung Maßnahmen gegen die Schuldigen an der Notlage der Arbeiter.

Die Bewegung fand ihren Höhepunkt in dem Streik der Bergarbeiter des Ruhrgebietes am 3. April 1947. Geschlossen folgten die Bergarbeiter dem Beschluß ihrer Delegierten, die Forderungen in einem 24stündigen Streik durchzusetzen. Die britischen Besatzungsbehörden drohten, den Bergarbeitern die Zusatzverpflegung zu entziehen. Die zuständigen Gewerkschaftsführer sprachen sich gegen den Streik aus und versagten jede Unterstützung. Doch nichts konnte die Kampfentschlossenheit brechen. Über 300000 Bergarbeiter fast aller Schachtanlagen des Ruhrgebietes legten die Arbeit nieder und versammelten sich zu

gewaltigen Kundgebungen auf den zentralen Plätzen der Städte, wo führende Vertreter der Industriegewerkschaft Bergbau zu ihnen sprachen. 12000 bis 14000 Bergarbeiter des Aachener Kohlenreviers schlossen sich dem Streik an. Tausende Arbeiter anderer Industriezweige bewiesen durch Streiks, Demonstrationen und Sympathiekundgebungen ihre Solidarität mit den Bergarbeitern. In Essen streikten die Bauarbeiter, die Arbeiter einiger Krupp-Betriebe und anderer Werke. In Bochum, Duisburg und Hamborn demonstrierten die Arbeiter und Angestellten fast aller Betriebe. Von den Arbeitern wurden folgende Losungen mitgeführt: „Hinweg mit den Organisatoren des Hungers!", „Durchführung der demokratischen Bodenreform", „Enteignung der Grubenbesitzer", „Verstaatlichung der Grundstoffindustrie".

Die Besatzungsmächte antworteten auf die Massenaktionen der Werktätigen mit Streikverboten und Drohungen. Durch die Bewegung im Ruhrgebiet aufgeschreckt, erklärte der Direktor der amerikanischen Militärregierung für Hessen, Oberst James R. Newman, am 16. Mai im Frankfurter Rundfunk: „Streiks oder andere Umtriebe gegen die Politik der Militärregierung, die in irgendeiner Weise die Forderungen oder Pläne der Besatzungsmacht gefährden könnten, werden in Hessen nicht geduldet werden; dabei spielt es keine Rolle, ob ihr Zweck ein politischer oder ein anderer sein möge. Jede Person oder Gruppe von Personen, die so handelt, wird bestraft werden, und vergessen Sie nicht, daß nach den Gesetzen der Besatzungsarmeen und der Militärregierung die Schuldigen sogar mit der Todesstrafe belegt werden können . . . Mit Agitatoren wird ungeachtet ihrer Position sofort abgerechnet werden."[159]

Trotz vielfältiger Widerstände brachte die Massenbewegung vom Frühjahr 1947 in zweierlei Hinsicht greifbare Ergebnisse: Sie stärkte die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, was sich in gewissen Fortschritten im Kampf um die politische Einheit der Arbeiterklasse und vor allem in der Herstellung der Gewerkschaftseinheit ausdrückte. Die Volksmassen errangen in dieser Zeit demokratische Rechte, die bleibende Bedeutung für die ganze Nachkriegsperiode gewannen.

Der Verlauf der Massenbewegung zeigte, daß die Bemühungen der SED, der KPD und beträchtlicher Teile der Sozialdemokratie und parteiloser Arbeiter, die über die Arbeitsgemeinschaft SED/KPD auch im Westen Deutschlands die vereinigte marxistische Arbeiterpartei schaffen wollten, reale Grundlagen hatten.

[159] Frankfurter Rundschau, 17. Mai 1947.

Im Frühjahr 1947 führten die Landesorganisationen der KPD in den westlichen Besatzungszonen ihre Parteitage durch. An ihnen nahmen überall einheitswillige Sozialdemokraten und Parteilose teil. Die Delegierten und Gäste dieser Parteitage begrüßten die Bildung der Arbeitsgemeinschaft SED/KPD und forderten eine einheitliche sozialistische Partei in ganz Deutschland nach den Grundsätzen und Zielen der SED. Auf den Landesparteitagen in Hessen und Bayern traten Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl auf und erläuterten den Versammelten den Weg zur Einheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland.

Die Vorsitzenden der SED unterstrichen, daß es das Bestreben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist, auch im Westen die Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten zu vollziehen. Vor Stuttgarter Funktionären erklärte Wilhelm Pieck am 11. März 1947: „Es geht um nicht mehr und nicht weniger, als daß wir die Kraft in Deutschland schaffen, die imstande ist, die großen Aufgaben zu lösen, die vor dem deutschen Volke stehen. Diese Kraft ist die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung."[160] Im Mai 1947 wollten Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl an Landesparteitagen der KPD in der britischen Besatzungszone teilnehmen, erhielten aber keine Einreiseerlaubnis.

In den Protest- und Streikbewegungen im Frühjahr 1947 kam es, gegen den Widerstand rechter Führer der SPD, in Betrieben und Wohngebieten zu einheitlichem Handeln von Sozialdemokraten und Kommunisten. Eine größere Bereitschaft zur Schaffung einer vereinigten marxistischen Arbeiterpartei griff auf der örtlichen Ebene erneut um sich. Kommunistische und sozialdemokratische, ja, selbst christliche und parteilose Arbeiter schufen Organisations- und Gründungsausschüsse zur Bildung der SED und Komitees der Freunde der Einheit. In verschiedenen Städten im Ruhrgebiet entstanden in dieser Zeit Einheitskomitees. Am 1. Juni 1947 beschlossen in Dortmund 200 Delegierte, darunter ein Drittel Sozialdemokraten, auf einer Konferenz die Gründung der SED. Tausende Arbeiter schrieben sich in die Einzeichnungslisten für die Gründung der SED ein. Doch die Militärbehörden griffen wieder zu Verboten und anderen politischen und moralischen Druckmitteln, um die Bewegung abzustoppen. Auch der sozialdemokratische Parteivorstand machte seinen Einfluß gegen die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei in den Westzonen geltend.

[160] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, NL 36/29–15.

Weder die Besatzungsmächte noch die westdeutsche Reaktion konnten jedoch vereiteln, daß die Massenaktionen einen spürbaren Einfluß auf die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter ausübten. Infolge der Behinderung durch die Militärbehörden konnten sich in den Westzonen die Gewerkschaften erst in der zweiten Hälfte 1946 oder Anfang 1947 auf Landesebene organisieren. Nachdem sich im Sommer 1946 und Anfang 1947 Gewerkschaftsbünde in den einzelnen Ländern konstituiert hatten, wurde am 6. November 1947 der bizonale Gewerkschaftsrat für die Gewerkschaften der amerikanischen und britischen Zone unter dem Vorsitz von Hans Böckler gebildet, dem sich im Dezember 1948 die Gewerkschaften der französischen Besatzungszone anschlossen.

Der Aufbau dieser Gewerkschaften war anfangs sehr unterschiedlich, doch sie hatten eines gemeinsam: Sie waren Verbände, die die Arbeiter und Angestellten aller politischen Richtungen umfaßten. Die jahrzehntelange gewerkschaftliche Spaltung war überwunden. Diese Tatsache übte eine starke Anziehungskraft auf die Arbeiter aus. Darum stieg die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten rasch an. Gemeinsam war allen Gewerkschaften in den Westzonen auch das durch historische Traditionen und durch den antifaschistisch-demokratischen Kampf der Massen geprägte politische und sozialpolitische Gedankengut. Sie forderten die Einheit Deutschlands und einen einheitlichen Gewerkschaftsbund für ganz Deutschland. Sie verlangten die Entmachtung der Konzerne, die Überführung ihres Eigentums in öffentliche Hand, die Entnazifizierung der Verwaltungen, eine demokratische Bodenreform und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in der Produktion und der Verwaltung.

Verbürgerlichte Funktionäre setzten jedoch die organisierte Kraft der Gewerkschaften nicht für die Durchsetzung dieser Ziele ein. Teilweise gewannen Leute auf die westdeutschen Gewerkschaften Einfluß, die – wie Fritz Tarnow – als Mitarbeiter der Besatzungsbehörden aus der Emigration nach Deutschland zurückgekehrt und systematisch in einflußreiche Stellungen in der wiedererstehenden Gewerkschaftsbewegung geschleust worden waren. Mit der schädlichen Losung von der „Neutralität" der Gewerkschaften versuchten sie, die größte Massenorganisation der Arbeiterklasse vom Kampf für die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung abzuhalten. Sie konnten jedoch nicht verhindern, daß die Gewerkschaften in den Kämpfen um die demokratische Erneuerung in den Westzonen eine maßgebliche Rolle spielten.

In ihren grundlegenden Zielen stimmten die Gewerkschaften in allen Teilen Deutschlands überein. Das bot eine Grundlage für einen einheitlichen gesamtdeutschen Gewerkschaftsverband. Dieser hätte nicht nur eine machtvolle Interessenvertretung der Werktätigen, sondern zugleich ein starkes Band der nationalen Einheit werden können.

Unterstützt durch den Weltgewerkschaftsbund fanden Ende 1946 bis Mitte 1948 neun Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften statt. Neben diesen Interzonenkonferenzen fanden sich in den Jahren 1947 und 1948 Vertreter der Industriegewerkschaften, der Gewerkschaftsjugend und einzelner Ausschüsse auf rund 100 interzonalen Konferenzen, Tagungen und Beratungen zusammen.

Besonderes Gewicht besaßen die Beschlüsse der vierten Interzonenkonferenz[161], die vom 6. bis 8. Mai 1947 in Garmisch-Partenkirchen tagte und unter dem Eindruck der Entmachtung des Monopolkapitals in Ostdeutschland und der Massenkämpfe in den Westzonen stand. Die Konferenz verlangte den baldigen Abschluß eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland und vertrat den Standpunkt, daß Vertreter des deutschen Volkes gehört werden müßten.

Zum wichtigsten Tagesordnungspunkt dieser Konferenz – Gewerkschaft und Wirtschaft – referierte der Vorsitzende des Bundesvorstandes des FDGB, Hans Jendretzky. Seine Ausführungen bildeten die Grundlage der von Vertretern aller Zonen angenommenen Entschließung. Ihre wesentlichsten Punkte waren: Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, Aufbau eines Systems geplanter und gelenkter Wirtschaft, Vergesellschaftung der wichtigsten Schlüsselindustrien sowie der Kredit- und Versicherungsinstitute, Errichtung eines zentralen deutschen Amtes für Wirtschaftsplanung und -lenkung, Bodenreform unter Mitwirkung von Selbstverwaltungsorganen der Landwirtschaft und der Gewerkschaften, Erfassung der für die Volksernährung notwendigen Agrarprodukte nach einem einheitlichen Ablieferungsplan, einheitliche Währungs- und Finanzreform für ganz Deutschland.

In der sowjetischen Besatzungszone waren die wichtigsten dieser Forderungen erfüllt. Deshalb stellte die Entschließung in erster Linie das Programm für die westdeutschen Gewerkschaften dar. Ihre Annahme bedeutete gleichzeitig die Anerkennung der in Ostdeutschland vollzogenen antifaschistisch-demokratischen Umwälzung durch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in ganz Deutschland. Auf den

[161] Dokument Nr. 36.

Interzonenkonferenzen konnten die ostdeutschen Gewerkschaftsvertreter ihren westdeutschen Kollegen wertvolle Erfahrungen ihres erfolgreichen Kampfes vermitteln. Der FDGB erwies sich auf diesen Konferenzen als Fürsprecher einer echten Arbeiterpolitik. Er ging von der nationalen Verantwortung der Gewerkschaften aus und stellte ihre Aufgaben im Kampf um einen deutschen Friedensvertrag und für die Vernichtung der Machtgrundlagen des Imperialismus in den Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit. Die Interzonenkonferenzen setzten sich außerdem für eine grundsätzliche Neugestaltung der Sozialversicherung und des Arbeitsrechts, für garantiertes Recht auf Arbeit und Erholung, für die Gleichberechtigung der Frauen und der Jugend und für weitere soziale Forderungen ein.

Die in den Jahren 1946/1947 erzielten Fortschritte bei der Vorbereitung eines einheitlichen deutschen Gewerkschaftsverbandes zählten zu den größten Erfolgen des Kampfes um die Einheit der Arbeiterklasse nach 1945. Die Interzonenkonferenzen erbrachten den unumstößlichen Beweis, daß die Zusammenarbeit aller deutschen Gewerkschaften möglich und nutzbringend für die Arbeiterklasse ist, daß sie unser ganzes Volk den großen Zielen – Frieden, Demokratie, Sozialismus – näherbringt.

Das wichtigste politische Ergebnis der Massenkämpfe in den Westzonen bestand darin, daß sie den Einfluß der Arbeiterklasse auf die innenpolitische Entwicklung in den Westzonen geltend machten. In die Länderverfassungen wurden fortschrittliche Artikel aufgenommen. Die Massenaktionen verliehen den Anträgen der Landtagsfraktionen von KPD und SPD größeren Nachdruck.

Nachdem in Hessen durch den Volksentscheid vom 1. Dezember 1946 rechtliche Grundlagen für die Entmachtung der Konzernherren geschaffen worden waren, kam es in den Landtagen verschiedener Länder zu heftigen Auseinandersetzungen über die von der KPD oder der SPD eingebrachten Gesetzentwürfe für die Überführung der Konzernbetriebe in Gemeineigentum. In Nordrhein-Westfalen setzte sich die KPD für die Durchführung eines Volksentscheides über die Verstaatlichung der Schlüsselindustrie an der Ruhr ein. Anfang Februar 1947 brachte die Fraktion der SPD im Landtag einen Antrag auf Verstaatlichung des Kohlenbergbaus ein, der von der KPD unterstützt wurde. Nach monatelangen Verhandlungen beschloß der Landtag am 6. August 1948 mit den Stimmen der KPD, der SPD und des Zentrums, gegen die Stimmen der FDP ein Gesetz zur Enteignung des

Kohlenbergbaus. Die CDU enthielt sich der Stimme. Sie wußte, daß die britische Militärregierung verhindern würde, daß dieses Gesetz rechtswirksam wird. So geschah es auch. Die Besatzungsmacht untersagte die Durchführung des Gesetzes[162] und demonstrierte auf diese Weise, was sie vom Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes hielt.

In Bremen, Hessen und Württemberg-Baden wurden Gesetze angenommen, die die Rechte der Betriebsräte festlegten. Am Zustandekommen fortschrittlicher arbeitsrechtlicher Reglungen hatten die kommunistischen Arbeitsminister Rudolf Kohl in Württemberg-Baden und Oskar Müller in Hessen großen Anteil. Die kommunistischen und sozialdemokratischen Abgeordneten vertraten in den Landtagen in diesen Fragen wiederholt einen gemeinsamen Standpunkt.

Die antimonopolistische Bewegung war so stark, daß sich die Monopolherren in die Enge getrieben sahen. Die Vertreter der Gutehoffnungshütte Oberhausen AG, der Klöckner-Werke AG und der Firma Otto Wolff, die fast ein Viertel der Eisen- und Stahlproduktion der britischen Besatzungszone kontrollierten, erklärten plötzlich ihre Bereitwilligkeit, den Belegschaften und Gewerkschaften „volle Mitbestimmungsrechte" einzuräumen und die Arbeiter an der „Planung und Lenkung sowie an den Aufsichtsorganen für die großen Erwerbsgesellschaften der Eisen- und Stahlindustrie" zu beteiligen. Ferner schlugen sie die Überführung der entflochtenen Konzernbetriebe in „gemischtwirtschaftlichen Besitz" vor. In einem Schreiben an die Einheitsgewerkschaft in Köln gingen die Vertreter der Gutehoffnungshütte und des Klöckner-Konzerns im Januar 1947 so weit, zu erklären, daß die Arbeiter gemeinsam mit Vertretern der öffentlichen Hand die Mehrheit der Aufsichtsratssitze einnehmen sollten.

Die Konzernherren waren zu Zugeständnissen gezwungen, um die Massenbewegung abzufangen. Gleichzeitig beabsichtigten sie, führende Gewerkschaftspolitiker der Westzonen durch Aufnahme in die Aufsichtsräte an die Monopole zu binden und sie materiell und moralisch zu korrumpieren. Auf diese Weise hofften sie, diese Gewerkschaftsführer als Bundesgenossen gegen Demontagen und gegen die Entflechtung der Konzerne gewinnen zu können.

Die Unruhe einiger Konzernherren wegen der von westlichen Militärregierungen eingeleiteten Entflechtungsmaßnahmen erwies sich als unbegründet. Diese Maßnahmen richteten sich nicht gegen das Monopolkapital, sondern in erster Linie gegen die antiimperialistische Be-

[162] Dokument Nr. 53.

wegung. Die Westmächte wollten den Anschein erwecken, als führten sie die auf der Potsdamer Konferenz vereinbarte Vernichtung der übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft durch. Damit sollten die Aktionen der westdeutschen Werktätigen untergraben werden.

Die sogenannte Entflechtung begann 1946/1947. Im Oktober 1946 wurde auf Anordnung der britischen Militärregierung eine Treuhandgesellschaft zur Entflechtung der Eisen- und Stahlindustrie geschaffen. An ihrer Spitze stand der frühere Direktor der Vereinigten Stahlwerke Heinrich Dinkelbach. Damit war der Einfluß der Konzernherren auf dieses Unternehmen von vornherein gesichert. Nach dem Entflechtungsplan Dinkelbachs wurden aus den wichtigsten Betrieben der Eisen- und Stahlkonzerne des Ruhrgebietes mehrere neue Aktiengesellschaften gebildet. Er selbst wurde Vorsitzender des Aufsichtsrates dieser Gesellschaften. Mit diesen Machenschaften wurden lediglich die alten Konzerne umgruppiert und einige belastete Wehrwirtschaftsführer aus öffentlichen Stellungen zurückgezogen. Unter dem Vorwand der „Entflechtung" wurden die wichtigsten Teile der westdeutschen Industrie unter den Rechtsschutz der Militärregierung gestellt. Das Eigentumsrecht der Aktionäre wurde nicht angetastet. Selbst solche Unternehmungen, bei denen es nicht zu umgehen war, ihre Firmenträger oder Direktoren wegen vergangener Verbrechen vor Gericht zu stellen und abzuurteilen, blieben nach dem Plan Heinrich Dinkelbachs als Aktiengesellschaften in den Händen des Großkapitals.

Die „Entflechtung" wurde gleichzeitig als der Weg zur „Mitbestimmung" der Arbeiter ausgegeben. Vertreter der Gewerkschaften – es waren vorwiegend rechtsorientierte Funktionäre, wie Hans Böckler, Fritz Henssler und andere – wurden als Mitglieder in die Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften einbezogen. Zugleich entstand die Institution des Sozialdirektors oder Arbeitsdirektors, die nach den Vorstellungen der Konzernherren eine Form der „Mitbestimmung" der Arbeiter und eine „Demokratisierung der Schwerindustrie" vortäuschen sollte. Entscheidend war bei dem Manöver, daß sich an den Besitz- und damit an den Machtverhältnissen nichts änderte. Welches Ziel mit dieser „Mitbestimmung" angestrebt wurde, sagte Heinrich Dinkelbach unverblümt in einem vertraulichen Gespräch: „Ich habe diese Form der Beteiligung der Arbeiter gewählt, erstens, damit man ihnen sagen kann, daß es ihre Werke sind und sie dieselben verteidigen müssen, und

zweitens, weil dadurch die Möglichkeit besteht, die Arbeiter gegen die Sozialisierung in Bewegung zu bringen."[163]

Während die Konzernherren einflußreiche Funktionäre der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in das neu erstehende System des staatsmonopolistischen Kapitalismus einzubeziehen, mit deren Hilfe die Massenbewegung abzufangen und in die Kanäle parlamentarischer oder tariflicher Auseinandersetzungen zu lenken versuchten, kämpften die Werktätigen und die Mehrzahl der Gewerkschaftsfunktionäre für wirkliche Mitbestimmung. Sie wollten, daß die Vertreter der Arbeiter und Angestellten in allen Fragen der Produktion und der Investition, bei Einstellungen und Entlassungen, in Fragen des Arbeitsrechtes, des Sozialwesens, der Löhne und Gehälter ein entscheidendes Wort mitsprechen. Wenn auch die als „Mitbestimmung" ausgegebenen Reglungen in der Montanindustrie den Werktätigen keinen wesentlichen Einfluß auf die Wirtschaft sicherten, so galt es doch, die Möglichkeiten zu nutzen, um die Belange der Werktätigen zu vertreten und für die Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes zu kämpfen.

Neben der Entflechtungsaktion lief die Sabotage des Potsdamer Abkommens auf anderen Gebieten. Insbesondere wurde versucht, die Verwirklichung der Potsdamer Beschlüsse so weit wie möglich hinauszuschieben. Erst 1947, als die Großgrundbesitzer wieder fest im Sattel saßen, erließen die westlichen Besatzungsmächte – durch die Festlegungen der Moskauer Außenministerkonferenz dazu genötigt – Direktiven oder Verordnungen über eine Bodenreform in ihren Zonen. Diese hätten noch mit Erfolg verwirklicht werden können, wenn nicht dafür in den Anordnungen eine wesentliche Voraussetzung gefehlt hätte: die Mitwirkung der Landbevölkerung. Die Durchführung der Verordnungen wurde dem alten kapitalistischen Siedlungsapparat, der ganz unter dem Einfluß des Großgrundbesitzes stand, übertragen.

Die KPD forderte zur Brechung der Junkerherrschaft und zur Demokratisierung des Dorfes eine demokratische Bodenreform, bei der alle Güter über 100 Hektar Nutzfläche an landarme Bauern, Landarbeiter und Umsiedler aufgeteilt werden sollten. In Bayern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein wurden entsprechende Gesetze angenommen, ihre Durchführung wurde wiederum durch die imperialistischen Besatzungsmächte unterbunden.

Die Massenkämpfe vom Frühjahr 1947 bildeten den Höhepunkt des Kampfes um die Entmachtung der Konzernherren in Westdeutschland.

[163] Zit. nach: Neues Deutschland (B) (Berlin), 23. März 1947.

Die späteren Aktionen der Werktätigen erreichten nicht mehr diese Kraft und Geschlossenheit.

Während die KPD darum rang, die Massenkämpfe gegen Hunger und Not in die Bahnen des konsequenten Kampfes gegen Monopolkapital und Junkertum zu lenken, verzichtete die Mehrheit der sozialdemokratischen Führer darauf, sich selbst in ihrer parlamentarischen Tätigkeit auf die Aktionen der Werktätigen zu stützen und gemeinsam mit der KPD grundlegende antifaschistisch-demokratische Maßnahmen gegen den Widerstand der Besatzungsmächte und der westdeutschen Reaktion zu erzwingen. Ja, maßgebliche Führer der SPD distanzierten sich sogar von den großen Massenkämpfen des Frühjahrs 1947. Sie leugneten die weitgehenden demokratischen Ziele der Bewegung und bezeichneten sie lediglich als einen „Notschrei der Bevölkerung". Dabei hätte es der Einfluß, den KPD und SPD im Jahre 1947 ausübten, bei einheitlichem Vorgehen in den Parlamenten und in der außerparlamentarischen Bewegung ohne Zweifel ermöglicht, nicht nur die größte Not der Bevölkerung zu bannen, sondern auch wichtige demokratische Umwälzungen zu vollziehen und einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung der nationalen Einheit zu leisten. Auch die Kraft der Gewerkschaften wurde nicht gezielt gegen die Monopole eingesetzt. Das Eingreifen der Besatzungsmächte und die desorientierend wirkende Haltung der sozialdemokratischen Führung verhinderten die Entmachtung des Monopolkapitals. Die Reaktion konnte ihre Positionen wieder festigen.

Zum Abflauen der Massenbewegungen trug wesentlich bei, daß viele Arbeiter der Illusion erlagen, ihr Mitbestimmungsrecht sei gesichert, außerparlamentarische Aktionen seien daher überflüssig. Der unmittelbare Zusammenhang des Kampfes um Lohn und Brot, um Mitbestimmung und Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien mit dem Ringen um die Sicherung des Friedens und der demokratischen Einheit Deutschlands wurde von der Mehrzahl der Werktätigen nicht genügend erkannt. Konzerne und Besatzungsmächte waren in der Folgezeit bemüht, einige Quellen der Unzufriedenheit zu verstopfen, indem sie gewisse materielle Verbesserungen zugestanden.

Eine Schwäche der Massenbewegung in den Westzonen bestand darin, daß sie im wesentlichen auf die Arbeiterklasse beschränkt blieb. Es bestätigte sich erneut, daß die Spaltung der Arbeiterbewegung die Bildung einer breiten antiimperialistischen Front behindert und die gesamte demokratische Bewegung lähmt.

In den Massenkämpfen vom Frühjahr 1947 erwiesen sich die Kommunisten als die vorwärtstreibende Kraft. Die zahlreichen fortschrittlichen Beschlüsse, die diszipliniert durchgeführten Aktionen entsprangen zum großen Teil ihrer Initiative. In Nordrhein-Westfalen stieg bei den Wahlen vom April 1947 der Stimmenanteil der KPD auf 14 Prozent gegenüber 9,5 Prozent Ende 1946, im Ruhrgebiet stellenweise sogar auf 23,5 Prozent. Das war ein beachtlicher Erfolg, der um so schwerer wog, als die Kommunisten auf vielfältige Weise im Wahlkampf behindert wurden. Die Wahlergebnisse zeigten aber auch, daß nicht alle Werktätigen, die in den Betrieben und bei Massenaktionen den Appellen der KPD zum Kampf um die Sicherung der sozialen Rechte und zur Verbesserung der Lebenshaltung der Werktätigen folgten, schon bereit waren, dieser Partei auch bei den Wahlen zu den Länderparlamenten ihre Stimme zu geben. In diesen Wahlen war es erheblich schwieriger, den Antikommunismus zurückzudrängen, als in der unmittelbaren Aktion. In anderen Gebieten Westdeutschlands, wo die Arbeiter nicht auf solche großen revolutionären Traditionen zurückblicken konnten wie im Ruhrgebiet, gestaltete sich der Kampf der Kommunisten noch komplizierter.

Die KPD schlug eine richtige Politik ein, indem sie von den unmittelbaren Interessen der Werktätigen ausging und den Kampf für grundlegende demokratische Umgestaltungen führte. Aber nicht alle ihre Parteiorganisationen erwiesen sich als fähig, eine erfolgreiche Massenarbeit zu entwickeln. In den Klassenauseinandersetzungen des Jahres 1947 wirkte sich aus, daß Faschismus und Krieg große Lücken in die Reihen der kommunistischen Bewegung gerissen hatten, daß neue Führerpersönlichkeiten heranreifen mußten. Für viele Mitglieder der KPD waren die Aktionen vom Frühjahr 1947 die ersten großen Massenkämpfe, an denen sie teilnahmen. Sie mußten selbst erst Erfahrungen im Klassenkampf sammeln. Auch für sie war es nicht einfach, die Taktik der imperialistischen Reaktion zu durchschauen, nicht in Sektierertum zu verfallen, sich sachlich mit dem Auftreten der sozialdemokratischen Führung auseinanderzusetzen, offensiv gegen die antikommunistische Hetze aufzutreten und eine weitsichtige Politik der Aktionseinheit zu betreiben.

4. Der II. Parteitag der SED und die Entstehung der Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden

Im Sommer 1947 begann in Vorbereitung des II. Parteitages der SED unter den Parteimitgliedern eine eingehende Diskussion über die Grundfragen der Politik der Partei: über die Einschätzung der internationalen Lage, die Ergebnisse und weiteren Perspektiven der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, den Kampf um die Einheit Deutschlands und die Festigung der Partei. In einer Zeit, als die wirtschaftlichen Schwierigkeiten alle anderen Fragen zu überschatten drohten, lenkte der Parteivorstand der SED die Aufmerksamkeit der Parteimitglieder auf die großen nationalen Probleme. Er warnte rechtzeitig vor den gefährlichen Anschlägen des amerikanischen Imperialismus auf die nationale Einheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes.

Während die Völker Europas noch unter den Folgen des Krieges litten, die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder noch beträchtliche Anstrengungen unternehmen mußten, um die Wunden, die der Krieg geschlagen hatte, zu heilen, startete der USA-Imperialismus eine großangelegte Attacke gegen die nationale Souveränität der europäischen Staaten, gegen die demokratischen Bestrebungen der Volksmassen. Am 12. März 1947 verkündete der Präsident der USA in einer Botschaft an den Kongreß die sogenannte Truman-Doktrin. Er erklärte zum vornehmsten Ziel der amerikanischen Außenpolitik, alle reaktionären Regimes zu stützen, die durch die demokratische Bewegung bedroht waren, und den konterrevolutionären Bestrebungen in den volksdemokratischen Staaten Hilfe zu erweisen. Die Truman-Doktrin leitete offiziell die Politik des kalten Krieges gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie ein.

Das Kernstück der aggressiven Politik des amerikanischen Imperialismus bildete der am 5. Juni 1947 verkündete Marshall-Plan. Dieser nach dem damaligen amerikanischen Außenminister George C. Marshall benannte Plan wurde im wesentlichen durch zwei Faktoren bestimmt: durch die fortwährende rasche Veränderung des Kräfteverhältnisses zuungunsten des Imperialismus und zum anderen durch die sich abzeichnende drohende Wirtschaftskrise in den USA.

Mit dem Marshall-Plan wollten die amerikanischen Imperialisten die ökonomischen und politischen Schwierigkeiten der im Kriege ge-

schwächten Länder ausnutzen, insbesondere ihren bedrohlichen Mangel an Roh- und Brennstoffen und an Nahrungsmitteln. Die amerikanischen Kredite und Warenlieferungen, die unter dem Deckmantel der Hilfe angeboten wurden, führten zur Belebung der Wirtschaft und beschleunigten in jenen Ländern, die sich dem Marshall-Plan anschlossen, die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Gleichzeitig brachten sie diese Staaten in wachsende ökonomische, politische und militärische Abhängigkeit von den USA.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien warnten die Völker Europas vor diesem Versuch der amerikanischen Monopole, sich neue Absatzmärkte und Kapitalanlagen zu verschaffen und die amerikanische Vorherrschaft über Europa zu errichten. Wie sich bald zeigen sollte, waren die Appelle der kommunistischen und Arbeiterparteien zum Widerstand gegen die amerikanische Politik nur allzu berechtigt. Sie förderte die reaktionäre Entwicklung in allen Marshall-Plan-Ländern. Mit Hilfe dieses Plans wurde den westeuropäischen Staaten ein antisowjetisches Militärbündnis aufgezwungen und ihre Wirtschaft auf eine verstärkte Aufrüstung festgelegt. Der Marshall-Plan stärkte die reaktionären Kreise der westeuropäischen Länder und unterstützte sie beim Abwürgen der demokratischen und fortschrittlichen Massenbewegungen. Er schränkte die Souveränität der westeuropäischen Staaten ernstlich ein.

Die volksdemokratischen Staaten Europas lehnten es deshalb ab, die mit dem Blute der Völker erkaufte Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Länder gegen amerikanische Waren und Kredite einzutauschen. Proimperialistische Kreise in diesen Ländern, die für die Wiederherstellung der alten kapitalistischen Verhältnisse und darum für den Marshall-Plan eintraten, stießen auf den energischen Widerstand der von den Kommunisten geführten Volksmassen. Im Kampf gegen die amerikanischen Weltherrschaftspläne und die eigene Reaktion festigte sich die Volksmacht in diesen Ländern. Die volksdemokratischen Staaten schlossen sich enger um die Sowjetunion zusammen. So entstand ein antiimperialistisches, demokratisches Lager. Es vereinte die Sowjetunion und die volksdemokratischen Staaten mit der revolutionären internationalen Arbeiterbewegung und allen friedliebenden Menschen im Kampf gegen die Gefahr eines neuen Krieges, gegen die imperialistische Expansionspolitik, für den gesellschaftlichen Fortschritt.

In den westeuropäischen Ländern traten die fortschrittlichen Kräfte

unter Führung der kommunistischen Parteien ebenfalls gegen den Marshall-Plan auf. Sie konnten aber nicht verhindern, daß ihre Länder in dieses System einbezogen wurden.

Zu dieser Zeit, als sich die Verantwortung der kommunistischen und Arbeiterparteien für die Erhaltung des Friedens, für Demokratie und Fortschritt erhöhte, gründeten die KPdSU(B), die kommunistischen und Arbeiterparteien Bulgariens, Frankreichs, Italiens, Jugoslawiens, Polens, Rumäniens, der Tschechoslowakei und Ungarns im September 1947 ein Informationsbüro. Das Informationsbüro gab die Zeitung „Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!" heraus, deren erste Nummer im November 1947 erschien. Das Büro stellte sich die Aufgabe, den Erfahrungsaustausch zu organisieren und die Tätigkeit der Parteien zu koordinieren.

Für Deutschland bedeutete der Marshall-Plan eine unmittelbare Bedrohung seiner nationalen Einheit, ein weiteres Hemmnis für den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages. Da die USA die Einbeziehung der Westzonen in den Marshall-Plan und deren Verwandlung in ein militärisches Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion planten, hatten sie auf der Moskauer Außenministerkonferenz vom März und April 1947 eine Übereinkunft in der Frage der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands und die Vorbereitung eines Friedensvertrages verhindert. Damit die Westzonen die ihnen zugedachte Rolle übernehmen konnten, mußten in Westdeutschland die monopolkapitalistischen Verhältnisse in raschem Tempo wiederhergestellt werden. Ein Berater der amerikanischen Militärregierung in Deutschland drückte das unverhohlen mit den Worten aus: „Das deutsche Volk soll sich keinen Illusionen hingeben. Der Marshall-Plan ist die konsequenteste Restauration des Privateigentums. Mit ihm ist keine Art von Sozialismus zu vereinbaren."[164]

Die SED, die KPD und alle demokratischen Kräfte wandten sich entschieden gegen die Einbeziehung der Westzonen in den Marshall-Plan. In seiner Stellungnahme vom 23. Juli 1947 erinnerte das Zentralsekretariat der SED an die bitteren Erfahrungen, die das deutsche Volk nach dem ersten Weltkrieg mit der amerikanischen Wirtschaftshilfe gesammelt hatte.[165] Die amerikanische Wirtschaftshilfe hatte damals die Macht der Monopole gefestigt. Mit Dollars war der Weg geebnet worden, der zu Krise, Faschismus und Krieg geführt hatte.

[164] Zit. nach: Neues Deutschland (B) (Berlin), 11. September 1962.

[165] Dokument Nr. 38.

Die reaktionären Kreise in den Westzonen und ihre führende Partei, die CDU, zollten dem Marshall-Plan uneingeschränkt Beifall. Die USA warfen den deutschen Monopolherren den Rettungsanker zu, und diese ergriffen ihn ohne Zögern. Sie waren bereit, die nationale Einheit und Souveränität zu opfern, wenn nur ihre Klassenherrschaft erhalten blieb.

Auch der Parteivorstand der SPD und maßgebliche Führer der Gewerkschaften unterstützten den Marshall-Plan. Die Führung der SPD nahm unmittelbar nach Bekanntwerden der amerikanischen Absichten auf dem Parteitag der SPD in Nürnberg vom 29. Juni bis 2. Juli 1947 Stellung. Sowohl im Hauptreferat Kurt Schumachers als auch in der politischen Entschließung des Parteitages wurden sie mit dem Argument begrüßt: „Das deutsche Volk kann aus eigener Kraft ohne die Hilfe der Siegermächte . . . seine Volkswirtschaft und damit sein nationales Leben nicht wieder aufbauen."[166] Schumacher ging noch einen Schritt weiter und erklärte: „Die Politik der SPD ist es, ganz Deutschland in den Marshall-Plan hineinzubringen."[167] Dabei waren sich die führenden Politiker der SPD bewußt, daß mit der Annahme dieses Plans die von ihnen geforderte Sozialisierung aufgegeben war. Ihnen mußte auch klar sein, daß die Eingliederung der Westzonen in den Marshall-Plan ein weiterer Schritt auf dem Wege der wirtschaftlichen und politischen Spaltung Deutschlands war.

Im Kampf gegen die Politik des USA-Imperialismus und des westdeutschen Monopolkapitals, für den Aufstieg aus eigener Kraft kam dem II. Parteitag der SED große Bedeutung zu. Dieser Parteitag fand vom 20. bis 24. September 1947 in Berlin statt. In den seit der Vereinigung verflossenen anderthalb Jahren war die SED sprunghaft gewachsen, sie zählte jetzt 1,8 Millionen Mitglieder. 840 Delegierte aus der sowjetischen Besatzungszone vertraten die rund 37000 Grundorganisationen der Partei. 271 Delegierte aus den Westzonen nahmen als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft SED/KPD am Parteitag teil.

Zum II. Parteitag hatten zehn kommunistische und Arbeiterparteien ihre Vertreter entsandt, acht weitere Parteien übermittelten Grußadressen. So war der Parteitag ein Markstein bei der Festigung der Verbindungen zur internationalen Arbeiterbewegung.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Sicherung der demo-

[166] Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 29. Juni bis 2. Juli 1947 in Nürnberg, Hamburg o. J., S. 228.
[167] Hannoversche Presse, 10. Februar 1948.

kratischen Einheit Deutschlands und das Ringen um einen gerechten Frieden, die Beseitigung der Spaltung der Arbeiterklasse in ganz Deutschland und die Probleme des wirtschaftlichen Aufbaus. Den Bericht über die Tätigkeit der Partei seit dem Vereinigungsparteitag erstattete Wilhelm Pieck. Er zog die Bilanz der geleisteten Arbeit und würdigte die großen Erfolge, die bei der Verwirklichung des Programms der SED bereits errungen worden waren. Die Referate über die künftige Politik hielten Otto Grotewohl und Walter Ulbricht. Otto Grotewohl sprach über den Kampf um die nationale Einheit und um die Demokratisierung Deutschlands, Walter Ulbricht über den demokratischen Neuaufbau in Wirtschaft und Verwaltung. Beide Referate ergänzten einander und wurden von den Delegierten gemeinsam diskutiert.

Otto Grotewohl begründete die nationale Politik der SED, ihren Kampf um die einheitliche, demokratische deutsche Republik. Der Parteitag forderte: Volksentscheid für die Gestaltung Deutschlands zu einem demokratischen Einheitsstaat mit dezentralisierter Verwaltung; unverzügliche Bildung zentraler deutscher Verwaltungen für Finanzwesen, Außenhandel, Verkehrswesen, Industrie sowie Landwirtschaft und Ernährung; Vorbereitung einer gesamtdeutschen Regierung, um ein gesamtdeutsches Parlament auf demokratischer Grundlage wählen zu lassen; Wiederherstellung der staatlichen Souveränität; Abschluß eines Friedensvertrages und Verständigung mit allen friedliebenden Völkern.

Um ihre Bereitschaft zur Bildung einer einheitlichen, demokratischen deutschen Regierung zu unterstreichen, erklärte die SED, daß sie sich auch dann an einer solchen Regierung beteiligen werde, wenn die Voraussetzungen für eine zielbewußte Blockpolitik noch nicht gegeben seien. Trotz der fortschreitenden imperialistischen Spaltungspolitik, trotz des offenkundigen Zurückbleibens der Westzonen in der demokratischen Entwicklung hielt die SED an ihrer Grundkonzeption fest. Der II. Parteitag wiederholte: Deutschland muß „gemäß dem Potsdamer Abkommen wirtschaftlich und politisch ein einheitliches Ganzes bilden. Das ist die Grundfrage unserer Politik."[168]

Von dieser politischen Grundkonzeption war auch die auf dem Parteitag beratene Wirtschaftspolitik der SED getragen. Walter Ulbricht erklärte: „Unseres Erachtens müßte die Wirtschaftspolitik der demokratischen Kräfte in ganz Deutschland darin bestehen, durch die Ent-

[168] Dokumente der SED, Bd. I, S. 220.

eignung der Konzerne und Großbanken die Grundlage für eine neue Wirtschaftsordnung in ganz Deutschland zu schaffen und gleichzeitig zur planmäßigen Entwicklung der Produktion und der Qualitätsarbeit überzugehen."[169] In seiner Entschließung[170] schlug der Parteitag vor, für ganz Deutschland einen realen Wiederaufbauplan auszuarbeiten, den Marshall-Plan mit einem deutschen Plan des Aufstiegs aus eigener Kraft zu beantworten. Für die sowjetische Besatzungszone wurde die weitere Richtung des ökonomischen Aufstiegs klar festgelegt. Die Partei zeigte die Alternative zum Marshall-Plan. Sie rüstete sich, den Beweis anzutreten, daß die neue, demokratische Ordnung der alten kapitalistischen Wirtschaftsanarchie überlegen ist. Das entsprach den nationalen Interessen und den objektiven Erfordernissen der von den Konzernherren befreiten demokratischen Wirtschaft, die sich nur in Richtung auf eine geplante, der ganzen Gesellschaft dienende Wirtschaft entwickeln konnte.

Angesichts der wirtschaftlichen Lage waren noch immer große Anstrengungen nötig, um die elementarsten Bedürfnisse der Industrie und der Bevölkerung zu befriedigen. Die Partei forderte deshalb die Steigerung der Kohleproduktion und die Einfuhr unentbehrlicher Rohstoffe. Durch erhöhte landwirtschaftliche Produktion sollte die Ernährung der Bevölkerung gesichert werden. Der Industrie wurde die Aufgabe gestellt, entsprechend der Rohstofflage, der Energieversorgung und den Reparationsverpflichtungen die Versorgung der Bevölkerung, insbesondere der Neubauern und Umsiedler, mit Kleidung, Hausrat und anderen Gebrauchsgegenständen zu verbessern. „Vor allem aber gilt es", hieß es in der Entschließung des Parteitages, „Klarheit über die Art, Höhe und Zeitdauer der Reparationen zu schaffen. Die Wiedergutmachung und die Befriedigung unserer Lebensbedürfnisse müssen in einem tragbaren Verhältnis zueinander stehen. Der deutschen Wirtschaft ist eine für friedliche Zwecke ausreichende Erhöhung seiner Erzeugung nicht nur in der Rohstoff- und Schwerindustrie, sondern vor allem auch in der Gebrauchsgüter- und Exportindustrie zuzubilligen."[171]

Die Losung des Parteitages „Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben!" wurde zur zentralen Losung der SED. Diese Losung drückte aus, daß sich in der sowjetischen Besatzungszone allmählich

[169] Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. III, S. 148.
[170] Dokument Nr. 39.
[171] Dokumente der SED, Bd. I, S. 222.



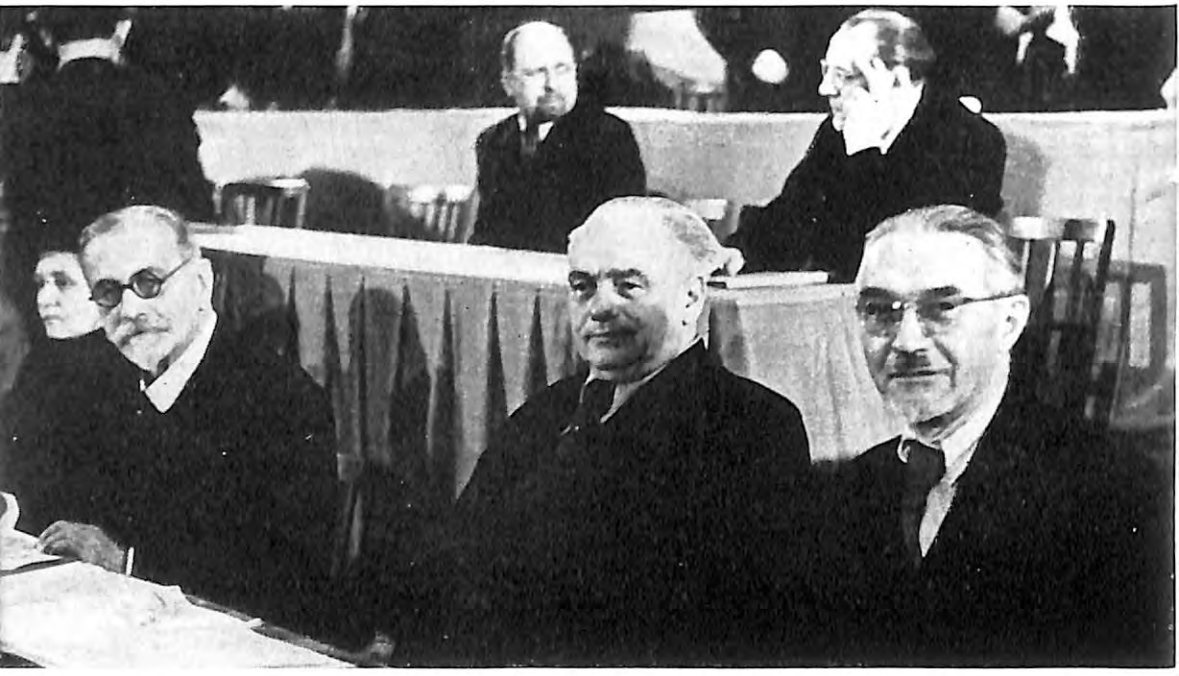
Konferenz des Rates der Außenminister in London,
auf der die Westmächte gemeinsame Festlegungen
über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland torpedieren,
25. November bis 15. Dezember 1947



Die Militärgouverneure General Lucius D. Clay und General Brian Robertson
verpflichten auf der Zweizonenkonferenz in Frankfurt (Main)
die Vertreter des Wirtschaftsrates und die westdeutschen Ministerpräsidenten
zu neuen Spaltungsmaßnahmen, 7./8. Januar 1948



Werbeplakat zu einer Kundgebung in Berlin anläßlich des 1. Deutschen Volkskongresses, Dezember 1947



Blick auf das Präsidium des 1. Deutschen Volkskongresses in Berlin. V. l. n. r.: Wilhelm Külz, Wilhelm Pieck, Otto Nuschke; dahinter: Walter Ulbricht, Otto Grotewohl, 6./7. Dezember 1947



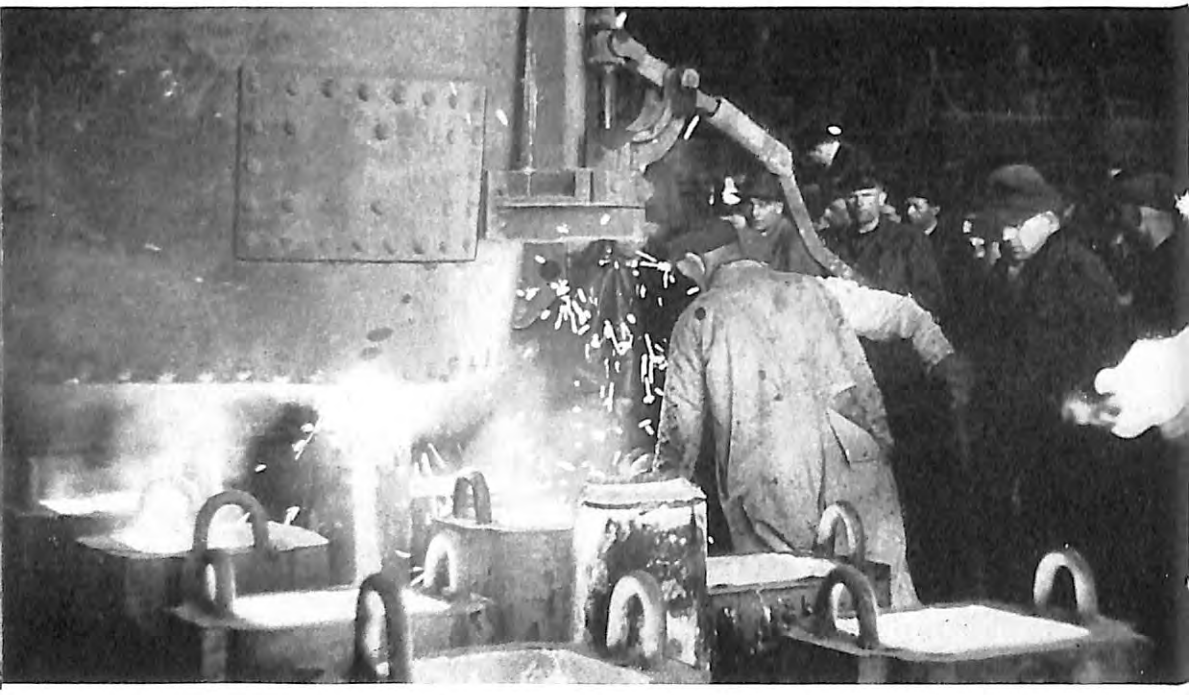
Kundgebung auf dem Römerberg in Frankfurt (Main). V. l. n. r.: Walter Fisch, die Vorsitzenden des Deutschen Volksrates Wilhelm Pieck, Otto Nuschke, Hermann Kastner, 24. Mai 1948



Großkundgebung der KPD in der Rheinbahnhalle in Düsseldorf
gegen das Verbot des Volkskongresses für Nordrhein-Westfalen, 1. Februar 1948



Der Generalsekretär
des Weltgewerkschaftsbundes,
Louis Saillant,
spricht zu Berliner
Funktionären des FDGB
in der Berliner Staatsoper
(Admiralspalast),
rechts Hermann Schlimme,
30. Januar 1948



Erster Abstich im VEB Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf, 12. März 1948



Einzeichnungsstelle
für das Volksbegehren
für die Einheit Deutschlands
im VEB Elektrokohle in Berlin,
Mai/Juni 1948



Einwohner
des französischen Sektors,
in dem das Volksbegehren
für eine unteilbare deutsche
demokratische Republik
verboten ist,
zeichnen sich
an der Sektorengrenze
im sowjetischen Sektor Berlins
in die Listen ein,
Mai/Juni 1948



Britische Militärfahrzeuge mit Geld werden vor der Landeszentralbank in Hamburg entladen. Am 20. Juni 1948 wird in den Westzonen die separate Währungsreform durchgeführt



Nach der separaten Währungsreform in den Berliner Westsektoren werden in Westberlin Wechselstuben eröffnet



Belegschaften Berliner Betriebe demonstrieren gegen die Spaltung Berlins durch die Einführung der Separatwährung in den Berliner Westsektoren



Bruno Leuschner, stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Wirtschaftskommission,
und Heinrich Rau, Vorsitzender der Deutschen Wirtschaftskommission,
auf der 11. (25.) Tagung des Parteivorstandes der SED, 29./30. Juni 1948

ein neuer Inhalt der Arbeiterbewegung herauszubilden begann. Noch vor der Errichtung der sozialistischen Staatsmacht erwuchsen der Arbeiterklasse zahlreiche Pflichten bei der Lenkung der gesamten Gesellschaft. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung vollzog sich unter der Führung der Arbeiterklasse, deshalb mußte diese bereits in der Etappe des demokratischen Kampfes dazu übergehen, die Leitung der Hauptzweige der Wirtschaft und den Kampf um eine höhere Arbeitsproduktivität im volkseigenen Sektor in Angriff zu nehmen. Es stand außer Zweifel, daß die Arbeiterklasse eine lange und harte Schule durchlaufen mußte, bis sie diesen neuen Aufgaben gewachsen war.

Breiten Raum nahm in den Beratungen des Parteitages die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland ein. Besonders die Sprecher der westdeutschen Arbeiter mahnten zur Überwindung der Spaltung, weil ohne die Einheit der Arbeiterklasse eine antifaschistisch-demokratische Ordnung in den Westzonen undenkbar war. Der II. Parteitag bekräftigte den Willen der SED, durch die Aktionseinheit mit den westdeutschen Arbeitern im Kampf um die antifaschistisch-demokratische Republik die Gründung einer sozialistischen Einheitspartei in ganz Deutschland vorzubereiten.

Die neuen Aufgaben erhöhten die Anforderungen an die SED. Das politisch-ideologische Wachstum der Partei hatte mit ihrem raschen zahlenmäßigen Erstarken nicht Schritt gehalten. Deshalb forderte der Parteitag, die marxistisch-leninistische Erziehung und Schulung der Mitglieder zu verbessern, Kritik und Selbstkritik stärker zu entwickeln und aus den sowjetischen Erfahrungen zu lernen. Die zur inneren Festigung der Partei beschlossenen Aufgaben hatten die Weiterentwicklung der SED zu einer Partei von neuem Typus zum Ziel.

Der Parteitag nahm Resolutionen zur Frauen- und zur Jugendfrage an. In der Resolution zur Frauenfrage erklärte die SED erneut, daß sie sich vorbehaltlos für die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung der Frauen einsetze. Sie forderte, den Frauen und Mädchen alle Möglichkeiten der beruflichen und politischen Entwicklung zu eröffnen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, verbesserter Arbeitsschutz, bezahlter Haushaltstag, Erschließung aller für die Frauen geeigneten Berufe und andere Maßnahmen sollten das Los der werktätigen Frauen erleichtern, sollten helfen, ihre volle Gleichberechtigung durchzusetzen. Die SED sagte allen aus der Vergangenheit herrührenden Ungerechtigkeiten gegenüber dem weiblichen Geschlecht den

Kampf an. Sie verlangte Rechtsgleichheit von Mann und Frau im Ehe-, Familien- und Erbrecht. Sie duldete keine Benachteiligung der ledigen Mütter und unehelichen Kinder. Die Partei stellte ihren Mitgliedern die Aufgabe, die Frauen zur tätigen Teilnahme am politischen Leben und zu Mitstreiterinnen für den Sozialismus zu gewinnen.

In der Resolution zur Jugendfrage konnte die SED auf die Fortschritte verweisen, die mit ihrer Hilfe erreicht worden waren. Die demokratische Schulreform, die von den Landtagen erlassenen Gesetze, die Erfolge bei der Verwirklichung der Grundrechte der jungen Generation zeugten davon, wie entschieden sich die Partei der Arbeiterklasse für die Belange der Jugend einsetzte. Die Resolution forderte das politische Mitbestimmungsrecht der Jugendlichen, die Festsetzung des aktiven Wahlrechts auf 18 Jahre und des passiven Wahlrechts auf 21 Jahre. Sie verpflichtete alle Fraktionen der SED in den Volksvertretungen, dafür einzutreten, daß sich die Lage der Jugend verbessere. Die SED sagte der Freien Deutschen Jugend ihre volle Unterstützung im Kampf um die Einheit der Jugend zu. Darüber hinaus forderte die Resolution eine stetige innerparteiliche Jugendarbeit, die Heranziehung jugendlicher Mitglieder zu verantwortlicher Parteiarbeit und ihre gründlichere Schulung sowie die Bildung von Jugendkommissionen bei allen Landes- und Kreisvorständen der SED.

Am 25. September konstituierte sich der auf dem II. Parteitag gewählte Parteivorstand der SED. In das Zentralsekretariat wurden gewählt: Anton Ackermann, Walter Beling, Franz Dahlem, Friedrich Ebert, Max Fechner, Erich W. Gniffke, Otto Grotewohl, August Karsten, Käthe Kern, Helmut Lehmann, Hermann Matern, Otto Meier, Paul Merker, Wilhelm Pieck, Elli Schmidt und Walter Ulbricht.

Die vom II. Parteitag festgelegte politische Linie mußte von den Mitgliedern der SED gegen zahllose Widerstände in einer äußerst komplizierten Situation vertreten werden. Noch waren die Folgen des Krieges nicht überwunden. Die Bedürfnisse der Bevölkerung konnten nur in bescheidenem Maße befriedigt werden. Trotz der Leistungen der Antifaschisten und der aufopfernden Arbeit vieler Werktätigen konnten Hunger und Kälte noch nicht völlig gebannt werden. Teile der Bevölkerung suchten die Ursachen ihrer Notlage nicht in der Wahnsinnspolitik der deutschen Imperialisten, sondern in der neuen Ordnung oder bei den sowjetischen Besatzungsbehörden. Der noch herrschende Mangel an nahezu allen lebensnotwendigen Erzeugnissen ließ vielen die durch den Marshall-Plan in Aussicht gestellten ameri-

kanischen Waren als rettenden Ausweg erscheinen. Die Not machte sie blind gegenüber den Folgen des Marshall-Planes. Amerikanische Waren und Kredite schienen ihnen wichtiger als die Sicherung des Friedens und der Demokratie, als die Wahrung der Errungenschaften der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Solche Stimmungen machten auch vor politisch-ideologisch noch nicht genügend gefestigten Mitgliedern der SED keineswegs halt. Eine geduldige politisch-ideologische Arbeit war notwendig, um zahlreiche verworrene, mitunter auch geradezu klassenfeindliche Auffassungen unter den Werktätigen zu überwinden.

In den bürgerlich-demokratischen Parteien der sowjetischen Besatzungszone nutzten reaktionäre Kräfte die Schwierigkeiten zu erneuten Angriffen gegen die demokratische Ordnung. Manche ehrlichen Antifaschisten aus dem bürgerlichen Lager gerieten unter dem massiven Druck des Gegners ins Schwanken. Wollte die Arbeiterklasse ihre Führung in der neuen, demokratischen Ordnung voll verwirklichen, mußte sie die komplizierten Probleme des demokratischen Aufbaus in allen Sphären erfolgreich lösen, vor allem aber auf wirtschaftlichem Gebiet. Die neue Ordnung konnte sich nur behaupten und festigen, wenn sie rasch ökonomisch erstarkte. Die Hauptverantwortung hierfür ruhte auf den Schultern der Arbeiterklasse.

Dem Wesen nach stand die Arbeiterklasse in der sowjetischen Besatzungszone vor derselben Situation wie die Arbeiter Sowjetrußlands im Jahre 1919, als ihnen W. I. Lenin erklärt hatte: „Wir alle kennen sehr gut die Hauptursache für das Sinken der Arbeitsproduktivität ... Der Hunger – das ist die Ursache. Um aber den Hunger zu beseitigen, ist eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität sowohl in der Landwirtschaft als auch im Verkehrswesen und in der Industrie notwendig. Es ergibt sich also eine Art Circulus vitiosus: Um die Arbeitsproduktivität zu heben, muß man sich vor dem Hunger retten, und um sich vor dem Hunger zu retten, muß man die Arbeitsproduktivität heben.

Bekanntlich werden derartige Widersprüche in der Praxis dadurch gelöst, daß dieser Circulus vitiosus durchbrochen wird dank einem Umschwung in der Stimmung der Massen, dank der heroischen Initiative einzelner Gruppen, die im Rahmen eines solchen Umschwungs nicht selten eine entscheidende Rolle spielt."[172]

Die Losung „Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben!"

[172] W. I. Lenin: Die große Initiative. In: Werke, Bd. 29, Berlin 1963, S. 415/416.

berücksichtigte diese Hinweise Lenins. Mit ihr wollte die Partei einen Umschwung in den Auffassungen der Massen erreichen, die lähmende Parole „Erst mehr essen, dann mehr arbeiten" überwinden. Zunächst griffen nur die fortgeschrittensten Arbeiter die Losung der Partei und der Gewerkschaften auf. Besonders die Mitglieder der FDJ schritten zur Tat. Die besten von ihnen schlossen sich in Stoßbrigaden zusammen. Wo es Schwierigkeiten zu überwinden galt, waren sie zur Stelle.

Wie schon oft, so erwies auch in dieser Situation die sowjetische Besatzungsmacht den deutschen Werktätigen wirksame Hilfe. Noch vor dem II. Parteitag, am 9. September 1947, hatte die SMAD ihren Befehl Nr. 209 erlassen. Er ordnete Unterstützungsmaßnahmen für die Neubauernwirtschaften an. 1947/1948 sollten 37000 Neubauerngehöfte errichtet werden, wozu das notwendige Baumaterial bereitzustellen war. Des weiteren wurde die Versorgung mit Nutz- und Arbeitsvieh angewiesen.

Am 9. Oktober 1947 erließ die SMAD ihren Befehl Nr. 234.[173] Er war in Zusammenarbeit mit führenden Funktionären der SED und des FDGB vorbereitet und sein Entwurf mit den Arbeitern mehrerer Betriebe diskutiert worden. Dieser Befehl sah Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität auf der Grundlage des Prinzips der materiellen Interessiertheit vor. Für zahlreiche Werktätige brachte er höhere Löhne, verbesserten Arbeitsschutz und ärztliche Betreuung, ein markenfreies Mittagessen im Betrieb und andere Vergünstigungen. Er stellte klar, daß derjenige den größten Anspruch auf materielle Zuwendungen hatte, der die größten Leistungen vollbrachte.

Der „Aufbauplan 234", wie der Befehl auch genannt wurde, gab dem Bemühen der Arbeiter um die Steigerung der Produktion eine neue Grundlage und bedeutete eine sichtbare Anerkennung ihrer Leistungen. Bisher hatten meist gerade jene Arbeiter den geringsten persönlichen Nutzen, die ihre ganze Kraft für den Aufbau einsetzten, die täglich ihrer Arbeit nachgingen und freiwillige Arbeitseinsätze leisteten, während andere bummelten, Tauschgeschäfte machten, sich am Volkseigentum vergriffen und sich persönliche Vorteile verschafften.

Mit dem Befehl Nr. 234 erhielten die Betriebsparteiorganisationen der SED, die Betriebsgewerkschaftsleitungen und Betriebsräte ein wirksames Instrument im Kampf für eine höhere Arbeitsproduktivität. Sie konnten es aber nur richtig handhaben, wenn sie selbst mit alten Vorstellungen der Gleichmacherei, der Duldsamkeit gegenüber

[173] Dokument Nr. 40.

Bummelantentum, schlechter Arbeitsdisziplin, Veruntreuung von Volkseigentum Schluß machten. Der Arbeiterklasse blieb keine andere Wahl, als unter größten Anstrengungen, trotz des Mangels an Rohstoffen und Energie, trotz der größtenteils veralteten Maschinen, trotz unzureichender Ernährung und Arbeitskleidung mit Aufbietung aller Kräfte den wirtschaftlichen Aufstieg zu beschleunigen.

Diesem Ziel mußte unter den gegebenen Bedingungen alles untergeordnet werden. Vor allem galt es, die Verteilung der Konsumgüter so zu regeln, daß sie zu einem echten Anreiz für die Entwicklung der Produktion wurde. Dieses elementare ökonomische Erfordernis durchzusetzen war außerordentlich schwer. Ihm stand die Tatsache gegenüber, daß die Produktion an Nahrungs- und Konsumgütern noch äußerst niedrig war. Eine warme Mahlzeit, ein Paar Arbeitsschuhe, Stoff für einen Anzug – das waren die ersten bescheidenen materiellen Anerkennungen, die die neue Ordnung den vorbildlich arbeitenden Werktätigen geben konnte.

Das mit dem Befehl Nr. 234 angewandte Leistungsprinzip bedeutete selbst für Arbeiterfunktionäre oft einen völligen Bruch mit alten Vorstellungen. Manche Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte konnten diese strikte Absage an jede Gleichmacherei, diesen zielstrebigen Einsatz des materiellen Interesses mit ihren gefühlsmäßigen Vorstellungen von einer volkseigenen Wirtschaft nicht in Einklang bringen. Doch das Leben bewies die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges. Die Arbeitsleistung begann merklich zu steigen, die Fehlstunden gingen zurück. Die fortgeschrittensten Werktätigen fingen an, über die Verbesserung der Produktionstechnik nachzudenken. In den Betrieben gingen die ersten Verbesserungsvorschläge ein. Die Gewerkschaften lösten die Bewegung „Aktivisten für 234" aus. Die besten Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen – in der Mehrzahl Mitglieder der FDJ – bildeten Jugendaktivs in der Produktion. Mit Sonderschichten wurden Engpässe in der Produktion überwunden. Im Mai 1948 gab es in der sowjetischen Besatzungszone über 15000 Aktivisten, die sich durch vorbildliche Arbeitsleistungen ausgezeichnet hatten.

Im Land Sachsen wuchs die Produktionsleistung in der Zeit vom 1. September 1947 bis zum 1. März 1948 im Kohlenbergbau um 10 Prozent, in der Energiewirtschaft um 19 Prozent und in der Textilindustrie um 25 Prozent. Die Leunawerke erfüllten die Gesamtproduktion des Jahres 1947 mit 108 Prozent und die der Monate Januar/Februar 1948 mit 115 Prozent. Obwohl die Ergebnisse der Betriebe

und Industriezweige noch sehr unterschiedlich waren, zeichnete sich doch insgesamt eine aufstrebende Tendenz ab.

Der Weg, den die Werktätigen der sowjetischen Besatzungszone beschritten, war zwar schwer und mühselig, doch er führte in eine Zukunft, frei von Kriegen, Krisen und Unterdrückung. Ihn in ganz Deutschland zu gehen und den Grundstein für eine einheitliche, antifaschistisch-demokratische deutsche Republik zu legen – das war das Ziel der SED. Für dieses Ziel suchte sie alle Patrioten im Osten wie im Westen zu gewinnen. In einer Zeit, als die amerikanischen Imperialisten ihre Hände nach den ökonomischen und militärischen Hilfsquellen Westdeutschlands ausstreckten und zur endgültigen Lostrennung der Westzonen vom deutschen Nationalverband übergingen, wurde die SED zum mahnenden Gewissen der Nation.

Für November/Dezember 1947 wurde eine neue Tagung des Rates der Außenminister nach London einberufen. Von ihr erhoffte das deutsche Volk endlich spürbare Fortschritte bei der Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland. Die SED ergriff die Initiative, um dem deutschen Volk auf der Londoner Konferenz Gehör zu verschaffen. Sie wiederholte ihre Vorschläge, eine Zusammenkunft von Vertretern aller Parteien einzuberufen.

Obwohl auch in den Westzonen starke Bestrebungen vorhanden waren, eine nationale Vertretung zu schaffen, lehnten CDU, FDP und SPD diese Vorschläge ab. Konrad Adenauer erklärte: „Im Hinblick auf die außerordentlich ungeklärte internationale Lage vor der Londoner Außenministerkonferenz empfehle ich allen interessierten politischen Kreisen in Deutschland möglichste Zurückhaltung."[174]

Auch der Parteivorstand der SPD befand sich im Fahrwasser einer antinationalen Politik. In einer am 16. November 1947 in Bremen gefaßten Resolution behauptete er, daß der Wille des deutschen Volkes erst dann verantwortlich kundgetan werden könne, wenn sich die vier Großmächte geeinigt hätten und eine zentrale deutsche Regierung gebildet worden sei. Kurt Schumacher begab sich in jenen schicksalsschweren Wochen auf eine Amerikareise, führte Verhandlungen mit amerikanischen Konzernvertretern, Mitgliedern der Regierung und Gewerkschaftsführern. Er ging so weit zu erklären: „Die Aufteilung Deutschlands ist eine bereits vollendete Tatsache. Die schnellstmögliche Schaffung friedlicher Lebensbedingungen für die Deutschen außerhalb

[174] Zit. nach: Wilhelm Koenen: Die historische Bedeutung der Volkskongreßbewegung. In: Beiträge zur Zeitgeschichte (Berlin), 1958, H. 2, S. 6.

der sowjetischen Einflußzone ist daher lebensnotwendig."[175] Schumacher gab also schon im Oktober 1947 seine Zustimmung zur Bildung eines westdeutschen Separatstaates. Als einer der ersten Politiker forderte er die Angliederung Berlins an die Westzonen.

Mit ihrer Haltung setzten sich CDU und SPD wie auch andere westdeutsche Parteien über die Willenskundgebungen der Bevölkerung hinweg. Bereits im Frühherbst 1947 hatte sich zum Beispiel in Niedersachsen eine starke Bewegung entwickelt, die den Kongreß für Brot, Kohle, Gerechtigkeit und Frieden vorbereitete. Er sollte am 2. November in Hannover eröffnet werden, wurde aber am Vorabend von der Militärregierung verboten. Die Bewegung ging von kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Freunden der sozialistischen Einheit aus, griff jedoch rasch über diese Kreise hinaus und erfaßte größere Teile der Arbeiterklasse, der Bauern und der städtischen Mittelschichten. Die Bewegung forderte ein einheitliches, demokratisches Deutschland und die Einheit der Arbeiterklasse. Sie mündete unmittelbar in die Bestrebungen zur Vorbereitung eines deutschen Volkskongresses ein. Durch die ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Führung wurde sie jedoch eingeengt und fühlbar geschwächt.

Im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien war die SED bereits vor ihrem II. Parteitag in Verhandlungen eingetreten, um eine gesamtdeutsche Beratung vorzubereiten. Bemühungen, eine anerkannte deutsche Vertretung zu schaffen, gab es auch von anderer Seite.

Auf Einladung von Ferdinand Friedensburg kam es am 9. November 1947 in Berlin-Wannsee zu einer Beratung, die unter Leitung des früheren hessischen Ministerpräsidenten Karl Geiler durchgeführt wurde. An ihr nahmen – da die Führungen der westdeutschen Parteien eine offizielle Beteiligung ablehnten – folgende Vertreter als Einzelpersönlichkeiten teil: Johannes R. Becher (SED), Ferdinand Friedensburg (CDU), Karl Geiler, Heinrich Grüber (CDU), Erhard Hübener (LDPD), Otto Lenz (CDU), Paul Löbe (SPD), Karl Steinhoff (SED), Walter Strauß (CDU), Robert Tillmanns (CDU), Alfred Weber (SPD) und Agnes von Zahn-Harnack. In einem von allen Anwesenden gebilligten Aufruf[176] wurde unter anderem die sofortige Aufhebung der Zonengrenzen und die wirtschaftliche Einheit Deutschlands sowie die Schaffung deutscher Zentralverwaltungen gefordert. Abschließend wurde erklärt, daß die Beteiligung verantwortlicher und

[175] Zit. nach: Neues Deutschland (Berlin), 30. Oktober 1947 (Stadtausgabe).
[176] Dokument Nr. 41.

sachkundiger Vertreter des deutschen Volkes an der Vorbereitung und am Abschluß eines Friedensvertrages unabdingbar ist.

Die SED, die auf ihrem II. Parteitag erklärt hatte, daß sie „jeden brauchbaren Vorschlag zur Schaffung einer gesamtdeutschen Vertretung unterstützen"[177] wird, förderte diese Bestrebungen, soweit sie dem Zustandekommen einer nationalen Repräsentation dienlich waren. Die Bemühungen der Wannsee-Konferenz scheiterten schließlich, und zwar in erster Linie an der Haltung der sozialdemokratischen Parteiführung. Paul Löbe, damals Vorsitzender der Außenpolitischen Kommission der SPD, wurde wegen seiner Teilnahme an der Wannsee-Konferenz gemaßregelt. In einem Schreiben an Ferdinand Friedensburg erklärte er, sich unter diesen Umständen an weiteren Bemühungen nicht beteiligen zu können. Die Einberufer der Wannsee-Konferenz hielten ohne Teilnahme der SPD weitere Bemühungen für sinnlos.

So wurde immer offenkundiger, daß die SED von sich aus den Anstoß zur Einberufung eines Kongresses aller patriotischen Kräfte geben mußte. In der LDPD fanden ihre Bestrebungen weitgehend Unterstützung. Anders war die Haltung reaktionärer Führungskräfte der CDU. Im Unterschied zu den Kreisen um Konrad Adenauer, die eine nationale Willenskundgebung überhaupt ablehnten, weil sie schon völlig auf die Bildung eines westdeutschen Separatstaates eingestellt waren, unternahm die Gruppe um Jakob Kaiser und Ernst Lemmer zunächst den Versuch, die nationale Bewegung unter ihre Kontrolle zu bringen. Sie wollte die Arbeiterklasse von der Führung des nationalen Kampfes verdrängen und die patriotischen Bestrebungen der Volksmassen in die Bahnen einer antisowjetischen Politik lenken, an deren Ende die Beseitigung der revolutionären Errungenschaften und die Einbeziehung Ostdeutschlands in den Marshall-Plan stehen sollte.

Am 24. November 1947 schlugen die Vertreter der SED – unterstützt von Eugen Schiffer (LDPD) – auf einer Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien einen Appell vor, mit dem sich alle Parteien an die Weltöffentlichkeit wenden sollten. Der Vorsitzende der CDU, Jakob Kaiser, verweigerte seine Unterschrift. Weil sie die nationale Bewegung nicht in ihrem Sinne formen konnten, versuchten die Reaktionäre in der Führung der CDU, die Bildung einer nationalen Vertretung zu verhindern und die Blockpolitik überhaupt zu sprengen. Gleichzeitig begannen Jakob Kaiser, Ernst Lemmer, Walther Schreiber und andere Politiker der CDU

[177] Dokumente der SED, Bd. I, S. 220.

in aller Öffentlichkeit die antifaschistisch-demokratische Ordnung der sowjetischen Besatzungszone anzugreifen und ihre revolutionären Errungenschaften zu verleumden. Mit ihrer Politik wollten sie die Herrschaft des Monopolkapitals auf ganz Deutschland ausdehnen.

Am 26. November 1947 – einen Tag nach Beginn der Londoner Außenministerkonferenz – trat der Parteivorstand der SED zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Zur gleichen Zeit fanden in den Städten und Gemeinden der sowjetischen Besatzungszone Kundgebungen und Versammlungen statt, auf denen die Bevölkerung an die Außenminister das Ersuchen richtete, dem deutschen Volk einen gerechten Frieden zu gewähren und seine nationale Einheit zu achten. Gestützt auf diese Massenbewegung, beschloß der Parteivorstand der SED den „Aufruf zu einem deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden"[178]. Darin wurde festgestellt, daß bedauerlicherweise die Bemühungen, eine gesamtdeutsche Beratung aller Parteien einzuberufen, an der Haltung der bürgerlichen Parteien der westlichen Besatzungszonen und der SPD gescheitert waren und schließlich auch die CDU der sowjetischen Besatzungszone nicht zustimmte. Weiter hieß es: „In einem der entscheidendsten Augenblicke versagen die Führer dieser Parteien und lassen das deutsche Volk im Stich. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kann und will sich mit diesem Zustande nicht abfinden. Sie erachtet es als ihre Pflicht, dem deutschen Volke die Möglichkeit zu geben, seinen Willen der Londoner Konferenz kundzutun und seiner Stimme Gehör zu verschaffen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ruft in letzter Stunde dazu auf, alles Trennende beiseite zu lassen."[179]

Die SED gab in dieser Situation ein Beispiel deutscher Politik. Die Parteien der Westzonen hingegen handelten nach dem Willen der Besatzungsmächte. Später fanden sich in Westdeutschland Historiker, die diese verderbliche Haltung nachträglich rechtfertigten. Sie verschwiegen dabei, daß sehr klare und für alle annehmbare Vorschläge von der SED unterbreitet worden waren, daß niemand und nichts die Parteien der Westzonen hätte hindern können, gemeinsam mit allen demokratischen Kräften im Namen Deutschlands ihre Stimme zu erheben und über alle Zonengrenzen hinweg deutsche Politik zu machen.

Die Stellungnahme zum Vorschlag der SED wurde für alle politischen Kräfte in Deutschland zum Maßstab ihrer nationalen Gesinnung.

[178] Dokument Nr. 42.

[179] Dokumente der SED, Bd. I, S. 260.

In den Blockausschüssen der Länder und Kreise der sowjetischen Besatzungszone wurde der Vorschlag der SED weitgehend gebilligt.

Die LDPD in der sowjetischen Besatzungszone stellte sich an diesem Wendepunkt unter dem Einfluß demokratischer Persönlichkeiten, wie Johannes Dieckmann, Wilhelm Külz, Hans Loch und anderer, an die Seite des Volkes und erklärte ihre Bereitschaft zur Teilnahme am Volkskongreß. Demgegenüber lehnte der geschäftsführende Ausschuß der CDU, in dem Jakob Kaiser, Ernst Lemmer und Walther Schreiber den Ton angaben, die Beteiligung ab. Damit untergruben diese Politiker ihre Stellung in der eigenen Partei. Ihre reaktionäre Haltung führte dazu, daß die Verfechter einer fortschrittlichen Politik – unter ihnen die aufrechten Demokraten Gerald Götting, Reinhold Lobedanz, Otto Nuschke, Luitpold Steidle – das Steuer ergriffen und dem Willen der Mitglieder Gehör verschafften. Gestützt auf die Landesverbände der CDU, die sich gegen die selbstherrlichen Entscheidungen Jakob Kaisers und für die Beteiligung am Volkskongreß aussprachen, bildete sich ein zentraler Koordinierungsausschuß der CDU, aus dem eine neue Leitung der Partei hervorging. In ihr gewannen die demokratischen Kräfte nach und nach den führenden Einfluß.

Während sich CDU/CSU, FDP und auch die SPD gegen den Volkskongreß wandten, entsandten die Patrioten verschiedener politischer und weltanschaulicher Überzeugungen aus allen Teilen Deutschlands ihre Delegierten nach Berlin. Am 6. und 7. Dezember 1947 trat der 1. Deutsche Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden zusammen. Er war die erste gesamtdeutsche Vertretung nach dem Kriege. Der Kongreß spiegelte in seiner Zusammensetzung die ganze Breite der nationalen Bewegung wider. Von den 2215 Delegierten – darunter 664 Delegierte und Gäste aus den Westzonen – waren 1456 Mitglieder politischer Parteien, und zwar 651 der SED, 242 der KPD, 253 der LDPD, 219 der CDU und 91 der SPD. 212 Delegierte vertraten den FDGB, 94 die FDJ, 13 die VdgB, 56 den DFD, 40 die VVN und 25 den Kulturbund. Die soziale Zusammensetzung des Kongresses war folgende: 574 Arbeiter, 921 Angestellte, 8 Landarbeiter, 35 Bauern, 93 Handwerker, 39 Ingenieure, 117 Lehrer, 232 freie Berufe, besonders Akademiker, 196 sonstige Vertreter der Bevölkerung.

Die Hauptreferate hielten Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl von der SED, Wilhelm Külz von der LDPD und Otto Nuschke von der CDU. Der Kongreß bekundete den Willen des deutschen Volkes nach politischer und wirtschaftlicher Einheit und nach einem Friedensver-

trag.[180] Er forderte das Recht, durch eine Volksabstimmung selbst über die demokratische Einheit und die Bildung einer zentralen Regierung aus Vertretern aller demokratischen Parteien zu entscheiden. Er wandte sich mit der Bitte an die Londoner Außenministerkonferenz, eine Delegation des Deutschen Volkskongresses zu empfangen. Dieses Ersuchen wurde allein von der sowjetischen Vertretung unterstützt, die drei Westmächte lehnten strikt ab. Sie mißachteten erneut das Verlangen des deutschen Volkes nach einem einheitlichen, demokratischen Staat.

Der 1. Deutsche Volkskongreß leitete eine neue Stufe des nationalen Kampfes ein. Aus dem Volkskongreß wuchs eine starke nationale Bewegung hervor.

5. Die SED und die Volkskongreßbewegung im Kampf gegen die imperialistische Spaltungspolitik

Auf der Londoner Außenministerkonferenz gingen die Westmächte auf die von der Sorge um den Frieden getragenen sowjetischen Vorschläge nicht ein. Sie lenkten von den Hauptfragen ab und wichen Beratungen über den deutschen Friedensvertrag aus. Der sowjetische Antrag, dem Außenministerrat innerhalb von zwei Monaten Entwürfe der Grundlagen für einen Friedensvertrag mit Deutschland einzureichen und einen deutschen Konsultativrat in Berlin zu bilden, wurde von ihnen zurückgewiesen. Statt dessen beantragte der amerikanische Außenminister, George C. Marshall, die unbefristete Vertagung des Außenministerrates. Auf diese Weise sprengten die Westmächte die Londoner Konferenz und entzogen sich den Verpflichtungen des Potsdamer Abkommens. Das deutsche Volk nahm diesen Ausgang der Konferenz mit großer Besorgnis auf. Es war offenkundig geworden: Die Westmächte nahmen unmittelbar Kurs auf die Bildung eines westdeutschen Separatstaates. Die kommenden Wochen und Monate sollten das bestätigen.

Am 7. und 8. Januar 1948 erließen der amerikanische Militärgouverneur Lucius D. Clay und der britische Militärgouverneur Brian Robertson Befehle, mit denen ein westdeutscher Parlamentarismus und eine De-facto-Regierung geschaffen wurden. Der bizonale Wirtschaftsrat wurde von 52 auf 104 Mitglieder erweitert. Aus je zwei Vertretern

[180] Dokument Nr. 43.

der Länder wurde eine zweite Kammer gebildet. Ein Exekutivrat mit den Aufgaben einer Regierung, ein Oberster Gerichtshof und eine Länderunionsbank wurden ins Leben gerufen.

Mit ihrer Politik zerstörten die Westmächte endgültig die Zusammenarbeit der Alliierten und die vierseitige Kontrolle über Deutschland. Am 20. März 1948 stellte der Alliierte Kontrollrat für Deutschland faktisch seine Tätigkeit ein. In dieser neuen Situation traf Otto Grotewohl im Namen der SED die Einschätzung, „daß das völkerrechtliche Fundament Deutschlands sich verändert hat und daß sich die innerpolitischen Voraussetzungen für die Gestaltung einer deutschen Politik verschoben haben"[181]. Das deutsche Volk mußte seine Geschicke in die eigenen Hände nehmen. Zwar hatte die nationale Bewegung die Besatzungsmächte und deren Vollmachten nach wie vor in Rechnung zu stellen, aber die Eigenverantwortung der deutschen Patrioten war gestiegen. Vor der Volkskongreßbewegung stand die Aufgabe, sich aus einer Bewegung des nationalen Protestes in eine Bewegung der nationalen Selbsthilfe zu verwandeln. Mit diesem Ziel wurde auf Initiative der SED der 2. Deutsche Volkskongreß für den 17. und 18. März 1948, den 100. Jahrestag des Beginns der Revolution von 1848/1849, nach Berlin einberufen.

In Vorbereitung dieses Kongresses stellte der Parteivorstand der SED mit seinem Beschluß zur 100. Wiederkehr des Jahrestages der Revolution von 1848/1849 das Programm der nationalen Bewegung für Einheit und gerechten Frieden dem Volke zur Diskussion. In diesem Dokument wurde der soziale Inhalt der nationalen Frage, die Einheit des Kampfes um die nationalen und sozialen Interessen des Volkes dargelegt. Es knüpfte bewußt an die hundertjährige Tradition des Volkskampfes für die einige, unteilbare, demokratische deutsche Republik an. Die Bilanz der deutschen Geschichte im letzten Jahrhundert ziehend, wies es die nationale Rolle der deutschen Arbeiterklasse nach. Es stellte klar, daß der nationale Notstand seinen Ursprung nicht in erster Linie in der Politik der Siegermächte hatte, sondern daß er das Resultat der antinationalen Politik der Ausbeuterklassen im letzten Jahrhundert war. Vom Verrat der Bourgeoisie in der Revolution von 1848/1849 über die Gründung des Deutschen Reiches auf militaristisch-reaktionäre Weise führte der Weg zum räuberischen

[181] Otto Grotewohl: Für eine Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften des Volkes. In: Otto Grotewohl: Im Kampf um die einige deutsche demokratische Republik, Bd. I, S. 168.

junkerlich-bürgerlichen deutschen Imperialismus, der unser Volk in zwei Weltkriege stürzte und seine nationale Existenz aufs Spiel setzte.

„Die furchtbare Katastrophe, die am Ende dieser Entwicklung stand", so hieß es in dem Dokument, „gab uns die Erkenntnis, daß die demokratische Erneuerung nur vollbracht werden kann, wenn das deutsche Volk einen völlig neuen Weg seiner geschichtlichen Entwicklung einschlägt. Weil dieser Weg in West- und Süddeutschland bisher nicht beschritten wurde, darum ist Deutschland heute von der Gefahr der Zerreißung bedroht."[182] Die SED forderte, den 1848 begonnenen Kampf um Einheit und demokratische Erneuerung der Nation mit neuem Inhalt zu erfüllen und erfolgreich unter der Führung der Arbeiterklasse zu vollenden. „Die zentrale Losung ist heute: antifaschistische Demokratie in der einheitlichen deutschen Republik. Die Verwirklichung dieser Losung sichert eine Politik des Friedens und ebnet den Weg für die Verwirklichung der sozialistischen deutschen Republik."[183]

Antifaschistische Demokratie – das bedeutete, wie es in dem Beschluß hieß:

„a) Entmachtung des Junkertums und Beseitigung aller feudalen Überreste durch eine demokratische Bodenreform,

b) Beseitigung des Nazismus und Militarismus in allen ihren Erscheinungsformen als Voraussetzung für die Entwicklung eines friedliebenden Deutschlands,

c) Vernichtung der kapitalistischen Monopole, der Kartelle, Syndikate, Truste und Konzerne, Verstaatlichung ihrer Unternehmungen,

d) Demokratisierung der gesamten Verwaltung und Justiz durch Beseitigung aller Träger reaktionärer Ideen,

e) demokratische Erneuerung des Kulturlebens, Durchführung der demokratischen Schulreform, geistige Erneuerung des deutschen Volkes in demokratischem Sinne."[184]

Die SED betonte, daß dies „keine reine Klassenforderung des Proletariats, sondern Forderung und Sehnsucht aller fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes"[185] ist, daß dieser Kampf ein Glied im Ringen der Völker um Demokratie, Freiheit und Frieden verkörpert, in dem die fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes fest an der Seite der

[182] Dokumente der SED, Bd. I, S. 265.
[183] Ebenda, S. 269.
[184] Ebenda, S. 270.
[185] Ebenda.

Sowjetunion, der Volksdemokratien und der Friedensbewegung in aller Welt stehen.

So standen sich in der deutschen Arbeiterbewegung zwei Konzeptionen in der nationalen Frage gegenüber – die der SED und die der SPD. Die SED deckte das Wesen der nationalen Frage auf und wollte eine einheitliche, friedliebende, deutsche demokratische Republik schaffen, indem in ganz Deutschland Militarismus und Imperialismus mit ihren sozialökonomischen Wurzeln vernichtet werden. Die sozialdemokratische Führung wollte wieder einen bürgerlichen deutschen Staat errichten, und zwar in den alten Grenzen von 1937. Für sie war die Lösung der nationalen Frage nicht ein Problem der Innenpolitik, der demokratischen Erneuerung Deutschlands, sondern ein Problem der Außenpolitik. Die „Schaffung der deutschen Einheit aber liegt außerhalb der Möglichkeiten deutscher Kräfte"[186], um Deutschland zu einigen, brauche man die Einigung der Sieger – so lauteten die Thesen Kurt Schumachers. Die Neutralisierung Deutschlands wurde von ihm abgelehnt, auch die sowjetische Besatzungszone sollte in die westliche Politik eingegliedert werden. Auf diese Weise sollten die Errungenschaften der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung wieder zunichte gemacht werden.

Statt den Kampf gegen die imperialistischen Spalter und die wiedererstarkende deutsche Reaktion zu führen, knüpfte Kurt Schumacher an die faschistische Legende vom fehlenden Lebensraum an. Schon im September 1946 berichtete die sozialdemokratische Presse über eine seiner Reden: „Eine grundsätzliche Forderung der SPD ... entstehe aus der Tatsache, daß der Raum, den ein 70-Millionen-Volk brauche, uns heute nicht gegeben sei. Das Gebiet östlich von Oder und Neiße sei für Deutschland aus national-politischen und sozialen Gründen notwendig. Diese Forderung erhalte um so mehr Gewicht, wenn man sähe, daß die Polen gar nicht in der Lage wären, diesen Raum auszufüllen. Noch sei die Ostgrenze nicht festgelegt, es handele sich bei ihrer jetzigen Form erst um ein verwaltungsmäßiges Provisorium."[187] Nach der Auffassung Schumachers war der Ausweg für das deutsche Volk aus seinem nationalen Notstand nicht die Bestrafung der Kriegsschuldigen und Naziaktivisten, nicht die Verteidigung der nationalen Einheit gegen alle Pläne der Zerreißung Deutschlands und der Eingliederung der Westzonen in ein imperialistisches Paktsystem. Revanchistische

[186] Westfälische Rundschau (Dortmund), 15. November 1947.

[187] SPD-Mitteilungsblatt, Groß-Hessen, 20. September 1946.

Forderungen an die vom deutschen Militarismus so schwer heimgesuchten osteuropäischen Staaten traten an die Stelle nationaler Selbstkritik und konsequenter Abrechnung mit der imperialistischen Vergangenheit.

Diese Propaganda war außerordentlich gefährlich, weil sie von den auf der Tagesordnung stehenden echten nationalen Problemen ablenkte und weil sie an noch nicht überwundenes chauvinistisches Denken anknüpfte. Deshalb konnte sich die SED nicht darauf beschränken, gegen die reaktionären Bestrebungen der CDU zu kämpfen, sie mußte auch vor der Bevölkerung das wahre Wesen und die Gefährlichkeit der Parolen der rechten sozialdemokratischen Führer enthüllen.

In der sowjetischen Besatzungszone stimmten in Tausenden Versammlungen die Werktätigen der nationalen Politik der SED zu. In Dörfern, Städten und Betrieben wurden Volksausschüsse gebildet. Auf Kreistagungen der Volkskongreßbewegung wurden die Delegierten zu den Landes-Volkskongressen gewählt, die in den Monaten Januar bis März 1948 in allen Ländern der sowjetischen Besatzungszone stattfanden. Auf diesen Tagungen sprachen führende Vertreter der Volkskongreßbewegung über die Aufgaben des nationalen Kampfes. Die Landeskonferenzen wählten die Delegierten zum 2. Deutschen Volkskongreß.

In den Westzonen führten patriotische Kräfte am 17. und 18. Januar 1948 einen Landeskongreß für Niedersachsen durch, der infolge des Verbots durch die britische Militärverwaltung in Vegesack bei Bremen (amerikanische Besatzungszone) tagen mußte. Hier erläuterte Otto Grotewohl die Ziele der Volkskongreßbewegung. 1037 Delegierte legten ein feierliches Gelöbnis ab, in dem es hieß: „Ich bekenne mich zur Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden und gelobe in der Stunde größter deutscher Not, Deutschland die Treue zu halten."[188] Trotz Verbots fand in Rendsburg am 13. März 1948 für Schleswig-Holstein ein Landeskongreß für Einheit und gerechten Frieden statt. Die Volkskongreßbewegung löste Unruhe bei den imperialistischen Besatzungsmächten aus. Deshalb wurden weitere Länderkongresse für Bayern, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen untersagt. Im amerikanischen Sektor von Berlin wurden Versammlungen schon verboten, wenn das Thema vermuten ließ, daß auf die Volkskongreßbewegung eingegangen wird.

[188] Zit. nach: Wilhelm Koenen: Das ganze Deutschland soll es sein. Zur Geschichte der patriotischen Volksbewegung in Deutschland, Berlin 1958, S. 81.

In der sowjetischen Besatzungszone wuchs die Volkskongreßbewegung zu einer wahren Massenbewegung. Das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern, der Intelligenz, den Handwerkern, Gewerbetreibenden und mit den patriotischen Kreisen des Unternehmertums erreichte mit der Volkskongreßbewegung eine höhere Stufe. Sie griff schon wesentlich über die in den Blockparteien organisierten Kräfte hinaus. Immer mehr Menschen begannen zu erkennen, daß ihre nationalen Interessen am entschiedensten von der marxistischen Partei der deutschen Arbeiterklasse vertreten wurden.

Die fortgeschrittensten Werktätigen verbanden den nationalen Kampf mit der ökonomischen Stärkung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Ostdeutschland. Die Belegschaft der Kohlengruben und des Kraftwerkes Espenhain beschloß zum Beispiel, ihr Produktionssoll für das erste Quartal 1948 bereits bis zum 18. März, dem 100. Jahrestag der Revolution von 1848/1849, zu erfüllen. Die Arbeiter der Sodafabrik Staßfurt telegrafierten an den Volkskongreß: „Zur 100-Jahrfeier der Revolution 1848 melden wir am heutigen Tage eine Rekordproduktion von 160 Tonnen Soda."[189] Jungaktivisten grüßten den Kongreß mit neuen Arbeitsleistungen.

Am 2. Deutschen Volkskongreß nahmen 1989 Delegierte teil, darunter 512 aus den Westzonen. In seiner politischen und sozialen Zusammensetzung war er wiederum Ausdruck der nationalen Bewegung in Ost und West.

Otto Grotewohl und Wilhelm Külz referierten über die Lehren der Revolution von 1848. Otto Grotewohl rief das deutsche Volk zur nationalen Selbsthilfe auf und schlug vor, ein Volksbegehren für eine Volksabstimmung über die Einheit Deutschlands durchzuführen. Entsprechend diesem Vorschlag beschloß der Kongreß, dieses Volksbegehren für die Zeit vom 23. Mai bis 13. Juni 1948 vorzubereiten.[190]

Am zweiten Konferenztag sprach Walter Ulbricht über den demokratischen Neuaufbau der deutschen Wirtschaft. Er stellte dem Marshall-Plan den Aufstieg aus eigener Kraft entgegen und erläuterte den Delegierten den Zusammenhang zwischen dem Kampf um die demokratische Einheit Deutschlands und der demokratischen Wirtschaftspolitik. Auf der Grundlage seiner Ausführungen nahm der Kongreß die Entschließung „Der demokratische Neuaufbau der deutschen Wirt-

[189] SED-Informationen, Sonder-Material, 2. Deutscher Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden, Berlin 17./18. März 1948, S. 13.

[190] Dokument Nr. 44.

schaft" an. In ihr bekannte er sich zu den von der SED entwickelten Grundsätzen des wirtschaftlichen Aufbaus aus eigener Kraft. Er unterstützte die Forderung nach Steigerung der Arbeitsproduktivität in den volkseigenen Betrieben und nach einem gesamtdeutschen Wirtschaftsplan. Der Kongreß wandte sich gegen den Marshall-Plan. Er forderte die Enteignung der Betriebe der Konzernherren und Kriegsverbrecher und eine demokratische Bodenreform in den Westzonen als Voraussetzung dafür, daß die Arbeit des Volkes ihm selbst und dem Frieden dient.

Die höhere Stufe des nationalen Kampfes erforderte bessere Organisiertheit der Bewegung. Deshalb wählte der Kongreß den Deutschen Volksrat, der aus 400 Mitgliedern – darunter 100 aus den Westzonen – bestand. Zu Vorsitzenden seines Präsidiums wurden Wilhelm Külz (LDPD), Otto Nuschke (CDU) und Wilhelm Pieck (SED) gewählt. Neben dem Präsidium wurden Fachausschüsse geschaffen: die Ausschüsse für den Friedensvertrag, für Wirtschaft, für Justiz, für Kultur, für Sozialpolitik, der Verfassungsausschuß und der später gebildete Agrarausschuß. Sie erarbeiteten zahlreiche konstruktive Vorschläge für den Aufbau einer einigen demokratischen deutschen Republik.

Welche starke Kraft die in der Volkskongreßbewegung zusammengeschlossenen Patrioten verkörperten, offenbarte sich bei der Durchführung des Volksbegehrens.[191] In der sowjetischen Besatzungszone entstanden in allen Ländern, Kreisen, Städten und in der Mehrzahl der Gemeinden und größeren Betriebe Ausschüsse für Einheit und gerechten Frieden. Sie vereinten Vertreter der verschiedensten Bevölkerungsschichten und Weltanschauungen. Angehörige aller Parteien und Massenorganisationen leisteten unter der Bevölkerung eine große Aufklärungsarbeit über die Ziele des nationalen Volkskampfes. Unterstützt durch die demokratischen Staatsorgane, wurde das Volksbegehren zu einem großen Erfolg der patriotischen Kräfte. Die Werktätigen der sowjetischen Besatzungszone brachten zum Ausdruck, daß sie nicht gewillt waren, sich ihr Recht auf nationale Selbstbestimmung von imperialistischen Gewalthabern rauben zu lassen.

Ungleich schwieriger gestaltete sich der nationale Kampf in den Westzonen. Dem Beschluß des 2. Deutschen Volkskongresses entsprechend, warben auch in den Westzonen im Mai und Juni 1948 Kommunisten und andere patriotische Kräfte für die Einzeichnung in die Abstimmungslisten. Von den Militärregierungen der amerikanischen

[191] Dokumente Nr. 45 u. 46.

und der französischen Zone wurde die Unterschriftensammlung direkt verboten, von der britischen stark behindert. Trotzdem erzielten die Anhänger der Volkskongreßbewegung in vielen Gebieten beachtenswerte Ergebnisse. Allein in Nordrhein-Westfalen gaben rund 750 000 Menschen ihre Unterschrift.

Im Juli 1948 gab der Deutsche Volksrat bekannt, daß 14 776 000 Deutsche mit ihrer Unterschrift einen Volksentscheid über die Einheit Deutschlands gefordert hatten. Die Weimarer Verfassung sah vor, daß ein Volksentscheid durchgeführt werden muß, wenn sich in einem Volksbegehren 10 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung dafür aussprechen. 1948 sprachen sich rund 40 Prozent für einen Volksentscheid aus, trotzdem verweigerten die westlichen Besatzungsmächte ihre Zustimmung.

Ein Höhepunkt der Volkskongreßbewegung in den Westzonen wurde die Kundgebung auf dem Römerberg in Frankfurt (Main) am 24. Mai 1948, auf der die Vorsitzenden des Präsidiums des Deutschen Volksrates, Hermann Kastner als Nachfolger des verstorbenen Wilhelm Külz, Otto Nuschke und Wilhelm Pieck, sprachen. Wilhelm Pieck erklärte erneut die Bereitschaft der SED, im Interesse der demokratischen Einheit Deutschlands Kompromisse mit den Parteien der Westzonen einzugehen. Er schlug vor, aus allen Parteien ein Gremium zur Ausarbeitung der künftigen deutschen Verfassung zu schaffen. Besonders begrüßten die Kundgebungsteilnehmer seine Forderung nach Abschluß eines deutschen Friedensvertrages auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens.

Ende 1947/Anfang 1948 erfaßte eine neue Streikwelle die Westzonen. Am 21. November legten etwa 75 000 Werktätige in Mannheim in einem einstündigen Generalstreik die Arbeit nieder. Sie protestierten gegen die Mißstände in der Versorgung und forderten das Mitbestimmungsrecht. Vom 2. bis 9. Januar 1948 streikten gegen den Willen reformistischer Gewerkschaftsführer, die dem Streik ihre Anerkennung versagten, die Hamburger Hafenarbeiter für eine 30prozentige Lohnerhöhung, fünf Tage garantierten Lohn und volle Belieferung der Lebensmittelkarten. Auf seinem Höhepunkt erfaßte der Streik 12 000 bis 14 000 Arbeiter des Hamburger Hafens. Wegen der ablehnenden Haltung der Gewerkschaftsführung mußte jedoch die Streikleitung den Ausstand abbrechen.

In Bayern legten die Gewerkschaften der Regierung ein Sieben-Punkte-Programm vor, in dem sie eine bessere Erfassung und Verte-

lung der Lebensmittel forderten. Als dieses Programm zurückgewiesen wurde, traten eine Million Werktätige Bayerns am 22./23. Januar 1948 in einen 24stündigen Generalstreik. Am 3. Februar 1948 streikten über eine Million Werktätige Württemberg-Badens gegen die katastrophale Ernährungslage. Zu dieser Zeit standen in der Bizone insgesamt etwa drei Millionen Arbeiter und Angestellte in einem 24stündigen Streik. Im April und Mai erfaßte eine neue Streikwelle Bayern, Niedersachsen und teilweise das Ruhrgebiet.

Auch in diesen Aktionen verband sich der Kampf gegen den Hunger eng mit dem Verlangen nach Demokratisierung von Staat und Wirtschaft. Die neue Streikwelle erfaßte mehr Werktätige als die Aktionen vom Frühjahr 1947, sie erreichte aber nicht die gleiche politische Reife. Sie war nicht mehr so unmittelbar mit dem Kampf um die Entmachtung der Konzernherren verbunden, wie das im Jahre 1947 der Fall gewesen war. Die Aktionen standen schon stärker unter der Kontrolle des Apparates der Gewerkschaften. Maßgebliche, hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre waren nicht gewillt, die Kraft der Gewerkschaften für tiefgreifende demokratische Umwälzungen einzusetzen.

Wenn es auch – von Einzelfällen abgesehen – zu keiner bewußten Verknüpfung der Streikforderungen mit den Zielen der Volkskongreßbewegung kam, so war doch die inhaltliche Übereinstimmung der Ziele dieser beiden Ströme des Volkskampfes gegeben. Es gelang jedoch nicht, eine einheitliche machtvolle Bewegung zu schaffen und antifaschistisch-demokratische Verhältnisse in den Westzonen zu erzwingen.

Die Entwicklung unterstrich, daß die patriotischen Kräfte ihre stärkste Stütze in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Ostdeutschland besaßen. Hier hatte die Volkskongreßbewegung ihre feste Basis. Unter der Führung der SED hatte sich die nationale Bewegung für Einheit und gerechten Frieden binnen weniger Monate zu einer beachtlichen gesellschaftlichen Kraft entwickelt.

Die allseitige Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Ostdeutschland und die Volksbewegung gegen die Abspaltung der Westzonen vom deutschen Nationalverband. Die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus. Der Kampf der KPD gegen das Vordringen der Reaktion in den Westzonen (1948/1949)

1. Die Situation im Sommer 1948 und die Politik der SED zur allseitigen Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und zur Verstärkung des Volkskampfes gegen die imperialistische Spaltungspolitik

Im ersten Halbjahr 1948 traten die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Systemen – zwischen Kapitalismus und Sozialismus – in ein neues Stadium ein. In Deutschland hatte sich der nationale und soziale Kampf zugespitzt. Die SED stand vor der Aufgabe, Schlußfolgerungen aus der neuen Lage zu ziehen.

Zu dieser Zeit hatte die Sowjetunion unter Opfern und Entbehrungen die größten Kriegsschäden überwunden. Durch den faschistischen Überfall waren 1700 Städte, über 70 000 Dörfer und rund 32 000 Industriebetriebe zerstört worden. Nur ein verschwindender Bruchteil der angerichteten Schäden konnte durch die Wiedergutmachungsleistungen aufgewogen werden. Dennoch war in der sowjetischen Industrie der Produktionsumfang der Vorkriegszeit wieder erreicht und

auf einigen Gebieten sogar übertroffen. 1948 wurde mit dem Bau des Wolga-Don-Schiffahrts-Kanals „W. I. Lenin" begonnen. Die Kohlenproduktion im Donezbecken wurde in wachsendem Maße mechanisiert. Das internationale Ansehen der UdSSR war gestiegen. Am 6. November 1947 konnte der sowjetische Außenminister W. M. Molotow erklären, daß die Sowjetunion über das Geheimnis der Atomwaffe verfüge. Die an das zeitweilige amerikanische Atombombenmonopol geknüpften Spekulationen waren hinfällig. Die Rechnung der Imperialisten, daß sich die Sowjetunion auf lange Zeit von den Kriegsschäden nicht erholen werde, war dank der großartigen Leistungen des Sowjetvolkes nicht aufgegangen.

In den meisten Ländern Ost- und Südosteuropas hatte bis Ende 1947/Anfang 1948 die revolutionäre Bewegung eine solche Reife erreicht, daß der Übergang zum Aufbau des Sozialismus vollzogen werden konnte. Besonders die Februarereignisse in Prag zeugten von der Ohnmacht der Imperialisten, das Rad der Geschichte aufzuhalten. Im Februar 1948 vereitelten die tschechoslowakischen Werktätigen unter Führung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in machtvollen Aktionen die Versuche reaktionärer Kräfte, durch die Auslösung einer Regierungskrise die demokratische Ordnung zu beseitigen. Sie festigten die Volksmacht und leiteten die sozialistische Etappe der Revolution ein.

Bis 1948 hatten die Werktätigen der europäischen Länder der Volksdemokratie unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Parteien die Hauptfrage der sozialistischen Revolution – die Errichtung der Diktatur des Proletariats – erfolgreich gelöst. Die Verfassungen der volksdemokratischen Staaten verankerten die neuen Machtverhältnisse. Die Arbeiterklasse hatte unter Führung der Kommunisten ihre politische Einheit erkämpft. Das Bündnis mit den demokratischen Kräften der anderen Klassen und Schichten erhielt sozialistischen Inhalt. In der Wirtschaft der volksdemokratischen Staaten existierte ein starker sozialistischer Sektor. Er umfaßte im Durchschnitt etwa 90 Prozent der industriellen Produktion. Durch die Bodenreform waren die Grundlagen für die Demokratisierung des Dorfes und ein enges Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern entstanden. Die südosteuropäischen Volksdemokratien machten spürbare Fortschritte bei der Umwandlung von Agrarländern in Industrie-Agrarländer.

Große Erfolge erzielten im Jahre 1948 die sozialistischen Kräfte in Asien. Die chinesische Volksbefreiungsarmee hatte weite Gebiete des

Landes befreit und setzte ihre Offensive unaufhaltsam fort. Das reaktionäre Regime der Kuomintang stand trotz amerikanischer Unterstützung vor dem Zusammenbruch. Die Koreanische Volksdemokratische Republik bildete sich, und die 1945 entstandene Demokratische Republik Vietnam erstarkte.

Mit der Volksdemokratie wurde ein neuer Weg des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus gefunden. In den volksdemokratischen Revolutionen kam der Zusammenhang des Kampfes um Demokratie und um Sozialismus besonders klar zum Ausdruck. Die volksdemokratische Staatsmacht, die in den meisten Ländern zunächst als revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter, Bauern und anderer werktätiger Schichten errichtet worden war, entwickelte sich dank der Führung durch die Arbeiterklasse auf friedlichem Wege zu einer Form der Diktatur des Proletariats. Georgi Dimitroff, der als erster das Wesen der Volksdemokratie theoretisch begründete, erklärte auf dem V. Parteitag der Bulgarischen Kommunistischen Partei im Jahre 1948: „Der volksdemokratische Staat ist ein Staat der Übergangsperiode, er ist dazu berufen, die Entwicklung auf dem Wege zum Sozialismus zu sichern."[192] Die europäischen volksdemokratischen Revolutionen bereicherten die marxistisch-leninistische Theorie durch neue Erfahrungen, besonders in Hinsicht auf die Bündnispolitik, die Verbindung von nationalem und sozialem Kampf, das Hinüberleiten der demokratischen in die sozialistische Revolution, die Errichtung der Diktatur des Proletariats in spezifischen, den nationalen Besonderheiten entsprechenden Formen.

Durch die großen Fortschritte der sozialistischen Kräfte waren die Bedingungen für den immer engeren politischen, ökonomischen und militärischen Zusammenschluß der volksdemokratischen Länder und der Sowjetunion gegeben. Der proletarische Internationalismus erreichte eine neue Stufe. Er wurde nunmehr zur Grundlage der zwischenstaatlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit der sozialistischen Länder. In den Jahren 1947/1948 festigten die europäischen volksdemokratischen Staaten ihre gegenseitigen Beziehungen durch eine Reihe zweiseitiger Verträge und gingen zur engeren ökonomischen Zusammenarbeit über. Mit der Erweiterung ihres Handels, dem Austausch technischer Erfahrungen und gegenseitiger Hilfe begegneten sie den Gefahren einer imperialistischen Wirtschaftsblockade und Aggression. Im Januar 1949 beschlossen die Sowjetunion und die europä-

[192] Georgi Dimitroff: Ausgewählte Schriften, Bd. 3, Berlin 1958, S. 597.

ischen Länder der Volksdemokratie, den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zu bilden, der sich im April 1949 konstituierte.

Während die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder ihre Kräfte der friedlichen Aufbauarbeit widmeten, verstärkten die imperialistischen Staaten ihren aggressiven Kurs. Im März 1948 hatten sich Belgien, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg und die Niederlande in einem Militärpakt, dem sogenannten Brüsseler Pakt, zusammengeschlossen. Im Sommer 1948 trat der Marshall-Plan in das Stadium seiner unmittelbaren Verwirklichung. Die USA nutzten die sich daraus ergebende Vormachtstellung in Westeuropa, um das Paktsystem auszubauen und unter amerikanische Führung zu stellen. Deshalb drängten sie auf die Bildung eines nordatlantischen Militärpaktes (NATO). Die ersten Gespräche über die Bildung eines Militärbündnisses zwischen den USA und Westeuropa führten amerikanische Politiker Mitte 1948. Wie sehr Marshall-Plan und NATO miteinander verbunden waren, sprach später der amerikanische Multimillionär Nelson A. Rockefeller in einem Brief an den Präsidenten der USA aus: „Was in diesem Fall tatsächlich geschah, war, daß eine koordinierte Außenpolitik unter Anwendung jeder Art von Druck zur Schaffung eines ... Militärbündnisses führte."[193]

Von Februar bis Juni 1948 tagte in London eine Sechsmächte-Konferenz. Außer Frankreich, Großbritannien und den USA nahmen auch Belgien, Luxemburg und die Niederlande an der Konferenz teil. Obwohl das Deutschlandproblem ausschließlich in die Kompetenz der vier Großmächte fiel, wurden in London einschneidende Beschlüsse zur deutschen Frage gefaßt. Sie dienten dem Zweck, Meinungsverschiedenheiten über die Formen und Methoden der Einbeziehung der Westzonen in das imperialistische Paktsystem beizulegen. Die durch den Marshall-Plan sich verstärkende Abhängigkeit der europäischen Staaten von den USA ausnützend, setzten die amerikanischen Vertreter ihren Standpunkt weitgehend durch. Im Ergebnis der Beratungen entstanden die sogenannten Londoner Empfehlungen.[194] Sie enthielten folgende Festlegungen: Schaffung einer internationalen Ruhrkontrolle unter Ausschluß der Sowjetunion, Anschluß der französischen Besatzungszone an die Bizone, Bildung einer westdeutschen verfassunggebenden Versammlung (Parlamentarischer Rat), Erlaß eines Besatzungsstatuts, Einbeziehung Westdeutschlands in den Marshall-Plan.

[193] Dokumentation der Zeit (Berlin), 1957, H. 138, S. 13.

[194] Dokument Nr. 47.

Auf der Grundlage der Londoner Empfehlungen wurde am 28. Dezember 1948 der Entwurf eines Ruhrstatuts veröffentlicht. Er sah die Errichtung einer internationalen Ruhrbehörde vor, die dem amerikanischen Finanzkapital die Vorherrschaft über das Ruhrgebiet sicherte. Das Ruhrgebiet sollte auf diese Weise in den Dienst des internationalen Rüstungskapitals und des kalten Krieges gestellt werden.

Die Londoner Empfehlungen stellten die eigentliche Geburtsurkunde des westdeutschen Separatstaates dar. Sie waren Direktiven für die Bildung eines solchen Staates mit einer den Besatzungsmächten genehmen und ihnen verpflichteten Regierung, für die völlige politische, ökonomische und später auch militärische Einbeziehung Westdeutschlands in den imperialistischen Westblock unter der Vorherrschaft der USA.

Am 1. Juli 1948 übergaben die drei Militärgouverneure den Regierungschefs der elf westdeutschen Länder die auf der Grundlage der Londoner Empfehlungen formulierten Direktiven für die Bildung eines westdeutschen Separatstaates.[195] Der ganze Akt, der bezeichnenderweise im Verwaltungsgebäude der IG Farben stattfand, dauerte eine Stunde. Die westdeutschen Ministerpräsidenten – gleichgültig, ob sie der CDU oder der SPD angehörten – nahmen die sogenannten Frankfurter Beschlüsse entgegen. Sie legten zwar Wert darauf, die Verantwortung für die Spaltungsmaßnahmen den Besatzungsmächten zuzuschieben und hatten Einwände gegen verschiedene Festlegungen der Londoner Empfehlungen. Sie erklärten sich aber in den Beschlüssen ihrer Koblenzer Konferenz vom 8. bis 10. Juli 1948[196] prinzipiell bereit, an der Ausarbeitung einer Separatverfassung nach den Weisungen der Militärgouverneure mitzuarbeiten. Auf ihrer Rüdesheimer Konferenz vom 21. bis 22. Juli erklärten die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder ihre Entschlossenheit, „die volle Verantwortung für eine Neuordnung der deutschen Verhältnisse nach Maßgabe der ihnen übertragenen Befugnisse zu übernehmen“[197].

Im Sommer 1948 erzeugten die imperialistischen Westmächte eine Kriegspsychose, um die Völker ihrer aggressiven Politik gefügig zu machen. Das Zentrum des kalten Krieges war Westdeutschland. Ohne Verständigung mit der Sowjetunion führten am 20. Juni 1948 die drei Westmächte in ihren Zonen eine separate Währung ein und errichte-

[195] Dokument Nr. 50.

[196] Dokument Nr. 51.

[197] Keesings Archiv der Gegenwart, Essen, Jg. 1948/1949, S. 1577.

ten damit eine Valutabarriere quer durch Deutschland. Dieser Willkürakt bedeutete den vollständigen Bruch mit den wirtschaftspolitischen Grundsätzen des Potsdamer Abkommens, in denen festgestellt worden war: „Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten."[198]

Die ganze Gefährlichkeit der imperialistischen Politik zeigte sich in Berlin. Die Westmächte übertrugen am 23. Juni 1948 die westdeutsche Separatwährung auch auf die Westsektoren der deutschen Hauptstadt, obgleich General Brian Robertson noch am 18. Juni in einem Schreiben an Marschall W. D. Sokolowski eine Übertragung der separaten Währungsreform von Westdeutschland auf den britischen Sektor von Berlin verneint hatte. Am 30. August 1948 erging eine Direktive der Regierungen der vier Großmächte an die vier Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen in Deutschland, in der diese angewiesen wurden, die Deutsche Mark der sowjetischen Besatzungszone als einzige Berliner Währung einzuführen und die westliche „B"-Mark in Berlin aus dem Umlauf zu ziehen. Dennoch blieb es bei der Übertragung der westdeutschen Separatwährung auf die Berliner Westsektoren. Zwei Währungen in einer Stadt – das war die wirtschaftliche Spaltung Berlins. Von Westberlin aus sollte das Wirtschaftsgefüge der sowjetischen Besatzungszone zerrüttet und die erpresserische imperialistische Politik auf Ostdeutschland und schließlich auf ganz Osteuropa ausgedehnt werden.

Die Währungsreform in den Westzonen und in Westberlin nahm den Werktätigen die letzten Barmittel, die in Sachwerten angelegten Kriegsprofite und Schiebergewinne wurden weder durch sie noch durch andere Maßnahmen berührt. Während die Werktätigen durch die Währungsreform bis zu 95 Prozent ihres ersparten Geldes einbüßten, erhielten zum Beispiel die Aktionäre der Vereinigten Stahlwerke für 100 RM alte Aktien neue Aktien im Werte von mehr als 300 DM. Das Kapital des Konzerns stieg um das Fünffache. So wurden die finanzpolitischen Voraussetzungen geschaffen, um die Westzonen in den Marshall-Plan einzubeziehen. Nach der Währungsreform begann eine Belebung der Wirtschaft, von der vor allem die Konzerne profitierten.

In der sowjetischen Besatzungszone erfolgte die Währungsreform, nachdem die Konzern- und Bankherren, Kriegsverbrecher und Großgrundbesitzer enteignet worden waren. Sie berücksichtigte die sozialen Interessen der Lohn- und Gehaltsempfänger und der kleinen Sparer,

[198] Zur Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition (1943 bis 1949), S. 75.

indem wesentlich günstigere Bedingungen für den Umtausch von altem in neues Geld festgelegt wurden als in den Westzonen. Die Währungsreform stärkte die volkseigenen und kommunalen Betriebe, deren Umlaufmittel nicht abgewertet wurden. Durch die Überprüfung der Konten wurden die aus Kriegsgeschäften oder dem Schwarzmarkt stammenden unlauteren Gewinne abgeschöpft. Auch die Lösung des Währungsproblems offenbarte den unterschiedlichen Charakter der Politik in beiden Teilen Deutschlands.

Durch die separaten Währungsmaßnahmen der Westmächte sah sich die Sowjetunion, die bis zuletzt um eine gesamtdeutsche Währungsreform bemüht gewesen war, gezwungen, eine Reihe von Gegenmaßnahmen und Verkehrsbeschränkungen anzuordnen; anders war eine Zerrüttung der Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone durch die im Westen entwerteten und in Ostdeutschland zunächst noch gültigen Geldwertzeichen nicht abzuwenden. Diese Maßnahmen wurden von den Westmächten unter völliger Verdrehung der Tatsachen als „Blokkade" Westberlins hingestellt. Obwohl die SMAD und die Deutsche Wirtschaftskommission alle erforderlichen Maßnahmen vorbereiteten und wiederholte Angebote zur Versorgung der Westberliner Bevölkerung und Industrie unterbreiteten, errichteten die Westmächte die sogenannte Luftbrücke. In Westberlin wurde mit Hilfe verantwortungsloser bürgerlicher und sozialdemokratischer Politiker eine hektische „Frontstadt"-Stimmung erzeugt.

Den imperialistischen Besatzungsmächten hörige Politiker, wie Jakob Kaiser, Franz Neumann, Ernst Scharnowski und Otto Suhr, hatten die einheitliche Berliner Gewerkschaftsorganisation gespalten. Sie bildeten eine sogenannte Unabhängige Gewerkschaftsopposition (UGO), die dem einheitlichen Kampf der Berliner Gewerkschafter für Frieden, Demokratie, sozialen Fortschritt und die demokratische Erneuerung der Hauptstadt entgegenarbeitete. Nachdem wiederholte Versuche der UGO, die Organisation des FDGB von Groß-Berlin in ihre Hände zu bekommen, gescheitert waren, spaltete sie im Anschluß an die 3. Stadtdelegiertenkonferenz des FDGB vom 21. bis 23. Mai 1948 die Berliner Gewerkschaftsorganisation endgültig.

Mit Hilfe der UGO sprengten rechte Gewerkschaftsführer der Westzonen die Interzonenkonferenzen der Gewerkschaften. Ihnen war die Mitarbeit in den Marshall-Plan-Behörden wichtiger als die gemeinsame Aktion mit dem FDGB. Der deutschen Arbeiterklasse war damit eine ihrer wichtigsten Waffen entrissen – das gemeinsame Vor-

gehen aller deutschen Gewerkschafter. Die nationale Bewegung für die einheitliche demokratische deutsche Republik hatte eine spürbare Schwächung erfahren.

Verbunden mit den offenen Spaltungsmaßnahmen auf allen Gebieten setzte im Sommer 1948 ein pausenloser antikommunistischer Propagandafeldzug ein. Die Einpeitscher des kalten Krieges entfachten eine wahnwitzige Kriegshysterie. Mit gewissenlosen Parolen – Berlin sei einen Krieg wert, Westberlin sei die billigste Atombombe – wurden viele Menschen schockiert, ihr Blick für eine nüchterne Beurteilung der folgenschweren imperialistischen Politik wurde getrübt. Der Menschheit drohte die Gefahr, in den Strudel eines neuen Weltkrieges hineingerissen zu werden.

Die Sowjetunion und mit ihr alle volksdemokratischen Länder protestierten energisch gegen die Willkürakte der Westmächte und erhoben ihre Stimme zur Rettung des Friedens. Am 23. und 24. Juni 1948 tagte in Warschau eine Konferenz der Außenminister der UdSSR und der europäischen Länder der Volksdemokratie.[199] Sie erklärte die imperialistischen Spaltungsmaßnahmen für rechtsungültig und forderte die umgehende Lösung folgender Probleme: Endgültige Entmilitarisierung Deutschlands, Vier-Mächte-Kontrolle des Ruhrgebietes, Einsetzung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung, Abzug aller Besatzungstruppen. Mit dieser gemeinsamen Erklärung unterstützten die sozialistischen Länder wirksam den nationalen Kampf des deutschen Volkes.

Alle diese Ereignisse, die sich nach der Sprengung der Londoner Außenministerkonferenz angebahnt hatten und sich im Sommer 1948 förmlich überstürzten, zwangen dazu, die Probleme des nationalen Kampfes neu zu durchdenken. Bereits im Mai 1948 zog der Parteivorstand der SED auf seiner 10. (24.) Tagung wichtige Schlußfolgerungen für die Strategie und Taktik der Partei. Auf dieser Tagung referierte Wilhelm Pieck über die Verschärfung des Kampfes für Einheit, Demokratie und gerechten Frieden. Er schätzte nüchtern die Gefahr ein und erklärte, daß durch die Bildung eines westdeutschen Separatstaates beide Teile Deutschlands auseinanderzustreben und sich nach ihren eigenen Gesetzen zu entwickeln drohten. Auch unter diesen Bedingungen hielt die SED an ihrem Kampf um eine einige deutsche demokratische Republik fest. Sie mußte aber der Möglichkeit einer separaten, reaktionären westdeutschen Staatsgründung ins Auge

[199] Dokument Nr. 48.

sehen und die Werktätigen der sowjetischen Besatzungszone auf entsprechende Gegenmaßnahmen vorbereiten.

Die allseitige Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Ostdeutschland wurde zur zentralen Aufgabe. Je gefestigter diese Ordnung, desto stärker waren die demokratischen Kräfte im nationalen Kampf. Den ostdeutschen Werktätigen erwuchs die Verpflichtung nachzuweisen, daß es eine echte Alternative zu der verhängnisvollen Politik in den Westzonen gab. Sie durften sich im Interesse der gesamten Nation nicht wieder in den verhängnisvollen Teufelskreis Konjunktur – Krise – Kriegsvorbereitung – Aggression – Niederlage pressen lassen. Ihr demokratisches Aufbauwerk war Pionierarbeit zum Nutzen ganz Deutschlands.

Allseitige Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung – das erforderte in erster Linie, die führende Rolle der Arbeiterklasse zu erhöhen und die neue Ordnung ökonomisch zu stärken. Die SED entwickelte das Programm der konsequenten Weiterführung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Aus dem engen Zusammenhang des Kampfes um Demokratie und um Sozialismus in unserer Epoche ergab sich, daß auf diesem Wege alle Elemente des Sozialismus gefördert wurden.

Die SED bekundete ihre Entschlossenheit, jede Möglichkeit zur Sicherung der demokratischen Einheit der Nation auszuschöpfen. In einer Zeit, als die bürgerlichen Parteien der Westzonen und Führer der SPD und der Gewerkschaften die vom internationalen Monopolkapital zur Tarnung seiner aggressiven Pläne ausgestreute Losung der „Vereinigten Staaten von Europa" aufgriffen, bewährte sie sich als entschiedenste Vorkämpferin der einheitlichen demokratischen deutschen Republik.

Die SED machte ihren ganzen Einfluß in der Volkskongreßbewegung geltend, um alle patriotischen Kräfte gegen die Spaltungsmaßnahmen zu mobilisieren. Die führenden Funktionäre der Arbeiterpartei waren unermüdlich, wenn es galt, gemeinsam mit den Vertretern der anderen Parteien einen einheitlichen Standpunkt aller Patrioten zu den großen nationalen Problemen zu erarbeiten. Wilhelm Pieck war als einer der Präsidenten des Deutschen Volksrates tätig. Sein besonnenes politisches Handeln lenkte die oft auseinanderstrebenden Auffassungen immer wieder in die Bahnen des großen gemeinsamen Kampfes. Walter Ulbricht war Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses. Er hatte wesentlichen Anteil daran, daß die Volkskongreßbewe-

gung ihre Verantwortung für die ökonomische Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung erkannte und immer mehr zur konstruktiven Aufbauarbeit überging. Die Tätigkeit des Verfassungsausschusses wurde von Otto Grotewohl geleitet. Die Verfassungskonzeption der SED war das konkrete Programm im Kampf um die einheitliche demokratische deutsche Republik. Als Sekretär des Deutschen Volksrates leistete Wilhelm Koenen eine große Arbeit für die Stärkung der patriotischen Volksbewegung.

Die von der SED ausgegebene Losung der allseitigen Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung entsprach gleichermaßen dem nationalen Kampf wie auch den inneren Gesetzmäßigkeiten der revolutionären Umwälzung in Ostdeutschland. Diese Politik stimmte mit den Hinweisen W. I. Lenins überein, der bereits im Jahre 1917 erklärt hatte, daß sich die Partei der Arbeiterklasse unter keinen Umständen das Ziel setzen darf, „den Sozialismus ‚einzuführen', bevor nicht die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution erkannt hat. Doch nur bürgerliche, sich hinter ‚beinahe-marxistische' Schlagworte versteckende Sophisten können aus dieser Wahrheit folgern, daß eine Politik gerechtfertigt sei, die die sofortige Durchführung praktisch völlig ausgereifter revolutionärer Maßnahmen hinausschiebt ... Auf anderem Wege als durch diese Maßnahmen, die nur Schritte zum Sozialismus und ökonomisch durchaus durchführbar sind, ist die Heilung der Wunden, die der Krieg geschlagen hat, und die Verhütung des drohenden Zusammenbruchs unmöglich."[200]

Auch in der sowjetischen Besatzungszone gab es zahlreiche derartige „praktisch völlig ausgereifte" Maßnahmen. Insbesondere waren Voraussetzungen für eine zentralisierte, langfristige Wirtschaftsplanung entstanden.

Als die SED die nächsten Aufgaben für die sowjetische Besatzungszone bestimmte, ging sie von einer gründlichen Einschätzung der Lage aus. Die antifaschistisch-demokratische Ordnung im Osten Deutschlands war keine selbständige Gesellschaftsordnung, keine besondere Produktionsweise, sondern eine Übergangsform, in der sich die bestimmenden Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche immer stärker durchsetzten. In hartem Klassenkampf, doch ohne Bürgerkrieg, war eine antifaschistisch-demokratische Volksmacht geschaffen worden, die

[200] W. I. Lenin: Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution. In: Werke, Bd. 24, Berlin 1959, S. 58/59.

ihrem Klasseninhalt nach eine revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern unter Beteiligung anderer Schichten war und eine starke Basis in den Massen des Volkes gewonnen hatte. In der neuen Ordnung waren Imperialismus und Militarismus mit ihren sozialökonomischen Wurzeln vernichtet und der Ungeist des Faschismus und Antihumanismus aus dem kulturellen Leben verbannt.

Die wichtigste ökonomische Grundlage dieser neuen Ordnung bildete der volkseigene Sektor in der Industrie. Mitte 1948 umfaßte er 3843 Betriebe. Gemeinsam mit den sowjetischen Aktiengesellschaften erzeugte er 1948 rund zwei Drittel der industriellen Bruttoproduktion. Das besondere Gewicht des volkseigenen Sektors ergab sich aus der Tatsache, daß er vor allem die Grundstoffindustrie und große Teile des Maschinenbaus und die führenden Betriebe der anderen Produktionszweige umfaßte. Die Eisenbahnen lagen in der Hand des Volkes, während der Kraftwagenverkehr und die Binnenschiffahrt noch vorwiegend Privateigentum waren. Das Bank- und Versicherungswesen befand sich faktisch vollkommen in Volkseigentum. So wurde über die Schlüsselindustrie, das Transport- und Bankwesen der ausschlaggebende Einfluß auf die gesamte Wirtschaft ausgeübt, in der es neben den volkseigenen Betrieben etwa 36000 privatkapitalistische Industriebetriebe und etwa 300000 Klein- und Handwerksbetriebe gab.

Die volkseigenen Betriebe waren gesellschaftliches Eigentum und unterstanden den Länderregierungen oder den kommunalen Verwaltungen. Durch den Charakter der Staatsorgane wurde auch der Charakter dieses staatlichen Eigentums bestimmt. Genauso wie die antifaschistisch-demokratischen Staatsorgane nicht mehr Organe des alten Ausbeuterstaates, sondern demokratische Organe des Volkes und Keimzellen der sozialistischen Staatsmacht waren, waren auch die volkseigenen Betriebe nicht mehr Stätten kapitalistischer Ausbeutung, sondern Produktionsstätten, die für die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung arbeiteten, und Keimzellen der sozialistischen Ökonomik.

In den volkseigenen Betrieben und den SAG-Betrieben war der Grad der Konzentration der Produktion und der Arbeitskräfte höher als in der Industrie im allgemeinen. Diese Betriebe waren nicht nur ökonomische Stützen der neuen Ordnung, sondern auch Bastionen des revolutionären Kerns der Arbeiterklasse, des Industrieproletariats, auf das sich Partei und Gewerkschaften in besonderem Maße stützten. Die volkseigenen Betriebe und die SAG-Betriebe wurden zur großen

Kaderschmiede der Arbeiterklasse. Aus ihnen ging die Mehrzahl jener Kräfte hervor, durch deren Einsatz in leitende Funktionen in Staat und Wirtschaft die führende Rolle der Arbeiterklasse verwirklicht wurde.

In der Landwirtschaft hatten sich durch die Enteignung und Aufteilung von 6837 Betrieben von Junkern und aktiven Nazis ebenfalls die sozialen Verhältnisse grundlegend geändert. Über 90 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe waren Wirtschaften von Klein- und Mittelbauern. Diese verfügten über etwa 60 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Auf den durch die Bodenreform enteigneten Ländereien entstanden rund 500 volkseigene Güter, die etwa 3 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschafteten und etwa 10 Prozent des Produktionswertes der Landwirtschaft erzeugten.

Volkseigene Handelsorganisationen bestanden Mitte 1948 noch nicht. Rund 16 Prozent des Einzelhandelsumsatzes entfielen auf die Konsumgenossenschaften. Der Großhandel lag noch fast ausschließlich in kapitalistischen Händen.

Im Laufe des ersten Halbjahres 1948 waren die Entnazifizierungskommissionen aufgelöst, war die Bodenreform im wesentlichen abgeschlossen und die Tätigkeit der Sequesterkommissionen eingestellt worden. Das besagte, daß die Herausbildung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung einen gewissen Abschluß gefunden hatte und die weitere Festigung dieser Ordnung nicht mehr auf dem Wege der Enteignung, sondern auf der Grundlage der geschaffenen neuen ökonomischen Verhältnisse vollzogen wurde. Es galt jetzt, das Übergewicht des volkseigenen Sektors mit ökonomischen Mitteln herzustellen, mit Hilfe der Wirtschaftsplanung, der Akkumulation, der Nutzung aller Kapazitäten, der Steigerung der Arbeitsproduktivität, des ökonomischen Wettbewerbs mit den anderen Sektoren der Volkswirtschaft.

Die revolutionären Veränderungen hatten auch neue Klassenverhältnisse geschaffen. Die imperialistische Großbourgeoisie und die Junker waren verschwunden. Die Arbeiterklasse hatte sich zur bestimmenden Kraft der Gesellschaft entwickelt. Ihr Klassenbewußtsein und ihre Organisiertheit waren gewachsen. Die fortgeschrittensten Arbeiter fühlten sich mit der neuen Ordnung eng verbunden und setzten ihre ganze Kraft für den demokratischen Neuaufbau ein. Es war der Arbeiterklasse gelungen, im Kampf gegen das Junkertum ein enges Bündnis mit der Bauernschaft herzustellen. Viele werktätige Bauern und Vertreter der städtischen Mittelschichten hatten sich im nationalen

Kampf fest um die Arbeiterklasse zusammengeschlossen. Da sich die Arbeiterklasse für die unmittelbaren Interessen der Gesamtheit der Bevölkerung einsetzte und auch die besonderen Belange der Bauern, der Handwerker und Gewerbetreibenden, der Intelligenz vertrat, wurde sie von diesen Schichten unterstützt. Die Mittelschichten und auch Teile der Arbeiterklasse erlagen aber noch leicht dem starken gegnerischen Druck, sobald die Imperialisten ihre Politik des kalten Krieges verstärkten und den Klassenkampf zuspitzten. Wiederholt wurden bei ihnen Zweifel an der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges wach, wenn die Partei der Arbeiterklasse kühn neue Schritte tat. Deshalb hatte die SED in den Jahren 1948/1949, als viele neue große Probleme gelöst werden mußten, einen besonders schweren ideologischen Kampf zu führen.

In einer Zeit, da große Teile der Bevölkerung auch in der sowjetischen Besatzungszone den Marshall-Plan als Ausweg aus der noch immer sehr angespannten wirtschaftlichen Lage ansahen, verkündete der Parteivorstand der SED einen Plan, der sich auf die eigenen wirtschaftlichen Kräfte stützte und das Ziel setzte, im Laufe der nächsten zwei Jahre die Auswirkungen des Krieges auf die Volkswirtschaft der sowjetischen Besatzungszone im wesentlichen zu überwinden. Er handelte damit im Sinne der Entschließung des II. Parteitages der SED und des Beschlusses des 2. Deutschen Volkskongresses über den demokratischen Neuaufbau der deutschen Wirtschaft. Der Plan der SED wurde auf der 11. (25.) Tagung ihres Parteivorstandes am 29. Juni 1948 von Walter Ulbricht begründet. Der auf dieser Tagung gefaßte historische Beschluß über den Zweijahrplan 1949/1950[201] wurde mit der Feststellung eingeleitet:

„Eine gewaltige Aufgabe steht vor dem deutschen Volk und seinen demokratischen Organisationen. Es gilt, den wirtschaftlichen Ruin und die Not zu überwinden, die durch den Krieg und die Zerreißung Deutschlands hervorgerufen wurden. Deshalb ist die unabdingbare Aufgabe aller demokratischen Kräfte der Kampf um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage und damit die Wiederherstellung einer unabhängigen Friedenswirtschaft für ganz Deutschland.

Die Spaltungsaktionen in Westdeutschland im Zusammenhang mit der Einbeziehung Deutschlands in den sogenannten Marshallplan, der uns der Möglichkeit beraubt, eine geeinte deutsche Wirtschaft, eine

[201] Dokument Nr. 49.



Das Alexandrow-Ensemble der Sowjetarmee
erobert sich die Herzen der Berliner, 18. August 1948



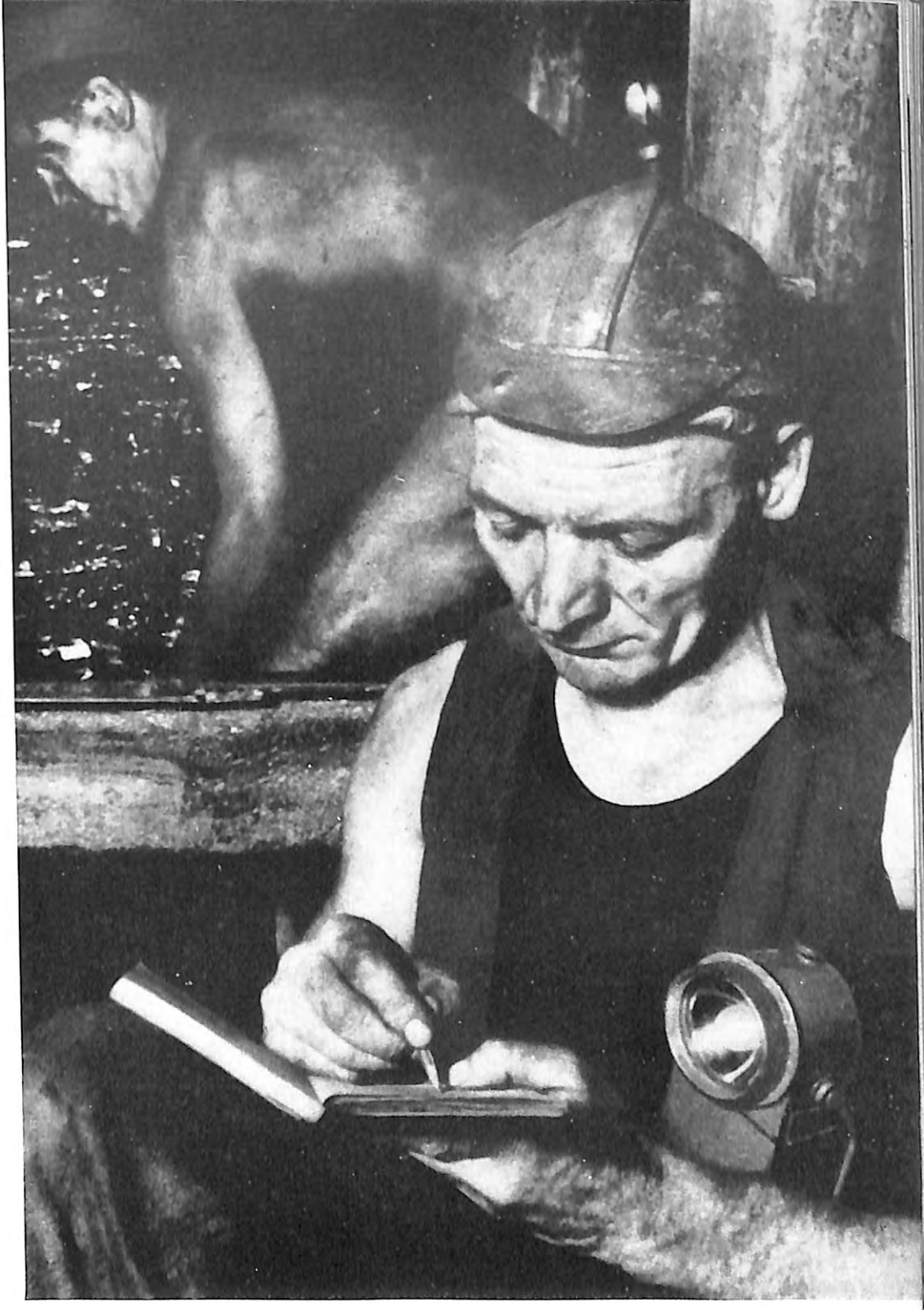
Präsidium der 2. Jahrestagung der Gesellschaft
zum Studium der Kultur der Sowjetunion, 1. bis 4. Juli 1949



Wilhelm Koenen spricht als Vertreter des Landesvorstandes Sachsen der SED auf einer Kundgebung in Uhyst (Spree) anläßlich des Kongresses der sorbischen Arbeitsbrigaden, 21./22. August 1948



Eine Delegation des Deutschen Volksrates weilt anläßlich des 31. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Moskau, 2. bis 21. November 1948. Die Delegation bei Verhandlungen im Kreml



Adolf Hennecke



Max Reimann, Vorsitzender des Parteivorstandes der KPD



Frauendemonstration vor dem Rathaus in Nürnberg, 21. Oktober 1948



Kundgebung der Gewerkschaften auf dem Römerberg in Frankfurt (Main), 12. August 1948



Kundgebung für die Erhaltung der Einheit Berlins
und für einen demokratischen Magistrat. V. r. n. l.: Friedrich Ebert, Otto Grotewohl, Hans Jendretzky; links: Waldemar Schmidt, 30. November 1948



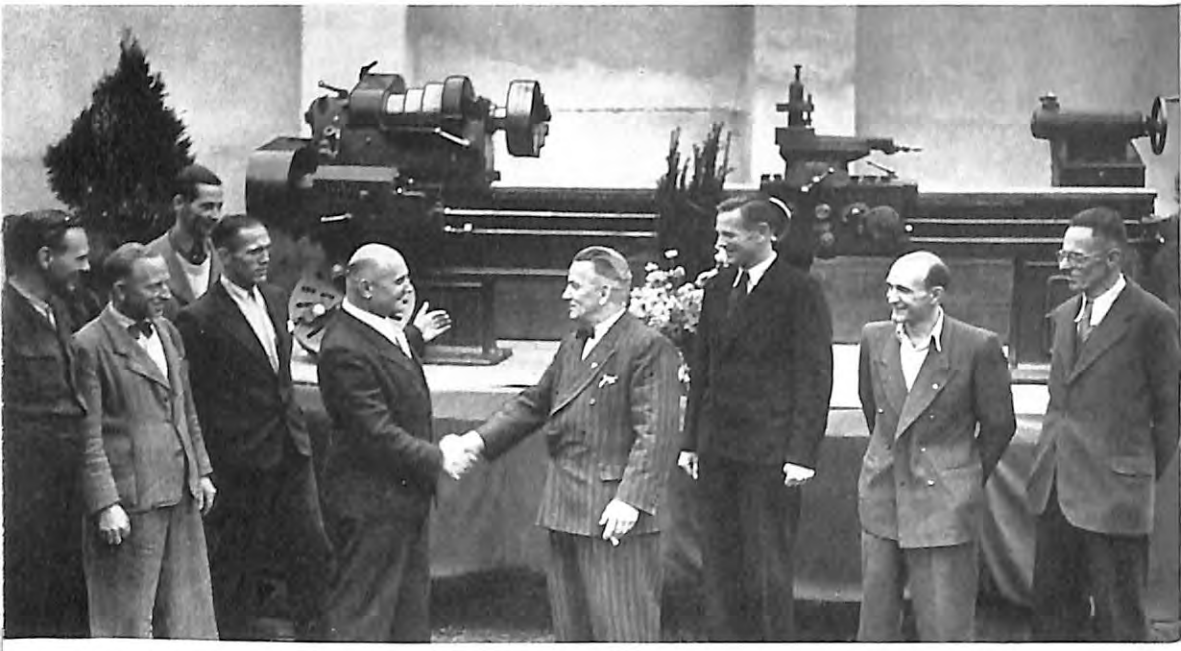
Massenkundgebung für die Erhaltung der Einheit Berlins
und für einen demokratischen Magistrat, 30. November 1948



Eröffnung des ersten Geschäftes der Staatlichen Handelsorganisation (HO) in der Frankfurter Allee in Berlin, 15. November 1948



Kohlenzug aus der Sonderschicht der Brikettfabrik Groß-Kayna für die Berliner Bevölkerung, Dezember 1948



Arbeiter der Niles-Werke in Berlin-Weißensee
übergeben den Vertretern der MAS Wartenberg eine Drehbank



Traktoren aus der Sowjetunion auf dem Grenzbahnhof Frankfurt (Oder), 1949

eigene gesamtdeutsche demokratische Regierung und einen Friedensvertrag für Deutschland zu erhalten, haben dahin geführt, daß die sowjetische Besatzungszone in der nächsten Zeit gezwungen sein wird, ihre Wirtschaft auf Grund eines eigenen Wirtschaftsplanes aufzubauen."[202]

Der Plan sah vor, bis Ende 1950 die Produktion auf 81 Prozent des Standes von 1936 zu erhöhen. Das bedeutete eine Steigerung gegenüber 1947 um 35 Prozent.

Die Werktätigen der sowjetischen Besatzungszone waren vor die Aufgabe gestellt, alle ökonomischen Reserven zu nutzen, um die Wirtschaft der antifaschistisch-demokratischen Ordnung auf eine sichere Grundlage zu stellen. Deshalb stand im Mittelpunkt des Planes die vorrangige Entwicklung der Grundstoff- und Schwerindustrie, ohne die keine gesunde Wirtschaft gedeihen kann. Mit dem Zweijahrplan nahmen die Werktätigen die Wiederherstellung beziehungsweise den Ausbau wichtiger Produktionsstätten wie des Stahlwerkes Hennigsdorf, des Stahlwerkes Riesa, der Maxhütte Unterwellenborn, des Kupferwerkes Ilsenburg, des Stickstoffwerkes Piesteritz und der Kraftwerke Böhlen, Espenhain und Zschornewitz in Angriff.

Der Landwirtschaft stellte der Plan vor allem die Aufgabe, die Anbauflächen zu erweitern, die Hektarerträge zu steigern und den Nutzviehbestand zu erhöhen. Die Partei verband diese Zielsetzung mit wirksamen Schritten zur Unterstützung der werktätigen Bauern. Die Aufmerksamkeit der Forstwirtschaft wurde auf die planmäßige Aufforstung der Kahlschläge gelenkt.

Der Plan erstreckte sich nicht nur auf die materielle Produktion. Er sah zahlreiche Maßnahmen auf sozialem Gebiet vor und bewies somit, daß die demokratische Wirtschaftsplanung ihr oberstes Ziel darin sah, die Lebensbedingungen der Bevölkerung in jeder Hinsicht zu verbessern. Für das zweite Halbjahr 1948 wurde ein Halbjahrplan beschlossen, der die Zeit bis zum Beginn des Zweijahrplanes 1949/1950 überbrückte.

Die wirtschaftliche Entwicklung der sowjetischen Besatzungszone bis zum Beginn der langfristigen Wirtschaftsplanung und damit die Ausgangsbasis für den Halbjahr- und Zweijahrplan spiegelt sich in folgenden Produktionszahlen wider:

[202] Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralsekretariats und des Politischen Büros, Bd. II, Berlin 1952, S. 22.

Produktion ausgewählter Erzeugnisse 1936, 1946, 1948
(berechnet für das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone)

	1936	1946	1948
Elektroenergie (Mio kWh)	14 000	11 536	14 599
Steinkohle (1000 t)	3 523	2 509	2 848
Rohbraunkohle (1000 t)	101 056	108 400	109 960
Braunkohlenbriketts (1000 t)	23 529	29 000	29 822
Kupfererz (1000 t eff.)	1 118	284	526
Kalisalze (1000 t K_2O)	953	655	936
Rohstahl in Blöcken (1000 t)	1 198,6	152,7	304,7
Walzerzeugnisse aus NE-Metallen (1000 t)	192,7	37,4	51,1
Schwefelsäure (1000 t SO_3)	301,2	88	155,1
Ammoniak (1000 t NH_3)	283	41,3	96,4
Kalziumkarbid (1000 t)	209,3	29,5	433,7
Phosphordünger (1000 t P_2O_5)	32,2	6,7	20,6
Zement (1000 t)	1 686	570	936
Ziegelsteine, Normalformat (Mio St.)	3 668	499	647
Landwirtschaftliche Maschinen (Mio DM)	98,9	12,2	27,4

Diese Produktionszahlen lassen erkennen, welche Leistungen von den Werktätigen vollbracht worden waren. Sie spiegeln jedoch die damalige wirtschaftliche Lage nur annähernd wider, denn im Unterschied zur Vorkriegszeit war die ostdeutsche Wirtschaft infolge der wirtschaftlichen Spaltung Deutschlands weitgehend auf sich selbst gestellt. Es gab ernste Disproportionen zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen, zwischen der Rohstofferzeugung und den verarbeitenden Industrien wie auch innerhalb einzelner Industriezweige. Auf allen Gebieten war ein riesiger Nachholebedarf vorhanden, der erst in größeren Zeiträumen gedeckt werden konnte. Wegen des Mangels an Material und Energie konnten nicht alle Kapazitäten voll genutzt werden. Der Zweijahrplan sollte helfen, auch dieser Schwierigkeiten besser Herr zu werden.

Mit dem Zweijahrplan setzte eine höhere Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone ein. Von nun an wurde begonnen, die verschiedensten Bereiche des gesellschaftlichen Lebens nach vorausschauenden, auf der Kenntnis der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung fußenden Plänen zu lenken und zu leiten, das Wachstum der materiellen Produktion, die Entfaltung von Kultur und Wissenschaft, die systematische Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung organisch und harmonisch miteinander zu verbinden.

Nachdem die Kräfte des Imperialismus entmachtet waren, mußte

die Arbeiterklasse die Leitung des Produktionsprozesses entschlossen und sachkundig in ihre Hände nehmen. Die schöpferische und aufbauende Arbeit in allen Bereichen des Lebens rückte in den Mittelpunkt der Tätigkeit der Arbeiterorganisationen. Die Arbeiterbewegung erhielt einen neuen Inhalt. Ihr Kampf galt in Ostdeutschland nicht mehr der Beseitigung des Imperialismus; im Vordergrund standen die Stärkung der materiell-technischen Basis der neuen Ordnung, die Festigung der demokratischen Wirtschaftsordnung, die Nutzung und Mehrung des Volkseigentums, der kluge Einsatz der staatlichen Macht im Sinne des Fortschritts, die Förderung von Wissenschaft und Kultur und neuer Beziehungen zwischen den Menschen.

Unter den Bedingungen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung trat ein, was Karl Marx und Friedrich Engels im Kommunistischen Manifest vorausschauend begründet hatten: Die Arbeiterklasse benutzt ihre führende Stellung, um die Masse der Produktivkräfte möglichst rasch zu vermehren. Demzufolge war die Arbeiterklasse bestrebt, auf dem Felde der friedlichen Arbeit zu beweisen, daß unter ihrer Führung dem ganzen Volke Frieden, Demokratie, soziale Sicherheit, Aufblühen von Kultur und Wissenschaft, Wohlstand und Freiheit beschieden sind.

Die Ideologen des Imperialismus hatten jahrzehntelang die Verleumdung verbreitet, daß die marxistisch-leninistische Bewegung eine zerstörende Kraft sei, unfähig zu konstruktiven Leistungen. Nun erbrachte die Arbeiterklasse auch in Deutschland den Beweis, daß sie ihrer Berufung und ihrer Natur gemäß eine schöpferische, aufbauende Klasse ist. Die Arbeiterklasse entwickelte sich zur herrschenden Klasse, aber sie blieb im Gegensatz zu allen früheren herrschenden Klassen zugleich produzierende Klasse, verbunden mit den fortschrittlichen Produktivkräften der modernen Großproduktion. Ihr Streben, den gesellschaftlichen Fortschritt auf allen Gebieten der Produktion, des staatlichen Lebens wie auch im Bereich von Kultur und Wissenschaft durchzusetzen, verband sie mit allen Schichten des Volkes, bildete die objektive Grundlage für die Festigung ihres Bündnisses mit den Bauern, den Handwerkern, der Intelligenz, den Gewerbetreibenden, den kleinen und mittleren Unternehmern.

Die Arbeiterklasse nahm eine völlig neue Stellung in der Gesellschaft ein. Das war das gesetzmäßige Ergebnis der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, insbesondere der Entstehung neuer Eigentumsverhältnisse und der Entscheidung der Machtfrage zugunsten des

Volkes unter Führung der Arbeiterklasse. Die neue Stellung der Arbeiterklasse bedingte neue Formen ihres Kampfes. Die Arbeiterklasse war zur bestimmenden Kraft der Gesellschaft geworden. Nun mußte sie den Nachweis erbringen, daß die Geschicke des ganzen Volkes bei ihr in guten Händen lagen, daß sie im Gegensatz zur Bourgeoisie ein Leben in Frieden und Freiheit, sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit aufbauen konnte. Der Arbeiterklasse erwuchs die Aufgabe, Staat und Wirtschaft zu leiten, konstruktive Lösungen für die vielfältigen politischen, ökonomischen und kulturellen Probleme zu finden.

In der neuen Ordnung kam es darauf an, die Arbeiterklasse und alle Werktätigen im Geiste einer neuen Arbeitsmoral zu erziehen. Die aus dem Kapitalismus stammende und für den ausgebeuteten Arbeiter berechtigte Ablehnung aller produktionssteigernden Methoden mußte durch beharrliche Überzeugung und die richtige Beachtung der materiellen Interessiertheit der Werktätigen systematisch überwunden werden. Die SED konzentrierte ihre ideologische Arbeit in den Betrieben darauf, den Werktätigen bewußtzumachen, daß sie nun die Herren des Landes, die Eigentümer der Produktionsmittel waren, daß ihnen die Früchte ihrer Arbeit selbst zugute kamen.

Gleichzeitig erklärten sich die Partei der Arbeiterklasse und die Gewerkschaften mit jeder Bewegung der Werktätigen Westdeutschlands gegen die kapitalistische Ausbeutung solidarisch und unterstützten sie. Sie weckten das Verständnis der Werktätigen für die Kompliziertheit des Klassenkampfes in Deutschland und machten klar, weshalb es unter den neuen Bedingungen in Ostdeutschland richtig und notwendig wurde, die Produktion zu steigern, die Aktivistenbewegung zu fördern, eine neue Arbeitsmoral durchzusetzen, und weshalb die Arbeiter in Westdeutschland und Westberlin nach wie vor die Waffe des Streiks anwenden mußten, um ihre demokratischen und sozialen Forderungen durchzusetzen. Das erforderte eine sehr elastische Politik und eine sehr geduldige, ideologisch gut fundierte Massenarbeit auf weite Sicht.

Der neue Inhalt der Arbeiterbewegung erforderte auch einen neuen Typ des Arbeiterfunktionärs. Zur Fähigkeit, die Massen aufzuklären und zu schulen, sie zum Kampf gegen den Imperialismus zusammenzuschließen, mußte nun das Heldentum der Arbeit treten, die umfassende Sachkenntnis im Arbeitsgebiet, die Kunst, große Kollektive von Menschen verschiedener Herkunft und Überzeugung zur Lösung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben zu organisieren, alles Neue, Bahnbrechende zu fördern.

Das bedeutete einen Umbruch in der Entwicklung der ganzen Arbeiterbewegung und im Leben eines jeden klassenbewußten Arbeiters. Die herkömmlichen Vorstellungen über die Aufgaben der Arbeiterbewegung reichten nicht mehr aus. Jetzt galt stärker denn je W. I. Lenins Gebot: Lernen, lernen und nochmals lernen.

Diese Umwälzung des Inhalts und der Formen der Arbeiterbewegung war so tiefgreifend, daß sie nur im Verlauf mehrerer Jahre durchgesetzt und erst unter den Bedingungen des sozialistischen Aufbaus vollendet werden konnte.

Der Zweijahrplan gab der Bevölkerung neue Hoffnung. Von allen fortschrittlichen Menschen, die fest entschlossen waren, sich nicht vom Wege des demokratischen Neuaufbaus abdrängen zu lassen, wurde er begrüßt. Hingegen stieß er bei jenen Kräften auf erbitterten Widerstand, die geglaubt hatten, mit der Verschärfung der internationalen Lage und der Verwirklichung des Marshall-Planes sei auch für Ostdeutschland die Zeit zur Wiederherstellung der alten imperialistischen Verhältnisse gekommen. Diese Kräfte hatten noch immer in den bürgerlich-demokratischen Parteien spürbaren Einfluß bis hinein in die Führungsorgane.

Während die demokratischen Vertreter in den Blockparteien Zeit brauchten, um sich in den neuen Problemen zurechtzufinden, benutzten reaktionäre Politiker die Situation zu dem Versuch, CDU und LDPD auf eine gegen die Interessen des Volkes gerichtete Linie festzulegen. Sie erkannten, daß die Erfüllung des Zweijahrplans die Positionen der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte stärken und die Wiederherstellung der alten Macht- und Besitzverhältnisse noch aussichtsloser werden lassen mußte. Deshalb versuchten sie, die Durchführung dieses Plans zu verhindern.

In der Führung der CDU traten Verfechter des Kapitalismus mit einem Wirtschafts- und Sozialprogramm auf, das als Gegenprogramm zum Zweijahrplan gedacht war. Sie wandten sich gegen den „klassenkämpferischen" Charakter des Zweijahrplanes, gegen seine „einseitige Blickrichtung", die alle Probleme „ausschließlich vom Standpunkt des Industriearbeiters" betrachte, und gegen die „Anmaßung" der SED, ihren Plan als den Plan des Volkes auszugeben.

Reaktionäre Vertreter in der LDPD lehnten die von der SED vorgeschlagene beschleunigte Entwicklung der Schwerindustrie ab. Statt dessen forderten sie den rascheren Aufbau der Leichtindustrie. Sie gaben vor, auf diese Weise die Bedürfnisse der Bevölkerung besser

befriedigen zu können. In Wirklichkeit ging es ihnen aber um die Stärkung des privatkapitalistischen Sektors, der in der Leichtindustrie noch vorherrschend war. Derartige Vorschläge boten keine Grundlage für eine gesunde, krisenfreie Entwicklung, denn diese hing vor allem vom raschen Wachstum der Erzeugung von Produktionsmitteln ab. Hätte die Arbeiterklasse solchen Forderungen nachgegeben, wäre die sowjetische Besatzungszone unvermeidlich in die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von den Marshall-Plan-Ländern geraten.

Letztlich ging es bei diesen Auseinandersetzungen um die Frage, ob sich die sowjetische Besatzungszone der erpresserischen imperialistischen Politik unterwerfen oder den Kampf für die einheitliche, demokratische deutsche Republik fortführen solle. Wollten die Werktätigen der sowjetischen Besatzungszone ihre großen nationalen Ziele weiterverfolgen und die Patrioten in den Westzonen wirksam unterstützen, mußte ihre Ordnung lebensfähig sein, mußte sie auf einer gesicherten wirtschaftlichen Grundlage beruhen. Hinter diesem großen nationalen Erfordernis mußten klassenmäßige Sonderinteressen bestimmter kapitalistischer Kreise zurücktreten.

Die Partei der Arbeiterklasse mobilisierte deshalb alle Kräfte zur Abwehr reaktionärer Vorstöße. Sie entwickelte ihre Bündnispolitik weiter. Sie löste die Frage, wie der kapitalistische Sektor und der Sektor der kleinen Warenwirtschaft in den demokratischen Wirtschaftsaufbau einbezogen werden können. Sie wies Wege, die auch den ökonomischen Interessen der Bauern und Handwerker, der mittleren und kleineren Unternehmer entsprachen.

Diese demokratische Wirtschaftspolitik ging von der Erkenntnis aus, daß für eine längere Zeitspanne gesellschaftliches und privates Eigentum an Produktionsmitteln nebeneinanderbestehen werden. Es war weder zweckmäßig noch notwendig, Kurs auf eine rasche Beseitigung des kapitalistischen Sektors und des Sektors der einfachen Warenproduktion zu nehmen. Die SED stellte sich auf den ökonomischen Wettbewerb zwischen den verschiedenen Wirtschaftsformen ein. Die volkseigene Wirtschaft mußte dank ihrer höheren Arbeitsproduktivität den Sieg davontragen. Die Rekonstruktion der vorhandenen volkseigenen Betriebe, die planmäßige Akkumulation und Investition – das war der Weg, um ein Übergewicht der volkseigenen Wirtschaft zu sichern.

Die vorrangige Entwicklung der volkseigenen Industrie schloß ein absolutes Wachstum der Produktion des kapitalistischen Sektors und

des Sektors der kleinen Warenwirtschaft nicht aus. Angesichts des riesigen Nachholebedarfs an Rohstoffen und Halbfabrikaten, Maschinen, Werkzeugen und Gebrauchsgütern mußten alle Produktionskapazitäten den Zielen des Zweijahrplans nutzbar gemacht werden. Die SED schlug deshalb vor, die private Wirtschaft mittelbar in die Wirtschaftsplanung einzubeziehen. Das geschah mit Hilfe eines Vertragssystems, das gesetzlich geregelte Kooperationsbeziehungen zwischen volkseigenen Betrieben und Privatunternehmern herstellte. Die privaten Betriebe genossen dadurch den Vorteil regelmäßiger Auftragserteilung und eines gesicherten Absatzes ihrer Erzeugnisse. Gleichzeitig wurde jene Produktion eingedämmt, die die volkswirtschaftlichen Erfordernisse mißachtete und allein vom Profitinteresse diktiert war. Die demokratische Wirtschaftspolitik stärkte das Vertrauen der kleinen und mittleren Unternehmer zur antifaschistisch-demokratischen Ordnung.

Auf dem Lande entwickelten sich durch den Aufbau der Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) und der Volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe (VEAB) engere, der Steigerung der Produktion dienende ökonomische Beziehungen des volkseigenen Sektors zu den Bauern. Klassenbewußte Arbeiter gingen aufs Land und unterstützten vor allem als Leiter der MAS, Traktoristen und Mechaniker die Bauern in der praktischen Arbeit wie im politischen Kampf. Die Arbeit der Bauern wurde spürbar erleichtert, denn die MAS übernahmen zu sehr günstigen Preisen für die Bauern einen großen Teil der maschinellen Arbeit. Das System der Erfassung und des Aufkaufs interessierte die bäuerlichen Produzenten an der Steigerung ihres Marktaufkommens, indem die über das Abgabesoll hinaus gelieferten landwirtschaftlichen Produkte zu erhöhten Preisen aufgekauft wurden.

Auch der Intelligenz eröffnete der Wirtschaftsplan neue Möglichkeiten, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten in den Dienst des Volkes zu stellen. Die SED setzte sich mit aller Entschiedenheit für ein enges kameradschaftliches Zusammenwirken zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz bei der Lösung der großen volkswirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben ein. Sie sorgte dafür, daß die schöpferische Arbeit der Intellektuellen die ihr gebührende materielle und moralische Anerkennung fand.

Diese durch die SED angeregten Maßnahmen trugen wesentlich dazu bei, daß den Vorstößen unbelehrbarer reaktionärer Politiker der CDU und der LDPD der Boden entzogen wurde. Die demokratischen Kräfte in den bürgerlich-demokratischen Blockparteien führten den

Kampf gegen das Treiben dieser Reaktionäre, das in krassem Gegensatz zu ihrem eigenen Wollen stand. Zugleich suchten fortschrittliche Vertreter der Bauernschaft, des Handwerks, der Intelligenz nach einer anderen politischen Interessenvertretung.

Im Sommer 1948 bildeten sich zwei neue Parteien: die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) unter dem Vorsitz von Ernst Goldenbaum als Partei der werktätigen Bauernschaft und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) unter dem Vorsitz von Lothar Bolz, in der sich vorwiegend Angehörige des Mittelstandes, der Intelligenz und solche früheren Mitglieder der Nazipartei und ehemaligen Offiziere der Wehrmacht organisierten, die aus der Vergangenheit Lehren gezogen hatten. Für beide Parteien war charakteristisch, daß sie auf dem Boden der antifaschistisch-demokratischen Ordnung entstanden und sich besonders auf die mit der Arbeiterklasse verbundenen Kreise der Mittelschichten stützten. Im Unterschied zu CDU und LDPD, in denen sich erst im Laufe der Zeit die demokratischen Kräfte völlig durchsetzen konnten, schlugen die DBD und die NDPD von Anfang an einen entschieden demokratischen Weg an der Seite der Arbeiterklasse ein. Ihre Gründung schwächte den Einfluß der reaktionären Kreise der Bourgeoisie auf das Kleinbürgertum und erleichterte den Kampf für den festen Zusammenschluß dieser Schichten um die Arbeiterklasse.

Dank der prinzipienfesten und gleichzeitig elastischen Politik der SED war es möglich, gemeinsam mit den fortschrittlichen Kräften in den bürgerlich-demokratischen Blockparteien die reaktionären Politiker in der CDU und der LDPD in wachsendem Maße zu isolieren. Am 5. August 1948 trat nach fast halbjähriger Unterbrechung der zentrale Blockausschuß wieder zusammen und faßte einen wichtigen Beschluß über die weitere gemeinsame Arbeit.[203] In ihm wurde betont, daß die bei der Gründung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien am 14. Juli 1945 gestellten Aufgaben weiterhin gültig waren, daß sich der Aufgabenkreis des Blocks jedoch erweitert hatte. Die Blockpolitik mußte nun die planmäßige Aufbauarbeit einschließen. Die Blockausschüsse übernahmen auf allen Ebenen die gemeinsame Verantwortung für den wirtschaftlichen Aufbau und die Festigung der Demokratie. Der Block wurde durch die Aufnahme der neugebildeten Parteien und nach und nach auch der demokratischen Massenorganisationen erweitert.

[203] Dokument Nr. 52.

Die Festigung des Blocks zerstörte alle Spekulationen der Gegner der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und schuf die Grundlagen für einen dauerhaften Zusammenschluß aller demokratischen Parteien und Massenorganisationen.

2. Der Kampf um die Durchsetzung des Leninismus und die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus

Immer, wenn vor die Arbeiterklasse neue, größere Aufgaben treten, muß als erstes die Arbeit ihrer Partei auf eine höhere Stufe gehoben werden. Die Verschärfung des nationalen Kampfes, die Festigung der Hegemonie der Arbeiterklasse, das Ringen um die Erfüllung des Zweijahrplans, also die objektiven Erfordernisse des Klassenkampfes, setzten neue Maßstäbe für die Parteiarbeit.

Die im Jahre 1948 stark hervortretenden Widersprüche hatten den Klassenkampf verschärft. Die beiden Grundlinien der Politik – der imperialistische Spaltungskurs und das Ringen um die einheitliche demokratische deutsche Republik – prallten mit äußerster Härte aufeinander. Alle Maßnahmen der imperialistischen Westmächte und der westdeutschen Großbourgeoisie zielten darauf ab, die SED von den Massen zu isolieren und die revolutionären Errungenschaften rückgängig zu machen. In der sowjetischen Besatzungszone sicherte der noch verhältnismäßig starke kapitalistische Sektor reaktionären Kräften erheblichen Einfluß auf die Volkswirtschaft. Antikommunistische Vorurteile erwiesen sich unter der Bevölkerung als sehr zählebig. Das Verständnis der Massen für die Schwierigkeiten des nationalen Kampfes und der allseitigen Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung reifte nur langsam.

In der antifaschistisch-demokratischen Ordnung nahm der Klassenkampf neue Formen an. Die Gegner der neuen Ordnung verzichteten auf den Frontalangriff, stellten sich scheinbar auf deren Boden und versuchten, sie von innen her zu zersetzen. In der ökonomischen Sphäre leisteten sie offen und versteckt Widerstand gegen die von der SED eingeleitete demokratische Wirtschaftspolitik. Fälle von Wirtschaftssabotage häuften sich. Illegale Unternehmerzusammenschlüsse versuchten mit großangelegten, juristisch getarnten Warenverschiebungen die Wirtschaftspläne zu durchkreuzen. Bestechliche Angestellte des Staats-

und Wirtschaftsapparates unterstützten diese verbrecherische Tätigkeit. Reaktionäre großbäuerliche Kreise strebten – teilweise nicht ohne Erfolg – danach, die Verwaltungen der Gemeinden und die Leitungen der VdgB in ihre Hand zu bekommen.

Teile der Bevölkerung erlagen den Auswirkungen der von den Westzonen und von Westberlin in die sowjetische Besatzungszone einströmenden Hetze gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder. Von den Imperialisten wurde die Frage der deutschen Ostgrenzen hochgespielt. Nachdem in Polen die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten über die Reaktion gesiegt und sich die Hoffnungen der Westmächte auf das Entstehen eines kapitalistischen, antisowjetischen polnischen Staates zerschlagen hatten, versuchten sie, zwischen dem neuen Polen und dem demokratischen Deutschland Zwietracht zu stiften. Sie stellten die von ihnen selbst mit herbeigeführte Grenzziehung in Frage und nährten revanchistische Stimmungen. Mit den imperialistischen Westmächten im Rücken traten reaktionäre Kräfte in der CDU und der LDPD offen gegen die Oder-Neiße-Grenze auf. Der Gegner säte Mißtrauen, wo er nur konnte, weckte Zweifel an der Richtigkeit des von der SED und ihren Verbündeten eingeschlagenen Weges des Aufstiegs aus eigener Kraft. Besonders die Aktivisten – die Bahnbrecher des Neuen – waren seinen Schmähungen ausgesetzt.

Die Arbeiterklasse hatte sich zur bestimmenden Kraft der Gesellschaft erhoben und übte ihre Hegemonie erfolgreich aus. Doch der Aufstieg der neuen Klasse war unvermeidlich verbunden mit dem Einströmen klassenfremder, teilweise sogar klassenfeindlicher Elemente in die Belegschaften der Betriebe. Zehntausende Kleinbürger, viele mit dem Arbeiterleben wenig verwachsene Umsiedler und heimkehrende Kriegsgefangene stießen zur Arbeiterklasse. In der sowjetischen Besatzungszone waren etwa 520 000 ehemalige Mitglieder der NSDAP aus ihren Ämtern entfernt worden. Viele von ihnen wurden Arbeiter und trugen die ihnen noch anhaftenden alten Auffassungen in die Fabriken. Gleichzeitig übernahmen Tausende der besten Funktionäre aus den Betrieben leitende Tätigkeit in Staat und Wirtschaft. Dieser Umschichtungsprozeß in der Arbeiterklasse wirkte auch auf die SED zurück. Nicht überwundenes opportunistisches Denken und das rasche zahlenmäßige Wachstum der Partei führten dazu, daß es hinsichtlich der ideologischen Klarheit und politischen Festigkeit häufig keinen Unterschied gab zwischen den Parteimitgliedern und der Klasse im allgemeinen. Den Schwankungen, denen die Bevölkerung ausgesetzt

war, erlagen auch Teile der Parteimitgliedschaft. Auch in der SED gab es falsche Auffassungen, Passivität, ja, sogar gegnerische Agenturen. Der Parteivorstand mußte feststellen, daß die auf dem II. Parteitag gefaßten Beschlüsse, die die Weiterentwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus zum Ziele hatten, nicht mit der notwendigen Energie verwirklicht wurden.

So sah sich die SED vor die Aufgabe gestellt, ihre Kampfkraft zu erhöhen. Im Jahre 1946 hatten sich in der sowjetischen Besatzungszone die beiden Ströme der deutschen Arbeiterbewegung auf der Grundlage eines marxistischen Programms vereinigt. Von den damaligen Umständen diktiert, war die Vereinigung im Sturmschritt vollzogen worden, als Ergebnis einer gewaltigen Kraftanstrengung aller klassenbewußten Arbeiter. Sie hatten aus den bitteren Erfahrungen der faschistischen Diktatur die Lehre gezogen, daß die Arbeiterklasse nur siegen kann, wenn sie einig ist. Schon zum Zeitpunkt der Gründung der SED war klar, daß das große Werk der Vereinigung erst dann vollendet war, wenn in der Einheitspartei die ehemaligen Sozialdemokraten und Kommunisten und die vielen neuen Mitglieder zu einer Einheit des Willens und des Handelns verschmolzen, wenn die SED zu einer Partei wurde, die auf der Höhe der marxistisch-leninistischen Wissenschaft stand und nach den Prinzipien einer Partei neuen Typus handelte.

Die Notwendigkeit, Parteien neuen Typus zu schaffen, hatte W. I. Lenin bereits an der Schwelle der imperialistischen Epoche nachgewiesen. Die Erfahrungen der KPdSU(B) hatten seine Schlußfolgerungen bestätigt. Die KPdSU(B), die als erste Partei der Welt die Massen zum Sturz des Imperialismus und zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft geführt hatte, war zum Vorbild aller revolutionären Parteien geworden. Sie mußte auch zum anerkannten Vorbild aller Mitglieder der SED werden.

Die SED zu einer Partei von Leninschem Geiste zu machen, das war die zentrale Aufgabe. Die Partei mußte sich nicht nur als führende Kraft der Volksmassen in der demokratischen Umwälzung bewähren, sie hatte sich auch auf ihre Aufgabe als Vortrupp der Arbeiterklasse und aller Werktätigen beim Übergang zur sozialistischen Revolution vorzubereiten.

In der zugespitzten Situation des Jahres 1948 war die Frage gestellt: Entweder entwickelt sich die SED zu einer Partei neuen Typus, oder sie wird den komplizierten Bedingungen des Klassenkampfes nicht

gewachsen sein. Ein Zurückbleiben der Partei hätte die führende Rolle der Arbeiterklasse aufs Spiel gesetzt und sogar die Gefahr eines Auseinanderfallens der Einheitspartei heraufbeschworen.

Um eine Partei neuen Typus zu werden, mußte sich die SED in ihrer Gesamtheit den Marxismus-Leninismus zu eigen machen. Die Aneignung und Bereicherung der wissenschaftlichen Theorie erfolgte im Kampf um die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung und die nationale Einheit Deutschlands. In der Auseinandersetzung mit Faschismus und Militarismus, mit Monopolkapital und Junkertum lernten die Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die marxistisch-leninistische Theorie anzuwenden. Nur in schöpferischer Auswertung der Lehren von Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin konnten die brennenden Fragen, die durch die tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung aufgeworfen wurden, beantwortet werden. Die kollektive Führung der SED legte die Wege zur Beseitigung des Monopolkapitals und zum Aufbau einer leistungsfähigen volkseigenen Wirtschaft fest, zur demokratischen Umgestaltung der Landwirtschaft, zur Festigung der Staatsmacht, zur demokratischen Erneuerung der deutschen Kultur, zur Verteidigung der demokratischen Einheit der Nation gegen die imperialistischen Spaltungspläne. Die Mitglieder der vereinten Partei der deutschen Arbeiterklasse begannen, sich auf der Grundlage des historischen Materialismus einen wissenschaftlichen Standpunkt zu den geschichtlichen Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung, zu ihren Erfolgen und Niederlagen, zur Rolle ihrer verschiedenen Strömungen und Organisationen zu erarbeiten.

Die Entwicklung zur Partei neuen Typus stellte die SED vor weitere Aufgaben. Allen Parteimitgliedern mußte geholfen werden, ein klassenmäßiges Verhältnis zur Sowjetunion zu finden und die führende Rolle der KPdSU(B) in der internationalen Arbeiterbewegung zu erkennen. Es galt, das politisch-ideologische und organisatorische Leben der Partei in allen ihren Einheiten auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus zu entwickeln. Viele Genossen verstanden noch nicht, daß unter den neuen Bedingungen klassenbewußtes Handeln bedeutete: Wachsamkeit, Kampf für die Erfüllung der Wirtschaftspläne, vorbildliche und disziplinierte Arbeit in den volkseigenen Betrieben, enges Zusammenwirken mit allen nationalgesinnten Kräften, lernen und nochmals lernen. Im Interesse der großen Ziele mußte Schluß gemacht werden mit dem versöhnlerischen Dulden falscher Auffassungen, dem Zurückweichen vor den Ausfällen der Feinde der neuen

Ordnung. Kritik und Selbstkritik mußte zum ständigen Prinzip der Parteiarbeit werden.

Die Parteiführung erklärte die Verbesserung der politisch-ideologischen Schulung und die Stärkung der Parteiorganisationen zur wichtigsten Aufgabe der Partei. Mit diesen Fragen beschäftigte sich der Parteivorstand ausführlich auf seiner 11. (25.), 12. (26.) und 13. (27.) Tagung im Juni, Juli beziehungsweise September 1948. Diese Tagungen faßten wichtige Beschlüsse, um die führende Rolle der Partei „im gesamten staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben"[204] zu verwirklichen.

Große Bedeutung für die politisch-ideologische Festigung der SED kam dem von der 13. (27.) Tagung gefaßten Beschluß „Die Novemberrevolution und die Lehren für die deutsche Arbeiterbewegung" zu. Die Novemberrevolution und die Klassenkämpfe der folgenden Jahrzehnte auswertend, erläuterte die Führung der SED das Wesen des Imperialismus und die Rolle der Partei neuen Typus. Der Beschluß faßte die Erfahrungen zusammen, die von der deutschen Arbeiterklasse im Kampf um die Macht und die Herausarbeitung einer richtigen Bündnispolitik in der Vergangenheit gesammelt worden waren. Er wies nach, daß in Ostdeutschland nach 1945 der richtige Weg beschritten worden war, und kritisierte jene Führer der SPD, die ihre Fehler von 1918 und 1933 wiederholten. Anhand der Lehren der Novemberrevolution wurde die nationale Verantwortung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Ostdeutschland und die historische Mission der Arbeiterklasse demonstriert.

Mit seiner kritischen Wertung der Vergangenheit griff der Beschluß Fragen auf, die bei der Vereinigung von KPD und SPD nicht hatten zu Ende diskutiert werden können, jetzt aber nach einer Klärung drängten. Im Kampf um die Errichtung der Grundlagen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung hatten die theoretischen und politischen Probleme des Kampfes um die Herrschaft der Arbeiterklasse, die Lehre von der Diktatur des Proletariats und vom Aufbau des Sozialismus noch nicht jene brennende Aktualität besessen. Deshalb war es möglich gewesen, die Klärung solcher Fragen zurückzustellen. In der neuen Phase der Entwicklung brauchte die Partei jedoch restlose Klarheit über die Rolle des Leninismus, die Erfahrungen der KPdSU(B), den proletarischen Internationalismus, die Partei neuen Typus und ihre Organisationsprinzipien.

[204] Dokumente der SED, Bd. II, S. 83.

Der Parteivorstand der SED setzte sich deshalb mit der in den Reihen der Partei verbreiteten Theorie „vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus" auseinander. Wilhelm Pieck hatte schon am 21. Juli 1947 zu dieser Frage vor Funktionären der Partei erklärt: „Wir haben ... das große Beispiel der Sowjetunion, wenn wir auch nicht das, was dort durchgeführt wurde, schematisch auf unsere deutschen Verhältnisse übertragen wollen. Darüber besteht volle Klarheit, daß wir unseren eigenen Weg gehen müssen. Das ist kein besonderer deutscher Weg – es wäre falsch, ihn so zu bezeichnen ... Wir gehen einen besonderen demokratischen Weg, wie wir ihn in den Grundsätzen und Zielen dargelegt haben."[205]

In den Grundsätzen und Zielen der SED war von der Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung der Revolution, ohne Bürgerkrieg, gesprochen worden, entsprechend der besonderen „Lage in Deutschland, die mit der Zerbrechung des reaktionären staatlichen Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage entstanden ist"[206]. Diese Zielsetzung, die politische Herrschaft der Arbeiterklasse durch die volle Entfaltung des demokratischen Kampfes der Werktätigen und die ständige Festigung der Hegemonie der Arbeiterklasse zu errichten, war in der Zeit der Vereinigung auch als „besonderer deutscher Weg zum Sozialismus" bezeichnet worden. Diese Bezeichnung war unexakt, denn es handelte sich dabei keineswegs um einen besonderen deutschen Weg, sondern um die Anwendung der Leninschen Revolutionstheorie auf die konkreten Verhältnisse in Deutschland, vor allem um das Hinüberwachsen der demokratischen in die sozialistische Revolution unter der Hegemonie der Arbeiterklasse. Auch die Parteien der volksdemokratischen Länder Europas beantworteten die Frage nach dem Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus gemäß ihren spezifischen nationalen Gegebenheiten auf ähnliche Weise.

Später benutzten aber Revisionisten die Formulierung „besonderer deutscher Weg zum Sozialismus" in einem der SED feindlichen Sinne. Auf diese Weise wollten sie der Partei ihre eigenen, antimarxistischen Auffassungen unterschieben. Während die SED große Anstrengungen unternahm, um den Leninismus in ihren Reihen durchzusetzen, benutzten sie die Formulierung vom „besonderen deutschen Weg" zur Tar-

[205] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, NL 36/30–3.

[206] Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, S. 206.

nung der revisionistischen Versuche, die Partei vom revolutionären Weg abzudrängen. Mit Hilfe dieser Losung versuchten Leute wie Erich W. Gniffke und Ernst Thape die grundsätzlichen Erfahrungen der KPdSU(B) zu leugnen. Ihrer Konzeption zu folgen hätte bedeutet, zur formalen bürgerlichen Demokratie zurückzukehren und der Arbeiterklasse das Recht auf die Errichtung ihrer politischen Herrschaft abzusprechen und sie erneut der Bourgeoisie zu unterwerfen. Hinter der Theorie vom „besonderen deutschen Weg" versteckten Parteifeinde ihren Antikommunismus. Sie rechtfertigten das ideologische Zurückbleiben und das Zurückweichen vor antisowjetischen Stimmungen. Erich W. Gniffke ging so weit, die Verlagerung des „geistigen Schwerpunktes der marxistischen Weltbewegung von Moskau nach Berlin"[207] zu fordern.

In seinem Beschluß über die Lehren der Novemberrevolution stellte der Parteivorstand der SED klar, daß der in der sowjetischen Besatzungszone beschrittene Weg „kein besonderer deutscher Weg zum Sozialismus" ist, „der ein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus möglich machen könnte ... Unser Weg zum Sozialismus ist ein revolutionärer Weg, der die Möglichkeit erschließt, über die Vollendung der demokratischen Erneuerung hinauszugehen und die politische Herrschaft der Arbeiterklasse als Voraussetzung für den Sozialismus zu errichten."[208] Zu diesem Weg hatte sich die SED auf ihrem Gründungsparteitag in den Grundsätzen und Zielen bekannt.

Mit dem Beschluß über die Lehren der Novemberrevolution begründete der Parteivorstand der SED die Notwendigkeit der Partei neuen Typus mit den Erfahrungen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Er widerlegte damit die Verleumdung, daß die Entwicklung zu einer Partei von neuem Typus eine „schematische Kopie des russischen Musters" sei. Auch in der Gestaltung des innerparteilichen Lebens beachtete die SED die Besonderheiten der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung, ihre Traditionen und Erfahrungen.

In der ideologischen Offensive der SED nahm die Arbeit von Otto Grotewohl „Dreißig Jahre später", die auf seinem auf der 12. (26.) Tagung des Parteivorstandes gehaltenen Referat fußte, einen wichtigen Platz ein. In ihr zog Otto Grotewohl den wissenschaftlichen Ver-

[207] Protokoll der Ersten Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 25. bis 28. Januar 1949 im Hause der Deutschen Wirtschaftskommission zu Berlin, Berlin 1949, S. 372.

[208] Dokumente der SED, Bd. II, S. 122.

gleich zwischen den verhängnisvollen Ergebnissen sozialdemokratischer Politik und den Erfolgen der Werktätigen der Sowjetunion unter Führung der KPdSU(B). Sein Buch erbrachte den schlüssigen Beweis: Niemand kann Marxist sein, ohne sich die Lehre W. I. Lenins zu eigen zu machen; niemand kann Sozialist und proletarischer Internationalist sein, ohne die Rolle der Sowjetunion im Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus, ohne die führende Rolle der KPdSU(B) in der internationalen Arbeiterbewegung zu bejahen. Otto Grotewohl erwarb sich ein großes Verdienst, indem er als ehemaliger Vorsitzender der SPD diese notwendige Abrechnung mit den Fehlern der Sozialdemokratie vornahm. Er half damit vielen Parteimitgliedern, den endgültigen Bruch mit allen reformistischen Auffassungen zu vollziehen.

Auf der Grundlage der Beschlüsse der SED über die Verbesserung der Parteischulung und der ideologischen Arbeit überhaupt wurden viele Mitglieder der SED in die Lehre des Marxismus-Leninismus eingeführt. Am Beispiel des heroischen Weges der bolschewistischen Partei studierten sie die grundlegenden Erfahrungen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und die Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus. Das Parteischulsystem entwickelte sich rasch. In den Großbetrieben wurden Betriebsparteischulen eingerichtet, die Lehrgänge an den Kreis- und Landesparteischulen sowie an der Parteihochschule „Karl Marx" wurden verlängert, um eine gründlichere Ausbildung zu ermöglichen. Die Parteipresse schenkte der Propagierung der marxistisch-leninistischen Theorie erhöhte Aufmerksamkeit. Vor allem die Arbeiterfunktionäre begannen sich in einem Maße mit der marxistisch-leninistischen Theorie zu beschäftigen wie nie zuvor in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Im Interesse ihrer politisch-organisatorischen Festigung konzentrierte sich die SED besonders auf die Stärkung der Betriebsgruppen. Ihnen erwuchs die Aufgabe, unmittelbar an der Verwirklichung der Produktionspläne mitzuwirken. Von ihnen hing die klassenmäßige Erziehung der Belegschaften in allererster Linie ab.

Bei der Aufnahme neuer Mitglieder wurden strengere Maßstäbe angelegt. Die Aktivistenbewegung, in der das richtige Verständnis für die neuen Aufgaben der Arbeiterklasse am klarsten zum Ausdruck kam, wurde zur Hauptquelle für die Werbung neuer Mitglieder. Die Festigung der SED erforderte auch, daß sie ihre Reihen von jenen Elementen säuberte, die, getarnt mit dem Mitgliedsbuch der SED, die Ge-

schäfte des Ostbüros der SPD betrieben. Diese Elemente versuchten, die reformistische Richtung der Arbeiterbewegung neu zu beleben und die SED zu spalten. Sie bedienten sich dabei antibolschewistischer Argumente. Für Sowjetfeinde war jedoch in der SED kein Platz. Agenten des Ostbüros der SPD wurden aus der SED ausgeschlossen, soweit sie es nicht vorgezogen hatten, die Partei selbst zu verlassen.

Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus war damit verbunden, daß sie ihre Beziehungen zur internationalen Arbeiterbewegung festigte. Die vereinigte Partei der deutschen Arbeiterklasse konnte keine Stellung *zwischen* den reformistischen und den revolutionären Arbeiterparteien einnehmen. Ihrem Charakter als marxistische Partei entsprechend, konnte ihr Platz nur an der Seite der kommunistischen und Arbeiterparteien sein.

Nachdem bereits der II. Parteitag zur Festigung der internationalen Beziehungen der SED beigetragen und besonders die Anwesenheit einer Delegation der KPdSU(B) unter der Leitung von M. A. Suslow das Vertrauen der Bruderparteien zur deutschen Arbeiterbewegung zum Ausdruck gebracht hatte, führten 1948 Mitglieder des Parteivorstandes Reisen durch, die die Verbindungen zu den Bruderparteien erweiterten. Im März 1948 nahmen Max Fechner und Otto Grotewohl am Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Ungarns teil, der wichtige Beschlüsse zur Vorbereitung der Vereinigung mit den Kommunisten faßte. Im Juni 1948 besuchten die Parteivorsitzenden Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck die Volksrepublik Bulgarien, die Republik Österreich, die Rumänische Volksrepublik, die Tschechoslowakische Republik und die Ungarische Volksrepublik. Eine von Walter Ulbricht geleitete Delegation, der Bruno Leuschner, Josef Orlopp und Willi Stoph angehörten, weilte im Oktober 1948 in der Volksrepublik Polen und traf wirtschaftliche Vereinbarungen.

In diese Zeit fielen aber auch Ereignisse, die die Beziehungen zwischen den Bruderparteien belasteten. Es zeigte sich, daß die Führung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens in verschiedenen prinzipiellen Fragen eine Haltung einnahm, die den marxistisch-leninistischen Auffassungen nicht entsprach. Zwischen der jugoslawischen Partei und den anderen kommunistischen und Arbeiterparteien gab es grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei und die Rolle der Staatsmacht. Daneben wurden echte Probleme der Übergangsperiode aufgeworfen, die der Diskussion in der internationalen Arbeiterbewegung bedurften.

Ende Juni 1948 nahm das Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien zu dieser Frage Stellung und faßte einen Beschluß über die Lage in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens. Diese Entschließung billigten nicht nur die Mitglieder des Informationsbüros, sondern alle marxistisch-leninistischen Parteien. Die Methode der Behandlung dieser Frage war jedoch falsch.

In der Folgezeit nahm unter dem Einfluß J. W. Stalins die Auseinandersetzung mit der Kommunistischen Partei Jugoslawiens sehr scharfe Formen an. Sie blieb nicht auf die Kritik an der Politik der Führung der KP Jugoslawiens beschränkt, sondern führte auch zur Störung der normalen staatlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien. Durch L. P. Berija und seine Komplizen wurden unbegründete Anschuldigungen gegen die Führer der jugoslawischen Partei erhoben. Dieses falsche Vorgehen hatte insofern Rückwirkungen auf die internationale Arbeiterbewegung, als eine Atmosphäre der Unduldsamkeit und des Mißtrauens erzeugt wurde, die das gebotene Maß der Wachsamkeit überschritt. Sie behinderte die weitere theoretische Klärung und die schöpferische Anwendung der Leninschen Lehre von der sozialistischen Revolution in den volksdemokratischen Ländern entsprechend den spezifischen nationalen Bedingungen.

Ungeachtet aller Schwierigkeiten, machte die Entwicklung der SED zu einer Partei Leninscher Prägung gute Fortschritte. Die führenden Organe hielten an ihren bewährten Methoden der kollektiven Leitung fest und legten regelmäßig Rechenschaft über ihre Tätigkeit ab. Die 1948 eingeleiteten Maßnahmen stärkten die Kampfkraft der SED, eine Wende in ihrer Arbeit zeichnete sich ab.

3. Die politische und ökonomische Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung beim Übergang zur langfristigen Wirtschaftsplanung

Zehntausende Antifaschisten hatten 1945 in den demokratischen Selbstverwaltungsorganen die Arbeit aufgenommen. Sie hatten rastlos gearbeitet. Unter ihrer Leitung waren die großen demokratischen Umwälzungen vollzogen worden. Die enge Zusammenarbeit mit erfahrenen Vertretern der sowjetischen Besatzungsmacht war für sie zur gro-

ßen Schule des staatlichen und wirtschaftlichen Aufbaus geworden. Nun standen sie vor größeren Aufgaben. Die sowjetischen Besatzungsorgane übertrugen ihnen immer mehr Vollmachten, der Übergang zur langfristigen Planung erforderte eine neue Qualität ihrer Arbeit.

Die planmäßige erweiterte Reproduktion im volkseigenen Sektor verlangte eine einheitliche Leitung der Volkswirtschaft unter Ausnutzung der neuen ökonomischen Gesetze, die in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zu wirken begannen. Die Erfordernisse der Wirtschaftsplanung gerieten mit der noch stark dezentralisierten staatlichen Verwaltung in Widerspruch. Obwohl bereits deutsche Zentralverwaltungen für die sowjetische Besatzungszone bestanden und schon im Juni 1947 die Deutsche Wirtschaftskommission gebildet worden war, lagen bis zum Beginn der langfristigen Wirtschaftsplanung die staatlichen Entscheidungen – soweit sie nicht in die Kompetenzen der Besatzungsmacht fielen – in den Händen der Länderparlamente oder Länderregierungen. Unvermeidlich wurden so Tendenzen des Länderpartikularismus gefördert.

Im Februar 1948 stattete die SMAD die Deutsche Wirtschaftskommission mit weitgehenden Vollmachten aus. Die DWK übernahm als zentrales Organ die gesetzgeberische und administrative Verantwortung für den wirtschaftlichen Aufbau in der gesamten sowjetischen Besatzungszone. Neben der DWK bestanden drei deutsche Zentralverwaltungen, und zwar die Zentralverwaltungen für Inneres, geleitet von Kurt Fischer, für Volksbildung, geleitet von Paul Wandel, und für Justiz, deren Leitung Max Fechner übernahm. Die DWK wurde personell erweitert und setzte sich nunmehr aus gewählten Vertretern der Länder, aus Vertretern der demokratischen Parteien und Massenorganisationen und den Präsidenten der Hauptverwaltungen für die sowjetische Besatzungszone zusammen. Zum ständigen Vorsitzenden der DWK wurde Heinrich Rau gewählt. Stellvertretende Vorsitzende wurden für Planung Bruno Leuschner (SED), für Finanz- und Bankwesen Hermann Kastner (LDPD), für Industrie Fritz Selbmann (SED), für Landwirtschaft, Arbeit, Umsiedler und Verbindungswesen Luitpold Steidle (CDU).

Mit Heinrich Rau trat ein in vielen Kämpfen erprobter Arbeiterfunktionär an die Spitze der Deutschen Wirtschaftskommission. Von Beruf Metallarbeiter, hatte der 1899 in Stuttgart geborene Bauernsohn seine ersten politischen Erfahrungen schon als Lehrling in der Sozialistischen Arbeiterjugend und in der Gewerkschaft gesammelt.

Er hatte zu den Gründern der KPD in Stuttgart gehört und aktiv an der Novemberrevolution und den revolutionären Kämpfen der Jahre 1919 bis 1923 teilgenommen. In der Zeit der Weimarer Republik war Heinrich Rau auf dem Gebiet der Bauernpolitik tätig gewesen, als Mitarbeiter und späterer Leiter der Abteilung Landwirtschaft und als Sekretär des Zentralkomitees der KPD, als Vertreter in internationalen Organisationen der werktätigen Bauern und als Redakteur agrarpolitischer Zeitungen. 1928 bis 1933 war er Mitglied des Preußischen Landtages. Er hatte sich für die Verbesserung der Lage der Landarbeiter und armen Bauern eingesetzt. 1933 war er von den Faschisten verhaftet und zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Nach seiner Entlassung war er nach der Tschechoslowakei emigriert und später nach der Sowjetunion. 1937 hatte er sich nach Spanien begeben, um an der Seite des spanischen Volkes gegen die Faschisten zu kämpfen. Er war Kriegskommissar beziehungsweise Stabschef und später Brigadekommandeur der legendären XI. Internationalen Brigade geworden. Nach der Niederlage der spanischen Freiheitskämpfer hatte ihn sein Weg nach Frankreich geführt. 1939 verhaftet und wie viele Angehörige der Internationalen Brigaden in das Internierungslager Vernet d' Ariège eingeliefert, war Heinrich Rau 1942 der Gestapo in die Hände gefallen, die ihn in das Konzentrationslager Mauthausen überführte. Auch dort hatten die Faschisten seinen Kampfwillen nicht brechen können. Heinrich Rau organisierte mit seinen Kameraden Solidaritätsaktionen, die Tausenden Häftlingen das Leben retteten, und bereitete 1945 den Aufstand der Lagerinsassen mit vor. Nach der Befreiung hatte er zu den Aktivisten der ersten Stunde und zu den Vorkämpfern der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien gehört. Er hatte als Funktionär der KPD beziehungsweise der SED in der Provinz Brandenburg gewirkt. 1945 bis 1948 war er Vizepräsident der Provinzialverwaltung Brandenburg und Minister für Wirtschaftsplanung. Er hatte sich große Verdienste um die Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung erworben.

Unter der Leitung von Heinrich Rau erarbeitete die DWK auf der Grundlage der Beschlüsse der 11. (25.) Tagung des Parteivorstandes der SED den Wirtschaftsplan in allen seinen Teilen und sicherte seine Durchführung. Die DWK und die Regierungen der Länder übten in wachsendem Maße die wirtschaftlich-organisatorischen und kulturell-erzieherischen Funktionen der revolutionär-demokratischen Staatsmacht aus. Von der DWK ergingen wichtige Direktiven zur Entwick-

lung der Produktion, der Verteilung, der Volksbildung und Kultur. Die von der DWK erlassene Wirtschaftsstrafverordnung wurde zu einem wirksamen Instrument gegen Sabotageakte der Reaktion. Gestützt auf die umfangreichen Erfahrungen der bereits 1947 gebildeten Volkskontrollausschüsse, wurden nun auch staatliche Kontrollorgane gebildet. Sie überprüften die Einhaltung der Wirtschaftspläne und führten den Kampf gegen Korruption und Wirtschaftssabotage.

Den leitenden Staats- und Wirtschaftsfunktionären der SED erläuterte Walter Ulbricht im Juli 1948 auf einer Konferenz in Werder (Havel) die sich aus dem Zweijahrplan ergebenden neuen Aufgaben. In seiner Rede wandte Walter Ulbricht die marxistisch-leninistische Staatslehre auf die konkreten Bedingungen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung an. Er betonte, daß die SED an ihrer demokratischen Zielsetzung festhält und daß der Weg zum Sozialismus nur über die volle Entfaltung der Demokratie führen kann. Sich mit bürgerlichen Staatstheorien auseinandersetzend, wies er den Klassencharakter des Staates nach. Er forderte größeren Einfluß der demokratischen Kräfte, besonders der Arbeiterklasse, auf den Staatsapparat und engere Verbindung der Staatsorgane zu den Massen. Walter Ulbricht betonte, daß in der neuen Entwicklungsphase die Erfüllung der Wirtschaftspläne und die Erweiterung der Demokratie zur Hauptaufgabe der staatlichen Leitung geworden war. Deshalb rief er alle Mitarbeiter des Staatsapparates auf, entschieden gegen den Bürokratismus aufzutreten, eng mit den Werktätigen zusammenzuarbeiten und reaktionäre Vorstöße energisch zu unterbinden. Zur Sicherung der demokratischen Ordnung vor Anschlägen des Klassengegners forderte er eine bessere Bewaffnung und wirksamere Arbeit der Volkspolizei.

Angeregt durch die SED, begann sich die Volkskongreßbewegung mit den Problemen des Wirtschaftsplans zu beschäftigen. Am 2. Juli 1948 überreichte und erläuterte Walter Ulbricht auf der 3. Tagung des Deutschen Volksrates den Plan über den Wiederaufbau und die Entwicklung der Friedenswirtschaft 1948 und den Zweijahrplan 1949/1950. Wiederholt erstatteten Vertreter der DWK vor dem Wirtschaftsausschuß des Deutschen Volksrates Bericht über die ökonomische Entwicklung. Der Wirtschaftsausschuß rief am 20. August 1948 die Volksausschüsse in den Ländern und Kreisen auf, die Bevölkerung in die Durchführung des Plans einzubeziehen. Gleichzeitig wandte er sich in einem Aufruf an die Bauern und Bäuerinnen, in dem es hieß: „Gemeinsam mit den Arbeitern werdet ihr durch eure Arbeit ein neues

Deutschland aufbauen, das allen schaffenden Menschen ein besseres Leben sichert."[209]

In der engen Verbindung mit den Werktätigen lag die Kraft der neuen Ordnung, die sie mit tausend Schwierigkeiten fertigwerden ließ. „Farbenfabrik Wolfen meldet mit stolzer Genugtuung die vorzeitige Erfüllung des Jahresplanes 1948 am 4. Oktober 1948 um 24 Uhr mit 100,1 Prozent", hieß es in einem Telegramm an die Zeitung „Neues Deutschland". „Belegschaft und Werkleitung verpflichten sich, sich auch mit aller Kraft für die vorzeitige Erfüllung des Zweijahresplanes 1949/1950 zum Wohle des schaffenden Volkes einzusetzen."[210]

So wie in Wolfen wurde in der Mehrzahl der Betriebe der sowjetischen Besatzungszone um die Erfüllung der Planaufgaben gerungen. In wichtigen Produktionszweigen wurde der Plan übererfüllt, zum Beispiel in der Erzeugung von Elektroenergie, in der Kaligewinnung, in der Zementproduktion, in der Förderung von Steinkohle und Braunkohle. Ernste Probleme hatten die Werktätigen der Metallurgie zu meistern, die durch notwendige Reparaturarbeiten und technische Schwierigkeiten oft zurückgeworfen wurden. Das wiederum hatte Rückwirkungen auf den Maschinenbau, wo sich die Lage infolge des Materialmangels komplizierte. Dank der Importe aus der Volksrepublik Polen, aus der Tschechoslowakischen Republik und aus der UdSSR wurde auch hier ein ständiger Produktionsanstieg gesichert. In der chemischen Industrie, insbesondere in der für die Nachfolgeindustrien so wichtigen Schwefelsäureproduktion, mußte so mancher Engpaß überwunden werden, um eine kontinuierliche Produktion zu sichern.

Im Kampf um die Erfüllung des Halbjahrplans zeigte sich die große Bedeutung des im Oktober 1947 verkündeten Befehls Nr. 234. Als nach einem Jahre das Zentralorgan der SED „Neues Deutschland" Bilanz zog, konnte es feststellen, daß die mit diesem Plan gesteckten Ziele bereits in vielen Punkten überboten worden waren. Die Arbeitsproduktivität war merklich gestiegen, in der Maxhütte Unterwellenborn um 17 Prozent, im Mansfelder Kupferbergbau um 30 Prozent. Die Hauptverwaltung Metallurgie der DWK meldete Leistungssteigerungen der ihr unterstehenden Betriebe von 30 bis 200 Prozent. Eine Erhebung, die in 1093 Betrieben der sowjetischen Besatzungszone angestellt wurde, ergab, daß der monatliche Produktionswert pro Arbeiter von 533,50 RM am 1. Oktober 1947 auf 726,70 RM am

[209] Deutschlands Stimme (Berlin), 22. August 1948.

[210] Neues Deutschland (B) (Berlin), 10. Oktober 1948.

1. Juli 1948 gestiegen war. Das war in erster Linie der Einführung des Leistungslohns zu danken. Arbeiteten in diesen Betrieben am 1. Oktober 1947 23,7 Prozent der Arbeiter im Leistungslohn, so am 1. Juli 1948 bereits 51,9 Prozent.

Seit Verkündung des Befehls Nr. 234 waren 99 Betriebsberufsschulen, 19 Polikliniken und 794 Sanitätsstellen entstanden. Der Arbeitsschutz hatte sich erheblich verbessert. An 1,5 Millionen Werktätige, das heißt an ein Viertel aller Beschäftigten, wurde ein warmes Mittagessen ausgegeben. Für die bevorzugte Belieferung der Werktätigen der führenden Betriebe wurden unter anderem über 6,5 Millionen Meter Gewebe, 1 Million Stück Untertrikotagen, 2 Millionen Paar Schuhe, darunter 360 000 Paar Lederschuhe, bereitgestellt.

Am 13. Oktober 1948 – ein Jahr nach Verkündung des Aufbauplans 234 – fuhr der Bergmann Adolf Hennecke vom Karl-Liebknecht-Schacht in Oelsnitz eine bahnbrechende Sonderschicht. Adolf Hennecke, ein Bergmann mit zwanzigjähriger Berufserfahrung, ein klassenbewußter Arbeiter, der am 1. Januar 1946 Mitglied der SPD geworden war und begeistert die Vereinigung der Arbeiterparteien begrüßt hatte, zeichnete sich durch seine gleichbleibend gute Arbeit aus. Seine durchschnittliche Erfüllung der Tagesnorm lag bei 190 Prozent. Am 1. September 1948 war er als Arbeitsinstrukteur eingesetzt worden, damit er seine fortschrittlichen Arbeitsmethoden an andere Hauer vermittle. Gewohnt, jede Arbeit gründlich anzupacken, suchte Adolf Hennecke nach Wegen, um die Kohleproduktion spürbar zu steigern. Er erklärte später: „Im Laufe des Sommers 1948 gab es aber in der Leistung unseres Bergbaureviers eine Stagnation und teilweise sogar eine rückläufige Entwicklung ... Wir machten uns Sorge, es mußte etwas geschehen."[211] Adolf Hennecke sah den Ausweg in einer besseren Arbeitsvorbereitung, in einer genauen Beachtung und Nutzung der geologischen Gegebenheiten in den Kohleflözen, in rationellerem Arbeiten und wirkungsvollerem Einsatz der Technik.

Am 13. Oktober 1948 erfüllte Adolf Hennecke seine Norm mit 387 Prozent. Anstatt 6,3 cbm förderte er in einer Schicht 24,4 cbm Steinkohle. Nach seiner bahnbrechenden Leistung wandte er sich an alle Arbeiter, Angestellten und die technische Intelligenz der volkseigenen Betriebe mit einem Aufruf, in dem er sagte: „Unsere Menschen in den volkseigenen Betrieben müssen lernen, daß es ihr und des Volkes Eigentum ist, das sie verwalten, und daß das Ergebnis ihrer Ar-

[211] Adolf Hennecke: Aktivisten zeigen den Weg, Berlin 1948, S. 4.

beit ihnen und dem ganzen Volke zugute kommt . . . Sie müssen von der kapitalistischen Vorstellung hinwegkommen, daß der in der Produktion erzielte Mehrwert in die Taschen der Unternehmer fließt, und verstehen, daß in der volkseigenen Industrie nur die höhere Leistung dem ganzen Volke ein besseres Lebensniveau ermöglicht."[212]

Die Kunde von dieser aufsehenerregenden Leistung verbreitete sich mit Windeseile in der ganzen sowjetischen Besatzungszone. Die fortgeschrittensten Arbeiter waren von der beispielgebenden Tat begeistert. Die Mehrheit der Werktätigen begegnete ihr zunächst mit Unglauben. Von den Gegnern der neuen Ordnung wurde der Bergmann Adolf Hennecke angefeindet und mit übelsten Verleumdungen überschüttet.

Die revolutionäre Leistung Adolf Henneckes kann am besten mit den Worten gekennzeichnet werden, die W. I. Lenin in seiner Arbeit „Die große Initiative" schrieb: „Der Kommunismus beginnt dort, wo *einfache Arbeiter* in selbstloser Weise, harte Arbeit bewältigend, sich Sorgen machen um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, um den Schutz *eines jeden Puds Getreide, Kohle, Eisen* und anderer Produkte, die nicht den Arbeitenden persönlich . . . zugute kommen, sondern . . . der ganzen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit."[213] Diese edlen Motive bestimmten auch die Tat Adolf Henneckes.

Adolf Hennecke hob die Aktivistenbewegung auf eine neue Stufe. In ihren Beschlüssen und Aufrufen hatten die SED und der FDGB stets den engen Zusammenhang zwischen der Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung und dem Wiederaufbau der Wirtschaft hervorgehoben. Bereits in den ersten Jahren hatten die besten Vertreter der Arbeiterklasse zahllose Beweise selbstlosen Einsatzes erbracht. Diese Arbeitsleistungen galten aber zunächst weniger der kontinuierlichen Produktion als der Überwindung von Engpässen. In freiwilligen Arbeitseinsätzen wurden die Betriebe und Städte enttrümmert, wurde die Frühjahrsbestellung gesichert und die Ernte geborgen. Neubauernhöfe und soziale Einrichtungen wurden geschaffen. So aufopfernd diese Arbeit auch war, so führte sie doch noch nicht unmittelbar zur Lösung der Kernfrage, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. Sie revolutionierte noch nicht den Arbeitsprozeß durch neue Arbeitsmethoden.

Erst mit der Bildung des volkseigenen Sektors der Wirtschaft ent-

[212] Protokoll der Ersten Parteikonferenz, S. 185.

[213] W. I. Lenin: Werke, Bd. 29, Berlin 1963, S. 417.

standen objektive Bedingungen für eine neue Einstellung zur Arbeit in den Betrieben und für neue Beziehungen zwischen den Werktätigen. Mit dem Übergang zur langfristigen Wirtschaftsplanung wurde die Steigerung der Arbeitsproduktivität zur wichtigsten Aufgabe der Arbeiterklasse. Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung, Leistungsprinzip, Volkskontrolle bildeten nun die neuen Formen des Klassenkampfes der Arbeiter gegen die imperialistische Reaktion, gegen die Kriegstreiber und Spaltungspolitiker. In dieser Richtung begann sich bereits nach dem II. Parteitag der SED eine Wende abzuzeichnen.

Die Gewerkschaften unternahmen große Anstrengungen, um die Aktivistenbewegung zu fördern. Auf Konferenzen der Hennecke-Aktivisten[214] wurden die Erfahrungen der besten Arbeiter und Arbeitskollektive ausgewertet. Der Bundesvorstand des FDGB faßte den Beschluß, den 13. Oktober alljährlich als Tag der Aktivisten zu begehen und die vorbildlichsten Arbeiter und Angestellten für ihre Leistungen zu ehren.

Besondere Verdienste erwarben sich der FDJ angehörende junge Arbeiterinnen und Arbeiter. Sie bildeten Arbeitsbrigaden und organisierten in vielen Betrieben den Wettbewerb. Mit ihrer Initiative vollbrachten sie eine große Tat für die Entfaltung der Aktivistenbewegung.

Am 10. und 11. April 1948 hatte der Kongreß junger Arbeiter der volkseigenen Betriebe in Zeitz getagt. In dieser Zeit gab es bereits 448 Jugendaktivs und etwa 4000 Jungaktivisten in der sowjetischen Besatzungszone. Dieser Kongreß bedeutete etwas Neues in der Geschichte der deutschen Jugendbewegung. Die Jugend, auf die die faschistische Ideologie am stärksten eingewirkt hatte, war zu einem bewußten Mitgestalter der antifaschistisch-demokratischen Ordnung herangewachsen, war Bahnbrecher des Neuen geworden. Die politisch-ideologische Arbeit der SED und der Gewerkschaften unter der Jugend, insbesondere der Arbeiterjugend, hatte Früchte getragen.

Erst durch die Tat des Bergmanns Adolf Hennecke wurde jedoch der Durchbruch zu einer neuen Einstellung zur Arbeit auf breiterer Front erzielt. Die Leistung Adolf Henneckes vereinte in sich alle Elemente der Aktivistenbewegung, wie sie sich zur Erfüllung des Zweijahrplanes entwickeln mußte: hohes politisches Bewußtsein, eine neue Einstellung zur Arbeit, Verständnis für die Ziele des Zweijahrplans, Senkung der Produktionskosten und Steigerung der Arbeitsproduk-

[214] Dokument Nr. 58.

tivität durch sinnvolle Nutzung der Technik und moderne Arbeitsmethoden. Erst zu diesem Zeitpunkt verfügten SED und Gewerkschaften über die notwendige Kraft, diese hervorragende Aktivistenleistung zu verallgemeinern und nach dem Vorbild Adolf Henneckes eine Bewegung der Hennecke-Aktivisten zu entfalten.

Der Aktivist Paul Berndt aus dem Freitaler Revier charakterisierte die neue Einstellung zur Arbeit mit den Worten: „Als Sozialist und Gewerkschafter bin ich mir zunächst einmal darüber klar, daß ich für eine neue demokratische Gesellschaftsordnung arbeite. Mein Arbeitsverhältnis im volkseigenen Betrieb ist ein anderes als im kapitalistischen Betrieb, deshalb habe ich vor allem die moralische Pflicht, als fortschrittlicher Mensch meine Arbeitszeit auszunützen, d. h. keine Minute untätig zu sein ... Im Arbeitsprozeß selbst, am Kohlenstoß, bin ich bestrebt, durch vorteilhafte Arbeitsmethoden, durch Ausnutzung des Bergdruckes meine Leistung zu steigern. Vorteilhafte Arbeitsmethoden bestehen auch darin, daß ich als Facharbeiter die erforderlichen Kenntnisse besitze und bei der Arbeit weiß, wie ich mit meinem Abbauhammer umzugehen habe ... Jeder Handgriff muß sitzen, das ist schließlich das Geheimnis zur Bewältigung einer Leistung. Dazu muß ein gehobenes Klassenbewußtsein kommen, die Festigkeit der Gedanken, unbeirrt durch Schwierigkeiten den Weg weiterzugehen, der uns aus eigener Kraft aus den schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Zuständen herausführt. Keine Einflüsterungen, Drohungen oder Verlockungen der Reaktion oder ihrer Agenten können einen Aktivisten von der Lösung seiner Aufgaben abhalten oder ablenken."[215]

Dieser neuen Einstellung zur Arbeit konnte nur im Kampf Bahn gebrochen werden. Die Auseinandersetzungen, die von der SED nicht nur innerhalb der Belegschaften der Betriebe, sondern auch in den eigenen Reihen geführt werden mußten, waren hart und schwer. Die alte Einstellung zur Arbeit, die sich in Jahrhunderten der Ausbeutung herausgebildet hatte, war zu fest verwurzelt, als daß sie mühelos hätte überwunden werden können. Die Partei mußte oft gegen den Strom schwimmen, aber die Praxis gab ihr recht. Ihre prinzipienfeste Politik führte zum Erfolg. Die Hennecke-Bewegung setzte sich allen Widerständen zum Trotz durch. Adolf Hennecke folgten der Häuer Josef Wujciak, Mitglied der CDU, im Mansfelder Erzbergbau, die Kolonne des Nieters Willi Fett von der Rostocker Neptunwerft, der Maurer-

[215] Hundert Tage Hennecke-Bewegung im Bergbau. Hrsg. vom Zentralvorstand der IG Bergbau, Berlin 1949, S. 18.

polier Paul Sack von der Bau-Union Stralsund, Franz Striemann, dessen Name eng mit der Entwicklung der Aktivistenbewegung in der Textilindustrie verknüpft ist, Paul Heine, der erste Hennecke-Aktivist der Deutschen Reichsbahn, und viele andere. Sie alle waren Pioniere im Kampf um die Erfüllung des Zweijahrplans, würdige Vertreter ihrer Klasse, erzogen von der Partei der Arbeiterklasse. Sie erfüllten die Losung „Mehr produzieren, besser planen, gerechter verteilen" mit lebendigem Inhalt.

Die Arbeitsleistungen der Aktivisten schufen die Voraussetzungen, um die Versorgung der werktätigen Bevölkerung zu verbessern. Aber noch immer verschwanden große Mengen der produzierten Güter in den Kanälen des Schwarzen Marktes. Großhändler plünderten mit ihren Spekulationsgeschäften das werktätige Volk schamlos aus. Dieser Zustand konnte nicht allein durch die Volkskontrolle und durch administrative Maßnahmen überwunden werden. Es mußte ein ökonomisches Gegengewicht in der Sphäre der Warenzirkulation geschaffen werden. So entstand im November 1948 die volkseigene Handelsorganisation (HO). Sie eröffnete zunächst in einigen Großstädten Freie Läden. In diesen Läden wurden rationierte Waren, die im übrigen Handel nur auf Lebensmittelkarten oder gegen Bezugschein erworben werden konnten, zu höheren Preisen frei verkauft. 1 kg Weizenmehl kostete 15 DM, ein Brötchen 0,80 DM, 1 kg Margarine 110 DM, 1 kg Zucker 33 DM, 1 kg Kunsthonig 26 DM. Der Preis für ein Paar kunstseidene Damenstrümpfe lag zwischen 27 und 33 DM, für ein Paar lederne Herrenschuhe zwischen 150 und 300 DM. Dennoch war der Andrang in den Freien Läden groß, denn ihre Preise lagen unter denen des Schwarzen Marktes, und der Käufer war nicht den Betrügereien der Schwarzmarkthändler ausgesetzt.

Die Freien Läden versetzten dem Schwarzen Markt einen empfindlichen Schlag. Deshalb entfachten Schieber und Schwarzmarkthändler und die Propagandisten der westdeutschen Konzerne, die recht gut verstanden, welche wichtige Rolle die Handelsorganisation bei der Stärkung der ostdeutschen Wirtschaft spielte, eine wüste Hetze gegen die Freien Läden und riefen zum Boykott auf.

Durch die Handelsorganisation wurde eine spürbare Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Gebrauchsgütern erreicht. Schritt für Schritt wurde der Schwarze Markt ausgeschaltet. Mittel, die erst der privaten Bereicherung gedient hatten, wurden nun dem Aufbau der Wirtschaft zugeführt. In dem Maße, wie

die Produktion stieg und mehr Waren bereitgestellt werden konnten, wurden die Preise herabgesetzt. Die Werktätigen spürten, daß die Früchte der Arbeit ihnen zugute kamen.

Ein wesentliches Verdienst der Aktivistenbewegung bestand darin, daß sie engere Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der Intelligenz anbahnte. Die Aktivisten unterstützten SED und Gewerkschaften tatkräftig in ihrem Streben, ein besseres Verhältnis zur technischen Intelligenz herzustellen. Der Zweijahrplan stellte Konstrukteuren und Technologen, Architekten und Ingenieuren große Aufgaben. In diesen Kreisen gab es noch viele Vorbehalte gegen die Wirtschaftsplanung; ihrer engeren Einbeziehung in das große Aufbauwerk standen aber auch manche Engstirnigkeit und manche Vorurteile in den Reihen der Belegschaften entgegen. Die meisten Arbeiter sahen in ihnen noch die Leute „im weißen Kittel", von denen sie eine Kluft trennte, oder gar die Antreiber von früher. Mancher Antifaschist konnte nur schwer vergessen, daß viele Angehörige der technischen Intelligenz sich in der Nazipartei betätigt hatten.

Die Aktivisten bauten alte Vorurteile ab, indem sie mit der praktischen Zusammenarbeit begannen, gemeinsam mit Vertretern der technischen Intelligenz an Verbesserungsvorschlägen arbeiteten, Arbeitsnormen errechneten und den Leistungslohn durchsetzten, für bessere Arbeitsorganisation und besseren Arbeitsschutz sorgten.

Der Kampf um den Plan, die Leistungen der Aktivisten, die vielfältigen neuen Probleme übten eine tiefgreifende Wirkung auf das gewerkschaftliche Leben in der sowjetischen Besatzungszone aus. Der FDGB verband seine gewerkschaftliche Arbeit enger mit dem Ringen der Werktätigen um die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Nur in dem Maße, wie die Produktion wuchs, konnte sich auch der Lebensstandard jedes einzelnen Arbeiters heben.

Am 25. und 26. November 1948 führten die Gewerkschaften in Bitterfeld eine Konferenz durch[216], die unter der Losung stand: Durch politische Klarheit zu schnellen Erfolgen der Gewerkschaften. Die rund 600 Teilnehmer der Konferenz stellten in ihren kritischen Beratungen fest, daß im FDGB noch starke Tendenzen des Nur-Gewerkschaftertums vorhanden waren, daß oftmals die Tages- und Berufsinteressen über das Klasseninteresse gestellt wurden. Deshalb betonte die Bitterfelder Konferenz die Rolle der Gewerkschaften als Schulen der Demokratie und des Sozialismus. Sie erinnerte an die Satzungen

[216] Dokument Nr. 56.

des FDGB, in denen es hieß: „Die Gewerkschaften erstreben die Aufhebung jeder Form kapitalistischer Ausbeutung und haben als Ziel die sozialistische Ordnung der Wirtschaft."[217]

Von dieser Warte aus beschloß die Bitterfelder Konferenz die nächsten Aufgaben des FDGB. „Die wesentlichste Aufgabe der Gewerkschaften", hieß es in der Entschließung, „ist die Festigung der Verbindungen zu den Betrieben, um die Erziehung der Arbeiter zum Klassenbewußtsein und die Eingliederung aller unserer Mitglieder in die Erfüllung der großen Aufgaben, die sich aus dem Zweijahrplan ergeben, zu erleichtern. Das Nur-Gewerkschaftertum, das an alten bürgerlichen Arbeitsmethoden festhält und sich scheut, enge und ständige Arbeitsbeziehungen zu den Betriebsgewerkschaftsgruppen zu halten, muß überwunden werden. Ihm gegenüber gilt es, den neuen Arbeitsstil durchzusetzen."[218]

Die Konferenz stellte den Gewerkschaften klar umrissene Aufgaben, um die Hennecke-Bewegung zu verbreitern, den Leistungslohn einzuführen und das Volkseigentum zu festigen. Sie forderte von den Gewerkschaftsfunktionären, ihr Verhältnis zur Intelligenz zu überprüfen und zur Erfüllung der Planaufgaben eng mit den Technikern zusammenzuarbeiten. Den Industriegewerkschaften wurde mehr Verantwortung übertragen. In den Privatbetrieben galt es, das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften konsequent durchzusetzen.

Ferner faßte die Konferenz einen Beschluß, der die Rechte und Pflichten der Betriebsräte den Betriebsgewerkschaftsleitungen übertrug. Die Betriebsräte hatten in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle gespielt und auch in den ersten Jahren nach der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus Großes geleistet. Durch sie waren zahllose Werktätige in den demokratischen Neuaufbau einbezogen worden. Sie hatten sich bleibende Verdienste bei der Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter, im Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse und bei der Vertretung der sozialen Interessen der Belegschaften erworben. Unter den neuen historischen Bedingungen drohte jedoch das Nebeneinander von Betriebsräten und Betriebsgewerkschaftsleitungen zu einem ernsten Hemmnis zu werden, denn die wachsenden Aufgaben erforderten einheitliches Vorgehen. Es wurde notwendig, die Vertretung der Belange der Werktätigen aufs

[217] Aus der Arbeit des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes 1947–1949. Hrsg. vom Bundesvorstand des FDGB, Berlin 1950, S. 414.

[218] Ebenda, S. 415.

engste mit den Anstrengungen zur Erfüllung der Wirtschaftspläne zu verbinden.

1948 waren 80 bis 90 Prozent der in mittleren und größeren Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten im FDGB organisiert. Die Zeit war herangereift, die Gewerkschaftsarbeit auf eine höhere Stufe zu heben. Den Forderungen vieler Betriebsgewerkschaftsleitungen, Belegschaften und Funktionärkonferenzen entsprechend, wurde den Betriebsgewerkschaftsleitungen die einheitliche Vertretung der Belegschaftsinteressen übertragen.

Die Bitterfelder Konferenz war ein Meilenstein auf dem Wege der politisch-ideologischen und organisatorischen Festigung der Gewerkschaften. Sie trug dazu bei, daß die Gewerkschaften nach und nach in ihre neuen Aufgaben hineinwuchsen.

Die Erfolge, die in der sowjetischen Besatzungszone im zweiten Halbjahr 1948 erzielt wurden, zeigten: Die Imperialisten konnten zwar die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung stören und den demokratischen Kräften viele Hindernisse in den Weg legen, aber sie waren nicht in der Lage, die neue Ordnung zu beseitigen und ihre Entwicklung aufzuhalten.

Die Werktätigen der sowjetischen Besatzungszone lernten nicht nur, die Probleme des wirtschaftlichen Aufbaus immer besser zu meistern, sie lernten es auch, ihre friedliche Arbeit selbst zu schützen. Da die Feinde der neuen Ordnung herausfordernd auftraten und die Spannungen in Deutschland zunahmen, wurde mit dem Aufbau von Volkspolizei-Bereitschaften begonnen. Aus den Händen von Arbeitern der volkseigenen Betriebe erhielten die ersten Bereitschaften ihre Waffen. Die Volkspolizisten gelobten ihren Klassengenossen, mit diesen Waffen die Errungenschaften des werktätigen Volkes zu schützen. Beim Aufbau dieser zahlenmäßig geringen Bereitschaften wurde ihr Polizeicharakter gewahrt. Sie waren – im Unterschied zu den in den Westzonen organisierten, häufig unter der Leitung von Spezialisten der Naziwehrmacht und ehemaligen SS-Angehörigen stehenden bewaffneten Einheiten – Organe zur inneren Sicherung der demokratischen Ordnung in Ostdeutschland.

Zentrum des kalten Krieges und der imperialistischen Provokationen wurde Westberlin. In Berlin hatten die westlichen Besatzungsmächte mit ihren Spaltungsaktionen katastrophale Verhältnisse geschaffen. Die Bevölkerung sah in der währungsgespaltenen, vom Gedröhn der Transportflugzeuge der US-Luftwaffe und den Hetztiraden

der Frontstadtpolitiker erfüllten Stadt mit großer Sorge dem kommenden Winter entgegen. Während die Werktätigen angestrengt arbeiteten, um der Not Herr zu werden, blieben die sozialdemokratische und bürgerliche Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat untätig. Immer wieder wurde die Behandlung brennender Fragen der Bevölkerung verschleppt. Die Beschlüsse über die Bestrafung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher und die Überführung von Konzernbetrieben in Gemeineigentum blieben auf dem Papier; denn die Westmächte widersetzten sich ihrer Durchführung. Völlig im Schlepptau der imperialistischen Besatzungsmächte, unterstützten führende Vertreter der SPD und der bürgerlichen Parteien die provokatorische Politik des kalten Krieges.

Um der Not der Berliner Bevölkerung zu steuern, forderte die SED ein Sofortprogramm gegen die drohende Wintersnot und die Wiederherstellung einer einheitlichen Währung für ganz Berlin. Hinter diese Forderungen stellten sich große Teile der Berliner Werktätigen. Am 26. August 1948 zogen etwa 50000 Berliner vor das Stadthaus in der Parochialstraße und verlangten von den dort versammelten Stadtverordneten Sofortmaßnahmen. Die Sitzung der Stadtverordneten vertagte sich jedoch wiederum ohne Entscheidung. Schließlich wurde für den 6. September eine Sitzung einberufen. Als sich erneut Delegationen aus den Berliner Betrieben einfanden, um die Stadtverordneten nachdrücklich an ihre Pflichten gegenüber der Bevölkerung zu erinnern, nahm das die Mehrheit der sozialdemokratischen und bürgerlichen Abgeordneten zum Anlaß, aus dem Stadthaus auszuziehen und, einem lange gehegten Plan entsprechend, ihren Sitz in Westberlin zu nehmen. Noch am Abend des 6. September tagte das Rumpfparlament in der Taberna Academica im britischen Sektor.

Nach der Spaltung des Berliner Wirtschaftslebens durch die Ausdehnung der separaten Währungsreform auf die Berliner Westsektoren wurde nun auch die einheitliche Verwaltung der Hauptstadt gesprengt. Wertvolle Wirtschaftsgüter, wichtige Archivalien und für die Verwaltung der Stadt notwendige Unterlagen wurden in die Westsektoren verschleppt. Um die Frontstadtatmosphäre zur Siedehitze zu treiben, wurde am 9. September 1948 vor der Reichstagsruine, unmittelbar an der Grenze zum sowjetischen Sektor, eine Hetzkundgebung veranstaltet. Aufgeputscht durch die Reden Ferdinand Friedensburgs, Franz Neumanns, Ernst Reuters und Otto Suhrs, drangen randalierende Jugendliche in den sowjetischen Sektor der Hauptstadt

ein. Sie gingen tätlich gegen Volkspolizisten vor, zerfetzten Plakate der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und rissen die rote Fahne vom Brandenburger Tor. Volkspolizisten wurden aus dem Hinterhalt beschossen. Die Volkspolizei sah sich gezwungen, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen; einer der Provokateure bezahlte sein schändliches Tun mit dem Leben.

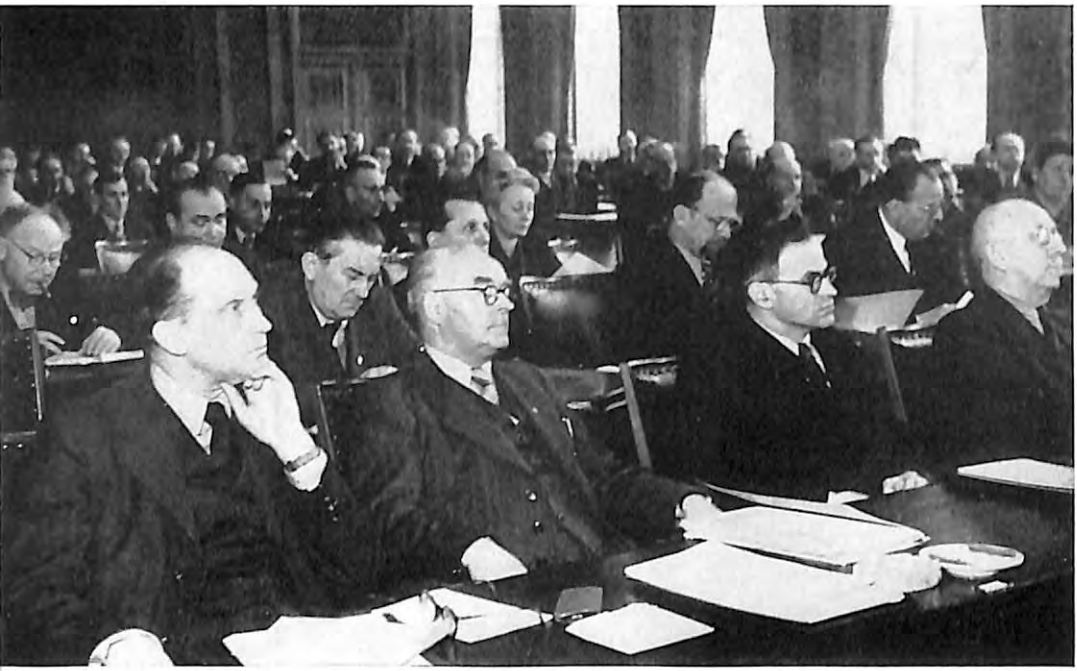
Auf die Provokationen vom 9. September antworteten die demokratischen Kräfte Berlins drei Tage später, am Gedenktag für die Opfer des Faschismus, mit einer machtvollen Kundgebung im Lustgarten. Einmütig bekundeten die 400 000 Versammelten aus allen Sektoren der Hauptstadt ihre Entschlossenheit, keine faschistischen Ausschreitungen zu dulden, den Frontstadtpolitikern entschieden entgegenzutreten und für demokratische Verhältnisse in Berlin zu kämpfen.

Zur Abwehr der Spaltungsakte schlossen sich die entschiedenen Antifaschisten enger zusammen. Immer nachdrücklicher wurden von der Bevölkerung Maßnahmen gegen das verantwortungslose Verhalten der sozialdemokratischen und bürgerlichen Politiker gefordert. Auf die Willenskundgebungen weiter Kreise der Berliner Bevölkerung gestützt, berief der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Ottomar Geschke für den 30. November 1948 eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung ein und forderte die Vertreter der Blockparteien und der demokratischen Massenorganisationen auf, an dieser Tagung teilzunehmen.

Dieser 30. November wurde zu einem historischen Tag in der Geschichte Berlins. In über 800 Berliner Betrieben versammelten sich morgens die Belegschaften und nahmen zu der Gefahr Stellung, die von den Frontstadtpolitikern über die deutsche Hauptstadt heraufbeschworen worden war. Um zwölf Uhr standen die Räder still. Aus allen Teilen der Stadt strömten die Werktätigen in das Stadtinnere. Während sich Zehntausende Berliner auf dem August-Bebel-Platz versammelten, tagten in der Staatsoper (Admiralspalast) die fortschrittlichen Berliner Stadt- und Bezirksabgeordneten gemeinsam mit gewählten Delegierten der Betriebe und Organisationen. Sie erklärten den Spaltermagistrat für abgesetzt und wählten einen provisorischen demokratischen Berliner Magistrat. Nach dieser Wahl und der Verkündung eines Sofortprogramms begab sich der neue Magistrat sofort zu den auf dem August-Bebel-Platz versammelten Massen und vereinte sich mit ihnen in einer machtvollen Kundgebung. Am 2. Dezember 1948 erkannte der sowjetische Militärkommandant den neuen



Blick auf das Präsidium der 1. Parteikonferenz der SED, 25. bis 28. Januar 1949



Erste Sitzung der erweiterten Deutschen Wirtschaftskommission in Berlin, 1. Februar 1949



Die von Jugendbrigaden gebaute Wasserleitung zur Max-Hütte Unterwellenborn wird vorfristig ihrer Bestimmung übergeben, 1. April 1949



Blick auf das Präsidium der 8. Tagung des Deutschen Volksrates in Berlin, 22. Juli 1949



Johannes R. Becher bei seiner Festansprache
anläßlich der Goethe-Festtage in Weimar, 28. August 1949



Studenten der Humboldt-Universität Berlin, 1. Mai 1949



Zum ersten Mal nimmt eine Delegation der FDJ
an den Weltfestspielen der Jugend und Studenten teil, Budapest, August 1949



Die Konstituierung des westdeutschen Bundestages
besiegelt die Spaltung Deutschlands, 7. September 1949



Die Hohen Kommissare, v. l. n. r.: Brian Robertson (Großbritannien),
André François-Poncet (Frankreich) und John J. McCloy (USA),
unterzeichnen für die Adenauer-Regierung die ersten Gesetze
und überreichen das Besatzungsstatut, 21. September 1949



Polnische Aktivisten demonstrieren von der Oderbrücke zum Marktplatz in Frankfurt (Oder), um an der Kundgebung zum Weltfriedenstag teilzunehmen, 2. Oktober 1949

NEUES DEUTSCHLAND

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Jahrgang / Nr. 232 | Berlin, Dienstag, 4. Oktober 1949 | Ausgabe B / Einzelpreis 15 Pf.

Forderung der Massen:

Deutsche Regierung

Berlin (Eig. Ber.). „Angesichts der Betrugsmanöver der Bonner Separatisten, die nichts anderes als ein Werkzeug der westlichen Imperialisten sind, wird es immer notwendiger, eine wahrhaft demokratische und unabhängige Regierung zu bilden, die die Interessen des deutschen werktätigen Volkes vertritt", heißt es in einer Entschließung, die 5700 Arbeiter und Angestellte des Benzinwerkes Böhlen bei Leipzig am Montag annahmen. Die gleiche Forderung erhob die Belegschaft des Kombinats und der Kraftwerke Espenhain. Eine solche Regierung habe die Aufgabe, die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und nationalen Interessen des deutschen Volkes zu verfechten, von den Besatzungsmächten die Erfüllung der im Potsdamer Abkommen dem deutschen Volk gemachten Versprechungen zu fordern, die Auflösung des von Deutschland losgerissenen Weststaates und seine Wiedereingliederung in Deutschland anzustreben, die Einheit Deutschlands herbeizuführen und den baldigen Friedensvertrag mit nachfolgendem Abzug aller Besatzungstruppen sowie die Einstellung aller Demontagen zu verlangen.

Im Auftrag von annähernd zwei Millionen Mitgliedern der Freien Deutschen Jugend und des Verbandes der Pioniere und im Auftrag von 5 000 Jungaktivisten wandte sich am Montag der Vorsitzende des Zentralrates der FDJ, Erich Honecker, an das Sekretariat des Deutschen Volksrates mit der gleichen Forderung nach Bildung einer gesamtdeutschen Regierung.

„Mit jeder Stunde wird klarer", so heißt es in dem Schreiben Honeckers, „daß die Bedrohung für den Frieden, hervorgerufen durch die Spaltung Deutschlands seitens der anglo-amerikanischen Imperialisten und ihrer in Deutschland gedungenen Helfershelfer, nur durch die Bildung einer deutschen Regierung mit dem Sitz in Berlin, der Hauptstadt Deutschlands, überwunden werden kann.

In Übereinstimmung mit der Sehnsucht von Millionen junger Deutscher erwarten wir vom Deutschen Volksrat die sofortige Einleitung von Schritten zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung. Millionen junger Deutscher, die es ablehnen, von den Bonner Separatpolitikern mit Haut und Haaren an die anglo-amerikanischen Monopolkapitalisten als Kanonenfutter verkauft zu werden, erwarten Ihre Antwort."

LDP: „Staat aller Deutschen"

Leipzig (ADN). Die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung mit Sitz in Berlin forderte der Hauptausschuß der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands, der am Montag in der Messestadt tagte. In einer Entschließung wird erklärt, zur Abwendung des nationalen Notstandes obliege den Deutschen die nationale Verpflichtung, für ganz Deutschland zu handeln.

„Die Verfassung des Staates aller Deutschen kann nur der vom Deutschen Volksrat in demokratischer Gemeinschaft verantwortlicher deutscher Männer und Frauen aller Zonen erarbeitete und vom Deutschen Volkskongreß einstimmig angenommene Entwurf der gesamtdeutschen Verfassung sein", heißt es wörtlich. „Auf diesem guten Boden wird die Demokratische Republik aller Deut-

Spaltungspolitik der Westmächte am Pranger

Eine Note der Sowjetunion an die Westmächte zur deutschen Frage / Bruch der Potsdamer und Pariser Vereinbarungen schafft neue Lage

Moskau (TASS/Eig. Ber.). Der stellvertretende sowjetische Außenminister, Semjonow, hat am 1. Oktober dieses Jahres auf Anweisung der Sowjetregierung den Botschaftern der USA und Großbritanniens und dem Geschäftsträger Frankreichs in der Sowjetunion Noten zur Deutschen Frage überreicht. Die Note, die dem Botschafter der USA überreicht worden ist, hat folgenden Wortlaut:

Im Zusammenhang mit der Bildung einer Separatregierung für die amerikanische, die britische und französische Besatzungszone in Deutschland am 20. September dieses Jahres in Bonn erachtet es die Sowjetunion für notwendig, folgendes zu erklären:

Die Bildung einer Separatregierung für die Westzonen Deutschlands kann nicht anders als die Vollendung der Politik der Spaltung Deutschlands bezeichnet werden, wie sie in den vergangenen Jahren von den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs unter Verletzung des Potsdamer Abkommens verfolgt wurde. In diesem Abkommen hatten diese Staaten zusammen mit der Sowjetunion die Verpflichtung übernommen, Deutschland als eine Einheit zu behandeln und seine Umwandlung in einen demokratischen und friedlichen Staat zu erleichtern. Durch die Errichtung einer Separatregierung für Westdeutschland verletzten die drei Mächte gleichfalls die Beschlüsse, die im Juni dieses Jahres auf der Pariser Sitzung des Außenministerrates gefaßt worden

Forderungen nach Bildung einer deutschen demokratischen Regierung als Antwort auf die Spaltungspolitik der Imperialisten

demokratischen Magistrat als das rechtmäßige Stadtverwaltungsorgan von Berlin an.

Nachdem die Westmächte im Bunde mit führenden Berliner Politikern der CDU, der LDPD und der SPD Berlin gespalten hatten, wurden am 5. Dezember 1948 in den Westsektoren Wahlen durchgeführt. Es war von vornherein klar, daß in der zur Hysterie gesteigerten Frontstadtatmosphäre separate Wahlen nur das Ergebnis haben konnten, die Spaltung Berlins und die Spaltung Deutschlands zu vertiefen. Deshalb wandte sich die SED ganz entschieden gegen diese Wahlen. Sie gab die Losung aus: „Gegen die Spalterwahlen vom 5. Dezember! Für einheitliche demokratische Wahlen in einem einheitlichen Berlin!"

Die SPD errang in diesen Wahlen, an denen sich 86 Prozent der Westberliner Wähler beteiligten, die absolute Mehrheit. Sie nutzte die Woge des Antisowjetismus und gab sich als Vorkämpferin der Freiheit gegen die „Bedrohung aus dem Osten" aus. Mit dem späteren Westberliner Oberbürgermeister Ernst Reuter stellte sie einen erfahrenen und einflußreichen Frontstadtpolitiker. Die SPD verzichtete auf die Verwirklichung der 1947 mit ihren Stimmen beschlossenen Gesetze und Verordnungen gegen die Berliner Monopolkapitalisten, Kriegsverbrecher und Naziaktivisten, auf die Weiterführung der demokratischen Schulreform und andere fortschrittliche Maßnahmen. Hauptanliegen der sozialdemokratischen Führer in Berlin war, zusammen mit den imperialistischen Besatzungsmächten Westberlin als kapitalistische Insel innerhalb der antifaschistisch-demokratischen Ordnung der sowjetischen Besatzungszone zu erhalten. Sie beteiligten sich an dem Versuch, von Westberlin aus die antifaschistisch-demokratischen Errungenschaften rückgängig zu machen und nicht nur in Ostdeutschland, sondern in ganz Osteuropa die alten kapitalistischen Verhältnisse zu restaurieren. Deshalb genossen sie die volle Unterstützung der imperialistischen Besatzungsmächte, während die SED, der FDGB, der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands und andere fortschrittliche Organisationen in den Westsektoren unter Ausnahmezustand gestellt wurden.

Die Westsektoren erlebten in den folgenden Jahren einen beachtlichen wirtschaftlichen Aufschwung, denn die Imperialisten ließen es sich etwas kosten, Westberlin in ein „Schaufenster der freien Welt" zu verwandeln, das mit Warenfülle und Lichterglanz die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone blenden sollte. Die Westberliner bezahl-

ten dafür einen hohen Preis. Die Ansätze einer demokratischen Entwicklung wurden endgültig rückgängig gemacht. Die Herrschaft der Monopole festigte sich. Westberlin wurde ein Herd der Unruhe und eine Sperre gegen die Befriedung Europas. Es wurde aus der sowjetischen Besatzungszone, zu deren Territorium es weiterhin gehörte, wirtschaftlich und administrativ herausgelöst und entwickelte sich zu einer selbständigen politischen Einheit ohne völkerrechtlichen Status.

Mit ihren Spaltungsmaßnahmen zerstörten die Westmächte die Rechtsgrundlage für die Anwesenheit ihrer Truppen in Berlin. Die Viermächteverwaltung Berlins war integrierender Bestandteil des Abkommens über die Viermächteverwaltung Deutschlands als Ganzes. Indem Frankreich, Großbritannien und die USA das System der Viermächteverwaltung Deutschlands beseitigt hatten und darangingen, einen westdeutschen Staat aus der Taufe zu heben, untergruben sie die Grundlage, die ihr das Recht auf Teilnahme an der Verwaltung Berlins gesichert hatte. In gleichlautenden Noten an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA vom 14. Juli 1948 bekräftigte die Regierung der UdSSR ihren unumstößlichen Standpunkt: „Berlin liegt im Zentrum der Sowjetzone und bildet einen Teil dieser Zone."[219]

Während in Westberlin systematisch die Macht des Monopolkapitals ausgebaut wurde, machte im östlichen Teil der Hauptstadt die Demokratisierung gute Fortschritte. Der neue Magistrat knüpfte an die Traditionen des ersten, 1945 gebildeten Magistrats an. Ihm gehörten Vertreter aller demokratischen Parteien an. Er nahm sein schwieriges Werk im engsten Zusammenwirken mit der Bevölkerung in Angriff.

Zum Oberbürgermeister wurde der bisherige Präsident des Landtages Brandenburg und Vorsitzende des Landesvorstandes der SED Brandenburg, Friedrich Ebert, gewählt. Friedrich Ebert, Sohn des sozialdemokratischen ersten Präsidenten der Weimarer Republik, war 1894 in Bremen geboren worden. Er hatte das Buchdruckerhandwerk erlernt und sich schon als Lehrling der sozialistischen Jugendbewegung angeschlossen. 1913 war er Mitglied der SPD geworden. Nach dem ersten Weltkrieg hatte er als Redakteur verschiedener sozialdemokratischer Presseorgane gearbeitet. 1928 war er in den Reichstag gewählt worden, dem er bis 1933 angehört hatte. Nach dem Verbot der SPD hatte die Gestapo Friedrich Ebert verhaftet. Er hatte acht Monate in

[219] Dokumentation zur Westberlinfrage. Hrsg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin o. J., S. 54.

den Konzentrationslagern Oranienburg, Börgermoor und Torgau zugebracht, sich standhaft allen Intrigen der Nazis widersetzt und große Achtung bei allen politischen Häftlingen erworben. Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus war er Vorsitzender der sozialdemokratischen Parteiorganisation der Provinz Brandenburg, wo er schon vor 1933 zu den führenden sozialdemokratischen Funktionären gehört hatte. Friedrich Ebert zählte zu jenen klassenbewußten sozialdemokratischen Führern, die aus den bitteren Erfahrungen der faschistischen Diktatur richtige Schlußfolgerungen gezogen und ihre ganze Kraft für die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei eingesetzt hatten. Seit dem Vereinigungsparteitag war er Mitglied des Parteivorstandes der SED.

Mit der Bildung des neuen, demokratischen Magistrats war der Weg für die weitere Demokratisierung im sowjetisch besetzten Teil der deutschen Hauptstadt geebnet. Unter Leitung von Friedrich Ebert verwirklichte der Magistrat mit Energie die von der Stadtverordnetenversammlung gefaßten demokratischen Beschlüsse. Im Frühjahr 1949 verkündete er die Durchführung der Verordnung zur Enteignung von Vermögenswerten der Kriegsverbrecher, Kriegsgewinnler, Kriegsinteressenten und Naziaktivisten vom 27. März 1947 und des Gesetzes zur Überführung von Konzernen und sonstigen wirtschaftlichen Unternehmen in Gemeineigentum vom 13. Februar 1947. Die Verwirklichung dieser Beschlüsse war von den imperialistischen Besatzungsmächten verhindert worden. Durch den demokratischen Magistrat wurde das am 13. November 1947 angenommene Schulgesetz konsequent durchgesetzt, während in den Westsektoren die demokratische Schulreform Zug um Zug rückgängig gemacht wurde. Nachdem im Februar 1949 die Frontstadtpolitiker auch das Berliner Justizwesen gespalten hatten, erließ der demokratische Magistrat am 10. Mai 1949 eine Verordnung über die Wahl der Schöffen und Geschworenen, die einen wichtigen Schritt zur demokratischen Reform der Justiz darstellte.

Die Bemühungen des neuen Magistrats, die Lage der Berliner Bevölkerung zu erleichtern, wurden von den Werktätigen der sowjetischen Besatzungszone tatkräftig unterstützt. Die Kumpel der Braunkohle fuhren Sonderschichten, um die Berliner Bevölkerung mit Heizmaterial zu versorgen. Mit der Losung geschmückt „Wir Bergarbeiter helfen dem demokratischen Berlin" rollten Woche um Woche Kohlenzüge nach Berlin. Aus allen Ländern der sowjetischen Besatzungszone trafen Sendungen mit Lebensmitteln, Holz, Ziegeln und anderen Bau-

materialien ein und kündeten von der Solidarität mit den Berliner Werktätigen.

Gestützt auf diese Hilfe, wurde unter der Leitung des Magistrats im demokratischen Teil Berlins begonnen, den Rückstand aufzuholen, der infolge der Politik der imperialistischen Besatzungsmächte und ihrer deutschen Handlanger beim demokratischen Neuaufbau gegenüber der sowjetischen Besatzungszone eingetreten war.

4. Der Kampf der KPD gegen das Vordringen der Reaktion in den Westzonen und die Massenbewegung für höhere Löhne und soziale Rechte

Mit der Annahme der Londoner Empfehlungen und der Durchführung der separaten Währungsreform in den Westzonen entstanden für den Klassenkampf der westdeutschen Werktätigen neue Bedingungen. In der Auseinandersetzung um die künftige Gestaltung Deutschlands hatte die deutsche Reaktion mit aktiver Unterstützung der imperialistischen Besatzungsmächte in Westdeutschland die Oberhand gewonnen. Die ökonomischen und politischen Machtpositionen des Monopolkapitals waren erhalten geblieben. Die wichtigsten staatlichen Organe befanden sich in den Händen von Politikern, die die Interessen des Monopolkapitals vertraten. Um den Einfluß der Arbeiterklasse auf die Regierungsgewalt einzuschränken, wurden auf Betreiben der CDU die Kommunisten aus den Länderregierungen ausgeschlossen. Der Weg zur Errichtung des westdeutschen Separatstaates war deutlich abgesteckt.

Die Tatsache, daß in Ost- und Westdeutschland eine grundsätzlich unterschiedliche Entwicklung eingeschlagen worden war, erforderte eine selbständige Politik und Organisation der KPD in den Westzonen. Deshalb stellte die Arbeitsgemeinschaft SED/KPD noch vor ihrer offiziellen Auflösung ihre Tätigkeit ein. Am 27. April 1948 fand eine Konferenz der KPD in Herne statt, an der 289 Vertreter aus allen elf Ländern der Westzonen teilnahmen. Die Konferenz wählte eine für alle Westzonen einheitliche zentrale Leitung der KPD, den Parteivorstand, der seinen Sitz zunächst in Frankfurt (Main) und nach der Gründung der Bundesrepublik in Düsseldorf hatte. Vorsitzender des Parteivorstandes wurde Max Reimann.

Max Reimann entstammt einer Arbeiterfamilie; er war 1898 in

Elbing geboren worden. Als junger Werftarbeiter war er 1912 der sozialistischen Arbeiterjugend und dem Deutschen Metallarbeiterverband beigetreten. Seit 1916 war er in der Spartakusgruppe tätig gewesen und 1919 Mitglied der KPD geworden. Als Funktionär der KPD und der Gewerkschaften hatte er von 1920 bis 1932 im Ruhrgebiet gearbeitet. Er hatte in der Roten Ruhrarmee gekämpft und war in vielen Streikkämpfen an führender Stelle tätig gewesen. Auch nach der Errichtung der faschistischen Diktatur hatte er seinen Kampf fortgesetzt. Er hatte illegal in verschiedenen Gebieten Deutschlands und im Ausland gearbeitet, bis er 1939 verhaftet worden war. Die faschistische Justiz hatte ihn zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, anschließend war Max Reimann in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert worden. Selbst der Terror der SS hatte seinen Kampfgeist nicht zu brechen vermocht. Er hatte der illegalen Lagerleitung der KPD angehört. Nachdem er 1945 von der Roten Armee befreit worden war, hatte ihn sein Weg zurück ins Ruhrgebiet geführt, wo er die Leitung des Bezirks Ruhrgebiet-Westfalen der KPD übernahm. 1946 war er zum Vorsitzenden der Zonenleitung der KPD für die britische Besatzungszone gewählt worden.

Der von Max Reimann geleitete Parteivorstand der KPD legte eine Erklärung zur politischen Lage[220] vor, die die Grundlage für das weitere Wirken der KPD in den Westzonen bildete. In ihr forderte die KPD die einheitliche, unteilbare, demokratische deutsche Republik und lehnte die Londoner Empfehlungen zur Spaltung Deutschlands ab. In der Erklärung hieß es: „Wir treten für eine gesamtdeutsche Regierung ein, die aus Vertretern aller demokratischen Parteien zu bilden ist. Diese muß eine einheitliche Politik und Verwaltung für ganz Deutschland garantieren."[221]

Die Erklärung des Parteivorstandes der KPD ging ausführlich auf die Aufgaben ein, die der KPD erwuchsen, um die Aktionseinheit mit den sozialdemokratischen Arbeitern herzustellen. Es galt, gemeinsame Aktionen mit den Sozialdemokraten zur Sicherung der Demokratie, zur Abwehr der Spaltungspläne und zur Verbesserung der Lage der Werktätigen anzustreben. Die Losung der KPD lautete: Über den gemeinsamen Kampf zur Einheitsfront der Arbeiterklasse. Für den Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse in Westdeutschland stellte

[220] Dokument Nr. 54.

[221] Erklärung des Parteivorstandes der KPD zur politischen Lage. Hrsg. vom Parteivorstand der KPD, (Düsseldorf 1948), S. 24.

die Führung der KPD drei Grundaufgaben: 1. die Aktionseinheit der verschiedenen Teile der Arbeiterbewegung herzustellen und gemeinsame Kämpfe der Werktätigen zu organisieren, 2. die Kommunistische Partei zu stärken, 3. in der gesamten Arbeiterbewegung Klarheit über die Aufgaben und den Weg der Arbeiterklasse zu schaffen.

Als sich zeigte, wie weit die Verschiedenartigkeit der Entwicklung in Ost- und Westdeutschland gediehen war, faßte schließlich der Parteivorstand der KPD am 3. Januar 1949 in Düsseldorf den Beschluß, die organisatorischen Verbindungen zwischen KPD und SED aufzuheben.

Die relativ späte Zusammenfassung aller kommunistischen Parteiorganisationen der Westzonen zu einer selbständigen westdeutschen KPD bezeugte das Bestreben von KPD und SED, eine gesamtdeutsche marxistische Arbeiterpartei zu schaffen und in einem einheitlichen Deutschland die Auseinandersetzung mit der Reaktion zu führen. Andererseits führte das aber dazu, daß die KPD gegenüber anderen westdeutschen Parteien Tempoverlust erlitt und ihre Taktik nicht immer die spezifischen Bedingungen in Westdeutschland genügend berücksichtigte. Deshalb bedeutete die mit der Herner Konferenz eingeschlagene Politik einen notwendigen Schritt, um die Reihen der westdeutschen Kommunisten zu festigen.

Entsprechend ihren programmatischen Forderungen, kämpften die Kommunisten in Westdeutschland mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und eine demokratische Ordnung in den Westzonen. Sie standen in der vordersten Reihe der Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden und ließen sich in ihrem Kampf für die nationale Einheit Deutschlands auch durch die Verfolgung seitens der westlichen Besatzungsmächte nicht zurückhalten.

Als am 1. September 1948 der Parlamentarische Rat in Frankfurt (Main) zusammentrat, ergab sich für die KPD die Aufgabe, in diesem Organ die nationalen Interessen wahrzunehmen und die demokratischen und sozialen Rechte der Werktätigen gegen den reaktionären Kurs der CDU zu verteidigen. Die KPD verfügte in diesem Gremium über zwei Sitze. Sie nutzte sie, um von dieser Tribüne den Kampf für eine einheitliche demokratische Republik zu führen. Die beiden Vertreter der KPD – Max Reimann und Hugo Paul – stellten sofort den Antrag, die Arbeit an der Separatverfassung einzustellen.[222] In diesem

[222] Dokument Nr. 55.

Antrag hieß es: „Diesem Parlamentarischen Rat gegenüber schlagen wir vor, daß Verhandlungen der Vertreter aller demokratischen deutschen Parteien in Verbindung mit dem Deutschen Volksrat aufgenommen werden, um einen einheitlichen deutschen Standpunkt über die Bildung einer einheitlichen demokratischen deutschen Republik den Alliierten vorzulegen."[223] Die übrigen Parteien lehnten diesen Antrag ab.

Im Frühherbst 1948 bildete sich auf Initiative der KPD in Kassel eine Arbeitsgemeinschaft für eine gesamtdeutsche Verfassung. Diese Arbeitsgemeinschaft stellte sich die Aufgabe, das deutsche Volk über die Gefahren aufzuklären, die durch die Spaltungspläne und durch die Tätigkeit des Parlamentarischen Rates für Deutschlands Zukunft heraufbeschworen wurden.

Im November 1948 begann im Parlamentarischen Rat die erste Lesung der Separatverfassung. In den Debatten äußerten die sozialdemokratischen Vertreter ihre Bereitschaft, an der Bildung eines westdeutschen Staates mitzuarbeiten. Sie verzichteten sogar darauf, solche traditionellen demokratischen Rechte wie Volksbegehren, Volksentscheid und das reine Verhältniswahlrecht zu fordern.

Nur die KPD verfocht entschieden demokratische Verfassungsprinzipien. Sie forderte die Vergesellschaftung des Bergbaus, der Schlüsselindustrien und der Banken sowie eine demokratische Bodenreform. Sie verlangte, das Recht auf Arbeit, Bildung und Erziehung, die Gleichberechtigung der Frauen und den Schutz der Jugendlichen und weitere politische und soziale Grundrechte in die Verfassung aufzunehmen. Sie beantragte das Recht des Volksentscheides über jedes Gesetz von einschneidender und verfassungsändernder Bedeutung, die Sicherung des Streikrechtes der Arbeiter, das Verbot der Aussperrungen und ähnlicher Maßnahmen seitens der Unternehmer. Sie forderte das Verhältniswahlrecht ohne Bestimmungen, die die volle Souveränität des Parlaments einschränken. Der Politik der Mehrheit des Parlamentarischen Rates setzten die Kommunisten die Konzeption einer einheitlichen, unabhängigen, deutschen demokratischen Republik entgegen. Sie forderten die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, die Wahl einer gesamtdeutschen Nationalversammlung, die den Verfassungsentwurf für die deutsche demokratische Republik ausarbeiten und dem Volke zur endgültigen Entscheidung vorlegen sollte.

Durch ihre Presse und auf öffentlichen Kundgebungen bemühte sich

[223] Neues Deutschland (B) (Berlin), 3. September 1948.

die KPD, weite Kreise für diese Forderungen zu gewinnen. Sie verband dies mit der Aufklärungsarbeit über den zur gleichen Zeit vom Deutschen Volksrat der ganzen deutschen Bevölkerung vorgelegten Entwurf der Verfassung für eine einheitliche antifaschistisch-demokratische Republik. Die Entschiedenheit, mit der die KPD für die demokratische Einheit der Nation eintrat, setzte sie bereits zu dieser Zeit drakonischen Verfolgungsmaßnahmen aus. Wiederholt wurde die kommunistische Presse verboten. Am 4. Mai 1948 wurde der Zeitung „Westdeutsches Volksecho" (Dortmund) die Lizenz entzogen. Gleiches widerfuhr am 8. Oktober 1948 der Düsseldorfer Zeitung „Freiheit". Zeitweilig verboten wurden darüber hinaus die „Neue Volkszeitung" (Dortmund), das „Volksecho" (Detmold) und die „Volksstimme" (Köln).

Nach der Veröffentlichung des Ruhrstatuts Ende Dezember 1948 warnte die KPD vor dessen Gefahren und wies den Zusammenhang zwischen dieser imperialistischen Politik und der sozialen Notlage des schaffenden Volkes nach. Im Parlamentarischen Rat beantragte die Fraktion der KPD, das Ruhrstatut abzulehnen und jegliche Mitarbeit deutscher Politiker an seiner Durchführung zu verweigern. In vielen Versammlungen und Kundgebungen setzte die KPD ihre aufklärende Tätigkeit fort. Wegen seines entschiedenen Auftretens gegen das Ruhrstatut und gegen die reaktionären deutschen Politiker, die diesem Statut zustimmten, wurde der Vorsitzende des Parteivorstandes der KPD, Max Reimann, im Januar 1949 vor ein britisches Militärgericht gezerrt und zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Am 5. und 6. März 1949 führte die KPD in Solingen eine Delegiertenkonferenz durch. An ihr nahmen über 1100 Delegierte und Gastdelegierte teil. Die Konferenz rief alle aufrechten Deutschen in den Westzonen auf, sich hinter folgende Forderungen zu stellen: Aufhebung des Ruhrstatuts; Kohle und Stahl des Ruhrgebiets in den Dienst der deutschen Friedenswirtschaft; gesunde Export- und Importpolitik unter deutscher Verantwortung; Einstellung der Demontagen, klare Rechnungslegung der Besatzungsmächte über alle Reparationen und Entnahmen; Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und Bildung einer gesamtdeutschen Regierung aus den demokratischen Parteien und Gewerkschaften; kein Besatzungsstatut, sondern Abschluß eines Friedensvertrages und baldiger Abzug der Besatzungsmächte; restlose Ausrottung von Nazismus und Militarismus; Aufbau eines friedlichen, demokratischen Deutschlands.

Besondere Aufmerksamkeit widmete die Konferenz dem Kampf um die Aktionseinheit, vor allem der Herstellung eines kameradschaftlichen Verhältnisses zu den sozialdemokratischen Mitgliedern. In seinem Referat mußte Max Reimann die Feststellung treffen, daß die antikommunistische Hetze bei vielen Mitgliedern und Funktionären der KPD die falsche und gefährliche Reaktion hervorgerufen hatte, es sei zwecklos, die sozialdemokratischen Arbeiter zur Aktionseinheit zu gewinnen. Eine schädliche Ungeduld gegenüber den sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären drohte um sich zu greifen. Die KPD mußte alle Versuche ihrer Feinde, die Partei von den Massen zu isolieren, vereiteln, ihre Verbindungen zu den Werktätigen in den Betrieben und Gewerkschaften festigen und im täglichen Kampf um soziale, politische und nationale Forderungen die Aktionseinheit schmieden.

Die von der Konferenz festgelegte politische Linie erforderte die politisch-ideologische und organisatorische Festigung der KPD. Alle Kommunisten mußten Klarheit über die nationale Rolle der Arbeiterklasse und die Bedeutung der nationalen und demokratischen Volksbewegung gewinnen. Es gab Parteimitglieder, die vor der antikommunistischen Hetze zurückwichen und noch kein richtiges Verhältnis zur Sowjetunion und zur KPdSU(B) sowie zu den Errungenschaften der Arbeiterklasse in der sowjetisch besetzten Zone gefunden hatten. Deshalb war es wichtig, über diese und andere ideologische Probleme Klarheit zu schaffen. Die Partei mußte ihre Grundorganisationen und Leitungen festigen und durch Werbung neuer Mitglieder gestärkt werden. Die Solinger Beschlüsse bildeten die Grundlagen für den weiteren Kampf der KPD.

Trotz der großen Aktivität der Kommunisten, die überall in vorderster Front kämpften, wo sich die Massen gegen die Ausbeutung und gegen reaktionäre Übergriffe zur Wehr setzten, wuchs der Protest gegen die Spaltungspolitik der in- und ausländischen Reaktion nicht zu einer starken Massenbewegung an, die das Steuer noch hätte herumreißen können.

Unter den neuen wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten änderte sich der Charakter der Massenkämpfe in den Westzonen. Bis dahin hatte sich die Bewegung gegen die Grundlagen der alten Ordnung gerichtet, diente sie mehr oder weniger bewußt dem Ziele, durch eine grundlegende sozialökonomische Umgestaltung antifaschistisch-demokratische Verhältnisse in den Westzonen zu schaffen und damit

eine einheitliche Entwicklung in ganz Deutschland zu fördern. Jetzt fanden die Kämpfe bereits auf dem Boden der schon weit fortgeschrittenen Restauration der alten monopolkapitalistischen Verhältnisse statt. In den Vordergrund trat nun vor allem die Bewegung für höhere Löhne, für bessere Sozialgesetzgebung und um größeres Mitbestimmungsrecht.

Die unmittelbare Folge der Währungsreform und der gleichzeitig einsetzenden Marshall-Plan-Hilfe war, daß ein krasser Widerspruch zwischen der rapid gesunkenen Kaufkraft der Werktätigen und dem rasch ansteigenden Warenangebot zutage trat. Ein schrankenloser Preiswucher setzte ein. Besonders hart wurde die Lage für jene Werktätigen, die infolge der seit Mitte 1948 von den westlichen Besatzungsmächten in verstärktem Maße durchgeführten Konkurrenzdemontagen der Friedensindustrie arbeitslos wurden. 1948 wurden in Westdeutschland als Monatsmittel 591 000 Arbeitslose gezählt. In den ersten Jahren nach Kriegsende waren die imperialistischen Besatzungsmächte – angeblich aus Sorge um das Schicksal der deutschen Bevölkerung – gegen die Demontagen in der sowjetischen Besatzungszone aufgetreten. Nachdem die Möglichkeit einer baldigen antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in den Westzonen nicht mehr gegeben war, offenbarten sie mit ihren Demontagen, wie demagogisch ihre „Sorge" um die Belange des deutschen Volkes gewesen war.

Ab August 1948 setzten in ganz Westdeutschland Protestaktionen, Demonstrationen, Kundgebungen und Streiks gegen den Preiswucher, die schlechte Ernährungslage, die Konkurrenzdemontagen und für höhere Löhne ein. Die Massenbewegung verstärkte sich besonders in den Monaten Oktober und November 1948. Eine der bedeutendsten Aktionen war die Demonstration Zehntausender Stuttgarter Werktätiger am 28. Oktober 1948. Arbeiter und Angestellte der Stuttgarter Betriebe und Verwaltungen folgten dem Aufruf der örtlichen Gewerkschaftsleitung und protestierten gegen die unerträglichen Preise und die Politik des Frankfurter Wirtschaftsrates. Im Anschluß an diese Protestkundgebung kam es zu spontanen Ausschreitungen einzelner Gruppen, wobei die Scheiben zweier Luxusgeschäfte zertrümmert wurden. Gegen diese Demonstration schritt die amerikanische Besatzungsmacht mit brutaler Gewalt ein. Im Stile eines Kriegsberichtes schrieb die amerikanische Zeitung „Stars and Stripes" über den Einsatz der Besatzungstruppen gegen die Werktätigen: „Eine aufrührerische Menge... wütete heute verschiedene Stunden im Zentrum Stuttgarts ... Der Aufruhr wurde

nach 18.30 Uhr niedergeschlagen, nachdem Tränengas angewandt worden war. Am Abend hatte die Stadt ein kriegsmäßiges Aussehen durch eine berittene Formation und eine Panzerformation der Constabulary, die durch die Innenstadt Stuttgarts patrouillierten, um neue Ausbrüche zu verhindern."[224] Für die Nachtstunden wurde von den Militärbehörden eine Ausgangssperre verhängt.

Das größte Ausmaß erreichte die Bewegung mit dem Generalstreik in der Bizone am 12. November 1948, an dem sich acht bis zehn Millionen Arbeiter und Angestellte beteiligten. Der Streik wurde vom bizonalen Gewerkschaftsrat ausgerufen und hatte sogar die inoffizielle Genehmigung der Militärbehörden. Er sollte ein Ventil für die angestaute Unzufriedenheit mit den Maßnahmen des Frankfurter Wirtschaftsrates sein. Zu den Forderungen, die von den Gewerkschaftsführern erhoben worden waren, gehörten die Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum sowie Demokratisierung und Planung der Wirtschaft. Die große Einmütigkeit des Streiks zeigte, wie populär diese Losungen noch immer bei den Werktätigen waren. Mit einem auf 24 Stunden befristeten Streik waren sie jedoch in der Zeit des Erstarkens der imperialistischen Kräfte in den Westzonen nicht durchzusetzen. Dazu wäre nötig gewesen, daß die Gewerkschaften den Kampf mit aller Konsequenz ausgetragen hätten.

Unter den Forderungen, die dem Frankfurter Wirtschaftsrat von den Gewerkschaftsführern vorgelegt wurden, fehlte jene, die die Interessen der Werktätigen ganz unmittelbar berührte, für die sie bereit waren, hartnäckig zu kämpfen – die Forderung nach einer allgemeinen Erhöhung der Löhne. Die grundsätzliche Bedeutung von Lohnforderungen ergab sich in der damaligen Situation daraus, daß die niedrigen Löhne die wesentlichste Quelle der raschen kapitalistischen Akkumulation und damit der ökonomischen Stabilisierung des westdeutschen Monopolkapitals bildeten. Die riesigen Investitionsmittel, die das westdeutsche Monopolkapital brauchte, um auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig zu werden, wurden aus den Arbeitern herausgepreßt.

Schon das erste Halbjahr nach der Durchführung der separaten Währungsreform hatte folgendes Ergebnis aufgewiesen: Im Juni 1948 betrugen die Löhne und Gehälter 83 Prozent vom Nettoproduktionswert und die Gewinne der Unternehmer 17 Prozent. Bereits im Dezember

[224] Zit. nach: Die wirtschaftliche Lage der Westzonen. In: SED-Information, Sondermaterial, 1948.

1948 war der Anteil der Gewinne auf 57 Prozent gestiegen, der Anteil der Löhne dagegen auf 43 Prozent gesunken. Der Kampf um höhere Löhne rührte somit an einen Lebensnerv der westdeutschen Monopolbourgeoisie. Auf diese Tatsache machte die KPD aufmerksam. Der Abgeordnete der KPD im bizonalen Wirtschaftsrat, Fritz Rische, unterstützte in der Sitzung vom 10. November 1948 die Forderungen der Gewerkschaften nach Preissenkungen und gegen Preiswucher. Er ergänzte sie und verlangte vor allem eine sofortige Lohnerhöhung für alle Berufsgruppen der Arbeiter und eine Gehaltserhöhung für die Angestellten.

Der Generalstreik in der Bizone bekundete die Kraft und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse, mit der die Reaktion ständig rechnen mußte. Die Schwäche der Bewegung lag jedoch darin, daß sie nicht mit dem Kampf für die einheitliche antifaschistisch-demokratische Republik unmittelbar verbunden war. Es gelang nicht, das Ringen der Massen um ihre ökonomischen und sozialen Rechte zugleich gegen die imperialistische Spaltungspolitik zu richten. Durch die Propaganda der Reaktion und der Führer der SPD verwirrt, erkannte der überwiegende Teil der westdeutschen Arbeiter nicht den wahren Sinn der Spaltungsmaßnahmen der in- und ausländischen Monopole.

Die Gewerkschaften – die größten Massenorganisationen der westdeutschen Arbeiter – waren Träger der Aktionen. Angesichts der Empörung unter den Massen hatten sie sich zum Sprecher der notleidenden Werktätigen gemacht. Unter dem Druck der Gewerkschaften genehmigte der bizonale Wirtschaftsrat am 1. Oktober 1948 das Gesetz zur Aufhebung des Lohnstopps. Das verschaffte den Gewerkschaften große Autorität.

Befangen in den Vorstellungen von der „Wirtschaftsdemokratie", der Klassenharmonie und in bürgerlichen Staatsauffassungen, lenkten führende Funktionäre der Gewerkschaften die Massenkämpfe in Bahnen, die dem Monopolkapital nicht gefährlich waren. Besonders deutlich zeigte sich das bei dem Generalstreik der Gewerkschaften der Bizone am 12. November 1948. Diese Funktionäre boten ihren ganzen Einfluß auf, um die Streikbewegung möglichst rasch in das ruhige parlamentarische Fahrwasser zu lenken, Streikbeschlüsse durch Resolutionen an die Länderparlamente und Verwaltungsstellen zu ersetzen und begonnene Streiks durch Hinweise auf bereits laufende Verhandlungen abzuwürgen. Sie wollten das Streben der Massen nach demokratischen Umwälzungen auf Reformen im Rahmen des imperialistischen Systems

beschränken. Besonders schädlich war ihre Haltung zu allen Fragen, die mit der Einheit Deutschlands zusammenhingen. Sie begrüßten den Marshall-Plan und sagten sich damit in der Praxis – im Gegensatz zu ihrer Propaganda – von der Sozialisierung los. Auf dem Außerordentlichen Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes der britischen Besatzungszone im Juni 1948 erwirkten sie die Zustimmung der dort vertretenen Gewerkschaftsorganisationen zum Marshall-Plan. Die reformistischen Gewerkschaftsführer billigten das Ruhrstatut und später das Besatzungsstatut.

Eine große Verantwortung für die Entwicklung in den Westzonen fiel der Führung der SPD zu. Als die Westmächte die separate Währungsreform durchführten, ging sie in ihrer Stellungnahme nur auf deren wirtschaftliche Auswirkungen auf die werktätige Bevölkerung ein, ohne gegen die ökonomische Zweiteilung Deutschlands Einspruch zu erheben. Der Parteivorstand der SPD gab eine kritische Stellungnahme zu den Londoner Empfehlungen der Westmächte ab, weil sie die Souveränitätsrechte des deutschen Volkes mißachteten, erklärte aber gleichzeitig, die „Erweiterung und Zusammenfassung der deutschen Befugnisse auf der jeweils höchsten erreichbaren territorialen Stufe" sei eine Notwendigkeit und ein Schritt zur Einheit Deutschlands. Aus diesem Grunde bejahte er die „Schaffung einer einheitlichen und effektiven Verwaltung in den drei Westzonen".[225]

Die sozialdemokratische Führung sprach sich in der Öffentlichkeit gegen das Ruhrstatut aus, sie verzichtete aber darauf, gemeinsam mit der KPD die Massen gegen dieses Diktat zu mobilisieren. Die Führung der SPD glaubte also trotz der Differenzen, die sie in vielen Fragen mit der CDU hatte, ebenfalls, über die Bildung eines Westzonenstaates zur deutschen Einheit zu kommen. Das hätte die Ausdehnung der restaurativen Entwicklung auf ganz Deutschland zur Folge gehabt.

Die zwiespältige Politik der sozialdemokratischen Führung stieß immer wieder auf den Widerstand der klassenverbundenen Mitglieder in der SPD. Das zeigte sich auf dem Düsseldorfer Parteitag der SPD im September 1948. Führende Politiker und Ideologen unternahmen hier einen erneuten Vorstoß gegen die sozialdemokratischen Traditionen. War 1946/1947 die „Sozialisierung" als erste Forderung proklamiert worden, so hieß es nun im offiziellen wirtschaftspolitischen Referat, daß der Weg zum Sozialismus auch ohne Enteignung und

[225] Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1948/1949. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Hannover o. J., S. 134.

Entmachtung der Monopole, Großbanken und des Großgrundbesitzes beschritten werden könne. Das war die offizielle Anpassung an die Marshall-Plan-Politik, die sich mit sozialistischen Vorstellungen nicht vertrug.

Die oppositionellen Delegierten, die mit der offiziellen Politik ihrer Partei nicht einverstanden waren, kritisierten die Versäumnisse der SPD bei der Durchsetzung der Sozialisierung, die Zustimmung zum Marshall-Plan, Zugeständnisse der Partei in der Koalitionspolitik mit der CDU in den Parlamenten und teilweise den Antikommunismus. Mehrere Delegierte verurteilten den Beschluß des Parteivorstandes über die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der SPD mit der Zugehörigkeit zur VVN. Die Masse der sozialdemokratischen Mitglieder jedoch glaubte den Beteuerungen ihrer Führer und deren „bedingungsloser Gegnerschaft" zur kapitalistischen und antidemokratischen Politik der westdeutschen Reaktion.

Durch die antikommunistische und nationalistische Haltung rechter Führer der SPD und der Gewerkschaften wurden große Teile der Werktätigen in den Westzonen und in Westberlin irregeführt, die Spaltung der Arbeiterklasse wurde vertieft. Das erleichterte der Reaktion das Werk der Spaltung Deutschlands.

5. Die 1. Parteikonferenz der SED und der Kampf der Werktätigen für die Erfüllung des Zweijahrplans

Vom 25. bis 28. Januar 1949 tagte in Berlin die 1. Parteikonferenz der SED. Auf dieser Konferenz, an der 384 gewählte Delegierte und 59 Mitglieder des Parteivorstandes teilnahmen, referierten Wilhelm Pieck über den Kampf um den Frieden und gegen die Kriegshetze, Walter Ulbricht über die Erfahrungen auf dem Gebiet der Staats- und Wirtschaftspolitik und die Durchführung des Zweijahrplans und Otto Grotewohl über die Politik der Partei und die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus. Die Konferenz faßte die seit dem II. Parteitag von der SED für die verschiedenen Gebiete des politischen und wirtschaftlichen Lebens erarbeiteten Grundsätze zusammen, wertete die gesammelten Erfahrungen aus und bestimmte die Linie für den weiteren Kampf um die einheitliche, demokratische deutsche Republik

und die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Ostdeutschland.

Auf ihrer Konferenz warnte die SED das deutsche Volk erneut vor den Gefahren der endgültigen Zerreißung Deutschlands. Sie stellte den nationalen Kampf unter die Losungen: Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und Bildung einer gesamtdeutschen Regierung aus den demokratischen Parteien und Massenorganisationen, Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und Abzug der Besatzungsmächte, restlose Ausrottung des Militarismus und Nazismus in ganz Deutschland, Aufbau einer deutschen Friedenswirtschaft.

Die 1. Parteikonferenz erklärte die Festigung der Errungenschaften der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zur wichtigsten Aufgabe der SED. „Es kommt für uns darauf an", betonte Wilhelm Pieck, „für die uns heute gestellten Aufgaben in der sowjetischen Besatzungszone und auch in ganz Deutschland die breiteste demokratische Kampffront zu schaffen und uns diese Aufgabe nicht dadurch zu erschweren, daß wir in Erörterungen eintreten, was weiter in Deutschland und in der sowjetischen Besatzungszone geschehen wird, wenn wir die erforderlichen Sicherungen und Voraussetzungen der Erfüllung unserer demokratischen Forderungen erreicht haben... Es kommt heute darauf an, den allgemeinen Kampf des deutschen Volkes um Frieden und Einheit, um die nationalen Interessen des deutschen Volkes mit dem Kampf des Proletariats für den Sozialismus in einem gemeinsamen Strom des Kampfes gegen den Imperialismus zu vereinen."[226]

Die SED ging davon aus, daß zwischen dem Kampf um Demokratie und dem Kampf um Sozialismus kein Widerspruch besteht, daß aber jede Situation ein genaues Bestimmen der vordringlichsten Aufgaben, klares Festlegen der nächsten Schritte erfordert, daß keine notwendige Stufe übersprungen werden darf, wenn die Vorhut der Arbeiterklasse nicht in die Isolierung geraten will. Anfang 1949 bedeutete das, alle Möglichkeiten zur Entwicklung einer umfassenden nationalen Bewegung auszuschöpfen, um die Gründung des Westzonenstaates doch noch zu verhindern oder mindestens zu erschweren.

Grundaufgabe des nationalen Kampfes war und blieb, die antifaschistisch-demokratische Ordnung in Ostdeutschland auf allen Gebieten zu stärken, insbesondere durch die Festigung der Hegemonie der Arbeiterklasse. Deshalb erklärte Walter Ulbricht: „Es genügt nicht mehr, von der führenden Rolle der Arbeiterklasse zu reden. Es ist vielmehr

[226] Protokoll der Ersten Parteikonferenz, S. 70/71.

notwendig, daß sich die Arbeiterklasse täglich ihre führende Rolle erwirbt, indem sie sich an die Spitze des Kampfes um die Erfüllung des Wirtschaftsplanes stellt, indem sie lernt, im Wirtschafts- und Staatsapparat vorbildlich für die Erfüllung der Pläne zu arbeiten, indem sie sich mit den Erkenntnissen der fortschrittlichen Wissenschaft vertraut macht und indem sie unter Führung ihrer Partei, der Sozialistischen Einheitspartei, und im Block mit den demokratischen Organisationen eine breite Bewegung für den demokratischen Aufbau entfaltet."[227] Walter Ulbricht erklärte den Delegierten die Ziele des Zweijahrplans und das Wesen der demokratischen Wirtschaftspolitik. Er wies nach, wie mit den Methoden des ökonomischen Wettbewerbs das Übergewicht des volkseigenen Sektors über den kapitalistischen Sektor in der Volkswirtschaft hergestellt werden muß. Die Delegierten wurden aufgerufen, die Volkskongreßbewegung in den Kampf um die Planerfüllung mit einzubeziehen.

Otto Grotewohl schätzte in seinem Referat die bisherigen Erfolge auf dem Wege zur Partei neuen Typus ein und erläuterte die von der Parteiführung vorgeschlagenen Maßnahmen zur weiteren politisch-ideologischen und organisatorischen Stärkung der SED. Er analysierte die geschichtlichen Erfahrungen der deutschen Arbeiterklasse und das sowjetische Beispiel, um allen Mitgliedern der SED die Bedeutung der Partei neuen Typus und des Leninismus anschaulich vor Augen zu führen.

Die in den Referaten von Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht entwickelte politische Linie wurde in der Entschließung der Konferenz „Die nächsten Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands"[228] niedergelegt. Sie bildete die Plattform für die Tätigkeit der SED bis zum nächsten Parteitag. Die Entschließung lenkte die Aufmerksamkeit der Parteimitglieder darauf, ihre Tätigkeit in den Gewerkschaften und den anderen demokratischen Massenorganisationen zu verbessern. Außerdem beschloß die Parteikonferenz ein Manifest an das gesamte schaffende deutsche Volk und Maßnahmen zur Durchführung der kulturellen Aufgaben im Rahmen des Zweijahrplans.

Mit dem Beschluß über die kulturellen Aufgaben wurde erstmals ein von den Erfordernissen des Wirtschaftsplans ausgehendes Programm für die Entwicklung von Volksbildung, Wissenschaft und For-

[227] Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. III, S. 327.
[228] Dokument Nr. 57.

schung, Kunst und Literatur aufgestellt. Für das Gebiet der Volksbildung wurden Schritte festgelegt, um das fachliche Können der Arbeiter und Bauern zu heben. Insbesondere sollte das System der Berufs-, Fach- und Ingenieurschulen wesentlich erweitert und die Ausbildung verbessert werden. Für die Wissenschaft wurden Maßnahmen zur Erweiterung der Forschungskapazitäten vorgeschlagen. Die Forschung sollte besonders auf folgenden Gebieten entwickelt werden: Metallurgie, Lichttechnik, Elektrotechnik, Kunstfasern und Kunststoffe, Kohleverwertung, Bauwesen, Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft. Über die DWK sollte eine enge Verbindung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft hergestellt werden. Die Deutsche Verwaltung für Volksbildung wurde verpflichtet, dafür zu sorgen, daß den Kindern der Arbeiter, Bauern und fortschrittlichen Intellektuellen der Besuch der Universitäten und Hochschulen in stärkerem Maße ermöglicht wird. Die Künstler forderte der Beschluß auf, durch Entwicklung einer realistischen Kunst und durch Streben nach höchster Meisterschaft ihren Beitrag zu leisten, um Arbeitsfreude und Optimismus zu wecken.

Der Gedanke, daß der Plan die schöpferische Tätigkeit von Millionen Menschen bestimmt, sollte sich auch auf dem Gebiet der Kultur bestätigen, in der kulturellen Selbstbetätigung der Werktätigen, in einer engen Verbindung zwischen Kunst und Volk. Zu diesem Zweck sah der Beschluß vor, auch die notwendigen materiellen Voraussetzungen zu schaffen, Klubhäuser und Kulturräume einzurichten, Betriebs- und Volksbüchereien aufzubauen oder zu erweitern sowie Presse und Rundfunk für einen raschen Aufschwung der demokratischen Kultur nutzbar zu machen.

Die 1. Parteikonferenz bestätigte wichtige Beschlüsse, die von der 16. (30.) Tagung des Parteivorstandes am 24. Januar 1949 gefaßt worden waren. Sie beschloß, das Prinzip der Parität aufzuheben. Vom Gründungsparteitag bis zur 1. Parteikonferenz waren diesem Prinzip zufolge alle wichtigen Funktionen von den Grundorganisationen bis zur Parteiführung jeweils mit einem ehemaligen Kommunisten und einem ehemaligen Sozialdemokraten besetzt worden. Dieses Vorgehen hatte sich im Laufe der Zeit überlebt und war zu einem Hemmschuh geworden. Kommunisten und Sozialdemokraten bildeten bereits eine feste Einheit, doch die Parität konservierte die im Leben überwundene Einteilung der Mitglieder nach ihrer parteipolitischen Herkunft. Nach der Vereinigung waren zahlreiche klassenbewußte und befähigte neue

Mitglieder der Partei beigetreten und hatten große politische Erfahrungen gesammelt, doch die Parität schloß diese Kader von leitenden Funktionen aus. Deshalb bedeutete der Beschluß der Konferenz, die besten und fähigsten Genossen unabhängig von ihrer früheren Parteizugehörigkeit in leitende Funktionen zu wählen, einen großen Fortschritt im Leben der Partei. Gleichberechtigte Vorsitzende der Partei waren weiterhin Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck.

Die 1. Parteikonferenz stimmte der Entschließung des Parteivorstandes der KPD über die Auflösung der Arbeitsgemeinschaft SED/KPD zu.

Um die SED vor dem Eindringen parteifremder und karrieristischer Elemente zu sichern und die soziale Zusammensetzung der Partei zu verbessern, wurde die Einführung der Kandidatenzeit beschlossen. Abhängig von seiner sozialen Herkunft und Stellung, mußte nun jeder Bewerber eine ein- oder zweijährige Kandidatenzeit durchlaufen, ehe er als Mitglied in die SED aufgenommen werden konnte. Durch die Kandidatenzeit wurden die künftigen Parteimitglieder gründlicher auf ihre Mitgliedschaft vorbereitet.

Zur besseren operativen politischen Leitung der Partei wurde das Politbüro des Parteivorstandes gebildet. In dieses kollektive Führungsorgan wurden außer den beiden Vorsitzenden der Partei, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, als Mitglieder gewählt: Franz Dahlem, Friedrich Ebert, Helmut Lehmann, Paul Merker, Walter Ulbricht; als Kandidaten Anton Ackermann und Karl Steinhoff. Zur Unterstützung des Politbüros, zur Kontrolle über die Durchführung seiner Beschlüsse und zur Erledigung der laufenden Arbeiten wurde das Kleine Sekretariat des Politbüros unter dem Vorsitz von Walter Ulbricht geschaffen. Mit der Bildung des Politbüros wurde die Kollektivität der Parteiführung erhöht. Das Politbüro war dem Parteivorstand verantwortlich und erstattete ihm regelmäßig Bericht.

Die 1. Parteikonferenz bestätigte den Beschluß der 13. (27.) Tagung des Parteivorstandes über die Bildung der Zentralen Parteikontrollkommission und von Parteikontrollkommissionen in den Ländern und Kreisen. Pflicht dieser Kommissionen war es, über die Einheit und Reinheit der Partei zu wachen. Zu Vorsitzenden der Zentralen Parteikontrollkommission wurden auf der 16. (30.) Tagung des Parteivorstandes Otto Buchwitz und Hermann Matern gewählt. Damit übernahmen zwei Parteifunktionäre die Leitung der Kontrollkommission, die wegen ihrer stets bewiesenen Treue zur Sache der Arbeiterklasse

und ihrer engen Verbindung zu den werktätigen Massen großes Ansehen und das Vertrauen der Parteimitgliedschaft genossen.

Die 1. Parteikonferenz bestätigte, daß die SED ihre Grundsätze und Ziele erfolgreich verwirklichte. Die Partei hatte ihre Fähigkeit bewiesen, unter den komplizierten Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland eine marxistisch-leninistische Politik zu betreiben. Ihre Erfolge bei der Lösung der zahlreichen neuen Probleme zeugten von ihrer wachsenden theoretischen Reife und der Kraft ihrer Organisation.

In den Jahren nach der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus hatte die Partei die in den Beschlüssen der Brüsseler und der Berner Konferenz der KPD und in den Dokumenten des Nationalkomitees „Freies Deutschland" niedergelegte strategische und taktische Konzeption in die Tat umgesetzt. Hatte die Führung der KPD in den Jahren der Illegalität die Leninsche Revolutionstheorie, insbesondere die in dem Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" dargelegten Gedanken, auf die spezifischen Bedingungen in Deutschland angewendet, so hatte nun der Kampf der SED in der Praxis bestätigt, daß diese marxistisch-leninistischen Erkenntnisse auch für Deutschland Gültigkeit besitzen. Das Ringen um eine antifaschistisch-demokratische Ordnung hatte der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten den entscheidenden Einfluß im staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben gesichert und somit einen günstigen Ausgangspunkt für die künftige Entwicklung zur sozialistischen Gesellschaftsordnung geschaffen.

Wie die kommunistischen und Arbeiterparteien der volksdemokratischen Länder, so sammelte auch die SED große Erfahrungen bei der Verwirklichung ihrer revolutionären Ziele. Die SED hatte einen Weg gewiesen, wie in Deutschland die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen demokratischen Kräften den alten Staatsapparat beseitigen und Organe einer neuen, demokratischen Staatsmacht schaffen kann. Sie gab mit der demokratischen Bodenreform ein Beispiel für eine konsequent demokratische Lösung der Agrarfrage, die zur Entmachtung des Junkertums und zur Demokratisierung des Dorfes führte, ein enges Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft schuf und den Weg für eine spätere sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft ebnete. Sie zeigte, wie in einem hochindustrialisierten Land der Kampf um die Enteignung der Konzernherren erfolgreich geführt werden kann. Sie erkannte, daß unter den Bedingungen der antifaschistisch-demokrati-

schen Umwälzung herkömmliche parlamentarische Formen, wie das Volksbegehren und der Volksentscheid, einen neuen Inhalt erhalten und daß solche demokratischen Einrichtungen wie überhaupt das ganze System der Volksvertretungen – insbesondere die Landtage als die damals höchsten Organe – zielstrebig in den Dienst der demokratischen Umgestaltung gestellt werden müssen. Die SED ging richtig davon aus, daß der faschistische Ungeist nur ausgerottet werden kann, wenn die Ideen der kämpferischen Demokratie und des Humanismus in die Massen getragen werden, daß erst auf dem Boden einer antifaschistisch-demokratischen Erneuerung des kulturellen und geistigen Lebens allmählich das sozialistische Bewußtsein der Massen entwickelt werden kann. Mit ihrer Kulturpolitik bestätigte sie, daß nicht nur von der proletarischen Kultur, sondern von allen demokratischen und humanistischen kulturellen Traditionen Impulse für die demokratische Erneuerung ausgehen können, daß die Arbeiterklasse in der Tat die berufene Erbin alles dessen ist, was die großen humanistischen Wissenschaftler und Künstler dem deutschen Volk in ihren Schöpfungen hinterlassen haben.

Diese Erfolge konnte die SED erzielen, weil es ihr gelungen war, eine antifaschistisch-demokratische Kampffront zu schmieden. Sie war die erste Partei, die nach 1945 aus der Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten hervorging. Ihre Gründung zählt zu den größten Leistungen in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung; denn damit wurde die Einheit der Arbeiterklasse in großen Teilen eines Landes hergestellt, in dem die Spaltung der Arbeiterbewegung besonders tief und verhängnisvoll gewesen war, in dem nicht nur die revolutionäre Arbeiterbewegung große Traditionen besaß, sondern auch die opportunistische Richtung tiefe Wirkung ausgeübt hatte. Sowohl in der Aktionseinheit als auch im Prozeß der Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten sammelte die Partei wertvolle Erfahrungen.

Neue Wege ging die Partei mit der Herstellung eines Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien, der die Grundlagen für eine Zusammenarbeit aller Parteien und Massenorganisationen in Ostdeutschland auf weite Sicht schuf. Das gleiche gilt für die Herausbildung der Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden, aus der die Nationale Front des demokratischen Deutschland hervorwuchs. Erstmalig in der deutschen Geschichte war es dank dieser Politik der imperialistischen Reaktion nicht mehr möglich, die Kräfte des

Volkes aufzusplittern und gegeneinander auszuspielen. Die von Karl Marx und Friedrich Engels begründete Idee von der welthistorischen Mission der Arbeiterklasse als Befreierin der ganzen Gesellschaft wurde in Ostdeutschland Wirklichkeit.

In der unter Führung der SED errungenen antifaschistisch-demokratischen Ordnung nahm die Arbeiterklasse eine neue Stellung ein. Nachdem durch die demokratischen Umwälzungen ein volkseigener Sektor der Wirtschaft entstanden war, traten die konstruktiven Aufgaben der Arbeiterklasse, der Kampf um die Entwicklung der Produktivkräfte und die Vervollkommnung der neuen Produktionsverhältnisse immer mehr in den Vordergrund der Tätigkeit der SED. Mit ihrer Wirtschaftspolitik orientierte die Partei auf die weitere sozialökonomische Umgestaltung der Gesellschaft auf dem Wege des ökonomischen Wettbewerbs zwischen den verschiedenen Sektoren der Wirtschaft.

Nicht jene sozialdemokratischen Führer, die 1945 den Sozialismus zur Tagesaufgabe erklärt hatten, sondern die SED, die beharrlich für die Vernichtung des deutschen Imperialismus und Militarismus und für eine Demokratie neuen Typus, eine wirkliche Demokratie des Volkes, kämpfte, ebnete den Weg zum Sozialismus.

Durch die konsequente Verwirklichung der Demokratie entstanden im Schoße der antifaschistisch-demokratischen Ordnung Elemente des Sozialismus:

Es entwickelte und festigte sich die Hegemonie der Arbeiterklasse, besonders auf politisch-staatlichem Gebiet und in den wirtschaftlichen Positionen. Die revolutionär-demokratische Staatsmacht zeichnete sich dadurch aus, daß in ihr die Arbeiterklasse die führende Kraft war, daß sie ein Klassenbündnis verkörperte, auf das sich die Arbeiterklasse auch beim Übergang zum Sozialismus stützen konnte.

In der Wirtschaft existierte ein volkseigener Sektor, in dem das kapitalistische Profitstreben außer Kraft gesetzt war und von dem ein starker Einfluß auf die Wirtschaft überhaupt ausging, der Wirkungen von ökonomischen Gesetzen des Kapitalismus einschränkte.

Das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den übrigen werktätigen Schichten, besonders mit der Bauernschaft, festigte sich. Mit dem Beginn der langfristigen Wirtschaftsplanung begann sich dieses Bündnis zu einem Produktionsbündnis zu entwickeln.

Es gab bereits Ansätze der planmäßigen Lenkung und Leitung wichtiger Bereiche der Wirtschaft. Die Wirtschaftspolitik trug schon

der Tatsache Rechnung, daß sich die volkseigene Wirtschaft nicht mehr nach den Gesetzen der kapitalistischen Konkurrenz entwickeln konnte, sondern eine planmäßige, proportionale Entwicklung erforderte.

Auch die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung, die von einer neuen Einstellung zur Arbeit zeugte, war bereits ein Element des Sozialismus.

Mit diesen Elementen des Sozialismus, die sich in dieser Form und Reife nur in einer demokratischen Ordnung neuen Typus herausbilden konnten, waren günstige Bedingungen für einen friedlichen Übergang zum Sozialismus gegeben, der zwar eine Phase heftigen Klassenkampfes darstellte, der aber nicht zu bewaffneten Auseinandersetzungen führte und eine stetige Entwicklung der Produktivkräfte und die Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums gestattete. Die Herausbildung von Elementen des Sozialismus bestätigte, daß die SED die Perspektiven der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung richtig vorausgesehen hatte, als sie in ihren Grundsätzen und Zielen die Möglichkeit eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus ins Auge gefaßt hatte.

Die SED war nicht die einzige Partei, die in ihrem Kampf neue wertvolle Erfahrungen bei der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft sammelte. Vor ähnlichen Problemen standen die Parteien in den volksdemokratischen Ländern, die sich alle von den Ideen des Marxismus-Leninismus und besonders von den auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale verallgemeinerten Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung leiten ließen. Doch jede Partei mußte diese Probleme unter den spezifischen Bedingungen ihres Landes lösen.

Die SED mußte im Unterschied zu den meisten Bruderparteien – die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei ausgenommen – die demokratische Umwälzung in einem industriell hochentwickelten Land im Herzen Europas vollziehen, in einem jener Länder, von denen W. I. Lenin gesagt hatte, daß dort die Revolution schwerer zu beginnen sei, daß es aber leichter sein werde, sie fortzuführen. Die SED mußte das Werk der demokratischen Umwälzung in einem Lande in Angriff nehmen, in dem der Faschismus in seiner barbarischsten Form in Erscheinung getreten war und einen besonders tiefen Einfluß auf das Denken und Tun der Massen der Bevölkerung ausgeübt hatte. Sie kämpfte unter komplizierten Bedingungen, die sich aus der Besetzung großer Teile Deutschlands durch die Armeen imperialistischer Staaten

und die fortschreitende Spaltung des Landes ergaben. Ihr Ringen war ein stetes Bemühen, die Einheit von nationalem und sozialem Kampf zu wahren.

Ihre richtige Politik und deren Konsequenz sicherten der SED trotz der vielen Schwierigkeiten des Kampfes, trotz des pausenlosen Druckes des Gegners die Sympathie und Unterstützung der besten Kräfte des werktätigen Volkes.

Die Beratungen der 1. Parteikonferenz spornten die Parteiaktivisten und die fortgeschrittensten Arbeiter zu größeren Leistungen an. Von April bis Juni 1949 führten die volkseigenen Stahl- und Walzwerke einen Wettbewerb unter der Losung „Mehr Stahl bedeutet mehr Brot" durch. Ohne Stahl gab es keine Maschinen, ohne Maschinen keine Kleidung, kein Brot, aber gerade an Stahl fehlte es in der Wirtschaft am meisten.

Ehe der Wettbewerb der Stahlwerker beginnen konnte, mußten zunächst die Stahlwerke in einen Zustand versetzt werden, der die Nutzung ihrer Kapazitäten überhaupt erst ermöglichte. Die Stahlwerker waren bereit, mehr Stahl zu schmelzen, doch mit den Schwierigkeiten beim Wiederaufbau ihrer Produktionsstätten konnten sie allein nicht fertigwerden. In dieser Situation erwies sich, daß ein neues Denken die fortschrittlichen Menschen auszeichnete. Viele Werktätige verstanden, daß in den Stahlwerken über ihr Schicksal mitentschieden wurde, und machten die Steigerung der Stahlproduktion zu ihrer eigenen Sache.

In der Maxhütte Unterwellenborn war die Produktion gefährdet, wenn nicht die Wasserzufuhr gesichert wurde. Im Januar 1949 rief der Zentralrat der FDJ seine Mitglieder zur Aktion „Max braucht Wasser" auf. Begeistert folgten zahlreiche Jungen und Mädchen diesem Ruf. Die Arbeit war hart, doch bereits nach neunzig Tagen floß das Wasser zum Stahlwerk.

Das Stahlwerk Gröditz glich Anfang 1949 noch einer Trümmerwüste. Die Kräfte der Belegschaft reichten nicht aus, um Ordnung zu schaffen. Da riefen die Volksausschüsse der umliegenden Kreise Döbeln, Dresden, Großenhain, Meißen und Oschatz die Bevölkerung zu freiwilligen Arbeitseinsätzen auf. Die Meldungen überschritten weit den Arbeitskräftebedarf. An fünf Sonntagen strömten 15000 Helfer nach dem oft viele Kilometer entfernten Gröditzer Stahlwerk. Mit ihrer Hilfe wurden 361,5 t Schrott geborgen, 138,5 t Nutzeisen gewonnen, 1250 qm Dachfläche verschalt, 85 qm Fenster verglast,

1,5 km Kabel verlegt und 343 t Maschinen, Werkzeuge und Material transportiert.

Auf diese enthusiastischen Arbeitsleistungen gestützt, wurde der Stahlwettbewerb ein großer Erfolg. Die Gewerkschaften machten den Wettbewerb zu ihrer vordringlichen Aufgabe, so daß er nach und nach auch alle anderen wichtigen Produktionszweige erfaßte. Im Juli 1949 standen insgesamt 2695 Betriebe mit 580000 Belegschaftsmitgliedern im Wettbewerb. Die Sowjetunion unterstützte die Anstrengungen der deutschen Werktätigen durch die Lieferung von Walzwerkausrüstungen und Lebensmitteln.

Im Juli 1949 löste Luise Ermisch durch die Bildung der ersten Qualitätsbrigade in den Halleschen Kleiderwerken die Qualitätsbewegung aus. Ihre Brigade erreichte, daß der Anteil der I. Qualität im Betrieb rasch auf 96 Prozent stieg. Wochen vorher hatte er noch 42 Prozent betragen. Die Arbeitsproduktivität erhöhte sich um 30 Prozent. Auch diese Bewegung wurde von den Gewerkschaften gefördert. Bis Ende Januar 1950 schlossen sich rund tausend Brigaden der Bewegung für ausgezeichnete Qualität an.

1949 nahm die Aktivistenbewegung einen Aufschwung und erfaßte den bewußten Teil der Arbeiterklasse. Im Dezember 1949 waren bei den Gewerkschaften insgesamt 53217 Aktivisten mit ihren Leistungen registriert. Die Gegner der neuen Ordnung hatten eine Schlappe erlitten. Den *einen* Hennecke hatten sie noch angreifen können, gegen die Tausende waren sie ohnmächtig.

Der Deutsche Volksrat schätzte die Produktionsleistungen der Werktätigen der sowjetischen Besatzungszone als eine besonders wirkungsvolle Form des nationalen Kampfes ein. Auf seiner 6. Tagung am 18. und 19. März 1949 stellte Otto Nuschke, Vorsitzender der CDU und einer der Präsidenten des Volksrates, fest: „... wir wollen den nationalen Notstand mit der nationalen Selbsthilfe beantworten. Politisch begann sie bereits mit dem Volksbegehren und der Reise nach Moskau. Wirtschaftlich bedeutet sie für uns die Pflicht, alle Kräfte einzusetzen, um uns in unserem Raume aus eigener Kraft zu helfen. Die Erfüllung und die Übererfüllung des Zweijahrplanes ist ein integrierender Bestandteil der nationalen Selbsthilfe. Die Aktivisten der Arbeit sind auch die Aktivisten der nationalen Selbsthilfe."[229]

Die fortschrittlichen Kräfte des Dorfes wurden von dem neuen Ar-

[229] Deutschlands Stimme (Berlin), Sonderbeilage: Die sechste Tagung des Deutschen Volksrats, 27. März 1949.

beitselan ebenfalls ergriffen. Auf dem Lande entstand ein Netz von Maschinenausleihstationen (MAS). Die bisher teils der VdgB, teils den ländlichen Genossenschaften unterstellten Maschinenausleihstationen, Maschinenhöfe und Reparaturstationen wurden jetzt zu MAS zusammengefaßt. Die MAS wurden im März 1949 in gemischt staatlich-genossenschaftliche Betriebe umgewandelt. Mit Hilfe der Sowjetunion wurden sie mit Traktoren und Lastkraftwagen ausgerüstet. Im Frühjahr 1949 trafen 1000 Traktoren und 540 Lastkraftwagen ein. Darunter waren Traktoren, die im Stalingrader Traktorenwerk hergestellt worden waren, in jener Fabrik, die die faschistischen Truppen wenige Jahre zuvor bei der Schlacht an der Wolga in Schutt und Asche gelegt hatten. In Kundgebungen begrüßte die Bevölkerung diese „Boten des Friedens". Am 21. Mai 1949 wurde in den Horch-Werken in Zwickau der erste Traktor aus eigener Produktion fertiggestellt.

Der Zentralrat der FDJ erließ den Aufruf „FDJler auf die Traktoren!" Binnen weniger Wochen folgten mehr Jugendliche diesem Ruf als eingesetzt werden konnten. Viele dieser jungen Traktoristen halfen der SED, die MAS zu Stützpunkten der Arbeiterklasse auf dem Lande zu entwickeln. Von dem Jungtraktoristen Bruno Kiesler wurde im Oktober 1949 die Aktivistenbewegung auch auf die Landwirtschaft übertragen. Durch gut durchdachte Gerätekopplung erreichte er eine Steigerung der Arbeitsproduktivität um das Doppelte.

Der Arbeitsenthusiasmus der Werktätigen bewährte sich auch beim Bau der Talsperren in Cranzahl und Sosa. Durch Veränderungen der Bodenstruktur und des Klimas waren im Erzgebirge 50 000 Menschen in die Gefahr geraten, ohne Trinkwasser zu sein. Die Volksausschüsse der Kreise Annaberg und Aue riefen die Bevölkerung auf, durch freiwillige Arbeitseinsätze zum beschleunigten Aufbau der Talsperren in Cranzahl und Sosa beizutragen. Tausende legten in freiwilligen Arbeitsschichten Hand an. Im April 1949 wurde die Arbeit aufgenommen, im September desselben Jahres konnten in Cranzahl bereits die ersten 50 000 cbm Wasser gestaut werden. Die „Talsperre des Friedens" in Sosa wurde zum ersten zentralen Jugendobjekt. Auf der Baustelle, über der weithin sichtbar die blauen Banner der FDJ flatterten, schlug die junge Generation eine große Schlacht der friedlichen Arbeit.

Die Jugend sang nicht mehr von Kriegen und Siegen, sondern von Arbeit, Freundschaft und Gemeinsamkeit. Eins der vielen neuen Lieder, die in der Zeit des schweren Anfangs Mut und neue Hoffnung

ausstrahlten, war Bertolt Brechts mitreißendes Aufbaulied nach der aufrüttelnden Melodie von Paul Dessau:

Keiner plagt sich gerne, doch wir wissen:
Grau ist's immer, wenn ein Morgen naht
Und trotz Hunger, Kält und Finsternissen
Stehn zum Handanlegen wir parat.

Jeder sitzt mal gerne unterm Dache
Drum ist aufbaun gar kein schlechter Rat.
Aber es muß sein in eigner Sache
Und so baun wir erst 'nen neuen Staat
...

Besser als gerührt sein, ist: sich rühren
Denn kein Führer führt aus dem Salat!
Selber werden wir uns endlich führen:
Weg der alte, her der neue Staat!

Fort mit den Trümmern
Und was Neues hingebaut!
Um uns selber müssen wir uns selber kümmern
Und heraus gegen uns, wer sich traut![230]

Die Jugend arbeitete und lernte. Der II. Kongreß Junger Aktivisten, der am 2. und 3. April 1949 in Erfurt stattfand, stand unter der Losung: „Jeder ein Meister seines Faches". Das Bildungsprivileg war gebrochen. Die Ziele des Zweijahrplans spornten viele an, ihr Wissen zu vervollkommnen, sich die Schätze der Kultur zu eigen zu machen, die die alte Ordnung den Werktätigen vorenthalten hatte. Die Mehrzahl der Einklassenschulen war durch die demokratische Schulreform bereits abgeschafft. Unterricht und Berufsausbildung wurden verbessert. Erstmalig in der deutschen Geschichte wurden an einigen Universitäten Vorlesungen über die Theorie des Marxismus-Leninismus gehalten.

SED und FDGB riefen die Arbeiter auf, im Kampf um die Planerfüllung ein neues Verhältnis zur alten Intelligenz herzustellen und gleichzeitig aus ihren eigenen Reihen eine neue Intelligenz heranzubilden. Die Belegschaften der Betriebe delegierten befähigte und klassenverbundene junge Menschen an die Vorstudienanstalten, damit sie sich auf ein Hochschulstudium vorbereiteten.

[230] Bertolt Brecht: Hundert Gedichte. 1918–1950, Berlin 1961, S. 251/252.

Noch gab es an den Hochschulen viele Auseinandersetzungen mit reaktionären Kräften, die unter Mißbrauch der „akademischen Freiheiten" die neue Ordnung angriffen. Doch Arbeiter und Bauern faßten auch an den Hochschulen Fuß. Sie nahmen den Kampf gegen Vorurteile, gegen die offenen und versteckten Gegner des Arbeiter-und-Bauern-Studiums auf. Mit ihnen hielt ein neues Denken an den Universitäten und Hochschulen Einzug, ein gesunder demokratischer Geist, der die großen fortschrittlichen Traditionen der deutschen Kultur und Wissenschaft fortführte und mit reaktionären und verstaubten akademischen Borniertheiten aufräumte.

Von der Bewegung für Einheit und gerechten Frieden und von dem Arbeitselan der fortgeschrittensten Werktätigen gingen starke Impulse für die Erneuerung der deutschen Kultur aus. Die SED betrachtete die Pflege der humanistischen deutschen Kultur und die Förderung der antifaschistischen Kulturschaffenden als ihre ureigene Angelegenheit. Die deutsche Kultur war eine der stärksten Triebkräfte nationalen Handelns.

Die Ideologen der imperialistischen Militärpakte und eines „Vereinigten Europas" mißachteten, ja bekämpften die nationalen Traditionen, denn diese standen ihren antinationalen Plänen entgegen. Kosmopolitismus und amerikanische Lebensweise sollten die moralische Widerstandskraft des deutschen Volkes zersetzen. Die Spalter Deutschlands fürchteten nationales Denken. Sie wußten nur zu gut, daß die deutsche Nationalkultur eine große einigende Kraft ausstrahlte. Die SED und die Volkskongreßbewegung riefen das deutsche Volk auf, sich seiner nationalen Kultur zu besinnen, aus ihr Kraft zu schöpfen im Kampf für die edlen Ziele der nationalen Bewegung.

Bis zum Beginn des Zweijahrplans hatte im Mittelpunkt der kulturpolitischen Arbeit die Aufgabe gestanden, die Auswirkungen des faschistischen Ungeistes auf die deutsche Kultur zu überwinden. Nun wurde begonnen, das kulturelle Leben zielstrebig und planmäßig zu entwickeln. Der wirtschaftliche Aufbau war ebenso mit der Pflege des großen Kulturerbes unserer Nation verbunden wie mit der Förderung des antifaschistisch-demokratischen Kulturschaffens.

Am 31. März 1949 nahm die Vollversammlung der DWK die Verordnung über die Erhaltung und die Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, die weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und die Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben an. Diese von Heinrich Rau begründete Vorlage sah

zahlreiche Maßnahmen zur Förderung von Wissenschaft und Kunst vor. Für Wiederherstellungsarbeiten an den Hochschulen und Universitäten wurden 12,5 Millionen DM, für die Wiederinstandsetzung und den Neubau von Schulen 21 Millionen DM bereitgestellt. Es wurde beschlossen, die Deutsche Akademie der Wissenschaften auszubauen und zu reorganisieren und die Bildung einer Deutschen Akademie der Künste in Berlin vorzubereiten. Zur Qualifikation der Lehrer und zur Verbesserung des Unterrichts wurde ein Zentralinstitut, das spätere Deutsche Pädagogische Zentralinstitut, geschaffen. Die Vorstudienanstalten wurden in Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten umgestaltet. Für die Herausgabe wissenschaftlich-technischer Literatur wurde ein besonderer Verlag gegründet. Des weiteren wurden wichtige Beschlüsse zur Verbesserung der Lage der Intelligenz und der Kulturschaffenden gefaßt. Für hervorragende Leistungen deutscher Wissenschaftler, Künstler, Schriftsteller, Ingenieure, Agronomen, Techniker, Meister und Arbeiter wurde der Nationalpreis gestiftet. Für hervorragende Lehrer und Ärzte wurden die Ehrentitel „Verdienter Lehrer des Volkes" beziehungsweise „Verdienter Arzt des Volkes" eingeführt.

Der große deutsche Dichter Heinrich Mann würdigte in einem Brief an Wilhelm Pieck das sich anbahnende neue Verhältnis zwischen Arbeiterklasse und Kulturschaffenden mit den schönen Worten: „Denn Ihr anerkennt bei dem Schriftsteller die moralisch-politische Wirkung auf die Nation, ja, auf die Welt ... Jeder vorgeschrittene Autor schreibt, wie Ihr handelt: für die Zukunft ... Auf seiten des aufrichtigen Handelns und geraden Denkens ist im vorhinein der Erfolg. Das einheitliche demokratische Deutschland, der gerechte Friede sind gesicherte Tatsachen, die vergebens noch eine Weile verdunkelt werden. Sie haben für sich das Leben selbst. Ich bekenne mich, solange ich es habe, zu dem Leben, und freue mich, das Bekenntnis zu teilen mit Euch."[231]

Wie Heinrich Mann, so stellte die Mehrzahl der antifaschistischen Schriftsteller ihr Schaffen in den Dienst eines neuen, demokratischen Deutschlands und reihte sich ein in die patriotische Bewegung gegen die imperialistische Spaltungspolitik. Das literarische Schaffen war zunächst vor allem der Abrechnung mit der faschistischen Vergangenheit gewidmet. Die antifaschistisch-demokratische Literatur setzte den Helden des Widerstandskampfes ein bleibendes Denkmal. Jetzt wurde

[231] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, NL 36/B 11–3.

die in der Emigrationszeit entstandene antifaschistische Literatur in hohen Auflagen verbreitet und durch neue Werke bereichert, die eine große Rolle bei der demokratischen Umerziehung des Volkes spielten.

In der Dichtung Johannes R. Bechers verbanden sich humanistische Traditionen der deutschen Klassik mit dem sozialistischen Humanismus. Als Dichter und Kulturpolitiker gleichermaßen tätig, übte er mit seinem Schaffen bleibenden Einfluß auf die Erneuerung der deutschen Kultur aus. 1946 erschienen von ihm sein „Deutsches Bekenntnis" und die „Erziehung zur Freiheit". Kuba (Kurt Barthel) trat 1948 mit seinem „Gedicht vom Menschen" an die Öffentlichkeit. Die Kämpfer der deutschen Arbeiterklasse waren die Helden in den Romanen „Die Toten bleiben jung" von Anna Seghers, „Die Söhne" von Willi Bredel und in Friedrich Wolfs Drama „Wie die Tiere des Waldes". Bernhard Kellermann rechnete in seinem Roman „Totentanz" mit den Hauptschuldigen des Faschismus ab. Von Hans Fallada erschien der Roman „Jeder stirbt für sich allein". Albert Nordens „Lehren deutscher Geschichte" und Alexander Abuschs „Irrweg einer Nation" trugen dazu bei, das preußisch-deutsche und das faschistische Geschichtsbild zu überwinden.

Im Dezember 1947 wurde die Komische Oper in Berlin wiedereröffnet, die unter der Leitung Walter Felsensteins mit ihren hervorragenden Inszenierungen ein realistisches Musiktheater von Weltruf wurde. Bertolt Brecht gründete 1949 das „Berliner Ensemble", mit dem er der Schauspielkunst neue Wege wies, und vollendete sein Stück „Die Tage der Commune" und überarbeitete sein Stück „Leben des Galilei". Arnold Zweig – 1948 aus der Emigration nach Deutschland zurückkehrend – entschied sich für die demokratische Ordnung im Osten Deutschlands. Heinrich Mann bejahte in seiner 1947 erschienenen Autobiographie „Ein Zeitalter wird besichtigt" die historische Rolle der Arbeiterklasse und den Sozialismus. Er nahm die Berufung zum Präsidenten der Deutschen Akademie der Künste zu Berlin an, verschied aber kurz vor seiner Übersiedlung nach Deutschland.

Im Mai 1946 war mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht die neue Filmgesellschaft DEFA gegründet worden. Sie führte mit ihren ersten Filmen „Die Mörder sind unter uns" (Buch und Regie: Wolfgang Staudte), „Ehe im Schatten" (Buch und Regie: Kurt Maetzig), „Affäre Blum" (Buch: Robert A. Stemmle, Regie: Erich Engel), „Rotation" (Buch und Regie: Wolfgang Staudte) und „Die Buntkarier-

ten" (Buch: Berta Waterstradt, Regie: Kurt Maetzig) das humanistische deutsche Filmschaffen zu künstlerischer Meisterschaft.

Einen großen Aufschwung erlebte die Chor- und Laienmusikbewegung, die die Traditionen der Gesangvereine und Kulturgruppen der Arbeiterbewegung fortführte. Angeregt durch die Gastspiele sowjetischer Chöre und Volkskunstensembles, schrieben Berufs- und Laienkomponisten zahlreiche Jugend- und Aufbaulieder, die vom sowjetischen Massenlied und von der russischen Folklore beeinflußt waren. Weite Verbreitung fanden die Lieder von Andre Asriel, Eberhard Schmidt und Joachim Werzlau. „Jugend, erwach'", „Wir lieben das fröhliche Leben" und andere Lieder wurden von den Gruppen der FDJ gesungen. Neben diesen Neuschöpfungen wurden in Deutschland nun auch jene Lieder bekannt, die Paul Dessau, Hanns Eisler, Louis Fürnberg, Ernst Hermann Meyer und andere in der Emigration geschrieben hatten. Das Lied der Thälmann-Kolonne von Paul Dessau, das Einheitsfrontlied von Hanns Eisler, „Du hast ja ein Ziel vor den Augen" und „Das neue Leben" von Louis Fürnberg waren nicht nur in Kulturveranstaltungen, sondern in Versammlungen, bei Kundgebungen und Demonstrationen allerorts zu hören.

Die antifaschistisch-demokratische Ordnung tat trotz der riesigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, gegen die sie anzukämpfen hatte, viel zur Förderung von Kunst und Wissenschaft. Deshalb bekannten sich bedeutende Künstler und Wissenschaftler zu ihr: der Schauspieler Eduard von Winterstein, die Komponisten Max Butting und Rudolf Wagner-Régeny, die Dirigenten Hermann Abendroth und Franz Konwitschny. Hier hatten Gelehrte wie Prof. Dr. Theodor Brugsch, Prof. Dr. Erich Correns, Prof. Dr. Walter Friedrich, Prof. Dr. Johannes Stroux und andere nicht nur die Möglichkeit, ihren Forschungen nachzugehen, sondern mit ihrem reichen Wissen an der Gestaltung einer neuen, fortschrittlichen Ordnung unmittelbar teilzunehmen.

Das Jahr 1949 stand im Zeichen des Gedenkens an den 1749 geborenen deutschen Nationaldichter Johann Wolfgang von Goethe. Das Schaffen dieses Genius unserer Nation fand jetzt den Weg zum werktätigen Volk. Otto Grotewohl rief zur Goethe-Feier der deutschen Jugend am 21. und 22. März in Weimar die Jungen und Mädchen auf, sich des verpflichtenden Goetheschen Erbes würdig zu erweisen und tätig am Aufbau eines friedliebenden, demokratischen und einheitlichen Deutschlands teilzunehmen, nicht mehr Amboß, sondern Hammer zu sein.

Höhepunkt des Goethe-Jahres wurden die Goethe-Festtage der deutschen Nation in Weimar, an denen auch Thomas Mann, der große Repräsentant der fortschrittlichen bürgerlichen Kultur, teilnahm. Während der Goethe-Festtage verlieh Wilhelm Pieck im Auftrage der Deutschen Wirtschaftskommission erstmalig an 48 Persönlichkeiten und Kollektive Nationalpreise für hervorragende wissenschaftliche, technische, künstlerische und literarische Leistungen. Diese Ehrung bekundete, daß die antifaschistisch-demokratische Ordnung mit der Kulturbarbarei des Faschismus gründlich aufgeräumt hatte und der humanistischen Kultur aus Vergangenheit und Gegenwart eine wahre Heimstätte gegeben hatte.

6. Die Herausbildung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland im Kampf gegen die Konstituierung des westdeutschen Separatstaates

Im Frühjahr 1949 gelang es den USA, ein wichtiges Etappenziel ihrer aggressiven Politik zu erreichen: den Abschluß eines Militärbündnisses mit Westeuropa. Nachdem eine Reihe von europäischen Ländern unter dem Druck der amerikanischen Monopole schrittweise für einen solchen Pakt reif gemacht worden waren, unterzeichneten am 4. April 1949 Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal und die USA in Washington den Nordatlantikpakt (NATO). 1952 erfolgte noch der Beitritt Griechenlands und der Türkei.

Als sich 1948/1949 die Kriegshetze gegen die Sowjetunion immer mehr steigerte, erklärten die Kommunistischen Parteien Frankreichs, Großbritanniens und Italiens im Namen ihrer Völker, daß sie im Falle eines Krieges gegen die Aggressoren auftreten und für die Sowjetunion einstehen werden. Am 1. März 1949 stellte das Politbüro des Parteivorstandes der SED fest: „Auch das deutsche Volk fühlt sich eng verbunden mit allen Völkern, die die Kriegshetze gegen die Sowjetunion bekämpfen und keinen neuen Krieg wollen. Das deutsche Volk muß sich dabei bewußt sein, daß der Krieg gegen die Sowjetunion in erster Reihe auf deutschem Boden ausgefochten und dabei der Rest von Deutschland zerstört werden würde, der noch vom Hitlerkrieg übriggeblieben ist.

Die Sowjetunion ist kein Aggressor, sondern die stärkste Friedensmacht der Welt. Das Politbüro der SED ruft deshalb das deutsche Volk auf, sich mit aller Entschiedenheit gegen die Kriegshetze und die Kriegsvorbereitungen der Westmächte gegen die Sowjetunion zur Wehr zu setzen. Im Falle der Aggression muß das deutsche Volk gegen die Aggressoren kämpfen und die Sowjetarmee in der Herbeiführung des Friedens unterstützen."[232] Diese Erklärung wurde notwendig, weil die Westmächte eine Politik am Rande des Krieges betrieben.

Schon frühzeitig wurden Pläne geschmiedet, die Westzonen in dieses aggressive Paktsystem einzubeziehen. Dwight D. Eisenhower charakterisierte später die Schlüsselstellung, die Westdeutschland in den amerikanischen Überlegungen einnahm, mit den Worten: „Hier im Herzen Europas liegt ein 246000 Quadratkilometer großes Gebiet mit einer Bevölkerung von annähernd 50 Millionen fleißigen und hochqualifizierten Arbeitskräften. Das an Bodenschätzen und Industrie reiche Westdeutschland erreicht allein die Hälfte der jährlichen Stahlproduktion der übrigen westeuropäischen Staaten zusammen. Die Kohlevorkommen des Ruhrgebietes und die Industriezentren, die es mit Energie versorgt, gehören zu den wichtigsten wirtschaftlichen Gegebenheiten in Europa überhaupt ... Als dem geographischen Zentrum Europas kommt Westdeutschland eine große strategische Bedeutung für die Verteidigung des Kontinents zu. Mit Westdeutschland auf unserer Seite werden die NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa eine feste und durchgehende Front von der Ostsee bis zu den Alpen bilden."[233]

Der Stellung, die die Westzonen in den als Verteidigungsmaßnahmen getarnten aggressiven Plänen der imperialistischen Mächte einnahmen, war sich die deutsche Monopolbourgeoisie durchaus bewußt. Es war ihr Ziel, die aggressiven Bestrebungen der Westmächte für die eigenen reaktionären Pläne nutzbar zu machen. Sie wollte im Schoße eines imperialistischen Paktsystems zu neuer Macht gelangen, ihre eigene Militärmaschine neu erstehen lassen und schließlich den imperialistischen Militärblock für die eigenen Ziele, für die Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, ausnutzen. Sie war bereit, die nationalen Interessen preiszugeben und sich den Weltherrschaftsplänen der

[232] Dokumente der SED, Bd. II, S. 220.

[233] Zit. nach: Karl Bittel: Atlantikpakt oder kollektive Sicherheit für Europa, Berlin 1954, S. 43.

USA unterzuordnen, um ihre Klassenherrschaft zu retten. Der erste Schritt auf diesem Wege sollte die Gründung eines westdeutschen Separatstaates sein. Es war deshalb kein Zufall, daß die Formierung der NATO und die Herausbildung des Bonner Separatstaates Hand in Hand gingen.

Am 10. April 1949 ließen die drei westlichen Militärgouverneure dem Parlamentarischen Rat in Bonn das Besatzungsstatut[234] überreichen. In diesem Statut hieß es, „daß das deutsche Volk in dem Zeitraum, während dessen das Fortdauern der Besatzung notwendig ist, das größtmögliche Maß an Selbst-Regierung genießt, das mit einer solchen Besatzung vereinbar ist"[235]. In Wahrheit diente das Statut dem Zweck, der imperialistischen Bourgeoisie die Möglichkeit einzuräumen, ihren Separatstaat aus der Taufe zu heben. Die Militärgouverneure behielten sich so weitgehende Rechte vor, daß eine künftige westdeutsche Regierung kaum Souveränitätsrechte ausüben konnte.

In allen für das staatliche Leben wichtigen Bereichen behielten sich die Besatzungsmächte Sonderbefugnisse vor. Diese Sondervollmachten erstreckten sich unter anderen auf folgende Gebiete: auswärtige Angelegenheiten, Kontrolle über Außenhandel und Devisenwirtschaft, Kontrolle über innenpolitische Maßnahmen, Kontrollmaßnahmen hinsichtlich der Ruhr, ausländische Vermögenswerte in Deutschland und vermögensrechtliche Ansprüche gegen Deutschland, Deckung der Kosten der Besatzung und ihrer sonstigen Bedürfnisse. Das Besatzungsstatut entzog einer westdeutschen Regierung das Recht, Schritte zur Herstellung der Einheit Deutschlands zu unternehmen.

Neben den zahlreichen Einzelvorbehalten enthielt das Besatzungsstatut einen „Generalvorbehalt": „Die Besatzungsbehörden behalten sich jedoch das Recht vor, entsprechend den Weisungen ihrer Regierungen die Ausübung der vollen Gewalt ganz oder teilweise wieder zu übernehmen, wenn sie dies für unerläßlich erachten für die Sicherheit oder zur Aufrechterhaltung der demokratischen Ordnung in Deutschland oder auf Grund der internationalen Verpflichtungen ihrer Regierungen."[236] Auf Grund dieser Klausel konnten die Besat-

[234] Dokument Nr. 61.

[235] Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und Besatzungsstatut. Mit einer Einleitung von Staatsrat Prof. Dr. Karl Schmid. Textausgabe mit einem ergänzenden Anhang zusammengestellt und erläutert von Dr. Werner Matz, Stuttgart/Köln 1949, S. 106.

[236] Ebenda, S. 107/108.

zungsmächte zu jeder Zeit nach eigenem Ermessen die unverhüllte Militärdiktatur über Westdeutschland errichten. Diese Drohung sollte die Massen abschrecken, den Kampf für die Wiedervereinigung Deutschlands, für die Entmachtung der Monopolherren und Großgrundbesitzer oder umfassende Streiks für die Rechte der Werktätigen zu organisieren.

Das Besatzungsstatut war eine Mißachtung und Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes. Es festigte die Klassenherrschaft der westdeutschen Großbourgeoisie, denn es schützte sie vor der nationalen Bewegung der deutschen Patrioten und vor den um ihre Rechte kämpfenden Werktätigen. Solange das westdeutsche Monopolkapital noch nicht wieder über eine eigene Militärmaschine verfügte, war es auf die Bajonette der imperialistischen Besatzungsmächte angewiesen. Deshalb war es mit diesem Diktat einverstanden, obwohl selbst seine Bewegungsfreiheit eingeschränkt wurde.

Die CDU/CSU betrachtete das Besatzungsstatut als ein notwendiges Durchgangsstadium auf dem Wege der Wiedererrichtung der Macht des deutschen Imperialismus. Konrad Adenauer stellte in seinen Memoiren fest: „Ich war überzeugt davon, daß der einzig mögliche Weg für unser Land und unser Volk, wieder frei zu werden, ein gutes Einvernehmen mit den Hohen Kommissaren sei."[237]

Die Führung der SPD beteiligte sich bei der Verkündung des Besatzungsstatuts zunächst an den Protesten gegen dessen versklavende Bedingungen, arbeitete aber weiter an der auf dem Besatzungsstatut fußenden separaten Verfassung mit. Bei einem Teil der sozialdemokratischen Mitglieder löste diese Politik Enttäuschungen aus. Die meisten oppositionellen Sozialdemokraten trösteten sich jedoch mit dem Gedanken, daß ein sozialdemokratischer Wahlsieg eine Wende bringen werde.

Am 28. April 1949 wurde das Abkommen über die Errichtung einer Internationalen Ruhrbehörde (Ruhrstatut) von Belgien, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, den Niederlanden und den USA unterzeichnet. Zur Verschleierung seiner wahren Ziele wurde behauptet, es diene dem Zweck, die Hilfsquellen der Ruhr künftig im Interesse des Friedens zu nutzen.

In der Internationalen Ruhrbehörde wurden Frankreich, Großbritannien und den USA je drei, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden je eine Stimme zugesprochen. Über die Westdeutschland zuge-

[237] Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965, S. 236.

billigten drei Stimmen verfügten anfangs die drei Besatzungsmächte, so daß die westdeutsche Seite in den ersten Monaten nichtstimmberechtigtes Mitglied des Rates der Ruhrbehörde war. Die Sowjetunion, die am meisten unter der deutschen Aggression gelitten hatte, wurde von der Kontrolle über die Ruhr ausgeschlossen.

Das eigentliche Ziel dieses Ruhrabkommens bestand darin, den großen internationalen Monopolen die ungehinderte Ausbeutung des Ruhrgebietes zu ermöglichen und Kohle und Stahl dieses Industriezentrums in das Rüstungsarsenal der NATO einzufügen. Deshalb erhielt die Ruhrbehörde das Recht, über die Aufteilung der Produktion an Kohle, Koks und Stahl der Ruhr zu entscheiden. Sie regelte die Ausfuhr und den westdeutschen Verbrauch. Sie durfte die von westdeutschen Behörden eingeführten Verkehrs-, Preis- und Handelsgepflogenheiten, Kontingente, Zölle und sonstigen Regierungsmaßnahmen und geschäftlichen Abmachungen prüfen. Die Ruhrbehörde sollte geeignete Maßnahmen zur Sicherung ausländischer Interessen in Kohle-, Koks- und Stahlunternehmungen der Ruhr ergreifen. Diese Festlegung richtete sich gegen die Bestrebungen der Werktätigen zur Enteignung der Konzernherren und Rüstungsgewinnler.

Das Ruhrstatut bedeutete einen weiteren Schritt auf dem Wege der Restauration der monopolkapitalistischen Verhältnisse und der Spaltung Deutschlands.

Um der Gefahr der staatlichen Zerreißung Deutschlands doch noch zu begegnen, wandte sich die Volkskongreßbewegung wiederholt mit Vorschlägen an die politischen Vertretungen der westdeutschen Bevölkerung. Im März 1949 hatte der Deutsche Volksrat dem westzonalen Parlamentarischen Rat und dem Zweizonen-Wirtschaftsrat vorgeschlagen, Verhandlungen über gemeinsame Maßnahmen gegen die Zerreißung Deutschlands zu führen. Im Mai 1949 luden die Präsidenten des Deutschen Volksrates die westdeutschen Parteien, Gewerkschaften, Friedensgesellschaften, Jugendverbände, Frauenorganisationen und Bauernverbände zu Besprechungen über gesamtdeutsche Probleme ein. Nur die Kommunisten und verschiedene andere – allerdings wenig einflußreiche – demokratische Gruppierungen griffen diesen Vorschlag auf. Am 20. Mai 1949 zum Beispiel fand in Hannover ein von der westdeutschen Jugendorganisation Aktionsgemeinschaft für das einige Deutschland einberufenes gesamtdeutsches Gespräch statt. An ihm beteiligten sich 77 Mitglieder verschiedener Organisationen, Kreise und Gruppen. Als Vertreter des Sekretariats des Deut-

schen Volksrates nahm Hermann Matern an diesen Beratungen teil. Auch in diesem Falle schritt die Militärregierung ein. Die Besprechungen wurden verboten und mußten abgebrochen werden.

Die Deutsche Wirtschaftskommission knüpfte Verbindungen zu westdeutschen Geschäftskreisen, vor allem zu jenen Teilen der Unternehmerschaft, deren Existenz durch den Marshall-Plan gefährdet wurde. Westdeutsche Betriebsräte suchten – mitunter gemeinsam mit ihren Unternehmern – bei der DWK Hilfe, um die drohende Arbeitslosigkeit abzuwenden. Sie brachten zum Ausdruck, daß nur die wirtschaftliche Einheit Deutschlands und die Entfaltung des Ost-West-Handels der deutschen Wirtschaft eine gesicherte Zukunft boten. Es hätte noch Möglichkeiten gegeben, eine wirklich ganz Deutschland umfassende Bewegung gegen die Spaltungspolitik der Westmächte ins Leben zu rufen, wenn von allen Parteien und politischen Organisationen das nationale Interesse in den Vordergrund gestellt worden wäre. Doch die Führungen der CDU/CSU, der FDP und auch der SPD ignorierten alle Appelle der nationalen Vernunft.

In ernster Stunde wandte sich die KPD erneut an die SPD, um sie zu einem gemeinsamen Schritt gegen jene gefährliche Politik zu bewegen, die kein anderes Ergebnis haben konnte als die staatliche Zweiteilung Deutschlands. Sie schlug im April 1949 dem Parteivorstand der SPD vor, einen gemeinsamen Standpunkt zum Deutschlandproblem zu erarbeiten und ihn der nächsten Außenministerkonferenz vorzulegen. Trotz der Proteste vieler Mitglieder und eines Teiles der Funktionäre ließ die Führung der SPD dieses Angebot unbeantwortet. Daraufhin richtete der Parteivorstand der KPD Anfang Mai 1949 einen Offenen Brief an die sozialdemokratischen Mitglieder[238]. Die KPD forderte die Sozialdemokraten auf, in allen Parteieinheiten eine Diskussion über diesen Brief zu eröffnen und darüber zu beraten, wie ein geeintes demokratisches Deutschland geschaffen werden kann. Doch gegen den Widerstand der Führung der SPD konnte ein gemeinsames Vorgehen nicht erreicht werden.

Am 8. Mai 1949 verabschiedete der Parlamentarische Rat mit 53 gegen 12 Stimmen das sogenannte Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Auch die 26 sozialdemokratischen Abgeordneten gaben dem Entwurf und damit der staatlichen Zweiteilung Deutschlands ihre Zustimmung. Die kommunistischen Abgeordneten lehnten die Separatverfassung entschieden ab. Max Reimann und Heinz Renner

[238] Dokument Nr. 59.

erklärten übereinstimmend: „Ich unterschreibe nicht die Spaltung Deutschlands."[239]

Mit den Maßnahmen zur Konstituierung einer westdeutschen Bundesrepublik ging der Versuch einher, Westberlin in diesen Staat einzubeziehen. Die CDU/CSU und auch die sozialdemokratischen Vertreter waren bestrebt, entsprechende verfassungsmäßige Reglungen zu schaffen. Sie stießen jedoch auf den Widerstand der imperialistischen Besatzungsmächte.

Am 12. Mai 1949 machten die drei Militärgouverneure in ihrem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz[240] einige Vorbehalte geltend. Sie betonten insbesondere, daß Westberlin nicht zur Bundesrepublik gehört und „nicht durch den Bund regiert werden wird"[241]. Zwei Tage später führten sie für Westberlin ein besonderes sogenanntes Kleines Besatzungsstatut ein. Mit diesem Statut dokumentierten sie, daß sie endgültig mit den in Potsdam festgelegten Zielen der Besetzung Deutschlands gebrochen hatten. Ihre Anwesenheit in den Berliner Westsektoren entbehrte damit jeder Rechtsgrundlage. Die Westmächte versuchten jedoch, den Schein einer Alliierten Kontrolle über Berlin aufrechtzuerhalten und daraus die Existenzberechtigung westlicher Besatzungstruppen in den Berliner Westsektoren abzuleiten. Deshalb stellten sie – in Einklang mit den Tatsachen – nachdrücklich fest, daß von der Zugehörigkeit Westberlins zur westdeutschen Bundesrepublik keine Rede sein kann.

Nachdem die westdeutschen Länderparlamente dem Grundgesetz zugestimmt hatten, wurde es am 23. Mai 1949 durch die drei Militärgouverneure über die Köpfe der Bevölkerung hinweg in Kraft gesetzt. Zufrieden mit dem Werk der Spaltung, äußerte Konrad Adenauer nach der Annahme der Separatverfassung: „Es ist wohl in Wahrheit ... für uns Deutsche der erste frohe Tag seit dem Jahre 1933. Lassen Sie mich zunächst auch den Außenministern der drei Westmächte danken, die ... von Washington aus sich unserer Sache haben angelegen sein lassen."[242]

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland fixierte in 146 Artikeln juristisch die Grundlagen des westdeutschen Separatstaates. In ihm dokumentierte sich, daß es gelungen war, in West-

[239] Hamburger Volkszeitung, 24. Mai 1949.
[240] Dokument Nr. 60.
[241] Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und Besatzungsstatut, S. 142.
[242] Zit. nach: SPD-Referentenmaterial, 1949, Nr. 101.

deutschland die Machtgrundlagen des imperialistischen Systems zu retten. Im Artikel 23 wurde der Anspruch erhoben, das Grundgesetz auch in anderen, außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik liegenden Teilen Deutschlands, unter denen auch die nach dem zweiten Weltkrieg abgetrennten Gebiete verstanden wurden, in Kraft zu setzen.

In ihrem ersten, „Grundrechte" überschriebenen Teil verkündete die Verfassung das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, Gleichheit vor dem Gesetz, Meinungsfreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und andere Rechte der Staatsbürger. Im Gegensatz zum Verfassungsvorschlag des Deutschen Volksrates enthielt aber das Bonner Grundgesetz keine Garantien für ein demokratisches Staatsleben in Gestalt einer demokratischen Wirtschaftsordnung. Der Text der Verfassung befand sich im Widerspruch mit der Verfassungswirklichkeit, er stand mit den realen Macht- und Besitzverhältnissen nicht im Einklang. Da die Macht der Monopole und des Großgrundbesitzes nicht gebrochen war, die Produktionsmittel wie auch die Instrumente der Meinungsbildung in den Händen des Finanzkapitals monopolisiert waren, konnten die verkündeten Rechte nicht mit lebendigem Inhalt erfüllt werden. Zudem enthielt der Artikel 18 die dehnbare Festlegung, daß derjenige diese demokratischen Rechte verwirkt, der sie „zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht"[243]. Über die Handhabung dieses Artikels hatte das Bundesverfassungsgericht zu befinden. Da im westdeutschen Staat das Justizwesen nicht von nazistischen und anderen reaktionären Juristen gesäubert worden war, war vorauszusehen, daß dieser Artikel die Handhabe zum Vorgehen gegen die Kommunisten und alle Demokraten, gegen alle mit der offiziellen Staatspolitik nicht einverstandenen nationalgesinnten Kräfte bieten sollte.

Andere Abschnitte des Grundgesetzes regelten den Staatsaufbau. Oberste parlamentarische Vertretung wurde der Bundestag, der alle vier Jahre gewählt wird. Bürger über 21 Jahre erhielten das aktive, Bürger über 25 Jahre das passive Wahlrecht. In diesem Wahlrecht erschöpften sich im wesentlichen die in der Verfassung vorgeschenen Einflußmöglichkeiten des Staatsbürgers auf das staatliche Leben. Wichtige, bereits in der Weimarer Verfassung enthaltene demokratische Rechte, wie Volksbegehren und Volksentscheid, wurden der westdeutschen Bevölkerung vorenthalten. Diese Rechte wurden ausschließlich in der Frage der Neugliederung der Länder der Bundesrepublik eingeräumt.

[243] Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und Besatzungsstatut, S. 37/38.

Neben dem Bundestag wurde ein Bundesrat geschaffen, durch den die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mitwirken sollten. Er setzte sich nicht aus gewählten Abgeordneten des Volkes, sondern aus Mitgliedern der Regierungen der Länder zusammen.

Im Unterschied zur Weimarer Verfassung erhielt der Bundespräsident nicht mehr die weitgehenden Vollmachten des Reichspräsidenten der Weimarer Zeit. Er ist auf fünf Jahre zu wählen. Er vertritt den Staat völkerrechtlich, ernennt und entläßt die Bundesrichter und Bundesbeamten, übt das Begnadigungsrecht aus und beruft auf der Grundlage der Beschlüsse des Bundestages die Regierung. Statt dessen baute die Verfassung die Machtstellung des Bundeskanzlers aus und sicherte ihm weitgehende Selbständigkeit gegenüber dem Parlament. Der Bundestag kann dem Bundeskanzler nur dadurch das Mißtrauen aussprechen, daß er innerhalb von 48 Stunden mit Mehrheit einen Nachfolger wählt. Angesichts der Komplikationen, die mit der Wahl eines neuen Kanzlers verbunden sind, bedeutet dies, daß der Bundestag faktisch kaum eine Möglichkeit hat, dem Kanzler das Vertrauen zu entziehen.

Bei der Gestaltung des Staatsaufbaus wurden die besonders von der amerikanischen Besatzungsmacht geforderten und von der CDU/CSU verfochtenen föderalistischen Prinzipien weitgehend durchgesetzt.

Unter dem Druck der westdeutschen Werktätigen und unter dem Einfluß des ostdeutschen Beispiels gelang es trotzdem, der Monopolbourgeoisie einige wesentliche Zugeständnisse abzuringen: In der Verfassung wurde eine Reihe demokratischer Rechte festgelegt. Unter anderem räumte sie die Möglichkeit der Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln, wenn auch gegen Entschädigung, ein. Es konnte verhindert werden, daß die im Verfassungsentwurf der CDU/CSU vorgesehenen Notstandsvollmachten in die Verfassung Eingang fanden. Im Artikel 26 wurde erklärt: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen."[244]

Mit diesen Festlegungen wie auch mit der Zusicherung bestimmter demokratischer Rechte räumte die Verfassung den demokratischen Kräften Möglichkeiten ein, ihren Kampf auf der Grundlage der Ver-

[244] Ebenda, S. 41.

fassung zu führen. Es hing wesentlich vom realen Kräfteverhältnis der Klassen, von der Organisiertheit und Aktivität der demokratischen Bewegung ab, ob die Verfassung ein Instrument in den Händen der Reaktion wurde oder ob die Werktätigen alle Ansatzpunkte für echte demokratische Bestrebungen nutzten.

So entschieden die Kommunisten das Grundgesetz als Dokument der Spaltung Deutschlands verurteilten, so erklärte Max Reimann doch vorausschauend: „Wir Kommunisten versagen aus grundsätzlichen Erwägungen heraus dem Gesetz unsere Stimme. Die Gesetzgeber aber werden im Verlauf ihrer volksfeindlichen Politik ihr eigenes Gesetz brechen. Wir Kommunisten aber werden die im Grundgesetz verankerten wenigen demokratischen Rechte gegen die Verfasser des Grundgesetzes verteidigen."[245]

Während in den Westzonen eine Handvoll Politiker, gebunden an die Weisungen der Militärgouverneure, die Verfassung eines separaten deutschen Staatsgebildes ausarbeitete, organisierten die in der Volkskongreßbewegung vereinten demokratischen Kräfte eine große Volksdiskussion über die verfassungsrechtliche Gestaltung der künftigen demokratischen deutschen Republik. Grundlage dieser Diskussion bildete ein Verfassungsentwurf, der vom Verfassungsausschuß des Deutschen Volksrates auf der Grundlage der von der SED 1946 verkündeten „Grundrechte des deutschen Volkes" und des „Entwurfes einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik" ausgearbeitet worden war.

Der vom Deutschen Volksrat der Bevölkerung zur Diskussion gestellte Verfassungsentwurf war von Vertretern aller Parteien und Massenorganisationen gemeinsam erarbeitet worden. Dieses Dokument wurde in über 9000 Versammlungen in der sowjetischen Besatzungszone und auch in den Westzonen beraten. In diesen Diskussionen wurde vielen Menschen bewußt, daß die antifaschistisch-demokratische Umwälzung zu echten Errungenschaften des Volkes auf sozialem und politischem Gebiet geführt hatte. 15 000 Resolutionen und 503 Abänderungsvorschläge gingen dem Deutschen Volksrat zu. Der Verfassungsentwurf enthielt nicht einen Artikel, dessen Inhalt gegen die demokratische Einheit der Nation verstoßen hätte. Erst nach gründlicher Diskussion mit der ganzen Bevölkerung sollte der Entwurf vom 3. Deutschen Volkskongreß bestätigt werden.

[245] Max Reimann: Die Kommunisten und das Grundgesetz. In: Max Reimann: Aus Reden und Aufsätzen, S. 147.

Der 3. Deutsche Volkskongreß wurde einberufen, als das deutsche Volk mit großer Besorgnis verfolgte, wie in den Westzonen die letzten Maßnahmen zur Konstituierung eines separaten Staates eingeleitet wurden. Zu dieser Zeit hatte sich die Volkskongreßbewegung in Ostdeutschland bereits zu einer gut organisierten Massenbewegung entwickelt. In der ganzen sowjetischen Besatzungszone konnte sie sich auf Tausende von Volksausschüssen stützen. Allein in Sachsen zählte die Bewegung im November 1948 4132 Volksausschüsse, in denen 30 758 von der Bevölkerung gewählte Mitglieder tätig waren. Die ständigen Organe dieser Volksbewegung, der Deutsche Volksrat, sein Präsidium und seine Fachausschüsse, begannen in die Funktion einer zentralen Volksvertretung hineinzuwachsen. Der steigenden Verantwortung der Volkskongreßbewegung entsprechend, beschloß das Präsidium des Volksrates, in der sowjetischen Besatzungszone die Delegierten zum 3. Deutschen Volkskongreß durch allgemeine, direkte, geheime Wahlen wählen zu lassen.

Diese Wahlen fanden am 15. und 16. Mai 1949 statt. Der Stimmzettel enthielt folgenden Wortlaut: „Ich bin für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Friedensvertrag. Ich stimme darum für die nachstehende Kandidatenliste zum Dritten Deutschen Volkskongreß." In der sowjetischen Besatzungszone und im demokratischen Sektor von Berlin beteiligten sich von über 13,5 Millionen Stimmberechtigten 95,2 Prozent an der Wahl. Von ihnen stimmten 66,1 Prozent für die Politik der Volkskongreßbewegung und die vorgeschlagenen Kandidaten.

Diese Wahlen bewiesen, daß die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone in ihrer Mehrheit hinter dem Deutschen Volksrat stand, daß sie für einen Friedensvertrag und die baldige Bildung einer einheitlichen, demokratischen deutschen Republik eintrat. Mit dieser Abstimmung bekundete sie zugleich ihre Zustimmung zu der erfolgreichen Aufbauarbeit in der sowjetischen Besatzungszone, die in immer stärkerem Maße von der Volkskongreßbewegung getragen wurde.

Die Ergebnisse dieser Wahlen zeigten jedoch auch, daß vom Gegner eine organisierte Arbeit gegen die Volkskongreßbewegung geleistet worden war. Obwohl alle demokratischen Parteien und Organisationen die Bevölkerung aufgerufen hatten, mit Ja zu stimmen, hatten die Gegner teilweise vermocht, diese Wahlen als eine Sache der SED auszugeben und sie zu einer Abstimmung für oder gegen die SED zu erklären. Die Wahlen offenbarten auch, daß es in den Reihen der CDU

und der LDPD noch immer Widersprüche und Vorbehalte gegen die Blockpolitik und die Ziele der Volkskongreßbewegung gab. Teilweise traten Funktionäre dieser Parteien direkt gegen die Wahl der Kandidaten zum 3. Deutschen Volkskongreß auf. Solche reaktionären Vorstöße wurden dadurch begünstigt, daß es unter der Bevölkerung größere Kreise gab, denen der in den Westzonen eingeschlagene Weg des Anschlusses an den Marshall-Plan der bequemere zu sein schien. Sie begegneten dem Plan des Aufstiegs aus eigener Kraft noch mit Unglauben und schauten teilweise fasziniert auf das zu dieser Zeit einsetzende schnellere Wachstum des Warenangebots in Westdeutschland.

Die Entwicklung, die sich seit 1945 vollzogen hatte, brachte eine gewisse Verschiebung der politischen Fronten mit sich. 1945 verlief die Trennlinie zwischen den Anhängern des Nazismus und den Antifaschisten. 1949 war der nach der Weltherrschaft strebende, den Frieden und die Einheit der deutschen Nation bedrohende amerikanische Imperialismus zur Hauptgefahr geworden. Viele ehemalige Mitläufer der Nazipartei hatten sich vom Faschismus distanziert und in ehrlicher Arbeit ihre Schuld zu tilgen versucht. Es gab keinen Grund, diese Menschen aus der patriotischen Volksbewegung auszuschließen, sofern sie aufrichtig bereit waren, für die Interessen der deutschen Nation einzutreten. Bereits die Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß widerspiegelten, daß angesichts der Gefährdung der deutschen Nation so manches ehemalige Mitglied der NSDAP seine patriotische Verantwortung erkannte und danach handelte. Maßstab patriotischer Gesinnung konnte für jeden Deutschen nur sein, wo sein Platz im Ringen zwischen den demokratischen Kräften und den imperialistischen Spaltern der Nation war.

Aus der Zuspitzung des nationalen Kampfes und aus dem neuen politischen Kräfteverhältnis zog die SED die Schlußfolgerung, die Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden zu einer noch umfassenderen Nationalen Front zu erweitern. Inhalt und Aufgaben dieser Nationalen Front erläuterte Walter Ulbricht unmittelbar nach den Wahlen, am 17. Mai 1949, auf einer Parteiarbeiterkonferenz der SED Groß-Berlin. „Der Inhalt der Nationalen Front", erklärte er, „ist der Kampf um den Friedensvertrag, gegen einen Sklavenfrieden, gegen das westliche Besatzungsstatut. Der Inhalt der Nationalen Front ist der Kampf um die Einheit Deutschlands und die Wiederherstellung der nationalen Unabhängigkeit unseres deutschen Vaterlandes auf Grund eines Friedensvertrages. Die Mitarbeit in der Nationalen Front

ist also nicht an das Bekenntnis zu einer demokratischen oder wirtschaftlichen Plattform gebunden, wie sie sich Volksrat und Volkskongreß gegeben haben. Die Nationale Front fordert die freie Betätigung aller Organisationen und aller Menschen, die für die Einheit und nationale Unabhängigkeit Deutschlands, gegen den Atlantikpakt und für eine friedliche Entwicklung sind."[246]

Wenige Tage vor Eröffnung des 3. Deutschen Volkskongresses begann in Paris eine Tagung des Rates der Außenminister, auf der erneut über die deutsche Frage beraten werden sollte. Das Zustandekommen dieser Konferenz war ein Erfolg der sowjetischen Außenpolitik und der Weltfriedensbewegung. Vom 20. bis 25. April 1949 hatte in Paris ein Weltkongreß der Friedensanhänger getagt. Zur gleichen Zeit hatten sich auf einer Tagung in Prag jene Delegierten zum Weltkongreß versammelt, denen die französische Regierung die Einreisevisa nach Frankreich verweigerte. Der Kongreß appellierte in einem Manifest an die Völker der Welt, ihre Anstrengungen zur Verteidigung des Friedens zu vereinen. Mit der Gründung eines ständigen Komitees wurde die Herausbildung einer organisierten Weltfriedensbewegung eingeleitet.

Die Westmächte konnten den Willen von Millionen friedliebenden Menschen nicht einfach ignorieren und waren gezwungen, sich wieder mit der Sowjetunion an den Verhandlungstisch zu setzen. Doch unmittelbar vor der Konferenz wurde noch einmal versucht, von Westberlin aus die politische Atmosphäre zu vergiften.

Am 20. Mai 1949 rief die sogenannte Unabhängige Gewerkschaftsopposition die Eisenbahner zum Streik auf. Den Erklärungen der UGO zufolge ging es darum, die Auszahlung der Löhne und Gehälter an die Westberliner Eisenbahner in DM-West durchzusetzen. Doch schon am ersten „Streik"-Tag zeigten sich die wahren Absichten dieser Provokation. Da es nicht gelang, den S-Bahn-Verkehr lahmzulegen, begannen von der UGO organisierte Stör-und Sabotagetrupps unter dem Schutz der Westberliner Polizei ihr Zerstörungswerk. Sie zerschnitten Kabel, entfernten Stromschienen, machten Signalanlagen betriebsunfähig. Reisende wurden in Westberlin gewaltsam an der Benutzung der S-Bahn gehindert. Mit diesen Angriffen auf Sicherheit und Leben der Reisenden wollten die Westberliner Machthaber das der Deutschen

[246] Walter Ulbricht: Warum Nationale Front des demokratischen Deutschland? In: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. III, S. 428 u. 429.

Reichsbahn gehörende Gelände, die Bahnhöfe, das Gleisnetz und die S-Bahn-Züge an sich reißen. Die Spaltung Berlins und der Berliner Arbeiterbewegung sollte noch vertieft werden.

Die Mehrzahl der Eisenbahner erteilte jedoch – unterstützt von fortschrittlichen Berliner Werktätigen – den UGO-Leuten eine Abfuhr. Die Angestellten der Deutschen Reichsbahn und die Bahnpolizisten versahen unter großem persönlichen Einsatz ihren Dienst.

Die Anschläge auf die Berliner S-Bahn am Vorabend der Außenministerkonferenz zeigten deutlich, welche Gefahren für Frieden und Sicherheit von der Frontstadt Westberlin ausgingen. Erst am 28. Juni 1949 rollte der Verkehr wieder ungestört.

Am 23. Mai 1949 wurde die Pariser Außenministerkonferenz eröffnet, auf der die sowjetische Vertretung erneut vorschlug, zu den Grundsätzen von Potsdam zurückzukehren, in kurzer Frist einen deutschen Friedensvertrag auszuarbeiten und die Besatzungstruppen zurückzuziehen. Doch die Konferenz hatte nur geringe Chancen für einen erfolgreichen Verlauf. Einflußreiche anglo-amerikanische Kreise, die Geburtshelfer des Westzonenstaates, waren nicht gewillt, von ihren Plänen abzulassen, selbst nicht bei größter Kompromißbereitschaft von sowjetischer Seite.

Von dem damaligen amerikanischen Militärgouverneur Lucius D. Clay stammt das folgende offenherzige Eingeständnis: „Mich beunruhigte ein Plan, der vorsah, daß sich alle Besatzungskräfte auf die deutschen Randgebiete zurückzuziehen hätten, damit das deutsche Volk allein eine gesamtdeutsche Regierung bilden könne. Das hätte das Ende unserer Bemühungen um eine westdeutsche Regierung bedeutet ... Ich war besorgt, die sowjetischen Vertreter würden unsere Bedingungen für die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung annehmen ... ich freute mich, als es nicht dazu kam."[247]

Die Westmächte stellten ganz bewußt Bedingungen, die für die Sowjetunion unannehmbar waren. Sie schlugen vor, eine Hohe Kommission zu bilden, in der nicht auf der Grundlage der Übereinstimmung aller Besatzungsmächte, sondern nach dem Prinzip der Stimmenmehrheit verfahren werden sollte. Praktisch bedeutete das, die sowjetische Besatzungszone der Kontrolle der westlichen Militärgouverneure zu unterwerfen. Bei einer solchen Haltung der Westmächte konnte die Pariser Außenministerkonferenz zu keinem positiven Resultat in der Deutschlandfrage führen.

[247] Lucius D. Clay: Entscheidung in Deutschland, Frankfurt (Main) o. J., S. 481/482.

Das war die Situation, in der der 3. Deutsche Volkskongreß in Berlin zusammentrat. An diesem Kongreß, der am 29. und 30. Mai 1949 tagte, nahmen außer den 1441 Delegierten aus der sowjetischen Besatzungszone auch 528 Delegierte aus den Westzonen teil. Hinzu kamen 85 Gäste aus der sowjetischen Besatzungszone und 119 Gastdelegierte aus den Westzonen. Von den Delegierten waren: 251 Industriearbeiter, 18 Landarbeiter, 101 Bauern, 55 Handwerker, 671 leitende Funktionäre der Parteien und der in der Volkskongreßbewegung vereinigten Organisationen, staatliche und private Angestellte, 321 Angehörige der Intelligenz, 18 Hausfrauen und 6 Rentner. Die Volkskongreßbewegung hatte ihre Basis verbreitert und begann in die Nationale Front hinüberzuwachsen.

In seiner Eröffnungsrede rief Wilhelm Pieck dazu auf, auch jene Kreise in den nationalen Kampf einzubeziehen, die in der Bewegung noch nicht erfaßt waren, aber ebenfalls für einen baldigen Friedensvertrag und die Erhaltung der nationalen Einheit Deutschlands eintraten.

Zu dem Thema „Deutschland und die Pariser Konferenz" und zum „Manifest zur Erweiterung der Nationalen Front für Einheit und gerechten Frieden" sprachen Hermann Kastner (LDPD), Josef Ledwohn (KPD), Vincenz Müller (NDPD) und Otto Nuschke (CDU). Josef Ledwohn sprach an Stelle des Vorsitzenden des Parteivorstandes der KPD, Max Reimann, der auf Anweisung der britischen Militärregierung erneut verhaftet und wegen seines Eintretens für die Ziele der Volkskongreßbewegung eingekerkert worden war.

Höhepunkt des Kongresses war die Rede Otto Grotewohls. Er legte den Standpunkt der Volkskongreßbewegung zum Kampf um nationale Einheit und gerechten Frieden dar und begründete den vom Volksrat vorgelegten Entwurf der Verfassung einer deutschen demokratischen Republik. Dieser Entwurf wurde in der folgenden Abstimmung gegen eine Stimme angenommen.

In einem „Manifest an das deutsche Volk"[248] rief der 3. Deutsche Volkskongreß alle Deutschen auf, die Nationale Front für Einheit und Frieden zu stärken und sich für ein einiges, unabhängiges Deutschland, für den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungsmächte einzusetzen. Der Kongreß wählte eine aus 22 Mitgliedern bestehende deutsche Friedensdelegation, die auf der Pariser Außenministerkonferenz der Großmächte die Interessen des deutschen

[248] Dokument Nr. 62.

Volkes vertreten sollte. Doch die Westmächte lehnten den Empfang der deutschen Friedensdelegation ab.

Der vom Kongreß gewählte neue Volksrat zählte 330 Mitglieder. Von ihnen gehörten an: der SED 90, der CDU 45, der LDPD 45, der NDPD 15, der DBD 15, dem FDGB 30, der FDJ 10, dem DFD 10, der VdgB 5, der VVN 10, den bäuerlichen Genossenschaften 5, der SPD-Berlin 5, dem Kulturbund 10.

Mit dem 3. Deutschen Volkskongreß war ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Nationalen Front des demokratischen Deutschland getan.

Den Arbeitern und Bauern, die ihre patriotische Pflicht erkannten, als Deutschland durch die Politik der Spaltung und der imperialistischen Provokationen höchster Gefahr ausgesetzt war, widmete Johannes R. Becher das Gedicht:

Es wird nicht lang mehr dauern,
Und es wird Friede sein,
Und wie nach Regenschauern
Kehrt wieder Sonne ein.

Wie eine Angstkulisse
Stehn Trümmer um uns her.
Es soll das Ungewisse
Uns schrecken bald nicht mehr.

Es hat die Not ein Ende,
Wenn IHR die Zeit bestimmt,
Und in die eignen Hände
Das Volk sein Schicksal nimmt.

Wenn Arbeiter und Bauern
Kommen überein –
Wird es nicht lang mehr dauern
Und es wird Friede sein.[249]

Im Juni 1949 begann in den Westzonen die Vorbereitung auf die Wahlen zum Bundestag. Im Wahlkampf umgingen die bürgerlichen Parteien und auch die SPD bewußt die Grundfragen der Nation – die

[249] Johannes R. Becher: Ein Staat wie unser Staat. Gedichte und Prosa vom Werden und Wachsen der Deutschen Demokratischen Republik. Mit einem Vorwort von Walter Ulbricht, Berlin 1959, S. 108.

Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung und die Herstellung der Einheit Deutschlands.

Die CDU/CSU versuchte mit sozialen Versprechungen Stimmen zu gewinnen. Sie propagierte die „soziale Marktwirtschaft"[250] und gab die nach der Währungsreform und dem Anlaufen des Marshall-Plans sich abzeichnende Belebung der Wirtschaft als Erfolg ihrer Politik aus. Sie bezeichnete es als ihre Aufgabe, Deutschland in einem christlichen Europa einen ihm gemäßen Platz zu sichern und einen Damm gegen die Flut des „bolschewistischen Marxismus" zu errichten. Sie ging darauf aus, die Massen mit dem Gespenst des Kommunismus zu schrecken, wobei sie für alle bitteren Folgen der faschistischen Herrschaft und des Krieges die Sowjetunion und die Kommunisten verantwortlich machte. Im Wahlkampf konnte sich die CDU/CSU auf die Hilfe der katholischen Kirche stützen.

Was die eigentlichen politischen Ziele der CDU/CSU waren, sprach Konrad Adenauer später in seinen Memoiren aus. Die deutsche Monopolbourgeoisie wollte unter Ausnutzung des kalten Krieges ihre Handlungsfreiheit wiedererlangen und die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges korrigieren. Ihr nächstes Ziel hieß Gleichberechtigung im Rahmen des imperialistischen Blocks. „Ich war der Auffassung", schrieb Konrad Adenauer, „der Gegensatz zwischen Sowjetrußland und den freien Völkern werde ständig wachsen. Es war auch für Amerika lebensnotwendig, daß ein starkes Westeuropa entstand. Hierzu war Deutschland unentbehrlich."[251] Obwohl die CDU/CSU zu dieser Zeit mit ihren aggressiven Plänen noch zurückhielt und Adenauer sich sogar darauf berief, daß eine Aufstellung deutscher Divisionen überall in der Jugend Ablehnung fände, waren die imperialistischen Kräfte darauf eingestellt, die Aufrüstung und den Beitritt Westdeutschlands zur NATO zu erwirken. Rückblickend stellte Konrad Adenauer fest: „Am 4. April 1949 war in Washington die Unterzeichnung des Atlantikpaktes erfolgt. Auch hier war die Aufnahme einer künftigen deutschen Bundesrepublik in Aussicht genommen. Sobald eine Bundesregierung bestand, würde diese, wenn Deutschland in den Europarat und in den Atlantikpakt aufgenommen worden sei, auf maßgebenden Gebieten gleichberechtigt neben alle anderen Länder treten. Eine Rückwirkung dieser Position auf alle mit der Besatzung zusammenhängenden Fragen war unausbleiblich ... Das Wesentlichste war in meinen Augen,

[250] Dokument Nr. 64.

[251] Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945–1953, S. 245.

zügig voranzumachen und so bald wie möglich die Voraussetzungen zu schaffen für die Bundesrepublik Deutschland und die Bildung einer handlungsfähigen Bundesregierung und eines Bundesparlaments."[252] Diese wirklichen Ziele der CDU/CSU wurden vor den Wählern geheimgehalten.

Die SPD, die ernsteste Rivalin der CDU/CSU bei den Wahlen, hatte in bezug auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik ein Alternativprogramm zu den christlichen Demokraten. Sie setzte der „sozialen Marktwirtschaft" die Forderung nach Sozialisierung der Grundindustrien, der Kredit- und Geldinstitute und des Versicherungswesens entgegen und verlangte Planwirtschaft. Sie bezeichnete Ludwig Erhards Wirtschaftspolitik als „unsozialste Epoche" in der deutschen Wirtschaftsgeschichte, als Klassenkampf von oben, der die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer mache. Im Gegensatz zur CDU/CSU, die föderalistische Prinzipien vertrat, setzte sich die SPD für Zentralismus im Staatsaufbau ein. Viele sozialdemokratische Redner traten nachdrücklich gegen die von der CDU/CSU verfochtene reaktionäre Politik auf und warnten vor den sich abzeichnenden Parallelen zwischen der Praxis der CDU/CSU und der Politik der NSDAP.

Statt jedoch ein entschieden antifaschistisch-demokratisches Programm aufzustellen und gangbare Wege zur Sicherung der demokratischen Einheit Deutschlands zu suchen, ließ sich die sozialdemokratische Parteiführung in einen Streit mit der CDU/CSU ein, wem das Hauptverdienst im Kampf gegen den Kommunismus gebühre. Die SPD stellte an die Spitze ihres Wahlaufrufs die verleumderische Behauptung, die Sowjetunion wolle die Einheit Deutschlands nur gewähren, wenn ganz Deutschland sowjetisch würde. Kurt Schumacher sprach sich dafür aus, ganz Deutschland in die wirtschaftliche und politische Planung des Westens, das hieß in den Marshall-Plan und die NATO, einzubeziehen. Verbesserte Beziehungen zum Osten sollten „in keinem Fall dahin führen, daß aus ihnen irgendeine Orientierung im Sinne einer ökonomischen Rapallopolitik hergeleitet werden kann"[253].

In ihrem Wahlaufruf rühmte sich die SPD an erster Stelle, aus „eigener Erkenntnis und aus eigenem Willen" und „ohne Hilfe anderer Parteien" die Vereinigung mit den Kommunisten erfolgreich verweigert zu haben und „die Bürden des Kampfes um Berlin" zu tragen.[254]

[252] Ebenda, S. 167.

[253] Telegraf (Westberlin), 28. Mai 1949.

[254] Volksstimme (Frankfurt [Main]), 22. Juli 1949.

Die sozialdemokratischen Führer glaubten der CDU/CSU den Rang streitig machen zu können, wenn sie mit nationalistischen und antikommunistischen Losungen die CDU/CSU überträfen. In ihrer Wahlpropaganda rückte die Forderung nach Revision der Oder-Neiße-Grenze stark in den Vordergrund. Schumacher wollte mit dem westdeutschen Grundgesetz „Idee und Praxis der Demokratie offensiv in den deutschen Osten vorantragen"[255]. Die Kriegsgefangenenfrage, die Wiedergutmachungsverpflichtungen und die Unzufriedenheit über die Kriegsniederlage wurden ausgenutzt, um Stimmen zu sammeln.

Der Wahlkampf der SPD litt unter dem Widerspruch, daß sie in sozialen und wirtschaftspolitischen Fragen gegenüber der restaurativen Politik der CDU/CSU fortschrittlichere Forderungen erhob, in den großen Fragen der nationalen Politik und der Außenpolitik die CDU/CSU jedoch im Antikommunismus zu überbieten suchte. Die CDU/CSU und die anderen bürgerlichen Parteien zogen aus dieser Zwiespältigkeit Nutzen und weckten Zweifel an der politischen Zuverlässigkeit der SPD. Schon bei den ersten Wahlen zeigte sich, daß mit nationalistischer Propaganda die CDU/CSU nicht zu schlagen ist.

Von allen bürgerlichen Parteien und auch von der SPD wurde den westdeutschen Wählern die Vorstellung suggeriert, mit der Wahl eines westdeutschen Parlaments und der Bildung einer Regierung würde das deutsche Volk größere politische Bewegungsfreiheit gewinnen, würden die mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands eingetretenen Verhältnisse beseitigt. Da auch die bürgerlichen Parteien den provisorischen Charakter des westdeutschen Staates betonten, betrachteten viele Bürger die Bildung der Bundesrepublik als einen ersten Schritt zu einem künftigen einheitlichen deutschen Staat, zumal es im letzten Artikel der Separatverfassung hieß: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."[256]

Allein die KPD trat konsequent gegen diese gefährlichen Illusionen auf. Sie hob in ihrem Wahlaufruf[257] hervor, daß die Entscheidung darum gehe, „ob die nationale Einheit Deutschlands wiederhergestellt oder ob Deutschland endgültig gespalten werden soll.

Es geht darum, ob Deutschland endlich einen Friedensvertrag er-

[255] Telegraf (Westberlin), 28. Mai 1949.
[256] Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und Besatzungsstatut, S. 105.
[257] Dokument Nr. 63.

hält, der die Einheit und Unabhängigkeit gewährleistet, oder ob Westdeutschland in den Atlantikpakt hineingezwungen wird und als Waffenschmiede und Schlachtfeld der Imperialisten für einen neuen Krieg gegen die Sowjetunion mißbraucht werden kann."[258] Die KPD rief das Volk zur Schaffung der Nationalen Front aller Deutschen auf, um die Gefahr für die deutsche Nation abzuwenden. Sie forderte politische und soziale Rechte für das Volk.

Von der Demagogie der bürgerlichen Parteien irregeführt, von der antikommunistischen Hetze beeindruckt, übersahen viele Menschen in Westdeutschland die von der KPD aufgezeigten verhängnisvollen Folgen der Westzonenpolitik. Die Stimme der KPD erreichte nicht alle friedliebenden Kräfte, denn die Kommunisten standen praktisch unter Ausnahmerecht. Sie sahen sich der geschlossenen Front aller anderen Parteien gegenüber.

Am 14. August 1949 ging die westdeutsche Bevölkerung zur Wahlurne. Die Wahlbeteiligung betrug 78 Prozent. In diesen Wahlen errangen die KPD 1 361 706, die SPD 6 934 975, das Zentrum 727 505, die FDP 2 829 920, die CDU/CSU 7 359 084 Stimmen. Die restlichen Stimmen entfielen auf verschiedene Parteien, die später von den großen Parteien der Bundesrepublik aufgesogen wurden. Der KPD gelang es, in diesen Wahlen 5,7 Prozent der abgegebenen Stimmen zu erringen. Während zum Beispiel die CDU/CSU auf 52 943 und die SPD auf 52 939 Stimmen einen Abgeordneten erhielten, mußte die KPD infolge des sie benachteiligenden Wahlsystems für einen Abgeordneten 90 780 Stimmen aufbringen.

Die Sitze im ersten Bundestag verteilten sich wie folgt: CDU/CSU 139, SPD 131, FDP 52, Bayernpartei 17, Deutsche Partei 17, KPD 15, Wirtschaftliche Aufbauvereinigung 12, Zentrum 10, Deutsche Rechtspartei 5, auf Splitterparteien oder nicht fraktionsgebundene Abgeordnete entfielen 4 Sitze.

Am 7. September 1949 konstituierten sich der westdeutsche Bundestag und der Bundesrat. Am 12. September wählten beide Organe mit knapper Mehrheit im zweiten Wahlgang Theodor Heuss (FDP) zum Präsidenten des westdeutschen Staates. Die Abgeordneten der KPD – um ein besseres Verhältnis zu den Sozialdemokraten bemüht – stimmten bei der Bundespräsidentenwahl für den sozialdemokratischen Kandidaten Kurt Schumacher.

Auf Vorschlag des Bundespräsidenten wählte der Bundestag am

[258] Dokumente der KPD 1945–1956, S. 186.

15. September 1949 Konrad Adenauer mit 202 von 402 Stimmen zum Bundeskanzler. Die von Konrad Adenauer am 20. September gebildete Regierung war eine Koalition von CDU/CSU, FDP und DP, die zusammen über eine knappe Mehrheit im Bundestag verfügten.

Die SPD erklärte unmittelbar nach den Wahlen, daß sie in die Opposition gehen werde. Noch vor der Konstituierung des Bundestages beschloß der Parteivorstand Richtlinien der Politik der SPD im Bundestag, die sogenannten Dürkheimer 16 Punkte[259]. In diesem Dokument wiederholte die Sozialdemokratie ihre im Wahlkampf vertretenen wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen. Sie stellte aber auch jene illusionären Forderungen erneut auf, mit denen sie ins Schlepptau der reaktionären Politik der Bundesregierung geraten mußte: Einbeziehung Berlins als zwölftes Land in die Bundesrepublik, Ablehnung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze und ähnliche.

Einen Tag nach der Konstituierung der Bonner Regierung trat das Besatzungsstatut in Kraft.

Das Wahlergebnis und die Bildung der obersten Organe des westdeutschen Staates erleichterten es den herrschenden Kreisen, ihre Politik der Spaltung Deutschlands weiterzuführen und die Einbeziehung Westdeutschlands in das aggressive imperialistische Paktsystem vorzubereiten. Das Wahlresultat wurde als Legitimation für die antinationale Politik des Bonner Staates benutzt.

Der westdeutsche Separatstaat war dazu geschaffen, die demokratische Umwälzung, die bereits große Teile Deutschlands erfaßt hatte, aufzuhalten und wenn möglich rückgängig zu machen. Die in zwei Weltkriegen geschlagenen deutschen Imperialisten sahen die einzige Chance, ihre noch immer recht labilen Positionen zu festigen, darin, in einem separaten Staatsgebilde die Wiedererrichtung ihrer Macht zu vollenden und als Juniorpartner des amerikanischen Imperialismus erneut zu einer bestimmenden Kraft in Europa und schließlich in der Welt zu werden.

Der aus den drei Westzonen gebildete, von der imperialistischen Bourgeoisie beherrschte Staat war nicht bereit, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges anzuerkennen, und erstrebte mit allen Mitteln ihre Korrektur. Damit wurde er zu einer ernsten Gefährdung für den Frieden der Welt wie für die friedliche Entwicklung der deutschen Nation. Dieser Staat war im historischen Sinne reaktionär, im politischen Sinne antidemokratisch und antinational.

[259] Dokument Nr. 66.

Die Maßnahmen zur Bildung des westdeutschen Staates riefen bei allen deutschen Patrioten einen Sturm der Empörung hervor. Die in der Volkskongreßbewegung vereinten demokratischen Kräfte waren entschlossen, diesem Willkürakt nicht tatenlos zuzusehen.

Am 19. August 1949 faßte der Demokratische Block einen wichtigen Beschluß[260], mit dem er der neuen Lage Rechnung trug. Nach eingehender Aussprache einigten sich die Vertreter der Parteien und der im Block vereinigten Massenorganisationen über die politischen und organisatorischen Grundsätze der weiteren gemeinsamen Arbeit. Auf dieser Beratung wurde die allseitige Festigung der antifaschistischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone zur gemeinsamen wichtigsten Aufgabe erklärt. Über das Verhältnis zwischen dem Demokratischen Block und der Volkskongreßbewegung hieß es in den vereinbarten Grundsätzen: „Der Demokratische Block anerkennt in der Volkskongreßbewegung und im Deutschen Volksrat die leitende und organisierende Kraft im Kampf um die Einheit Deutschlands, einen gerechten Frieden und den Abzug aller Besatzungstruppen. Die vom Deutschen Volksrat ausgearbeitete und vom 3. Deutschen Volkskongreß bestätigte Verfassung der deutschen demokratischen Republik ist ein vorbildliches Dokument der gesamtdeutschen nationalen Selbsthilfe. Die Verfassung soll die Grundlage für die öffentliche Tätigkeit der Antifaschisten und Demokraten in ganz Deutschland bilden."[261] Die im Demokratischen Block zusammengeschlossenen Parteien und Organisationen verpflichteten sich „zu einer gemeinsamen Politik nach den vorstehenden politischen Grundsätzen und zur Erhaltung des Demokratischen Blocks gegen alle Spaltungsbestrebungen"[262].

Als sich der Bundestag konstituierte und die westdeutsche Regierung gebildet wurde, vereinten sich die fortschrittlichen Kräfte zum Protest gegen diesen Willkürakt. Im Namen von 200 000 Bergarbeitern verurteilte der Zentralvorstand der IG Bergbau der sowjetischen Besatzungszone diesen antinationalen Schritt, andere Gewerkschaften schlossen sich diesem Protest an. Belegschaftsversammlungen in Leuna, im Stickstoffwerk Piesteritz, im Eisenhüttenwerk Thale und vielen anderen Großbetrieben nahmen empört Stellung. Der Betriebsratsvorsitzende der Deutschen Werft in Hamburg, Hein Fink, erklärte: „Der westdeutsche Bundestag ist ein Parlament, das auf Beschluß der west-

[260] Dokument Nr. 65.
[261] Neues Deutschland (B) (Berlin), 20. August 1949.
[262] Ebenda.

lichen Alliierten zur Spaltung Deutschlands geschaffen wurde. Die deutschen Werktätigen brauchen jedoch ein wirtschaftlich und politisch geeintes Deutschland."[263] Als Leiter des für nationale Verständigung eintretenden Nauheimer Kreises wies Professor Ulrich Noack aus Würzburg die gefährlichen Folgen der Spaltungspolitik nach.

Am 1. Oktober 1949 wandte sich die Regierung der UdSSR mit gleichlautenden Noten an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA.[264] Sie protestierte energisch gegen die mit der Bildung des Bonner Separatstaates vollzogene Spaltung Deutschlands und wies nach, daß sich die Westmächte des fortwährenden Bruchs des Potsdamer Abkommens und anderer internationaler Vereinbarungen schuldig gemacht hatten. Die Note wies darauf hin, daß der westdeutsche Staat unter Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes geschaffen und das deutsche Volk nicht nach seiner Meinung befragt wurde. Mit der Bildung des westdeutschen Separatstaates trete eine unzulässige Verzögerung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland ein. Abschließend hieß es in der Note: „Zugleich erachtet es die Sowjetregierung für notwendig, folgendes zu erklären: insofern als in Bonn die erwähnte Separatregierung gebildet wurde, ist jetzt in Deutschland eine neue Lage entstanden. Deswegen ist es besonders wichtig, die Aufgaben zu erfüllen, die mit der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als eines demokratischen und friedliebenden Staates und mit der Notwendigkeit verbunden sind, zu sichern, daß Deutschland die Verpflichtungen erfüllt, die ihm durch das Potsdamer Viermächteabkommen auferlegt worden sind."[265]

Anfang Oktober 1949 wurden die Forderungen immer lauter, die Spaltungspolitik mit der Bildung einer nationalen und demokratischen Regierung zu beantworten. „Für uns ergibt sich nunmehr die Notwendigkeit", hieß es in einer Entschließung der Belegschaft der Kalk- und Zementwerke Rüdersdorf, „eine wahrhaft deutsche Regierung zu schaffen, die die gesamten Interessen des deutschen Volkes vertritt und vor allem die Erfüllung der im Potsdamer Abkommen festgelegten Beschlüsse, den Abschluß eines Friedensvertrages und den baldigen

[263] Neues Deutschland (B) (Berlin), 8. September 1949.

[264] Dokument Nr. 67.

[265] Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. I: Vom Potsdamer Abkommen am 2. August 1945 bis zur Erklärung über die Herstellung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik am 25. März 1954. Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin 1957, S. 235.

Abzug der Besatzungstruppen fordert."[266] Ähnliche Forderungen wurden in den Kombinaten Böhlen und Espenhain, im Kabelwerk Oberspree und im Bunawerk, im Stahl- und Walzwerk Riesa, von den Parteien des Demokratischen Blocks[267] und von den demokratischen Massenorganisationen erhoben.

Auf seiner Sitzung am 5. und 6. Oktober 1949 nahm der Bundesvorstand des FDGB eine Entschließung[268] an, in der es hieß: „Der Bundesvorstand des FDGB nimmt diese Forderungen auf, mit denen sich die Arbeiter – die in unserer Zone zu 76 Prozent im FDGB organisiert sind – an die Spitze des Kampfes für die Einheit Deutschlands, für die Bildung einer deutschen Regierung und den Abschluß eines Friedensvertrages stellen ... Wird der Deutsche Volksrat der Forderung auf Bildung einer solchen Regierung nachkommen und wird dabei gleichzeitig die Verfassung des Volksrates in Kraft gesetzt, dann richten wir an die Regierung der sozialistischen Sowjetunion den Wunsch, die Verwaltung unserer Zone den deutschen demokratischen Organen zu übergeben. Das würde für das deutsche Volk allerdings die Verpflichtung bedeuten, dieses Vertrauen zu rechtfertigen und ganz Deutschland auf den Weg des Friedens und der Freundschaft mit den Nachbarvölkern zu führen."[269]

Während in allen Teilen der sowjetischen Besatzungszone auf Kundgebungen und in Versammlungen die Werktätigen die Forderung nach einer bevollmächtigten deutschen Regierung erhoben, trat in Berlin der Parteivorstand der SED am 4. Oktober 1949 zu seiner 22. (36.) Tagung zusammen. Auf dieser historischen Sitzung unterbreitete Wilhelm Pieck dem Parteivorstand den Vorschlag, mit den anderen demokratischen Parteien und Massenorganisationen in Beratungen über die Bildung einer provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik einzutreten. Diesem Vorschlag stimmte der Parteivorstand einmütig zu.[270]

Die Arbeiterklasse und alle demokratischen Kräfte fragten besorgt: Wie soll es in Deutschland weitergehen? Auf diese brennende Frage gab der Parteivorstand der SED mit der am 4. Oktober 1949 angenommenen Plattform „Die Nationale Front des demokratischen

[266] Neues Deutschland (B) (Berlin), 4. Oktober 1949.
[267] Dokument Nr. 68.
[268] Dokument Nr. 69.
[269] Aus der Arbeit des FDGB 1947–1949, S. 454.
[270] Dokument Nr. 70.

Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands"[271] Antwort.

In diesem Dokument legte die SED überzeugend dar, daß für die Spaltung Deutschlands die aggressiven Kräfte des amerikanischen und deutschen Imperialismus verantwortlich sind. Der Parteivorstand untersuchte die nationale Situation und deckte den Zusammenhang zwischen den amerikanischen Weltherrschaftsplänen und der Politik der Spaltung Deutschlands auf. Eingehend wurde nachgewiesen, daß sich in der Besatzungspolitik, auf dem Gebiet der Wirtschaft und Kultur, vor allem aber in der geplanten Einbeziehung Westdeutschlands in das imperialistische Paktsystem vielfältige Formen der nationalen Unterdrückung zeigten.

Die neue Lage erforderte den Zusammenschluß aller patriotischen Kräfte des deutschen Volkes, einschließlich nationalgesinnter Teile der Bourgeoisie sowie der früheren Mitglieder der Nazipartei, ehemaliger Beamter, Angehöriger und Offiziere der Wehrmacht, soweit sie sich keiner Verbrechen schuldig gemacht hatten.

Als programmatische Grundlage, auf der sich alle patriotischen Kräfte des deutschen Volkes, einschließlich der zu einem nationalen Kompromiß bereiten Teile der Bourgeoisie, einigen konnten, formulierte die SED folgende politische Hauptforderungen: Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands; Beseitigung aller Maßnahmen, die auf die Spaltung Deutschlands und seine Einbeziehung in den aggressiven NATO-Pakt gerichtet waren; Bildung einer gesamtdeutschen Regierung; schnellster Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland; Durchführung der Beschlüsse des Potsdamer Abkommens über die Demokratisierung und restlose Entmilitarisierung in ganz Deutschland; Wiederherstellung der vollen Souveränität der deutschen Nation auf demokratischer Grundlage mit dem Recht einer selbständigen Außenpolitik, des freien Außenhandels und der ungehinderten Entwicklung der deutschen Friedensindustrie; Wiederherstellung der Einheit und des normalen Lebens in der deutschen Hauptstadt Berlin; freie wirtschaftliche, politische und kulturelle Entwicklung.

Als Basis des nationalen Befreiungskampfes bezeichnete das Dokument Ostdeutschland, von wo aus – beginnend im Jahre 1945 – der Kampf um die demokratische Einheit Deutschlands geführt worden war. Die ökonomische und politische Stärkung Ostdeutschlands blieb

[271] Dokument Nr. 71.

auch für die Nationale Front das entscheidende Mittel, um die nationale Bewegung zum Erfolg zu führen. Für die Entwicklung des gesamtnationalen Kampfes blieb die Aktionsgemeinschaft von SED, SPD, KPD und Gewerkschaften die wichtigste Voraussetzung.

Die Politik der Nationalen Front setzte den Weg der Volkskongreßbewegung fort und war von dem Bestreben getragen, noch größere Kreise in die patriotische Bewegung einzubeziehen. „Die SED hält es für zweckmäßig und notwendig", erklärte das Dokument, „mit diesen Schichten der Bevölkerung einen Kompromiß für die Zusammenarbeit im Rahmen des allgemeinen nationalen Kampfes einzugehen. Sie wird die bürgerlichen nationalen Elemente unterstützen, soweit diese für die Interessen der deutschen Nation und für die Plattform der Nationalen Front des demokratischen Deutschland eintreten."[272]

Diese Politik stellte hohe Anforderungen auch an die SED selbst. Sie erforderte entschiedenen Kampf gegen sektiererische Tendenzen in den eigenen Reihen. Deshalb erklärte der Parteivorstand den Kampf gegen die „Engstirnigkeit des Sektierertums", das die nationalen Interessen des deutschen Volkes vernachlässigt, zur ideologischen Hauptaufgabe. Gleichzeitig warnte er alle Parteimitglieder vor dem Abgleiten in Nationalismus und Chauvinismus.

Mit der Plattform der Nationalen Front des demokratischen Deutschland unterbreitete die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands allen Patrioten im Osten und Westen Deutschlands einen konkreten Vorschlag über Weg und Ziel des nationalen Kampfes. Tausende und aber Tausende Werktätige hatten nach der Bildung des westdeutschen Separatstaates verlangt: Es muß etwas geschehen! Im Dokument des Parteivorstandes der SED vom 4. Oktober 1949 wurde ihnen gesagt, was geschehen muß, wurden ihnen die Ursachen des nationalen Notstandes erläutert und die Wege und Mittel des nationalen Widerstandes gezeigt.

Für die patriotischen Kräfte war die Schaffung eines friedliebenden, demokratischen deutschen Staates zum Gebot der Stunde geworden. Sie gründeten die Deutsche Demokratische Republik, den ersten Staat in der deutschen Geschichte, in dem Faschismus, Militarismus und Imperialismus und damit die Wurzeln des Krieges für immer beseitigt sind. Mit der Deutschen Demokratischen Republik wurde der Grundstein für ein Deutschland des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus gelegt.

[272] Dokumente der SED, Bd. II, S. 379.

Dokumente

1

Aus der Ansprache Wilhelm Piecks über den Sender „Freies Deutschland" vom 4. Mai 1945

Deutsche Männer und Frauen! Deutsche Jugend! Landsleute!

Nun ist die Hitlerbande (am 2. Mai) auch in ihrer Hochburg von der Roten Armee geschlagen worden. Berlin ist befreit von diesem Verbrechergesindel. Und damit hat auch für die Berliner der Hitlerkrieg sein Ende gefunden. Die rasende Hitlerbestie ist am Verenden, sie erhielt in ihrer Höhle von der Roten Armee den letzten tödlichen Schlag. Aber das ist nicht nur ein militärischer Sieg, sondern auch der Sieg einer höheren Gesellschaftsordnung über die tiefste Barbarei. Es ist – entgegen der von Hitler und Goebbels so oft zum Betrug der Massen wiederholten Prophezeiung vom angeblichen Sinn der Geschichte und Willen der Vorsehung – der Sieg des menschlichen Fortschritts und der Solidarität der freiheits- und friedensliebenden Völker über die Kräfte der Finsternis, über den Rassenwahnsinn und die Völkervernichtung, die der Hitlerismus verkörpert. Welchem ehrlichen, anständigen Deutschen schlüge darüber nicht das Herz höher! Aber in diese Freudenbotschaft mischt sich das bittere, quälende Bewußtsein, daß sich das deutsche Volk nicht selbst von dieser Mörderbande befreite, sondern ihr bis zuletzt folgte und sie bei ihren Kriegsverbrechen unterstützte.

Hitler hat unser Volk in die größte Katastrophe seiner Geschichte getrieben. Städte und Dörfer liegen in Schutt und Asche. Ausgeblutet und völlig verarmt ist unser Volk, krank an Leib und Seele, verseucht von dieser verbrecherischen Naziideologie. Hitler hat durch seine Kriegsverbrechen unserem Volk den Haß und die Verachtung der ganzen Menschheit zugezogen. Die Welt schreit auf vor Entsetzen über die unmenschlichen Grausamkeiten, die von der Nazibande in ihren Vernichtungslagern in Buchenwald, Sachsenhausen, Dachau, Belsen, Auschwitz, Maidanek und in den vielen anderen an Millionen von Menschen verübt wurden. Ward je ein Volk so tief geschändet und so tief zu Boden getreten wie das deutsche Volk durch Hitler? Er ist es, der unser Volk total versklavt und seine kräftigsten Teile ausgerottet hat. Er hat Deutschland vernichtet. Das ist das Resultat von zwölf Jahren Hitlerdiktatur, von fast sechs Jahren Hitlerkrieg.

Aber, Landsleute, warum konnte das geschehen? Mit aller Eindringlichkeit steht diese Frage vor jedem einzelnen von euch. Mußte es so kommen, oder gab es für unser Volk eine Möglichkeit, diese Katastrophe zu verhindern? Ja, eine solche Möglichkeit gab es. Erinnert euch doch, wie ihr von verantwortungsbewußten Deutschen, die ihr Volk und Vaterland lieben, vor dieser Hitlerbande gewarnt wurdet, wie sie euch aufriefen, die kämp-

fende Einheitsfront für die Verhinderung der Hitlerdiktatur zu schließen ...

Berlin ist frei von der Nazibande, sie wird und muß restlos vernichtet werden. Aber unser deutsches Volk wird weiterleben. Es gilt jetzt, eine gründliche Reinigung vorzunehmen. Mit seiner schmählichen Vergangenheit muß Schluß gemacht werden. Es geht um eine Neugeburt unseres Volkes, um ein Neubeginnen in seinem ganzen Denken und Handeln. Neue Menschen, ein neues Deutschland müssen entstehen, um in Frieden und Freundschaft mit den anderen Völkern zu leben und im deutschen Volke selbst Garantien gegen eine Wiederholung der Aggression von deutscher Seite zu schaffen.

Eine schwere Zeit steht vor unserem Volke, die Zeit einer ernsten Prüfung. Unser Volk muß den Beweis erbringen, daß es dieser Wandlung fähig ist. Unter der militärischen Besetzung des Landes wird es den Schaden ersetzen müssen, der durch den Hitlerkrieg und die Hitlerbarbarei den andern Völkern, besonders dem großen Sowjetvolke, zugefügt wurde. Unser Volk wird diese Pflicht erfüllen in der Erkenntnis ihrer Notwendigkeit, weil es nur so den Weg zu seinem eigenen Wiederaufstieg findet. In gewissenhafter Erfüllung der ihm auferlegten Verpflichtungen muß unser Volk ein ehrliches, aufrichtiges Verhältnis zu den Besatzungsbehörden schaffen. Es gilt, die Naziverbrecher in allen ihren Schlupfwinkeln aufzustöbern und unschädlich zu machen. Allen ihren Provokationen, die sie durch ihre illegalen Werwolfbanden versuchen werden, ist mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, weil sie damit die Lage unseres Volkes nur verschlechtern. Nur durch eine gründliche Säuberung von diesen Elementen kann unser Volk die Voraussetzung für seinen Wiederaufstieg schaffen.

Die Hitlerbande hat unserem Volke ein ungeheures Maß von Not und Schande hinterlassen: Hunger und Krankheiten, Zerstörung der Erwerbsgrundlagen und völlige Aussaugung des ganzen Landes. Mühselig wird unser Volk sich aus diesem Zusammenbruch herausarbeiten müssen. Es ist die Pflicht aller Hitlergegner, aller ehrlichen und anständigen Deutschen, unserem Volke zu helfen, aus dieser fürchterlichen Notlage herauszukommen, sich aus dem faulenden Morast der Naziideologie herauszuwinden und wieder zu selbständig denkenden Menschen mit ehrlicher, anständiger Gesinnung und demokratischem Bewußtsein zu werden. Jeder muß dieses ehrlichen Willens sein. Vor dieser großen Aufgabe müssen alle Sonderinteressen zurücktreten.

Wilhelm Pieck: Reden und Aufsätze.
Auswahl aus den Jahren 1908–1950, Bd. I,
Berlin 1954, S. 423–426.

2

Befehl Nr. 2 des
Obersten Chefs der Sowietischen Militäradministration in Deutschland
vom 10. Juni 1945

Am 2. Mai dieses Jahres wurde die Stadt Berlin von den Sowjettruppen besetzt. Die Hitlerarmeen, die Berlin verteidigten, kapitulierten, und einige Tage später unterzeichnete Deutschland die Urkunde über die bedingungslose militärische Kapitulation. Am 5. Juni wurde im Namen der Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs die Deklaration über die Niederlage Deutschlands und über die Übernahme der höchsten Autorität auf dem ganzen Territorium Deutschlands durch die Regierungen der benannten Länder veröffentlicht. Vom Augenblick der Besetzung Berlins durch die Sowjettruppen an wurden auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland feste Ordnung hergestellt, die städtischen Organe der Selbstverwaltung organisiert und notwendige Bedingungen für die freie gesellschaftliche und politische Tätigkeit der deutschen Bevölkerung geschaffen.

Zu Vorstehendem befehle ich:

1. Auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland ist die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung der Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlage der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland und die Entwicklung der Initiative und Selbstbetätigung der breiten Massen der Bevölkerung in dieser Richtung zum Ziel setzen.

2. Der werktätigen Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland ist das Recht zur Vereinigung in freien Gewerkschaften und Organisationen zum Zweck der Wahrung der Interessen und Rechte der Werktätigen zu gewähren. Den gewerkschaftlichen Organisationen und Vereinigungen ist das Recht zu gewähren, Kollektivverträge mit den Arbeitgebern zu schließen sowie Sozialversicherungskassen und andere Institutionen für gegenseitige Unterstützung, Kultur-, Bildungs- und andere Aufklärungsanstalten und -organisationen zu bilden.

3. Alle in den Punkten 1 und 2 genannten antifaschistischen Parteiorganisationen und freien Gewerkschaften sollen ihre Vorschriften und Programme der Tätigkeit bei den Organen der städtischen Selbstverwaltung und beim Militärkommandanten registrieren lassen und ihnen gleichzeitig die Liste der Mitglieder ihrer führenden Organe geben.

4. Es wird bestimmt, daß für die ganze Zeit des Besatzungsregimes die Tätigkeit aller in Punkt 1 und Punkt 2 genannten Organisationen unter

der Kontrolle der Sowjetischen Militärverwaltung und entsprechend den von ihr gegebenen Instruktionen vor sich gehen wird.

5. Auf Grund des Vorstehenden sind alle faschistischen Gesetze sowie alle faschistischen Beschlüsse, Befehle, Anordnungen, Instruktionen usw. aufzuheben, die die Tätigkeit der antifaschistischen politischen Parteien und freien Gewerkschaften und Organisationen untersagen und gegen demokratische Freiheiten, bürgerliche Rechte und Interessen des deutschen Volkes gerichtet sind.

Der Oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung
in Deutschland
Marschall der Sowjetunion G. K. Shukow

Der Stabschef der Sowjetischen Militärverwaltung
in Deutschland
Generaloberst W. W. Kurasow

Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Sammelheft 1, 1945, Berlin 1946, S. 9/10.

3

Aus dem Aufruf des Vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses für Groß-Berlin vom 15. Juni 1945

Die Tyrannei des Hitlerfaschismus ist durch die verbündeten Armeen zerschlagen. Millionen Toter und Verwundeter, zerstörte Städte, vernichtetes Eigentum, Witwen und Waisen klagen an ...

Der Weg zum Abgrund begann schon vor 1933. Die demokratischen Kräfte waren gespalten und zu unentschlossen, um entscheidenden Widerstand zu leisten. Der 1. Mai 1933 war der schwärzeste Tag in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Hitler kam zu ungehemmter Macht. Mord und Versklavung im Innern waren der Anfang. Zur ungehinderten Durchführung seiner verbrecherischen Pläne zerschlug er die Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften. Aus dem geraubten Hab und Gut schufen die Faschisten die Deutsche Arbeitsfront, das Instrument zur Versklavung der Arbeiterschaft und zur Vorbereitung ihres Raubkrieges. Nutznießer der Volksnot und Abenteurer standen an der Spitze.

Dann begann der Eroberungskrieg, der Vernichtungsfeldzug gegen die anderen Völker. Rüstungsindustrielle, Großgrundbesitzer und sonstige Militaristen verbündeten sich mit Hitler und seiner verbrecherischen Clique und opferten kaltblütig das deutsche Volk ihrem Machthunger ...

Nach Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften fanden sich Männer zusammen, die aktiv am Kampf gegen den Hitlerfaschismus teilnahmen. Viele von ihnen sind den Henkern der Gestapo zum Opfer gefallen. Dem Kampf der aktiven antifaschistischen Gruppen in Deutschland blieb der Erfolg versagt. So mußten die verbündeten Armeen den opferreichen Kampf für die Befreiung Deutschlands von der Herrschaft der faschistischen Kriegsbrandstifter mit ihren Kräften führen. Erst mit der Eroberung Berlins durch die Rote Armee fand Hitler sein schmachvolles Ende. Nun können wir uns selbst überzeugen, daß die vereinigten Nationen den Krieg nicht zur Vernichtung des deutschen Volkes geführt haben.

Nach dem Einzug der Roten Armee in Berlin wurde mit Genehmigung des Stadtkommandanten eine zivile Verwaltung auf der Grundlage der Einheit aller antifaschistischen, demokratischen Kräfte errichtet. Die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung und zur Wiederherstellung des normalen Lebens sind in Angriff genommen. Der Befehl des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration gibt den Arbeitern und Angestellten das Recht zur Vereinigung in freien Gewerkschaften. Damit ist der von den Arbeitern und Angestellten langersehnte Zeitpunkt gekommen, sich wieder gewerkschaftlich zu organisieren.

Die Unterzeichneten haben einen Ausschuß zum Wiederaufbau freier, demokratischer Gewerkschaften für Groß-Berlin gebildet. Wir sind überzeugt, dem Willen der Berliner Arbeiterschaft Ausdruck zu geben, wenn wir erklären:

Die neuen freien Gewerkschaften sollen unter Zusammenfassung aller früheren Richtungen in ihrer Arbeit eine Kampfeinheit zur völligen Vernichtung des Faschismus und zur Schaffung eines neuen, demokratischen Rechtes der Arbeiter und Angestellten werden. Ihre Aufgabe ist vor allem, mitzuhelfen bei der Neugeburt unseres Volkes und bei der Heilung der Wunden, die der unselige Hitlerkrieg der Welt geschlagen hat. Die Arbeit der deutschen Gewerkschaften soll Gewähr sein für die Wiedererweckung des Vertrauens der Völker ... Durch ehrliche und angestrengte Arbeit am Wiederaufbau und zur Wiedergutmachung des in anderen Ländern Zerstörten wollen sie mitwirken, das Vertrauen der anderen Völker wiederzugewinnen.

Der Ausschuß wird die gewerkschaftlichen Grundsätze ausarbeiten und sie mit dem internationalen Gewerkschaftskomitee in Übereinstimmung bringen. Wir schlagen den Arbeitern und Angestellten Berlins vor, ihre Meinung zu äußern zu folgenden Erstaufgaben der freien Gewerkschaften:

1. Entschlossener Kampf gegen die nazistische Ideologie und das Gift des deutschen Militarismus. Darum Säuberung aller Posten in Stadtverwaltung und Betrieben von aktiven faschistischen Elementen.

2. Einsatz aller Arbeitskräfte, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern und Berlin durch angestrengte Arbeit wiederaufzubauen. Raschmöglichste Wiederingangsetzung der Versorgungsbetriebe und Werkstätten, der Energieversorgung und der Verkehrsmittel von Groß-Berlin.

3. Vertretung der Arbeiter und Angestellten im Rahmen der Bestimmungen der Besatzungsbehörden durch Abschlüsse von Tarifverträgen und Organisierung des Arbeitsschutzes und des Arbeitseinsatzes. Mitarbeit beim Wiederaufbau der Wirtschaft und der Sozialversicherung unter Sicherung des demokratischen Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und Angestellten.

4. Erziehung der Arbeiterschaft im Geiste des Antifaschismus, des demokratischen Fortschritts und zur Erkenntnis ihrer sozialen Lage. Pflege der Verbundenheit mit den Arbeitern der anderen Länder und Festigung der Freundschaft zu den anderen Völkern.

Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III: ab 1945, Bd. 1.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1959, S. 32–34.

4

Vereinbarung des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD vom 19. Juni 1945

Am 19. Juni fand in Berlin die erste gemeinsame Sitzung der Vertreter der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei Deutschlands statt. Als Vertreter des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei waren die Genossen Erich Gniffke, Otto Grotewohl, Gustav Dahrendorf, Helmut Lehmann und Otto Meier, vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei die Genossen Walter Ulbricht, Anton Ackermann, Ottomar Geschke, Hans Jendretzky und Otto Winzer anwesend.

Die Aussprache war von dem festen Willen zur aufrichtigen Zusammenarbeit beider Parteien getragen. Sie verlief im Geiste gegenseitigen Vertrauens. Unter Achtung der demokratischen Grundsätze wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

Es wird ein gemeinsamer Arbeitsausschuß, bestehend aus je fünf Vertretern der beiden Zentralstellen, gebildet. Dieser Ausschuß, der ein Ausdruck der Aktionseinheit der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, stellt sich folgende Aufgaben:

1. Enge Zusammenarbeit bei der Durchführung der gemeinsam beschlossenen dringlichen Aktionsaufgaben zur Liquidierung der Überreste des Nazismus und zum Wiederaufbau des Landes auf sicherer Grundlage.

Als Voraussetzung hierfür wird der Aufbau einer antifaschistischen, demokratisch-parlamentarischen Republik betrachtet, die die Fehler und Schwächen der Vergangenheit vermeidet und dem schaffenden Volke alle demokratischen Rechte und Freiheiten sichert.

2. Es sind alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um mit allen anderen antifaschistischen, demokratischen Parteien Vereinbarungen über die Bildung eines festen Blockes zu treffen.

3. Gemeinsame Vertretung der Interessen des schaffenden Volkes in Stadt und Land.

4. Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen beider Parteien.

5. Gemeinsame Beratungen zur Klärung ideologischer Fragen.

Die Vertreter beider Parteien drücken ihren festen Willen aus, alles zu tun, um auf dem Wege guter Zusammenarbeit in allen Fragen des antifaschistischen Kampfes und des Wiederaufbaues die Voraussetzungen für die politische Einheit des werktätigen Volkes zu schaffen.

Der gemeinsame Arbeitsausschuß des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands empfiehlt den Organisationen beider Parteien, in allen Bezirken, Kreisen und Orten zusammenzutreten, ebenfalls gemeinsame Arbeitsausschüsse zu schaffen und in gleicher Weise zusammenzuarbeiten, wie das im zentralen Maßstab geschieht.

Berlin, den 19. Juni 1945

Walter Ulbricht	Erich Gniffke
Anton Ackermann	Otto Grotewohl
Ottomar Geschke	Gustav Dahrendorf
Hans Jendretzky	Helmut Lehmann
Otto Winzer	Otto Meier

Deutsche Volkszeitung (Berlin),
20. Juni 1945.

5

Aus der Rede Walter Ulbrichts auf der ersten Funktionärkonferenz der KPD Groß-Berlins am 25. Juni 1945

Die Partei des Aufbaus, die Partei des Volkes

Die Kommunistische Partei ist eine wahrhaft nationale Partei, denn sie kämpft um die Beseitigung der Ursachen des Unglücks der Nation. Unsere Partei ist die Partei des Volkes, denn sie ist die Partei des Aufbaus. Unser Aktionsprogramm zeigt dem Volk den Weg zu einer besseren Zukunft.

Die Kommunistische Partei ist die Partei des Volkes, denn wir sagen

im Aktionsprogramm, was getan werden muß, damit das normale Leben der Bevölkerung wieder in Gang kommt, damit das Volk Brot hat und damit es mit den zum Leben notwendigen Waren versorgt wird.

Die Kommunistische Partei ist die Partei der Einigung des werktätigen Volkes. Das Aktionsprogramm unserer Partei hilft den Werktätigen, sich auf einer gemeinsamen Grundlage zusammenzuschließen und überall einen starken Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien zur demokratischen Erneuerung Deutschlands zu schaffen.

Unsere Partei ist die Partei des Friedens, denn sie hat seit ihrer Gründung für das friedliche Zusammenleben und für die Freundschaft mit den anderen Völkern gekämpft und besonders für die Freundschaft mit dem großen Sowjetvolk, dem wir zu tiefem Dank verpflichtet sind.

Unsere Partei ist die Partei des Volkes, denn sie ist die einzige Partei, die von einer fortschrittlichen wissenschaftlichen Theorie geleitet ist. Auf Grund der Theorie des Marxismus-Leninismus war unsere Partei imstande, den Lauf der Ereignisse vorauszusehen, unser Volk rechtzeitig zum Kampf gegen die nazistische Kriegspolitik aufzurufen, und ist sie imstande, den Weg der künftigen Entwicklung zu erkennen.

Es ist schwer, die großen Aufgaben, die vor unserer Partei stehen, zu erfüllen ohne den geliebten Führer unserer Partei, ohne den Führer des werktätigen Volkes, unseren Ernst Thälmann. Und doch müssen und werden wir mit vereinter Kraft die Aufgaben erfüllen.

Die vordringlichste Aufgabe ist die Schaffung von Parteileitungen aus den besten antifaschistischen Kämpfern und die Schaffung eines starken Funktionärkörpers aus alten sowie aus jüngeren Genossen.

Unserer Partei, der Partei der Arbeiterklasse, sollen alle ehrlichen Kämpfer gegen den Faschismus angehören. Die alten Parteigenossen, die schon vor 1933 unter größten Opfern gegen Faschismus und Reaktion kämpften, sollen Schulter an Schulter mit den Genossen zusammenarbeiten, die sich im illegalen Kampf bewährt haben, die in Kommunalverwaltungen, in Gewerkschaften und anderen Institutionen tätig sind und jetzt in die Partei aufgenommen werden können. Bei der Aufnahme in die Partei darf es keine Rolle spielen, ob die betreffenden Antifaschisten katholischen, evangelischen oder jüdischen Religionsgemeinschaften angehören.

In manchen Orten sind bisher nur wenige neue Parteimitglieder aufgenommen worden. Das ist ein ernster Fehler. Wie kann die Kommunistische Partei ihre historische Aufgabe erfüllen, wenn ihr nicht die besten Männer und Frauen aus allen Schichten des schaffenden Volkes, wenn ihr nicht die antifaschistischen Funktionäre der Gewerkschaften und der kommunalen Verwaltungsorgane angehören? Manche Parteileitungen stellen unzulässige Vorbedingungen für die Aufnahme in die Partei. Wer kann erwarten, daß die ehrlichen Antifaschisten nach zwölfeinhalb Jahren fa-

schistischer Diktatur geschulte Marxisten-Leninisten sein können? Auch die alten Parteimitglieder sind das noch nicht. Die Besonderheit der gegenwärtigen Lage besteht darin, daß in den Parteiorganisationen in der Mehrheit Mitglieder sein werden, die vor 1933 nicht der KPD angehörten, sondern irgendwelchen antifaschistischen Massenorganisationen, den Gewerkschaften, der Sozialdemokratie, Jugendorganisationen, oder aber Mitglieder, die erst während des Hitlerregimes aktiv wurden. Aufgabe der Parteiorganisation ist es, den alten und den neuen Mitgliedern zu helfen und sie so zu schulen, daß sie gute Kommunisten werden.

Die vordringlichste Aufgabe ist es, dem Volke unser Aktionsprogramm zu erklären und alle Volkskräfte für die Erfüllung der gewaltigen Aufgaben des Aufbaus und der Neugeburt unseres Volkes zu entfalten. Dazu ist notwendig, daß jeder Genosse mithilft, die weiteste Verbreitung unserer Parteizeitung, der „Deutschen Volkszeitung", zu organisieren.

Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.
Aus Reden und Aufsätzen, Bd. II: 1933–1946,
Berlin 1963, S. 436–438.

6

Interview eines Korrespondenten der „Krasnaja Swesda" mit Vertretern des Zentralausschusses der SPD am 12. Juli 1945

Frage: Was hat Sie unmittelbar bewegt, den Weg der Schaffung eines Blocks gemeinsam mit der Kommunistischen Partei zu beschreiten?

Antwort: Nach vielen Fehlern der Vergangenheit haben wir nun erkannt, daß die Lebensinteressen der Arbeiterklasse einer Einheit bedürfen. Das, was uns jetzt mit den Kommunisten einigt, ist bedeutend stärker und überwiegender als das, was uns trennt. Die Kommunistische Partei hat viel beigetragen zur Schaffung eines Einvernehmens zwischen den beiden Parteien.

Unsere Arbeiterklasse mußte schwere Opfer bringen, ehe sie den richtigen Weg gefunden hat. Die historischen Siege der Roten Armee, die endgültige militärische Niederlage des Nazismus und deutschen Militarismus schaffen Vorbedingungen zur Erneuerung des Lebens des deutschen Volkes auf einer demokratischen Grundlage.

Wir beschreiten den Weg der Zusammenarbeit mit den Kommunisten aus freier Wahl und eigenem Interesse. Allerdings, in den ersten Tagen verlangten viele sozialdemokratische Arbeiter, daß wir zusammen mit den Kommunisten eine Einheitspartei bilden, in die unsere Arbeiter eintreten sollten. Aber nach reiflicher Überlegung kamen wir mit unseren kommunistischen Freunden zu der Erkenntnis, daß die Zeit für eine organische

Zusammenschmelzung noch nicht gekommen ist. Unsere Funktionäre wie auch die der Kommunistischen Partei bedürfen einer Schulung auf dem ideologischen Gebiet, um den neuen und schweren Aufgaben, die wir gemeinsam lösen müssen, gewachsen zu sein. Die ideologische Erziehungsarbeit wird längere Zeit in Anspruch nehmen, und es ist zweckmäßig, daß jede Partei sie selbständig durchführt. Es ist möglich, daß auf diesem Gebiet bei uns ein Wettstreit mit den Kommunisten entstehen wird, aber wir und unsere kommunistischen Freunde begrüßen einen solchen Wettstreit. Er wird nur beitragen zu der ideologischen Heranbildung der Arbeiterklasse.

Die ideologische Umschulung des deutschen Volkes, in dem das Gift des Hitlerismus und Militarismus tief eingewurzelt ist, ist heute die wichtigste Aufgabe. Von ihrer Lösung hängt das Tempo der Liquidierung der Überreste des Nazismus, seine endgültige politische und moralische Ausrottung ab. Auf der Tagesordnung steht heute eine neue Orientierung unseres Volkes, die Überwindung der Fehler der vorangegangenen historischen Entwicklung, die zweimal zu einem Weltkrieg und zu einer Katastrophe Deutschlands führte.

Frage: Inwiefern sind die sozialdemokratischen Arbeiter vorbereitet zur Entgegennahme der neuen Ideen? Haben nicht einige alte sozialdemokratische Funktionäre der früheren Weimarer Republik, die sich im Auslande befinden, geäußert, daß sie entgegengesetzte Meinungen in der Frage der Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei vertreten, und die auch heute noch das Wiedererstehen der Weimarer Demokratie in Deutschland erstreben?

Antwort: Uns in Berlin ist nicht bekannt, welche Stellung die ehemaligen sozialdemokratischen Führer, die sich jetzt im Ausland befinden, einnehmen. Wenn gewisse Meldungen in der Auslandspresse stimmen sollten, so können wir damit nicht identifiziert werden.

Alle fortgeschrittenen Elemente unseres Volkes wünschen eine demokratische Erneuerung Deutschlands, nicht aber eine neue Ausgabe der Weimarer Republik. Nur wir haben heute das Recht, im Namen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu sprechen. Wir führten hier den Kampf gegen den Nazismus, und um diesen Kampf fielen Tausende unserer Genossen. Unsere heilige Pflicht ist es, ihr Vermächtnis – die Vereinigung aller Kräfte der deutschen Arbeiterklasse – zu verwirklichen. Wir wissen, was der deutsche Arbeiter heute erstrebt und was er erhofft. Am wenigsten möchte er die Wiederherstellung der Zustände der Weimarer Republik. Der deutsche Arbeiter wünscht eine derartige demokratische Erneuerung Deutschlands, bei der ein Wiederaufleben des Faschismus unmöglich ist.

Wir möchten, daß man im Ausland begreift, daß der Prozeß der Er-

neuerung Deutschlands breite Schichten der deutschen Sozialdemokraten ergriffen hat, und daß die neue sozialdemokratische Führung alles daransetzt, um die historischen Fehler, die die Arbeiterklasse und ihre Parteien während der Zeit der Weimarer Republik und während der Machtergreifung Hitlers begangen haben, zu korrigieren. Der Hauptfehler bestand darin, daß eine Einheitsfront zwischen der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei nicht zustande kam. Dies führte zur Zerstörung und Schwächung der Kräfte der Arbeiterklasse, zur Lähmung der Arbeiterbewegung Deutschlands und erleichterte den Nazis und den deutschen Imperialisten die Vorbereitung des zweiten Weltkrieges. Vieles wäre heute anders, wenn die deutsche Arbeiterklasse einig gewesen wäre.

Frage: Beabsichtigt die neue Führung der Sozialdemokratischen Partei eine Aufklärungsarbeit innerhalb der breiten Massen über die Mitverantwortung des deutschen Volkes am Hitlerkrieg, und in welcher Form wird diese Arbeit vor sich gehen?

Antwort: Wir beabsichtigen eine besondere Aufklärungsarbeit zur Klarstellung der Verantwortung des deutschen Volkes und zur Ausrottung der nazistischen und militaristischen Ideologien aus dem Bewußtsein der breiten Massen. Wir sind der Meinung, daß alle diese Fragen Hauptinhalt sämtlicher Schulungsarbeit bilden sollen. Wir beabsichtigen nicht, diese Sache als eine vorübergehende politische Schulung zu behandeln, die von den Interessen des gegebenen Moments bedingt ist. Im Gegenteil, wir sind der Meinung, daß eine tägliche propagandistische Durcharbeitung all dieser Fragen in Parteizirkeln und Schulungen unter Leitung gut vorbereiteter Genossen uns am schnellsten zum erstrebten Ziel führen wird.

Frage: Was könnte noch zur Steigerung der Effektivität der antifaschistischen Arbeit auf ideologischem Gebiet getan werden?

Antwort: Wir bitten nur um eins. Helft den Antifaschisten, den Hunger nach Büchern zu stillen. Die marxistische Literatur wurde von den Nazis vernichtet. Mehr als zwölf Jahre haben unsere Genossen kein marxistisches Buch gelesen. Die Nazis haben systematisch eine Lügenpropaganda über die wirkliche Lage in der Sowjetunion verbreitet, um ein völlig entstelltes Bild über die Sowjetunion im deutschen Volk zu entwickeln. Dasselbe gilt auch gegenüber anderen demokratischen Ländern. Jetzt wird das deutsche Volk einen zur Genüge anschaulichen Unterricht über die Kraft und Stärke der Roten Armee und des Sowjetstaates sowie auch der anderen alliierten Mächte erhalten. Das Interesse an der Sowjetunion steigt von Tag zu Tag. Um diesem Umstand gerecht zu werden, sind vor allem Zehntausende von guten Büchern notwendig. Die Leser werden dankbar dafür sein.

Das Volk (Berlin),
13. Juli 1945.

7

Kommuniqué über die Bildung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien am 14. Juli 1945

Am 14. Juli 1945 traten die Vertreter der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu einer ersten gemeinsamen Besprechung zusammen.

An der Beratung nahmen teil:

Vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands: Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Franz Dahlem, Anton Ackermann, Otto Winzer;

vom Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: Erich W. Gniffke, Otto Grotewohl, Gustav Dahrendorf, Helmut Lehmann, Otto Meier;

vom Vorstand der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands: Andreas Hermes, Walther Schreiber, Jakob Kaiser, Theodor Steltzer, Ernst Lemmer;

vom Vorstand der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands: Waldemar Koch, Eugen Schiffer, Wilhelm Külz, Arthur Lieutenant.

In einer vom Willen aufrichtiger Zusammenarbeit getragenen Aussprache wurde festgestellt:

Hitler hat Deutschland in die tiefste Katastrophe seiner Geschichte gestürzt. Die Kriegsschuld Hitlerdeutschlands ist offenkundig. Weite Kreise des deutschen Volkes waren dem Hitlerismus und seiner Ideologie verfallen und haben seinen Eroberungskrieg bis zum furchtbaren Ende unterstützt. Groß war die Zahl jener Deutschen, die willenlos der Hitlerpolitik folgten und sich damit mitschuldig gemacht haben. So hat Hitler unser ganzes Volk in ein Chaos von Schuld und Schande gestürzt.

Nur durch einen grundlegenden Umschwung im Leben und im Denken unseres ganzen Volkes, nur durch Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung ist es möglich, die Nation zu retten. Die Vertreter der vier Parteien beschließen, unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit, die Bildung einer festen Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, um mit vereinter Kraft die großen Aufgaben zu lösen. Damit ist ein neues Blatt in der Geschichte Deutschlands aufgeschlagen.

Es wurde ein gemeinsamer Ausschuß gebildet, in den die vier Parteien je fünf Vertreter entsenden. Dieser Ausschuß wird unter wechselndem Vorsitz mindestens zweimal monatlich tagen. Ein Verbindungsbüro wird die gemeinsamen Besprechungen organisieren und für den Austausch des Materials sorgen.

Der gemeinsame Ausschuß stellt sich folgende Hauptaufgaben:

1. Zusammenarbeit im Kampf zur Säuberung Deutschlands von den Überresten des Hitlerismus und für den Aufbau des Landes auf antifaschi-

stisch-demokratischer Grundlage. Kampf gegen das Gift der Naziideologie wie gegen alle imperialistisch-militaristischen Gedankengänge.

2. Gemeinsame Anstrengungen zu möglichst raschem Wiederaufbau der Wirtschaft, um Arbeit, Brot, Kleidung und Wohnung für die Bevölkerung zu schaffen.

3. Herstellung voller Rechtssicherheit auf der Grundlage eines demokratischen Rechtsstaates.

4. Sicherung der Freiheit des Geistes und des Gewissens sowie der Achtung vor jeder religiösen Überzeugung und sittlichen Weltanschauung.

5. Wiedergewinnung des Vertrauens und Herbeiführung eines auf gegenseitiger Achtung beruhenden Verhältnisses zu allen Völkern. Unterbindung jeder Völkerverhetzung.

Ehrliche Bereitschaft zur Durchführung der Maßnahmen der Besatzungsbehörden und Anerkennung unserer Pflicht zur Wiedergutmachung.

Die Parteien vereinbaren, ein gemeinsames Aktionsprogramm auszuarbeiten.

Den Organisationen der antifaschistisch-demokratischen Parteien in allen Landesteilen, Bezirken, Kreisen und Orten wird empfohlen, sich in gleicher Weise, wie es zentral geschehen ist, zu gemeinsamer Aufbauarbeit zusammenzuschließen.

Berlin, den 14. Juli 1945

Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III: ab 1945, Bd. 1.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1959, S. 60/61.

8

Aus Vereinbarungen zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Parteiorganisationen der Westzonen vom Jahre 1945

[Hamburg, 24. Juli 1945]

Die katastrophalen Folgen der Hitlerschen Politik sind der geschichtliche Beweis dafür, daß schon immer die Anhänger des Friedens und die Vorkämpfer der Völkerverständigung die wirklichen Patrioten und wahren Deutschen gewesen sind, und nicht die imperialistischen Schreihälse und Rassenhetzer.

Es ist daher die Aufgabe dieser bewußten Antifaschisten, aller fortschrittlichen und wahrhaft deutschen Männer und Frauen, die Grundlagen ihrer eigenen Politik zur neuen Lebensführung unseres Volkes in Freiheit und Gerechtigkeit neu zu schaffen und verjüngt zu entwickeln.

Ohne Zweifel ist der Hauptträger der deutschen Zukunft die Arbeiter-

klasse. Auf ihren Schultern lag die Hauptlast des Krieges. In ihr lebte der Wille nach der antifaschistischen Demokratie am brennendsten. Aus ihrer gesammelten Kraft und mit der Unterstützung der Arbeiter aller Länder muß und wird sie in einem einheitlichen Deutschland neu erstehen.

Die blutige Lehre der 12jährigen Hitlerdiktatur im Inneren, des Hitlerkrieges nach außen und seiner großen sozialen Umwälzungen heißt für alle schaffenden Männer und Frauen eindeutig: „Einigkeit – Einheit! Und nie wieder Spaltung und Bruderkampf!"

In dem organischen Prozeß des unablässigen Kampfes der Arbeiterklasse, in dessen Mittelpunkt ihre Aktionseinheit steht, liegt die Voraussetzung für die Verwirklichung und den Bestand ihrer politischen und organisatorischen Einheit!

In den Millionen Anhängern der einst sich bekämpfenden deutschen Arbeiterparteien lebt dieser Wille zum Zusammenschluß in einer einheitlichen machtvollen politischen Partei als das bedeutsamste Ergebnis ihres gemeinsamen Leidens. Diese Sehnsucht ist tief eingebrannt in alle noch am Leben gebliebenen politischen Gefangenen der Konzentrationslager, Zuchthäuser und Gestapoinstitutionen. Sie ist lebendig in den Millionen der durch den Krieg völlig Verarmten aller Stände und Schichten unseres leidgebeugten Volkes. Sie zu erwecken in den Herzen unserer durch den Krieg geschleiften Jugend ist das Gebot der Stunde. Diese Sehnsucht zu verwirklichen ist das heilige Vermächtnis der von Hitler gemordeten Freiheitskämpfer und der in seinem Eroberungskrieg getöteten Soldaten!

[München, 8. August 1945]

Die Arbeiterparteien sind sich, unbeschadet noch vorhandener verschiedenartiger Auffassungen ..., einig in dem Willen, die gegenwärtig notwendigen Schritte gemeinsam zu gehen, die die große Aufgabe von heute umfassen: die Demokratisierung des politischen, sozialen und kulturellen Lebens der Nation!

Die Arbeiterparteien fühlen ihre Verpflichtung gegenüber Tausenden heroischer Anhänger der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei, gegenüber den Gewerkschaften und freien Kulturschaffenden, aber auch gegenüber den Antifaschisten anderer Parteien und den Parteilosen, die in unermüdlichem illegalem Kampfe gegen die Hitlerdiktatur ihr Leben, ihre Freiheit, ihre Gesundheit eingesetzt und geopfert haben. Ihr Opfer hat uns das Gebot zum Zusammenstehen, zu einheitlichem Handeln auferlegt!

Deshalb fordern die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei als ersten Ausdruck ihres öffentlichen Auftretens alle Männer, Frauen und Jugendlichen, die sich die Reinheit des Handelns als Menschen, als Deutsche und als Werktätige auch in dem Pfuhl von Blut, Trümmern und

Schande bewahrt haben, in den Hitler unsere Heimat verwandelt hat, zu einheitlichem, brüderlichem Zusammenstehen, zu solidarischem, antifaschistischem Zusammenwirken auf für die Verwirklichung folgender lebensnotwendiger Sofortaufgaben:

1. Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Nazipartei! ...

2. Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher!

3. Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit!

4. Demokratische Rechte und Freiheiten für das Volk! ...

5. Meinungs-, Glaubens- und Gewissensfreiheit für alle diejenigen, die Menschlichkeit und Fortschritt als Grundlagen ihres Handelns betrachten!

6. Freiheit für Wissenschaft und Kunst, für die demokratische Entfaltung der Kultur!

7. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung! ...

8. Übergabe aller Betriebe, die lebenswichtigen, öffentlichen Bedürfnissen dienen, und aller Betriebe, die sich bisher im Besitz von Kriegsverbrechern und aktiven Nazis befanden, in die Hände demokratischer Organe der Gemeinde oder des Landes! Enteignung des Großgrundbesitzes zugunsten der arbeitenden Bauern oder der Landarbeiter!

9. Ehrliche und aufrichtige, von echter Würde getragene Zusammenarbeit mit den Organen der Alliierten, die als Treuhänder der Beschlüsse von Potsdam fungieren.

10. Anerkennung und Erfüllung der Pflicht zur Wiedergutmachung der durch Hitlers Raubkrieg und Unterdrückungspolitik anderen Völkern zugefügten Schäden.

Für die Erfüllung dieser Aufgaben wollen wir im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben zusammenstehen, in der Gemeinde wie im Betriebe und Büro, überall da, wo wir uns zusammenfinden zu den ersten Schritten des schaffenden Volkes aus der Entmündigung zur Freiheit! Keine Wiederholung der Fehler von 1918:

Schluß mit der Spaltung des arbeitenden Volkes!

Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus und der Reaktion!

Schaffung einer festen Einheit der Demokratie für die Ausrottung des Faschismus mit der Wurzel und zum Aufbau eines neuen, wahrhaft freien, demokratischen Deutschlands!

[Dachau, 26. August 1945]

Die am 26. 8. 1945 in Dachau versammelten Vertreter der SPD und KPD begrüßen aufs wärmste die am 8. 8. 45 in München beschlossene Aktionsgemeinschaft zwischen SPD und KPD.

Wir sehen in der Schaffung dieser Aktionsgemeinschaft eine der Voraussetzungen, die nötig sind, um den zwar geschlagenen, aber noch nicht vernichteten deutschen Faschismus restlos zu liquidieren, den Militarismus auszurotten, einen wirklich demokratischen, antifaschistischen Aufbau durchzuführen und alle Probleme zu lösen, die jetzt und in der nächsten Zukunft vor dem deutschen Volke stehen und gelöst werden müssen, wenn Deutschland wieder wirtschaftliche und politische Freiheit erlangen und in die Familie der freiheits- und friedliebenden Völker aufgenommen werden soll.

Wir versichern, daß wir uns mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die praktische Durchführung der Beschlüsse einsetzen werden, um die Aktionsgemeinschaft aller antifaschistischen Kräfte auch auf dem Lande herzustellen. Mit Bedauern stellen wir fest, daß es in München noch nicht gelungen ist, die demokratischen, antifaschistischen Kräfte aus den bürgerlichen Kreisen in die Aktionsgemeinschaft einzubeziehen, und hoffen und wünschen, daß dies noch gelingen möge ...

Darüber hinaus aber sind die Vertreter der SPD und KPD von Dachau der Überzeugung, daß nur mit der Schaffung einer Einheitspartei aller Schaffenden eine sichere Gewähr gegeben ist, für alle Zukunft die Gefahr einer Zersplitterung der Arbeiter zu verhindern, und die Sicherheit, eine wirklich demokratische Neuordnung der sozialen und politischen Verhältnisse herbeizuführen. Wir wünschen und hoffen deshalb, daß die zustande gekommene Aktionsgemeinschaft bald zur Schaffung einer Einheitspartei führen möge.

[Frankfurt (Main), 3. September 1945]

Am 3. September traten in Frankfurt am Main die Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Gebiet Frankfurt a. M. zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen ...

Die Aussprache bestätigte den schon bisher gezeigten Willen zur aufrichtigen Zusammenarbeit beider Parteien. Sie verlief im Geiste gegenseitigen Vertrauens.

Unter Wahrung der Selbständigkeit beider Parteien kamen die Vertreter überein, einen gemeinsamen Aktionsausschuß der beiden Leitungen zu schaffen, der aus je fünf Vertretern bestehen wird. Dieser Ausschuß wird ein Ausdruck der Aktionseinheit der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei sein und stellt sich folgende Aufgaben:

1. Enge Zusammenarbeit bei der Durchführung der dringlichen Aktionsaufgaben zur Liquidierung der Überreste des Nazismus und zum Wiederaufbau des Landes auf einer festen demokratischen Grundlage. Als Voraussetzung hierfür wird der Aufbau einer antifaschistischen, de-

mokratisch-parlamentarischen Republik betrachtet, die die Fehler und Schwächen der Vergangenheit vermeidet und dem schaffenden Volk alle demokratischen Rechte und Freiheiten sichert.

2. Es sind die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um mit allen anderen antifaschistischen, demokratischen Parteien Vereinbarungen über die Bildung eines festen antifaschistischen Blocks zu treffen.

3. Gemeinsame Vertretung der Interessen des schaffenden Volkes in allen öffentlichen Institutionen, unter ihnen vor allem in den Organen der im Aufbau begriffenen kommunalen und provinzialen Selbstverwaltung, die sich mit den Problemen des demokratischen Aufbaus befassen.

4. Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen beider Parteien, die sich mit den Problemen des demokratischen Aufbaus befassen.

5. Gemeinsame Beratung zur Klärung ideologischer Fragen.

Die Vertreter beider Parteien bekunden ihren festen Willen, alles zu tun, um auf dem Wege kameradschaftlicher Zusammenarbeit in allen Fragen des antifaschistischen Kampfes und des Wiederaufbaus die Voraussetzungen für die politische Einheit des werktätigen Volkes zu schaffen.

Der gemeinsame Aktionsausschuß der Gebietsleitungen der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei fordert alle Organisationen beider Parteien auf, in ihrem Tätigkeitsbereich ebenfalls gemeinsame Ausschüsse zu schaffen und überall die Zusammenarbeit in der gleichen Weise herzustellen, wie dies in Frankfurt beschlossen wurde.

[Braunschweig, 21. September 1945]

Am 21. September 1945 fand die erste gemeinsame Besprechung der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei Braunschweigs statt...

Die Aussprache war von dem festen Willen zur aufrichtigen Zusammenarbeit beider Parteien getragen. Sie verlief im Geiste gegenseitigen Vertrauens. Unter Achtung der demokratischen Grundsätze wurde eine Einigung auf der Grundlage der Vereinbarungen zwischen dem Zentralkomitee der KPD und dem Zentralausschuß der SPD vom 19. Juni 1945 beschlossen. Es wird ein gemeinsamer Arbeitsausschuß aus je 5 Vertretern beider Parteien gebildet...

Die Vertreter beider Parteien drücken ihren festen Willen aus, alles zu tun, um auf dem Wege guter Zusammenarbeit in allen Fragen des antifaschistischen Kampfes und des Wiederaufbaus die Voraussetzungen für die politische Einheit des werktätigen Volkes zu schaffen.

[Wiesbaden, 1. Oktober 1945]

6 Monate nach der größten Niederlage, die je ein Land erlitt, wird dem deutschen Volk Gelegenheit gegeben, sich politisch neu zu formieren. Die

Arbeiterklasse muß jetzt, an diesem entscheidenden Wendepunkt seiner Geschichte, die Lehren aus der Vergangenheit ziehen und einen neuen Weg gehen.

Die Fehler der Vergangenheit sowie die Lebensinteressen der Arbeiterschaft verlangen gebieterisch die Einheit.

Schwerste Opfer mußte die deutsche Arbeiterklasse bringen, ehe sie den richtigen Weg fand. Spalter und Saboteure der Einheit sind Schrittmacher von Faschismus und Reaktion und können in unseren Reihen nicht geduldet werden.

Zwar ist die Gründung einer Einheitspartei im Augenblick nach unserer Auffassung nicht richtig. Noch trennen uns einige Fragen.

Jedoch, was uns heute einigt, ist bedeutend stärker und schwerwiegender als das, was uns trennt.

Unsere enge Zusammenarbeit wird die Prüfung des Einheitsgedankens sein, und wir sind gewiß, daß wir sie bestehen werden. Diese Arbeitsgemeinschaft muß die Grundlage abgeben für eine möglichst baldige Vereinigung.

Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III: ab 1945, Bd. 1.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1959, S. 73/74, 98–100, 117/118, 134/135, 180/181, 198.

9

Aus dem Aufruf Kurt Schumachers vom Juli 1945

Die Sozialdemokratische Partei kann und will nicht behaupten, daß ihr Kampf um die Gestaltung der Weimarer Republik in den Jahren 1918 bis 1933 ohne Fehler und personelle Versager gewesen ist. Aber das könnte schließlich keine Partei in keinem Lande der Welt von sich aussagen. In Deutschland waren die Fehler aller anderen Parteien größere und entscheidendere. Es waren grundsätzliche und bestanden in der verhängnisvollen Verkennung geschichtlicher Möglichkeiten und Notwendigkeiten. Die Bürgerlichen hatten die staatspolitische und die Kommunisten die klassenpolitische Notwendigkeit der Demokratie nicht erkannt.

Die Sozialdemokratische Partei ist die einzige Partei in Deutschland gewesen, die an der großen Linie der Demokratie und des Friedens ohne Konzessionen festgehalten hat. Darum kann nur sie allein von sich sagen, daß die Grundsätze ihrer Politik ihre Prüfung vor dem Richterstuhl der Geschichte bestanden haben. Alle anderen Richtungen in Deutschland sind mehr oder weniger schuld an dem Aufkommen des Nazismus, haben ent-

weder seine geistigen und politischen Grundlagen oder seine praktischen und taktischen Voraussetzungen geschaffen. Neben der Sozialdemokratie käme als Partei der Abwehr nur noch das Zentrum in Frage. Aber selbst seine Politik kann den grundsätzlichen Vergleich mit der Sozialdemokratie nicht bestehen ...

Zwangsläufig gruppiert sich die politische Parteienbildung um die Frage: Wie sollen die Lasten des Zusammenbruchs verteilt werden? Aus der Beantwortung dieser Frage ergeben sich die Richtlinien für den Neubau. Die Sozialdemokratische Partei will die Lastenverteilung unter dem Gesichtspunkt des gerechten Ausgleichs. Es kann nicht sein, daß ein Teil des Volkes alles verloren hat und der andere ungeschoren davonkommt. Wer noch am meisten hat, der hat auch die größten Opfer zu bringen, und vor allem diejenigen sollen die Folgen tragen, deren Politik die Katastrophe heraufbeschworen hat.

Bei dieser klaren Herausbildung der Fronten scheidet die Kommunistische Partei schon dadurch aus, daß ihre verantwortlichen Sprecher erklären, „heute keine sozialistischen Forderungen" zu haben, und daß sie als Partei von Kapitalismus, Unternehmertum und Privateigentum zu schwärmen beginnt. Die KP ist in ihrer politischen Theorie und Praxis ebenso vollständig zusammengebrochen wie das Nazitum und der Militarismus. Unter dem Gesichtspunkt deutscher Politik besteht kein zwingender Grund für ihre Weiterexistenz. Ebensowenig hat die Sozialdemokratie Veranlassung, für den geschwächten Parteikörper der KP den Blutspender abzugeben und auf irgendeinen Annäherungsversuch auch nur andeutungsweise einzugehen ...

Der Sinn der sozialdemokratischen Politik liegt darin, den Menschen ökonomisch zu befreien, um ihm die Voraussetzungen für die politische und moralische Freiheit zu schaffen. Der Sozialismus kann nicht als Geschenk kommen, sondern muß in dem politischen Wollen seine demokratische Legitimation finden. Die bloße Aufrichtung einer nicht erkämpften, sondern verordneten Demokratie kann nicht den Sozialismus bringen, wenn nicht die konzentrierte politische Kraft aller arbeitenden Menschen in Deutschland auf dieses Ziel drängt.

Alle Tendenzen des Wiederaufbaus sind Versuche, den Kapitalismus wieder zu beleben. Aber der Glaube an die Autorität der bisher herrschenden Klassen ist im Volk erschüttert. Auf ihm läßt sich keine Gesellschaftsverfassung mehr aufbauen. „Die herrschenden Ideen sind die Ideen der herrschenden Klasse", hat Karl Marx gesagt.

Aber wer ist denn heute die herrschende Klasse? Ein zerschlagener und zertrümmerter Haufen, der innen- und außenpolitisch Bankrott gemacht hat. Gewiß sind noch viele Existenzen materiell fundiert, und ebenso sicher ist es, daß sie nicht daran denken, diese Fundierung aufzugeben,

damit das ganze Volk weiterleben kann. Mit allen Mitteln der taktischen Raffinesse, der gesellschaftlichen Querverbindungen, der wirtschaftlichen Organisationen und jetzt auch der bürgerlichen Parteien möchten sie wieder da anknüpfen, wo sie 1932/33 – zum großen Teil in frevelhafter Kurzsichtigkeit freiwillig – aufgehört haben ...

Die unvermeidbare Konsequenz ist jetzt, daß die arbeitenden Massen, die Menschen ohne oder mit nur geringem Besitz, zum Zuge kommen. Es ist der Kapitalismus in Deutschland, der mit dem Zusammenbruch seiner politischen Methoden und Parteien auch selbst zusammengebrochen ist.

Auf der Tagesordnung steht heute als der entscheidende Punkt die Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung und die Überführung der Produktionsmittel aus der Hand der großen Besitzenden in gesellschaftliches Eigentum, die Lenkung der gesamten Wirtschaft nicht nach privaten Profitinteressen, sondern nach den Grundsätzen volkswirtschaftlich notwendiger Planung. Das Durcheinander kapitalistischer Unternehmerwirtschaft, deren Träger keine größere Sorge kennen als die, morgen noch mehr Geld zu verdienen als heute, kann nicht ertragen werden. Planung und Lenkung sind noch nicht Sozialismus, sondern erst die Voraussetzung dazu. Der entscheidende Schritt ist erst in einschneidenden Sozialisierungsmaßnahmen zu sehen.

Deutschland ist zu arm, um sich den Luxus einer planlosen Gütererzeugung oder der Sondergewinne für den Monopolkapitalismus leisten zu können. Das Sozialprodukt, selbst aus einer völlig in Gang gebrachten deutschen Wirtschaft, reicht bestenfalls dazu aus, die arbeitenden Menschen zu ernähren und den Bedürftigen soziale Hilfe zu gewähren.

Der Sozialismus ist nicht mehr Angelegenheit der Arbeiterklasse in dem alten engen Sinne des Wortes. Er ist das Programm für Arbeiter, Bauern, Handwerker, Gewerbetreibende und geistige Berufe! Sie alle stehen in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu der eigentlichen Ausbeuterschicht ...

Jeder Mensch von Einsicht und Verantwortungsbewußtsein wird erkennen müssen, daß das deutsche Volk nicht mehr reich genug ist, um Unternehmergewinne, Kapitalprofite und Grundrenten zu zahlen. Die Zerstörung und Verkleinerung der zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Substanz macht eine kapitalistische Profitwirtschaft unmöglich und zwingt zu einer nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten planmäßig ausgerichteten Versorgungswirtschaft.

Die Verstaatlichung der Großindustrie, der Großfinanz und die Aufsiedlung des Großgrundbesitzes sind volkswirtschaftlich eine absolute Notwendigkeit. Vor allem sind der Bergbau, die Schwerindustrie, die Energiewirtschaft, das Verkehrswesen, ein sehr großer Teil der Verarbeitungsindustrie sowie die Versicherungs- und Bankwirtschaft nicht nur

sozialisierungsreif, sondern müssen sozialisiert werden, wenn die deutsche Wirtschaft ausreichend funktionieren soll.

Der Großbesitz versucht mit der Hilfe aller politischen und wirtschaftlichen Richtungen und Einrichtungen, die ihm zugänglich sind, sozialistische Konsequenzen aus der heutigen Situation zu vermeiden ...

Die Entprivatisierung der Produktionsmittel des Großbesitzes und ihre Überführung in das Eigentum der Allgemeinheit ist nicht nur ein wirtschaftliches Problem, sondern eine entscheidende politische Frage. Das Monopolkapital hat Hitler zur Macht verholfen, und in seinem Auftrag hat er den großen Raubkrieg gegen Europa vorbereitet und geführt. Solange es in Deutschland möglich ist, daß sich große Vermögen in der Hand verantwortungsloser Privater sammeln können, ist die Demokratie nicht gesichert. Die ungeheure Wirtschaftskraft der Konzerne muß in die Hand der Allgemeinheit gelegt werden, sonst wirkt sie sich als politische Macht gegen den neuen Staat aus. Die besonderen Voraussetzungen der deutschen Klassenpsychologie und die zwangsmäßigen Gegebenheiten der deutschen Geschichte werden den Großbesitz immer wieder veranlassen, sein Geld in politische Macht umzusetzen, die er dann gegen die Demokratie und den Frieden anwendet. Die Demokratie ist erst in einem sozialistischen Deutschland gesichert. Im Gegensatz zu den Ländern der alten Demokratie des Westens können Kapitalismus und Demokratie in diesem Lande nicht nebeneinander existieren.

Turmwächter der Demokratie. Ein Lebensbild
von Kurt Schumacher, Bd. II, Reden und Schriften.
Hrsg. von Arno Scholz und Walther G. Oschilewski,
Berlin-Grunewald (1953), S. 31, 33, 36–39.

10

Aus den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945

III. Deutschland

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle.

Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Verein-

barung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.

Der Text dieser Übereinkunft lautet:

Politische und wirtschaftliche Grundsätze, deren man sich bei der Behandlung Deutschlands in der Anfangsperiode der Kontrolle bedienen muß.

A. Politische Grundsätze

1. Entsprechend der Übereinkunft über das Kontrollsystem in Deutschland wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Französischen Republik nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt, und zwar von jedem in seiner Besatzungszone sowie gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen.

2. Soweit dieses praktisch durchführbar ist, muß die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland gleich sein.

3. Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind:

(I) Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung.

Zu diesem Zweck:

a) werden alle Land-, See- und Luftstreitkräfte Deutschlands, SS, SA, SD und Gestapo mit allen ihren Organisationen, Stäben und Ämtern, einschließlich des Generalstabes, des Offizierskorps, der Reservisten, der Kriegsschulen, der Kriegervereine und aller anderen militärischen und halbmilitärischen Organisationen zusammen mit ihren Vereinen und Unterorganisationen, die den Interessen der Erhaltung der militärischen Tradition dienen, völlig und endgültig aufgelöst, um damit für immer der Wiedergeburt oder Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Nazismus vorzubeugen;

b) müssen sich alle Waffen, Munition und Kriegsgerät und alle Spezialmittel zu deren Herstellung in der Gewalt der Alliierten befinden oder vernichtet werden. Der Unterhaltung und Herstellung aller Flugzeuge und aller Waffen, Ausrüstung und Kriegsgeräte wird vorgebeugt werden.

(II) Das deutsche Volk muß überzeugt werden, daß es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, daß seine eigene mitleidlose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.

(III) Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.

(IV) Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten.

4. Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischer Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden.

5. Kriegsverbrecher und alle diejenigen, die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Greuel oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben. Nazistische Parteiführer, einflußreiche Nazianhänger und die Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen und alle anderen Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren.

6. Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.

7. Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.

8. Das Gerichtswesen wird entsprechend den Grundsätzen der Demokratie und der Gerechtigkeit auf der Grundlage der Gesetzlichkeit und der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied der Rasse, der Nationalität und der Religion reorganisiert werden.

9. Die Verwaltung Deutschlands muß in Richtung auf eine Dezentralisation der politischen Struktur und der Entwicklung einer örtlichen Selbstverantwortung durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke:

(I) Die lokale Selbstverwaltung wird in ganz Deutschland nach demokratischen Grundsätzen, und zwar durch Wahlausschüsse (Räte), so schnell wie es mit der Wahrung der militärischen Sicherheit und den Zielen der militärischen Besatzung vereinbar ist, wiederhergestellt.

(II) In ganz Deutschland sind alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern mit der Einräumung des Rechtes, Versammlungen einzuberufen und öffentliche Diskussionen durchzuführen.

(III) Der Grundsatz der Wahlvertretung soll in die Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- und Landesverwaltungen, so schnell wie es durch die erfolgreiche Anwendung dieser Grundsätze in der örtlichen Selbstverwaltung gerechtfertigt werden kann, eingeführt werden.

(IV) Bis auf weiteres wird keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden. Jedoch werden einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen errichtet werden, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, und zwar auf den Gebieten des Finanzwesens, des Transportwesens, des Verkehrswesens, des Außenhandels und der Industrie. Diese Abteilungen werden unter der Leitung des Kontrollrates tätig sein.

10. Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit zur Erhaltung der militärischen Sicherheit wird die Freiheit der Rede, der Presse und der Religion gewährt. Die religiösen Einrichtungen sollen respektiert werden. Die Schaffung Freier Gewerkschaften, gleichfalls unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Erhaltung der militärischen Sicherheit, wird gestattet werden.

B. Wirtschaftliche Grundsätze

11. Mit dem Ziele der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials ist die Produktion von Waffen, Kriegsausrüstung und Kriegsmitteln, ebenso die Herstellung aller Typen von Flugzeugen und Seeschiffen zu verbieten und zu unterbinden. Die Herstellung von Metallen und Chemikalien, der Maschinenbau und die Herstellung anderer Gegenstände, die unmittelbar für die Kriegswirtschaft notwendig sind, ist streng zu überwachen und zu beschränken, entsprechend dem genehmigten Stand der friedlichen Nachkriegsbedürfnisse Deutschlands, um die in dem Punkt 15 angeführten Ziele zu befriedigen. Die Produktionskapazität, entbehrlich für die Industrie, welche erlaubt sein wird, ist entsprechend dem Reparationsplan,

empfohlen durch die interalliierte Reparationskommission und bestätigt durch die beteiligten Regierungen, entweder zu entfernen oder, falls sie nicht entfernt werden kann, zu vernichten.

12. In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Truste und andere Monopolvereinigungen.

13. Bei der Organisation des deutschen Wirtschaftslebens ist das Hauptgewicht auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf (Verbrauch) zu legen.

14. Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten. Mit diesem Ziel sind gemeinsame Richtlinien aufzustellen hinsichtlich:

a) der Erzeugung und der Verteilung der Produkte der Bergbau- und der verarbeitenden Industrie;

b) der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und der Fischerei;

c) der Löhne, der Preise und der Rationierung;

d) des Import- und Exportprogramms für Deutschland als Ganzes;

e) der Währung und des Bankwesens, der zentralen Besteuerung und der Zölle;

f) der Reparationen und der Beseitigung des militärischen Industriepotentials;

g) des Transport- und Verkehrswesens.

Bei der Durchführung dieser Richtlinien sind gegebenenfalls die verschiedenen örtlichen Bedingungen zu berücksichtigen.

15. Es ist eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind:

a) zur Erfüllung des Programms der industriellen Abrüstung und Entmilitarisierung, der Reparationen und der erlaubten Aus- und Einfuhr;

b) zur Sicherung der Warenproduktion und der Dienstleistungen, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Besatzungsstreitkräfte und der verpflanzten Personen in Deutschland notwendig sind und die wesentlich sind für die Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland, der den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt. (Europäische Länder in diesem Sinne sind alle europäischen Länder mit Ausnahme des Vereinigten Königreiches und der Sowjetunion);

c) zur Sicherung – in der Reihenfolge, die der Kontrollrat festsetzt – einer gleichmäßigen Verteilung der wesentlichsten Waren unter den verschiedenen Zonen, um ein ausgeglichenes Wirtschaftsleben in ganz Deutschland zu schaffen und die Einfuhrnotwendigkeit einzuschränken;

d) zur Überwachung der deutschen Industrie und aller wirtschaftlichen und finanziellen internationalen Abkommen einschließlich der Aus- und

Einfuhr mit dem Ziel der Unterbindung einer Entwicklung des Kriegspotentials Deutschlands und der Erreichung der anderen genannten Aufgaben;

e) zur Überwachung aller deutschen öffentlichen oder privaten wissenschaftlichen Forschungs- oder Versuchsanstalten, Laboratorien usw., die mit einer Wirtschaftstätigkeit verbunden sind.

16. Zur Einführung und Unterstützung der wirtschaftlichen Kontrolle, die durch den Kontrollrat errichtet worden ist, ist ein deutscher Verwaltungsapparat zu schaffen. Den deutschen Behörden ist nahezulegen, in möglichst vollem Umfange die Verwaltung dieses Apparates zu fördern und zu übernehmen. So ist dem deutschen Volk klarzumachen, daß die Verantwortung für diese Verwaltung und deren Versagen auf ihm ruhen wird. Jede deutsche Verwaltung, die dem Ziel der Besatzung nicht entsprechen wird, wird verboten werden.

17. Es sind unverzüglich Maßnahmen zu treffen zur:

a) Durchführung der notwendigen Instandsetzungen des Verkehrswesens,

b) Hebung der Kohlenerzeugung,

c) weitestmöglichen Vergrößerung der landwirtschaftlichen Produktion und

d) Durchführung einer beschleunigten Instandsetzung der Wohnungen und der wichtigsten öffentlichen Einrichtungen.

18. Der Kontrollrat hat entsprechende Schritte zur Verwirklichung der Kontrolle und der Verfügung über alle deutschen Guthaben im Auslande zu übernehmen, welche noch nicht unter die Kontrolle der alliierten Nationen, die an dem Krieg gegen Deutschland teilgenommen haben, geraten sind.

19. Die Bezahlung der Reparationen soll dem deutschen Volke genügend Mittel belassen, um ohne eine Hilfe von außen zu existieren. Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes Deutschlands sind die nötigen Mittel für die Einfuhr bereitzustellen, die durch den Kontrollrat in Deutschland genehmigt worden ist. Die Einnahmen aus der Ausfuhr der Erzeugnisse der laufenden Produktion und der Warenbestände dienen in erster Linie der Bezahlung dieser Einfuhr. Die hier erwähnten Bedingungen werden nicht angewandt bei den Einrichtungen und Produkten, die in den Punkten 4a und 4b der Übereinkunft über die deutschen Reparationen erwähnt sind.

Zur Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition (1943 bis 1949).
Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin,
Berlin 1966, S. 71–77.

11

Aus der Rede Walter Ulbrichts auf der ersten Gewerkschaftskonferenz in Halle am 29. August 1945

Die freien Gewerkschaften haben eine große Verantwortung. Sie sind gemeinsam mit dem Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien dafür verantwortlich, daß Deutschland zum Land der friedlichen Arbeit wird und der Geist friedlicher Beziehungen zu den anderen Völkern in unserer Heimat Einzug hält. Die Beschlüsse der Berliner Konferenz geben unserem Volke die Möglichkeit zu einem friedlichen, demokratischen Aufbau ...

Im Rahmen der großen Aufgabe der demokratischen Erneuerung und des Wiederaufbaus Deutschlands sind die freien Gewerkschaften besonders für die Wiederingangbringung der Wirtschaft mitverantwortlich. Die letzten Monate haben gelehrt, daß nur mit Hilfe der Initiative der Betriebsräte und der Gewerkschaften, nur durch Anwendung ihrer großen Kenntnis der Wirtschaft die Aufgabe des Neuaufbaus gelöst werden kann.

Nachdem der Nazismus seine ganzen Machtmittel eingesetzt hatte, um die Arbeiterklasse zu zersplittern, zu atomisieren, die Werktätigen gegeneinander auszuspielen, muß oberster Grundsatz der neuen freien Gewerkschaften die gemeinsame Vertretung der Arbeiterinteressen, die Entwicklung des Bewußtseins der Solidarität der Arbeiter sein. Solidarität muß wieder zum obersten moralischen Gesetz jedes Arbeiters und Angestellten, zum obersten Gesetz der gesamten deutschen Arbeiterbewegung werden. Erinnern wir uns solch großer Solidaritätsaktionen, wie einst beim Kampf der Crimmitschauer Weber, beim gemeinsamen Kampf gegen Kapp und Lüttwitz und gegen andere Reaktionäre.

Ich spreche von neuen freien Gewerkschaften. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß aus einer ganzen Reihe von Gründen die Politik von 1932 nicht fortgeführt werden kann.

Erlaubt mir, das zu begründen:

1. Wir sprechen von neuen freien Gewerkschaften, weil diese Gewerkschaften einheitliche Gewerkschaften sind und frei sein sollen von faschistischen, imperialistischen und anderen reaktionären Ideologien. Wir sprechen auch deshalb von neuen freien Gewerkschaften, um den Trennungsstrich gegenüber der Politik des früheren Bundesvorstandes des ADGB und seiner Kapitulation am 1. Mai 1933 zu ziehen. In den neuen freien Gewerkschaften kann kein Platz sein für die Tradition der Kriegskreditbewilligung von 1914 und für die Politik der Nachgiebigkeit gegenüber faschistischen und imperialistischen Kräften.

2. Wir sprechen von neuen freien Gewerkschaften, weil die Gewerkschaften jetzt mithelfen sollen, durch die Entmachtung der Träger des deut-

schen Imperialismus, der Konzern- und Bankherren und der Großgrundbesitzer, den Frieden zu sichern. Besonders notwendig ist es, alle imperialistischen Gedankengänge systematisch zu bekämpfen und dadurch im Volke die Wachsamkeit zu entwickeln, die notwendig ist, um ein Wiederaufleben des deutschen Imperialismus zu verhindern.

3. Wir sprechen von neuen freien Gewerkschaften, weil der Aufbau nur auf neuen Wegen und mit neuen demokratischen Methoden unter Mithilfe der Gewerkschaften durchgeführt werden kann. Die Versorgung der Bevölkerung und die Beseitigung der vom Nazismus herbeigeführten Kriegsschäden ist nur möglich, wenn die Vertreter der freien Gewerkschaften in den führenden Stellen der Wirtschaft verantwortlich mitarbeiten und wenn das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaftsleitungen in den Betrieben gesichert wird.

4. Wir sprechen von neuen freien Gewerkschaften, weil sie neue Aufgaben in Staat und Wirtschaft haben. Der faschistische Staats- und Wirtschaftsapparat wurde im Zusammenhang mit der militärischen Niederlage der deutschen Armee zerschlagen. Heute führen nicht mehr die Naziführer und die alten imperialistischen Geheimräte das Wort in der Verwaltung. Heute wird nicht mehr in der Villa des Bankiers Schröder, im Stahlhaus in Düsseldorf oder im Herrenklub die deutsche Politik bestimmt. Die alten Organisationen der deutschen Industriellen bestehen nicht mehr. Um so wichtiger ist die verantwortliche Mitarbeit der Gewerkschaftsvertreter in den Wirtschaftsorganen.

5. Wir sprechen von neuen freien Gewerkschaften, weil die Arbeiter und das ganze schaffende Volk erfüllt sein müssen von dem Bewußtsein, daß von ihrer Tatkraft die demokratische Neugestaltung Deutschlands abhängt. Die Arbeiter und Angestellten haben das „Führerprinzip" der höheren Rasse der Nazibonzen und Rüstungsindustriellen teuer bezahlen müssen. Um so größer ist die Aufgabe der Gewerkschaften, den Geist der preußischen Knechtseligkeit und der Untertänigkeit zu überwinden und die Arbeiter zu solchen selbstbewußten Menschen zu erziehen, deren Handeln von der Erkenntnis geleitet wird, daß die demokratische Neugestaltung Deutschlands entscheidend vom bewußten antifaschistisch-demokratischen Handeln und der Einheit der Arbeiterklasse abhängt.

6. Wir sprechen von neuen freien Gewerkschaften und wollen damit den Gewerkschaften der anderen Länder kundtun, daß wir gewillt sind, auf neuen Wegen zu gehen, auf den Wegen, die uns die internationalen Erfahrungen der Gewerkschaften lehren.

Wir wollen, daß die Gewerkschaftsmitglieder im Geist des Klassenbewußtseins erzogen werden, damit sie solche aktiven demokratischen Kämpfer werden, die Garanten sind für das neue Deutschland. So werden die freien Gewerkschaften ihren Beitrag leisten zur Wiedergewinnung

des Vertrauens der anderen Völker und zur Wiedereingliederung eines neuen, demokratischen Deutschlands in den Kreis der friedliebenden, demokratischen Länder.

Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. II: 1933–1946, Berlin 1963, S. 448–451.

12
Verordnung über die Bodenreform in der Provinz Sachsen vom 3. September 1945

Entsprechend den Forderungen der werktätigen Bauern nach einer gerechten Bodenverteilung und Liquidierung des feudalen und junkerlichen Grundbesitzes sowie zum Zwecke der Landzuteilung an landlose und landarme Bauern, darunter auch an diejenigen Bauern, die aus anderen Staaten umsiedelten, beschließt die Verwaltung der Provinz Sachsen folgende Verordnung:

Artikel I

1. Die demokratische Bodenreform ist eine unaufschiebbare, nationale, wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit. Die Bodenreform muß die Liquidierung des feudal-junkerlichen Großgrundbesitzes gewährleisten und der Herrschaft der Junker und Großgrundbesitzer im Dorfe ein Ende bereiten, weil diese Herrschaft immer eine Bastion der Reaktion und des Faschismus in unserem Lande darstellte und eine der Hauptquellen der Aggression und der Eroberungskriege gegen andere Völker war. Durch die Bodenreform soll der jahrhundertealte Traum der landlosen und landarmen Bauern von der Übergabe des Großgrundbesitzes in ihre Hände erfüllt werden. Somit ist die Bodenreform die wichtigste Voraussetzung der demokratischen Umgestaltung und des wirtschaftlichen Aufstieges unseres Landes.

Der Grundbesitz soll sich in unserer deutschen Heimat auf feste, gesunde und produktive Bauernwirtschaften stützen, die Privateigentum ihres Besitzers sind.

2. Das Ziel der Bodenreform ist:

a) Das Ackerland der bereits bestehenden Bauernhöfe unter 5 ha zu vergrößern;

b) neue, selbständige Bauernwirtschaften für landlose Bauern, Landarbeiter und kleine Pächter zu schaffen;

c) an Umsiedler und Flüchtlinge, die durch die räuberische hitlerische Kriegspolitik ihr Hab und Gut verloren haben, Land zu geben;

d) zur Versorgung der Arbeiter, Angestellten und Handwerker mit Fleisch- und Milchprodukten in der Nähe der Städte Wirtschaften zu schaffen, die der Stadtverwaltung unterstehen, sowie den Arbeitern und Angestellten zum Zwecke des Gemüseanbaus kleine Grundstücke (Parzellen) zur Verfügung zu stellen;

e) die bestehenden Wirtschaften, die wissenschaftlichen Forschungsarbeiten und Experimentalzwecken bei den landwirtschaftlichen Lehranstalten sowie anderen staatlichen Erfordernissen dienen, zu erhalten und neue zu organisieren.

Artikel II

1. Zur Durchführung dieser Maßnahmen wird ein Bodenfonds aus dem Grundbesitz gebildet, der unter den Ziffern 2, 3 und 4 dieses Artikels angeführt ist.

2. Folgender Grundbesitz wird mit allen darauf befindlichen Gebäuden, lebendem und totem Inventar und anderem landwirtschaftlichen Vermögen, unabhängig von der Größe der Wirtschaft, enteignet:

a) der Grundbesitz der Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen mit allem darauf befindlichen landwirtschaftlichen Vermögen;

b) der Grundbesitz mit allem darauf befindlichen landwirtschaftlichen Vermögen, der den Naziführern und aktiven Verfechtern der Nazipartei und ihrer Gliederungen sowie den führenden Personen des Hitlerstaates gehörte, darunter allen Personen, die in der Periode der Naziherrschaft Mitglieder der Reichsregierung und des Reichstages waren.

3. Gleichfalls wird der gesamte feudal-junkerliche Boden und Großgrundbesitz über 100 ha mit allen Bauten, lebendem und totem Inventar und anderem landwirtschaftlichen Vermögen enteignet.

4. Der dem Staat gehörende Grundbesitz wird ebenfalls in den Bodenfonds der Bodenreform einbezogen, soweit er nicht für die Zwecke verwandt wird, die unter der nachfolgenden Ziffer 5 dieses Artikels angeführt sind.

5. Folgender Grundbesitz und folgendes landwirtschaftliche Vermögen unterliegen nicht der Enteignung:

a) der Boden der landwirtschaftlichen und wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen, der Versuchsanstalten und Lehranstalten;

b) der Boden, der den Stadtverwaltungen gehört und für die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse zur Versorgung der Stadtbevölkerung benötigt wird;

c) Gemeindeland und Grundbesitz der landwirtschaftlichen Genossenschaften u. Schulen;

d) der Grundbesitz der Klöster, kirchlichen Institutionen, Kirchen und Bistümer.

Artikel III

1. Bei der Durchführung der in Artikel II genannten Maßnahmen zur Beschlagnahme des Bodens wird als eine und dieselbe Wirtschaft angesehen:

a) Grundstücke, die ein und demselben Besitzer gehören, aber sich in verschiedenen Bezirken Deutschlands befinden;

b) das Grundstück eines Ehepaares;

c) das Grundstück von Eltern und unmündigen Kindern;

d) das Grundstück von Mitbesitzern.

Diejenigen Wirtschaften, die juristisch oder faktisch ihren Besitz nach dem 1. Juni 1945 geteilt haben, werden als eine Wirtschaft angesehen.

2. Bei der Durchführung der in Artikel II angeführten Maßnahmen ist unter der Bezeichnung „Bodenbesitz" der gesamte wirtschaftliche Besitz, einschließlich des Herrenhofes, der Wälder, Gärten, Wiesen, Weiden, Seen, Sümpfe usw., zu verstehen.

Artikel IV

1. Die Vorbereitungen zur Durchführung der Bodenreform liegen in den Händen der Kreis- und Gemeindeverwaltungen unter der Kontrolle der Verwaltung der Provinz Sachsen.

2. Zur unmittelbaren Verwirklichung der Bodenreform werden bis zum 15. September 1945 folgende besondere Organe geschaffen:

a) In den Gemeinden:

Gemeindekommissionen zur Durchführung der Bodenreform, bestehend aus 5 bis 7 Personen, die auf allgemeinen Versammlungen der Landarbeiter, landlosen Bauern und Bauern, die weniger als 5 ha Boden besitzen, und der ansässigen Umsiedler gewählt werden. Die Kommission wählt aus ihren Reihen einen Vorsitzenden. Die Zusammensetzung der Kommission wird von der Kreisverwaltung bestätigt.

b) In den Kreisen:

Kreiskommissionen zur Durchführung der Bodenreform, bestehend aus 5 Personen unter dem Vorsitz des Landrates oder seines ersten Stellvertreters. Die personelle Zusammensetzung der Kommission wird nach Eingabe der Kreisverwaltung von der Bezirksverwaltung bestätigt.

c) In den Bezirken:

Bezirkskommissionen zur Durchführung der Bodenreform, bestehend aus 5 Personen unter dem Vorsitz des Bezirkspräsidenten oder seines ersten Stellvertreters. Die personelle Zusammensetzung wird nach Eingabe der Bezirksverwaltung von der Provinzialverwaltung bestätigt.

Anmerkung: In den in Punkt a, b und c angeführten Kommissionen werden frühere Mitglieder der Nazipartei nicht zugelassen.

3. Von der Verwaltung der Provinz Sachsen wird eine Provinzialkom-

mission zur Durchführung der Bodenreform gebildet, die aus den nachstehend genannten 7 Personen unter dem Vorsitz des I. Vizepräsidenten der Provinzialverwaltung besteht:

I. Vizepräsident Siewert, Halle; Vz.-Pr. Thape, Magdeburg; Vz.-Pr. Lohmann, Dessau; Hörnicke, Dessau; Kleinbauer Biering, Merseburg; Landarbeiter Otto, Saalkreis; der Präsident oder stellvertretende Präsident der Landwirtschaftskammer.

4. Die Vorbereitung der Bodenreform und ihre praktische Verwirklichung müssen in der Zeit vom September bis einschließlich Oktober 1945 durchgeführt werden, während gleichzeitig die Bergung der Ernte und die Herbstbestellung völlig gesichert werden müssen.

5. Die Gemeinde- und Kreiskommissionen zur Durchführung der Bodenreform machen bis zum 25. September 1945 eine Bestandsaufnahme desjenigen Grundbesitzes und landwirtschaftlichen Eigentums, das der Übergabe an den Bodenfonds gemäß Artikel II dieser Verordnung unterliegt.

6. Die Gemeindekommission zur Durchführung der Bodenreform fertigt bis zum 25. September genaue Listen der in ihrem Gebiet befindlichen Wirtschaften unter 5 ha an, in denen die Anzahl der in jeder Wirtschaft tätigen Familienmitglieder sowie das in ihr vorhandene tote und lebende Inventar vermerkt werden.

Im selben Zeitraum stellen die Gemeinde- und Kreiskommissionen zur Durchführung der Bodenreform Listen der auf diesen Wirtschaften wohnenden Landarbeiter, Kleinpächter, landlosen Bauern sowie der Flüchtlinge und Umsiedler auf.

7. Die Provinzialverwaltung bzw. Kreisverwaltungen teilen den Gemeinden bis zum 1. Oktober 1945 mit, welcher Grund und Boden laut Artikel II Ziffer 5 dieses Gesetzes nicht der Aufteilung unterliegt.

8. Die Aufteilung des Bodens ist auf Versammlungen der landarmen und landlosen Bauern des betreffenden Ortes zu beschließen, auf Vorschlag der unter Artikel IV Ziffer 2a angeführten Gemeindekommissionen zur Durchführung der Bodenreform. Der Beschluß der Bauern über die Aufteilung des Bodens erhält Gesetzeskraft nach der Bestätigung dieses Beschlusses durch die Kreiskommissionen zur Durchführung der Bodenreform.

9. Die Fläche der neu zu bildenden Wirtschaften sowie die Fläche des hinzugefügten Bodens für die landarmen Wirtschaften wird bestimmt je nach der sich im Bezirk befindlichen Bodenmenge und des Kontingentes der Personen, die Land erhalten sollen. Der durch die Bodenreform zugeteilte Boden darf 5 ha nicht überschreiten. Bei schlechter Bodenqualität kann diese Höchstgrenze auf 8 ha erhöht werden, bei sehr schlechter Bodenqualität in Ausnahmefällen bis auf 10 ha. Jede Erhöhung der Höchst-

grenze von 5 ha muß von der Kreiskommission zur Durchführung der Bodenreform bestätigt werden. Bei der Zuteilung von Boden erhalten die kinderreichen Familien bei sonst gleichen Bedingungen das Vorrecht.

10. 80 000 ha der Wälder der Großgrundbesitzer in der Provinz Sachsen, die laut Artikel II dieser Verordnung zum Bodenfonds gehören, unterliegen ebenfalls der Aufteilung, und zwar 55 000 ha an die Bauern und 25 000 ha an die Gemeinden. Der übrige Teil der Wälder untersteht der Provinzialverwaltung und ist nicht aufzuteilen.

Anmerkung: Die Provinzialkommission zur Durchführung der Bodenreform in der Provinz Sachsen erläßt zu diesen Maßnahmen Ausführungsbestimmungen.

11. Teiche und kleine Wasserreservoire können den Gemeinde- und Stadtverwaltungen von der Kreisverwaltung zur Benutzung übergeben werden.

12. Traktoren, Dreschmaschinen, Mähdrescher und andere landwirtschaftliche Maschinen aus Wirtschaften, die nach Artikel II dieser Verordnung beschlagnahmt werden, gehen zur Organisierung von „Ausleihstellen landwirtschaftlicher Maschinen" an die „Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe" über. Die Ausleihstellen haben zuerst die Wirtschaften zu bedienen, die durch die Bodenreform Boden erhalten haben. Einfaches landwirtschaftliches Gerät und Arbeitsvieh kann zum Teil zur individuellen Benutzung den bedürftigsten Bauernwirtschaften übergeben werden.

13. Kleinbetriebe zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte auf den enteigneten Gütern (Branntweinbrennereien, Stärkeverarbeitungsbetriebe, Molkereien, Mühlen, Graupenmühlen usw.) gehen zur Benutzung an die „Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe" oder an die Kreisverwaltungen, große Betriebe gehen an die Provinz über.

14. Bei der Durchführung der Bodenreform wird ein Teil des Bodens zur Organisierung von Mustergütern und anderen wichtigen Zwecken bereitgestellt. Die Benennung dieser Grundstücke erfolgt durch die Provinzialverwaltung.

Artikel V

1. Wirtschaften, die durch die Bodenreform Land zugeteilt erhielten, haben für den Boden eine Summe zu entrichten, die dem Werte einer Jahresrente entspricht, d. h. 1000 bis 1500 kg Roggen pro ha, je nach der Bodenqualität und gemäß den Ablieferungspreisen vom Herbst 1945.

Der Preis für zugeteilte Waldstücke wird entsprechend den örtlichen Nutzungsbedingungen von der Kreiskommission zur Durchführung der Bodenreform festgesetzt und soll pro Hektar nicht weniger als die Hälfte des Preises für den übrigen zugeteilten Boden betragen. Die Ausfüh-

rungsbestimmungen hierzu erläßt die Provinzialkommission zur Durchführung der Bodenreform in der Provinz Sachsen.

Die Bezahlung in Geld oder natura geschieht folgendermaßen: Der erste Beitrag in einer Summe von 10 Prozent des Gesamtpreises ist bis Ende 1945 zu entrichten, die übrige Summe wird in gleichmäßigen Geld- oder Naturalbeträgen entrichtet; für die landarmen Bauern und Umsiedler im Laufe von 20 Jahren.

Den bisherigen landlosen Bauern, Kleinpächtern, Landarbeitern und Umsiedlern kann von der Kreiskommission für die Bodenreform eine Stundung des ersten Beitrages bis zu 3 Jahren gewährt werden.

Artikel VI

1. Die auf Grund dieser Verordnung geschaffenen Wirtschaften können weder ganz noch teilweise geteilt, verkauft, verpachtet oder verpfändet werden. In Ausnahmefällen kann die Aufteilung oder Verpachtung der Wirtschaft nur auf Beschluß der Provinzialverwaltung geschehen.

2. Die Wirtschaften erhalten den Boden schuldenfrei. Die Abgabeverpflichtung für das Jahr 1945 wird von den Personen geleistet, die von dem betreffenden Boden die Ernte einbringen.

Artikel VII

1. Technische Fragen, die im Zusammenhang mit der Durchführung der Bodenreform stehen, und die juristische Gestaltung der notwendigen Dokumente werden in den Ausführungsbestimmungen bekanntgegeben.

2. Diese Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt am Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Halle (Saale), den 3. September 1945

Der Präsident
gez.: Dr. Hübener

Der I. Vizepräsident
gez.: Siewert

Die Vizepräsidenten
gez.: Thape, gez.: Prof. Hülse, gez.: Lohmann

Verordnung über die Bodenreform in der Provinz Sachsen, o. O. o. J.

13

Aus einer Aktennotiz Konrad Adenauers über sein Interview vom 5. Oktober 1945

Der Vertreter des News Chronicle fragte nach meiner Ansicht über den Rhein-Ruhr-Staat. Ich habe auf diese Frage folgendes geantwortet: Nach den Vorgängen der letzten hundert Jahre verstünde ich den Ruf Frankreichs und Belgiens nach Sicherheit. Es sei aber falsch, einen Rhein-Ruhr-

Staat aus dem nicht russisch besetzten Gebiete Deutschlands herauszutrennen und von Deutschland loszulösen. Der von Rußland besetzte Teil sei für eine nicht zu schätzende Zeit für Deutschland verloren. Beide Journalisten stimmten dem zu. Wenn man einen Rhein-Ruhr-Staat losgelöst von den anderen Teilen Deutschlands bilde, erhebe sich sofort die Frage, was denn aus den Teilen Deutschlands nördlich und südlich dieses Rhein-Ruhr-Staates staatsrechtlich werden solle. Rußland würde getreu seinen imperialistischen Tendenzen sofort erklären, der von ihm besetzte Teil, das ist die Hälfte des alten Deutschlands, sei das Deutsche Reich. Die drei zerschnittenen Teile der nicht russisch besetzten Zonen würden schon automatisch nach Wiedervereinigung mit diesem russisch besetzten alten Reich streben. Man kehre ihr Gesicht geradezu nach dem Osten, nicht nach dem Westen. Es sei notwendig, die drei Teile des nicht russisch besetzten Gebietes, die bei Schaffung eines Rhein-Ruhr-Staates entstünden, in einem staatsrechtlichen Verhältnis miteinander zu belassen. Es könne das eventuell bundesstaatlich sein. Vor allem aber sei es meiner Ansicht nach nötig, die Wirtschaft dieses Teiles, insbesondere die Wirtschaft des Rhein-Ruhr-Staates mit derjenigen Frankreichs und Belgiens zu verflechten, damit dadurch gemeinsame wirtschaftliche Interessen entstünden.

Gemeinsame wirtschaftliche Interessen seien meines Erachtens die sicherste und beste Grundlage für Annäherung der Völker und Sicherung des Friedens. Auf die Frage des Vertreters des News Chronicle, ob denn Köln in diesem Falle französisch besetzt werden müsse, habe ich geantwortet, das sei zur Verwirklichung des obigen Gedankens nicht notwendig. Die Forderungen Frankreichs und Belgiens nach Sicherheit könnten auf die obige Weise und durch internationale Kontrolle erfüllt werden; wenn es aber nicht anders gehe, müsse auch das um des höheren Zweckes willen schließlich in Kauf genommen werden. Es sei das eine Frage von zweiter Bedeutung.

9. 10. 45 gez. Adenauer

Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945–1953,
Stuttgart 1965, S. 34/35.

14

Aus dem Aufruf des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD zur demokratischen Schulreform vom 18. Oktober 1945

Die Kommunistische und die Sozialdemokratische Partei halten es ... im Interesse unserer Jugend und unseres ganzen Volkes für ihre Pflicht, der Öffentlichkeit ihre gemeinsamen Grundsätze für die demokratische Erneuerung der deutschen Schule darzulegen.

Alle Antifaschisten und wahrhaft demokratischen Kräfte Deutschlands werden ohne Zweifel mit uns für folgende Grundforderungen einer deutschen Schulreform eintreten:

1. Die heranwachsende Generation des deutschen Volkes, berufen, die demokratische Erneuerung Deutschlands zu festigen und zu Ende zu führen, muß frei von nazistischen und militaristischen Gedanken, in einem neuen Geiste, im Geiste einer kämpferischen Demokratie, der Freundschaft unter den friedliebenden Völkern, zum selbständigen, aufrechten, freiheitlichen und fortschrittlichen Denken und Handeln erzogen werden.

2. Die Demokratisierung des Schulwesens erfordert eine Säuberung des gesamten Lehr- und Verwaltungspersonals von allen nazistischen und militaristischen Elementen und die Besetzung der Schulrats- und Leiterstellen mit bewährten Antifaschisten.

3. Alle Bildungsprivilegien einzelner Schichten müssen fallen. Das Ziel der demokratischen Schulreform ist die Schaffung eines einheitlichen Schulsystems, in dem die geistigen, moralischen und physischen Fähigkeiten der Jugend allseitig entwickelt, ihr eine hohe Bildung vermittelt und allen Befähigten ohne Rücksicht auf Herkunft, Stellung und Vermögen der Eltern der Weg zu den höchsten Bildungsstätten des Landes frei gemacht wird.

4. Die deutsche Schule muß die demokratische Einheit der Nation fördern und festigen. Sie darf nicht mehr durch Glaubensbekenntnisse und Weltanschauungen zerrissen werden. Darum fordern wir bei voller Anerkennung der Glaubens- und Gewissensfreiheit die klare Trennung von Kirche und Schule. Die religiöse Erziehung der Kinder ist nicht Sache der Schule, sondern Angelegenheit des Elternhauses und der Glaubensgemeinschaften.

5. Der Unterricht ist Aufgabe des öffentlichen Schulwesens. Darum kann irgendwelchen Gemeinschaften oder Privatpersonen die Einrichtung von Privatschulen, die den Stoff der allgemeinbildenden Schulen (Volks-, Mittel-, höheren Schulen) vermitteln, nicht zugestanden werden.

6. Die entscheidende Voraussetzung und die wichtigste Garantie für eine wirkliche Demokratisierung der Schule ist ein demokratischer Lehrkörper, ist ein neuer Typ des demokratischen, verantwortungsbewußten und fähigen Lehrers. Die Erzieher unserer Jugend werden ihre großen, die Zukunft unseres Volkes bestimmenden Aufgaben nur erfüllen, wenn sie gewillt und befähigt sind, die heranwachsende junge Generation zu bewußten Trägern des Wiederaufbaues und der Schaffung eines neuen, friedlichen, demokratischen Deutschlands heranzubilden.

Die demokratische Erneuerung des deutschen Schulwesens ist nicht denkbar ohne eine gründliche Reform auch der Lehrerausbildung. Der augenblickliche Mangel an zuverlässigen Lehrkräften für eine wirklich

demokratische, dem Frieden und dem Wohle unseres Volkes dienende Erziehung macht es notwendig, Zehntausenden antifaschistisch-demokratischen Kämpfern den Weg zum Lehrerberuf zu erschließen und damit den bestehenden Lehrkörper von Grund auf umzugestalten.

7. Die Demokratisierung der Schule verlangt aber auch eine grundsätzliche Umstellung der Lehrpläne und die Schaffung neuer Lehrbücher. Die für die Übergangszeit erforderliche Übernahme von Lehrbüchern aus der Zeit von vor 1933 soll erst nach sorgfältiger Sichtung erfolgen, da auch in diesen Büchern vielfach Gedankengut enthalten ist, das dem Ziel, Faschismus und Militarismus auszurotten, nicht entspricht.

8. Die geistige Erneuerung unseres Volkes würde auf halbem Wege stehenbleiben, würde sie nicht auch eine gründliche Reform des gesamten Hochschul- und Universitätswesens umfassen. Der neue Geist eines wahrhaft fortschrittlichen Humanismus und kämpferischer Demokratie muß in den Hochschulen Einzug halten. Das erfordert die Rückberufung aller von der Hitlerregierung vertriebenen Dozenten und Professoren, die Zulassung solcher neuen befähigten Kräfte zur Lehrertätigkeit, die durch wissenschaftliche Leistungen und als aufrechte Kämpfer gegen Hitler ihre Berufung bewiesen haben, Lehrer der studierenden Jugend zu sein.

Auf dem Wege weitgehender Hilfe mittels Förderkursen und Sonderregelungen in den Hochschulen muß allen Befähigten, die durch den Hitlerfaschismus und durch reaktionäre Bildungsprivilegien bisher vom Studium ferngehalten wurden, auch unter Aufhebung herkömmlicher Aufnahmebedingungen der Weg in die Hochschulen und Universitäten erschlossen werden ...

Trotz aller Schwierigkeiten, trotz aller geistigen und materiellen Trümmer muß in diesem Winter ein geordneter Schulunterricht gesichert und müssen die ersten Grundsteine zu dem großen Gebäude der demokratischen Erneuerung des deutschen Schulwesens gelegt werden.

Die deutsche Schule muß eine Bildungsstätte des gesamten Volkes werden, die jedem Begabten Fortschritt und Aufstieg gewährleistet und dazu hilft, daß die Welt die Deutschen wieder als Kulturvolk achtet.

Berlin, 18. Oktober 1945

Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei Deutschlands
Zentralausschuß der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III: ab 1945, Bd. 1.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1959, S. 210–213.

15

Beschluß des Präsidiums der Landesverwaltung Sachsen über die Enteignung des Kriegsverbrechers Friedrich Flick vom 29. Oktober 1945

Die Hauptschuld an der verbrecherischen Kriegspolitik Hitlers trägt das deutsche Monopolkapital, das sich unter rücksichtsloser Ausnutzung seiner wirtschaftlichen Machtstellung seit Jahrzehnten die Organe des Staates nutzbar machte zur Durchsetzung von privatkapitalistischen Interessen. Die Folge dieser monopolkapitalistischen Machtpolitik waren zwei Weltkriege, die über die Bevölkerung Europas und über das deutsche Volk Zerstörung, Not und Elend in unvorstellbarem Ausmaße gebracht haben. Die einzige Möglichkeit zu verhindern, daß der deutsche Monopolkapitalismus ein drittes Mal die Welt in das Unglück eines neuen Krieges stürzt, ist die wirtschaftliche Entmachtung der deutschen Monopolkapitalisten und die Nutzbarmachung der in ihren Händen liegenden Produktionsanlagen für das Wohl und die Interessen des gesamten Volkes.

Zahlreiche deutsche Monopolkapitalisten gehen ihrer Verurteilung als Kriegsverbrecher entgegen. Zu ihnen gehört einer der Hauptvertreter des räuberischen deutschen Monopolkapitalismus, Friedrich Flick, der auch im Bundesland Sachsen große monopolistische Konzernbetriebe in Händen hatte.

Zur Sicherung der Demokratie und des Friedens beschließt daher die Landesverwaltung Sachsen, die dem Kriegsverbrecher Flick gehörigen und im Bundesland Sachsen gelegenen Unternehmungen mit allen ihren Beteiligungen und Rechten sowie alle sonstigen im Besitz des Kriegsverbrechers Flick befindlichen Vermögenswerte im Bundeslande Sachsen zu enteignen und in das Eigentum des Bundeslandes Sachsen überzuführen. Die Überführung in das Eigentum des Landes erfolgt ohne Entschädigung und ohne Anerkennung von Rechtsansprüchen Dritter an dem der Enteignung unterliegenden Vermögen.

Als enteignet gelten insbesondere an Konzernunternehmungen und Beteiligungen:

die Mitteldeutschen Stahlwerke GmbH, Riesa; die Gußstahlwerke Döhlen hinsichtlich des Anteils von 49,7 v. H. der Aktien aus dem Besitz der Mitteldeutschen Stahlwerke GmbH, Riesa; die Waggonfabrik Busch in Bautzen hinsichtlich des Anteils von 95,85 v. H. der Aktien im Besitz der FAGUMA, Berlin; die A. T. G. in Leipzig hinsichtlich des Anteils von 87,5 v. H. der Aktien im Besitz der FAGUMA, Berlin, und des Anteils von 12,5 v. H. der Aktien im Besitz der Friedrich Flick KG, Düsseldorf; die Anhaltischen Kohlenwerke hinsichtlich des Anteils von 55 v. H. der Aktien im Besitz der Friedrich Flick KG, Düsseldorf, und des Anteils von 45 v. H. der Aktien im Besitz der Mitteldeutschen Stahlwerke GmbH, Riesa.

Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Beschluß, insbesondere die Bestimmungen über die zukünftige Verwertung der enteigneten Vermögenswerte, trifft die Landesverwaltung Sachsen.

Landesverwaltung Sachsen

Amtliche Nachrichten der Landesverwaltung Sachsen,
1. Jg., Nr. 11 (Dresden),
16. November 1945, S. 58.

16

Aus der Entschließung der gemeinsamen Konferenz des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD mit den Bezirksvertretern beider Parteien vom 20./21. Dezember 1945

I

Es wird lebhaft begrüßt, daß die Wiedergeburt der politischen Freiheit in Deutschland nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes nicht unter dem verhängnisvollen Zeichen einer neuen Spaltung des schaffenden Volkes stand, sondern im hoffnungsfreudigen Zeichen der Zusammenarbeit zwischen den beiden Arbeiterparteien und der Einheitsfront der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien ...

Die gemeinsame Konferenz beider Parteien spricht daher dem Zentralkomitee der KPD und dem Zentralausschuß der SPD ihre Billigung und Anerkennung aus, daß sie sofort nach der Genehmigung zur Bildung der Gewerkschaften und antifaschistisch-demokratischer Parteien durch den Befehl Marschall Shukows vom 10. Juni 1945 den neuen Weg der Einheit beschritten haben.

Die Bildung des Arbeitsausschusses der SPD und KPD und des Einheitsfrontausschusses der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien sowie die im Rahmen der Aktionseinheit gefaßten Beschlüsse und durchgeführten Maßnahmen werden ausdrücklich gebilligt.

II

Die seither gemachten Erfahrungen haben die Richtigkeit der Politik der antifaschistisch-demokratischen Aktionseinheit voll bestätigt und die Lebensfähigkeit und Stärke der Einheitsbewegung voll erwiesen.

Vor allem haben diese Erfahrungen gezeigt, daß auftauchende Meinungsverschiedenheiten im Rahmen der Einheitsfront beider Arbeiterparteien immer einer Lösung zugeführt werden konnten, während ohne eine solche Zusammenarbeit und Verständigung die Gegensätze unvermeidlich gewachsen und immer mehr vertieft worden wären.

Nur dank der Aktionseinheit hat unser gemeinsamer Kampf trotz größter objektiver Hemmnisse und materieller Schwierigkeiten bereits in kurzer Zeit eine Reihe höchst bedeutsamer Erfolge erzielt ...

Wenn sich unser Volk Schritt für Schritt über Schutt und Trümmer den Weg vorwärtsbahnt, wenn es wieder aufwärtsgeht, so ist das nur das Ergebnis der antifaschistischen Aktionseinheit.

Das aber verpflichtet uns, auf diesem Wege noch kühner vorwärtszuschreiten und die Fahne der Einheit noch höher zu erheben!

III

Aber der heimtückische und gefährliche Feind des Friedens und der Freiheit ist noch nicht vernichtet.

Noch ist die Gefahr nicht gebannt, daß Reaktion und Faschismus früher oder später ihr Haupt wieder erheben ...

Noch ist das Monopolkapital nicht vernichtet, noch hat es sogar zahlreiche Helfer und Verbündete.

Seine Helfer und Verbündeten sind alle jene Günstlinge des Hitlerregimes und der Hitlerpartei, die mit dem Untergang des „Dritten Reiches" ihre Pfründe verloren haben.

Seine Helfer und Verbündeten sind alle mit der Zerschlagung des Nazistaates ins Nichts geschleuderten asozialen Elemente aus den Reihen der faschistischen Terrororganisationen, die sich immer mehr in bloße Banditen und kriminelle Verbrecher verwandeln.

Seine Helfer und Verbündeten sind aber auch die Einflüsse und Traditionen des Militarismus, des wilden Chauvinismus, der Völker- und Rassenhetze, die in Deutschland so tiefe Wurzeln geschlagen hatten und beileibe noch nicht überwunden sind.

Wo aber ist die Kraft, die alle Gefahren für Frieden und Freiheit bannen und die dunklen Mächte der Reaktion, des Militarismus und Faschismus endgültig überwinden kann?

Diese Kraft kann nur die geeinte Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauernschaft und der schaffenden Intelligenz sein!

In der gegenwärtigen Lage, nachdem der Hitlerfaschismus durch sein Kriegsverbrechen und durch seine millionenfachen Missetaten gegen fremde Völker die nationale Einheit Deutschlands aufs Spiel gesetzt hat, kann nur die Einheit aller antifaschistischen und demokratischen Kräfte des Volkes, die Aktionseinheit über ganz Deutschland hinweg, die nationale deutsche Einheit verkörpern und tragen.

Die Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien wird aber nur dann stabil und von Dauer sein, wenn die Einheit der Arbeiterbewegung ihr festes Rückgrat bildet.

Die demokratische Republik wird nur dann als wirklich neue demokra-

tische Ordnung errichtet werden, wenn die einige Arbeiterschaft ihr Hauptträger ist und sich gegenüber den bourgeoisen Kräften den gebührenden Einfluß sichert.

Der weitere Aufbau der Wirtschaft wird nur dann rasch vonstatten gehen, wenn die geeinte Arbeiterschaft alle reaktionären Sabotageversuche bricht und diese Sache in ihre eigenen Hände nimmt.

Der Frieden wird nur dann gesichert sein, wenn die konsequenteste Friedenskraft, nämlich die Arbeiterklasse im Bunde mit allen Schaffenden, das Schicksal der Nation meistert.

Keine dieser Aufgaben aber kann die Arbeiterklasse erfüllen, wenn sie nicht die Einheit ihrer eigenen Reihen immer fester und tiefer gestaltet!

IV

Die gemeinsame Konferenz ist auf Grund einer eingehenden Analyse der Lage und der Aufgaben zu dem Schluß gelangt, daß überall neue Schritte zur Entfaltung der antifaschistischen Aktionseinheit unternommen werden müssen.

Durch sachliche Aussprache – so wie sie hier auf dieser Konferenz gepflegt wurde – sollen alle noch existierenden Streitfragen im Geiste gegenseitiger Achtung und beiderseitigen Entgegenkommens geklärt werden. Die Organisationsleitungen werden Anweisungen an die Organisationen über die weitere Zusammenarbeit der Genossen in beiden Parteien geben.

In den Selbstverwaltungsorganen, auf dem Gebiet der Wirtschaft, in den Gewerkschaften und Betriebsräten, in Ämtern, Fabriken und Schulen sollen die Kommunisten und Sozialdemokraten noch viel enger und kameradschaftlicher als bisher zusammenarbeiten.

Diese gesteigerte Zusammenarbeit muß ihren Ausdruck auch darin finden, daß überall, wo Wahlen und Abstimmungen stattfinden, gemeinsame Wahlprogramme der beiden Arbeiterparteien aufgestellt werden. Die Genossen der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei werden sich über die Besetzung der politischen Positionen innerhalb der Gemeindeverwaltungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung kameradschaftlich verständigen.

Die Aufstellung gemeinsamer Wahlprogramme soll die Garantie bilden, daß der Wahlkampf nicht zu einem Kampf zwischen SPD und KPD wird, sondern als gemeinsamer Kampf der beiden Arbeiterparteien für eine Arbeitermehrheit geführt wird!

Ein gegenseitiger Kampf bei den Wahlen würde zu einem Frevel am schaffenden Volk werden, weil damit nichts anderes erreicht werden könnte, als daß die Reaktion die Oberhand gewinnen würde.

Die gemeinsame Konferenz der KPD und SPD fordert daher die örtlichen und bezirklichen Organisationen beider Parteien in ganz Deutschland auf, im Interesse der Gewinnung einer festen Arbeitermehrheit gemeinsame Wahlprogramme aufzustellen.

V

Die Erweiterung und Vertiefung der Aktionseinheit soll den Auftakt zur Verwirklichung der politischen und organisatorischen Einheit der Arbeiterbewegung, das heißt zur Verschmelzung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands zu einer einheitlichen Partei bilden.

Gegenwärtig, wo sich die beiden Arbeiterparteien zum gemeinsamen Handeln zusammengefunden haben und das Lebensinteresse des schaffenden deutschen Volkes auf das dringlichste die Weiterentwicklung der Einheit erfordert, ist der historische Augenblick gekommen, die Lehre aus der gesamten Vergangenheit der Arbeiterbewegung zu ziehen und die Einheitspartei der Arbeiter vorzubereiten. Mit dem Übergang zum imperialistischen Zeitalter wurde die marxistische Bewegung immer mehr zerklüftet. Nun ist es genug des gegenseitigen Bekämpfens, genug des Haders und Bruderkampfes! Laßt uns die Hände reichen und gemeinsam die große Idee der Arbeitereinheit voll verwirklichen!

Was soll die neue, einheitliche Partei der sozialistischen Bewegung sein? Diese Frage steht vor uns! Die Konferenz hat zu ihrer Klärung eine Studienkommission gebildet, die sich aus je vier Genossen der beiden Parteien zusammensetzt.

Grundsätzlich soll im Programm dieser Partei im Minimum die Vollendung der demokratischen Erneuerung Deutschlands im Sinne des Aufbaus einer antifaschistisch-demokratischen, parlamentarischen Republik mit gesetzlich gesicherten weitgehenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechten der Arbeiter und Werktätigen festgelegt werden; im Maximum soll das Programm die Verwirklichung des Sozialismus auf dem Wege der Ausübung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse im Sinne der Lehren des konsequenten Marxismus sein, wie sie im Kommunistischen Manifest, im Eisenacher Programm der deutschen Sozialdemokratie und in der Kritik von Marx und Engels zum Gothaer Programm festgelegt sind.

Die Einheitspartei soll selbständig und unabhängig sein.

Es ist ihre Aufgabe, ihre Politik und Taktik entsprechend den Interessen der deutschen Werktätigen und den speziellen Bedingungen in Deutschland zu entwickeln.

Sowohl bei der Verwirklichung des Programm-Minimums als auch des Programm-Maximums soll sie, von den Besonderheiten der Entwicklung

unseres Volkes ausgehend, einen eigenen Weg einschlagen. Die restlose Zerschlagung des alten staatlichen Machtapparates und die konsequente Weitertreibung der demokratischen Erneuerung Deutschlands kann auch besondere und neue Formen des Übergangs zur politischen Herrschaft der Arbeiterklasse und zum Sozialismus schaffen.

Ihrer Rolle im täglichen Kampf und ihrer sozialen Zusammensetzung nach soll die Einheitspartei die Klassenpartei der Arbeiter, die Partei des schaffenden Volkes in allen seinen Schichten sein.

In ihrer inneren Verfassung soll die Partei auf dem Prinzip des demokratischen Bestimmungsrechts der Mitglieder und der freien Wahl der Parteileitungen beruhen, wobei einmal gefaßte Entscheidungen und Beschlüsse für alle ihre Mitglieder und Organisationen verbindlich sind.

Die Einheitspartei soll auf dem Boden der konsequenten Wahrung aller wirklich nationalen Interessen des deutschen Volkes stehen, was nur auf dem Wege der Rückführung unseres Volkes in die Gemeinschaft der friedliebenden Nationen möglich ist. In Wahrung der besten Traditionen der Arbeiterbewegung soll die Einheitspartei der Idee des proletarischen Internationalismus treu ergeben sein und in diesem Geist auf die Schaffung fester Beziehungen sowohl zur Arbeiterbewegung der bürgerlichen Länder wie zur Arbeiterbewegung der Sowjetunion hinarbeiten. Sie soll die Unterstützung der Arbeiterbewegung in anderen Ländern für ihren Kampf suchen, ebenso wie sie die Pflicht hat, die Sache des Friedens, der Demokratie, des Fortschritts und des Sozialismus gleich in welchem Lande auf das aktivste zu fördern und jedwede Äußerung des Chauvinismus, der Rassen- und Völkerhetze wie der Hetze gegen die Sowjetunion energisch zu bekämpfen.

Die Einheitspartei wird die Einheitsfront aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte weiter stärken, und sie wird die beste Garantie gegen eine neue Spaltung in den Reihen des schaffenden Volkes sein!

Die baldige Verwirklichung der politischen und organisatorischen Einheit der Arbeiterbewegung ist eine dringende nationale Notwendigkeit; denn wie jede Zerklüftung in unseren Reihen die Aufspaltung Deutschlands begünstigen müßte, so bedeutet jeder weitere Schritt zur Festigung der Arbeitereinheit die Stärkung der Einheit Deutschlands.

VI

Auch über den Weg zur Schaffung der Einheitspartei konnte nach lebhafter und kameradschaftlicher Aussprache weitgehende Übereinstimmung erzielt werden.

Der Weg zur Einheitspartei führt über den raschen weiteren Ausbau der Aktionseinheit. Im engsten Zusammenhang mit den täglichen Fragen und Aufgaben sollen alle Gruppen und Ortsorganisationen, Bezirks- und

Landes- bzw. Provinzialleitungen eine gemeinsame und rege ideologische Aussprache pflegen, wobei besonders die in Punkt V der vorliegenden Entschließung kurz dargelegten Hauptgesichtspunkte über das Wesen der Einheitspartei behandelt werden sollen.

Die bereits überall bestehenden Verbindungskomitees sollen in kurzer Frist durch die Schaffung gemeinsamer Ausschüsse (wie solcher für Wirtschaftsfragen, Sozialpolitik, Kultur- und Erziehungsfragen) ergänzt werden.

Die Schaffung einer gemeinsamen theoretischen Zeitschrift und des gemeinsamen Verlages „Einheit" durch den Zentralausschuß der SPD und das Zentralkomitee der KPD soll der Anlaß sein, überall eine lebhafte gemeinsame Zirkel- und Schulungstätigkeit zu entfalten.

Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III: ab 1945, Bd. 1.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1959, S. 346–353.

17

Aus den Richtlinien der KPD zur Wirtschaftspolitik vom 7. Januar 1946

Neuaufbau der deutschen Wirtschaft

I. Hitler führte das deutsche Volk
in die größte Wirtschaftskatastrophe aller Zeiten

... Mit unserer Hände Arbeit müssen wir schaffen, was wir brauchen; wenn wir aus dem Elend herauskommen, wenn wir wieder menschenwürdig leben wollen, dann müssen wir vor allem unsere Wirtschaft wieder aufbauen. Wir dürfen dabei keine Verzettelung der Kräfte zulassen, sondern müssen den Aufbau nach einem einheitlichen Plan für Industrie, Verkehr und Landwirtschaft vornehmen.

Was ist an realen volkswirtschaftlichen Werten erhalten geblieben?

a) Die menschliche Arbeitskraft.

Der wertvollste und für die Neuorganisierung unserer Wirtschaft am höchsten zu bewertende Faktor ist die physische und psychische Arbeitskraft, deren organisierter und intensiver Einsatz erst alle anderen wirtschaftlichen Nutzungsquellen zu realen Aufbauwerten macht.

b) Der Grund und Boden.

Der landwirtschaftlich genutzte Boden ist zunächst die einzige Quelle unserer Ernährungswirtschaft.

c) Die Quellen der industriellen Urproduktion, d. h. die Bodenvorkommen an Kohle, Erzen, Kali, Öl, Salz usw.

d) Die nichtzerstörten Produktionsmittel und -anlagen in Landwirtschaft, Verkehr, Industrie und Handwerk.

e) Die verbliebenen Rohstoffbestände.

Der vorhandene Produktionsapparat, die vorläufig mögliche Urproduktion und die restlichen Rohstoffbestände sind kapazitätsmäßig und potentiell so gering, daß der eigene volkswirtschaftliche Bedarf nur zu einem Teil gedeckt werden kann.

Der Warenhunger auf dem Ernährungssektor und auf dem Sektor der gewerblichen Gebrauchsgüter kann noch nicht genügend befriedigt werden.

Es besteht ein Mißverhältnis zwischen der vorhandenen Arbeitskraft und den noch einsatzfähigen Produktionsmitteln. Die durch Neuproduktion entstandene Warenmenge erreicht noch nicht den normalen Bedarf.

Die Notenpresse der faschistischen Hochstapler lief auf Hochtouren. Die aus dem aufgeblähten Notenumlauf vorhandene „Kaufkraft" übersteigt um ein vielfaches den notwendigen Zahlungsmittelbedarf; sie steht in einem krassen Mißverhältnis zum Angebot der Ware.

Klaffende Gegensätze, krasse Mißverhältnisse zeigten sich nach dem Zusammenbruch auf allen Gebieten der Wirtschaft.

II. Der Weg aus der Katastrophe

Der Neuaufbau der deutschen Wirtschaft kann weder anknüpfen an die Grundsätze der faschistischen Wirtschaftsführung noch an die Grundsätze der sogenannten freien Wirtschaft in der Zeit vor 1933, noch kann aus Gründen, die das Aktionsprogramm des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945 darlegt, der Aufbau unserer Wirtschaft zur Zeit ein sozialistischer sein.

Es sind in den verschiedenen Besatzungszonen verschiedenartige ökonomische Veränderungen eingetreten.

Dem preußisch-deutschen Militarismus ist durch die in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführte Bodenreform eine wichtige ökonomische Grundlage entzogen worden. Durch die Säuberung der Betriebsleitungen von Kriegsverbrechern, Nazis und Kriegsinteressenten und die Übereignung dieser Betriebe an die Landes- und Stadtverwaltungen sind viele Betriebe zu Betrieben staatlichen Charakters geworden, die nicht mehr vom Monopolkapital für seine Macht- und Eroberungspolitik benutzt werden können. Deshalb stützt sich nunmehr die privatkapitalistische Wirtschaft insbesondere in der sowjetischen Besatzungszone im wesentlichen auf Mittel- und Kleinbetriebe.

Daneben bestehen viele handwerksmäßige Betriebe, deren Produktion für die Versorgung der Bevölkerung von großer Bedeutung ist.

Der Neuaufbau der deutschen Wirtschaft vollzieht sich auf der Grund-

lage veränderter kapitalistischer Bedingungen im Rahmen einer neuen, demokratischen Ordnung.

Der Neuaufbau kann nur durchgeführt werden durch eine sinnvoll gesteuerte, den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen und den Bedürfnissen des ganzen Volkes angepaßte Wirtschaftsplanung.

Bei der Wirtschaftsplanung muß davon ausgegangen werden, daß es verschiedene Arten von Betrieben gibt: „staatliche" bzw. kommunale Betriebe, wie z. B. Eisenbahn, Wasser-, Gas-, Elektrizitätswerke usw.; Unternehmer der freien Wirtschaft, die Privateigentümer ihrer Produktionsmittel sind; Handwerksbetriebe, die z. T. keine fremden Arbeitskräfte beschäftigen, und schließlich jene Betriebe, die ehemaligen Nazis und anderen Kriegsinteressenten gehörten und jetzt unter Treuhänderschaft der Selbstverwaltungsorgane stehen.

Die Selbstverwaltung als Willensträgerin des Volkes hat die Aufgabe der Planung; die Wirtschaft führt – unter Wahrung der Eigeninitiative – diese Planung durch.

Der Rahmen dieser Wirtschaftsplanung gibt allen zur positiven Aufbauarbeit bereiten Kräften der freien Wirtschaft Raum für eine freie wirtschaftliche Tätigkeit auf allen Gebieten des Neuaufbaus.

Die Wirtschaftsplanung muß abgestimmt sein auf die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands.

Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands ist ebenso wie die Wiederherstellung der politischen Einheit Deutschlands untrennbar verknüpft mit der Herstellung der Einheit der deutschen Arbeiterklasse.

III. Die Wirtschaftsplanung

Unter den heutigen Bedingungen des Mangels an Rohstoffen, Transportmitteln, Brennstoffen und vielem anderen wird das volkswirtschaftliche Vorwärtskommen nur gesichert durch eine von den Zentralverwaltungen bzw. Landes- und Provinzialverwaltungen durchzuführende Wirtschaftsplanung ...

Welche wichtigsten Ziele verfolgt der Wirtschaftsplan?

1. Wiederherstellung des Transport- und Verkehrswesens.

2. Intensive und rationelle Agrarwirtschaft zur höchstmöglichen Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugungskapazität.

3. Steigerung der Urproduktion und Entwicklung der industriellen und gewerblichen Friedensproduktion zu maximaler Höhe.

4. Angemessene Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Heizmaterial und den notwendigen Verbrauchsgütern.

5. Rationelle Verwendung der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte und deren Lenkung an Stellen des dringenden Bedarfs.

Jede Planung kann nur erfolgreich durchgeführt werden unter der entscheidenden Mitwirkung der Betriebsräte und Gewerkschaften.

Das Mitbestimmungsrecht der Belegschaften muß bei der Planaufstellung sich praktisch auswirken, es ist eine unerläßliche Grundbedingung für das Gelingen der Wirtschaftsplanung.

Die Durchführung der Planung wird von den örtlichen Gewerkschaftsausschüssen unterstützt.

Die Plankommissionen müssen auf das notwendige Maß eingeschränkt, parallel arbeitende Kommissionen koordiniert und jeder bürokratische Umweg [muß] vermieden werden.

Unter der faschistischen Herrschaft haben die Konzernherren den Plan befohlen. Heute wird er in den demokratischen Selbstverwaltungsorganen ausgearbeitet und, gestützt auf die Initiative des Volkes, durchgeführt ...

IV. Arbeiterklasse und Neuaufbau

Die Arbeiterschaft und ihre Betriebsräte haben überall als erste den Wiederaufbau in ihre Hände genommen, ihre Arbeit und ihr initiativer Wille haben den entscheidenden Anteil am Neuaufbau; sie müssen diesen Anteil bei der weiteren Entwicklung durch den Einbau ihrer Vertreter und Organisationen auf allen Gebieten der Wirtschaft und [in] den Selbstverwaltungsorganen sichern. Das schaffende Volk hat das größte Interesse, eine baldige Normalisierung der Wirtschaft mit dem Ziel einer Verbesserung seiner sozialen Verhältnisse und einer neuen, höher entwickelten Kultur herbeizuführen.

Der neuen Rolle der Arbeiterschaft entspricht die neue Rolle der Betriebsräte und Gewerkschaften.

Die Einwirkung der Gewerkschaften auf die Produktion, auf deren planmäßige Gestaltung und Durchführung ist durch die organisierte freiwillige Bereitschaft und den Einsatz ihrer Mitgliedermassen gegeben.

Die ureigene Aufgabe der Gewerkschaften, die Löhne und Arbeitsbedingungen menschenwürdig zu gestalten, kollektiv zu sichern und das Bewußtsein der Arbeiterschaft zu entwickeln, ist durch die veränderte ökonomische, politische und soziale Situation erweitert worden. Durch die enge Verbundenheit mit allen Problemen der Wirtschaft entwickeln die Gewerkschaften in den Massen ihrer Mitglieder einen gesunden Blick für die ökonomischen Notwendigkeiten des Neuaufbaus.

Die Betriebsräte und Gewerkschaften sind mit die Träger der neuen, demokratischen Ordnung; ihre Einschaltung in alle Organe der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens ist zugleich die zuverlässige Garantie für die endgültige Ausschaltung aller Feinde und Saboteure dieser neuen Ordnung und des friedlichen Neuaufbaus.

Die Gewerkschaften haben den selbstverständlichen Anspruch, in der Wirtschaft überall als gleichberechtigter Faktor aufzutreten.

Das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften in allen Fragen des Betriebes und in allen Fragen der Wirtschaft muß eindeutig gesichert sein.

Die Gewerkschaften und Betriebsräte müssen gleichberechtigt mitbestimmen:

1. in allen Fragen der Produktion, der Produktions- und Wirtschaftsplanung bzw. -lenkung;
2. in allen Fragen der sozialpolitischen Gestaltung des neuen Lebens und seiner Institutionen;
3. in allen wirtschaftspolitischen Fragen;
4. in allen Wirtschaftsberatungen der Selbstverwaltungsorgane;
5. in der Organisation der Wirtschaft;
6. in den Arbeitsgerichten;

sie sind mitverantwortlich:

7. für die Säuberung der Betriebe von faschistischen Elementen, Kriegsinteressenten und Saboteuren;
8. für die Einsetzung befähigter Antifaschisten an Stelle der geflüchteten Unternehmer und Direktoren;
9. für die Leistung der Betriebe.

Die Erfüllung dieser neuen großen Aufgaben trägt dazu bei, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu stärken aus der Erkenntnis, daß die Arbeiter die stärkste gesellschaftliche und fortschrittlichste Kraft sind ...

V. Politische Voraussetzungen für den Neuaufbau der Wirtschaft

Die ökonomischen Grundlagen des deutschen Faschismus waren die Machtzusammenballungen in der Wirtschaft in Form von Kartellen, Syndikaten, Konzernen (Trusts) und anderen Vereinigungen ...

Die Sicherung der friedlichen Wiederaufbauarbeit, die Festigung und Sicherung der Demokratie und die Sicherung des Friedens fordern daher zwingend die energische Durchführung folgender Maßnahmen:

1. Restlose Säuberung der wirtschaftlichen Behörden und Verwaltungen von nazistischen Elementen bis zur endgültigen Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und seiner Ideologie ...
2. Zerschlagung der Konzerne (Trusts) ...
3. Liquidierung der Monopole bzw. monopolistischen Gebilde ...
4. Liquidierung aller Reichs-, Wirtschafts- und Fachgruppen als monopolistische Interessenvertretungen der Unternehmer, desgleichen Liquidierung aller wirtschaftspolitischen Verbände und anderer Unternehmervereinigungen ...

5. Übereignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher ...

Alle Betriebe und anderen Unternehmungen der Produktion, alle Bodenvorkommen, Unternehmungen des Handels, des Verkehrs, des Versicherungswesens usw., deren Besitzer bzw. bei Aktiengesellschaften deren Direktoren geflüchtet sind, Kriegsverbrecher oder Nazis waren, werden mit allen Rechten und Forderungen in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden, Provinzen bzw. Länder übereignet ...

6. Säuberung aller Betriebe von den noch vorhandenen faschistisch belasteten Direktoren, Betriebsleitern und anderen leitenden Angestellten sowie von denjenigen, die den Neuaufbau sabotieren ...

7. Übereignung aller Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Wasser-, Gas-, Elektrizitätswerke usw.) in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden, Provinzen bzw. Länder.

Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III: ab 1945, Bd. 1.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1959, S. 385–389, 393–396.

18

Aus den Grundsätzen und Aufgaben der freien deutschen Gewerkschaften, angenommen auf der 1. Delegiertenkonferenz des FDGB vom 9. bis 11. Februar 1946

Sichert die Einheit in den Betrieben!

Einleitung

Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus, der Vernichtung des deutschen Militarismus und Imperialismus durch die verbündeten Völker steht die deutsche Arbeiterklasse vor der Aufgabe, sich wieder neue gewerkschaftliche Organisationen zu schaffen, die ihre sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen vertreten.

Am Beginn dieser Arbeit steht die bittere Feststellung, daß die Befreiung des deutschen Volkes und damit auch der Werktätigen nicht aus eigener Kraft gelang. Alle Bemühungen kleiner entschlossener Widerstandsgruppen, unter denen die illegalen Gewerkschaftsfunktionäre mit an erster Stelle standen, vermochten angesichts des Terrors der SS, des SD und der Gestapo nicht, das Regime zu stürzen. Es bedurfte der starken alliierten Armeen, um die Hitlerherrschaft niederzuzwingen.

Nur eine gefestigte, geeinte Arbeiterbewegung, die in den entscheidenden Jahren vor 1933 entschlossen gewesen wäre, den antifaschistischen

Massenkampf mit allen Mitteln zu führen, hätte das furchtbare Unglück, das Deutschland und in der Folge die Welt traf, wenden können.

Die demokratischen Kräfte waren jedoch gespalten und zu unentschlossen, um den entscheidenden Widerstand zu leisten. Der 1. Mai 1933 war der schwärzeste Tag in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

So wurde es Hitler möglich, unter Anwendung von Gewalt die einstmals starken deutschen Gewerkschaften zu zerschlagen. An Stelle der Freien Gewerkschaften, des ADGB und des AfA-Bundes, der Christlichen Gewerkschaften und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaft wurde die Zwangsorganisation, die „Deutsche Arbeitsfront", geschaffen. Sie wurde ein wichtiges Instrument der faschistischen Herrschaft, um die Arbeiter und Angestellten auch geistig zu zerbrechen, sie zu willenlosen Objekten der imperialistischen Machtpolitik Hitlers zu erziehen. Der Faschismus führte Deutschland in die Katastrophe ...

1. Grundsätze und Aufgaben der Freien Deutschen Gewerkschaften

Die Freien Gewerkschaften sind die Massenorganisation der Arbeiter und Angestellten, die sich zur Aufgabe gestellt hat, durch den gemeinsamen Kampf die Lebenslage der Arbeiter und Angestellten zu verbessern und mitzuhelfen, den demokratischen Einfluß der Werktätigen zu sichern und zu erweitern. Den Freien Gewerkschaften können alle Arbeiter und Angestellten, ohne Rücksicht auf Geschlecht, Rasse, Partei, Glaubensbekenntnis, Staatsangehörigkeit und Vorbildung, angehören. Der gewerkschaftliche Zusammenschluß soll die Werktätigen zur Solidarität und zum Klassenbewußtsein erziehen, die geistige Fortbildung der Arbeiterschaft fördern, um diese teilnehmen zu lassen an der neuen demokratischen Kultur. Der Kampf der Freien Gewerkschaften gegen alle faschistischen Ideologien, besonders gegen die „Lebensraum-" und „Rassenideologie", soll das deutsche Volk künftig vor einer solchen Katastrophe, in die es 1945 gestürzt wurde, bewahren. Durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß soll den Werktätigen ein maßgebender Einfluß in den Selbstverwaltungsorganen und insbesondere in den Organen der Wirtschaft gesichert werden. Die Mitarbeit der Gewerkschaften und Betriebsräte in der Wirtschaft ist erforderlich, um die Aufstellung und Durchführung der Wirtschaftspläne im Interesse des schaffenden Volkes zu beeinflussen. Die Freien Gewerkschaften wollen das volle Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in der Produktion, vom Einzelbetrieb beginnend bis in die leitenden Wirtschaftsorgane.

Die neuen Freien Gewerkschaften sollen einheitliche Gewerkschaften sein, das heißt alle früheren Gewerkschaftsrichtungen vereinigen. Die Einheit der neuen Freien Gewerkschaften wird gesichert werden durch die demokratische Wahl aller Gewerkschaftsorgane von unten bis oben.

Die innere Einheit der Freien Gewerkschaften beruht auf dem demokratischen Bestimmungsrecht der Mitglieder, auf der aktiven Vertretung der Arbeiter- und Angestelltenteninteressen und auf der Bekämpfung aller solchen Ideologien, die gegen die Interessen der Arbeiter und des werktätigen Volkes gerichtet sind.

Die neuen Freien Gewerkschaften sollen auf der Grundlage des Industrieprinzips aufgebaut werden.

Die neuen Freien Gewerkschaften können ihre großen Aufgaben nur erfüllen, wenn neben den bewährten Gewerkschaftsfunktionären, die mutig den Kampf gegen den Faschismus geführt und niemals kapituliert haben, jene jungen Gewerkschaftsfunktionäre, die als gute Antifaschisten am Aufbau teilnahmen, in verantwortliche Gewerkschaftsfunktionen gewählt werden. Neue Kräfte werden vor allem aus den Reihen der Techniker, Ingenieure und kaufmännischen Angestellten gebraucht, damit die Funktionen von Betriebsleitern mit fähigen Antifaschisten besetzt werden.

Die Erfüllung dieser Aufgaben der Freien Gewerkschaften wird dazu beitragen, daß der Einfluß der Arbeiterschaft in der neuen demokratischen Ordnung gestärkt und damit der demokratische Neuaufbau Deutschlands gesichert wird.

2. Die Säuberung der Betriebe vom Faschismus

Die Voraussetzung für die Durchführung der wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Aufgaben ist die Säuberung der Betriebsleitungen und Wirtschaftsorgane von Faschisten und Kriegsinteressenten. Durch die Entfernung der Nazimitglieder und aktiven Förderer des Hitlerkrieges aus der Verwaltung und durch die Enteignung der Junker und Großgrundbesitzer wurde bereits ein Teil der militaristischen Machtpositionen zerschlagen. In der Industrie sitzen jedoch noch in großer Zahl Kriegsverbrecher und Kriegsinteressenten in den Leitungen der Betriebe ... Deshalb erfordert die Sicherung des Friedens und der demokratischen Entwicklung:

a) Säuberung der Betriebsleitungen von Kriegsverbrechern, Mitgliedern der NSDAP und ihrer Gliederungen und anderen Kriegsinteressenten. Übereignung dieser Betriebe an die Landes- bzw. Provinzial- oder Stadtverwaltungen.

b) Schließung der Großbanken in den Gebieten Deutschlands, in denen sie noch bestehen, und Übernahme der Banktätigkeit durch die Provinzial- und Landesbanken (später Zentralbank) und solche Privatbanken für einzelne Gebiete, die dem Handwerk, Gewerbe und landwirtschaftlichen Genossenschaften dienen.

c) Liquidierung der Konzerne sowie der Kartell- und Unternehmerorganisationen. Übernahme der Konzernbetriebe, soweit sie nicht den Be-

satzungsbehörden unterstehen, durch die Landes-, Provinzialverwaltungen oder Stadtverwaltungen.

d) Überführung der Betriebe von öffentlicher Bedeutung, wie Gas, Wasser, Elektrizität und dergleichen, in die Hände der Stadt-, Gemeinde- oder Provinzialverwaltung.

3. Die Aufgaben in der Wirtschaft

Die Freien Gewerkschaften haben, als die Organisation der Arbeiter und Angestellten, eine große Mitverantwortung für den Aufbau der deutschen Wirtschaft ...

Der Wirtschaftsaufbau zur Befriedigung der friedlichen Bedürfnisse der Bevölkerung wird nur dann dem Volke tatsächlich zugute kommen und nicht der Stärkung großkapitalistischer Kräfte, wenn bewährte Antifaschisten die Leitung in den Selbstverwaltungsorganen haben und das volle Mitbestimmungsrecht der Freien Gewerkschaften und Betriebsräte in den Betrieben und Wirtschaftsorganen gesichert ist.

Die erste Aufgabe der Freien Gewerkschaften in der Wirtschaft ist die aktive Mitarbeit zur Vorbereitung und Durchführung des Wirtschaftsplanes für 1946. Damit im Zusammenhang gilt es, das Mitbestimmungsrecht zu erweitern und die Lebensverhältnisse des schaffenden Volkes zu verbessern. Als nächste Maßnahmen sind notwendig:

1. In den privatkapitalistischen Unternehmungen dafür zu sorgen, daß solche Waren produziert werden, die vordringlich für den Aufbau der Wirtschaft, für die Versorgung der Bauernwirtschaften und für die Versorgung der Bevölkerung notwendig sind.

2. In den Betrieben, die als Betriebe früherer Nazis und Kriegsinteressenten in die Hände der Landes- oder Stadtverwaltung übergegangen sind, sind alle technischen und arbeitsorganisatorischen Maßnahmen zu treffen, um die Produktion zu steigern.

3. In allen Betrieben ist sicherzustellen, daß die Betriebsräte bei der Festlegung der Produktionsaufgaben, bei Verhandlungen mit den Selbstverwaltungsorganen wie bei der Regelung der Arbeitsbedingungen das volle Mitbestimmungsrecht haben.

4. Die Freien Gewerkschaften entsenden Funktionäre in die Wirtschaftsabteilungen bei den Landes- und Stadtverwaltungen und in die Industrie- und Handelskammern.

Es sind Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Funktionäre für die Aufgaben in der Wirtschaft zu schulen.

4. Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen erfordert die demokratische Gestaltung des Arbeitsrechts. Nachdem der Faschismus das Tarifwesen

zerschlagen hat, ist es die Aufgabe des Freien Gewerkschaftsbundes, den kollektiven Arbeitsvertrag, das Tarifvertragsrecht der Gewerkschaften und das Arbeitsrecht auf folgender Grundlage zu sichern:

a) Koalitionsrecht für alle Arbeiter und Angestellten.

b) Volles Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte bei den Produktionsaufgaben.

c) Vertretung der Arbeiterinteressen durch Abschluß von Kollektivverträgen durch die Gewerkschaften, in denen die Lohn- und Arbeitsbedingungen bestimmt werden.

d) Kollektive Vertretung der Arbeiter und Angestellten durch die Betriebsräte und Betriebsgewerkschaftsleitungen.

e) In Betrieben, wo noch keine Kollektivverträge bestehen, ist es Aufgabe der Betriebsräte und der Gewerkschaften, die Lohn- und Arbeitsbedingungen betrieblich zu vereinbaren.

f) In den Tarifverträgen ist eine Arbeitszeit von 8 Stunden pro Tag und 48 Stunden in der Woche festzusetzen.

Die Leistung freiwilliger Überarbeit kann nur erfolgen, wenn die Gewerkschaftsleitung im Betrieb und der Betriebsrat die Zustimmung geben.

In der Regel soll die Belegschaft selbst beschließen, für welchen Zweck sie eine bestimmte Anzahl Überstunden zur Verfügung stellt.

g) Die Festlegung der Lohnbedingungen soll von dem Grundsatz ausgehen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und Leistung, ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht. Der Akkordlohn soll sich auf den garantierten Stundenlohn als Grundlohn aufbauen. Es ist eine Vereinbarung des Akkordlohnes herbeizuführen. Zur Regelung der Akkordsätze werden in den Betriebsabteilungen Akkordkommissionen gebildet.

h) Zur Schlichtung und Entscheidung aller aus dem Arbeitsverhältnis entstehenden Streitfälle zwischen Unternehmern und Arbeitern bzw. Angestellten sollen Arbeitsgerichte geschaffen werden. Sie sollen auch über Einzelansprüche aus der Sozialversicherung entscheiden. Die Arbeitsgerichte sollen keine Beziehungen zu den Organen der staatlichen Justiz haben, sondern den Abteilungen für Arbeit der Selbstverwaltungsorgane unterstehen.

i) Zur Hilfe der Werktätigen bei Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität treten die Freien Gewerkschaften für die Schaffung einheitlicher Versicherungsanstalten auf demokratischer Grundlage ein.

Zur einheitlichen Gestaltung der Kranken-, Unfall-, Alters-, Invalidenversicherung für alle Werktätigen wird zweckmäßig ein Vorstand für Sozialversicherung geschaffen, der sich zu zwei Dritteln aus Vertretern der Versicherten und einem Drittel aus Vertretern der Industrie- und Handelskammern zusammensetzt.

6. Für die Einheit des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes

Gegenwärtig ist die Entwicklung der Freien Gewerkschaften in den verschiedenen Besatzungszonen eine ungleichmäßige. Im Interesse der Einheit des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes erstreben wir eine Konferenz demokratisch gewählter Gewerkschaftsvertreter aus allen Gebieten Deutschlands.

Die Organisation des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in dem sowjetisch besetzten Gebiet begrüßt die Beschlüsse des Weltgewerkschaftskongresses und verpflichtet sich, alles zu tun, im Sinne dieser Beschlüsse zu handeln. Die Organisationen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßen insbesondere den Beschluß des Weltgewerkschaftskongresses, eine Kommission zum Studium der Lage der Arbeiter und der Gewerkschaftsbewegung nach Deutschland zu entsenden.

Die deutschen Freien Gewerkschaften verpflichten sich, ihre Arbeit so zu führen, daß sie das Vertrauen der organisierten Arbeiter der Welt gewinnen und in die Reihen des Weltgewerkschaftsbundes aufgenommen werden.

Protokoll der ersten allgemeinen Delegierten-Konferenz
des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes für das sowjetisch
besetzte deutsche Gebiet, 9.–11. Februar 1946, Berlin,
(Berlin 1946), S. 215–221.

19

Entschließung für die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei, angenommen auf der 1. Delegiertenkonferenz des FDGB in Berlin vom 9. bis 11. Februar 1946

An das Zentralkomitee der KPD
und den Zentralausschuß der SPD

Die am 9. bis 11. Februar 1946 in Berlin zur ersten Delegiertenkonferenz des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes versammelten 1019 Delegierten senden Euch im Namen der Millionen Gewerkschaftler in der sowjetischen Zone Deutschlands die brüderlichsten Grüße.

Die beiden Arbeiterparteien haben im Aufbau der Freien Deutschen Gewerkschaften in historischer und solidarischer Verbundenheit große Hilfe geleistet.

Im Kampf um die restlose Ausrottung des Faschismus, für die Sicherung des Friedens, die Verhinderung jeder neuen Kriegsvorbereitung, für die Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes der Gewerkschaften und Betriebsräte beim Aufbau der Wirtschaft und die Sicherung der Lebensinteressen der Werktätigen vereinigen sich Männer, Frauen und Jugendliche aller Parteien und Konfessionen in den Gewerkschaften.

Der FDGB wird dadurch zu einem machtvollen Faktor in der Festigung und Stärkung der Demokratie.

In allen diesen Fragen verbinden die Gewerkschaften der gemeinsame Kampf und das gemeinsame Ziel mit den beiden großen Arbeiterparteien.

Aber die Erfahrungen der Vergangenheit lehren, daß ohne eine große und unbesiegbare Arbeiterpartei die Gewerkschaften den reaktionären, militaristischen und faschistischen Angriffen unterliegen.

Mit der Niederlage der beiden Arbeiterparteien und der ganzen Arbeiterklasse im Jahre 1933 vollzog sich auch der Zusammenbruch der Gewerkschaften.

Der 1. Mai 1933, unser schwärzester Tag, besiegelte die Niederlage der stolzen alten Gewerkschaftsbewegung.

Aus dieser Erkenntnis heraus begrüßen die Mitglieder des FDGB die wachsenden Bestrebungen zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in ganz Deutschland.

Die Einheitspartei der deutschen Arbeiterklasse wird die Garantie schaffen, daß die Feinde des werktätigen Volkes sich nicht wieder erheben können und den reaktionären Umtrieben in Deutschland Einhalt geboten wird.

Sie wird die nationale Einheit Deutschlands sichern.

Die Delegierten der Delegiertenkonferenz begrüßen die fortgeschrittene Entwicklung zur Einheit der beiden Arbeiterparteien in der sowjetischen Zone Deutschlands. Sie appellieren an die ganze deutsche Arbeiterklasse, alle Hindernisse und rückschrittlichen Auffassungen zur Frage der Einheit zu beseitigen und keinen fremden Einflüssen zu unterliegen.

Die schnellste Verwirklichung der Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien soll das leuchtende Beispiel für die ganze deutsche Arbeiterklasse sein.

Eine mächtige deutsche sozialistische Einheitspartei wird die selbständige Rolle der Freien Deutschen Gewerkschaften fördern und sie unbesiegbar machen.

Nachdem der 1. Mai 1933 zur schwersten Niederlage der deutschen Arbeiterklasse wurde, soll der 1. Mai 1946 zum Siegestage gegenüber der Reaktion, zum Tage der Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien zu einer einheitlichen deutschen Arbeiterpartei werden.

Die Delegierten der ersten Zonenkonferenz schlagen als Tag der Wiedervereinigung der beiden Arbeiterparteien den internationalen Feiertag der Arbeiter, den 1. Mai, vor.

Protokoll der ersten allgemeinen Delegierten-Konferenz des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes für das sowjetisch besetzte deutsche Gebiet, 9.–11. Februar 1946, Berlin, (Berlin 1946), S. 230/231.

20

Beschluß der gemeinsamen Konferenz des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD mit den Bezirksvertretern beider Parteien vom 26. Februar 1946

Die gemeinsame Konferenz des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD mit den Bezirksvertretern der beiden Parteien begrüßt, daß der Beschluß der Konferenz vom 21. Dezember 1945 über die Vorbereitung der Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien weitgehend durchgeführt wurde und daß der Parteiausschuß der SPD und das Zentralkomitee der KPD beschlossen haben, die beiderseitigen Parteitage zum 19. und 20. April 1946 einzuberufen. Die Konferenz beauftragt die beiderseitigen zentralen Körperschaften mit der Vorbereitung des anschließenden Vereinigungskongresses am 21. und 22. April 1946.

Die Konferenz begrüßt die Bildung der Organisationsausschüsse in den Bezirken und die Organisierung der Bezirksparteitage von SPD und KPD zur Vorbereitung der Vereinigung.

Nachdem die am 21. Dezember eingesetzte Studienkommission in gemeinsamen Beratungen den Entwurf der Erklärung über die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ausgearbeitet hat, ist damit die ihr überwiesene Aufgabe im wesentlichen erfüllt.

Die gemeinsame Konferenz billigt den Entwurf der Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und fordert die Organisationsleitungen der beiden Parteien auf, diesen Entwurf den Organisationen der beiden Parteien zur Stellungnahme zu unterbreiten.

Die gemeinsame Konferenz beschließt die Umbildung der Studienkommission in einen Organisationsausschuß zur Durchführung der Vereinigung.

Die Aufgaben des Organisationsausschusses sind:

a) Herausgabe der nächsten Nummern der gemeinsamen Zeitschrift „Einheit" zur Erläuterung und Diskussion über die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands;

b) Ausarbeitung eines Entwurfes des Statuts der Sozialistischen Einheitspartei;

c) Vorbereitung des gemeinsamen Zentralorgans und der Verschmelzung aller zentralen Institutionen beider Parteien.

Die gemeinsame Konferenz schlägt beiden Parteiorganisationen in den Betrieben, Wohngebieten, Ortsgruppen, Kreisen und Bezirken vor, bei der Vereinigung der beiden Parteien die neuen Leitungen auf der Grundlage völliger Parität und im Geiste kameradschaftlicher Verbundenheit zu bilden. In den zu gleicher Zeit getrennt stattfindenden Mitgliederversammlungen, Delegiertenkonferenzen und Bezirksparteitagen sollen die Partei-

leitungen auf paritätischer Grundlage in solcher Weise gewählt werden, daß unmittelbar nach dem Vereinigungsparteitag in den Orten, Kreisen und Bezirken die neuen Leitungen der Sozialistischen Einheitspartei entstehen.

Bis dahin sollen die Organisationsausschüsse, die von den Vertretern beider Parteien auf allen Stufen der Parteiorganisationen geschaffen werden, die Arbeit beider Organisationen koordinieren und die Verschmelzung vorbereiten.

Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III: ab 1945, Bd. 1.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1959, S. 517/518.

21

Aus dem Beschluß
„Die nächsten Aufgaben der KPD beim Neuaufbau Deutschlands", angenommen auf der Reichskonferenz der KPD in Berlin vom 2./3. März 1946

Die Parteikonferenz stellt fest, daß das Aktionsprogramm der Partei, das im Juni 1945 vom Zentralkomitee veröffentlicht wurde, nicht nur die Zustimmung der breitesten Volksmassen gefunden hat, sondern daß auch wichtige Forderungen, wie der „Neubau einer demokratischen Verwaltung", die „Enteignung der Großgrundbesitzer" und die „Überführung der Betriebe, die Faschisten oder Kriegsinteressenten gehört haben, in die Hände der Landes- und Stadtverwaltungen", in der sowjetischen Besatzungszone in großem Maße durchgeführt wurden.

Die Durchführung dieser demokratischen Maßnahmen in allen Teilen Deutschlands schafft die Grundlage für die Einheit Deutschlands und für die Sicherung des Friedens ...

I. Der Kampf um die endgültige Liquidierung
von Faschismus und Reaktion

Nach den furchtbaren Leiden, die der Hitlerfaschismus über unser Volk und über unsere deutsche Heimat gebracht hat, ist es den aktiven antifaschistisch-demokratischen Kräften gelungen, das normale Leben der Bevölkerung wieder in Gang zu bringen ...

Dabei weist die Entwicklung in den verschiedenen Zonen eine große Ungleichmäßigkeit auf.

In der von Sowjettruppen besetzten Zone ist die gegenwärtige Lage charakterisiert durch die Säuberung der Verwaltungen und Betriebsleitun-

gen von Faschisten, durch die innere Festigung des demokratischen Aufbaues, durch die zunehmende demokratische Mitarbeit des schaffenden Volkes und durch den Übergang zum planmäßigen Aufbau in der Landwirtschaft und in der Industrie. Nachdem die bekanntesten Kriegsverbrecher und Naziführer unschädlich gemacht wurden, sind noch immer reaktionäre Kräfte am Werk, um die Position der Kriegsinteressenten in der Wirtschaft und in den Selbstverwaltungsorganen zu retten.

In den westlichen und südlichen Besatzungszonen sind die faschistisch-reaktionären Kreise, gestützt auf die Konzernleitungen, Wirtschaftsorgane, Unternehmerverbände und Großgrundbesitzer, eifrig bemüht, die Grundlagen des deutschen Imperialismus zu retten ...

Nur wenige dieser Hauptkriegsverbrecher wurden verhaftet. Maßgebende Leiter der großen Monopole, des Stahltrusts, der AEG, des Siemens-Konzerns, der Großbanken usw. können noch immer legal ihre verbrecherische Politik weiterführen. Der Erzreaktionär Hugenberg kann ungehindert Presseinterviews erteilen. Diese reaktionären Kräfte opfern auch bedenkenlos die Einheit Deutschlands ihren imperialistischen Interessen. Ihr Hauptziel ist gegenwärtig die Verhinderung der Einheit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte. Diese Einheit allein ist in der Lage, den demokratischen Neuaufbau zu sichern, die nationale Einheit des deutschen Volkes zu wahren und den Frieden zu garantieren. Die faschistische Reaktion organisiert die Sabotage des von den antifaschistischen Kräften eingeleiteten planmäßigen Neuaufbaus der Wirtschaft. Sie versucht, ihre alte Politik unter der Devise „Teile und herrsche" fortzusetzen ...

Es gibt nur einen Weg zur endgültigen Sicherung des demokratischen Aufstiegs unseres Volkes, zum Neuaufbau Deutschlands, zur Wahrung der nationalen Einheit des deutschen Volkes: die Einigung der Arbeiterklasse und die Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Kräfte. Wer gegen diese Einigung intrigiert, ist ein Feind des deutschen Volkes und ein Feind Deutschlands.

III. Die Erfahrung der Aktionseinheit und die Vereinigung von SPD und KPD

... Nachdem sich die Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien beim Wiederaufbau und bei der Schaffung der demokratischen Selbstverwaltungsorgane bewährt hat, erfordert die bevorstehende große Aufgabe des Neuaufbaus Deutschlands, der deutschen Wirtschaft und die Sicherung der Einheit Deutschlands die Vereinigung beider Arbeiterparteien.

Diese Vereinigung ist jetzt möglich, denn sie wurde durch den gemeinsamen illegalen Kampf und durch die gemeinsamen Leiden in den faschistischen Konzentrationslagern und Gefängnissen vorbereitet, sie wurde entwickelt im gemeinsamen Kampf zur Liquidierung der Reste des Faschis-

mus und beim demokratischen Aufbau, sie wurde gefestigt durch die gemeinsame Beratung der Lehren der Vergangenheit der deutschen Arbeiterbewegung und durch die gemeinsamen Versammlungen, in denen die Lehren von Marx, Engels und Lenin diskutiert wurden. Die Beschlüsse der Studienkommission über die weitere gemeinsame ideologische Arbeit werden diese Zusammenarbeit festigen. Es ist bereits in zahlreichen Betrieben und Orten ein so weitgehendes Zusammenwachsen beider Parteiorganisationen erfolgt, daß die Funktionär- und Mitgliederversammlungen nur noch gemeinsam stattfinden.

Diese praktische Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die immer dringender die Frage der organisatorischen Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien auf die Tagesordnung stellt, wurde auch möglich, weil die historischen Ursachen für die Spaltung der Arbeiterbewegung durch die Entwicklung beseitigt wurden und das nationale Interesse des deutschen Volkes gebieterisch eine einheitliche Arbeiterpartei erfordert.

Jene Elemente innerhalb der Arbeiterbewegung der deutschen Westzone, die jetzt gegen die Einheit auftreten, lassen sich von Interessen leiten, die dem werktätigen Volke Deutschlands feindlich sind. Sie befinden sich im Schlepptau der Reaktion, denn sie versuchen, den maßgebenden Einfluß der Arbeiterschaft zu verhindern, der allein den demokratischen Neuaufbau sichern kann. Die Feinde der Einheit wollen verhindern, daß eine geeinte starke Arbeiterklasse zu dem Kraftzentrum wird, das die Mittelschichten zum demokratischen Neuaufbau heranzieht. Sie treiben damit diese Schichten der Reaktion in die Arme. Die Gruppe einheitsfeindlicher sozialdemokratischer Führer will so die Arbeiterschaft zu Blutspendern für die geschwächte, aber noch nicht endgültig zerschlagene Reaktion machen ...

Die Frage der Vereinigung muß von den Mitgliedermassen beider Parteien, und nur von ihnen, entschieden werden.

Der von den Mitgliedern auf demokratische Weise geäußerte Wille zur Einheitspartei darf weder durch äußere Einflüsse noch durch einzelne rückständige Führer sabotiert werden.

Obwohl wir die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien im ganzen Reich gewünscht haben, zwingen uns die besonderen Umstände, unter denen gegenwärtig die beiden Arbeiterparteien in Deutschland tätig sind, die Vereinigung in allen Bezirken zu befürworten, wo sie gegenwärtig möglich ist.

Die Vereinigung soll also in allen Gebieten erfolgen, wo die demokratische Entwicklung fortgeschritten ist und wo die Mitglieder beider Parteien ihren Willen zur Verschmelzung bekundet haben.

Wir schlagen deshalb vor, daß in allen Ländern und Provinzen der

sowjetischen Besatzungszone die Vereinigung unmittelbar vorbereitet wird. Wir sind überzeugt, daß durch dieses Beispiel die Vereinigung auch in anderen Teilen Deutschlands gefördert wird.

Von dieser festen Orientierung auf die baldige Vereinigung der beiden Arbeiterparteien ausgehend, sind folgende nächste Aufgaben zu erfüllen:

1. Vereinbarung zwischen den Organisationen der beiden Arbeiterparteien in allen Betrieben, Orten und Kreisen über die nächsten gemeinsamen Aktionsaufgaben in den Selbstverwaltungsorganen und in der Wirtschaft. Beratung dieser Fragen in gemeinsamen Funktionär- und Mitgliederversammlungen.

2. Besprechungen zwischen den Vertretern beider Parteien zur Überwindung der Hemmungen und Mißverständnisse.

3. Durchführung gemeinsamer Kurse und Bildungsveranstaltungen zum Meinungsaustausch über die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei sowie gemeinsame Herausgabe von propagandistischer Literatur auf Grund des Planes der Studienkommission. Beschleunigte Herausgabe der Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Bebel, Mehring, Karl Liebknecht usw., die für die Kursustätigkeit und Bildungsveranstaltungen zunächst benötigt werden, durch den Verlag „Einheit".

4. Beginn des Meinungsaustausches über die Grundsätze und Ziele der einheitlichen sozialistischen Partei Deutschlands in der theoretischen Zeitschrift „Einheit" und in der Tagespresse.

Dieser Weg der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien wird dazu führen, die Einheit der Gewerkschaften zu stärken und einen festen demokratischen Kurs in der Jugend- und Frauenbewegung zu sichern.

Die Einigung der Arbeiterklasse in den in der demokratischen Entwicklung am weitesten fortgeschrittenen Teilen Deutschlands wird die Aktionseinheit der Arbeiter und die Schaffung der einigen Partei in den anderen Gebieten Deutschlands fördern und mit dazu beitragen, daß die Einheit Deutschlands gewahrt und das deutsche Volk wieder in den Kreis der anderen Völker aufgenommen wird.

Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III: ab 1945, Bd. 1.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1959, S. 525–528, 532–536.

22

Erklärung des Zentralausschusses der SPD gegen die Urabstimmung und für den Zusammenschluß in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 27. März 1946

An die Sozialdemokraten Berlins!

Der Parteitag ist die oberste Instanz der Sozialdemokratischen Partei. Der Parteitag ist auf Grund des § 6 der Satzungen zum 19. und 20. April nach Berlin berufen worden. Nur dieser Parteitag kann über die Vereinigung der SPD und KPD endgültig entscheiden.

Alle Bezirksverbände der Partei in Deutschland wurden aufgefordert, Delegierte zu entsenden.

Es ist die Schuld einiger führender Genossen in den Westzonen, die einheitliche Beschickung des Parteitages verhindert zu haben.

Der Zentralausschuß kann sich weder dadurch noch durch andere Maßnahmen davon abbringen lassen, anders als satzungsgemäß zu verfahren.

Es entsprach weder der Parteitradition noch der Parteidemokratie, wenn die zufällig zusammengesetzte Funktionärversammlung in Berlin am 1. März verlangte, daß über die Frage der Vereinigung der Arbeiterparteien nicht der Parteitag, sondern eine Urabstimmung entscheiden müsse. Der Parteiausschuß hat darum den Berliner Funktionärbeschluß abgelehnt.

In allen Bezirken haben die Mitglieder auf demokratischem Wege die Delegierten zu den Bezirksparteitagen gewählt. Unter Beachtung der gleichen demokratischen Grundsätze werden auch die Delegierten zum Gesamtparteitag gewählt.

Die genannte Berliner Funktionärversammlung verlangte eine Abweichung von diesen Grundsätzen. Andere, noch stärker besuchte Berliner Funktionärversammlungen haben gegenteilige Beschlüsse gefaßt!

Der Zentralausschuß hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß er der Gesamtpartei verantwortlich ist und daß nur im Gesamtrahmen der Partei eine Entscheidung getroffen werden kann. Die ordnungsgemäß gewählten Delegierten sind in der Lage, auf dem Parteitag ungehindert ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Der Zentralausschuß mußte aber mit Bedauern feststellen, daß das Bestreben des Berliner Bezirksvorstandes, eine sachliche Aussprache in der Berliner Mitgliedschaft durchzuführen, von den Gegnern der Einheit verhindert worden ist. Die Voraussetzung für die demokratische Entscheidung der Mitgliedschaft ist die Stellungnahme zu den Grundsätzen und Zielen sowie zu dem Statut der Einheitspartei. Diese Stellungnahme der Mitgliedschaft wurde jedoch von den Einheitsgegnern an vielen Stellen sabotiert. Sie haben aber noch mehr getan. Sie sind dazu übergegangen, einen offenen Kampf gegen den Zentralausschuß

und die Beschlüsse des Parteiausschusses zu organisieren, und sind schließlich offen zur Spaltung geschritten.

Das zeigen folgende Vorgänge:

1. Zum 14. März 1946 hatte der Bezirksvorstand die Kreis- und Abteilungsleiter zu einer Sitzung mit der Tagesordnung: Stellungnahme zu den Grundsätzen und Zielen und zu den Satzungen der Sozialistischen Einheitspartei einberufen. Die Einheitsgegner verhinderten jedoch die sachliche Stellungnahme der Parteigenossen, indem sie die Absetzung dieses Verhandlungsgegenstandes erzwangen.

2. Die Einheitsgegner verhinderten die geordnete Durchführung von Abteilungs- und Mitgliederversammlungen mit derselben Tagesordnung.

3. Die organisierte Oppositionsfraktion verteilt Flugblätter unwahren und diffamierenden Charakters mit der Aufforderung, keine Diskussion über die Frage der Vereinigung zuzulassen. In diesen Flugblättern geht man auch zu Drohungen gegenüber den ordnungsgemäß gewählten Trägern der Organisation über.

4. Diese Fraktion der Spalter veranstaltet laufend innerhalb der Partei Sonderbesprechungen und Fraktionssitzungen, die das Ziel verfolgen, die demokratische Stellungnahme der Mitgliedschaft zu sabotieren.

5. Zur Finanzierung der Fraktionsarbeit wurden Geldsammlungen veranstaltet.

6. In einer Kreisorganisation ging die Leitung dazu über, die Abbestellung der Parteizeitung zu organisieren.

7. Damit machten sich die Träger der Opposition der Parteischädigung und der Parteispaltung schuldig, so daß der Zentralausschuß schließlich, nachdem er bereits am 15. März in seinem Aufruf an die Mitglieder von Groß-Berlin auf das Bedenkliche dieser Entwicklung hingewiesen und ermahnt hatte, die Auseinandersetzungen im Geiste der Kameradschaft durchzuführen, gezwungen wurde, einige der Haupttreiber aus der Partei auszuschließen.

8. Trotzdem wurden die Flugblätter parteischädigenden Inhalts weiterhin verbreitet und die ordentlichen Veranstaltungen der Partei gestört.

9. Schließlich wurde die Sprengung von Kreistagungen organisiert, Ausgeschlossene wurden zu Referenten bestellt, und Vertretern der statutenmäßigen Instanzen der Partei [wurde] das Wort verweigert.

10. Entgegen den Beschlüssen des Bezirksvorstandes gegen die Durchführung einer einheitlichen Urabstimmung wurden in einzelnen Kreisen und Abteilungen Urabstimmungen durchgeführt, über die keinerlei Kontrolle bestand.

Durch diese Sabotagemaßnahmen der Spalter wurde eine Lage in der Partei geschaffen, bei der die wirkliche Meinung der Mitgliedschaft nicht zum Ausdruck kommen kann.

Der Zentralausschuß hat darum in seiner heutigen Sitzung beschlossen:

1. Die Frage der Vereinigung der Arbeiterparteien wird auch für Berlin nur auf dem zum 19./20. April d. J. einberufenen Parteitag und nicht durch eine Urabstimmung zur endgültigen Entscheidung gestellt.

2. Der Berliner Mitgliedschaft wird darum dringend empfohlen, sich nicht an der Urabstimmung vom 31. März zu beteiligen, für die alle sachlichen Voraussetzungen durch die Einheitsgegner zerstört wurden.

Diese Stellungnahme des Zentralausschusses wird gestützt durch zahlreiche Beschlüsse von Betriebsgruppen, Abteilungsversammlungen und Kreisvertretertagungen, die bereits die Vereinigung praktisch durchgeführt haben.

Genossinnen und Genossen!

Kämpft für die Einheit der Partei!

Kämpft für den Zusammenschluß in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands!

Berlin, den 27. März 1946

Der Zentralausschuß
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dokumente und Materialien zur Geschichte
der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III: ab 1945, Bd. 1.
Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Berlin 1959, S. 574–576.

23

Offener Brief des Parteivorstandes der SED an alle Sozialdemokraten und Kommunisten Deutschlands vom 7. Mai 1946

Genossinnen und Genossen!

Seit dem Zusammenbruch des Naziregimes ist ein knappes Jahr vergangen. Aber schon sind die Maulwürfe der Reaktion und des Militarismus wieder dabei, die kaum begonnene Aufbauarbeit zu stören und zu unterwühlen. In vielen Teilen Deutschlands versuchen sie unter demokratischer Tarnung und selbst durch das Einschleichen in demokratische Parteien ihre alten Machtpositionen nach und nach wieder zu beziehen. Monarchistische, völkische und separatistische Parteien sind bereits wieder offen auf dem Plan.

Im geheimen sind nazistische und militaristische Fememord- und Terrororganisationen am Werk. Sie bedrohen Träger und Einrichtungen des demokratischen Neuaufbauwerks. Die Hintermänner der Nazis, Kriegsinteressenten und Schwerindustrielle, sitzen vielerorts in den Leitungen

der Wirtschaft und suchen ihre alten Vormachtstellungen wiederherzustellen.

Der nazistische Ungeist ist keineswegs tot. Seine Träger aus der Vergangenheit benutzen die wirtschaftliche Not, um für das Ergebnis des Hitlerregimes die aufbauenden Kräfte Deutschlands verantwortlich zu machen.

Die aufkommende Reaktion beginnt dasselbe verbrecherische Spiel wie nach 1918. Sie will die demokratischen Freiheiten erneut mißbrauchen, um die Demokratie zu erdrosseln.

Kaum ist der Schlachtenlärm verhallt, kaum ist die Freiheit neu geboren, und schon müssen wir unsere warnende Stimme gegen die Gefahr der heraufziehenden militaristischen und großkapitalistischen Reaktion erheben!

Genossinnen und Genossen!

Diese tödliche Gefahr für Deutschlands Zukunft kann nur durch eine starke und geschlossene Arbeiterbewegung abgewendet werden.

Die Ergebnisse der Wahlen in der amerikanischen Besatzungszone zwingen zu ernstem Nachdenken. Die beiden Arbeiterparteien konnten nur ein Drittel der abgegebenen Stimmen auf ihre Kandidatenlisten vereinigen. Statt ihre Macht geschlossen einzusetzen, lagen sie im gegenseitigen Zwist und Hader und glaubten, ihre Kräfte aneinander messen zu müssen. Die Fortsetzung dieses Konkurrenzkampfes in der deutschen Arbeiterbewegung würde die zukünftige Entwicklung Deutschlands zwangsläufig in die gleichen verhängnisvollen Bahnen lenken wie in den Jahren nach 1918.

Sozialdemokraten und Kommunisten!

Das Gute der Vergangenheit wird nicht verleugnet, wenn Ihr Euch frei macht von den Nachwirkungen eines dreißigjährigen erbitterten Bruderkampfes. Wer die Verpflichtung für die Zukunft fühlt, muß den Mut haben, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Aus der Vergangenheit kommen die Hemmungen, die Euch hindern, die Einheit zu schaffen. In der Zukunft liegen die Aufgaben, die unsere Einheit erfordern. Darum reicht Euch die Hände zu ehrlicher Zusammenarbeit im Dienste des demokratischen Neuaufbaus!

Was Euch eint, ist stärker als alles, was Euch trennt!

Ihr alle wollt den Geist des Krieges in Deutschland vernichten und Deutschland wieder zurückführen in die Familie der friedliebenden Völker!

Ihr alle wollt die Einheit Deutschlands und einen schnellen Wiederaufbau unseres zerstörten und zerrissenen Vaterlandes!

Ihr alle wollt die antifaschistisch-demokratische parlamentarische Republik!

Ihr alle wollt das Große und Gute der deutschen Kultur bewahren und es in demokratischer Freiheit und zu neuer Blüte entwickeln!

Ihr alle wollt den sozialen Aufstieg aller Werktätigen, ihr wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht und den Sozialismus!

Für diese gemeinsamen Ziele laßt uns gemeinsam kämpfen! Zu dieser Zusammenarbeit streckt die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ihre Hand aus. Schlagt ein! Macht dem Bruderkampf ein Ende!

Die vor uns liegenden Aufgaben ertragen keine unfruchtbaren Auseinandersetzungen mehr. Wir müssen vorwärts zu einer gemeinsamen Politik und Arbeit, den Blick auf die Schicksalsfragen unseres Volkes gerichtet.

Das ganze schaffende Volk, alle Kräfte des Friedens und der Freiheit müssen sich zusammenfinden!

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist zur vorbehaltlosen Zusammenarbeit mit allen Kommunisten und Sozialdemokraten bereit und tritt für die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront überall in Deutschland ein.

Sozialdemokraten und Kommunisten!

Ergreift die Initiative zur Bildung von Einheitsfrontausschüssen! Eure Einheit wird die antifaschistisch-demokratische Einheit stärken!

Schafft gemeinsame Arbeitsausschüsse der beiden Arbeiterparteien zur engsten Zusammenarbeit bei der Lösung aller praktischen Tagesaufgaben!

Bildet darüber hinaus überall dort, wo die erforderliche Übereinstimmung erzielt ist, gemeinsame Organisationsausschüsse zur Vereinigung beider Arbeiterparteien in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands!

Weder sektiererische Tendenzen bei einzelnen Kommunisten noch parteiegoistische Empfindungen bei einigen Sozialdemokraten dürfen das Tempo der Einigung hindern.

Die Zwietracht muß sterben, damit Deutschland lebe!

Wir haben Euch das Beispiel gegeben. Der Vereinigungsparteitag der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei zu Ostern 1946 in Berlin hat den Auftrag erfüllt, den die Geschichte der politisch zerrissenen deutschen Arbeiterbewegung stellte.

Ein Jahr nach Kriegsende und nur wenige Tage nach der Vereinigung sah Berlin am 1. Mai eine Manifestation der schaffenden Bevölkerung von bisher nicht erlebtem Ausmaß. Rund 500 000 Männer, Frauen und Jugendliche demonstrierten unter dem roten Banner für die alten Maiforderungen, für Völkerfrieden und für den Achtstundentag, aber auch für die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung. Es war nach Beendigung des Hitlerregimes die erste, große und elementare Willensäußerung der Arbeiterschaft, die, zum Aufbau bereit und eines dreißigjährigen Bruderkampfes müde, begeistert das Werk der politischen Einigung der deutschen Arbei-

terbewegung begrüßte. Wie ein Mahnruf erscholl über ganz Deutschland das Lied:

„Brüder, in eins nun die Hände!"

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Der Parteivorstand

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes.
Hrsg. vom Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. I,
Berlin 1952, S. 31–33.

24

Angebot der Bezirksleitungen der KPD der britischen Besatzungszone an den Parteitag der westdeutschen Sozialdemokratie in Hannover vom 9. bis 11. Mai 1946

Genossinnen und Genossen!

Die Bezirksleitungen Wasserkante, Bremen, Hannover-Braunschweig, Ruhrgebiet-Westfalen, Niederrhein und Mittelrhein der KPD übersenden Eurem Parteitag brüderliche Grüße.

Die vor dem ganzen deutschen Volk stehenden Aufgaben können nur gelöst werden, wenn die beiden Parteien der deutschen Arbeiterklasse, SPD und KPD, alle Schritte gemeinsam gehen, die der Überwindung der unmittelbaren Not im Aufbau der deutschen Friedenswirtschaft, der Verteidigung der Interessen aller Werktätigen und der Sicherung der Einheit Deutschlands dienen. Es ist der einmütige Wille der deutschen Arbeiterklasse, die wirtschaftlichen Machtpositionen der deutschen Imperialisten endgültig zu vernichten und den demokratischen Weg zum Sozialismus zu sichern.

Aus dieser Erkenntnis schlagen wir Eurem Parteitag im Namen aller Einheiten der KPD in der britischen Zone vor, die Zusammenarbeit mit uns für folgende Punkte zu beschließen:

1. Gemeinsame Maßnahmen zur Sicherung und schnellsten Verbesserung der Ernährung durch Schaffung von Ernährungs-Überwachungsausschüssen der beiden Arbeiterparteien, der Gewerkschaften und Frauenausschüsse in allen Städten und Bildung demokratischer Bauernausschüsse in den Dörfern zur Zerschlagung der Reichsnährstandsorganisation und zur Vorbereitung der demokratischen Bodenreform.

2. Zusammenarbeit in den Entnazifizierungsausschüssen und einheitliches Auftreten der Fraktionen beider Parteien in den Ratsausschüssen von der Gemeinde bis zur Zonenvertretung, um überall die Interessen der Werktätigen durch eine Arbeitermehrheit erfolgreich vertreten zu können.

3. Gemeinschaftliche Durchführung des Wahlkampfes gegen alle reaktionären, militaristischen und nazistischen Kräfte und Einigung auf einen Kandidaten für beide Parteien in den Wahlkreisen, wo die Gefahr besteht, daß eine Zersplitterung der Arbeiterstimmen zum Siege bürgerlicher Kandidaten führt.

4. Gemeinschaftliche Kampagne beider Parteien zur Unterstützung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in seinem Kampf um solche Ausführungsbestimmungen des Betriebsrätegesetzes, die das volle Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte in allen Fragen des Betriebes und der Wirtschaft gesetzlich garantieren.

Mit der Unterbreitung dieser Vorschläge an Euren Parteitag möchten die Kommunisten der britischen Zone ihren aufrichtigen Wunsch zu ehrlicher, kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit allen Sozialdemokraten zum Ausdruck bringen, und wir sind überzeugt, daß durch diese Zusammenarbeit das Vertrauen zwischen beiden Parteien geschaffen wird, das notwendig ist, um auch in den westlichen Zonen die baldige Vereinigung von SPD und KPD zu vollziehen.

In diesem Sinne wünschen wir Eurem Parteitag einen vollen Erfolg und hoffen, daß seine Arbeiten die Einheit der deutschen Arbeiterklasse fördern und uns unserem gemeinsamen Ziel, dem Sozialismus, näher bringen.

Mit sozialistischem Gruß!
Kommunistische Partei Deutschlands
Bezirksleitung Wasserkante
im Auftrage: Erich Hoffmann
Bezirksleitung Hannover-Braunschweig
im Auftrage: Kurt Müller
Bezirksleitung Bremen
im Auftrage: Heinz Schramm
Bezirksleitung Ruhrgebiet-Westfalen
im Auftrage: Max Reimann
Bezirksleitung Niederrhein
im Auftrage: Hugo Paul
Bezirksleitung Mittelrhein
im Auftrage: Hermann Zilles

Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945–1956.
Mit einem Vorwort des Ersten Sekretärs des ZK der KPD, Max Reimann,
Berlin 1965, S. 80/81.

25

Kundgebung der SPD, angenommen auf dem Parteitag der westdeutschen Sozialdemokratie in Hannover vom 9. bis 11. Mai 1946

In der Periode zwischen zwei Weltkriegen haben überall die Kräfte des Finanzkapitals und der Reaktion versucht, den sozialistischen Konsequenzen der Demokratie zu entgehen. In Deutschland ist ihnen dies auf Grund der ökonomischen, historischen und geistesgeschichtlichen Bedingungen gelungen.

Mit dem „Dritten Reich" war durch die Zerschlagung der politischen Kraft der arbeitenden Klasse die Demokratie außer Kurs gesetzt und durch das Fehlen demokratischer Willensbildung und Kontrolle die entscheidende Voraussetzung für die europäische Katastrophe gegeben. Das Versagen des deutschen Bürgertums und jenes Teils der Arbeiterbewegung, der den klassenpolitischen Wert der Demokratie nicht erkannt hatte, bildet den historischen Schuldanteil des deutschen Volkes.

Mit denselben Methoden, mit denen das „Dritte Reich" die Austragung der Klassengegensätze im Innern gewaltsam unterdrückt hatte, förderte es den Gegensatz der Nationen untereinander. Die unvermeidliche Folge der Diktatur war der Krieg und damit der totale militärische und politische Zusammenbruch und die Zerstörung der bisherigen Grundlagen des wirtschaftlichen, staatlichen und kulturellen Lebens. Sie sind damit unbrauchbar für den Aufbau eines neuen Deutschlands geworden. Ökonomisch ist die ungeheure Konzentrierung der einst kolossalen Produktionskräfte in Auflösung und Atomisierung umgeschlagen. Zustände sind heraufgezogen, unter denen keine Klasse, kein Volk und keine irgendwie geartete Wirtschaftsform existieren können.

Das deutsche Volk ist in der Welt isoliert und hat die Folgen des nationalsozialistischen Eroberungskrieges und der im Krieg verübten Verbrechen an den unterdrückten Völkern zu tragen.

Die Sozialdemokratische Partei sieht demgegenüber ihre Aufgabe darin, alle demokratischen Kräfte Deutschlands im Zeichen des Sozialismus zu sammeln. Nicht nur die politischen Machtverhältnisse, sondern auch ihre ökonomischen Grundlagen müssen geändert werden. Nur eine völlige Umgestaltung gibt dem deutschen Volk die wirtschaftlichen und sozialen Lebensmöglichkeiten und sichert die Freiheit und den Frieden.

I

Das heutige Deutschland ist nicht mehr in der Lage, eine privatkapitalistische Unternehmerwirtschaft zu ertragen und Unternehmerprofite, Kapitaldividenden und Grundrenten zu zahlen. Die jetzt noch herrschenden Eigentumsverhältnisse entsprechen nicht mehr den sonstigen gesell-

schaftlichen Zuständen und Bedürfnissen. Sie sind zu dem schwersten Hemmnis der Erholung und des Fortschritts geworden.

Der vorhandene private Großbesitz an Produktionsmitteln, Kapitalien und Rohstoffen und das mögliche Sozialprodukt der deutschen Volkswirtschaft müssen den Bedürfnissen aller zugänglich gemacht werden. Der heutige Zustand, bei dem die große Mehrheit alles verloren hat, eine Minderheit aber reicher geworden ist, muß zugunsten einer Gesellschaftsordnung mit gerechter Lastenverteilung überwunden werden.

Die von der Sozialdemokratie erstrebte sozialistische Wirtschaft beruht auf einer gelenkten Wirtschaftspolitik. Entscheidend für Umfang, Richtung und Verteilung der Produktion darf nur das Interesse der Allgemeinheit sein. Die Vermehrung der Waren und der Produktionsmittel ist die Voraussetzung für die lebensnotwendige Eingliederung Deutschlands in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel erfolgt auf die verschiedenste Weise und in den verschiedensten Formen. Es gibt für den Sozialismus keine Einförmigkeit und keine Unfreiheit, keine Kollektivierung und Vermassung, keinen kommandierten Kasernensozialismus, keine Uniformität. Es gibt keine sozialistische Gesellschaft ohne die mannigfaltigsten Betriebsarten und Formen der Produktion. Der Sozialismus will soviel wirtschaftliche Selbstverwaltung wie möglich, unter stärkster Beteiligung der Arbeiter und Verbraucher.

II

Die Sozialisierung hat zu beginnen bei den Bodenschätzen und den Grundstoffindustrien. Alle Betriebe des Bergbaues, der Eisen- und Stahlerzeugung und -bearbeitung bis zum Halbzeug, der größte Teil der chemischen Industrie und die synthetischen Industrien, die Großbetriebe überhaupt, jede Form von Versorgungswirtschaft und alle Teile der verarbeitenden Industrie, die zur Großunternehmung drängen, sind in das Eigentum der Allgemeinheit zu überführen.

Die Förderung des Genossenschaftsgedankens, die Lösung betrieblicher Gemeinschaftsaufgaben in Handwerk, Handel und Landwirtschaft, stärkste Unterstützung der Verbrauchergenossenschaften sind nötig.

Der gesamte Verkehr, die neu zu gestaltende Geld- und Kreditversorgung und das Versicherungswesen sind Gegenstand sozialistischer Planung.

Eine grundlegende Agrar- und Bodenreform ist unter Enteignung der Großgrundbesitzer sofort einzuleiten. Die Neuübereignung des Großgrundbesitzes, seine Bewirtschaftung in bäuerlichem, gärtnerischem und siedlerischem Einzelbesitz oder teilweise in genossenschaftlichem bäuerlichem Gemeinbesitz ohne eine die Wirtschaftlichkeit gefährdende Zer-

stückelung sind notwendig. Das ist die Voraussetzung der sozialen Gerechtigkeit auf dem Lande, der endgültigen Unterbringung von mehr Menschen, einer ersten Lösung der Flüchtlingsnot, der Förderung der Erzeugung und der Verbreiterung der Ernährungsgrundlage des deutschen Volkes.

Der Klein- und Mittelbetrieb in Landwirtschaft, Handwerk, Gewerbe und Handel hat in der von der Sozialdemokratie angestrebten Wirtschaftsordnung wichtige Aufgaben zu erfüllen und soll sich innerhalb dieser Grenzen entfalten.

Die deutsche Wohnungswirtschaft bedarf straffster öffentlicher Lenkung. Sie ist mit den Mitteln der Gesamtheit und nicht nur von den von der Zerstörung betroffenen Gemeinden zu betreiben. Die Wohnraumbeschaffung gehört zu den vordringlichsten Aufgaben. In der Periode der Wohnungsnot ist der Gedanke der genügenden Unterbringung aller und nicht die Erhaltung der Bequemlichkeit einzelner entscheidend.

Der Lastenausgleich fordert eine grundlegende, alles umfassende Finanz- und Währungsreform, vor allem die Vervollkommnung der direkten Steuern gegenüber den höheren Einkommen und Vermögen. Niemand darf aus dem Dritten Reich vermögender hervorgehen als er hineingegangen ist. Umgekehrt müssen ein soziales Existenzminimum gesichert und der Massenverbrauch geschont werden. Der Lastenausgleich zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden ist so vorzunehmen, daß ein soziales Niveau ohne Privilegierte und ohne Benachteiligte entsteht.

Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt mit ihrer Wirtschaftspolitik die ökonomische Befreiung der menschlichen Persönlichkeit. Darum ist für sie der Sozialismus das Programm der Arbeiter und Angestellten, der geistigen Berufe und des Mittelstandes, der Bauern und aller Menschen überhaupt, die von dem Ertrag ihrer eigenen Arbeit und nicht durch das Mittel der kapitalistischen Ausbeutung leben. Erst die Überwindung jeder Form der Ausbeutung wird den Menschen in den vollen Besitz seiner Rechte und zur Entfaltung seiner persönlichen Werte bringen.

III

Die deutsche Sozialdemokratie sieht ihre politische Aufgabe darin, die umstürzenden Veränderungen des gesellschaftlichen Seins, die unvermeidlich und notwendig sind, in das politische Bewußtsein der Massen zu übertragen und die Mehrheit des Volkes für die Vorstellungen und Begriffe des Sozialismus zu gewinnen.

Der Weg zu diesem Ziel kann nur eine starke und kampfbereite Demokratie sein. Es gibt nur eine Demokratie. Es gibt keine bürgerliche und keine proletarische Demokratie, ebensowenig es für die heutige Sozialde-

mokratie einen reformistischen oder revolutionären Sozialismus gibt. Jeder Sozialismus ist revolutionär, wenn er vorwärtsdrängend und neugestaltend ist.

Die Demokratie ist für alle Schaffenden die beste Form ihres politischen Kampfes. Sie ist für uns als Sozialisten ebenso eine sittliche wie eine machtpolitische Notwendigkeit. Die Sozialdemokratie will die freiwillige Gefolgschaft aus eigener Erkenntnis und mit dem Recht der Kritik ihrer Anhänger.

Es gibt keinen Sozialismus ohne Demokratie, ohne die Freiheit des Erkennens und die Freiheit der Kritik. Es gibt aber auch keinen Sozialismus ohne Menschlichkeit und ohne Achtung vor der menschlichen Persönlichkeit.

Wie der Sozialismus ohne Demokratie nicht möglich ist, so ist umgekehrt eine wirkliche Demokratie im Kapitalismus in steter Gefahr. Auf Grund der besonderen geschichtlichen Gegebenheiten und Eigenarten der geistigen Entwicklung in Deutschland braucht die deutsche Demokratie den Sozialismus. Die deutsche Demokratie muß sozialistisch sein oder die gegenrevolutionären Kräfte werden sie wieder zerstören.

Der Charakter der deutschen Sozialdemokratie besteht in ihrem kompromißlosen Willen zu Freiheit und Sozialismus. Die deutsche Sozialdemokratie ist stolz darauf, daß sie die einzige Partei in Deutschland war, die unter den größten Opfern für die Ideen der Demokratie, des Friedens und der Freiheit eingetreten ist. Sie ist auch heute die Partei der Demokratie und des Sozialismus in Deutschland.

Die deutsche Sozialdemokratie erhebt keinen Monopolanspruch auf die Macht. Sie lehnt jeden Rückfall in totalitäres Denken und Handeln entschlossen ab. Im Geiste dieser Grundeinstellung wird sie eine Politik der Unabhängigkeit und der Selbständigkeit gegenüber allen Kräften des In- und Auslandes treiben und ihr Verhältnis zu anderen politischen Parteien regeln.

Die Sozialdemokratie begnügt sich nicht mit der historischen Legitimation, die in der großen Geschichte ihres Freiheitskampfes gegeben ist. Sie will ihren Anspruch als führende politische Kraft in der deutschen Politik durch ihre positiven Leistungen für Staat und Volk und durch die Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit und Sachlichkeit ihrer Politik immer von neuem rechtfertigen.

IV

Auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungspolitik erstrebt die Sozialdemokratie die Demokratie, die getragen ist von der Mitbestimmung und Mitverantwortung aller Bürger. Sie will eine Republik mit weitgehender Dezentralisierung und Selbstverwaltung.

Die deutsche Republik der Zukunft soll sich aufbauen auf Länder, die nicht in ihrer eigenen Existenz ihren höchsten Zweck sehen, sondern die sich nur als Bausteine einer höheren nationalen Ordnung betrachten. Der Träger der Staatsgewalt soll das ganze deutsche Volk sein.

Keins der heutigen Länder und keine der heutigen Provinzen dürfen sich in ihrer Existenz und in ihrem Umfang als garantiert ansehen. Es gibt keine ausreichende geschichtliche Legitimation gegenüber den Notwendigkeiten der Gegenwart.

Die Verwaltung muß von unten her reformiert werden, und die untersten Träger des kommunalen Zusammenlebens müssen möglichst große Kompetenzen haben. Das Volk, repräsentiert durch seine Parteien, bestimmt die Ziele der Politik in der Verwaltung. Die Beamten und Angestellten der öffentlichen Körperschaften sind durch ein einheitliches Dienstrecht und durch Erhaltung ihrer Staatsbürgerrechte zu schützen.

Alle Staatsbürger sollen ohne Ansehen des Glaubens, der Rasse oder des Geschlechts nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihrer Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zugelassen werden.

Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Es darf keine Ausnahmegerichte geben.

Glaubens- und Gewissensfreiheit für alle. Trennung von Kirche und Staat. Niemand soll verpflichtet sein, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren.

Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sollen wieder frei sein, um das durch das Dritte Reich zerstörte Kultur- und Geistesleben neu zu gestalten. Ihre Leistungen sollen dem deutschen Volk die Achtung und das Vertrauen der Welt wiedergewinnen.

Das allgemeine Schulwesen ist öffentlich. Die Schulen sollen die Jugend frei von totalitären und dogmatischen Anschauungen erziehen im Geist der Humanität, der Demokratie, der sozialen Verantwortung und der Völkerverständigung. Allen Deutschen stehen Bildungsmöglichkeiten allein entsprechend ihrer Befähigung offen.

Die Freiheit der Meinungsäußerung und der Kritik muß auch in der Freiheit der Presse ihren Ausdruck finden.

Es ist ein einheitliches Arbeitsrecht zu schaffen. Jedem Bürger soll die Möglichkeit gegeben werden, durch Arbeit seinen Lebensunterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, hat er einen Anspruch darauf, daß für seinen Lebensunterhalt gesorgt wird. Jedem wird die gleiche Möglichkeit für seine Berufswahl und Berufsausbildung gegeben.

Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits-

und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe zu gewährleisten. Zur Vertretung der Interessen der Arbeitenden in den Betrieben sind Betriebsräte mit weitgehenden Rechten zu bilden.

Das Fürsorge- und Gesundheitswesen ist eine öffentliche Angelegenheit. Zur Erhaltung der Gesundheit, zum Schutz der Mutterschaft, zur Vorsorge gegen wirtschaftliche Folgen von Alter und Unfällen soll eine einheitliche Sozialversicherung geschaffen werden, bei der die Versicherten maßgebend mitzuwirken haben. Den Opfern des Krieges und des Dritten Reiches ist Hilfe zu bringen. Jugendfürsorge und Jugendwohlfahrt sind öffentliche Aufgaben.

V

Die deutsche Sozialdemokratie anerkennt die Pflicht zur Wiedergutmachung im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten des deutschen Volkes. Sie ist für die Bestrafung der Schuldigen und der Kriegsverbrecher.

Die Sozialdemokratie erstrebt die Eingliederung des neuen Deutschlands in die neue internationale Organisation der Völker. Deutschland braucht die wirtschaftliche, soziale und politische Hilfe der demokratischen Nationen. Die demokratischen Kräfte, in erster Linie die Sozialdemokratie, dürfen nicht als schuldige Besiegte behandelt werden.

Das neue Deutschland leidet heute nicht nur unter der Erbschaft des Dritten Reiches, sondern auch unter der Tatsache, daß es keine gemeinsame Politik der Besatzungsmächte gegenüber Deutschland gibt. Die deutsche Sozialdemokratie hofft auf den Tag, an dem eine Klärung der Probleme in Deutschland und der Welt eine einheitliche Politik der Besatzungsmächte gegenüber Deutschland ermöglichen und die Politik der Besatzungszonen beenden wird.

Die Politik der Wirtschaftsverstümmelung, der Menschenversklavung und der Massenausrottung, die die Politik der nationalsozialistischen Diktatur war, darf im Zeitalter der Demokratie keine Geltung haben. Man kann die Gefahr neuer faschistischer Entwicklung nicht dadurch bannen, daß man die Methoden des Faschismus anwendet.

Wie die Demokratie nicht gesichert ist ohne die ökonomische Befreiung der Menschen, so ist sie ebenso unmöglich ohne die nationale Freiheit des Volkes. Die deutsche Sozialdemokratie erhebt den Anspruch auf die Erhaltung Deutschlands als eines nationalen, staatlichen und wirtschaftlichen Ganzen. Nur wenn es uns gelingt, Deutschland als eine Einheit zu erhalten, werden vor allem die jungen Menschen die Ideen des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus nicht als Ergebnis des Zusammenbruches des Dritten Reiches, sondern als selbstgewollte höhere Notwendigkeiten begreifen lernen. Nur dann auch wird die Sozialdemo-

kratie den Kampf gegen jeden neuerwachenden Nationalismus mit Erfolg führen können.

So wie die Sozialisten aller Länder für die Unabhängigkeit ihres Landes eintreten, so tut es auch die deutsche Sozialdemokratie. Aber sie weiß, daß die Periode der uneingeschränkten Souveränität der Einzelstaaten vorüber ist. Nicht Teile von Deutschland dürfen internationalisiert werden, sondern ganz Europa muß internationalisiert werden.

Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt die Vereinigten Staaten von Europa, eine demokratische und sozialistische Föderation europäischer Staaten. Sie will ein sozialistisches Deutschland in einem sozialistischen Europa. Nur so kann Europa zur Solidarität mit den Völkern aller Kontinente gelangen.

Die Sozialdemokratie sieht in dem gemeinsamen Kampf der Sozialisten aller Länder gegen jede Form der Ausbeutung, des Imperialismus und des Faschismus, der Reaktion und des hegemonialen Nationalismus die große geschichtsbildende Kraft, die Frieden und Freiheit für alle Völker sichern kann.

Sozialismus ist nicht mehr ein fernes Ziel. Er ist die Aufgabe des Tages. Die deutsche Sozialdemokratie ruft zur sofortigen sozialistischen Initiative gegenüber allen praktischen Problemen in Staat und Wirtschaft auf allen Stufen des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens auf.

Die deutsche Sozialdemokratie ist sich der Größe ihrer Aufgabe bewußt. Sie will nichts sein als eine Partei unter anderen Parteien. Sie will sich aber auszeichnen durch die Richtigkeit ihrer Erkenntnisse, durch die Klarheit ihrer Politik und durch die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen. Sie schöpft das Vertrauen zu einer erfolgreichen Durchführung ihrer Politik daraus, daß heute das Klasseninteresse der deutschen Arbeitenden mit den Notwendigkeiten des ganzen deutschen Volkes und der Einsicht und dem Willen aller fortschrittlichen und freiheitlichen Menschen in der ganzen Welt zusammenfallen.

Sozialismus. Eine Gegenwartsaufgabe, Dr. Schumacher auf dem Parteitag
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Hannover,
Entschließungen und die programmatische Kundgebung
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,
(Berlin-Wilmersdorf 1946), S. 23–28.

26

Schreiben des Kommandanten der britischen Militärregierung des Sieg-Kreises an den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei in Herchen-Leuscheid vom 10. Mai 1946

Headquarters Military Government
L/K Siegburg — Ref.: 1016/Fol/410
(CCG/BE) — Date: 10. 5. 1946

Betrifft: Versammlungen SPD-KPD

An den: Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei
Herchen-Leuscheid

1. Es liegt nicht in der Linie der Politik der Militärregierung, eine Verschmelzung der SPD mit der KPD zuzulassen, da es der Politik der SPD in der britischen Zone widerspricht.

2. Infolgedessen sind alle Versammlungen, die eine solche Verschmelzung als Ziel haben, nicht zugelassen.

3. Cap. Stoop ist nicht mehr bei der hiesigen Stelle der Mil.-Regierung. Wenn Sie mich zu sprechen wünschen, werde ich Ihnen einen Zeitpunkt einer Unterredung angeben.

Siegburg
lesa/IH

gez. J. F. Collings
Comd. 1016 Det. Mil. Gov.
(Lt. Col. J. F. Collings)

Abschrift.
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin,
Zentrales Parteiarchiv, SPD, Bezirksorganisation Mittelrhein

27

Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes vom 30. Juni 1946

Das sächsische Volk hat durch Volksentscheid am 30. Juni 1946 das nachstehende Gesetz angenommen, das hiermit verkündet wird:

Artikel 1

Das ganze Vermögen der Nazipartei und ihrer Gliederungen und die Betriebe und Unternehmen der Kriegsverbrecher, Führer und aktiven Verfechter der Nazipartei und des Nazistaates, wie auch die Betriebe und Unternehmen, die aktiv den Kriegsverbrechern gedient haben, und die der Landesverwaltung Sachsen übergeben wurden, werden als enteignet erklärt und in das Eigentum des Volkes übergeführt.

Artikel 2

Die gewerblichen Betriebe, die durch dieses Gesetz zum Eigentum des Volkes erklärt werden und in einer besonderen Liste genannt sind, gehen auf Grund dieses Gesetzes in das Eigentum der Landesverwaltung Sachsen oder der Selbstverwaltungen der Stadt- und Landkreise sowie der Stadt- und Dorfgemeinden oder auch der Genossenschaften oder Gewerkschaften über.

Artikel 3

Die enteigneten Betriebe und Unternehmen, die nicht unter Artikel 2 fallen, werden an Privatpersonen verkauft.

Artikel 4

Die übrigen enteigneten Vermögenswerte werden entsprechend den in den Artikeln 2 und 3 festgelegten Grundsätzen behandelt.

Artikel 5

Die Einnahmen aus dem Verkauf der Betriebe und enteigneten Vermögenswerte werden zugunsten der Waisen, Witwen, Umsiedler, Bombengeschädigten und Invaliden verwendet.

Artikel 6

Mit der Durchführung dieses Gesetzes wird die Landesverwaltung Sachsen beauftragt.

– Präs. 3 A I 1948 f/46 –

Der Präsident der Landesverwaltung Sachsen
Dr. h. c. Friedrichs

Gesetze, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen,
veröffentlicht durch die Landesverwaltung Sachsen,
2. Jg., Nr. 18 (Dresden), vom 27. Juli 1946, S. 305/306.

28

Schreiben der britischen Militärregierung an das gemeinsame Komitee von Sozialdemokraten und Kommunisten zur Organisierung der Großkundgebung mit Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl in Braunschweig am 23. Juli 1946

Betrifft: Politische Versammlung am 23. Juli 1946.

Bezug: Abhaltung Ihrer politischen Versammlung am 23. 7. 46 auf dem Sportplatz der 5. Division, zu der Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl anwesend sein werden.

Folgende Bedingungen sind genauestens einzuhalten:

1. Es darf nicht der Eindruck entstehen, daß die SPD in irgendeiner Weise mit der Versammlung in Verbindung steht. Bei allen Aushängen, Plakaten usw., die für eine einheitliche Arbeiterpartei werben, muß klargemacht werden, daß all dies Propagandamaterial von der KPD ausgeht.

2. Abtrünnige Mitglieder der SPD dürfen bei dieser Versammlung das Wort ergreifen oder auf der Rednertribüne erscheinen, doch nur als Einzelperson. Wenn sie sprechen, muß klargemacht werden, daß sie nicht offiziell im Namen der SPD sprechen.

3. Es muß klargemacht werden, daß es sich um eine reine KPD-Versammlung handelt. Wenn irgendein Versuch gemacht wird, den Eindruck zu wecken, daß die offizielle SPD in irgendeiner Weise mit dieser Versammlung in Verbindung steht, wird die Versammlung abgebrochen werden.

4. Es wird betont, daß der einzige Weg, die SED in der britischen Zone zu bilden, darin besteht, daß die Mitglieder der Ortszweige der KPD und SPD ein Referendum abhalten und die Mehrzahl der Mitglieder beider Parteien für die Vereinigung stimmt.

5. Sie wollen den Empfang dieses Schreibens bestätigen.

Kopie an den Vorsitzenden der SPD in Braunschweig.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin,
Zentrales Parteiarchiv, V/5/1.

29

Beschluß des Parteivorstandes der SED
„Die Grundrechte des deutschen Volkes" vom 19. September 1946

Das deutsche Volk kann nicht leben ohne die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.

Ist diese Einsicht, daß die Deutschen, wie sie ein Volk unter Völkern sind, so auch einen Staat unter Staaten bilden, in dieser Zeit unserer größten nationalen Katastrophe auch selbstverständliches Gemeingut aller Deutschen?

Durch eine föderalistische und separatistische Politik ist die Reaktion in den verschiedenen Gebieten unserer deutschen Heimat am Werk, die Aufteilung Deutschlands in Einzelstaaten herbeizuführen. Aus dem von ihnen mitverschuldeten Zusammenbruch des Reiches erhoffen die Konzern- und Bankherren, die Junker und Großgrundbesitzer und andere von einer föderalistischen Aufgliederung Deutschlands noch einmal die Rettung ihrer alten wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen.

Mit jedem Tage wächst die Gefahr einer versteckten und offenen Propaganda, die Deutschland in ein östliches und westliches Gebiet zerreißen will.

Der Vorwand, deutsche Gebiete in sogenannte „Vereinigte Staaten Europas" eingliedern zu wollen, ist zu fadenscheinig, um von der beabsichtigten Zerstückelung Deutschlands ablenken zu können. Wo steht die Bildung der „Vereinigten Staaten Europas" zur Debatte? Aber auch wenn dieser nebelhafte Plan verwirklicht werden könnte, wären die deutschen Länder nur lebensunfähige Anhängsel ihrer Nachbarstaaten.

Reaktionäre Bestrebungen zeigen sich auch bei der Beratung von Landesverfassungen in verschiedenen Ländern. Tief beunruhigt sind große Teile unseres Volkes durch die Tatsache, daß in verschiedenen demokratischen Parteien reaktionäre Kräfte sich Geltung verschaffen konnten, die die Losreißung deutscher Gebiete von einem gesamtdeutschen Staate vorbereiten, um einem autoritären Regime den Weg zu bereiten.

Angesichts dieser Gefahren für eine friedliche und demokratische Entwicklung Deutschlands schlägt die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands allen antifaschistischen und demokratischen Parteien und Organisationen einen offenen Meinungsaustausch über den Weg zur Schaffung eines einigen demokratischen Deutschlands vor.

Es ist offenkundig, daß eine friedliche Zukunft und die demokratische Entwicklung in Deutschland noch nicht gesichert sind. Nur durch Bestrafung der Kriegs- und Naziverbrecher und anderer Militaristen und durch die Schaffung einer demokratischen Selbstverwaltung kann die politische Grundlage für die Einheit Deutschlands und eine bessere Zukunft unseres Volkes gesichert werden. Die Säuberung der Verwaltung und der Wirtschaftsorgane von Militaristen und aktiven Verfechtern der Hitlerschen Kriegs- und Gewaltpolitik, die Enteignung der militaristischen Großgrundbesitzer und die Übereignung der Betriebe der Kriegsverbrecher und aktiven Nazis an die Landesverwaltungen muß der nächste gemeinsame Schritt aller friedliebenden demokratischen Kräfte sein. Gleichzeitig mit dem gemeinsamen Kampf zur Vernichtung der Reste des Nazismus und Militarismus sollte beim Alliierten Kontrollrat die Genehmigung zur Bildung deutscher Zentralverwaltungen für ganz Deutschland erwirkt werden. Solche Zentralverwaltungen sind dringend notwendig, um vor allem zu einer einheitlichen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsplanung sowie zu einem Kriegsschädenausgleich, einer Ordnung der Finanzen und der Währung zu kommen, ohne die eine Überwindung der Folgen der nazistischen Kriegspolitik nicht möglich ist. Nur durch die gemeinsamen Anstrengungen der antifaschistisch-demokratischen Parteien, Gewerkschaften und anderen Organisationen zum Aufbau einer friedlichen Ordnung können wir uns das Vertrauen der anderen Völker wie-

dererwerben, zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung ermächtigt und die Aussicht erhalten, bei den künftigen Friedensverhandlungen gehört zu werden.

Erfüllt von der großen Verantwortung, die wir als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, als die größte Partei in Deutschland, haben, schlagen wir allen antifaschistisch-demokratischen Kräften einen offenen Meinungsaustausch über folgende Grundrechte des deutschen Volkes vor:

1

Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik. Das Gebiet der Republik besteht aus den Gebieten der deutschen Länder. Es gibt nur eine Staatsangehörigkeit der deutschen Republik. Alle Staatsangehörigen der deutschen Republik haben in jedem Lande die gleichen Rechte und Pflichten.

Die Staatsmacht wird in gesamtdeutschen Angelegenheiten durch die Organe der Republik auf Grund der deutschen Verfassung, in Landesangelegenheiten durch die Länderorgane auf Grund der Landesordnung ausgeübt.

Die Abgrenzung der Zuständigkeiten erfolgt durch die von einer Nationalversammlung zu beschließende Verfassung. Die Staatsbürger genießen den Schutz der Verfassung und sind zum Schutz der Verfassung verpflichtet.

2

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus und hat dem Wohle des Volkes zu dienen. Bei der Ausübung der Staatsbürgerrechte sind Männer und Frauen gleichberechtigt.

Das Volk übt die Staatsgewalt aus durch die Wahl zu den Volksvertretungen der Republik und der Länder, durch Volksbegehren und Volksentscheid, durch Mitwirkung an der Verwaltung der Republik und der Länder und öffentlichen Körperschaften und an der Rechtsprechung sowie durch die demokratisch ausgebaute Selbstverwaltung der Gemeinden.

3

Das Parlament ist das höchste Staatsorgan der deutschen demokratischen Republik.

Das Parlament übt das Recht der Gesetzgebung aus und hat die Kontrolle über die gesamte Verwaltung der Republik.

Das Parlament beschließt die Gesetze nach Maßgabe der Verfassung. Die Regierung sowie jeder einzelne Minister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Parlaments.

Die Abgeordneten werden durch allgemeine gleiche, geheime und un-

mittelbare Wahl nach dem Grundsatz des Verhältniswahlrechts gewählt. Wahlberechtigt sind alle Staatsbürger, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, soweit ihnen nicht durch gerichtliches Urteil das Wahlrecht entzogen ist. Wählbar sind alle über 21 Jahre alten wahlberechtigten Bürger. Unberührt bleiben etwaige Bestimmungen, nach denen Kriegsverbrechern und aktiven Nationalsozialisten das Wahlrecht entzogen ist.

4

Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich. Sie haben die gleichen Rechte bei der Ausübung der Staatsgewalt, es sei denn, daß sie ihnen wegen Begehung eines Verbrechens oder wegen ihrer politischen Haltung zur Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus auf Grund von Gesetzen ganz oder teilweise aberkannt worden sind.

Jegliche nationale, religiöse oder Rassenhetze wird strafrechtlich geahndet. Alle Personen, die militärische oder nationalsozialistische Ideen propagieren oder propagiert haben, sind aus den öffentlichen Ämtern zu entfernen. Solche Personen dürfen keine leitende Stellung in der Wirtschaft und im kulturellen Leben bekleiden.

5

Jeder Bürger hat das Recht, innerhalb der Schranken der Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Recht darf ihn kein Arbeits- oder Angestelltenverhältnis hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.

6

Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehren sind frei. Die Staatsmacht nimmt sich ihrer Pflege an und schützt sie vor allem Mißbrauch.

7

Die Wohnung jedes Deutschen ist für ihn eine Freistätte und unverletzlich. Ausnahmen sind nur auf Grund von Gesetzen zulässig. Das Briefgeheimnis sowie das Post-, Telegrafen- und Fernsprechgeheimnis sind unverletzlich. Ausnahmen können nur durch Gesetze der Republik zugelassen werden.

8

Alle Bürger haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine oder Gesellschaften zu bilden. Dies Recht kann nicht durch Vorbeugungsmaßnahmen beschränkt werden. Für religiöse Vereine und Gesellschaften gelten dieselben Bestimmungen.

9

Jeder Bürger hat ein Recht auf Arbeit. Es ist Aufgabe der Staatsmacht, durch Wirtschaftslenkung jedem Bürger Arbeit und Lebensunterhalt zu sichern.

Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.

Jeder Deutsche hat die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert. Die Arbeitskraft, die Mütter, Kinder und Jugendlichen sowie die Volksgesundheit stehen unter dem besonderen Schutze der Gesetze.

10

Jeder Arbeitende hat ein Recht auf Erholung sowie auf Versorgung bei Krankheit, Invalidität und Alter durch eine einheitliche Sozialversicherung.

Jeder Bürger hat das Recht auf eine Heimstätte.

11

Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit mit dem Ziel der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen zu sichern.

Private Konzerne, Großbanken, Kartelle und Syndikate dürfen nicht bestehen.

12

Der selbständige Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel ist in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern.

Die Freiheit des Handels und des Gewerbes wird nach Maßgabe der Gesetze gewährleistet.

13

Der Großgrundbesitz ist aufzulösen. Die durch die Bodenreform geschaffenen Eigentumsverhältnisse werden gewährleistet.

14

Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet. Sein Inhalt und seine Schranken ergeben sich aus den Gesetzen.

Für die Vergesellschaftung geeignete private wirtschaftliche Unternehmungen können durch Gesetz in Gemeindeeigentum übergeführt werden. Die Länder und Gemeinden können an der Verwaltung wirtschaftlicher Unternehmungen und Verbände beteiligt oder es kann ihnen in anderer Weise ein bestimmender Einfluß darauf gesichert werden.

15

Alle Staatsbürger haben gleiches Recht auf Bildung.

Die Schule soll jedem, unabhängig von der sozialen Lage der Eltern und dem Religionsbekenntnis, eine seinen Fähigkeiten und Anlagen entsprechende vollwertige Ausbildung geben.

Sie soll die Jugend zu selbständig denkenden und verantwortungsbewußt handelnden Menschen erziehen, die fähig und bereit sind, sich in das Gemeinschaftsleben einzuordnen.

Als Mittlerin der Kultur hat die Schule die Aufgabe, die Jugend im Geiste des friedlichen und freundschaftlichen Zusammenlebens der Völker und einer echten Demokratie zu wahrer Humanität zu erziehen. Die Schule ist eine staatliche Einrichtung. Der Elternschaft wird die Möglichkeit gegeben, durch Bildung von Ausschüssen beratend in allen wichtigen Schulangelegenheiten mitzuwirken.

Die staatlich anerkannten Jugendorganisationen sind zur allgemeinen Erziehungsarbeit heranzuziehen.

16

Trennung von Staat und Kirche.

17

Volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung wird durch die Verfassung gewährleistet und steht unter staatlichem Schutz.

18

Die Rechtsprechung wird nach Maßgabe der Gesetze durch Berufs- und Laienrichter im Sinne sozialer Gerechtigkeit ausgeübt.

Das Volk ist zur Rechtspflege in weitem Umfange heranzuziehen.

19

Die Republik regelt durch Gesetz die Währung, die Finanzen und den Anteil der Länder und Gemeinden an den Staatseinnahmen sowie den Aufbau, die Einrichtung und die Kontrolle der Abgabenverwaltung der Länder sowie das Verfahren der Abrechnung zwischen der Republik und den Ländern.

Eisenbahn, Post und Justiz werden von der Republik verwaltet.

20

Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden bestehen Gemeindevertretungen, die nach demokratischen Grundsätzen, die für die Wahl der Abgeordneten gelten, zu wählen sind. Die Gemeindeverwaltungen sind

den Gemeindevertretungen verantwortlich und bedürfen ihres Vertrauens. Vom Wahlrecht zu den Gemeindevertretungen darf kein Bürger, der mindestens sechs Monate in der Gemeinde ansässig ist, ausgeschlossen werden. Die Bestimmungen über die Aberkennung des Wahlrechts der aktiven Nationalsozialisten, Kriegsverbrecher, Naziverbrecher und Kriegsinteressenten bleiben unberührt.

Die Zukunft Deutschlands hängt von der Bereitschaft der Frauen, Männer und der Jugend unseres Volkes ab, eine fortschrittliche demokratische Ordnung zu schaffen.

Sichern wir den Frieden durch die Bestrafung der Kriegsverbrecher, durch die Beseitigung der Macht der Konzernherren, Bankherren und Großgrundbesitzer!

Mögen alle gesunden Kräfte in unserem Volk zur vollen Entfaltung gelangen!

Bemühen wir uns, durch friedliche Arbeit und durch fortschrittliche demokratische Gesinnung das Vertrauen der anderen Völker wiederzuerwerben.

Eine solche fortschrittliche demokratische Ordnung ist die Voraussetzung für eine bessere Zukunft unseres Volkes und für die Sicherung der Einheit Deutschlands. Alles durch das Volk! – Alles für das Volk! – Des Volkes Wille sei oberstes Gesetz!

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Der Parteivorstand
Wilhelm Pieck Otto Grotewohl

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes.
Hrsg. vom Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. I,
Berlin 1952, S. 91–97.

30

Aus dem Abkommen über die Zusammenlegung der amerikanischen und der britischen Besatzungszone vom 2. Dezember 1946

Vertreter der beiden Regierungen sind in Washington zusammengekommen, um die Fragen zu besprechen, die sich aus der wirtschaftlichen Vereinigung ihrer Besatzungszonen in Deutschland ergeben. Ihren Beratungen haben sie die Tatsache zugrunde gelegt, daß beide Regierungen sich die wirtschaftliche Einheit ganz Deutschlands in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 zum Ziel setzen. Die im folgenden für die Zonen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens ge-

troffenen Vereinbarungen sollten als der erste Schritt in der Richtung auf die wirtschaftliche Vereinigung ganz Deutschlands entsprechend jenem Abkommen betrachtet werden. Die beiden Regierungen sind jederzeit bereit, mit jeder der anderen Besatzungsmächte in Verhandlungen einzutreten, die auf eine Ausdehnung dieser Vereinbarungen auf ihre Besatzungszonen hinzielen.

Auf dieser Grundlage wurde eine Übereinstimmung über die folgenden Paragraphen erzielt:

1. Das Datum der Inkraftsetzung.

Dieses Übereinkommen über die wirtschaftliche Vereinigung der beiden Zonen soll am 1. Januar 1947 wirksam werden.

2. Zusammenfassung der wirtschaftlichen Hilfsquellen.

Die beiden Zonen sollen in allen wirtschaftlichen Angelegenheiten als ein einziges Gebiet behandelt werden.

Die einheimischen Hilfsquellen dieses Gebietes und alle Einfuhren des Gebietes, einschließlich Lebensmittel, sollen zusammengefaßt werden, damit ein gemeinsamer Lebensstandard hergestellt werden kann.

3. Deutsche Verwaltungsbehörden.

Der amerikanische und der britische Oberbefehlshaber sind verantwortlich dafür, daß unter ihrer gemeinsamen Kontrolle deutsche Verwaltungsbehörden eingesetzt werden, die zur wirtschaftlichen Vereinigung der beiden Zonen notwendig sind.

4. Außenhandelsamt.

Die Verantwortung für den Außenhandel wird zunächst bei dem gemeinsamen Ausfuhr- und Einfuhramt (Vereinigte Staaten – Großbritannien) oder bei einem anderen Amt liegen, das von den beiden Oberbefehlshabern errichtet werden kann. Diese Verantwortung soll auf das deutsche Verwaltungsamt für den Außenhandel unter gemeinsamer Überwachung übertragen werden, und zwar soweit es jeweils unter den bestehenden Beschränkungen im Ausland möglich ist. (Alle Hinweise auf das gemeinsame Ausfuhr- und Einfuhramt in diesem Abkommen sollen sich auf dieses Amt oder auf ein anderes Amt beziehen, das von den Oberbefehlshabern zu seiner Ablösung eingesetzt wird.)

5. Grundlage der wirtschaftlichen Planung.

Das Ziel der beiden Regierungen ist es, die wirtschaftliche Selbständigkeit des Gebietes bis Ende 1949 zu erreichen.

Ernst Deuerlein: Die Einheit Deutschlands,
Bd. I, Die Erörterungen und Entscheidungen
der Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941–1949,
Darstellung und Dokumente,
Frankfurt (Main)/Berlin 1961, S. 407/408.

31

Aus dem Ahlener Wirtschaftsprogramm der CDU vom 3. Februar 1947

Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.

Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert ...

II. Neue Struktur der deutschen industriellen Wirtschaft

Die neue Struktur der deutschen Wirtschaft muß davon ausgehen, daß die Zeit der unumschränkten Herrschaft des privaten Kapitalismus vorbei ist. Es muß aber ebenso vermieden werden, daß der private Kapitalismus durch den Staatskapitalismus ersetzt wird, der noch gefährlicher für die politische und wirtschaftliche Freiheit des einzelnen sein würde. Es muß eine neue Struktur der Wirtschaft gesucht werden, die die Mängel der Vergangenheit vermeidet und die Möglichkeit zu technischem Fortschritt und zur schöpferischen Initiative des einzelnen läßt.

1. Konzerne und ähnliche wirtschaftliche Gebilde, die nicht technisch, sozial oder wirtschaftlich absolut notwendig sind, sind zu entflechten und in selbständige Einzelunternehmungen zu überführen. Die technische Entwicklung verlangt bei gewissen Unternehmungen eine bestimmte Mindestgröße, namentlich auch, um gegenüber dem Ausland konkurrenzfähig zu sein. Diese Mindestgröße muß derartigen Unternehmungen unbedingt belassen werden.

2. Unternehmungen monopolartigen Charakters, Unternehmungen, die eine bestimmte Größe überschreiten müssen, verleihen eine wirtschaftliche und damit eine politische Macht, die die Freiheit im Staate gefährden kann. Dieser Gefahr muß dadurch vorgebeugt werden, daß entsprechende Kartellgesetze erlassen werden. Darüber hinaus soll bei diesen Unternehmungen das machtverteilende Prinzip eingeführt werden, damit jede mit dem Gemeinwohl unverträgliche Beherrschung wesentlicher Wirtschaftszweige durch den Staat, Privatpersonen oder Gruppen ausgeschlossen wird.

a) Zu diesem Zweck sollen öffentliche Körperschaften wie Staat, Land,

Gemeinde, Gemeindeverbände, ferner Genossenschaften und die im Betrieb tätigen Arbeitnehmer an diesen Unternehmungen beteiligt werden, der dringend notwendigen Unternehmerinitiative ist der erforderliche Spielraum zu belassen.

b) Weiter soll bei solchen Unternehmungen der private Aktienbesitz, der in einer Hand dem Eigentum oder dem Stimmrecht nach vereinigt ist, in der Höhe gesetzlich begrenzt werden.

3. Bergbau. Monopolartigen Charakter haben die Kohlenbergwerke schlechthin wegen des von ihnen geförderten, für das gesamte Volk lebenswichtigen Urprodukts. Daher ist die Anwendung der in Ziffer II/2 aufgestellten Grundsätze auf sie vordringlich, sie sind somit zu vergesellschaften.

Wenn in besonderen Fällen die Form des Staatsbetriebes zweckmäßiger erscheint, so sollen die vorstehenden Grundsätze der Anwendung dieser Form nicht entgegenstehen.

4. Eisenschaffende Großindustrie. Auch bei der eisenschaffenden Großindustrie ist der Weg der Vergesellschaftung zu beschreiten.

5. Das Genossenschaftswesen ist mit aller Kraft auszubauen und die Rechtsform der Stiftungen auch in wirtschaftlichem Bereich nachdrücklich zu fördern.

6. Die schon vor 1933 begonnene gesetzliche Kontrolle des Geld- und Bankwesens sowie des Versicherungswesens muß weiter ausgebaut werden.

7. Leistungsfähige Klein- und Mittelbetriebe sind um ihres volkswirtschaftlichen Wertes und ihrer sozialen Aufstiegsmöglichkeiten willen zu fördern. In Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe ist die private Unternehmertätigkeit zu erhalten und zu entwickeln.

8. Rechtmäßig erworbenes Eigentum, mit dem politischer Mißbrauch nicht getrieben wurde, ist im übrigen bei der Durchführung dieser wirtschaftlichen Neuordnung im Rahmen der allgemeinen Gesetze zu achten.

Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart, VI. Bd., Deutschland nach dem Zusammenbruch 1945. Hrsg. Johannes Hohlfeld, Berlin und München o. J., S. 204, 206/207.

32

Aus dem Gesetz zur Überführung von Konzernen und sonstigen wirtschaftlichen Unternehmen in Gemeineigentum, angenommen von der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 13. Februar 1947

Um die privatkapitalistische Unternehmungsmacht den Interessen der Gesamtheit und dem politischen Willen des Volkes unterzuordnen und die

Wirtschaft zu einem Instrument des Friedens und der Wohlfahrt des deutschen Volkes zu machen, hat die Stadtverordnetenversammlung zugleich als Anregung für eine entsprechende überregionale Regelung das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

1. Für die Vergesellschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmen und Betriebe werden, um den gesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Interessen zu dienen, zugunsten des deutschen Volkes enteignet und in Gemeineigentum übergeführt.

Für die Vergesellschaftung kommen insbesondere in Betracht:

a) Konzerne, d. h. durch Kapital oder sonstige Interessenverpflichtungen unter einheitlicher Leitung zusammengefaßte rechtlich selbständige Unternehmen;

b) Großunternehmen, d. h. Unternehmen, die eine wirtschaftliche überragende Stellung einnehmen;

c) Monopolunternehmen, d. h. Unternehmen, die in ihrem Produktions- und Marktbereich einen beherrschenden wirtschaftlichen Einfluß ausüben.

2. Die Enteignung umfaßt das gesamte in Groß-Berlin befindliche bewegliche und unbewegliche Vermögen, einschließlich aller Konzessionen, Patente, Lizenzen, Marken und ähnliche Rechte sowie alle Beteiligungen. Die Übernahme von Verbindlichkeiten wird im Einzelfall im Enteignungsverfahren nach den Grundsätzen von Recht und Billigkeit geregelt.

3. Über die Anteilsrechte und sonstigen Ansprüche ausländischer Berechtigter ist im Enteignungsverfahren gemäß den Interessen der deutschen Gesamtwirtschaft zu entscheiden.

4. Rechtshandlungen und Rechtsgeschäfte, die nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes vorgenommen werden und zur Umgehung dieses Gesetzes bestimmt oder geeignet sind, sind unwirksam.

5. Die Enteignung erfolgt in einem besonderen Verfahren nach näherer Bestimmung des Durchführungsgesetzes. Enteignungsbehörde ist der Magistrat. Gegen seine Entscheidung ist nur der Einspruch an einen besonderen Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung gegeben.

§ 2

1. Die Enteignung erfolgt gegen Entschädigung. Kriegsverbrecher und Naziaktivisten, die von einer auf Grund dieses Gesetzes ausgesprochenen Enteignung betroffen werden, erhalten keine Entschädigung.

2. Art und Höhe der Entschädigung werden nach Recht und Billigkeit festgesetzt.

3. Der Entschädigungsanspruch ruht bis zur gesamtdeutschen Regelung des inneren Lastenausgleichs. Ausnahmen in Härtefällen sind zulässig.

4. Soweit Anteilsrechte und sonstige Ansprüche ausländischer Berechtigter der Enteignung unterliegen, kann im Einzelfall eine besondere Regelung getroffen werden.

5. Entschädigungs-Feststellungsbehörde ist der Magistrat von Groß-Berlin.

6. Gegen die Entscheidung der Feststellungsbehörde, über Art und Höhe der Entschädigung oder deren Versagung kann der Betroffene Einspruch einlegen. Über den Einspruch entscheidet endgültig eine Spruchkammer, die nach näherer Vorschrift des Durchführungsgesetzes zu bilden ist.

§ 3

Bis zum Erlaß einer entsprechenden gesamtdeutschen Regelung übernimmt Groß-Berlin das Eigentum der auf Grund dieses Gesetzes enteigneten Unternehmen, Betriebe und sonstigen Vermögensgegenstände.

Berliner Zeitung,
15. Februar 1947.

33

Beschluß des Parteivorstandes der SED zur bevorstehenden Moskauer Außenministerkonferenz, 1. März 1947

Volksentscheid für die Einheit Deutschlands

Für eine gesamtdeutsche demokratische Regierung
Aufstieg durch Wirtschaftsplanung und Außenhandel
Für die Einheit der Arbeiterbewegung in ganz Deutschland

An das deutsche Volk!

Die Verhandlungen in Moskau über den Friedensvertrag mit Deutschland stehen unmittelbar bevor.

Diese geschichtliche Stunde fordert vom deutschen Volk, seinen eigenen Weg zu suchen und die demokratische Gestaltung Deutschlands eindeutig durchzuführen.

Die Aufspaltung Deutschlands in vier Besatzungszonen widerspricht dem Abkommen von Potsdam, das die Einheit Deutschlands und ein umfassendes Wirtschaftsprogramm vorsah. Das Zweizonenabkommen hemmt die restlose Vernichtung des Nazismus und Militarismus, erschwert die Demokratisierung, verhindert die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands und damit seine wirtschaftliche Gesundung Es verschlimmert so unsere Not.

Nur die nationale Einheit kann unser Volk aus den Ruinen, aus der Armut und dem Elend herausführen!

Warum aber ist die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands noch nicht geschaffen? Weil sich die reaktionären Kräfte, die deutschen Großkapitalisten und Großgrundbesitzer mit ihrem Anhang, hindernd in den Weg stellen. Sie fürchten, ihre Machtpositionen für immer zu verlieren.

Deshalb will die Reaktion die Zersplitterung Deutschlands.

Ausländisches Finanzkapital tritt gegen die Einheit Deutschlands auf, um den Erzeugnissen seiner Qualitätsarbeit den Zutritt zum Weltmarkt zu verwehren, die deutsche Wirtschaft der Kontrolle des ausländischen Monopolkapitals zu unterwerfen und so Deutschland in die kapitalistische Wirtschaft des Westens einzubeziehen.

Reaktionäre Kräfte in den bürgerlichen Parteien reden dem zersetzenden Partikularismus das Wort. Leider betreiben auch sozialdemokratische Führer in Bayern eine partikularistische oder in Schleswig und im Saargebiet sogar eine separatistische Politik. Die sozialdemokratische Führung vertritt zwar in Worten die Einheit Deutschlands, in der Praxis aber fördert sie durch ihre Zweizonenpolitik die Spaltung Deutschlands. Maßgebende, der Sozialdemokratischen Partei angehörende Regierungsvertreter betreiben ganz offen eine Politik, die versucht, sich der Verantwortung zu entziehen, die auf dem deutschen Volke lastet. Sie verhindern so, daß das Ausland wieder Vertrauen zu Deutschland gewinnt, und fügen dadurch dem deutschen Volke unberechenbaren Schaden zu. Sie bereiten jetzt eine Regierung für die amerikanische und englische Besatzungszone vor, um damit die Zerreißung Deutschlands endgültig zu besiegeln.

Ohne politische Einheit gibt es aber keine wirtschaftliche Einheit Deutschlands.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands fordert daher, daß das deutsche Volk in freier und geheimer Abstimmung über die Staatsform entscheiden soll.

In dieser Stunde höchster nationaler Gefahr müssen sich alle antifaschistisch-demokratischen und fortschrittlichen Kräfte zusammenschließen, um das deutsche Volk aus seiner nationalen Katastrophe herauszuführen. Die antifaschistisch-demokratischen Parteien in ganz Deutschland und die Gewerkschaften müssen zusammentreten, um einen gemeinsamen Ausschuß zu bilden für die Durchführung eines Volksentscheides über die Bildung des Einheitsstaates mit demokratischer Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden.

Das ganze Volk soll damit die Verantwortung für den zukünftigen staatlichen Aufbau Deutschlands übernehmen. Diese Entscheidung wird den Sieg über die Feinde der Einheit Deutschlands bringen.

Die nationale Einheit Deutschlands muß ihren Ausdruck in der Bildung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung finden.

Deutschland kann nur hoffen, in den Kreis der friedlichen Völker wieder aufgenommen zu werden, wenn es durch eine zentrale Regierung vertreten wird.

Zur Vorbereitung einer solchen Regierung fordert die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands die sofortige Bildung einer deutschen Zentralverwaltung.

Die bereits im Potsdamer Abkommen vom August 1945 vorgesehenen fünf zentralen Einzelverwaltungen für Finanzen, Transportwesen, Post, Industrie und Außenhandel sind nicht geschaffen worden. Die Entwicklung seit 1945 erfordert heute eine allgemeine deutsche Zentralverwaltung mit zusätzlichen Abteilungen für Wirtschaftsplanung, Landwirtschaft, Innenhandel, Arbeit und Sozialfürsorge, Volksbildung, Justiz, Volksgesundheit und allgemeine Verwaltung.

Diese deutsche Zentralverwaltung sollte auf Vorschlag der demokratischen Parteien, Gewerkschaften und anderen großen demokratischen Organisationen durch den interalliierten Kontrollrat errichtet werden.

Ein fühlbarer wirtschaftlicher Aufschwung in ganz Deutschland und die Überwindung der Krisen im Westen ist nur möglich, wenn die Zonengrenzen fallen und überall in Deutschland folgende Forderungen verwirklicht werden:

Restlose Säuberung der Verwaltung und des Wirtschaftsapparates von Naziaktivisten und Kriegsverbrechern!

Demokratische Bodenreform durch entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes mit über 100 Hektar und Zuteilung des Bodens an landarme Bauern, Landarbeiter und Umsiedler!

Entschädigungslose Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher und Überführung der Großbanken, aller Konzern-, Syndikats-, Kartell- und Trustbetriebe in öffentliches Eigentum!

Volles Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte!

Kontrolle der Produktion und der Verteilung der Produktion unter maßgebender Mitwirkung der Gewerkschaften!

Der Neuaufbau und die Überwindung der Not des Volkes erfordern eine umfassende Wirtschaftsplanung, um alle Teile der Wirtschaft aufeinander abzustimmen, Wirtschaftskrisen und Massenarbeitslosigkeit zu vermeiden sowie alle Kräfte der Wirtschaft rationell auszunutzen.

Ein einheitlicher Industrieplan müßte eine Steigerung der auf Grund der Potsdamer Beschlüsse vorgesehenen industriellen Erzeugung für den zivilen Bedarf um das Zwei- bis Dreifache ermöglichen. Nur so könnte die Versorgung der Bevölkerung gesichert und den Reparationsansprüchen genügt werden.

Ein einheitlicher Landwirtschaftsplan könnte die restlose Bodenbestellung sichern, die Ertragsfähigkeit steigern und den Wiederaufbau der Viehzucht fördern. Nur durch einen einheitlichen Ablieferungsplan würde die Volksernährung gesichert und der schwarze Markt wirksam bekämpft werden.

Ein einheitlicher Plan der Verteilung der Arbeitskräfte wird die zweckmäßige Verwendung der lebendigen Produktivkraft ermöglichen und den höchsten Nutzeffekt der Arbeit erzielen.

Im Zusammenhang mit der Produktionssteigerung muß eine Währungsreform nach sozialen Gesichtspunkten das gegenwärtige Währungschaos beseitigen und so eine Gesundung der Wirtschaft beschleunigen.

Deutschland kann nicht leben ohne Außenhandel. Durch Ausfuhr von Qualitätswaren muß die Einfuhr der fehlenden Rohstoffe und Lebensmittel ermöglicht werden.

Von der Qualitätsarbeit unserer Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler, einer sinnvollen wirtschaftlichen Förderung der Gewerbetreibenden, der Handwerker und Bauern hängt der künftige Wohlstand unseres Volkes ab.

Deutsche in Stadt und Land!

Die imperialistische Gewaltpolitik stürzte das deutsche Volk zweimal in Elend und Not! Nun muß endlich ein neuer Weg beschritten werden, der zu Frieden und Freiheit führt.

Die Verantwortung dafür liegt auf allen Schichten des Volkes, aber die Arbeiterschaft als die konsequenteste demokratische Kraft hat dabei besondere Verpflichtungen. Sie muß die Lehren aus der Vergangenheit ziehen und die Fehler vermeiden, die nach 1918 begangen worden sind.

Den Kampf um Deutschlands Einheit kann nur eine geeinte sozialistische Partei in ganz Deutschland erfolgreich bestehen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands in der sowjetischen Besatzungszone haben vor einem Jahr durch ihre Vereinigung zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und durch die seither von dieser Partei erzielten Erfolge bewiesen, daß ihr Weg richtig ist.

Zu gleicher Zeit ist die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den westlichen Besatzungszonen ergebnislos geblieben. Ihre Führung hat nichts aus der Vergangenheit gelernt. Sie lehnt jede Zusammenarbeit der Arbeiterparteien ab und vertieft damit und durch die Wiederholung der alten Koalitionspolitik die Spaltung der Arbeiterbewegung.

Die Koalitionspolitik beruht auf der Spaltung der Arbeiterbewegung und der Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die Forderungen der bürgerlichen Parteien.

Die Kommunistische Partei der westlichen Besatzungszonen konnte allein keine entscheidende politische Kraft entwickeln. Durch reaktionäre Wahlbestimmungen wurde sie in manchen Ländern von der politischen Mitwirkung überhaupt ausgeschaltet.

Der Neuaufbau Deutschlands auf demokratischer Grundlage kann nur gelingen, wenn auch in West- und Süddeutschland die Einigung der Arbeiter erfolgt und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands geschaffen wird.

Alle Kommunisten, Sozialdemokraten, sozialistisch und fortschrittlich gesinnten Menschen West- und Süddeutschlands, die für die Einheit der Arbeiterbewegung, für die Einheit Deutschlands, für den Sieg des Sozialismus sind, müssen gemeinsam die Schaffung der sozialistischen Einheit vorbereiten und sich auch in Süd- und Westdeutschland in der geeinten marxistischen Partei zusammenschließen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands muß und wird zur stärksten der Parteien in ganz Deutschland werden. Sie wird das schaffende Volk durch Einheit zum Sieg führen!

Das Bündnis zwischen Stadt und Land muß in ganz Deutschland Wirklichkeit werden. Nur in der Gemeinsamkeit der Arbeit liegt das Geheimnis für einen Neuaufbau unseres Vaterlandes. Die Arbeiterschaft kann ohne die Bauern ebensowenig leben wie die Bauern ohne die Arbeiterschaft.

Wir rufen die Arbeiter, Angestellten, Bauern, Gewerbetreibenden, Handwerker, die Techniker, Lehrer, Wissenschaftler und Kunstschaffenden auf zum Kampfbündnis für Demokratie, Frieden, Fortschritt und die Einheit Deutschlands.

Die vom Monopolkapitalismus und seinem Hitlerregime heraufbeschworene Katastrophe hat die bisherige Lebensgrundlage des deutschen Volkes zerstört. Wir wollen ein neues Leben gestalten! Wir strecken die Hand jedem entgegen, der dabei ehrlich mithelfen will.

In einer demokratischen Ordnung können auch die nominellen Mitglieder der Hitlerpartei in ein normales Leben eingegliedert werden, wenn sie aktiv am Neuaufbau teilgenommen haben und ehrlich bestrebt sind, mit ihrer Vergangenheit zu brechen. Es darf nicht sein, daß man die Kleinen hängt und die Großen laufen läßt. Darum müssen die Hauptschuldigen am Faschismus und Krieg unnachsichtlich bestraft werden. Keine Gnade den Totengräbern Deutschlands und ihren Hintermännern.

Die Neugestaltung der deutschen Zukunft ist nur möglich durch die Mobilisierung aller aufbauwilligen demokratischen Kräfte des schaffenden Volkes, durch die Zusammenfassung der Arbeiterschaft in der großen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Alles für die Einheit der deutschen Nation!

Darum:

Volksentscheid über ein einheitliches Deutschland. Sofortige Einsetzung einer gesamtdeutschen Zentralverwaltung. Baldmögliche Bildung einer zentralen Regierung für Deutschland. Es lebe die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung!

Der Parteivorstand
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
Wilhelm Pieck Otto Grotewohl

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes.
Hrsg. vom Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. I,
Berlin 1952, S. 162–167.

34

Schreiben der französischen Militärregierung an den Präsidenten des Staatssekretariats Baden vom 11. April 1947

Gouvernement Militaire
en Allemagne
Pays de Bade

Direction des Affaires Administratives
No. 4653 DAA/INT

Fribourg, le 11. IV. 1947
Js/LK

Le Commissaire de la République
Délégué Supérieur pour le
Gouvernement Militaire du Pays
de Bade

an
den Herrn Präsidenten des
Staatssekretariats Baden

Ich beehre mich, Sie daran zu erinnern, daß die Vorschriften, die den politischen Rednern verbieten, in öffentlichen Versammlungen die Fragen der deutschen Einheit und der künftigen Regierung zu behandeln, in vollem Umfang in Kraft bleiben.

Daher bitte ich Sie, die Ihnen unterstellten Dienststellen hiervon in Kenntnis zu setzen.

i. V.
le Directeur des Affaires Administratives
P. I.
Unterschrift

Abschrift.
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin,
Zentrales Parteiarchiv, G 34/18.

35

Entschließung zur Politik der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Lage, angenommen vom 2. Kongreß des FDGB vom 17. bis 19. April 1947

Fast zwei Jahre sind nach dem Zusammenbruch der Naziherrschaft vergangen. Das deutsche Volk leidet unter den katastrophalen Folgen, die durch die Naziherrschaft verursacht wurden, bittere Not. Diese Not konnte nicht fühlbar beseitigt werden, weil die Herstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit noch nicht verwirklicht wurde. Nach wie vor ist Deutschland in vier Zonen und Berlin in vier Sektoren geteilt.

Diese Zonengrenzen machen ein gemeinsames Vorgehen gegen die Not unmöglich, erschweren die gemeinsame Vernichtung der Reste des Faschismus und erschweren die Demokratisierung Deutschlands.

Die Arbeiterschaft hat in den letzten zwei Jahren beim Wiederaufbau der demokratischen Ordnung starke Positionen errungen, die nunmehr zielbewußt ausgebaut werden müssen. In einem Drittel unseres Landes sind die Junker und Träger des Monopolkapitalismus entmachtet, sind die Unternehmerorganisationen verboten, sind die Grundlagen für den Aufbau einer demokratischen Wirtschaft, die von Wirtschaftsorganen des Volkes planmäßig geleitet wird, gelegt. Das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften ist gesichert. Die Arbeiterschaft übernahm die Führung bei der Schaffung neuer Grundlagen für die Demokratisierung und eine friedliche Entwicklung.

Die Delegierten begrüßen, daß die Gewerkschaftsbewegung der anderen Zonen jetzt gleichfalls energischer das Mitbestimmungsrecht fordert und um dieses Mitbestimmungsrecht zielbewußte Kämpfe führt, daß unter Führung der Gewerkschaften die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien erstrebt wird. Der Weltgewerkschaftsbund hilft den deutschen Gewerkschaften in ihrem Kampf gegen die Not und für eine bessere soziale Ordnung.

Gegen die Positionen der Gewerkschaften führen die reaktionären Kräfte in Deutschland einen beharrlichen Kampf. Junker und Monopolisten, die in einigen Gebieten noch Schlüsselpositionen innehaben, wehren sich gegen diese Entwicklung mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln. Sie wollen die Erhaltung des kapitalistischen Systems, das uns durch zwei Weltkriege in furchtbare Katastrophen führte. Diese alten Mächte führen offen den Kampf gegen die Auflösung der Kartelle und Konzerne. Mit Unterstützung ausländischer Gruppen des Finanz- und Monopolkapitals wünschen sie die föderalistische Zerstückelung Deutschlands, weil sie befürchten, daß durch die Einheit Deutschlands eine schnellere demokratische Entwicklung verwirklicht wird, in der sie ihre früheren Privilegien verlieren könnten. Sie arbeiten zielbewußt daran, daß sich das alte Spiel

von 1918 wiederholen möge, um durch eine Zersplitterung der demokratischen Kräfte der deutschen Arbeiterschaft und der Gewerkschaften jeden Fortschritt zu verhindern und die Erhaltung des kapitalistischen Systems zu verwirklichen.

Daran hindert sie die geschaffene Gewerkschaftseinheit!

Die Delegierten des FDGB fordern die Durchführung von Maßnahmen, die geeignet sind, die Existenz des deutschen Volkes zu sichern und die Lage zu erleichtern.

Hierzu gehören:

1. Die Herstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands und die Errichtung einer gesamtdeutschen Regierung, an deren Bildung die Gewerkschaften beteiligt sein müssen;

2. Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Großbanken;

3. Kontrolle der Produktion und volles Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in der Wirtschaft;

4. die Erhöhung der Industrieproduktion Deutschlands für den friedlichen Bedarf um das Zwei- und Dreifache des vom Kontrollrat vorgesehenen Umfangs, um die Versorgung des deutschen Volkes zu verbessern und um die Reparationsansprüche erfüllen zu können;

5. die Aufstellung eines einheitlichen Industrieplanes zur Organisierung und Steigerung der Produktion in ganz Deutschland;

6. Durchführung einer demokratischen Bodenreform auf der Grundlage der entschädigungslosen Enteignung des Großgrundbesitzes über 100 Hektar;

7. die Aufstellung eines einheitlichen Landwirtschaftsplanes zur restlosen Bebauung der landwirtschaftlichen Nutzflächen sowie die Aufstellung eines einheitlichen Ablieferungsplanes für landwirtschaftliche Erzeugnisse;

8. die Aufstellung eines Export- und Importplanes, die Eingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft zur Sicherung der wirtschaftlichen Selbständigkeit Deutschlands;

9. die Durchführung einer einheitlichen Währungsreform für ganz Deutschland nach erfolgter wirtschaftlicher und politischer Einheit.

Diese Ziele können nur erreicht werden, wenn das deutsche Volk unabhängig von den Interessen äußerer Kräfte, seinen eigenen Weg um die Gestaltung Deutschlands sucht.

Für die künftige Entwicklung Deutschlands trägt das deutsche Volk selbst die Verantwortung. Die Gewerkschaften als die wirtschaftliche Organisation der Werktätigen haben dabei eine besondere Verpflichtung. Sie müssen aus den Fehlern der Vergangenheit die erforderlichen Lehren ziehen, um in der Lage zu sein, jetzt in dieser entscheidenden Wende der Entwicklung Deutschlands ihre Aufgaben zu erfüllen. Der Zusammen-

schluß der Gewerkschaften in ganz Deutschland ist ein entscheidender Schritt für die Schaffung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands.

Protokoll des 2ten Kongresses
des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes.
Hrsg. vom Bundesvorstand des FDGB (sowjetisch besetzte Zone),
o. O. 1947, S. 219/220.

36

Aus den Beschlüssen der IV. Interzonenkonferenz der Gewerkschaften in Garmisch-Partenkirchen vom 6. bis 8. Mai 1947

[Entschließung zum Friedensvertrag]

Die IV. Interzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften hat zu den Ergebnissen der Moskauer Konferenz Stellung genommen. Sie ist sich bewußt, welche schicksalhafte Bedeutung der künftige Friedensschluß für Deutschland haben wird. Ohne die Schwierigkeiten, die in der Lösung des deutschen Friedensproblems liegen, zu verkennen, und ohne zu übersehen, daß durch die Moskauer Beratungen der Außenminister wichtige Ergebnisse in der Vorbereitung des Friedensvertrages erreicht worden sind, müssen die Repräsentanten der deutschen Gewerkschaftsbewegung jedoch die dringende Bitte äußern, daß der Frieden nicht mehr allzulange auf sich warten läßt. Der durch die beispiellos verbrecherische Kriegsführung Hitlers entstandene chaotische Zustand ist nicht überwunden, und das deutsche Volk leidet weiterhin große Not.

Zwei Jahre nach dem Zusammenbruch gibt es noch Zonengrenzen, die die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands bisher unmöglich gemacht haben. Eine deutsche Regierung, die die berechtigten nationalen Interessen des Volkes wahrzunehmen hätte, besteht noch nicht. Die Moskauer Konferenz hat keine Klarheit geschaffen, wie völkerrechtlich und staatsrechtlich der Frieden für ein Volk wirksam gemacht werden soll, dessen Souveränitätsrechte durch die Besatzungsmächte ausgeübt werden. Die Konferenz begrüßt die Bemühungen, dem deutschen Volk eine vorläufige Repräsentation zu geben, bis die auf der Moskauer Konferenz in Aussicht genommenen zentralen Regierungsorgane gebildet werden können. Die Vorarbeiten für den Friedensvertrag und die Aufgaben der inneren Neuordnung lassen eine derartige Zwischenlösung als notwendig erscheinen. Neben den in Moskau bereits erörterten künftigen deutschen Zentralverwaltungen wird von den Gewerkschaften auch eine solche für Arbeit und Sozialwesen für unbedingt erforderlich gehalten.

Der Friedensvertrag bestimmt für lange Zeit das Leben des deutschen

Volkes. Die Konferenz ist der Meinung, daß das deutsche Volk Gelegenheit haben muß, seine Stimme zu Gehör zu bringen, indem auch Vertreter der Gewerkschaften vor den Außenministern der Mächte zu Wort kommen.

Die Konferenz ist sich der großen Verantwortung der Gewerkschaften für eine stabile demokratische Entwicklung in Deutschland bewußt. Im Vertrauen auf einen Friedensvertrag, der dem deutschen Volke neue Lebensmöglichkeit gibt, anerkennen die Gewerkschaften die Verpflichtung zur weitestmöglichen Wiedergutmachung der durch den nazistischen Krieg anderen Völkern zugefügten Schäden. Die Voraussetzung hierfür ist der Aufbau einer den Bedürfnissen des deutschen Volkes und der Erfüllung der Reparationen dienenden Volkswirtschaft.

Die Gewerkschaften bekennen sich erneut zur baldigen Schaffung eines einheitlichen unteilbaren Deutschlands.

[Entschließung zur Neugestaltung der Wirtschaft]

Das deutsche Volk leidet zwei Jahre nach dem Zusammenbruch der Naziherrschaft unter den katastrophalen Folgen, die durch sie verursacht wurden. Als die größte Massenorganisation im deutschen Volke sind sich die Gewerkschaften ihrer besonderen Verantwortung für den Wiederaufbau des neuen demokratischen Deutschlands bewußt. Daraus ergibt sich für sie Recht und Verpflichtung, ihre Auffassung und auch Forderungen zum Ausdruck zu bringen. Dieses neue Deutschland muß auf gesichertem demokratischem Fundament erbaut werden und der Welt Garantie für ein friedliches Zusammenleben mit den anderen Völkern bieten. Das deutsche Volk darf sich der Pflicht nicht entziehen, nach Maßgabe seiner Kräfte und Mittel die von der Nazigewaltherrschaft in der Welt angerichteten Schäden wiedergutmachen zu helfen. Die Gewerkschaften machen aber darauf aufmerksam, daß für die Sicherung der Demokratie und des Friedens ausreichende Lebensmöglichkeiten und eine soziale, dauernde Befriedung aller Schaffenden die wichtigsten Voraussetzungen sind.

Um diese Voraussetzungen in Deutschland zu schaffen, müssen die ökonomischen und sozialen Verhältnisse neu geordnet werden. Dazu gehören:

1. Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, der baldigst die politische folgen muß.

2. Aufbau eines Systems geplanter und gelenkter Wirtschaft. Vergesellschaftung der für die Lenkung der Gesamtwirtschaft wichtigen Schlüsselindustrien, Kredit- und Versicherungsinstitute.

3. Errichtung eines zentralen deutschen Amtes für Wirtschaftsplanung und -lenkung und Aufbau eines Systems von Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung. In diesen Organen sowie bei der Kontrolle des zentra-

len Amtes müssen die Gewerkschaften in voller Gleichberechtigung vertreten sein.

4. Die Erhöhung der Industrieproduktion Deutschlands für den friedlichen Bedarf über den vom Kontrollrat vorgesehenen Umfang hinaus, um die Versorgung des deutschen Volkes zu verbessern und die Wiedergutmachungsansprüche erfüllen zu können. Die Demontage von Industrieanlagen, die hierzu dienen können, muß eingestellt werden.

5. Die Aufstellung und Durchführung eines Export- und Importplanes sowie die Eingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft mit dem Ziele, die wirtschaftliche Selbständigkeit Deutschlands wiederherzustellen. Größere Auslandskredite für Rohstoffe und Lebensmittel sind auf absehbare Zeit dazu notwendig.

6. Die Durchführung einer Bodenreform in Verbindung mit der Aufstellung eines einheitlichen Landwirtschaftsplanes zur restlosen Bebauung und besseren Ausnutzung der landwirtschaftlichen Nutzflächen. Die Mitwirkung von Selbstverwaltungsorganen der Landwirtschaft unter angemessener Beteiligung der Gewerkschaften ist dabei sicherzustellen. Die Erfassung der für die Volksernährung notwendigen Agrarprodukte muß nach einem einheitlichen Ablieferungsplan mit einer durchgreifenden Kontrolle der Durchführung gewährleistet werden.

7. Die Durchführung einer einheitlichen Währungs- und Finanzreform für ganz Deutschland nach erfolgter wirtschaftlicher Einheit. Mit der Reform müssen ein gerechter Lastenausgleich unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlich Schwachen sowie eine tiefgreifende progressive Vermögensabgabe verbunden werden, Sachwerte und Geldvermögen sind dabei gleichzustellen.

Die Interzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften sieht mit Besorgnis, daß die am Hitlerregime und dem Krieg hauptverantwortlichen reaktionären und militaristischen Kräfte, die im Monopolkapitalismus und der Verwaltung verankert waren, ihre Position zum Teil halten bzw. versuchen, sie zurückzugewinnen. Daher ist die sofortige Durchführung der von den Gewerkschaften gestellten Forderungen eine zwingende Notwendigkeit.

Die Gewerkschaften, die sich für den Frieden und den demokratischen Neuaufbau Deutschlands besonders verantwortlich fühlen und einsetzen, müssen durch ihren Zusammenschluß in ganz Deutschland zu einer einheitlichen Kraft werden.

Albert Behrendt: Die Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften. Der Kampf des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes um eine fortschrittliche deutsche Gewerkschaftspolitik auf den Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften, Berlin 1963, S. 434–437.

37

Erklärung der Arbeitsgemeinschaft SED/KPD zur Ministerpräsidenten-Konferenz in München, abgegeben am 12. Juni 1947

Das negative Ergebnis der Ministerpräsidenten-Konferenz in München ist darauf zurückzuführen, daß es die Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszonen abgelehnt haben, zur Lebensfrage unseres Volkes, zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, Stellung zu nehmen.

Ohne die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands kann weder die Kohlenfrage noch die Lebensmittelfrage gelöst oder die Organisierung des Exports und Imports mit Erfolg durchgeführt werden.

Da die Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszonen nicht die notwendige Unabhängigkeit hatten, eine schon festgesetzte Tagesordnung zu ändern, unterblieb der Meinungsaustausch über die Bildung einer deutschen zentralen Verwaltung als Vorbereitung einer künftigen deutschen Regierung.

Die tieferen Hintergründe der starren Ablehnung einer Stellungnahme zu den Fragen der Einheit Deutschlands stehen offenkundig im Zusammenhang mit den Bestrebungen der Kräfte des westlichen Monopolkapitals, Deutschland in Bundesstaaten zu zergliedern, um die westlichen und südlichen Gebiete Deutschlands in einen Westblock zu pressen. Der Vorschlag von Herrn Churchill auf Bildung selbständiger deutscher Bundesstaaten, die sich einem westeuropäischen Staatenblock eingliedern, sowie die Vorschläge von Expräsident Hoover auf Bildung einer Regierung für die englische und amerikanische Besatzungszone zum Abschluß eines Separatfriedens zeigen die wahren Absichten starker Kräfte des westlichen Monopolkapitals. Daß es bei der Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz um den Versuch ging, fertige Tatsachen im Sinne einer bundesstaatlichen Aufgliederung zu schaffen, wird dadurch bestätigt, daß die Vorschläge der Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone auf Teilnahme der Parteien und Gewerkschaften schroff abgelehnt wurden.

Herr Dr. Ehard war zu keinerlei Verhandlungen über diese Vorschläge bereit, weil er die Ministerpräsidenten-Konferenz als ersten Schritt auf diesem Wege zur bundesstaatlichen Zergliederung Deutschlands betrachtete. Diesem Zwecke sollte auch die beabsichtigte Schaffung eines Sekretariats der Ministerpräsidenten als ständige Einrichtung dienen.

Die Münchener Konferenz hätte dem deutschen Volke nur einen Nutzen bringen können, wenn die dort vertretenen Ministerpräsidenten von Beginn an eindeutig gegen jede bundesstaatliche Zerreißung Deutschlands, gegen die Schaffung des Zwei-Zonen-Wirtschaftsrates und für die Verständigung zwischen den demokratischen Parteien, Gewerkschaften und den anderen großen demokratischen Organisationen für die Bildung einer zen-

tralen deutschen Verwaltung eingetreten wären. Statt dessen ist durch die Münchener Konferenz nicht mehr erreicht worden als die Annahme von elf Resolutionen an den Interalliierten Kontrollrat.

Die Arbeitsgemeinschaft SED/KPD begrüßt daher, daß die Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone diesen Kardinalpunkt an den Anfang der Konferenz stellen wollten. Sie haben mit der Forderung, die Einheit Deutschlands auf die Tagesordnung zu setzen, im gesamtdeutschen Interesse gehandelt. Sie verließen die Konferenz, nachdem sie erkannt hatten, daß bei Abwicklung der unabänderlichen Tagesordnung eine Enttäuschung und keine Hilfe für das deutsche Volk zu erwarten stand und ihre Anwesenheit nur noch zur Tarnung föderalistischer Pläne benutzt worden wäre.

Wir halten die Auffassung der Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone für richtig, daß die Parteien, Gewerkschaften und die anderen großen demokratischen Organisationen berufen sind, gesamtdeutsche Interessen zu vertreten, weil ihre politische Orientierung auf gesamtdeutsche und nicht auf einzelne Länderinteressen, wie das bei den Ministerpräsidenten der Fall ist, abgestellt ist. Solange es kein gesamtdeutsches Parlament gibt, sind die Parteien und Gewerkschaften berufen, zur Herstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit das deutsche Volk zu einer einheitlichen Willenskundgebung zu führen.

Die Arbeitsgemeinschaft SED/KPD erklärt ihre Zustimmung zu den nachfolgenden drei Hauptforderungen der Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone über den Kampf gegen die Wintersnot:

1. Erhöhung der Kohlenproduktion und Beschaffung von Brennstoffen unter Ausnutzung aller örtlichen Möglichkeiten, wie Torf, Holz, Kohlenschiefer usw.

Das erfordert jedoch die Überführung der Bergwerksbetriebe in die Hände des Volkes, damit der Arbeiter und der Ingenieur weiß, daß er nicht mehr für die Konzernherren arbeitet, die Hitler zur Macht verholfen haben. Gleichzeitig ist durch die Kontrolle der Gewerkschaften und der parlamentarischen Ausschüsse eine gerechte Verteilung der Brennstoffe zu gewährleisten.

2. Zur Verbesserung der Ernährung unseres Volkes ist eine restlose Erfassung der Ernte mit Hilfe von landwirtschaftlichen Ausschüssen in Ländern, Kreisen und Gemeinden, denen demokratisch gesinnte Arbeiter, Bauern und Bürger angehören, dringend geboten.

An die Stelle einer improvisierten Wirtschaft muß der geordnete, planmäßige Aufkauf der landwirtschaftlichen Produkte unter gleichzeitiger Lieferung von Bedarfsartikeln an die Bauern treten. Durch die Schaffung von Verbraucher- oder Ernährungsausschüssen in allen Gemeinden und Betrieben ist eine gerechte Verteilung zu sichern, weil auf diesem Wege

auch dem Schwarzhandel wirksam begegnet werden kann. Zur Verbesserung der Ernährungslage ist weiter notwendig, schon jetzt den Anbauplan für das nächste Jahr so auszuarbeiten, daß jedes Stück anbaufähigen Bodens voll ausgenutzt wird. Durch eine demokratische Bodenreform in ganz Deutschland muß die Ernährungsbasis verstärkt und die Sabotage durch Großgrundbesitzer und faschistische Gutsverwalter beseitigt werden.

3. Neben der Ernährung steht die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Bedarfs- und Haushaltsgegenständen im Vordergrund. Das gilt besonders für die Umsiedler und die Bombengeschädigten.

Eine Erhöhung der Produktion ist nur möglich, wenn die bescheidenen Rohstoffmengen richtig, das heißt planmäßig bewirtschaftet und nur solche Waren hergestellt werden, für die ein dringendes Bedürfnis des Volkes vorliegt. Um den egoistischen Interessen einer kleinen Gruppe von Konzernherren, die zum großen Teil auch heute noch die Verantwortlichen für die wirtschaftliche Not sind, entgegenzuwirken, ist es erforderlich, die Konzernherren und solche Unternehmer, die aktive Nazisten und Kriegsverbrecher waren, zu enteignen und ihre Betriebe in die Hände des Volkes überzuführen. Für die gerechte Verteilung der Waren ist die maßgebliche Einschaltung der Betriebsräte und Gewerkschaften unerläßlich. Der Schlüssel zur Behebung der Not liegt in der Schaffung der deutschen zentralen Verwaltung und in der vollen Entfaltung der Volkskontrolle der deutschen Wirtschaft.

Die Arbeitsgemeinschaft SED/KPD wird alles tun, um gemeinsam mit den Parteien, Gewerkschaften und anderen demokratischen Organisationen diese Forderungen in die Tat umzusetzen. Sie fordert deshalb dazu auf, Verbraucher- oder Ernährungsausschüsse in den Städten und Bauernausschüsse in den Dörfern zu bilden, die aus den demokratischen Organisationen und Betriebsvertretungen bestehen und die es übernehmen, für die gerechte Verteilung der Waren, insbesondere der Lebensmittel, der Kohle und der Gebrauchsgüter Sorge zu tragen.

Die Absichten des westlichen Monopolkapitals, wie sie insbesondere durch die Pläne Churchills und Hoovers zum Ausdruck kommen, treffen sich mit der Politik der deutschen Konzern- und Bankherren und sind auf die Zerreißung Deutschlands gerichtet.

In allen Betrieben, Orten und Massenorganisationen muß das schaffende Volk seine Stimme gegen diese drohende Gefahr und für die baldige Wiederherstellung der Einheit Deutschlands erheben.

Unser Volk möge klar zum Ausdruck bringen, daß über den Neuaufbau Deutschlands das deutsche Volk selbst in geheimer Volksabstimmung entscheiden will.

Angesichts der Notwendigkeit, das deutsche Volk aus Elend und Not

herauszuführen und eine glücklichere Zukunft vorzubereiten, gibt es nur eine Parole: Mit aller Kraft für die Einheit Deutschlands!

Die Arbeitsgemeinschaft SED/KPD
Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Max Fechner, Walter Ulbricht, Franz Dahlem, Erich W. Gniffke, Käthe Kern, Elli Schmidt, Max Reimann, Gustav Gundelach, Hanna Melzer, Kurt Müller, Albert Buchmann, Fritz Sperling, Walter Fisch, Erika Buchmann, Fritz Nickolay, Otto Niebergall

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes.
Hrsg. vom Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. I, Berlin 1952, S. 200–203.

38
Stellungnahme des Zentralsekretariats des Parteivorstandes der SED zum Marshall-Plan vom 23. Juli 1947

Nach dem Abschluß der Pariser Konferenzen häufen sich die Erklärungen amerikanischer und englischer Staatsmänner über eine voraussichtliche Dollarhilfe für den Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft. Bei diesen Versprechungen spekuliert man auf die in weiten Kreisen unseres Volkes vorhandenen Stimmungen, nur schnellstens die wirtschaftliche Not zu beheben, ohne daß sich das notleidende Volk Gedanken über die weiteren Auswirkungen einer solchen Hilfe auf die Zukunft Deutschlands macht. Hinzu kommt der irrtümliche Glaube, daß es nur der Zustimmung zu einer solchen Hilfe von deutscher Seite bedarf, um sofort eine unmittelbare Verbesserung unserer Lebenshaltung und eine rasche Belebung unserer Wirtschaft herbeizuführen. Es wird übersehen, daß ein genauer Plan über die Hilfe überhaupt noch nicht besteht und daß erst der im nächsten Frühjahr tagende amerikanische Kongreß über die Gewährung einer Hilfe entscheiden wird.

Welche Bedeutung hat nun die in Aussicht gestellte Hilfe für die Zukunft unseres Volkes?

I. Der amerikanische Monopolkapitalismus, der gestärkt aus dem Kriege hervorging, ist heute bestrebt, die ihm drohende Wirtschaftskrise durch die Erschließung neuer Märkte und durch die Festigung alter Märkte mittels der Gewährung staatlicher Anleihen zu verhindern. Diese Anleihen führen aber erfahrungsgemäß zur Einmischung in die Souveränität der die Anleihen nehmenden Länder und zu einer Unterordnung ihrer Wirtschaft und Politik unter die Interessen amerikanischer Monopole.

II. Es ist schon jetzt klar erkennbar, daß Deutschland ebenfalls seine

Zukunft um den Preis der Anleihe verkaufen soll. Das Ruhrgebiet soll die Hauptbasis der amerikanischen Wirtschaftspolitik in Europa werden und dem deutschen und sogar dem britischen und französischen Einfluß entzogen werden. Die Ruhrindustrie soll von den Vertretern amerikanischer Monopole gelenkt werden. Eine Anleihe für den Wiederaufbau des Ruhrgebiets wird an die Bedingung geknüpft, daß keine Verstaatlichung stattfindet.

III. Das deutsche Volk hat schon einmal die bittersten Erfahrungen mit der amerikanischen Anleihepolitik gemacht. Nach dem ersten Weltkrieg dienten die amerikanischen Privatanleihen dazu, den Sozialisierungsgedanken in der deutschen Arbeiterschaft zu ersticken, die Macht der deutschen Schwerindustrie und Kohlenbarone zu stärken und die Industrie wieder unter ihre Herrschaft zu bringen. Diese Anleihepolitik endete in Krise, Faschismus und Krieg.

IV. Die Auswirkungen der neuen amerikanischen Anleihepolitik werden noch ebenso verhängnisvoll, wenn nicht schlimmer sein. Der industrielle Westen Deutschlands wird in einen den Frieden bedrohenden Westblock eingegliedert. Die Macht der deutschen Konzernherren bleibt erhalten. Statt einer deutschen Friedenswirtschaft entsteht ein neues Herrschaftszentrum reaktionärer und kriegslüsterner Elemente. An die Stelle des Mitbestimmungsrechts der Arbeiterschaft am Aufbau der Wirtschaft tritt die Lohnsklaverei zugunsten ausländischer und deutscher Monopolkapitalisten.

V. Der Aufbau der deutschen Industrie mit Hilfe amerikanischer Anleihen darf nicht dazu dienen, deutschen Monopolherren die Gelegenheit zu geben, die Industrie erneut zu Kriegszwecken zu mißbrauchen. Das deutsche Volk muß selbst seine eigenen Kräfte anspannen, um die friedlichen Zwecken dienende Wirtschaft aufzubauen, um den Lebensbedarf des deutschen Volkes zu decken, um den Export deutscher Qualitätswaren wieder zu entwickeln und die Erfüllung der Wiedergutmachungsverpflichtungen sicherzustellen. Diese Entwicklung ist aber nur möglich, wenn Schluß gemacht wird mit der willkürlichen Zerreißung des deutschen Wirtschaftskörpers durch die bizonale Politik. Ein einheitliches demokratisches Deutschland mit einer gesamtdeutschen Regierung begrüßt jede ausländische Hilfe in Form kurzfristiger Kredite für die Bezahlung von Lebensmitteln und Rohstoffen, sofern diese Hilfe weder die demokratische Entwicklung Deutschlands gefährdet noch Deutschland in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von ausländischen Kapitalmächten bringt.

VI. Das deutsche Volk muß wie alle übrigen Völker den Weg zu einem besseren Leben aus eigener Kraft suchen und finden. Das wird ihm um so eher gelingen, je rascher die wirtschaftliche und politische Einheit Deutsch-

lands hergestellt wird. Insbesondere bedarf es dazu folgender Maßnahmen:

1. Die sofortige Freigabe eines umfassenden Interzonenverkehrs und die Bildung gesamtdeutscher zentraler Verwaltungen für die wichtigsten Wirtschaftszweige. Notwendig ist die alsbaldige Rechnungslegung über die bisherigen Reparationsleistungen und die Festsetzung eines für das deutsche Volk tragbaren Verhältnisses zwischen Reparationsleistungen und Deckung des eigenen Bedarfs.

2. Es muß Schluß gemacht werden mit der Politik der Loslösung der westdeutschen Wirtschaft von dem übrigen Deutschland.

3. Weitere Demokratisierung des deutschen Wirtschaftslebens durch Beseitigung der Macht der Konzernherren und Großgrundbesitzer, durch Enteignung und Verstaatlichung der Betriebe der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten und durch Verwirklichung des vollen Mitbestimmungsrechts der Werktätigen in allen Bereichen der deutschen Wirtschaft.

Sofortige Inangriffnahme eines gesamtdeutschen Wirtschaftsplanes mit dem Ziel einer Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge und ihrer gerechten Erfassung und Verteilung, einer raschen Produktionszunahme in den Grundstoffindustrien, einer systematischen Förderung aller Gebrauchsgüterindustrien und einer wirkungsvollen Ausschaltung des schwarzen Marktes und Schiebertums.

Das deutsche Volk blickt mit großer Erwartung auf die Erfüllung der ihm durch die Potsdamer Beschlüsse von allen Alliierten gegebenen Versprechungen und hofft, daß die kommende Londoner Tagung der Außenminister eine Verständigung über den dem deutschen Volke zu gewährenden Friedensvertrag bringt und damit die Voraussetzung schafft, daß ein einheitliches demokratisches Deutschland entsteht. Eine besondere Verantwortung dafür tragen die antifaschistisch-demokratischen Parteien des deutschen Volkes, die sich in einer gesamtdeutschen Beratung verständigen müssen, um die Stimme des deutschen Volkes auf der Londoner Konferenz zu Gehör zu bringen. Durch einen Volksentscheid ist dem deutschen Volke selbst die Möglichkeit zu geben, über die Einheit Deutschlands zu entscheiden. Dieses Deutschland wird in der Lage sein, einen wesentlichen Beitrag zum Wiederaufbau der demokratischen Länder Europas und damit zur Sicherung des Friedens zu leisten.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes.
Hrsg. vom Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. I,
Berlin 1952, S. 207–209.

39

Aus der Entschließung zur politischen Lage, angenommen auf dem II. Parteitag der SED am 24. September 1947

2. Der Kampf um die Einheit der Arbeiterbewegung und die Zusammenarbeit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte

Das deutsche Volk muß in seinem Bestreben, die Katastrophe zu überwinden und sich ein besseres Leben aufzubauen, von seinen eigenen Interessen ausgehen. Es muß dabei die Lehren aus seiner Vergangenheit ziehen. Die wichtigste Lehre aus dieser Vergangenheit ist: Die Fehler von 1918 dürfen nicht wiederholt werden ...

Die Spaltung der Arbeiterbewegung muß überwunden werden ...

Die Einheit der Arbeiterbewegung im Westen, die von der Arbeitsgemeinschaft SED/KPD vorbereitet wird, kann durch Verfolgungen und Verbote wohl gehemmt, aber nicht verhindert werden. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands weiß, daß die Einheit der Arbeiterbewegung der tiefsten Sehnsucht der Massen entspricht. Sie wird dieses Werk vollenden – um der deutschen Arbeiter, um des deutschen Volkes willen. Die Einheit der Arbeiterbewegung ist das kostbarste Gut der Arbeiterklasse, für das wir bis zum letzten kämpfen. Darum wird auch jeder Versuch sozialdemokratischer Führer scheitern, die geeinte Arbeiterbewegung in der sowjetischen Besatzungszone wieder zu spalten.

Die Blockpolitik sichert den demokratischen Neuaufbau.

Die gegenwärtige Aufgabe der geeinten Arbeiterbewegung ist der demokratische Neuaufbau der Verwaltung, der Wirtschaft und des kulturellen Lebens. Diese Aufgabe kann nur durch die Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes gelöst werden. Darum setzt die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands unermüdlich diese Zusammenarbeit fort. Entgegen allen Verdächtigungen lehnt die SED jede Alleinherrschaft ab. Sie vertritt nach wie vor die Auffassung, daß alle fortschrittlichen Kräfte gemeinsam die Verantwortung für den Neuaufbau Deutschlands tragen müssen. Sie bekämpft jedoch die alte Koalitionspolitik, die unserem Volk schon so viel Unheil gebracht hat. Dem parlamentarischen Spiel der Parteiführer, mit wechselnden Mehrheiten zu regieren und die Selbstbestimmung des Volkes zu mißachten, setzt die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands eine neue Art von Zusammenarbeit gegenüber: die antifaschistisch-demokratische Blockpolitik.

Die Blockpolitik unterscheidet sich grundsätzlich von der Koalitionspolitik. Koalitionspolitik erwächst aus der Spaltung der Arbeiterbewegung, sie schwächt die Kräfte der Arbeiterklasse. Die Blockpolitik dagegen beruht auf der Einheit der Arbeiterbewegung; sie stärkt die Kraft der Arbeiterklasse. Die Blockpolitik entfaltet die Tatbereitschaft und Mit-

wirkung der Volksmassen, auch außerhalb der Parlamente. Die Koalitionspolitik schaltet das Volk aus und beschränkt sich auf die Parlamentsarbeit.

Die Blockpolitik darf daher nicht auf die Zusammenarbeit der antifaschistisch-demokratischen Parteien beschränkt bleiben, sondern muß auch die demokratischen Massenorganisationen umfassen. Die Volksmassen sollen ständig an der demokratischen Neugestaltung teilhaben und nicht nur bei den Wahlen zu den Volksvertretungen mitwirken. Nur die stete Bereitschaft aller fortschrittlichen Kräfte, für die Sicherung der Demokratie zu kämpfen, gewährleistet die demokratische Entwicklung aller antifaschistischen Parteien. Die Blockpolitik gibt dadurch den fortschrittlich Gesinnten in den bürgerlichen demokratischen Parteien einen festen Rückhalt und drängt den Einfluß rückschrittlicher Kräfte zurück. Die Blockpolitik berücksichtigt jedoch die Verschiedenheit der politischen und weltanschaulichen Grundsätze der Blockparteien und achtet ihr Recht zu sachlicher Kritik, ihre politische Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit. Die Blockpolitik ist Verständigung der antifaschistisch-demokratischen Kräfte auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Sie wirkt sich daher auch auf die Arbeit der Parteien in den Volksvertretungen aus. So stehen sich in der Politik zwei Grundsätze gegenüber, die in ihrer Anwendung zu völlig entgegengesetzten Resultaten führen. Die Blockpolitik gewährleistet den demokratischen Neuaufbau Deutschlands, während die Koalitionspolitik jene Kräfte wieder zum Einfluß bringt, die Deutschland in die Katastrophe geführt haben.

Die grundsätzliche Ablehnung der Koalitionspolitik schließt nicht aus, daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands sich an anderen demokratischen Regierungen beteiligt, auch wenn infolge der Spaltung der Arbeiterbewegung die Voraussetzungen für eine zielbewußte Blockpolitik noch nicht gegeben sind. Innerhalb dieser Regierungen tritt die Partei für das Zusammenwirken der beiden sozialistischen Parteien und aller zur Mitarbeit bereiten demokratischen Kräfte ein, um die restlose Entnazifizierung, den demokratischen Neuaufbau und den Kampf um die Einheit Deutschlands voranzutreiben ...

3. Der Kampf um die Einheit Deutschlands

Wenn es bisher nicht gelungen ist, in größerem Maße die materielle Not unseres Volkes zu überwinden, so liegt das nicht zuletzt daran, daß durch die Zerreißung Deutschlands in verschiedene Zonen die Kräfte der demokratischen Erneuerung und des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus gelähmt wurden. Darum ist der Kampf um die Einheit Deutschlands die dringendste Aufgabe des deutschen Volkes!

Dieselben deutschen und internationalen Kräfte, welche die Entmilita-

risierung und Entnazifizierung verhindern und die demokratische Erneuerung erschweren, arbeiten auch an der Zerreißung Deutschlands in mehrere Einzelstaaten, weil sie hoffen, dadurch ihre Machtstellungen besser ausbauen zu können ...

Die wirtschaftliche Absonderung West- und Süddeutschlands fördert die Bildung eines Westblocks gegen die demokratischen Länder des Ostens und Südostens und isoliert damit Deutschland von diesen Ländern.

Die Anhänger der Einheit Deutschlands in allen Parteien, besonders aber die Frauen und die Jugend, müssen gegen diese Gefahr aufstehen, die offenen und versteckten Gegner der deutschen Einheit ausschalten und für unsere Existenz als einheitliche Nation kämpfen. Ein zerrissenes, in Not versinkendes Deutschland ist eine Gefahr für den Frieden. Deutschland darf aber nicht zu einem Unruheherd in Europa werden.

Deshalb muß Deutschland gemäß dem Potsdamer Abkommen wirtschaftlich und politisch ein einheitliches Ganzes bilden. Das ist die Grundfrage unserer Politik.

Die Verantwortung für die Einheit Deutschlands tragen die vom Volke gebildeten demokratischen Parteien, die sich zu einer gesamtdeutschen Beratung gemeinsam mit den Ländervertretungen zusammenfinden müssen, um den Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck zu bringen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird jeden brauchbaren Vorschlag zur Schaffung einer gesamtdeutschen Vertretung unterstützen.

Das Streben nach der Einheit Deutschlands wird von den fortschrittlichen Kräften in aller Welt unterstützt. Auf der Moskauer Konferenz haben sich diese Kräfte wiederholt und eindeutig der Aufteilung Deutschlands widersetzt. Auch der sowjetische Außenminister, Molotow, hat auf den Konferenzen der Außenminister wiederholt vorgeschlagen, das deutsche Volk selbst über die Gestaltung seiner staatlichen Organisation entscheiden zu lassen.

Wir fordern den Volksentscheid für die Gestaltung Deutschlands zu einem demokratischen Einheitsstaat mit dezentralisierter Verwaltung.

Die im Potsdamer Abkommen und auf der Moskauer Tagung des Außenministerrats vorgesehenen deutschen zentralen Verwaltungen für Finanzwesen, Außenhandel, Verkehrswesen, Fernmeldewesen, Industrie sowie für Landwirtschaft und Ernährung müssen unverzüglich geschaffen werden.

Eine vorläufige gesamtdeutsche Regierung ist vorzubereiten, um ein gesamtdeutsches Parlament auf demokratischer Grundlage wählen zu lassen. Dem muß die Wiederherstellung der staatlichen Souveränität des deutschen Volkes folgen.

Das deutsche Volk wünscht in der Gemeinschaft der friedliebenden Völker zu leben. Es braucht eine Verständigung mit ihnen. Darum ist es

notwendig, daß die Stimme des deutschen Volkes bei den kommenden Friedensverhandlungen Gehör findet.

Wir sagen aber unserem Volke, daß eine nationalistische Hetze gegen andere Völker nur neues Mißtrauen gegen Deutschland erweckt und den Keim zu neuen Konflikten legt. Eine Verständigung mit dem polnischen Volk und den anderen Nachbarvölkern auf der Grundlage eines beiderseitigen Güteraustausches entspricht den Lebensinteressen unseres Volkes. Es ist die Aufgabe vor allem der Frauen und Mütter, mit den Frauen aller Völker sich zu vereinen für Völkerversöhnung und Völkerfrieden.

Deutschland braucht einen baldigen dauerhaften Frieden, wenn es noch eine Zukunft haben soll.

4. Der Kampf gegen Hunger und Kälte

... Wir müssen erkennen, daß nur durch gegenseitige Hilfe und solidarische Zusammenarbeit, durch unsere eigene Arbeit, durch die Erhöhung unserer Erzeugung eine Verbesserung unserer Lebenslage möglich ist. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, dann dürfen wir die Hoffnung haben, daß wir aus eigener Kraft die Lebensfragen unseres Volkes lösen.

Dazu ist eine neue, gesunde wirtschaftliche Grundlage zu schaffen. Das erste Erfordernis ist die Entfaltung unserer Produktion und des Handels. Die Vereinbarungen für den Interzonenhandel müssen, solange die Zonen noch bestehen, gefördert und ein umfassender Güteraustausch mit dem Auslande zur Lösung des deutschen Rohstoff- und Ernährungsproblems in die Wege geleitet werden. Vor allem aber gilt es, Klarheit über die Art, Höhe und Zeitdauer der Reparationen zu schaffen. Die Wiedergutmachung und die Befriedigung unserer Lebensbedürfnisse müssen in einem tragbaren Verhältnis zueinander stehen.

Der deutschen Wirtschaft ist eine für friedliche Zwecke ausreichende Erhöhung ihrer Erzeugung nicht nur in der Rohstoff- und Schwerindustrie, sondern vor allem auch in der Gebrauchsgüter- und Exportindustrie zuzubilligen.

Eine umfassende Wirtschaftsplanung für ganz Deutschland mit dem Ziel einer Steigerung der Erzeugung in der Landwirtschaft, in der Industrie und im Handwerk ist die Voraussetzung einer gesunden Wirtschaftspolitik. Alle Teile der deutschen Volkswirtschaft müssen aufeinander abgestimmt, die Vergeudung von Rohstoffen muß unterbunden, die Erzeugung auf den dringenden Bedarf gerichtet und die Versorgung mit Nahrung, Kleidung, Wohnung und Heizung geordnet werden. Bei der zusätzlichen Versorgung der Bevölkerung ist auf eine gerechte Verteilung zu achten. Partikularistischer Versorgungsegoismus einzelner Länder und Ge-

meinden ist zu unterbinden. Eine engere Zusammenarbeit der Länder ist notwendig.

Die dringendste Aufgabe ist die Volksernährung. Um sie sicherzustellen, ist vor allem eine Steigerung unserer landwirtschaftlichen Erzeugung notwendig. Dazu muß die demokratische Bodenreform in ganz Deutschland durchgeführt werden, damit nicht mehr die Großgrundbesitzer die Verbesserung der Volksernährung hintertreiben können ...

Die Wirtschaftspläne können nur erfüllt werden, wenn die Erzeugung durch Hebung der Produktivität gesteigert wird, um mit den vorhandenen Produktionsanlagen und Arbeitskräften mehr Bedarfsgegenstände für unser Volk herzustellen. In dieser Arbeit müssen die landeseigenen Betriebe eine führende Rolle spielen. In diesen Betrieben entsteht ein neues Verhältnis der Arbeiter, Angestellten und Ingenieure zu ihrer Arbeit. Sie sind unmittelbar an der Produktion und Leistungssteigerung interessiert. Ihre Aufgabe ist es, die landeseigenen Betriebe zu vorbildlichen Betrieben in bezug auf Arbeitsleistung als auch Arbeitsbedingungen zu machen, um die wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Fähigkeiten der neuen demokratischen Ordnung zu beweisen. Die landeseigenen Rohstoffbetriebe dienen der Versorgung der Gesamtwirtschaft. Die landeseigenen Fertigungsbetriebe stehen nicht im Gegensatz zu den privaten Unternehmungen, sondern sollen in einem gesunden Wettbewerb qualitative Höchstleistungen erzielen. Überschüsse aus den landeseigenen Betrieben sind an die Landesregierungen abzuführen und sollen neben dem Ausbau der Betriebe vor allem zur Verbesserung der sozialen und materiellen Lage der Arbeiterklasse dienen.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes.
Hrsg. vom Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. I,
Berlin 1952, S. 212–215, 219–224.

40

Befehl Nr. 234 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland vom 9. Oktober 1947

Nach dem Zusammenbruch des volksfeindlichen Regimes des aggressiven Hitlerdeutschlands wurden in der sowjetischen Besatzungszone überaus wichtige Maßnahmen durchgeführt, um die gesetzmäßigen Rechte der Arbeiter und Angestellten zu verankern. Der Achtstundenarbeitstag und gleicher Lohn für gleiche Arbeit wurden eingeführt. Der bezahlte Urlaub für Arbeiter und Angestellte wurde wiederhergestellt und verlängert. Das Recht der Werktätigen, sich in Gewerkschaften und anderen demokra-

tischen Organisationen frei zu organisieren, wurde wiederhergestellt. Die im Interesse der Unternehmer eingeführten einseitigen faschistischen Tarifordnungen wurden abgeschafft. Es werden wieder Tarifverträge zwischen den Arbeitern und den Unternehmern abgeschlossen. Es bestehen demokratisch gewählte Betriebsräte, die ihre Funktionen ausüben. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten bei der Lösung von Fragen, die mit der Arbeit des Betriebes im Zusammenhang stehen, sowie das Kontrollrecht sind gesichert. Eine einheitliche demokratische Sozialversicherung wurde eingeführt. Allein im abgelaufenen Jahr wurden für die Sozialversicherung und Sozialfürsorge der Werktätigen in der Zone über zwei Milliarden Mark ausgegeben.

In der sowjetischen Besatzungszone sind die Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung auf dem Gebiete der Arbeitsgesetzgebung und der Rechte der Arbeiter und Angestellten nicht nur wiederhergestellt, sondern in einem Maße erweitert worden, wie es in der Geschichte Deutschlands noch nie der Fall war.

Gleichzeitig wurden die Banken, Betriebe der Konzerne, Truste und anderer Monopole sowie Betriebe ehemaliger aktiver Faschisten und Militaristen dem Volke übereignet. Eine große Arbeit zur Demokratisierung und Säuberung des Verwaltungsapparates von ehemaligen aktiven Faschisten, Militaristen und Kriegsverbrechern wurde geleistet. Die Schlüsselpositionen der Wirtschaft befinden sich jetzt in den Händen des Volkes.

Das alles war die Grundlage der Erfolge, die von den Werktätigen beim Wiederaufbau der Friedenswirtschaft erzielt wurden. Infolgedessen gibt es in der sowjetischen Besatzungszone keine Arbeitslosigkeit, es besteht im Gegenteil Mangel an Arbeitskräften.

Die weitere Wiederherstellung und Entwicklung der Industrie und des Verkehrswesens erfordert vor allem eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität und eine Festigung der Arbeitsdisziplin. In vielen Werken und Fabriken, Gruben und Eisenbahnen befinden sich die Arbeitsdisziplin und die Arbeitsproduktivität noch auf einem niedrigen Niveau.

Diese Lage steht nicht nur mit den schweren Folgen des aggressiven Hitlerkrieges im Zusammenhang. Sie ist auch eine Folge der ungenügenden Aufmerksamkeit einiger Verwaltungsorgane, Betriebsdirektoren und demokratischer Organisationen in bezug auf die restlose Ausnutzung aller Möglichkeiten für die Verbesserung der Lage der Arbeiter, welche die Hauptkraft der Demokratisierung und des wirtschaftlichen Aufschwunges in der sowjetischen Besatzungszone darstellen, sowie für die Entwicklung der Wirtschaft. Es wäre falsch, anzunehmen, daß die neue Demokratie, bei der die Schlüsselpositionen der Wirtschaft sich in den Händen des Volkes befinden, eine Senkung der Arbeitsproduktivität und eine Ver-

schlechterung der Arbeitsdisziplin im Vergleich zu der alten Ordnung bedeute. Im Gegenteil, die neue Demokratie bedeutet eine höhere Arbeitsproduktivität, die die Möglichkeit bietet, den Verfall zu überwinden und zu einem unvergleichlich höheren Niveau der materiellen Versorgung der Werktätigen zu gelangen.

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Entfaltung der bewußten eigenen Initiative der Werktätigen für den wirtschaftlichen Aufschwung der sowjetischen Besatzungszone stellt gegenwärtig das Hauptbindeglied in dem System der Volkswirtschaft und den Schlüssel zur Lösung aller anderen wirtschaftlichen Probleme dar.

Ich befehle:

1. den Länderregierungen und den deutschen Verwaltungsorganen, den Betriebs- und Fabrikleitern, den Direktoren der Gruben, der Eisenbahn und anderer Betriebe ihrer Tätigkeit Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit der Produktionsbetriebe und des Transportwesens, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zum Kampf gegen die Bummelanten sowie zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter und Angestellten der Industrie und des Transportwesens zugrunde zu legen, wobei insbesondere alle lokalen Hilfsquellen und Möglichkeiten für diesen Zweck festzustellen und auszunutzen sind.

Ich rufe alle antifaschistischen Parteien, Gewerkschaften und Betriebsräte sowie alle anderen öffentlichen Organisationen und die demokratische Presse auf, die Verwaltungsorgane und Betriebsleitungen bei der Durchführung dieser überaus wichtigen Aufgaben zu unterstützen, damit ein allgemeiner Arbeitsaufschwung in der sowjetischen Zone zur Beschleunigung des Wiederaufbaus und der Entwicklung der Friedenswirtschaft und zur Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung erreicht wird.

2. Die Verordnungen und Befehle des Hitlerregimes über die Betriebsordnungen, über Geldstrafen und andere Maßregelungen der Arbeiter sind aufzuheben, da sie die Würde der Arbeiter beleidigen.

Die von der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge sowie den Gewerkschaften ausgearbeitete neue „Arbeitsordnung", welche eine normale Arbeitsordnung in den Betrieben gewährleistet und einen entschlossenen Kampf gegen Bummelanten und Desorganisatoren der Arbeit vorsieht, ist genehmigt und in allen Betrieben, Fabriken, Gruben und bei der Eisenbahn einzuführen.

3. Die leichtfertige Auffassung einiger Betriebsleiter in den Fragen des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung in den Betrieben ist als falsch und unzulässig zu betrachten. Alle Leiter in den Betrieben und bei der Eisenbahn sind zu verpflichten, bis zum 1. Dezember 1947 die Schutzvorrichtungen für die Maschinen, Werkbänke und Triebwerke sowie die Ventilation, die Verglasung, Beleuchtung und Heizung der Arbeitsstätten in

Ordnung zu bringen und für die Verbesserung des Arbeitsschutzes Sorge zu tragen.

Die Durchführungskontrolle wird den Arbeitsschutzkommissionen der Arbeiter und Angestellten des Betriebes übertragen.

Für die jugendlichen Arbeiter ist eine verkürzte Arbeitswoche, und zwar für die Arbeiter im Alter bis zu 16 Jahren 42 Stunden und im Alter von 16 bis 18 Jahren 45 Stunden festzusetzen sowie der bezahlte Urlaub zu verlängern, und andere Maßnahmen sind zu ergreifen, die den Arbeitsschutz und die Ausbildung der Jugendlichen gewährleisten. Die von den Gewerkschaften, von der FDJ und von der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge vorgelegte „Verordnung über Jugendarbeitsschutzbestimmungen" wird genehmigt.

4. Die Anwendung von Stück- und Akkordlohn als Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Erhöhung des Lohnes für die Arbeiter ist zu erweitern, vor allem im Erzbergbau, in der Kohlen- und Metallindustrie, im Maschinenbau, in der elektrotechnischen Industrie und im Eisenbahntransportwesen. Bei der Berechnung der Akkordlöhne sind die in Tarifverträgen garantierten Mindestlöhne zugrunde zu legen.

5. Die Lohnsätze in der Textil- und Bekleidungsindustrie sind zu überprüfen und alle niedrigeren Sätze für Frauenarbeit entsprechend dem in der sowjetischen Besatzungszone festgelegten Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" abzuschaffen.

6. Die Deutsche Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge hat gemeinsam mit den Länderregierungen die Ausbildung qualifizierter Arbeiter aus den Reihen der Jugendlichen für die führenden Industriezweige durch Berufsschulen zu organisieren, wobei die Kontingente für die Aufnahme der Schüler im Jahre 1947/48 bis auf 225 000 Schüler zu erhöhen sind. Außerdem ist die Ausbildung und Qualifizierung der Arbeiter von Massenberufen durch kurzfristige Kurse in den Betrieben, im Bergbau und bei der Eisenbahn in großem Umfang durchzuführen.

7. Ab April 1948 ist folgender bezahlter Urlaub festzusetzen: Für Arbeiter mit schädlicher und schwerer Arbeit oder Arbeit bei hohen Temperaturen in Angleichung an die Urlaubszeit der Spezialisten, Ingenieure und Techniker: 18 bis 24 Arbeitstage; für alle anderen Arbeiter in Angleichung an die bisherige Urlaubszeit der Angestellten: 12 Arbeitstage. Sind in einzelnen Betrieben in den neu abgeschlossenen Tarifverträgen günstigere Urlaubsbestimmungen vorgesehen, so sind diese Vertragsbestimmungen wirksam.

8. Die Länderregierungen und die deutschen Arbeitsämter haben Maßnahmen zu ergreifen, um die Betriebe und wichtige Bauplätze mit Arbeitskräften, hauptsächlich durch freiwillige Anwerbung, zu versorgen und die Fluktuation der Arbeitskräfte auszuschalten, damit die Anwendung der

im Befehl Nr. 3 des Kontrollrats vorgesehenen Zwangsmobilisierung von Arbeitskräften in der sowjetischen Besatzungszone weitestgehend eingeschränkt wird.

9. Zur Verbesserung der Ernährung von Arbeitern und Angestellten der Betriebe der führenden Industriezweige und des Transportwesens ist ab 1. November 1947 eine tägliche warme Mahlzeit über die auf die Hauptkarten erhaltenen Rationen hinaus einzuführen:

für hochqualifizierte Arbeiter der führenden Berufe, für Arbeiter in körperlich schwerer und gesundheitsschädlicher Arbeit sowie für Ingenieure und Techniker nach den Normen für warmes Essen der ersten Gruppe, für die übrigen Arbeiter und Angestellten dieser Betriebe nach den Normen für warmes Essen zweiter Gruppe.

Im vierten Quartal 1947 ist die Freigabe von Lebensmitteln für zusätzliches warmes Essen zu erhöhen, um die Zahl der Arbeiter und Angestellten der Betriebe, die zusätzliches warmes Essen bekommen, in der sowjetischen Zone von 350 000 auf 1 000 000 zu vermehren.

Die Länderregierungen und der Präsident der Deutschen Verwaltung für Handel und Versorgung haben die Bereitstellung von Lebensmitteln guter Qualität für die zusätzliche warme Verpflegung entsprechend den festgesetzten Normen zu sichern sowie durch die Betriebsräte und Gewerkschaftsorganisationen in den Betrieben die Kontrolle über die zweckmäßige Verwendung der Lebensmittel, über die Ausgabe und die Qualität der Essenzubereitung zu organisieren.

Es ist vorzusehen, daß Betriebe, die durch eigene Schuld ihren Produktionsplan systematisch nicht erfüllen und sich um eine Verbesserung ihrer Arbeit nicht bemühen, auf Vorschlag der Länderregierungen und nach Bestätigung durch die zuständigen Organe der SMV zeitweilig von der zusätzlichen warmen Verpflegung ausgeschlossen werden können.

10. Die Arbeiter und Angestellten der führenden Betriebe der Zone sollen bevorzugt mit Industriewaren versorgt werden, wobei die Qualitätsleistungen dieser Betriebe zu berücksichtigen sind.

Die Landesregierungen haben vom vierten Quartal 1947 ab aus den Fonds des Landesbedarfs Stoffe, Kleider, Schuhe und Kohle zum Verkauf auf Bezugscheine, die in den Betrieben ausgestellt werden, freizustellen. Die Betriebsräte und die Gewerkschaftsorganisationen geben im Einvernehmen mit den Betriebsleitern die Bezugscheine für Industriewaren an die Arbeiter und Angestellten in erster Linie für gute Produktionsleistungen aus.

Die Deutsche Wirtschaftskommission hat Maßnahmen zur Steigerung der Erzeugung von Industriewaren, insbesondere durch die Heimindustrie und das Handwerk, mit Hilfe der lokalen Rohstoffe und der Abfälle der Industriebetriebe für die zusätzliche Versorgung der Arbeiter und

Angestellten mit Kleidern, Schuhen und anderen Gebrauchsgegenständen auszuarbeiten und zur Bestätigung vorzulegen.

11. Zur Verbesserung der ärztlichen Betreuung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben der sowjetischen Zone:

a) sind die Länderregierungen zu verpflichten, im Laufe der nächsten zwei Jahre die Organisierung von Sanitätsstellen in allen Betrieben mit 200 bis 5000 Beschäftigten zu sichern. In den Betrieben mit über 5000 Beschäftigten sollen Betriebspolikliniken eingerichtet werden.

Die Bereitstellung von Räumen und die Ausgaben für den Unterhalt der betrieblichen Sanitätsstellen und Polikliniken sowie für die Beschaffung von Möbeln haben durch die Betriebe zu erfolgen; die Ausgaben für den Unterhalt des ärztlichen Personals, für die Beschaffung der medizinischen Einrichtung und Medikamente haben die Organe der Sozialversicherung zu bestreiten.

b) Die Lebensmittelversorgung der Ärzte der betrieblichen Sanitätsstellen und Polikliniken hat nach den höchsten Versorgungsnormen der Arbeiter in dem von ihnen betreuten Betrieb zu erfolgen.

c) Die Ausgabe von zusätzlicher warmer Verpflegung hat auch an das medizinische Personal der Sanitätsstellen und Polikliniken der Betriebe zu erfolgen, in denen diese Verpflegung eingeführt ist.

d) Eine unverzügliche Einführung einer für die ganze Zone einheitlichen offiziellen ärztlichen Bescheinigung für den Fall der Arbeitsunfähigkeit sowie die Anwendung von Strafmaßnahmen gegen Ärzte, die solche Bescheinigungen bewußt an Personen, die sich vor Arbeit drücken, ohne einen ausreichenden medizinischen Grund ausstellen, sind vorzusehen. Die schuldigen Ärzte können das Recht verlieren, ihre private ärztliche Praxis auszuüben.

12. Die Betriebsleiter haben sich ständig mit den Fragen der Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse der Werktätigen zu beschäftigen, wobei der Versorgung der Arbeiterumsiedler besondere Aufmerksamkeit zu schenken ist.

Im vierten Quartal 1947 ist die Instandsetzung der Gemeinschaftswohnungen der Arbeiter und der Kinderstätten abzuschließen.

13. Der Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland wird beauftragt, in Übereinstimmung mit diesem Befehl folgende Dokumente zu überprüfen und zu bestätigen:

a) die von der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge eingebrachte „Verordnung über die Ausbildung von Industriearbeitern in den Berufsschulen" und „Instruktion über die Regelung der Arbeitsbeschaffung und der Verteilung der Arbeitskräfte";

b) die von der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge sowie der Deutschen Verwaltung für das Gesundheitswesen eingebrachte

„Verordnung über die Verbesserung der ärztlichen Betreuung der Arbeiter und Angestellten und über Maßnahmen zur Regelung der Arbeitsbefreiung im Krankheitsfalle".

14. Die Verantwortung für die Durchführung dieses Befehls ist den Länderregierungen, der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge sowie der Deutschen Wirtschaftskommission der Zone aufzuerlegen.

Die allgemeine Kontrolle über die Durchführung dieses Befehls obliegt den Chefs der Sowjetischen Militärverwaltungen der Länder, der Planungsabteilung und der Abteilung für Arbeitskraft bei der SMV.

Gezeichnet: Oberster Chef der Sowjetischen Militärverwaltung
Oberkommandierender der sowjetischen Besatzungstruppen
in Deutschland
Marschall der Sowjetunion W. Sokolowski
Chef des Stabes der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland
Generalleutnant G. Lukjantschenko

Steigerung der Arbeitsproduktivität und Verbesserung
der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten.
Befehl Nr. 234 und Ausführungsbestimmungen,
Berlin 1947, S. 5–10.

41

Entwurf eines Aufrufs der Konferenz führender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Ost- und Westdeutschland in Berlin am 9. November 1947

Eine kurze Frist trennt uns vom Zusammentritt der Londoner Konferenz, die über die deutsche Zukunft entscheiden soll. Wir sprechen die Gedanken weiter Kreise des deutschen Volkes, ohne Unterschied auf Herkunft, Partei oder Beruf aus, wenn wir in dieser Stunde ebenso ernst wie leidenschaftlich das Verlangen nach Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit unserer deutschen Heimat zum Ausdruck bringen.

Das deutsche Volk, das um seine innere Erneuerung ringt, will Frieden auf dem Boden von Demokratie und Freiheit. Es will Frieden für sich, für Europa, für die Welt. Um seine Kräfte für den Frieden einsetzen zu können, muß es aber leben, und um zu leben, muß es vor der Auflösung bewahrt bleiben.

Das deutsche Volk will auch in allen seinen Teilen eine Einheit bleiben, die sich als Ganzes friedfertig in eine befriedigte Welt einfügt. Es muß deshalb sofort unter Aufhebung der Zonengrenzen die wirtschaftliche Ein-

heit geschaffen werden, die von den Siegermächten in den maßgebenden Beschlüssen vorgesehen ist.

Das deutsche Volk fordert mit Recht, daß es auch politisch als Einheit behandelt wird. Dies sollte vor allem dadurch zum Ausdruck kommen, daß schon vor dem Friedensvertrag ein für alle Zonen einheitliches, für beide Teile bindendes Rechtsstatut geschaffen wird, das auch im Verhältnis zu den Besatzungsmächten die politische Einheit Deutschlands anerkennt.

Darüber hinaus erscheint die Schaffung von Zentralverwaltungen für die wichtigsten Gebiete des staatlichen Lebens dringend geboten. Das deutsche Volk hält aber auch die kulturelle Zerreißung, wie sie der jetzige Zustand bedingt, für unerträglich. Wir erklären schließlich: Die Beteiligung verantwortlicher und sachkundiger Vertreter des deutschen Volkes an der Vorbereitung und dem Abschluß des Friedensvertrages ist unentbehrlich.

Europa-Archiv, Zeitgeschichte – Zeitkritik,
Verwaltung – Wirtschaftsaufbau.
Hrsg. von Wilhelm Cornides,
Oberursel (Taunus), 1948, S. 1147.

42
Aufruf des Parteivorstandes der SED zu einem deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden vom 26. November 1947

Die Londoner Außenministerkonferenz hat begonnen. Es geht um die Gestaltung des Friedens für Deutschland. Das deutsche Volk wünscht, daß es darüber zu einer Verständigung der alliierten Mächte kommt. Von einem gerechten Friedensvertrag hängt die Zukunft Deutschlands ab. Es ist der Wille des deutschen Volkes, daß der Friedensvertrag mit ihm abgeschlossen und es durch eine Vertretung auf der Londoner Konferenz gehört wird. Die politischen Parteien in Deutschland wären dafür die berufensten Vertreter.

Leider sind alle Bemühungen zur Bildung einer gesamtdeutschen Beratung der Parteien über die Vertretung der Interessen des deutschen Volkes auf der Außenministerkonferenz an dem Widerstande führender Männer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und bürgerlicher Parteien in den westlichen Besatzungszonen gescheitert. Schließlich hat auch noch der Führer der Christlich-Demokratischen Union in der sowjetischen Besatzungszone seine Zustimmung verweigert. In einem der entscheidendsten Augenblicke versagen die Führer dieser Parteien und lassen das deutsche Volk im Stich.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kann und will sich mit

diesem Zustande nicht abfinden. Sie erachtet es als ihre Pflicht, dem deutschen Volke die Möglichkeit zu geben, seinen Willen der Londoner Konferenz kundzutun und seiner Stimme Gehör zu verschaffen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ruft in letzter Stunde dazu auf, alles Trennende beiseite zu lassen.

Es geht nicht um Parteien, sondern um unser Volk!

Auf Grund bereits vorliegenden Einverständnisses vieler Organisationen schlagen wir vor: Alle antifaschistisch-demokratischen Parteien, Gewerkschaften und andere Massenorganisationen, Betriebsräte und Belegschaften großer Betriebe, Organisationen der Bauernschaft, Vertreter der Wissenschaft und der Kunst in ganz Deutschland sollen ihre Stimme gemeinsam für das deutsche Volk erheben.

Wir laden ein zu einem deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden am 6. und 7. Dezember 1947 in Berlin, Staatsoper, Friedrichstraße 101/102.

Tagesordnung:

1. Der Wille des deutschen Volkes für einen gerechten Frieden, für Demokratie und Einheit Deutschlands. – Referate und Aussprache.
2. Wahl einer Delegation zur Londoner Außenministerkonferenz.

Allen Parteien, Organisationen und Großbetrieben empfehlen wir, sofort Stellung zu unserem Vorschlag zu nehmen und die Vorbereitungen für die Entsendung der Delegierten zu diesem Volkskongreß zu treffen. Weitere Verständigung zwischen den zur Teilnahme bereiten Organisationen soll unmittelbar erfolgen. Zustimmungserklärung und Begrüßungen sowie die Anmeldung der Delegationen bitten wir sofort an folgende Adresse zu richten:

Büro des Volkskongresses
Berlin N 54, Lothringer Straße 1

Der Parteivorstand der
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
Wilhelm Pieck Otto Grotewohl

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes.
Hrsg. vom Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. I, Berlin 1952, S. 260/261.

43
Entschließung des 1. Deutschen Volkskongresses vom 6./7. Dezember 1947

Der Deutsche Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden an die Londoner Außenministerkonferenz

Der Deutsche Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden am 6. und 7. Dezember 1947 in Berlin, zusammengesetzt aus Vertretern aller Volkskreise, der politischen Parteien und aller weltanschaulichen Richtungen, der Gewerkschaften und aller anderen antifaschistisch-demokratischen Organisationen aus ganz Deutschland, ist der lebendige Willensausdruck des deutschen Volkes für einen baldigen gerechten und demokratischen Frieden.

Der Deutsche Volkskongreß wünscht, daß dieser Wille des deutschen Volkes durch eine vom Kongreß demokratisch gewählte Delegation vor der Konferenz der Außenminister in London begründet und zu Gehör gebracht wird.

Das deutsche Volk wünscht einen den Grundsätzen der Beschlüsse der alliierten Mächte in Jalta und Potsdam entsprechenden Frieden, der ihm die Gleichberechtigung mit den anderen Völkern zusichert, ihm eine freie demokratische Entwicklung und die völlige Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit ermöglicht. Das deutsche Volk ist tief von dem Willen durchdrungen, die Kräfte des Krieges in seinem Lande unschädlich zu machen, die demokratischen Kräfte zu stärken und damit zur Sicherung des Friedens beizutragen.

Das deutsche Volk wünscht, daß der Friedensvertrag die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands gewährleistet oder daß dem deutschen Volke das Recht zuteil wird, durch eine Volksabstimmung selbst darüber zu entscheiden. Eine Aufteilung Deutschlands in Staaten oder Zonengebiete würde den Aufbau der deutschen Wirtschaft und die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen gefährden. Zur Sicherung seiner materiellen Existenz muß es dem deutschen Volke durch den Friedensvertrag ermöglicht werden, den Ertrag der Landwirtschaft zu steigern und eine leistungsfähige Friedensindustrie zur Deckung des Eigenbedarfs und für den Export zu entwickeln.

Das deutsche Volk wünscht von der Konferenz der Außenminister in London die Bildung einer zentralen deutschen Regierung aus Vertretern aller demokratischen Parteien. Diese Regierung soll auf der Friedenskonferenz gehört werden und die Aufgabe haben, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Das deutsche Volk wünscht, daß nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages durch allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlen eine

Nationalversammlung gewählt wird, welche die Aufgabe der Ratifizierung des Friedensvertrages hat.

Der Deutsche Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden erhebt diese Wünsche im Bewußtsein der großen Verantwortung, die das deutsche Volk den anderen Völkern gegenüber trägt. Die versammelten Frauen und Männer sind entschlossen, ihre ganze Kraft für eine friedliche Verständigung mit den anderen Völkern einzusetzen.

Protokoll des 1. Deutschen Volkskongresses
für Einheit und gerechten Frieden
am 6. und 7. Dezember 1947 in der Deutschen Staatsoper,
Berlin 1948, S. 103/104.

44
Beschluß des 2. Deutschen Volkskongresses über das Volksbegehren, angenommen am 17. März 1948

Der Deutsche Volkskongreß beschließt die Durchführung eines Volksbegehrens für einen Volksentscheid über die Einheit Deutschlands. Das Volksbegehren soll in der Zeit von Sonntag, den 23. Mai, bis Sonntag, den 13. Juni 1948, durch Sammlung von Unterschriften, insbesondere in den Wohnungen und Betrieben, durchgeführt werden. Der Deutsche Volksrat wird mit der Durchführung des Volksbegehrens beauftragt.

Protokoll des 2. Deutschen Volkskongresses
für Einheit und gerechten Frieden
am 17. und 18. März 1948 in der Deutschen Staatsoper,
Berlin 1948, S. 88.

45
Aufruf des Präsidiums des Deutschen Volksrates zum Volksbegehren für die Einheit Deutschlands vom 15. April 1948

An das deutsche Volk

Was wird aus Deutschland? Wird die Einheit Deutschlands endgültig zerschlagen?

Das sind die großen Fragen, die jeden deutschen Menschen bedrängen. Mit steigender Sorge hat das deutsche Volk erkennen müssen, daß die alliierten Siegermächte sich nicht über die Deutschlandfrage verständigen konnten. Es war die Hoffnung des deutschen Volkes, daß die Alliierten gemäß ihren Potsdamer Beschlüssen Deutschland als einheitliches wirt-

schaftliches Ganzes behandeln und alle Fragen gemeinsam durch den Kontrollrat lösen würden. Diese Hoffnung scheint zunichte zu werden.

Mit Bedauern sieht unser Volk, daß politische Kräfte auch aus seinen eigenen Reihen sich die Bestrebungen zu eigen machen, die Einheit Deutschlands zu zerschlagen. Aber die Spalter Deutschlands sind nicht das deutsche Volk. Seine erdrückende Mehrheit will die starke und wirtschaftliche Einheit Deutschlands. Dieser Wille muß jetzt zur Tat werden, denn Deutschland steht in der akuten Gefahr, endgültig zerrissen zu werden.

Das elementare demokratische Grundrecht der Selbstbestimmung muß auch dem deutschen Volk gewährt werden. Das deutsche Volk will über den späteren Aufbau seines Landes selbst entscheiden.

Deutschland soll eine einheitliche demokratische Republik sein. Das Präsidium des Deutschen Volksrates hat deshalb die Oberbefehlshaber der vier Besatzungsmächte als die oberste Regierungsgewalt in Deutschland darüber informiert, daß vom 23. Mai bis 13. Juni in ganz Deutschland das Volksbegehren für einen Volksentscheid über die Einheit Deutschlands durchgeführt wird.

Damit ist das deutsche Volk selbst zur Entscheidung über die Lebensart der Nation aufgerufen.

Deutsche Männer und Frauen!

Die Stunde der nationalen Selbsthilfe ist gekommen. Erhebt eure Stimme. Stellt alles Trennende beiseite.

Im Ringen um die Einheit Deutschlands müssen sich alle Kräfte zusammenfinden. Zeigt durch die Tat, daß das deutsche Volk über Parteienge und Zonengrenzen, über Standes- und Konfessionsunterschiede hinweg in der Lebensart der Nation eines Willens und eines einigenden Bekenntnisses ist.

Die Entscheidung, die jetzt vom deutschen Volk über Deutschland getroffen wird, bestimmt die Zukunft unseres Landes auf Generationen.

Nur ein einheitliches demokratisches Deutschland hat eine Zukunft.

Erkennt die große Bedeutung der Entscheidung!

Seid euch der hohen Verantwortung bewußt!

Die Einheit Deutschlands kommt nicht von selbst, sie muß erkämpft werden.

Kämpft durch das Volksbegehren für die Einheit Deutschlands! Schmiedet mit dem deutschen Volksbegehren die starke Waffe gegen alle Feinde unserer nationalen Einheit!

Kämpft für ganz Deutschland!

Kämpft für die unteilbare demokratische Republik!

Neues Deutschland (B) (Berlin),
16. April 1948.

46

Vorschlag an die vier Besatzungsmächte für ein Gesetz über die Einheit Deutschlands, beschlossen vom Präsidium des Deutschen Volksrates am 15. April 1948

Für die Einheit Deutschlands!

Die Unterzeichneten ersuchen die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Französischen Republik, jeder in seiner Besatzungszone und auch in seiner Eigenschaft als Mitglied des Kontrollrates folgendes Gesetz zu beschließen oder einen Volksentscheid darüber anzuordnen:

Gesetz über die Einheit Deutschlands.

§ 1

Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik, in der den Ländern ähnliche Rechte zustehen sollen, wie sie die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 enthielt.

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Einzeichnungsliste

Ort:

Name und Vorname: Beruf oder Stand:

Wohnadresse:

Neues Deutschland (B) (Berlin),
16. April 1948.

47

Kommuniqué über die Deutschlandbesprechungen zwischen Vertretern Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Luxemburgs, der Niederlande und der USA (Londoner Empfehlungen), veröffentlicht in London, Paris und Washington am 7. Juni 1948

Gemäß der Erklärung vom 2. Juni ist den Regierungen der teilnehmenden Mächte ein Bericht über die Empfehlungen übermittelt worden. Diese Empfehlungen wurden als ein geschlossenes Ganzes vorgelegt, da ihre Hauptpunkte voneinander abhängig sind und ein unteilbares Programm bilden. Die wichtigsten Grundzüge dieses Berichts sind die folgenden:

I. Beteiligung der Benelux-Länder an der Deutschland-Politik

Die Empfehlungen sehen besondere Maßnahmen für eine enge Zusammenarbeit zwischen den Militärbefehlshabern und den Vertretern der Benelux-Länder in Deutschland in all den Fragen vor, die die Interessen der Benelux-Staaten berühren. Außerdem soll den Vertretern der Benelux-Staaten jede Möglichkeit gegeben werden, sich über die Entwicklung in den westlichen Besatzungszonen auf dem laufenden zu halten.

II. Die Rolle der deutschen Wirtschaft in der Wirtschaft Europas und die Kontrolle der Ruhr

A) Wie in dem bei Beendigung der ersten Phase der Besprechungen ausgegebenen Kommuniqué vom 6. März festgestellt wurde, wurde Übereinstimmung darüber erzielt, daß das wirtschaftliche Leben der Länder Westeuropas und eines demokratischen Deutschlands eng miteinander verbunden werden muß, damit ihr politisches und wirtschaftliches Wohlergehen erreicht werden kann. Diese enge Verbindung, die es Deutschland ermöglicht, am europäischen Wiederaufbau teilzunehmen und zu ihm beizutragen, wurde durch die am 16. April erfolgte Einbeziehung der britisch-amerikanischen und der französischen Zone in die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas als vollberechtigte Mitglieder gesichert.

B) Es wurde Übereinstimmung erzielt, die Errichtung einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes zu empfehlen, in der die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Frankreich, die Benelux-Länder und Deutschland vertreten sein sollen. Die Errichtung dieser Behörde bedeutet keine politische Abtrennung des Ruhrgebietes von Deutschland. Vorgesehen ist jedoch die Kontrolle über die Verteilung der Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion der Ruhr, um einerseits zu verhindern, daß die industrielle Konzentration in diesem Gebiet zu einem Aggressionsmittel wird, und andererseits zu gewährleisten, daß die Produktion allen am europäischen Wirtschaftsprogramm teilnehmenden Ländern einschließlich Deutschlands zugute kommt. Ein Entwurf für das Abkommen, das die Bestimmungen für die Errichtung dieser Behörde enthält, ist als Anhang beigefügt.

Dieses Abkommen wird von den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Vereinigten Königreich und Frankreich als den Besatzungsmächten abgeschlossen werden. Außerdem sollen jedoch die Benelux-Länder voll in die Vorbereitungsarbeit für das mehr in die Einzelheiten gehende Abkommen eingeschaltet werden, das in Artikel 12 vorgesehen ist. Auch sollen die Benelux-Länder zur Beratung herangezogen werden, sobald die Ruhrbehörde zu arbeiten beginnt.

C) Im Verlauf der Ruhrbesprechungen wurde empfohlen, am Grund-

satz der Nichtdiskriminierung ausländischer Interessen in Deutschland festzuhalten. Die einzelnen Regierungen sollen unverzüglich die Frage der Sicherung dieser Interessen prüfen, damit so bald wie möglich ein gemeinsamer Ausschuß der beteiligten Regierungen die Erörterung dieser Frage aufnehmen und Vorschläge unterbreiten kann.

III. Entwicklung der politischen
und wirtschaftlichen Organisation Deutschlands

A) Weiter wurde die Frage der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Organisation Deutschlands von allen Delegationen beraten. Die Delegierten erkennen an, daß es bei Berücksichtigung der augenblicklichen Lage notwendig ist, dem deutschen Volk Gelegenheit zu geben, die gemeinsame Grundlage für eine freie und demokratische Regierungsform zu schaffen, um dadurch die Wiedererrichtung der deutschen Einheit zu ermöglichen, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt zerrissen ist.

Auf Grund dieser Sachlage sind die Delegationen zu dem Schluß gekommen, daß das deutsche Volk jetzt in den verschiedenen Ländern die Freiheit erhalten soll, für sich die politischen Organisationen und Institutionen zu errichten, die es ihm ermöglichen werden, eine regierungsmäßige Verantwortung soweit zu übernehmen, wie es mit den Mindesterfordernissen der Besetzung und der Kontrolle vereinbar ist, die es ihm schließlich auch ermöglichen werden, die volle Verantwortung zu übernehmen. Die Delegationen sind der Ansicht, daß die Bevölkerung in den Ländern die Ausarbeitung einer Verfassung wünscht, die Bestimmungen enthält, die von allen deutschen Ländern angenommen werden können, sobald die Umstände es zulassen.

Die Delegationen sind daher übereingekommen, ihren Regierungen zu empfehlen, daß die Militärgouverneure eine gemeinsame Sitzung mit den Ministerpräsidenten der Westzonen Deutschlands abhalten sollen. Auf dieser Sitzung werden die Ministerpräsidenten Vollmacht erhalten, eine verfassunggebende Versammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung einzuberufen, die von den Ländern zu genehmigen sein wird.

Die Abgeordneten dieser verfassunggebenden Versammlung werden von den einzelnen Ländern nach Bestimmungen ernannt werden, die von den einzelnen Länderparlamenten selbst festgelegt werden.

Diese Verfassung soll so beschaffen sein, daß sie es den Deutschen ermöglicht, ihren Teil dazu beizutragen, die augenblickliche Teilung Deutschlands wieder aufzuheben, allerdings nicht durch die Wiedererrichtung eines zentralistischen Reiches, sondern mittels einer föderativen Regierungsform, die die Rechte der einzelnen Staaten angemessen schützt und gleichzeitig eine angemessene zentrale Gewalt vorsieht und die Rechte und Freiheiten des Individuums garantiert.

Wenn die Verfassung, die von der verfassunggebenden Versammlung vorbereitet wird, nicht gegen diese allgemeinen Grundsätze verstößt, werden die Militärgouverneure die Bevölkerung in den betreffenden Staaten zur Ratifizierung ermächtigen.

Bei der Zusammenkunft mit den Militärgouverneuren sind die Ministerpräsidenten ermächtigt, die Grenzen der verschiedenen Staaten zu überprüfen, um zu entscheiden, welche Veränderungen den Militärgouverneuren vorgeschlagen werden könnten, damit ein endgültiges System geschaffen wird, das für die Bevölkerung zufriedenstellend ist.

B) Zwischen den Delegationen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs haben weitere Besprechungen zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik und Praxis in der britisch-amerikanischen und der französischen Zone stattgefunden. Über die gemeinsame Leitung und Kontrolle des Außenhandels des gesamten Gebiets wurde eine gemeinsame Empfehlung beschlossen. Die Delegationen haben erkannt, daß eine vollständige wirtschaftliche Vereinigung der zwei Gebiete nicht verwirklicht werden kann, solange nicht weitere Fortschritte in der Errichtung der notwendigen deutschen Institutionen für das Gesamtgebiet gemacht worden sind.

IV. Vorläufige Grenzvereinbarungen

Die Delegationen sind übereingekommen, ihren Regierungen Vorschläge über gewisse geringfügige vorläufige Berichtigungen der Westgrenzen Deutschlands zur Prüfung vorzulegen.

V. Sicherheit

Diese Frage wurde von drei Gesichtspunkten aus behandelt:

A) Allgemeine Bestimmungen.

Die Delegationen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs betonten erneut die Überzeugung ihrer Regierungen, daß es keinen allgemeinen Rückzug ihrer Besatzungstruppen aus Deutschland geben könne, solange der Frieden in Europa nicht gesichert ist und ohne daß vorher Beratungen stattgefunden haben. Es wurde ferner empfohlen, die beteiligten Regierungen sollten Beratungen aufnehmen, wenn eine von ihnen der Ansicht ist, daß die Gefahr besteht, daß Deutschland seine Militärmacht wieder aufbaut oder erneut eine Aggressionspolitik betreibt.

B) Maßnahmen während des Zeitraumes, in dem die Besatzungsmächte die höchste Autorität in Deutschland ausüben.

Das Verbot der deutschen Wehrmacht und des deutschen Generalstabes, wie es in dem Viermächteabkommen niedergelegt ist, wurde ebenso von neuem bestätigt wie die Ausübung der Kontrolle über die Entwaffnung, Entmilitarisierung, Industriekapazität und gewisse Belange wissenschaft-

licher Forschung durch die Militärgouverneure. Um die Entwaffnung und Entmilitarisierung im Interesse der Sicherheit weiterhin sicherzustellen, sollen die drei Militärgouverneure in den Westzonen Deutschlands eine Sicherheitsbehörde errichten, die die erforderlichen Inspektionen durchführen und den Militärgouverneuren die notwendigen Empfehlungen für Maßnahmen machen soll. Die Gouverneure entscheiden, welche Maßnahmen zu treffen sind.

C) Maßnahmen nach dem Zeitraum, in dem die Besatzungsmächte die höchste Autorität in Deutschland ausüben.

Es wurde erneut bestätigt, daß es Deutschland nicht noch einmal ermöglicht werden dürfe, zu einer aggressiven Macht zu werden. Vor der allgemeinen Zurückziehung der Besatzungstruppen aus Deutschland soll zwischen den beteiligten Regierungen ein Übereinkommen über die notwendigen Maßnahmen zur Demilitarisierung, Abrüstung, Kontrolle der Industrie und zur Besetzung der Schlüsselgebiete abgeschlossen werden. Außerdem soll ein Inspektionssystem geschaffen werden, um die Durchführung der beschlossenen Bestimmungen über die Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands zu gewährleisten.

Diese Empfehlungen sollen in keiner Weise ein späteres Viermächteabkommen über das deutsche Problem ausschließen, sondern es im Gegenteil erleichtern. In Anbetracht der vorhergegangenen Fehlschläge bei dem Versuch, eine umfassende Viermächteentscheidung über Deutschland zu erreichen, bedeuten die vorgeschlagenen Maßnahmen einen Schritt vorwärts im Rahmen der Politik, die von den beteiligten Mächten bei diesen Besprechungen vertreten wurde und der zu folgen sie weiterhin gewillt sind – im Hinblick auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau Westeuropas einschließlich Deutschlands und auf die Schaffung einer Grundlage für die Teilnahme eines demokratischen Deutschlands an der Gemeinschaft freier Völker.

Dokumentation der Zeit (Berlin), 1949, H. 1, S. 23/24.

48

Aus der Deklaration der Außenminister Albaniens, Bulgariens, Jugoslawiens, Polens, Rumäniens, der Tschechoslowakei, Ungarns und der UdSSR (zu den Londoner Empfehlungen) vom 24. Juni 1948

Londoner Beratung verletzt Potsdamer Abkommen

Die Einberufung der Londoner Beratung erfolgte in Verletzung des Potsdamer Abkommens, laut welchem Fragen, die Deutschland betreffen, der Beschlußfassung der vier Mächte – der UdSSR, der USA, Großbritan-

niens und Frankreichs – unterliegen, wobei die Behandlung dieser Fragen dem von den Vertretern dieser Mächte beschickten Außenministerrat übertragen wurde. Man kann zudem nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß zur Beteiligung an dieser separaten Beratung der drei Mächte auch die Beneluxländer (Belgien, die Niederlande, Luxemburg) hinzugezogen wurden, obgleich an Deutschland grenzende Staaten wie Polen, die Tschechoslowakei sowie andere unmittelbar interessierte Länder nicht an ihr beteiligt waren.

Die Einberufung der separaten Londoner Beratung zur deutschen Frage zeugt davon, daß die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die diese Beratung in die Wege leiteten, sich das Ziel steckten, den auf der Potsdamer Konferenz geschaffenen Außenministerrat zu beseitigen und auch den noch früher auf Vereinbarung der vier Mächte geschaffenen Viermächtekontrollmechanismus in Deutschland zu liquidieren. Diese Verletzung der früheren Deutschlandabkommen zwischen den USA, der UdSSR, Großbritannien und Frankreich sowie die Verletzung der Verpflichtungen betreffs Konsultation mit den interessierten Ländern erfolgen vor aller Augen und führen zur Sprengung des Potsdamer Abkommens über die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands, eines Abkommens, das eine Wiederholung der deutschen Aggression in Zukunft unmöglich machen sollte ...

Die Londoner Beschlüsse sind nicht darauf gerichtet, der Möglichkeit einer neuen deutschen Aggression vorzubeugen, sondern darauf, den Westteil Deutschlands, vor allem aber die Schwerindustrie des Ruhrgebiets in ein Werkzeug zur Wiederherstellung des deutschen Rüstungspotentials zu verwandeln, um dieses für die strategischen Kriegsziele der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens ausnutzen zu können. Man begreift, daß ein derartiger Plan nichts anderes als günstige Bedingungen schafft für eine Wiederholung der deutschen Aggression ...

Da die Londoner Beratung sich außerstande sah, ganz Deutschland in die strategischen Kriegspläne der USA und Großbritanniens einzubeziehen, strebt sie danach, die Westzonen Deutschlands zur Basis dieser Pläne zu machen, indem sie diese Zonen von dem übrigen Deutschland losreißt.

1. Die Beschlüsse der Londoner Beratung sind auf die endgültige Spaltung und Zerstückelung Deutschlands gerichtet ...

2. Die Durchführung dieser auf Spaltung und Zerstückelung Deutschlands gerichteten Politik hintertreibt den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, ohne den dem fortdauernden Kriegszustand und dem Besatzungsregime in Europa unmöglich ein Ende gemacht werden kann ...

3. Die von der Londoner Beratung angenommenen Beschlüsse über den Staatsaufbau in den Westzonen Deutschlands sind von antidemokrati-

schem Geist durchdrungen. Die gesamte Vorbereitung zur Einberufung der sogenannten konstituierenden Versammlung und auch zur Schaffung einer deutschen Verfassung ist den drei Militärgouverneuren und den Ministerpräsidenten der Länder der westlichen Besatzungszonen Deutschlands überlassen. Die demokratischen Parteien, die Gewerkschaften und die anderen demokratischen Organisationen, die die Interessen des deutschen Volkes vertreten, sind dabei völlig ausgeschaltet ...

4. Die Politik der Besatzungsmächte in den Westzonen Deutschlands ermutigt die deutschen revisionistischen Elemente. Diese betreiben eine Kampagne gegen die auf den Konferenzen in Jalta und Potsdam beschlossenen Abkommen über die Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands sowie über seine Verpflichtung zur Wiedergutmachung des durch die deutsche Aggression angerichteten Schadens, sie agitieren gegen die bekannten Beschlüsse über die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung und verbinden das mit Versuchen, diese Bevölkerung zu feindlichen Zwecken gegen die Nachbarstaaten auszunutzen. Insbesondere richtet sich die Kampagne der deutschen revisionistischen Elemente gegen die polnisch-deutsche Grenze an der Oder und der westlichen Neiße, die eine unumstößliche Grenze – eine Friedensgrenze – ist ...

5. Die Beschlüsse der Londoner Dreimächteberatung unterwerfen die Wirtschaft Westdeutschlands den Zwecken der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens, indem sie die westdeutsche Wirtschaft von der Durchführung des sogenannten „Marshallplans" in Europa abhängig machen ...

6. Die Londoner Beratung hat einen speziellen Beschluß über die Ruhrfrage gefaßt. Es wurde beschlossen, eine besondere aus Vertretern der an der Londoner Beratung beteiligten Mächte bestehende Körperschaft zur Kontrolle über die Verteilung von Kohle, Koks und Stahl des Ruhrgebiets zu schaffen, wobei die Gewinnung von Kohle, Koks und Stahl der Kontrolle dieser Körperschaft entzogen wird. Das sichert den amerikanischen und britischen Industrie- und Finanzmonopolen die herrschende Stellung in der Ruhrindustrie ...

7. Aus allem Gesagten ist zu ersehen, daß die Londoner Beschlüsse eine gröbliche Verletzung der Abkommen von Jalta und Potsdam über die Frage der Einheit Deutschlands und über die Durchführung der Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands, über die Vernichtung des deutschen Kriegspotentials und die Liquidierung der Bedingungen sind, die eine neue deutsche Aggression erleichtern könnten...

Die separaten Londoner Beratungen der drei Mächte, an denen die Beneluxländer teilnahmen, und die Londoner Separatbeschlüsse dieser Mächte sind nicht dazu angetan, die Erzielung eines Abkommens zwischen den vier Mächten in der Frage Deutschlands zu erleichtern, es wird auch

das Vertrauen der Völker zu internationalen Abkommen untergraben, an denen die USA und Großbritannien beteiligt sind. Man begreift mühelos, daß die Verletzung besiegelter internationaler Abkommen kein Vertrauen zu denen schafft, die diese Abkommen verletzen.

Aus den dargelegten Gründen lehnen wir es ab, den Beschlüssen der Londoner Beratung Rechtskraft und irgendeine wie immer geartete moralische Autorität zuzuerkennen.

8. Im Einklang mit den Deutschlandabkommen von Jalta und Potsdam halten die Regierungen der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Polens, Rumäniens und Ungarns es für eine unaufschiebbare Aufgabe, vor allem über die folgenden Fragen zu entscheiden:

Erstens. Durchführung von Maßnahmen auf Grund einer Verständigung zwischen Großbritannien, der UdSSR, Frankreich und den USA, die die Vollendung der Entmilitarisierung Deutschlands sichern.

Zweitens. Einführung einer genau befristeten Kontrolle der vier Mächte – Großbritanniens, der UdSSR, Frankreichs und der USA – über die Schwerindustrie des Ruhrgebiets, zu dem Zweck, die Friedenszweige der Ruhrindustrie zu entwickeln und die Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials zu verhindern.

Drittens. Auf Grund einer Verständigung zwischen den Regierungen Großbritanniens, der UdSSR, Frankreichs und der USA als Garantie gegen die Wiederholung der deutschen Aggression eine provisorische, demokratische, friedliebende gesamtdeutsche Regierung aus Vertretern der demokratischen Parteien und Organisationen Deutschlands zu bilden.

Viertens. Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Einklang mit den Potsdamer Beschlüssen, mit der Maßgabe, daß die Besatzungstruppen aller Mächte binnen einem Jahr nach Abschluß des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden.

Fünftens. Ausarbeitung von Maßnahmen, die geeignet sind, Deutschland zur Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen gegenüber den durch die deutsche Aggression geschädigten Staaten anzuhalten.

Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion,
Bd. I, Vom Potsdamer Abkommen am 2. August 1945
bis zur Erklärung über die Herstellung der Souveränität
der Deutschen Demokratischen Republik am 25. März 1954.
Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte,
Berlin (1957), S. 183–185, 187–194.

49

Aus dem Zweijahrplan für 1949/1950,
beschlossen vom Parteivorstand der SED am 30. Juni 1948

Eine gewaltige Aufgabe steht vor dem deutschen Volk und seinen demokratischen Organisationen. Es gilt, den wirtschaftlichen Ruin und die Not zu überwinden, die durch den Krieg und die Zerreißung Deutschlands hervorgerufen wurden. Deshalb ist die unabdingbare Aufgabe aller demokratischen Kräfte der Kampf um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage und damit die Wiederherstellung einer unabhängigen Friedenswirtschaft für ganz Deutschland.

Die Spaltungsaktionen in Westdeutschland im Zusammenhang mit der Einbeziehung Deutschlands in den sogenannten Marshallplan, der uns der Möglichkeit beraubt, eine geeinte deutsche Wirtschaft, eine eigene gesamtdeutsche demokratische Regierung und einen Friedensvertrag für Deutschland zu erhalten, haben dahin geführt, daß die sowjetische Besatzungszone in der nächsten Zeit gezwungen sein wird, ihre Wirtschaft auf Grund eines eigenen Wirtschaftsplanes aufzubauen.

Die Werktätigen und ihre demokratischen Organisationen werden im Rahmen des Kampfes um die wirtschaftliche Einheit Deutschlands die Friedenswirtschaft der sowjetischen Besatzungszone auf neuer demokratischer Grundlage ohne sklavische Abhängigkeit vom Auslandskapital wiederherstellen und entwickeln. Sie werden damit sowohl dem eigenen Interesse als auch dem Interesse des gesamten deutschen Volkes dienen und den Beweis erbringen, daß der neue demokratische Weg zu einem besseren Leben führt.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die Vertreterin der deutschen Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes, hat den nachstehenden Plan für die wirtschaftliche Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone aufgestellt. Sie ruft die gesamte Bevölkerung der Zone, alle Männer und Frauen, vor allem aber die deutsche Jugend auf, mitzuhelfen, diesen Plan des Neuaufbaus in allen Wirtschaftszweigen zu erfüllen. Denn nur durch eine gesteigerte Produktion in Industrie, Handwerk und Landwirtschaft werden die Voraussetzungen für ein besseres Leben für die deutsche Bevölkerung geschaffen.

IV. Die Aussichten für die Entwicklung der Wirtschaft 1949/50

Die Grundlage des Zweijahrplans ist die neue demokratische Ordnung in Staat und Wirtschaft. Diese demokratische Ordnung gibt die Gewähr, daß die Arbeit dem Volke nützt. Es gilt, eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik durchzuführen, die dazu beiträgt, eine unabhängige Frie-

denswirtschaft eines einigen demokratischen Deutschlands zu erkämpfen, in dem es keine Krisen und keine Arbeitslosigkeit mehr gibt ...

Die Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone befindet sich in einer Periode ihrer Entwicklung, in der sich die Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben nicht mehr in den Rahmen kurzfristiger Pläne pressen läßt, sondern die Planung und das wirtschaftliche Vorausdenken für eine längere Zeit erfordert. Das ergibt sich aus der Notwendigkeit, eine Reihe von Betrieben mit Hilfe bedeutender Kapitalinvestitionen wiederherzustellen, zu erweitern beziehungsweise neu aufzubauen.

Hauptaufgaben in den Jahren 1949 bis 1950

In den Jahren 1949/50 müssen wir folgende Hauptaufgaben lösen:

1. Auf dem Gebiete der Industrie: Steigerung der Industrieproduktion durch bessere und restlose Ausnutzung der bestehenden Produktionskapazitäten und durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität sowie durch Wiederherstellung und Neubau von Betrieben.

2. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft: Erweiterung der Anbauflächen. Erhöhung der Hektarerträge und Vergrößerung des Bestandes an Nutzvieh mit dem Ziel, eine verbesserte Versorgung der Industrie mit Rohstoffen und einen bedeutend erhöhten Lebensstandard der Bevölkerung der Zone zu gewährleisten. In der Forstwirtschaft ist eine systematische Aufforstung notwendig.

Der Aufforstungsplan sieht vor, im Jahre 1949 40000 Hektar und im Jahre 1950 60000 Hektar neu anzupflanzen, davon 50 Prozent Kiefer, 30 Prozent Fichte und 20 Prozent Laubholz. Die schnellwachsenden Hölzer sollen bevorzugt angepflanzt werden. Es ist notwendig, die Kahlschläge bis zur Aufforstung mit Lupinen zu bebauen sowie dem Anbau von Wildfrüchten und der sonstigen Nebennutzung des Waldes Aufmerksamkeit zuzuwenden.

3. Auf dem Gebiete des Verkehrs: Erhöhung der durchschnittlichen Tagesverladung bei der Eisenbahn, Erweiterung der Produktion von neuen Güter- und Personenwagen, Vermehrung des rollenden Materials, gründliche Überholung einer größeren Zahl von Lokomotiven, höchstmögliche Ausnutzung der lokalen Schleppflotte mit kleiner Tonnage, Erweiterung der Durchlaßfähigkeit der Häfen und gründliche Wiederherstellung der wichtigsten Wasserwege.

4. Auf dem Gebiete der Arbeit: Weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität durch verbesserte Organisation der Arbeit und der Arbeitsbedingungen; weitgehende Einführung von Leistungslöhnen (Akkordlohn, Prämiensystem usw.); Festigung der Arbeitsdisziplin, Ausbau von Arbeits-, Unfall- und Gesundheitsschutz; Erweiterung des Netzes von Erholungsheimen und Sanatorien für die Werktätigen; Organisierung einer

größeren Zahl von Schulen und Kursen zur Ausbildung von Facharbeitern für Industrie und Transport sowie Erhöhung der Löhne im Zusammenhang mit der zunehmenden Arbeitsproduktivität.

5. Auf dem Gebiete des Interzonen- und Außenhandels: Größtmögliche Erweiterung des Interzonen- und Außenhandels, um Rohstoffe in die Zone einzuführen und Fertigwaren auszuführen, die Landwirtschaft mit Düngemitteln zu versorgen und Lebensmittel einzuführen, an denen es in der Zone mangelt. Es ist besonders wichtig, mehr Veredelungsaufträge hereinzubekommen, um die Industrie voll beschäftigen und Rohstoffe erhalten zu können.

6. Auf dem Gebiete des Binnenhandels: Verbesserung der Arbeit des Handelsnetzes und seine Erweiterung, insbesondere durch den Ausbau der Konsumgenossenschaften. Verbesserte Bedienung der Verbraucher, Kampf gegen den schwarzen Markt und Beseitigung der Quellen für diesen Markt.

7. Auf dem Gebiete der Kommunalwirtschaft: Bedeutende Erweiterung des Wohnraumes, der Schulen, Krankenhäuser, Theater, des städtischen Verkehrs, des Fernsprechnetzes usw., die durch den Krieg zerstört sind.

8. Auf dem Gebiete der Wissenschaft und Technik: Verstärkte Forschungs- und Konstruktionsarbeit zur Modernisierung und Normung und Typisierung der Industrieprodukte und der Industrieausrüstung; verstärkte Forschungs- und Schürfarbeiten zur vermehrten Förderung örtlicher Rohstoffe; Herausarbeitung der Probleme auf dem Gebiete der Erhöhung der Produktivität des Viehs und der industriellen Verarbeitung von Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Rohstoffen; Erweiterung der Ausbildung von Fachleuten, um die vorgesehene Entwicklung der Wirtschaft in der Zone zu gewährleisten.

9. Auf dem Gebiete der Leitung der Zonenwirtschaft: Die Arbeiten zur Wiederherstellung und Erweiterung von Industriebetrieben und zur Erfüllung der Wirtschaftspläne müssen im Brennpunkt der Aufmerksamkeit der deutschen Wirtschaftsverwaltungen der Zone und der Länder sowie der deutschen demokratischen Organisationen stehen.

Bei der Wiederherstellung und Entwicklung der Wirtschaft in der Zone muß das deutsche Volk vor allem auf seine eigene starke Kraft vertrauen, die auf Grund des Überganges der wirtschaftlichen Schlüsselpositionen in seine Hände weiterwachsen wird ...

Größtmögliche Verbesserung der Arbeit der volkseigenen Betriebe

Von größter Bedeutung ist die höchstmögliche Verbesserung der Arbeit der volkseigenen Betriebe der Zone. Vom Erfolg der volkseigenen Betriebe wird der Gesamterfolg unserer Arbeit zur Steigerung der Wirtschaft in der Zone abhängen. Die volkseigenen Betriebe haben eine große

Zukunft vor sich. Wir haben jedoch noch lange nicht alles getan, damit die volkseigenen Betriebe mit der notwendigen Wirksamkeit arbeiten können. Eines der wichtigsten Probleme zur Verbesserung der Arbeit in diesen Betrieben ist die Heranziehung und Beförderung qualifizierter Kräfte zu leitenden Angestellten, Ingenieuren, Technikern, die noch nicht in genügender Zahl vorhanden sind. Die neuen demokratischen Kräfte haben sich noch nicht genügend die Methoden einer wirtschaftlichen Betriebsleitung zu eigen gemacht. Wir sind in diesen Betrieben noch nicht alle Saboteure und Schädlinge losgeworden. Das Jahr 1948 muß ein Jahr der ernsten Wendung in der Arbeit der volkseigenen Betriebe, das Jahr der erhöhten Rentabilität dieser Betriebe, das Jahr einer starken Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Verwandlung der volkseigenen Betriebe in vorbildliche Betriebe werden. Es ist ferner notwendig, eine starke Verbesserung der Qualität der Produktion zu erreichen. Es darf nicht zugelassen werden, daß die Warenzeichen der volkseigenen Betriebe in Mißkredit geraten im Vergleich zu der Zeit, als diese Betriebe den Privatmonopolen gehörten. Im Gegenteil, die Qualität der Erzeugnisse muß eine bessere werden. Es muß alles getan werden, um Ausschuß zu verhindern. Bei der Lösung dieser Aufgaben haben Gewerkschaften, Betriebsräte und die Organe der Volkskontrolle eine große Verantwortung.

In allen volkseigenen Betrieben ist der Kampf aufzunehmen für maximale Sparsamkeit durch Verbilligung des Verwaltungsapparates und durch Kürzung überflüssiger Einrichtungen, für sorgfältige Behandlung der Werksausrüstung, für rechtzeitige, vorbeugende und gründliche Instandsetzung der Maschinen und Werkbänke und für Einsparung von Roh- und Hilfsstoffen.

Um die Wirtschaft voranzubringen, können wir unsere Aufmerksamkeit jedoch nicht nur auf die Entwicklung der Volksbetriebe beschränken, da es in der sowjetischen Besatzungszone neben den volkseigenen Betrieben etwa 36 000 Industriebetriebe gibt, die sich in Privatbesitz befinden. Es muß für alle klar sein, daß es notwendig ist, neben einer Produktionssteigerung in den volkseigenen Betrieben die Privatinitiative und das private Unternehmertum in jeder Weise einzusetzen, um die Produktion zu steigern und die Wirtschaft der Zone wiederherzustellen.

Eine bedeutende Rolle bei der wirtschaftlichen Wiederherstellung und Entwicklung müssen auch Handwerk und Kleingewerbe spielen. Gegenwärtig gibt es in der Zone rund 300 000 Klein- und Handwerksbetriebe, in denen etwa eine Million Menschen beschäftigt werden. Es ist notwendig, um die volkseigenen Betriebe einen Kranz von Handwerksbetrieben zu bilden, die als Zubringerbetriebe wirken oder Reparaturen ausführen. Auch ein engeres Zusammenarbeiten von Industrie und Handwerk ist erforderlich. Viele Abfälle, die in Industriebetrieben nicht verarbeitet wer-

den, kann das Handwerk restlos ausnutzen. Die Ein- und Verkaufsgenossenschaften sind in der Lage, diese Abfälle den geeigneten Handwerksbetrieben zuzuleiten. Das Kleingewerbe stellt die verschiedenartigsten Erzeugnisse her, die sowohl der Befriedigung des Massenbedarfs als auch dem Export dienen. Die Unterstützung dieser Betriebe wird wesentlich zur Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung beitragen ...

Jeder Deutsche wird begreifen, daß der Kampf um eine höchstmögliche Erweiterung und Entwicklung der Wirtschaft der Zone, um die Erfüllung und Übererfüllung des Wirtschaftsplanes für das Jahr 1948 die einzige Möglichkeit bietet, eine Verbesserung der materiellen Existenzbedingungen unseres Volkes zu erreichen. Das fordert von uns große Anstrengungen, große Arbeit und Disziplin. Wir arbeiten für unsere Familie, für unsere Heimat, für die Zukunft unserer Kinder. Die Not und die Schwierigkeiten sind groß, aber wir müssen alle unsere Kräfte entfalten, um sie zu überwinden.

Wir, die deutschen Arbeiter, Handwerker, Bauern, Ingenieure und Techniker, Landwirte, Wissenschaftler aller Fachgebiete, Intellektuelle, Angehörige des Mittelstandes, besonders aber die Jugend, wir sind die Kraft, die imstande ist, unsere Wirtschaft aufzubauen, zusätzliche Hilfsquellen ausfindig zu machen und die ganze unerschöpfliche Initiative, die Energie und den Erfindergeist des ganzen Volkes zu mobilisieren.

Schwer und dornig ist unser Weg, aber er führt zum Neuaufbau unseres Vaterlandes auf der Grundlage der Freiheit und Demokratie.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands gibt ihrer festen Überzeugung Ausdruck, daß alle antifaschistischen demokratischen Parteien und Gewerkschaften, die Bauernorganisationen und die demokratische Presse die Bedeutung der oben dargelegten Aufgaben in gebührender Weise einschätzen und alle Kraft zur Erfüllung dieses großen, schwierigen und verantwortungsvollen Werkes, des Zweijahrplans, einsetzen.

Unsere Losung heißt:
Der Zweijahrplan sichert eine bessere Zukunft unseres Volkes!
Darum Erfüllung und Übererfüllung des Planes!
Mehr produzieren – besser leben!

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralsekretariats
und des Politischen Büros.
Hrsg. vom Parteivorstand
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. II,
Berlin 1952, S. 22/23, 53–55, 68–70, 73/74.

50

Frankfurter Direktiven des amerikanischen, des britischen und des französischen Militärgouverneurs in Westdeutschland an die Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszonen vom 1. Juli 1948

1. Dokument

Verfassunggebende Versammlung

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen ihrer Regierungen autorisieren die Militärgouverneure der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone in Deutschland die Ministerpräsidenten der Länder ihrer Zonen, eine Verfassunggebende Versammlung einzuberufen, die spätestens am 1. September 1948 zusammentreten sollte.

Die Abgeordneten zu dieser Versammlung werden in jedem der bestehenden Länder nach den Verfahren und Richtlinien ausgewählt, die durch die gesetzgebende Körperschaft in jedem dieser Länder angenommen werden. Die Gesamtzahl der Abgeordneten zur Verfassunggebenden Versammlung wird bestimmt, indem die Gesamtzahl der Bevölkerung nach der letzten Volkszählung durch 750 000 oder eine ähnliche von den Ministerpräsidenten vorgeschlagene und von den Militärgouverneuren gebilligte Zahl geteilt wird.

Die Anzahl der Abgeordneten von jedem Land wird im gleichen Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitglieder der Verfassunggebenden Versammlung stehen, wie seine Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung der beteiligten Länder.

Einheit und Föderalismus

Die Verfassunggebende Versammlung wird eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die für die beteiligten Länder eine Regierungsform des föderalistischen Typs schafft, die am besten geeignet ist, die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit schließlich wieder herzustellen und die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentralinstanz schafft und Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält.

Wenn die Verfassung in der von der Verfassunggebenden Versammlung ausgearbeiteten Form mit diesen allgemeinen Grundsätzen nicht im Widerspruch steht, werden die Militärgouverneure ihre Vorlage zur Ratifizierung genehmigen. Die Verfassunggebende Versammlung wird daraufhin aufgelöst.

Die Ratifizierung in jedem beteiligten Land erfolgt durch ein Referendum, das eine einfache Mehrheit der Abstimmenden in jedem Land erfordert, nach von jedem Land jeweils anzunehmenden Regeln und Verfahren. Sobald die Verfassung von zwei Dritteln der Länder ratifiziert ist, tritt sie in Kraft und ist für alle Länder bindend. Jede Abänderung der Verfassung muß künftig von einer gleichen Mehrheit der Länder ratifiziert

werden, innerhalb von 30 Tagen nach Inkrafttreten der Verfassung sollen die darin vorgesehenen Einrichtungen geschaffen sein.

2. Dokument
Ländergrenzen

Die Ministerpräsidenten sind ersucht, die Grenzen der einzelnen Länder zu überprüfen, um zu bestimmen, welche Änderungen sie etwa vorzuschlagen wünschen. Solche Änderungen sollten den überlieferten Formen Rechnung tragen und möglichst die Schaffung von Ländern vermeiden, die im Vergleich mit den anderen Ländern entweder zu groß oder zu klein sind.

Wenn diese Empfehlungen von den Militärgouverneuren nicht mißbilligt werden, sollten sie zur Annahme durch die Bevölkerung der betroffenen Gebiete spätestens zur Zeit der Auswahl der Mitglieder der Verfassunggebenden Versammlung vorgelegt werden.

Bevor die Verfassunggebende Versammlung ihre Arbeiten beendet, werden die Ministerpräsidenten die notwendigen Schritte für die Wahl der Landtage derjenigen Länder unternehmen, deren Grenzen geändert worden sind, so daß diese Landtage sowie die Landtage der Länder, deren Grenzen nicht geändert worden sind, in der Lage sind, die Wahlverfahren und Bestimmungen für die Ratifizierung der Verfassung festzusetzen.

Die Schaffung einer verfassungsmäßigen deutschen Regierung macht eine sorgfältige Definition der Beziehungen zwischen dieser Regierung und den alliierten Behörden notwendig. Nach Ansicht der Militärgouverneure sollten diese Beziehungen auf den folgenden allgemeinen Grundsätzen beruhen.

3. Dokument
Besatzungsstatut

1. Die Militärgouverneure werden den deutschen Regierungen Befugnisse der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Rechtsprechung gewähren und sich solche Zuständigkeiten vorbehalten, die nötig sind, um die Erfüllung des grundsätzlichen Zwecks der Besatzung sicherzustellen. Solche Zuständigkeiten sind diejenigen, welche nötig sind, um die Militärgouverneure in die Lage zu setzen:

a) Deutschlands auswärtige Beziehungen vorläufig wahrzunehmen und zu leiten;

b) das Mindestmaß der notwendigen Kontrollen über den deutschen Außenhandel und über innenpolitische Richtlinien und Maßnahmen, die den Außenhandel nachteilig beeinflussen könnten, auszuüben, um zu gewährleisten, daß die Verpflichtungen, welche die Besatzungsmächte in bezug auf Deutschland eingegangen sind, geachtet werden und daß die

für Deutschland verfügbar gemachten Mittel zweckmäßig verwendet werden;

c) vereinbarte oder noch zu vereinbarende Kontrollen, wie z. B. in bezug auf die Internationale Ruhrbehörde, Reparationen, Stand der Industrie, Dekartellisierung, Abrüstung und Entmilitarisierung und gewisse Formen wissenschaftlicher Forschung, auszuüben;

d) das Ansehen der Besatzungsstreitkräfte zu schützen und sowohl ihre Sicherheit als auch die Befriedigung ihrer Bedürfnisse innerhalb bestimmter, zwischen den Militärgouverneuren vereinbarten Grenzen zu gewährleisten;

e) die Beachtung der von ihnen gebilligten Verfassungen zu sichern.

Notstandsvorbehalte und Legislative

2. Die Militärgouverneure werden die Ausübung ihrer vollen Machtbefugnisse wieder aufnehmen, falls ein Notstand die Sicherheit bedroht und um nötigenfalls die Beachtung der Verfassungen und des Besatzungsstatuts zu sichern.

3. Die Militärgouverneure werden die obenerwähnten Kontrollen nach folgendem Verfahren ausüben:

a) jede Verfassungsänderung ist den Militärgouverneuren zur Genehmigung vorzulegen;

b) auf den in den Absätzen a und e in § 1 obenerwähnten Gebieten werden die deutschen Behörden den Beschlüssen oder Anweisungen der Militärgouverneure Folge leisten.

4. Sofern nicht anders bestimmt, insbesondere bezüglich der Anwendung des vorgehenden § 2, treten alle Gesetze und Bestimmungen der föderativen Regierung ohne weiteres innerhalb von 21 Tagen in Kraft, wenn sie nicht von den Militärgouverneuren verworfen werden.

Besondere Verantwortlichkeit der Militärgouverneure

Die Beobachtung, Beratung und Unterstützung der föderativen Regierung und der Länderregierungen bezüglich der Demokratisierung des politischen Lebens, der sozialen Beziehungen und der Erziehung werden eine besondere Verantwortlichkeit der Militärgouverneure sein. Dies soll jedoch keine Beschränkung der diesen Regierungen zugestandenen Vollmachten auf den Gebieten der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung bedeuten.

Die Militärgouverneure ersuchen die Ministerpräsidenten, sich zu den vorstehenden Grundsätzen zu äußern. Die Militärgouverneure werden daraufhin diese allgemeinen Grundsätze mit von ihnen etwa genehmigten Abänderungen der Verfassunggebenden Versammlung als Richtlinien für deren Vorbereitung der Verfassung übermitteln und werden die von ihr etwa dazu vorgebrachten Äußerungen entgegennehmen.

Wenn die Militärgouverneure ihre Zustimmung zur Unterbreitung der

Verfassung an die Länder ankündigen, werden sie gleichzeitig ein diese Grundsätze in ihrer endgültig abgeänderten Form enthaltendes Besatzungsstatut veröffentlichen, damit sich die Bevölkerung der Länder darüber im klaren ist, daß sie die Verfassung im Rahmen des Besatzungsstatuts annimmt.

Beauftragte der Militärgouverneure werden bereit sein, die Ministerpräsidenten und die Verfassunggebende Versammlung in allen Angelegenheiten, die diese vorzubringen wünschen, zu beraten und zu unterstützen.

Dokumentation der Zeit (Berlin), 1949, H. 2, S. 79/80.

51

Stellungnahme der Ministerpräsidenten der drei westlichen Besatzungszonen zu den Frankfurter Direktiven, angenommen von der Koblenzer Konferenz der Ministerpräsidenten vom 8. bis 10. Juli 1948

Mantelnote

Die Ministerpräsidenten der Länder der drei westlichen Besatzungszonen haben sich vom 8. bis 10. Juli dieses Jahres in Koblenz versammelt, um die von ihnen erbetenen Antworten auf die am 1. Juli dieses Jahres überreichten Dokumente zu beraten. Sie haben die darin niedergelegten Aufträge der Militärgouverneure einer eingehenden Diskussion unterworfen und sind dabei einstimmig zu den in den Anlagen zu diesem Schreiben enthaltenen Auffassungen gekommen, um deren Prüfung sie bitten.

Die Vorschläge sind Ausdruck ihres Willens, an der Lösung der gestellten Probleme schöpferisch mitzuarbeiten und das in den Dokumenten gesteckte Ziel möglichst schnell und wirksam zu erreichen.

Die Ministerpräsidenten sind davon überzeugt, daß die Notstände, unter denen Deutschland heute leidet, nur bezwungen werden können, wenn das deutsche Volk in die Lage versetzt wird, seine Angelegenheiten auf der jeweils möglichen höchsten territorialen Stufe selbst zu verwalten. Sie begrüßen es daher, daß die Besatzungsmächte entschlossen sind, die ihrer Jurisdiktion unterstehenden Gebietsteile Deutschlands zu einem einheitlichen Gebiet zusammenzufassen, dem von der Bevölkerung selbst eine kraftvolle Organisation gegeben werden soll, die es ermöglicht, die Interessen des Ganzen zu wahren, ohne die Rechte der Länder zu gefährden.

Die Ministerpräsidenten glauben jedoch, daß, unbeschadet der Gewährung möglichst vollständiger Autonomie an die Bevölkerung dieses Gebietes, alles vermieden werden müßte, was dem zu schaffenden Ge-

bilde den Charakter eines Staates verleihen würde; sie sind darum der Ansicht, daß auch durch das hierfür einzuschlagende Verfahren zum Ausdruck kommen müßte, daß es sich lediglich um ein Provisorium handelt sowie um eine Institution, die ihre Entstehung lediglich dem augenblicklichen Stand der mit der gegenwärtigen Besetzung Deutschlands verbundenen Umstände verdankt.

In Anbetracht der bisherigen Unmöglichkeit einer Einigung der vier Besatzungsmächte über Deutschland müssen die Ministerpräsidenten besonderen Wert darauf legen, daß bei der bevorstehenden Neuregelung alles vermieden wird, was geeignet sein könnte, die Spaltung zwischen West und Ost weiter zu vertiefen. Sie sind der Überzeugung, daß das von ihnen vorgeschlagene Verfahren geeignet ist, das in Anbetracht der gegebenen Verhältnisse zur Bewältigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten tauglichste Instrument für die Verwaltung des den drei westlichen Besatzungsmächten unterstehenden Gebietes Deutschlands in der kürzesten Zeit zu schaffen.

Für den Vorschlag der Ministerpräsidenten, von einem Volksentscheid Abstand zu nehmen, waren die gleichen Erwägungen maßgebend. Ein Volksentscheid würde dem Grundgesetz ein Gewicht verleihen, das nur einer endgültigen Verfassung zukommen sollte. Die Ministerpräsidenten möchten an dieser Stelle noch einmal betonen, daß ihrer Meinung nach eine deutsche Verfassung erst dann geschaffen werden kann, wenn das gesamte deutsche Volk die Möglichkeit besitzt, sich in freier Selbstbestimmung zu konstituieren; bis zum Eintritt dieses Zeitpunktes können nur vorläufige organisatorische Maßnahmen getroffen werden.

In der Frage der Änderung der Ländergrenzen sind die Ministerpräsidenten einmütig der Ansicht geworden, daß eine grundsätzliche und endgültige Lösung geboten ist und eingehender Prüfung bedarf.

Eine Überprüfung der Grenzen der einzelnen Länder muß von dem Bestreben geleitet sein, für das geeinte Deutschland eine innerstaatliche Gliederung zu schaffen, die die Erfordernisse eines gut funktionierenden, föderativen Staatswesens berücksichtigt. Neben den Erfordernissen der Gegenwart, im besonderen dem Gesichtspunkt der Gestaltung von leistungsfähigen und ausgewogenen Ländern, sollte dabei überlieferten Formen Rechnung getragen werden. Eine solche Überprüfung und Gestaltung der Länder im vereinigten Verwaltungsgebiet ist eine deutsche Aufgabe. Sie setzt das Vorhandensein gemeinsamer Organe demokratisch-parlamentarischen Charakters voraus. Sie kann daher nicht in kurzer Zeit gelöst werden.

Die Beseitigung der im Südwesten Deutschlands bestehenden, besonders unerfreulichen territorialen Verhältnisse durch die interessierten Länder selbst sollte dadurch nicht behindert werden.

Mit besonderem Ernst haben die Ministerpräsidenten die Probleme geprüft, die mit der Ordnung der Ausübung der Besatzungsherrschaft zusammenhängen. Sie haben mit Genugtuung von der Absicht Kenntnis genommen, die Beziehungen zu den Besatzungsmächten auf eine klare Rechtsgrundlage zu stellen. Die Ministerpräsidenten sind jedoch der Ansicht, daß der Erlaß eines Besatzungsstatutes durch die Militärgouverneure schon vor der Aufnahme der Tätigkeit der mit der Beratung des Grundgesetzes für das Gebiet der drei Westzonen beauftragten Körperschaft eine dringende Notwendigkeit ist; nur dann wird diese eine sichere Arbeitsgrundlage haben. Sie sind weiter der Meinung, daß in dem Besatzungsstatut deutlich zum Ausdruck kommen sollte, daß auch die nunmehr geplanten organisatorischen Änderungen letztlich auf den Willen der Besatzungsmächte zurückgehen, woraus sich andere Konsequenzen ergeben müssen, als wenn sie ein Akt freier Selbstbestimmung des deutschen Volkes wären.

Mit ihren eingehenden Vorschlägen wollen die Ministerpräsidenten ihrer Überzeugung Ausdruck verleihen, daß den deutschen Organen alle Befugnisse zustehen sollten, die ihnen nicht durch das Besatzungsstatut selbst vorenthalten werden; von bestimmten Ausnahmen abgesehen, sollten sich die Maßnahmen der Besatzungsmächte grundsätzlich auf die Überwachung der Tätigkeit der deutschen Organe unter dem Gesichtspunkt der Sicherstellung der Erfüllung der Besatzungszwecke beschränken.

Besonders bedeutsam erscheint hierbei die Notwendigkeit, den deutschen Außenhandel – unbeschadet einer wirksamen Überwachung durch die Besatzungsbehörden – von den Beschränkungen zu befreien, unter denen seine Ergiebigkeit heute zu leiden hat. Sie sind übrigens der Meinung, daß über die Bestimmungen des Besatzungsstatuts hinaus bald die Möglichkeit für Handelsvertragsverhandlungen geschaffen werden sollte, die von deutschen Stellen zu führen wären, deren Ergebnis jedoch der Ratifikation durch die Besatzungsmächte unterliegen würde.

Sie glauben weiter, daß es sich empfehlen könnte, die internationale Ruhrbehörde in Anbetracht der Besonderheit ihrer Funktionen außerhalb des Besatzungsstatuts zu lassen.

Was die Wiederaufnahme der vollen Machtbefugnisse der Militärgouverneure zur Beseitigung von Notständen anlangt, so glauben die Ministerpräsidenten sich mit den Militärgouverneuren einig in der Meinung, daß es im Falle bloßer polizeilicher Notstände die Aufgabe der deutschen Regierungen sein sollte, das zu ihrer Bewältigung Erforderliche zu tun.

Schließlich richten die Ministerpräsidenten an die Militärgouverneure die Bitte, in regelmäßigen Zeitabständen zu prüfen, ob die Entwicklung der Verhältnisse nicht eine weitere Ausdehnung der deutschen Zuständigkeiten und einen weiteren Abbau der Kontrolle erlauben könnte.

Die Ministerpräsidenten sprechen endlich den Wunsch und die Erwartung aus, daß durch einen Beschluß der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten der Kriegszustand aufgehoben werden möge.

Bei der Fülle der Probleme, die durch die vorgesehene Neuregelung aufgeworfen werden, konnten sich die Ministerpräsidenten in den beigefügten Anlagen nur zu den wesentlichen Punkten äußern. Sie geben daher der Bitte Ausdruck, daß ihnen Gelegenheit geboten werden möge, ihre in den Anlagen und in diesem Schreiben niedergelegten Auffassungen und Wünsche den Militärgouverneuren auch noch mündlich zu erläutern.

Die Ministerpräsidenten möchten nicht schließen, ohne den Militärgouverneuren dafür zu danken, daß sie durch ihre Initiative die Möglichkeiten für eine immer weiter fortschreitende Entwicklung der Demokratie erweitert haben, die sich nur dort zu entfalten vermag, wo ein Volk in freier Entscheidung Verantwortung auf sich nehmen und über sich selbst bestimmen kann. Sie geben der Versicherung Ausdruck, daß sie ebenso wie die Militärgouverneure alles tun werden, was dem Frieden der Welt und der Einheit eines freien und demokratischen Deutschlands dienlich sein kann.

Stellungnahme der Ministerpräsidenten
zu dem Dokument Nr. I

1. Die Ministerpräsidenten werden die ihnen am 1. Juli 1948 durch die Militärgouverneure der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone übertragenen Vollmachten wahrnehmen.

2. Die Einberufung einer deutschen Nationalversammlung und die Ausarbeitung einer deutschen Verfassung sollen zurückgestellt werden bis die Voraussetzungen für eine gesamtdeutsche Regelung gegeben sind und die deutsche Souveränität in ausreichendem Maße wieder hergestellt ist.

3. Die Ministerpräsidenten werden den Landtagen der drei Zonen empfehlen, eine Vertretung (Parlamentarischer Rat) zu wählen, die die Aufgabe hat

a) ein Grundgesetz für die einheitliche Verwaltung des Besatzungsgebietes der Westmächte auszuarbeiten,

b) ein Wahlgesetz für eine auf allgemeinen und direkten Wahlen beruhende Volksvertretung zu erlassen.

Die Beteiligung der Länderregierungen an den Beratungen des Parlamentarischen Rates ist sicherzustellen.

Die Vertretung soll nach den ziffernmäßigen Vorschlägen des Dokumentes Nr. I gebildet werden und spätestens bis zum 1. September 1948 zusammentreten. Jedes Land stellt mindestens einen Vertreter; für min-

destens 200 000 überschießende Stimmen wird ein weiterer Vertreter bestellt.

4. Die Wahlen zur Volksvertretung sollen noch im Laufe des Jahres 1948 durchgeführt werden.

5. Das Grundgesetz muß außer der aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Volksvertretung eine bei der Gesetzgebung mitwirkende Vertretung der Länder vorsehen.

6. Hat die aus den Landtagen gewählte Vertretung (Ziffer 2) ihre Aufgabe erfüllt, so werden die Ministerpräsidenten nach Anhörung der Landtage das Grundgesetz mit ihrer Stellungnahme den Militärgouverneuren zuleiten, die gebeten werden, die Ministerpräsidenten zur Verkündung dieses Gesetzes zu ermächtigen.

7. Die Volksvertretung soll alle Funktionen erfüllen, die einem demokratisch gewählten Parlament zukommen.

8. Das für das Besatzungsgebiet der Westmächte vorgesehene gemeinsame Exekutivorgan wird nach Maßgabe des Grundgesetzes bestellt.

Stellungnahme der Ministerpräsidenten
zu dem Dokument Nr. II

Die Ministerpräsidenten stimmen mit den Militärgouverneuren überein, daß eine Überprüfung der Grenzen der deutschen Länder zweckmäßig ist.

Sie sind jedoch der Ansicht, daß diese Frage einer sorgfältigen Untersuchung bedarf, die innerhalb kurzer Frist nicht durchzuführen ist.

Unter diesen Umständen können die Ministerpräsidenten von sich aus im Augenblick keine Gesamtlösung unterbreiten. Sie sind aber der Ansicht, daß die Grenzen der Länder im Südwesten dringend einer Änderung bedürfen. Über diese Änderung soll der Parlamentarische Rat beraten und den Ministerpräsidenten Vorschläge unterbreiten.

Das Recht der beteiligten Länder, selbständig eine Regelung zu treffen, bleibt unberührt.

Stellungnahme der Ministerpräsidenten
zu dem Dokument Nr. III

Leitsätze für ein Besatzungsstatut
I

1. Zur Verwirklichung der wirtschaftlichen und administrativen Einheit aller der Besatzungshoheit Großbritanniens, Frankreichs und der USA unterstehenden deutschen Gebietsteile werden diese zu einem einheitlichen Gebiet zusammengeschlossen, mit dessen Organisation die Besatzungsmächte dessen Bevölkerung beauftragen.

2. Die deutschen Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Rechtsprechungsbefugnisse sind nur durch die sich aus dem Text des Besatzungsstatutes

selbst ergebenden Befugnisse der Besatzungsmächte beschränkt. Die Vermutung spricht für die Zuständigkeit der deutschen Organe.

3. Die Besatzungsmächte behalten sich Maßnahmen nur insoweit vor, als diese zur Sicherheit der Verwirklichung der Besatzungszwecke notwendig sind.

4. Diese Maßnahmen können bestehen in

a) eigener unmittelbarer Verwaltung durch Besatzungsorgane,

b) Kontrolle,

c) Überwachung,

d) Beobachtung, Beratung und Unterstützung.

5. Die Besatzungszwecke sind

a) Gewährleistung der Sicherheit der Besatzungstruppen,

b) Gewährleistung des Bestandes einer demokratischen Ordnung in Deutschland,

c) Entmilitarisierung Deutschlands,

d) Gewährleistung der Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen Deutschlands.

6. Unmittelbare Verwaltung wird durch die Besatzungsmächte ausgeübt zur vorläufigen Wahrnehmung der auswärtigen Angelegenheiten; jedoch sind deutsche Vertretungen zur Wahrung der wirtschaftlichen und Handelsinteressen im Ausland zugelassen, deren Leiter die einem Konsul entsprechende Rechtsstellung haben sollen.

7. Die Maßnahmen der Besatzungsmächte beschränken sich grundsätzlich auf allgemeine Überwachung der Tätigkeit der deutschen Organe. Dem deutschen Außenhandel gegenüber kann das Recht der Kontrolle ausgeübt werden, jedoch nur insoweit, als zu befürchten ist, daß die Verpflichtungen, welche die Besatzungsmächte in bezug auf Deutschland eingegangen sind, nicht beachtet oder die für Deutschland verfügbar gemachten Mittel nicht zweckmäßig verwendet werden. Die Kontrolle soll sich nicht darauf erstrecken, ob die deutschen Maßnahmen technisch richtig und zweckmäßig sind.

Die Kontrolle wird sich weiterhin beziehen können auf die Sicherstellung der noch fälligen deutschen Reparationsverpflichtungen, die Einhaltung der den Stand der deutschen Industrie festlegenden Bestimmungen, die Durchführung der Dekartellisierung, der Abrüstung und Entmilitarisierung sowie auf solche wissenschaftlichen Forschungsunternehmen, die der deutschen Kriegswirtschaft gedient haben.

Die Befugnisse einer internationalen Ruhrbehörde sind nicht Gegenstand dieses Statutes.

8. Anweisungen im Rahmen obiger Bestimmungen werden nur durch die obersten Organe der Besatzungsmächte an die oberste deutsche Gebietsbehörde erteilt.

9. Einem ordnungsgemäß erlassenen deutschen Gesetz gegenüber soll von dem Rechte des Einspruchs nur Gebrauch gemacht werden, wenn es geeignet ist, die Verwirklichung der Besatzungszwecke zu gefährden. Wenn nicht binnen 21 Tagen nach Erlaß dieses Gesetzes von den Militärgouverneuren gemeinsam Einspruch eingelegt wird, tritt das Gesetz in Kraft.

10. Auf dem Gebiete der Demokratisierung des politischen und sozialen Lebens sowie der Erziehung werden sich die Besatzungsmächte auf Beobachtung, Beratung und Unterstützung beschränken.

11. Die Unabhängigkeit und territoriale und sachliche Universalität der deutschen Rechtspflege wird anerkannt.

12. Die Gerichtsbarkeit der Besatzungsgerichte wird beschränkt auf

a) die nichtdeutschen Mitglieder der Besatzungstruppen und der Besatzungsverwaltung sowie deren Familienangehörige,

b) Verbrechen und Vergehen gegen die Sicherheit oder Eigentum der Besatzungsmächte oder die Person ihrer Angehörigen.

13. Für Rechtsstreitigkeiten zwischen Deutschen und Angehörigen der Besatzungsmächte werden gemischte Gerichte gebildet.

II

Der deutschen Bevölkerung werden die allgemeinen Menschenrechte sowie die bürgerlichen Rechte und Freiheiten auch den Organen der Besatzungsmächte gegenüber gewährleistet.

III

1. Natural- und Dienstleistungen können nur in dem Umfange gefordert werden, der notwendig ist, um die Bedürfnisse der Besatzungstruppen und der Besatzungsverwaltung zu befriedigen. Sie müssen im Verhältnis zu den Hilfsquellen des Landes stehen.

2. Art und Umfang der aufzubringenden Natural- und Dienstleistungen sowie die Form ihrer Vergütung werden durch die Militärgouverneure gemeinsam bestimmt. Es ist für Anforderung und Aufbringung ein besonderes Verfahren zu schaffen, bei dem deutsche Stellen zu beteiligen sind.

3. Die Besatzungskosten sind für ein Jahr im voraus festzusetzen. Hierauf sind sämtliche deutschen Leistungen nach Ziffer III 1 bis 2 in Anrechnung zu bringen.

Die Kosten müssen in einer festen Summe festgesetzt werden und dürfen einen bestimmten Prozentsatz der fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Haushalts nicht überschreiten. Die Festsetzung wird im Benehmen mit den zuständigen deutschen Stellen erfolgen.

IV

Für die Durchführung der Sicherstellung der Reparationsleistung und der Vorgriffe auf die noch festzusetzenden deutschen Reparationsverpflich-

tungen sowie für die Durchführung der Restitutionen wird ein besonderes Verfahren geschaffen werden, das eine gemeinsame Beteiligung deutscher Organe vorsehen wird.

V

Für die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung des Besatzungsstatutes werden Schieds- und Vergleichsstellen geschaffen werden.

VI

Falls die Militärgouverneure die Wiederaufnahme der Ausübung ihrer Machtbefugnisse für notwendig erachten, werden sie dies nur als Notmaßnahme und in gemeinsamer Entschließung tun, sowie nur für den Fall, daß ein Notstand die Sicherheit bedroht oder es erforderlich erscheint, um die Beachtung der Verfassungen und des Besatzungsstatuts zu erzwingen.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und Besatzungsstatut.
Mit einer Einl. von Staatsrat Prof. Dr. Karl Schmid,
Textausgabe mit einem ergänzenden Anhang
zusammengestellt und erläutert von Dr. Werner Matz,
Stuttgart/Köln 1949, S. 115–124.

52

Aus dem Beschluß der Tagung des Ausschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien vom 5. August 1948

Der gemeinsame Ausschuß stellte sich bei seiner Bildung am 14. Juli 1945 folgende Aufgaben[1] ...

Bei Überprüfung dieser ursprünglichen Ziele der Blockpolitik, wie sie bereits am 14. Juli 1945 festgelegt wurden, ergab sich die einmütige Auffassung, daß diese Fragen auch heute noch volle Aktualität beanspruchen dürfen und ihre Weiterverfolgung damit notwendig ist.

Der Aufgabenkreis des antifaschistischen Blockes hat sich im Verlaufe der letzten drei Jahre sogar erheblich erweitert. Die neuen Aufgaben sind politisch durch die Entwicklung der Demokratie in den Gemeinden und Landesparlamenten und wirtschaftlich durch die Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission sowie die Vorbereitung eines Zweijahresplanes zum Aufbau der Wirtschaft gegeben.

Der gemeinsame Ausschuß der antifaschistisch-demokratischen Parteien stellt fest, daß die Blockausschüsse in der Zone in besonderem Maße Pflicht und Verantwortung tragen für den wirtschaftlichen Aufbau und die Festigung der Demokratie.

[1] Siehe Dokument Nr. 7, S. 358/359.

Die Parteien sind sich darüber einig, daß der Deutsche Volkskongreß seine gesamtdeutschen Aufgaben festhalten und weiterentwickeln muß. Die frivole Zumutung gewisser deutscher Journalisten, die sich als amerikanische Agenten betätigen, die Ostzone zu einer Irredenta, also einem unerlösten Gebiet, zu erklären, fand schärfste Zurückweisung. Alle antifaschistisch-demokratischen Parteien der sowjetisch besetzten Zone sind sich klar darüber, daß hier der verbrecherische Versuch unternommen wird, unter verschwommenen nationalistischen Vorstellungen eine illegale Arbeit einzuleiten, die jeden Wiederaufbau stört und das größte Unglück für das deutsche Volk bedeuten würde.

Die Entwicklung der Verhältnisse in Berlin hat den Beweis erbracht, wohin eine solche verhängnisvolle Politik führt. Der gemeinsame Ausschuß der antifaschistisch-demokratischen Parteien erwartet von den fortschrittlich-demokratischen Kräften Berlins, daß sie sich gegenüber den durch die Einführung der Westmark für Berlin eingeleiteten Spaltungsmaßnahmen zu gemeinsamem Handeln zusammenschließen, um den gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Notstand überwinden zu helfen.

Neues Deutschland (B) (Berlin),
6. August 1948.

53

Verbot der Sozialisierung der Kohlenindustrie im Lande Nordrhein-Westfalen durch die britische Militärregierung am 23. August 1948

An: Landtagspräsident
Land Nordrhein-Westfalen

Betr.: Sozialisierung der Kohlenindustrie

Der Beschluß des Landtages von Nordrhein-Westfalen bezüglich der Überführung der Kohlenindustrie in Gemeineigentum, der mir mit Schreiben Nr. 2972/48 Be. vom 11. August 1948 übersandt wurde, ist mit dem Militärgouverneur besprochen worden.

Der Militärgouverneur erkennt durchaus an, daß starke Strömungen in Nordrhein-Westfalen zugunsten der Sozialisierung der Kohlenindustrie vorhanden sind und daß es notwendig ist, die Regelung der Eigentumsfrage so schnell wie irgend möglich herbeizuführen. Indessen ist es der Militärregierung nicht möglich, die Vollmacht zur Verkündung der Verordnung zu erteilen, wie in dem Beschluß des Landtages erbeten ist, und ebenso bin ich außerstande, meine Genehmigung zu dem vom Landtag verabschiedeten Gesetzentwurf betreffend die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft im Lande Nordrhein-Westfalen bei seiner Vorlage zu geben.

Die Gründe hierfür sind folgende:

Die im Land Nordrhein-Westfalen vorhandenen Kohlenbergwerke gehören zum nationalen Vermögen, und aus diesem Grunde sind alle weitreichenden Maßnahmen, die das Eigentum an ihnen und ihre Leitung berühren, Angelegenheiten, die auch die anderen Länder angehen. Die Militärregierung vertritt daher die Ansicht, daß die Frage der Sozialisierung der Kohlenindustrie von einer deutschen Regierung und nicht von einer Landesregierung behandelt werden sollte. Es ist der Militärregierung nicht möglich, ihre Zustimmung zu irgendwelchen Maßnahmen auf dem Gebiet der Kohlenindustrie zu geben, welche einer Entscheidung einer derartigen zukünftigen deutschen Regierung hinsichtlich der für diese Industrien festzustellenden Form des Eigentumsrechtes vorgreifen würde. Wenn eine repräsentative und aus freier Wahl hervorgegangene deutsche Regierung gebildet ist, steht es ihr frei, diese Frage zu lösen.

Es ist wahrscheinlich, daß in verhältnismäßig naher Zukunft eine repräsentative parlamentarische Organisation bestehen wird, die befugt ist, diese Angelegenheit zu regeln.

W. H. A. Bishop, Major-General,
Acting Regional Commissioner

Landtag Nordrhein-Westfalen, Erste Wahlperiode,
Landtagsdrucksache Nr. II-631, o. O. o. J.

54

Aus der Erklärung des Parteivorstandes der KPD zur politischen Lage vom September 1948

Die Aufgaben der Arbeiterklasse und der Werktätigen
im Kampfe um Frieden, Brot und Freiheit

Wenn heute, mehr als drei Jahre nach dem Zusammenbruch des Naziregimes, die arbeitende Bevölkerung Westdeutschlands einer weiteren materiellen Verarmung, politischen Bevormundung und nationalen Rechtlosigkeit ausgesetzt, wenn die Zerreißung Deutschlands in das Stadium der Verwirklichung getreten ist und wenn mehr als 40 Millionen Deutsche wieder unter der Knute der Monopolgewaltigen und Großgrundbesitzer zu leben gezwungen sind, so entspricht das den Wünschen der in- und ausländischen Großkapitalisten. Die Aufrechterhaltung der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung hat diese Entwicklung begünstigt.

Dieser Zustand kann nur überwunden werden durch harten und entschlossenen Kampf der Arbeiterklasse an der Spitze aller, die an einer fortschrittlichen Demokratie, am Frieden und an der Wohlfahrt der breiten Volksmassen interessiert sind. Es ist die historische Aufgabe der Arbeiterklasse, die Führung im Kampfe für den Frieden, die Einheit Deutsch-

lands, für Demokratie und Sozialismus zu verwirklichen. Die Lehren der Vergangenheit beweisen klar: Was das schaffende Volk sich nicht in geschlossener Einheit erkämpft, das wird es nicht besitzen. Die Entscheidung ist unausweichlich gestellt. Entweder der beschrittene Weg wird fortgesetzt, und wir werden in immer tieferes Elend sinken, oder wir beschreiten einen neuen Weg des Kampfes um ein besseres Leben.

Unsere Partei, die Partei der Arbeiterklasse, und damit die einzige konsequente demokratische und sozialistische Volkspartei, schlägt allen Arbeitern, Bauern, Handwerkern, Angestellten und Intellektuellen vor, sich über die nachfolgenden Forderungen und Ziele zu verständigen und den entschlossenen Kampf um ihre Verwirklichung aufzunehmen:

1. Wir fordern eine einheitliche, unteilbare, demokratische deutsche Republik

Wir lehnen die Londoner Empfehlungen, die Westdeutschland in ein Protektorat verwandeln und zur Spaltung Deutschlands führen, ab. Wir kämpfen für die Rückgängigmachung der Frankfurter Spaltungsmaßnahmen. Wir treten für eine gesamtdeutsche Regierung ein, die aus Vertretern aller demokratischen Parteien zu bilden ist. Diese muß eine einheitliche Politik und Verwaltung für ganz Deutschland garantieren.

Wir sehen in den vom Deutschen Volksrat ausgearbeiteten „Richtlinien zur Schaffung einer gesamtdeutschen Verfassung" die gegebene Kampfgrundlage für das deutsche Volk um seine Verfassung und setzen deshalb unsere ganze Kraft für ihre Verwirklichung ein . . .

2. Wir fordern den Abschluß eines Friedensvertrages für ganz Deutschland und den baldmöglichsten Abzug aller Besatzungstruppen

Wir lehnen das für Westdeutschland vorgesehene Besatzungsstatut ab. Es ist ein Diktat gegen das deutsche Volk. Es bewirkt die endgültige Zerreißung unseres Vaterlandes. Darüber hinaus würde es eine Verlängerung des gegenwärtigen unerträglichen Zustandes bedeuten und unser Volk zum Spielball ausländischer Interessen machen und seines Rechtes auf nationale Selbstbestimmung berauben.

Nur der Abschluß eines gerechten Friedensvertrages auf demokratischer Grundlage mit einer vom Volke getragenen, verantwortungsbewußten deutschen Regierung kann ein dauerhaftes Fundament für den Wiederaufbau schaffen und die Rückkehr unseres Volkes als gleichberechtigtes Glied in die Gemeinschaft der friedliebenden Völker sichern . . .

3. Wir fordern eine demokratische Bodenreform. Wir fordern die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher und die Überführung aller Banken und aller Betriebe der Konzerne, Kartelle, Syndikate und Truste in die Hände des deutschen Volkes

Der Boden, das Vieh und Inventar des Großgrundbesitzes über 100 ha den Landarbeitern, landarmen Bauern und Umsiedlern! Die Banken, der

Bergbau, die Schwerindustrie und alle Betriebe der Kriegsverbrecher in die Hände des Volkes!

4. Wir fordern, daß bis zum Abschluß des Friedensvertrages keine neuen Grenzregulierungen vorgenommen werden und daß das Saar- und Ruhrgebiet ein untrennbarer Bestandteil der demokratischen deutschen Republik bleiben

Nach den Potsdamer Beschlüssen gibt es keine rechtliche Grundlage für irgendwelche neuen Grenzrevidierungen. Wir kämpfen ganz besonders gegen alle Versuche und Maßnahmen der Westmächte, das Saargebiet und das Ruhrgebiet durch eine Sonderverwaltung aus dem Bestand Deutschlands herauszulösen. Die Annexion des Ruhrgebiets, des industriellen Herzens Deutschlands, bedeutet, daß das Elend des deutschen Volkes ins unerträgliche gesteigert würde.

5. Wir fordern die Herabsetzung der Preise und die Erhöhung der Löhne

Die Preiserhöhungen auf Kohle, Gas und Strom müssen rückgängig gemacht werden. Die Wucherpreise für die lebensnotwendigen Nahrungsmittel müssen herabgesetzt werden. Die Politik der „freien" Preisbildung ist durch Festsetzung von Höchstpreisen und durch eine strenge Preiskontrolle zu ersetzen. Außerordentliche Maßnahmen sind erforderlich. Die Gewerkschaften und die Konsumenten müssen zur Überwachung der Preise eingesetzt werden.

Zur Erhaltung der Arbeitskraft müssen unverzüglich alle Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten um mindestens 30% gegenüber Mai 1948 erhöht werden ...

6. Wir fordern volles Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte über Produktion und Verteilung ...

7. Wir fordern grundlegende Neugestaltung der Sozialversicherung ...

Wir fordern einen gerechten Lastenausgleich.

Wir verlangen, daß die Vermögen der Kriegsverbrecher, Kriegs- und Währungsgewinnler beschlagnahmt und zugunsten derer verwendet werden, die das Opfer ihrer verbrecherischen Politik geworden sind. Wir fordern die Verwendung dieser Mittel für die Opfer des Faschismus, die Neubürger und Fliegergeschädigten.

8. Wir fordern für die Klein- und Mittelbauern zur Intensivierung ihrer Betriebe langfristige Kredite zu niedrigsten Zinssätzen, Bedarfsgegenstände, landwirtschaftliche Betriebsmittel, Saatgut, Düngemittel und Schädlingsbekämpfungsmittel zu Preisen, die den Preisen für landwirtschaftliche Produkte entsprechen ...

9. Wir fordern die systematische Förderung von Handwerk und Kleingewerbe ...

10. Wir fordern Sicherung der Existenz von Künstlern und Wissenschaftlern und die Freiheit der Kunst und Wissenschaft ...

11. Wir fordern für die Frauen:

Gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Freie Berufswahl und Aufstiegsmöglichkeit in alle Positionen, Schutz für Mutter und Kind, unbeschränkte Zulassung der Frauen zum Studium, Genehmigung von fortschrittlichen demokratischen Frauenorganisationen und freie Betätigung für diese.

12. Wir fordern Rechte für die junge Generation.

Wir kämpfen für die Verwirklichung der Grundrechte der jungen Generation – für das politische Recht – für das Recht auf Arbeit und Erholung – für das Recht auf Bildung – für das Recht auf Freude und Frohsinn. Allen Bestrebungen, einen neuen Arbeitsdienst ins Leben zu rufen, treten wir entgegen. Genauso lehnen wir die Anwerbung junger Deutscher als Arbeiter fürs Ausland ab. Die unter der Verwaltung der Militärregierungen stehenden Dienstgruppen und die Industriepolizei sind aufzulösen. Junge Deutsche sollen keine Söldner des internationalen Monopolkapitals werden ...

13. Wir fordern die Demokratisierung aller Verwaltungen, eine demokratische Volksjustiz und Volkspolizei.

Naziaktivisten, Militaristen und Reaktionäre, die Schuldigen am Unglück des deutschen Volkes, müssen restlos aus der Wirtschaft und der Verwaltung entfernt werden ...

Alle reaktionären Bürokraten und korrupten Elemente müssen aus der Verwaltung verschwinden. Bewährten Antifaschisten und Demokraten muß der Weg in die Verwaltung, vor allem in die Justiz und Polizei geöffnet werden.

14. Wir fordern die Aufhebung aller reaktionären Maßnahmen gegen die Arbeiterbewegung und die Herstellung der vollen Freiheit der Organisation, der Versammlung und der Rede. Wir fordern Pressefreiheit. Die nationale Bewegung für Einheit und gerechten Frieden darf nicht länger unterdrückt werden. Der Rundfunk muß einer demokratischen Leitung von deutschen Organen unterstellt werden.

15. Wir fordern eine demokratische Schulreform.

Das reaktionäre Bildungsprivileg, das nur den Kindern der Reichen eine höhere Bildung ermöglicht, muß beseitigt werden. Eine demokratische Einheitsschule ist aufzubauen, die vom Geiste des Humanismus erfüllt ist und alle Kinder umfaßt ...

16. Wir fordern eine einheitliche deutsche Wirtschaftsplanung ...

17. Wir fordern die freie Entfaltung einer unabhängigen deutschen Friedenswirtschaft zur Deckung des Bedarfs der Volksmassen ...

Das sind die dringlichsten Forderungen der Arbeiter und Werktätigen aller Schichten, das Kampfprogramm aller Deutschen im Ringen um ein einheitliches, unabhängiges und friedfertiges neues Deutschland. Für diese Forderungen und Ziele kämpft die Kommunistische Partei Deutschlands

mit aller Kraft. Sie erstrebt die Einheit der Aktion aller Arbeiter und Werktätigen, die mit diesen Minimalforderungen einverstanden sind und ihre Verwirklichung unterstützen wollen ...

Der Deutsche Volksrat ist die einzige legitime Kraft des deutschen Volkes. Er entwickelt eine gesamtdeutsche Politik. Die Aufgabe unserer Partei ist es, diese Politik im Westen Deutschlands zu entfalten. Eine dringende Aufgabe unserer Partei besteht jetzt darin, die Verfassungsrichtlinien einer gesamtdeutschen Verfassung, die der Deutsche Volksrat ausgearbeitet hat, in den Mittelpunkt der Diskussion über eine westdeutsche Verfassung zu stellen und von diesem Boden aus um die Einheit Deutschlands und eine gesamtdeutsche Verfassung zu kämpfen.

Es genügt nicht, Proklamationen über die Einheit Deutschlands und über den Kampf gegen die Spalter zu erlassen. Es kommt darauf an, täglich ununterbrochen die Massen der werktätigen Bevölkerung auf diesen Kampf vorzubereiten, sie zu organisieren, die Verbindung zu ihnen zu verstärken und reger zu gestalten ...

Auf der Tagesordnung steht die Organisierung großer sozialer und politischer Kämpfe. Ihr Träger kann nur die Arbeiterklasse sein. Damit steht vor unseren Genossen die Pflicht, das Verhältnis Einheit und Einheitlichkeit der Gewerkschaften, Unabhängigkeit und klassenpolitische Aufgaben der Gewerkschaft in der Arbeiterklasse zu klären.

Die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse ist nur möglich, wenn:

1. die Aktionseinheit der Arbeiter hergestellt, die gemeinsamen Kämpfe der Werktätigen organisiert werden;
2. eine starke Kommunistische Partei geschaffen und
3. die ideologische Klärung über die Aufgaben und den Weg der Arbeiterklasse erreicht ist ...

Unsere Partei besitzt ein klares Programm für die demokratische Neugestaltung Deutschlands, das zur Sammlung aller Werktätigen dienen kann.

Allein die KPD setzt im Westen Deutschlands allen Bestrebungen, die demokratischen Rechte einzuschränken oder ganz zu beseitigen, kompromißlosen Widerstand entgegen und kämpft für die Durchsetzung demokratischer Reformen und die Errichtung einer demokratischen Ordnung. Die KPD ist die einzige Partei in Westdeutschland, die eine klare und konsequente Politik für die Einheit Deutschlands vertritt. Sie ist die einzige wirklich nationale, demokratische und sozialistische Partei.

Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands!

Es lebe die einheitliche demokratische deutsche Republik!

Erklärung des Parteivorstandes der KPD
zur politischen Lage. Hrsg. vom Parteivorstand der KPD,
(Düsseldorf 1948), S. 24–31.

55

Aus dem Antrag der KPD, eingebracht im Parlamentarischen Rat der Westzonen am 1. September 1948

„Der Parlamentarische Rat stellt seine Beratungen über eine westdeutsche Separatverfassung ein."

Begründung: Die Bildung des Parlamentarischen Rates erfolgt auf der Grundlage der Londoner Empfehlungen. Diese aber verstoßen gegen die völkerrechtlich-bindenden Verträge von Jalta und Potsdam.

Der Parlamentarische Rat hat kein Mandat vom deutschen Volk.

In Moskau bemühen sich die Vertreter der vier Großmächte, eine gemeinsame Lösung für ganz Deutschland zu finden. Die Einigung der Alliierten liegt im Interesse des deutschen Volkes. Uneinigkeit wird auf dem Rücken des deutschen Volkes, besonders des werktätigen, ausgetragen. Daher sollten die deutschen Politiker vermeiden, Handlungen zu begehen, die diese Einigung stören.

Aus diesen Gründen beantragt die [Kommunistische Partei Deutschlands], die Beratungen des Parlamentarischen Rates über eine westdeutsche Verfassung wie über eine westdeutsche Regierung sofort einzustellen. Diesem Parlamentarischen Rat gegenüber schlagen wir vor, daß Verhandlungen der Vertreter aller demokratischen deutschen Parteien in Verbindung mit dem Deutschen Volksrat aufgenommen werden, um einen einheitlichen deutschen Standpunkt über die Bildung einer einheitlichen demokratischen deutschen Republik den Alliierten vorzulegen.

Neues Deutschland (B) (Berlin),
3. September 1948.

56

Aus dem Programm für die Gewerkschaftsarbeit in der sowjetischen Besatzungszone, angenommen auf der Bitterfelder Konferenz des FDGB am 25./26. November 1948

Plattform

Die gesamte gewerkschaftliche Tätigkeit in unserer Zone muß in der Erkenntnis wurzeln, daß die Vertretung der Tagesinteressen der Arbeiterschaft auf das engste mit dem Streben nach denjenigen Zielen verbunden sein muß, die in unseren eigenen Satzungen mit den Worten festgelegt sind:

„Die Gewerkschaften erstreben die Aufhebung jeder Form kapitalistischer Ausbeutung und haben als Ziel die sozialistische Ordnung der Wirtschaft."

Die Erfüllung und Übererfüllung des Zweijahrplanes ist die Grundlage für die Erreichung eines besseren Lebens der Werktätigen und damit für die Verwirklichung der nächsten gewerkschaftlichen Ziele. Die Aufgaben in der Planerfüllung stellen die Gewerkschaften der sowjetisch besetzten Zone vor eine ganze Reihe neuer und großer Aufgaben. Gleichzeitig bedeutet die Planerfüllung aber auch ein Beispiel für ganz Deutschland, aus dem den Werktätigen auch der übrigen Zonen und Berlins die Notwendigkeit der Demokratisierung der Wirtschaft deutlich wird. Die demokratische Wirtschaft ist das Fundament eines wirklichen demokratischen Staatsgebäudes und damit einer neuen Zukunft des deutschen Volkes. Die Verbindung der Erfüllung und Übererfüllung des Zweijahrplanes mit dem verstärkten Kampf um die deutsche Gewerkschaftseinheit ist gleichzeitig die beste Grundlage für den Kampf gegen Opportunismus und Reformismus und für die Schaffung einer fortschrittlichen Ideologie in den Massen der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Unsere Gewerkschaftsbewegung kann jedoch diese großen Aufgaben nur dann lösen, wenn sie in ihrer ideologischen und praktischen Tätigkeit eine ernste Verbesserung herbeiführt. So, wie die Hennecke-Bewegung die alten Arbeitsmethoden in der Produktion verändert, so müssen die Gewerkschaften das mit ihren eigenen Arbeitsmethoden tun. Das noch stark vorhandene Unpolitische, Nur-Gewerkschaftliche in der Gewerkschaftsbewegung führt in der Praxis immer wieder zu einer Unterschätzung der Verschärfung des Klassenkampfes, der vom Klassengegner gegen den Aufschwung der demokratischen Wirtschaft entfaltet wird ...

Die wesentlichste Aufgabe der Gewerkschaften ist die Festigung der Verbindungen zu den Betrieben, um die Erziehung der Arbeiter zum Klassenbewußtsein und die Eingliederung aller unserer Mitglieder in die Erfüllung der großen Aufgaben, die sich aus dem Zweijahrplan ergeben, zu erleichtern. Das Nur-Gewerkschaftertum, das an alten bürgerlichen Arbeitsmethoden festhält und sich scheut, enge und ständige Arbeitsbeziehungen zu den Betriebsgewerkschaftsgruppen zu halten, muß überwunden werden. Ihm gegenüber gilt es, den neuen Arbeitsstil durchzusetzen.

Als wichtigste Aufgaben stehen deshalb vor uns:

1. Die Bedeutung der Hennecke-Bewegung für die Erfüllung des Zweijahrplanes und damit für die Erarbeitung eines besseren Lebens wird noch längst nicht von allen Gewerkschaftsfunktionären deutlich genug erkannt. Diese Bedeutung liegt in der besseren Arbeitsvorbereitung und Arbeitsorganisation und der damit verbundenen Hebung der Arbeitsproduktivität. Manche Gewerkschaftsvorstände laufen Gefahr, hinter dieser machtvollen Bewegung in den Betrieben, die einen gewaltigen Durchbruch zur Herbeiführung eines neuen Verhältnisses zur Arbeit darstellt, zurückzubleiben. Es ist die entscheidendste Aufgabe der Vorstände der Industrie-

gewerkschaften, die Hennecke-Bewegung zu entfalten und sie zu kollektiven Hennecke-Leistungen ganzer Arbeitergruppen, Abteilungen, Schichten und Belegschaften zu verbreitern, ohne daß dabei die individuelle Spitzenleistung als das vorbildliche Beispiel für alle an Bedeutung verliert. Die Organisierung des Wettbewerbes, vor allem des innerbetrieblichen Wettbewerbes, sowie die Einführung des Leistungslohnes und des progressiven Leistungslohnes sind die wichtigsten Methoden dazu.

2. Das bisherige Lohnsystem entspricht weder den in der Planerfüllung zu lösenden Aufgaben noch der Entwicklung eines richtigen Leistungsprinzips. Man muß daher Schluß machen mit den überholten gewerkschaftlichen Traditionen in der Lohn- und Tarifpolitik. Die Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) und die betrieblichen Lohnausschüsse haben unter Hinzuziehung von Hennecke-Aktivisten in der Einführung des Leistungslohnes und des progressiven Leistungslohnes sowie bei der Herausarbeitung der richtigen Normen eine besonders große Aufgabe zu lösen. Die Industriegewerkschaften tragen die Verantwortung dafür, daß dieses neue Lohnsystem von den Betrieben her entwickelt wird.

3. Das Rückgrat der demokratischen Wirtschaft und der Planerfüllung sind die volkseigenen Betriebe. In ihnen kommt der Zukunftswille der Arbeiterschaft am deutlichsten zum Ausdruck. Die Gewerkschaftsbewegung muß daher alles tun, um diese Betriebe als unantastbares Volkseigentum zu schützen und vorbildlich im Tempo der Planerfüllung, in der Qualität ihrer Produkte, in ihrer Preisgestaltung und in ihren Arbeitsbedingungen, im Arbeits- und im Gesundheitsschutz und in ihren sozialpolitischen Einrichtungen zu machen. Es wird eine Aufgabe der Gewerkschaften werden, für die volkseigenen Betriebe eine besondere Tarifpolitik zu entwickeln.

4. In den Privatbetrieben gilt es, das Mitbestimmungsrecht konsequent in Anwendung zu bringen, und wie die Erfahrungen von Glauchau-Meerane und anderen Orten zeigen, muß durch verstärkte Kontrolle die vom Klassengegner organisierte Verschiebung der Produkte verhindert werden. Der Leistungslohn ist auch in diesen Betrieben einzuführen, muß aber dem Ausbau sozialpolitischer Einrichtungen in diesen Betrieben unter Verhinderung jeder Bilanzverschleierung dienen.

5. Ohne eine Zusammenarbeit mit der technischen Intelligenz ist die Planerfüllung nicht durchzuführen. Die in vielen Gewerkschaftskreisen noch vorhandene sektiererische Haltung gegenüber der alten technischen Intelligenz muß aufhören. Jeder, der ehrlich am Aufbau mitarbeiten will, ist uns willkommen. Besonders in der Förderung der Aktivistenbewegung, in der Einführung des progressiven Leistungslohnes und überhaupt in allen Aufgaben der Planerfüllung in den Betrieben muß ein gutes Verhältnis zwischen Arbeitern und technischer Intelligenz geschaffen werden. Das

gleiche Verhältnis muß in der Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften und der Kammer der Technik zum Ausdruck kommen.

6. Es liegt im Interesse der Gewerkschaftsbewegung, die Tatsache und die Bedeutung ihrer großen Erfolge auf sozialpolitischem Gebiet stärker als bisher den Belegschaften bekanntzugeben. Wir haben Grund, auf diese Erfolge stolz zu sein. Aber die Grundlage dieser Erfolge ist die demokratische Wirtschaft und das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften. Ohne die demokratische Wirtschaft gäbe es keinen gleichen Lohn für gleiche Arbeit und gleiche Leistung; gäbe es keine betrieblichen Polikliniken in ehemaligen Besitztümern von Monopolisten; gäbe es keine gewerkschaftlichen Ferienheime, deren Gebäude und Gelände früher Kriegshetzern und Naziverbrechern gehörten. Mit der Arbeit zur Erfüllung und Übererfüllung des Zweijahrplanes müssen die Verbesserungen auf sozialpolitischem Gebiet parallel laufen. Dazu sind alle Möglichkeiten noch stärker als bisher auszunutzen ...

Unserer Organisation, dem FDGB, fällt die ehrenvolle Aufgabe zu, den Hauptanteil in der Verwirklichung unseres Zweijahrplanes, dem Kennzeichen der neuen Etappe, zu tragen.

Wir setzen in unsere Mitgliedschaft das uneingeschränkte Vertrauen, daß sie bestrebt sein wird, diese Ehren in vollem Maße zu rechtfertigen.

Vorwärts, Kollegen und Kolleginnen!

Durch die Erfüllung des Zweijahrplanes zum besseren Leben!

Aus der Arbeit des Freien Deutschen
Gewerkschaftsbundes 1947–1949.
Hrsg. vom Bundesvorstand des FDGB,
Berlin 1950, S. 414–419.

57

Aus der Entschließung der 1. Parteikonferenz der SED in Berlin vom 25. bis 28. Januar 1949

Die nächsten Aufgaben
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

I. Der Kampf um die Einheit Deutschlands
und einen gerechten Frieden

1. Die politischen Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ergeben sich aus der drohenden Gefahr, die infolge der imperialistischen Raubpolitik der Westmächte über dem deutschen Volke schwebt ...

Das deutsche Volk wird sich niemals mit dieser Politik und ihren Ergebnissen abfinden. Es hat das in Potsdam feierlich verbriefte Recht auf Einheit, Selbständigkeit und Frieden und wird sich dieses Recht niemals

rauben lassen. Die flammende Empörung aller ehrlichen Deutschen über das Ruhrdiktat und das Besatzungsstatut muß zu einer breiten nationalen Protest- und Widerstandsbewegung entfaltet werden.

2. Der Kampf um die Erhaltung der nationalen Existenz des deutschen Volkes ist eine der wichtigsten Aufgaben. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands stellt sich an die Spitze der nationalen Protest- und Widerstandsbewegung. Sie wird die berechtigten Forderungen des deutschen Volkes formulieren und alle ehrlichen und aufrechten Deutschen zum Kampf um diese Forderungen mobilisieren.

Wir fordern die Beseitigung des Ruhrstatuts und der militärischen Sicherheitsbehörde, wir werden uns niemals mit dem Besatzungsstatut abfinden!

Wir fordern die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung aus den demokratischen Parteien und Organisationen!

Wir fordern den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und den Abzug der Besatzungstruppen nach Abschluß des Friedensvertrages!

Wir fordern die restlose Ausrottung des Militarismus und Nazismus und den Aufbau eines friedlichen demokratischen Deutschlands!

Wir fordern den Aufbau einer deutschen Friedenswirtschaft, die es möglich macht, die materielle Lage des deutschen Volkes zu verbessern und die berechtigten Reparationsforderungen der Opfer der Hitleraggression zu befriedigen!

Diese Forderungen des ganzen deutschen Volkes müssen im Vordergrund unserer gesamten Parteiarbeit stehen. Im Kampfe um diese Forderungen verbinden wir uns mit allen fortschrittlichen demokratischen Kräften unseres Volkes. Der Kampf um die nationale Existenz unseres Volkes kann nicht Sache einer Partei allein sein! Um diesen Forderungen den größten Nachdruck zu verleihen, setzt die Partei ihre ganze Kraft ein zur allseitigen Stärkung und Förderung der großen Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden, in der sich alle wahrhaft nationalen und demokratischen Kräfte des deutschen Volkes zusammenschließen. Mit aller Kraft gilt es, den Einfluß und die Autorität des Deutschen Volksrats zu stärken.

3. In seinem Kampfe um Einheit und gerechten Frieden fühlt sich das deutsche Volk fest verbunden mit den fortschrittlichen Völkern der Erde, die einen unermüdlichen Kampf gegen die Kriegsbrandstifter führen. Diese Völker haben sich unter der Führung der Sowjetunion im antiimperialistischen, demokratischen Lager zum Kampf um den Frieden zusammengeschlossen. Dieses Lager ist stärker als das Lager der imperialistischen Kriegsprovokateure, denn es stützt sich auf die werktätigen Massen in allen Ländern, die keinen neuen Krieg wollen ... Der Kampf gegen die

Kriegshetze ist daher eine der wichtigsten Aufgaben... Das deutsche Volk erblickt in den Beschlüssen der Warschauer Außenministerkonferenz den Weg zur Einheit Deutschlands und zu einem gerechten Frieden.

In diesem großen Kampfe um die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands und um einen gerechten Frieden hängt der Erfolg vor allem vom deutschen Volke selbst ab. Die zunehmende Verstärkung der Friedenskräfte in der Welt und die wachsenden Widersprüche im imperialistischen Lager bieten dem deutschen Volke die Möglichkeit, durch Anstrengung aller Kräfte den Sieg in seinem gerechten Kampfe zu erlangen.

II. Die Aufgaben in Wirtschaft und Verwaltung

Auch in der sowjetischen Besatzungszone stehen die Aufgaben der Partei im Zeichen dieser allgemeindeutschen Aufgaben, denn die fortschrittliche, demokratische Entwicklung in der Ostzone ist von grundlegender Bedeutung für ganz Deutschland. Sie bildet nicht nur die Grundlage im Kampfe für ein demokratisches und friedliches Deutschland, sondern weist auch den einzig möglichen Weg zur Einheit, Demokratie und zur Verbesserung der materiellen Lage der deutschen Bevölkerung. Die SED stellt sich solche Aufgaben, die in ganz Deutschland aktuell und dem ganzen deutschen Volke von Nutzen sind.

1. Die Parteikonferenz begrüßt die Initiative des Parteivorstandes in der Ausarbeitung des Zweijahrplans für 1949/1950. Die Konferenz stellt mit Befriedigung fest, daß dieser Plan bereits zum Kampfprogramm der Werktätigen in der Ostzone und im sowjetischen Sektor Berlins zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und für den demokratischen Aufbau der Friedenswirtschaft geworden ist. Die entscheidende Aufgabe ist die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, wofür die Hennecke-Bewegung bereits große Beispiele geliefert hat.

Um den weiteren Aufschwung der Arbeitsproduktivität zu fördern und die Übererfüllung des Zweijahrplans zu garantieren, muß das besondere Augenmerk auf solche wichtigen Industriezweige gelenkt werden wie das Hüttenwesen, die Kohlenindustrie, die Energieerzeugung und den Verkehr sowie auf die allseitige Förderung der Produktion von Massenbedarfsgütern.

2. Für den weiteren wirtschaftlichen Aufbau ist die Entwicklung des volkseigenen Sektors entscheidend. Die volkseigenen Betriebe, die Banken, die Transportmittel, die volkseigenen Güter sowie die Handels- und andere dem Volke gehörende Unternehmen müssen ihre Arbeit in jeder Beziehung verbessern und im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung richtig ausgenutzt werden.

Eine der wichtigsten Aufgaben ist die weitere Verbesserung der Arbeit

der Verwaltungen und Organisation der volkseigenen Industrie. Die Verantwortlichkeit der Verwaltungen und Direktoren für die Rentabilität ihrer Betriebe, für die zweckmäßige Verwendung der Rohstoffe usw. ist im Rahmen des einheitlichen Wirtschaftsplanes zu erhöhen.

Der Schutz des Volkseigentums muß zur Sache des ganzen Volkes gemacht werden. Schärfster Kampf gegen jede Verschleuderung des Volkseigentums sowie gegen die Versuche feindlicher Agenten, die Wirtschaft und das Verkehrswesen der Sowjetzone durch Sabotageakte und Brandstiftungen zu desorganisieren. Die Partei muß alles tun, um die Wachsamkeit der Arbeiter, Ingenieure und Angestellten zu erhöhen. Gegen Schädlinge und Agenten muß mit aller Strenge des Gesetzes vorgegangen werden.

3. Die Konferenz unterstreicht die Notwendigkeit, die Privatinitiative auf dem Gebiete des Handels und der Industrie in dem vom Gesetz bestimmten und durch das Gesetz geschützten Rahmen im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zu nutzen.

4. Die Entwicklung des Warenumsatzes auf der Grundlage des Wachstums der Industrie, des Handwerks und der Landwirtschaft ist eines der wichtigsten Mittel, um die Lage der Bevölkerung zu verbessern. Gegenwärtig bestehen auf diesem Gebiete große Mängel infolge des umfangreichen Großhandels, der die Waren verteuert und den Warenumlauf erschwert. Deshalb sind Maßnahmen zur Vereinfachung, Beschleunigung und Verbilligung des Warenverkehrs durchzuführen. Der Kampf gegen Schieber und Spekulanten muß energisch geführt werden.

Die Konferenz ist der Ansicht, daß die direkte Belieferung der Betriebsbelegschaften mit zusätzlichen Lebensmitteln, die Einführung der Punktkarte sowie der Verkauf bewirtschafteter Waren in „freien Läden" ein wichtiges Mittel im Kampf gegen Spekulation und schwarzen Markt darstellt und wesentlich zur Festigung der finanziellen Lage der Zone beiträgt. Durch die Erweiterung des Systems der „freien Läden", besonders in der Nähe von Großbetrieben, sowie durch die allmähliche Senkung der Preise in den „freien Läden" und eine Reihe anderer Maßnahmen zur allgemeinen Verbesserung der Handelsorganisationen müssen die Voraussetzungen für die künftige Abschaffung des Kartensystems geschaffen werden.

5. Um die Versorgung der Bevölkerung und das Leben der Bauern zu verbessern, muß in der Landwirtschaft auf allen Gebieten die Erhöhung der Ernteerträgnisse erreicht werden. Im Ackerbau muß für die rascheste Erreichung der Vorkriegshektarerträge und der Gesamternte der Friedenszeit gekämpft werden. Der Entwicklung der Viehzucht und der erforderlichen Futterbasis muß von den Parteiorganen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Zu den dringendsten Aufgaben auf landwirtschaft-

lichem Gebiet gehört die Erweiterung des Anbaus von Ölfrüchten und die rasche Entwicklung der Schweinezucht.

Die Konferenz lenkt das Augenmerk der Parteiorganisation in der Stadt und auf dem Lande besonders auf die große Bedeutung der Entwicklung und Festigung der Maschinenausleihstationen (MAS) als ein wichtiges Mittel der Hilfe mit Zugkraft und landwirtschaftlichem Inventar für Klein- und Mittelbauern. Die Hilfe und führende Rolle der Staatsorgane gegenüber den MAS muß verstärkt werden. Gleichzeitig müssen die MAS zu Zentren der Kulturarbeit und der Berufsausbildung im Dorfe werden. Sie sind zu den entscheidenden Stützpunkten des Bündnisses zwischen Stadt und Land zu entwickeln. Die Konferenz hält es für notwendig, daß für die rasche Entwicklung der MAS und die breitere Produktionshilfe für die Bauern Mittel zur Verfügung gestellt werden, und beauftragt den Parteivorstand, durch die Vertreter der Partei in den staatlichen Organen entsprechende Maßnahmen zu erwirken.

Die volkseigenen Güter müssen in Musterwirtschaften verwandelt werden, die fortschrittliche landwirtschaftliche Arbeitsmethoden im Dorfe verbreiten und den Bauernwirtschaften Hilfe erweisen, indem sie ihnen hochwertiges Saatgut und Zuchtvieh zur Verfügung stellen.

Die besten Ergebnisse der landwirtschaftlichen Tätigkeit müssen durch die Organisierung von Ausstellungen und durch Prämiierungen popularisiert werden.

6. Die Parteikonferenz hält es für erforderlich, Maßnahmen zur Verbesserung der Parteiarbeit im Dorfe zu treffen, insbesondere ist die Aufklärungs- und Kulturarbeit unter der bäuerlichen Bevölkerung zu verstärken. Es müssen Maßnahmen zur Verbreitung von agronomischem, politischem und allgemeinem kulturellem Wissen durchgeführt werden, die Organisierung von Lesezimmern und Bibliotheken, die Aushängung von Zeitungen, Organisierung besonderer Rundfunksendungen für die Bauern usw.

Die Konferenz wendet sich entschieden gegen die unbegründeten und provokatorischen Gerüchte, daß die Absicht bestehe, eine zweite Bodenreform gegen die Großbauern durchzuführen. Die Konferenz verweist in dieser Beziehung auf den Zweijahrplan, der die Grundlage für die Politik der Partei in der Landwirtschaft darstellt.

Die Konferenz stellt fest, daß die Mitglieder der Partei sehr mangelhaft in der Landarbeitergewerkschaft und unter den Landarbeitern arbeiten und daß die entsprechenden Parteiorganisationen diesem Aufgabengebiet nur geringe Beachtung schenken. Die Konferenz beauftragt den Parteivorstand, alle Maßnahmen zu treffen, um in nächster Zeit die Herausgabe eines Gesetzes zum Schutz der landwirtschaftlichen Arbeiter zu erwirken. Dieses Gesetz soll den Arbeitslohn, die Länge des Arbeitstages, die Wohnbedingungen, die Rechte und andere Lebensfragen der Landarbeiter regeln,

wobei besonders der Schutz der jugendlichen Beschäftigten zu berücksichtigen ist.

7. Auf dem Gebiete der Finanzen besteht die Aufgabe der Partei darin, sich für sparsamste Verausgabung der öffentlichen Mittel einzusetzen, den Kampf gegen jegliche Unwirtschaftlichkeit zu führen und dafür zu sorgen, daß für die Entwicklung der wichtigsten Gebiete der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden ...

Die in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands durchgeführte Geldreform hat die Kaufkraft der Mark gestärkt und einen Schlag gegen die Spekulation geführt. Die Konferenz betrachtet es als eine der wichtigsten Aufgaben der Partei, alle Maßnahmen zu unterstützen, die der weiteren Stärkung der Mark dienen.

8. Durch die demokratischen Umwandlungen in der sowjetischen Besatzungszone wurden die Bedingungen für die Entfaltung einer fortschrittlichen Kultur geschaffen.

Es sind alle erforderlichen Maßnahmen zur Heranbildung qualifizierter Facharbeiter entsprechend den Erfordernissen des Zweijahrplans zu treffen. An den Stätten der Produktion, vor allem in den großen volkseigenen Betrieben, wie auch unter der werktätigen Landbevölkerung ist eine breite kulturelle Massenarbeit zu entwickeln, für die die Gesamtpartei die Verantwortung trägt. Wissenschaft und Kunst sind allseitig zu fördern. Ihre Errungenschaften sind dem ganzen Volke zugänglich zu machen. Dazu ist die Verbesserung der Volksbildung in allen ihren Stufen und Formen, einschließlich der Erwachsenenbildung, notwendig.

Die Parteikonferenz lenkt die Aufmerksamkeit aller Parteiorganisationen und -leitungen auf die Notwendigkeit, die Arbeit der fortschrittlichen Lehrer, insbesondere der Neulehrer auf dem Lande, zu unterstützen und mit der bürokratischen Mißachtung dieser Aufgabe seitens mancher kommunaler und Kreisbehörden aufzuräumen.

Die vielseitigen Aufgaben zur demokratischen Erneuerung der deutschen Kultur können nur erfüllt werden, wenn das Bündnis der Arbeiterklasse mit den fortschrittlichen Intellektuellen verstärkt wird. Darum ist die schädliche sektiererische Einstellung gegenüber den Intellektuellen, die bis in die Reihen unserer Partei gedrungen ist, auf das entschiedenste zu bekämpfen.

Die gesamte Arbeit der Partei auf dem Gebiete der Kultur muß auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus beruhen, um die Arbeit der Kulturschaffenden schöpferisch befruchten und den Kampf zur Überwindung der Überreste des Nazismus in der Ideologie, den Kampf gegen die Erscheinungen des Chauvinismus sowie der Dekadenz in Wissenschaft und Kunst erfolgreich führen zu können.

Die Arbeit des Kulturbundes, des Bundes deutscher Volksbühnen und der Sportausschüsse ist mit allen Kräften zu unterstützen, die „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion" muß sich zu einer Massenorganisation entwickeln, durch deren Tätigkeit die Werktätigen über die staatliche, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Landes des Sozialismus unterrichtet werden.

9. Die Konferenz hält es für notwendig, den Kampf gegen den Bürokratismus und gegen Beamtendünkel zu verstärken, um so die Arbeit der demokratischen Verwaltungsorgane zu verbessern. Der aufgeblähte Verwaltungsapparat ist zu verringern, die Verwaltungskosten sind herabzusetzen, und über die Durchführung der Verfügungen und Gesetze der demokratischen Organe ist eine wirkliche Kontrolle zu organisieren. Zu dieser Arbeit sind die loyalen Elemente der früheren Beamtenschaft heranzuziehen. Gleichzeitig müssen neue Menschen aus den Reihen der Arbeiter, Bauern und der fortschrittlichen Intellektuellen auf Verwaltungsposten befördert werden.

III. Die führende Rolle der Arbeiterklasse

1. In den verflossenen dreieinhalb Jahren wurden in der sowjetischen Besatzungszone bedeutende Erfolge errungen. Die Arbeiterklasse hat sich als die hauptsächliche und entscheidende Kraft im Kampf um die demokratische Erneuerung erwiesen ...

Die weitere Entwicklung der Aktivität der Arbeiterklasse auf allen Gebieten ist die wichtigste Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Dabei ist besonders die breite Entfaltung der Gewerkschaftsarbeit zu fördern, die Tätigkeit unter den berufstätigen Frauen zu verstärken und die Zusammenarbeit mit allen ehrlichen demokratischen Kräften zu verbessern. Das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern und Intellektuellen als die feste Basis für den weiteren demokratischen Aufbau ist zu stärken.

2. Die gegenwärtige Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone ist eine antifaschistisch-demokratische Ordnung, in der die Arbeiterklasse entscheidende Positionen innehat. Sie ist keine volksdemokratische Ordnung, da die Bedingungen in der Zone von denen in den volksdemokratischen Ländern sehr verschieden sind.

Davon ausgehend ist die grundlegende politische Aufgabe der Partei in der sowjetisch besetzten Zone die allseitige Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung als Basis für den Kampf um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage und für die Entwicklung Deutschlands auf dem Wege zu einer fortschrittlichen gesellschaftlichen Ordnung.

Die Konferenz hält darum die allseitige Festigung und Entwicklung der

Blockpolitik der SED mit allen antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen für erforderlich. Die Zusammenarbeit im Block muß darauf gerichtet sein, die demokratischen Kräfte zu fördern und den Kampf gegen die reaktionären Kräfte zu führen, in welcher Maske sie immer auftreten mögen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wendet sich an alle ehrlichen, ihre Heimat liebenden Deutschen, unabhängig von Parteizugehörigkeit, sozialer Lage, politischen und religiösen Ansichten: Nehmt aktiv am allgemeinen Kampf für die Wiedergeburt unserer Heimat, für die demokratische Einheit Deutschlands und für die Verbesserung der Lebensbedingungen der deutschen Bevölkerung teil! Schließt euch in der Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden zusammen! Verstärkt die Volksausschüsse!

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes
des Zentralsekretariats und des Politischen Büros.
Hrsg. vom Parteivorstand der Sozialistischen
Einheitspartei Deutschlands, Bd. II,
Berlin 1952, S. 183, 185–193.

58

Appell der Hennecke-Aktivisten-Konferenz des FDGB an die Belegschaften der volkseigenen Betriebe und des Verkehrswesens vom 4./5. Februar 1949

Kollegen und Kolleginnen!

Die Teilnehmer der vom Bundesvorstand des FGDB zum 4. und 5. 2. 1949 nach Berlin einberufenen Konferenz der Hennecke-Aktivisten wollen Euch über das Ergebnis ihrer Beratungen unterrichten. Wir alle wollen einen Weg zum besseren Leben gehen. Die Hennecke-Aktivisten rufen Euch nun auf, ihrem Weg zu folgen.

Was wollen und was tun die Hennecke-Aktivisten? Die Hennecke-Bewegung will die Arbeitsproduktivität in den volkseigenen Betrieben und im Verkehrswesen heben. Die Methoden der Hennecke-Aktivisten dienen der besseren Arbeitsvorbereitung, der Verbesserung der Organisation des Arbeitsprozesses; ihre technischen Verbesserungen steigern die Leistungsfähigkeit. Die Hennecke-Aktivisten bemühen sich, die Zeit für den Arbeitsprozeß gewissenhaft auszunutzen. Sie gehen sparsam mit dem Material um und achten sorgsam darauf, daß keine Rohstoffe vergeudet werden. Ihr Bemühen gilt der unausgesetzten Verbesserung der Qualität der Erzeugung.

Hebung der Arbeitsproduktivität, das heißt also Steigerung der Pro-

duktion und Verbesserung der Versorgung. Das heißt, daß Arbeitskräfte zur Erweiterung der Produktion und für andere Wirtschaftszweige frei werden. Hebung der Arbeitsproduktivität heißt Senkung der Selbstkosten und gesunde Preisgestaltung, heißt Rentabilität und Ausbau der volkseigenen Betriebe im Interesse der werktätigen Bevölkerung.

Diese Hebung der Arbeitsproduktivität, besonders in den Grundstoffindustrien und in den Verkehrsbetrieben, ist der Hebel zur Erfüllung des Zweijahresplanes und zum besseren Leben der Werktätigen. Auf diese Weise werden wir dazu kommen, das uns gegebene Soll für das Jahr 1949 im Zweijahresplan vorfristig zu erfüllen.

Je mehr wir die Arbeitsproduktivität in den volkseigenen Betrieben heben, desto nachhaltiger wird unser Kampf um die Einheit und die Demokratisierung ganz Deutschlands. Unsere Erfolge werden Beispiel sein und unsere Arbeitsbrüder im Westen überzeugen, daß es ohne Monopolkapitalisten und Junker besser geht. Sie werden sie zum entschlossenen Kampf gegen Marshall-Plan, Ruhr- und Besatzungsstatut befähigen.

Der Klassengegner treibt in verschiedener Gestalt auch bei uns sein Unwesen. Er versucht, unseren friedlichen Aufbau zu stören. Wir rufen Euch zur größten Wachsamkeit auf. Die beste Antwort an die Feinde des werktätigen Volkes ist die weiteste Verbreitung der Hennecke-Bewegung. Sorgt mit uns dafür, daß Tausende von Aktivisten unsere Erfahrungen aufnehmen. Helft mit daran, daß der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund und vor allen Dingen die Industriegewerkschaften zur entscheidenden Kraft in der Leitung und Weiterentwicklung der Hennecke-Bewegung werden!

Die Erfolge des Halbjahrplanes 1948, die Marschall Sokolowski in seinem Befehl vom 24. 12. 1948, besonders für die Arbeitsleistungen in der Kohlenindustrie und der Energiewirtschaft, ehrenvoll anerkannte, die Ergebnisse der Anstrengungen unserer Hüttenwerke, befähigen uns zu Erfolgen größten Ausmaßes. Wir werden den Zweijahresplan vorfristig erfüllen.

Unterstützt deshalb die Gewerkschaften durch unermüdliche Aufklärung unter den Belegschaften! Unterstützt sie in der Entfaltung von Wettbewerben! Sorgt in Betriebsberatungen für die Verbreitung von Erfahrungen der Hennecke-Aktivisten! Organisiert durch die Gewerkschaften in jedem Betrieb die Zusammenkünfte und Einrichtungen, die den Hennecke-Aktivisten die breiteste Vermittlung ihrer Methoden ermöglichen, vor allem auch der Frauen! Helft mit, daß die Qualität der Arbeit ständig wächst! Helft mit an der Hebung der Qualifikation unserer Arbeiter und Angestellten! Fordert Schulen in den Betrieben, in denen Euer fachliches Können vermittelt werden soll! Helft durch die Hennecke-Bewegung, daß neue Fachkräfte, nach denen besonders die Eisen-, Hütten- und Chemie-Betriebe rufen, hervorgebracht werden! Wir brauchen besonders einen ent-

wicklungsfähigen Facharbeiternachwuchs. Unsere lernbegierige fortschrittliche Jugend ist bereit, sich zur Verfügung zu stellen. Wir Aktivisten wollen uns des Nachwuchses besonders annehmen und dabei mithelfen, den Berufswettbewerb zu einem vollen Erfolg zu gestalten. Wir wollen dabei helfen, daß gut veranlagten Jungaktivisten das Studium an Technischen Hochschulen ermöglicht wird.

Macht die Tätigkeit der Arbeitsvorbereitungsbüros in den volkseigenen Betrieben zu einer Sache, die alle angeht, damit die Arbeitsvorbereitungsbüros ausgiebige Arbeitsstudien durchführen und den Arbeitsablauf fortwährend verbessern können! Sorgt dafür, daß den Arbeitsvorbereitungsbüros laufend Verbesserungsvorschläge aus der Belegschaft zufließen!

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität bedingt auch die Änderung unseres Lohnsystems in den volkseigenen Betrieben. Die Gewerkschaften werden dafür sorgen, daß der Leistungslohn auf der Grundlage sorgfältig ermittelter Arbeitsnormen eingeführt wird. Für die Arbeiter, deren Tätigkeit nicht im Leistungslohn berechnet werden kann, und für die Techniker wird ein Leistungsprämiensystem entwickelt. Der progressive Leistungslohn soll dagegen nur zur Überwindung besonderer Engpässe in der Grundstoffindustrie dienen. Zur Förderung der Leistungssteigerung im Kollektiv empfiehlt die Konferenz die Einführung von Prämien für die besten Betriebe.

Kolleginnen und Kollegen!

Die Hennecke-Aktivisten-Konferenz des FDGB ist das große Beispiel der engen Zusammenarbeit zwischen den Arbeiterinnen und Arbeitern unserer Zone und der technischen Intelligenz. Diese Zusammenarbeit hat der Hennecke-Bewegung den besten Antrieb gegeben. Schafft sie in jedem Betrieb! Schafft sie auf dem Boden der ideologischen Klarheit über unsere antifaschistisch-demokratische Ordnung und ihre fortschrittliche Wirtschaft, die unseren Beratungen den vorwärtsweisenden Schwung verliehen hat!

Der Erfahrungsaustausch der Hennecke-Aktivisten wird weitergehen. Die Gemeinschaft mit der technischen Intelligenz muß gefestigt werden. Die Gewerkschaften werden gemeinsam mit den Wirtschaftsorganen, den Kammern der Technik und der Freien Deutschen Jugend die Hennecke-Aktivisten zu Arbeitstagungen über einzelne Industriezweige oder Industriezentren zusammenrufen.

Wir alle wollen dafür sorgen, daß diese Arbeitsberatungen durch unsere vorbildliche Arbeit im Betrieb die breiteste Grundlage erhalten und viele neue Hennecke-Aktivisten in kürzester Zeit aus unseren volkseigenen Betrieben hervorgehen.

Vorwärts, mit Kühnheit heran an die Arbeit! Schafft durch kollektiven

Einsatz neue Werte für das Volk! Steigert die Produktion! Festigt unsere demokratische Ordnung! Verbessert die Lebenslage aller Werktätigen!

Reiht Euch ein in die Hennecke-Bewegung zum Nutzen für das Volk, zur Sicherung des Friedens!

Packt zu! Es geht um ein besseres Leben.

Aus der Arbeit des Freien Deutschen
Gewerkschaftsbundes 1947–1949.
Hrsg. vom Bundesvorstand des FDGB,
Berlin 1950, S. 497–499.

59

Aus dem Offenen Brief des Parteivorstandes der KPD an die Mitglieder der SPD vom Mai 1949

Werte Genossen!

Wir haben kürzlich zu Händen des Parteivorstandes in Hannover einen Brief an die Sozialdemokratische Partei gerichtet, in dem wir zu gemeinsamem Handeln gegen die reaktionäre CDU/CSU aufforderten. Da dieser Brief unbeantwortet blieb, wenden wir uns in diesem Offenen Brief an jedes Mitglied und jeden Funktionär der SPD.

Werte Genossen! Vier Jahre nach Kriegsende ist der Friede der Welt nicht gesichert, ist unser Deutschland zerrissen und ohne Friedensvertrag, wird schon wieder zum Kriege gerüstet, werden immer furchtbarere Mittel der Menschenvernichtung ersonnen und hergestellt, sind neue Kriegshetzer am Werk, die offen zum Kriege aufrufen. Der erste Kriegsschauplatz, das erste Opfer in einem kommenden Weltkrieg wäre Deutschland, wäre unser eigenes Volk, denn der Krieg würde mitten in unserem Lande beginnen.

Dies ist die Lage, in der wir uns an Euch wenden. Was soll aus Deutschland werden? Was aus den Zielen der Arbeiterbewegung? Wo stehen wir, und welchen Weg wollen wir gehen?

Dutzende-, hundertemale haben wir in unseren eigenen Parteien und in den Gewerkschaften die durch die Tatsachen immer aufs neue erhärtete Feststellung getroffen, daß in den Westzonen Deutschlands die alten reaktionären Mächte des Großkapitals und des Junkertums wieder obenauf sind. Selbst die rechten Führer Eurer Partei konnten nicht umhin, einzugestehen, daß die früheren Hintermänner des Hitlerregimes, die Herren von Kohle und Eisen, die Herren der Banken und der Chemie-Konzerne, die Wehrwirtschaftsführer und Militaristen, in den Westzonen Schritt um Schritt wieder die Machtpositionen in Wirtschaft und Verwaltung erobert haben.

Müssen wir uns heute nicht fragen, wie das geschehen konnte? Müssen wir uns nicht fragen, wie es möglich war, daß die gesellschaftlichen Kräfte, die für Faschismus und Krieg verantwortlich zeichnen, daß die monopolistischen Kriegstreiber, die Stinnes, Thyssen, Zangen, Röhlen und Dinkelbach, wieder die Kommandohöhen unserer Wirtschaft beherrschen? Müssen wir uns nicht fragen, wie es kommen konnte, daß die Schacht, Papen und Halder „entnazisiert", daß die Spitzen der Verwaltung und die gesamte Justiz nazistischen und militaristischen Elementen überantwortet wurden? Müssen wir uns nicht fragen, wer die Verantwortung trägt für diese ganze unheilvolle Entwicklung? Daß sich hier in tragischer Weise das wiederholt, was zum Selbstmord der demokratischen Kräfte in der Weimarer Republik, zu Faschismus und Krieg geführt hat, darüber gibt es unter uns keine Meinungsverschiedenheiten. Aber wie konnte es so weit kommen?

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung lehrt uns zweierlei: Sie lehrt uns, daß die Spaltung der Arbeiterschaft zum Verhängnis wurde, und sie lehrt uns die Wahrheit des Satzes: Wer mit der Reaktion paktiert, stirbt daran.

Diese wichtigsten Lehren aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sind von den rechten Parteiführern in den Wind geschlagen worden.

Die Erfahrungen der letzten vier Jahre beweisen – wenn es nach der Niederlage von 1933, nach Faschismus und Krieg noch dieses Beweises bedurft hätte –, daß die Arbeiterklasse nicht siegen, ja, daß sie nicht einen Schritt vorwärtskommen kann, wenn sie diese Lehren nicht beherzigt. Die Lehren der Geschichte beherzigen heißt die Mauer des Hasses und des Mißtrauens niederreißen, die die spalterische Politik der rechten Parteiführer zwischen uns aufgerichtet hat. Die Lehren der Geschichte beherzigen heißt Schluß machen mit der reaktionären Koalitionspolitik der rechten Parteiführer, die, wenn sie fortgesetzt wird, der deutschen Arbeiterklasse mit dem ganzen deutschen Volke zum Verhängnis werden muß.

Die Arbeiterklasse ist das Rückgrat der Nation, sie ist die mächtigste, organisierteste, fortschrittlichste Kraft des Volkes. Nur solange sie nicht einig ist, kann ihr die Reaktion, können ihr die Großkapitalisten und Junker die Führung des Volkes streitig machen. Wenn wir einig sind, wenn wir auf dem Wege vorwärtsschreiten, den uns Marx, Engels, Lassalle, Bebel und Liebknecht gewiesen haben, dann sind wir unbesiegbar, dann werden wir jene einige, fortschrittliche demokratische deutsche Republik erringen, für die bereits unsere Vorkämpfer von 1848 gekämpft haben.

Es gibt für die deutsche Arbeiterklasse keinen Fortschritt ohne die Herstellung der deutschen Einheit, ohne nationale Selbstbestimmung und Un-

abhängigkeit, ohne Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen, ohne Kampf um eine fortschrittliche, antifaschistische Demokratie. Zu diesem Kampf reichen wir Euch die Bruderhand. Wir Kommunisten werden uns durch die giftigen Verleumdungen und den wütenden Haßfeldzug der rechten Parteiführer nicht abhalten lassen, stets und überall für die Einheit der Arbeiterklasse zu wirken. Keine Macht der Welt wird uns daran hindern, immer wieder die Verständigung mit Euch zu suchen und das Ziel der Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Kampfes um Demokratie und Frieden zu verfechten. Wir kennen nur einen Feind: Das ist die kleine Schicht von Monopolgewaltigen, die Verderber und Totengräber unseres Volkes, das sind die in- und ausländischen Kriegstreiber. Zum Kampf gegen diesen unseren gemeinsamen Feind rufen wir Euch auf.

Es lebe die Einheit der Arbeiterklasse!

Es lebe der Kampf für ein geeintes, demokratisches Deutschland!

Parteivorstand der KPD

Hamburger Volkszeitung,
7./8. Mai 1949.

60

Genehmigungsschreiben des amerikanischen, des britischen und des französischen Militärgouverneurs zum westdeutschen Grundgesetz, 12. Mai 1949

Frankfurt, den 12. Mai 1949

Herrn
Dr. Konrad Adenauer
Präsident des Parlamentarischen Rates
Bonn

Sehr geehrter Herr Dr. Adenauer!

1. Das am 8. Mai vom Parlamentarischen Rat angenommene Grundgesetz ist hier mit beachtlichem Interesse zur Kenntnis genommen worden. Nach unserer Auffassung verbindet es sehr glücklich deutsche demokratische Überlieferung mit den Begriffen repräsentativer Regierung und einer Herrschaft des Rechts, wie sie in der Welt als Erfordernis für das Leben eines freien Volkes anerkannt worden sind.

2. Indem wir diese Verfassung zwecks Ratifizierung durch das deutsche Volk in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Artikels 144 (1) genehmigen, nehmen wir an, daß Sie verstehen werden, wenn wir verschiedene Vorbehalte machen müssen. In erster Linie sind die Vollmachten, die dem Bund durch das Grundgesetz übertragen werden, sowie die

Machtbefugnisse, die die Länder und örtlichen Regierungsstellen ausüben, den Vorschriften des Besatzungsstatuts unterworfen, das wir Ihnen schon übermittelt haben und das mit dem heutigen Datum verkündet wird.

3. Zweitens versteht es sich, daß die Polizeibefugnisse, wie sie in Artikel 91 (2) enthalten sind, nicht ausgeübt werden dürfen, bis sie von den Besatzungsbehörden ausdrücklich gebilligt sind. In gleicher Weise sollen die übrigen Polizeifunktionen des Bundes im Einklang mit dem in dieser Frage an Sie gerichteten Schreiben vom 14. April 1949 ausgeübt werden.

4. Ein dritter Vorbehalt betrifft die Beteiligung Groß-Berlins am Bund. Wir interpretieren den Inhalt der Artikel 23 und 144 (2) des Grundgesetzes dahin, daß er die Annahme unseres früheren Ersuchens darstellt, demzufolge Berlin keine abstimmungsberechtigte Mitgliedschaft im Bundestag oder Bundesrat erhalten und auch nicht durch den Bund regiert werden wird, daß es jedoch eine beschränkte Anzahl Vertreter zur Teilnahme an den Sitzungen dieser gesetzgebenden Körperschaften benennen darf.

5. Ein vierter Vorbehalt bezieht sich auf die Artikel 29 und 118 und die allgemeinen Fragen der Neufestsetzung der Ländergrenzen. Abgesehen von Württemberg-Baden und Hohenzollern hat sich unsere Haltung in dieser Frage, seitdem wir die Angelegenheit mit Ihnen am 2. März besprochen haben, nicht geändert. Sofern nicht die Hohen Kommissare einstimmig eine Änderung dieser Haltung beschließen, sollen die in den genannten Artikeln festgelegten Befugnisse nicht ausgeübt werden, und die Grenzen aller Länder mit Ausnahme von Württemberg-Baden und Hohenzollern bis zum Zeitpunkt des Friedensvertrages, so wie sie jetzt festgelegt sind, bestehenbleiben.

6. Wir sind fünftens der Auffassung, daß Artikel 84 Absatz 5 und Artikel 87 Absatz 3 dem Bund sehr weitgehende Befugnisse auf dem Gebiet der Verwaltung geben. Die Hohen Kommissare werden der Ausübung dieser Befugnisse sorgfältige Beachtung schenken müssen, um sicherzustellen, daß sie nicht zu einer übermäßigen Machtkonzentration führen.

7. Bei unserer Zusammenkunft mit Ihnen am 25. April unterbreiteten wir Ihnen eine Formel, in der auf Englisch der Sinn des Artikels 72 (2), 3 wiedergegeben war. Diese Formel, die Sie annahmen, da Sie Ihre Auffassung wiedergebe, lautete wie folgt:

„... weil die Wahrung der Rechts- oder wirtschaftlichen Einheit sie erfordert, um die wirtschaftlichen Interessen des Bundes zu fördern oder eine angemessene Gleichheit wirtschaftlicher Möglichkeiten für alle sicherzustellen."

Wir möchten Sie davon unterrichten, daß die Hohen Kommissare diesen Artikel in Übereinstimmung mit dem vorliegenden Text auslegen werden.

8. Um die Möglichkeit zukünftiger Rechtsstreitigkeiten auszuschalten,

möchten wir klarstellen, daß wir bei der Genehmigung der Verfassungen für die Länder bestimmten, daß nichts in diesen Verfassungen als Beschränkung der Bestimmungen der Bundesverfassung ausgelegt werden kann. Ein Konflikt zwischen den Länderverfassungen und der vorläufigen Bundesverfassung muß daher zugunsten der letzteren entschieden werden.

9. Wir möchten es auch klar verstanden wissen, daß nach Zusammentritt der gesetzgebenden Körperschaften, die das Grundgesetz vorsieht, und nachdem entsprechend dem im Grundgesetz festgelegten Verfahren die Wahl des Präsidenten sowie die Wahl und Ernennung des Kanzlers bzw. der Bundesminister erfolgt sind, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland konstituiert ist und das Besatzungsstatut daraufhin in Kraft tritt.

10. Nach Vollendung seiner letzten Aufgabe, wie sie in Artikel 145 Absatz 1 festgelegt ist, wird der Parlamentarische Rat aufgelöst. Wir möchten diese Gelegenheit benützen, um die Mitglieder des Parlamentarischen Rates zur erfolgreichen Vollendung ihrer unter kritischen Verhältnissen durchgeführten schwierigen Aufgabe sowie zu der offenkundigen Sorgfalt und Gründlichkeit, mit der sie ihre Arbeit geleistet haben und zu der Hingabe an demokratische Ideale, nach deren Erreichung wir alle streben, zu beglückwünschen.

gez. B. H. Robertson, General
Militärgouverneur Britische Zone

Pierre Koenig, Général d'Armée
Militärgouverneur Französische Zone

Lucius D. Clay, General, US Army
Militärgouverneur Amerikanische Zone

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und Besatzungsstatut.
Mit einer Einl. von Staatsrat Prof. Dr. Karl Schmid,
Textausgabe mit einem ergänzenden Anhang
zusammengestellt und erläutert von Dr. Werner Matz,
Stuttgart und Köln 1949, S. 141–143.

61
Besatzungsstatut für Westdeutschland, verkündet am 12. Mai 1949

In Ausübung der von den Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs beibehaltenen obersten Gewalt,

verkünden wir,

General Pierre Koenig, Militärgouverneur und Oberbefehlshaber der französischen Zone Deutschlands,

General Lucius D. Clay, Militärgouverneur und Oberbefehlshaber der amerikanischen Zone Deutschlands, und

General Sir Brian Hubert Robertson, Militärgouverneur und Oberbefehlshaber der britischen Zone Deutschlands,

hiermit gemeinsam das folgende Besatzungsstatut:

1. Die Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs wünschen und beabsichtigen, daß das deutsche Volk in dem Zeitraum, während dessen das Fortdauern der Besatzung notwendig ist, das größtmögliche Maß an Selbst-Regierung genießt, das mit einer solchen Besatzung vereinbar ist. Der Bund und die beteiligten Länder haben, lediglich den Beschränkungen dieses Statuts unterworfen, volle gesetzgebende, vollziehende und rechtsprechende Gewalt gemäß dem Grundgesetz und ihren jeweiligen Verfassungen.

2. Um die Verwirklichung der grundlegenden Besatzungszwecke zu sichern, bleibt die Zuständigkeit für die folgenden Gebiete, einschließlich des Rechts, von den Besatzungsbehörden benötigte Auskünfte und statistische Angaben anzufordern und zu überprüfen, ausdrücklich vorbehalten:

a) die Entwaffnung und Entmilitarisierung einschließlich der damit in Beziehung stehenden Gebiete der wissenschaftlichen Forschung, Verbote und Beschränkungen der Industrie und die Zivilluftfahrt;

b) die Kontrolle über die Ruhr, die Restitutionen, Reparationen, Dekartellisierung, Dekonzentrierung, Nichtbenachteiligung im Handel, die ausländischen Interessen in Deutschland und die Ansprüche gegen Deutschland;

c) auswärtige Angelegenheiten einschließlich der von Deutschland oder in seinem Namen abgeschlossenen internationalen Abkommen;

d) verschleppte Personen und die Aufnahme von Flüchtlingen;

e) der Schutz, das Ansehen und die Sicherheit der alliierten Streitkräfte, ihrer Angehörigen, Angestellten und Vertreter, ihre Immunitäten und die Befriedigung der Besatzungskosten und ihrer sonstigen Bedürfnisse;

f) die Beachtung des Grundgesetzes und der Landesverfassungen;

g) die Überwachung des Außenhandels und des Devisenverkehrs;

h) die Überwachung innerer Maßnahmen nur in dem Mindestumfang, der erforderlich ist, um die Verwendung von Geldmitteln, Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsgütern in der Weise sicherzustellen, daß Deutschlands Bedarf an äußerer Unterstützung auf ein Mindestmaß herabgesetzt wird;

i) die Überwachung der Pflege und Behandlung der vor den Gerichten und Tribunalen der Besatzungsmächte und Besatzungsbehörden angeklagten oder von ihnen verurteilten Personen in deutschen Gefängnissen,

die Überwachung der Vollstreckung von Strafurteilen gegen solche Personen und die Kontrolle in Fragen der Amnestierung, Begnadigung oder Freilassung bezüglich dieser Personen.

3. Es ist die Hoffnung und Erwartung der Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs, daß die Besatzungsbehörden keinen Anlaß haben werden, auf anderen als den oben ausdrücklich vorbehaltenen Gebieten Maßnahmen zu ergreifen. Die Besatzungsbehörden behalten sich jedoch das Recht vor, entsprechend den Weisungen ihrer Regierungen die Ausübung der vollen Gewalt ganz oder teilweise wieder zu übernehmen, wenn sie dies für unerläßlich erachten für die Sicherheit oder zur Aufrechterhaltung der demokratischen Ordnung in Deutschland oder auf Grund der internationalen Verpflichtungen ihrer Regierungen. Zuvor werden sie die zuständigen deutschen Behörden von ihrer Entscheidung und den Gründen dafür förmlich in Kenntnis setzen.

4. Der deutsche Bund und die Länder haben die Befugnis, nach ordnungsmäßiger Mitteilung an die Besatzungsbehörden auch auf den diesen Behörden vorbehaltenen Gebieten Gesetze zu erlassen und tätig zu werden, es sei denn, daß die Besatzungsbehörden ausdrücklich anderes bestimmen oder daß solche Gesetze oder Maßnahmen mit den von den Besatzungsbehörden selbst getroffenen Entscheidungen oder Maßnahmen unvereinbar sind.

5. Jede Änderung des Grundgesetzes bedarf vor ihrem Inkrafttreten der ausdrücklichen Genehmigung der Besatzungsbehörden. Landesverfassungen, Änderungen dieser Verfassungen, alle sonstigen Gesetze und alle Abkommen zwischen dem Bund und ausländischen Regierungen treten einundzwanzig Tage nach ihrem amtlichen Eingang bei den Besatzungsbehörden in Kraft, es sei denn, daß diese sie vorher vorläufig oder endgültig ablehnen. Die Besatzungsbehörden werden ein Gesetz nicht ablehnen, es sei denn, daß es ihrer Ansicht nach unvereinbar ist mit dem Grundgesetz, mit einer Landesverfassung, mit den Gesetzen oder sonstigen Vorschriften der Besatzungsbehörden oder mit Bestimmungen dieses Statuts, oder daß es eine ernste Bedrohung der grundlegenden Besatzungszwecke darstellt.

6. Unter der alleinigen Voraussetzung ihrer Sicherheit gewährleisten die Besatzungsbehörden, daß alle Besatzungsstellen die persönlichen Grundrechte des Schutzes gegen willkürliche Verhaftung, Durchsuchung oder Beschlagnahme, der Vertretung durch einen Anwalt, der Freilassung gegen Bürgschaft, sofern es die Umstände gestatten, der Verständigung mit den Angehörigen und eines gerechten und unverzüglichen Verfahrens achten werden.

7. Vor dem Inkrafttreten des Grundgesetzes erlassene Gesetze der Be-

satzungsbehörden bleiben bis zu ihrer Aufhebung oder Änderung durch die Besatzungsbehörden nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen in Kraft:

a) Mit dem Vorstehenden unvereinbare Gesetze werden aufgehoben oder abgeändert werden, um sie damit in Einklang zu bringen;

b) Gesetze, die auf den oben in Absatz 2 aufgeführten vorbehaltenen Befugnissen beruhen, werden kodifiziert werden;

c) nicht unter a und b fallende Gesetze werden von den Besatzungsbehörden auf Ersuchen der zuständigen deutschen Behörden aufgehoben werden.

8. Jede Maßnahme, die in einer in einem Übereinkommen zwischen den Besatzungsbehörden vorgesehenen Weise getroffen oder als solche nachgewiesen wird, gilt als eine auf Grund der in diesem Statut vorbehaltenen Befugnisse vorgenommene Handlung der Besatzungsbehörden und ist als solche wirksam gemäß diesem Statut. Die Besatzungsbehörden können ihre Beschlüsse nach ihrem Ermessen entweder unmittelbar oder durch Anweisungen an die zuständigen deutschen Behörden ausführen.

9. Nach zwölf Monaten und in jedem Falle binnen achtzehn Monaten, vom Tage des Inkrafttretens des Statuts an gerechnet, werden die Besatzungsmächte eine Nachprüfung seiner Bestimmungen vornehmen auf Grund der Erfahrungen bei seiner Anwendung und im Hinblick auf eine Erweiterung des Zuständigkeitsbereiches der deutschen Behörden auf den Gebieten der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und Besatzungsstatut.
Mit einer Einl. von Staatsrat Prof. Dr. Karl Schmid,
Textausgabe mit einem ergänzenden Anhang
zusammengestellt und erläutert von Dr. Werner Matz,
Stuttgart und Köln 1949, S. 106–109.

62

Manifest an das deutsche Volk, beschlossen auf dem 3. Deutschen Volkskongreß am 30. Mai 1949

Erfüllt von ernster Sorge um den Wiederaufbau unseres Vaterlandes und das Leben unseres Volkes in dieser für Deutschlands Geschichte und Zukunft bedeutungsvollen Stunde, erhebt der 3. Deutsche Volkskongreß, aus Anlaß der Pariser Außenministerkonferenz, seine Stimme für die Einheit Deutschlands und den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages. Das deutsche Volk kann nur hoffen und wünschen, daß auf dieser Konferenz eine Verständigung der vier Großmächte über Deutschland herbeigeführt wird.

Schon im November vorigen Jahres hat das Präsidium des Deutschen Volksrates an die Regierungen von Frankreich, Großbritannien, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken das Ersuchen gerichtet, den Außenministerrat unverzüglich einzuberufen, um den Friedensvertrag mit Deutschland zu beraten und die Friedenskonferenz vorzubereiten. Dazu hat das Präsidium den beteiligten Regierungen und den Völkern der Welt folgende Vorschläge unterbreitet:

Vorbereitende Maßnahmen

1. Ausarbeitung von Grundsätzen für einen Friedensvertrag auf der Grundlage der Beschlüsse von Jalta und Potsdam.

2. Herstellung der administrativen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands.

3. Wiederherstellung der Währungseinheit für ganz Deutschland und Aufhebung der Wirtschafts- und Verkehrsschranken zwischen den Zonen.

4. Bildung einer vorläufigen zentralen demokratischen Regierung Deutschlands aus Vertretern der demokratischen Parteien und Organisationen. Ihre Zusammensetzung muß eine dauerhafte Friedenspolitik gewährleisten.

5. Einberufung einer Friedenskonferenz, an der die vorläufige demokratische Regierung Deutschlands teilnimmt.

Grundsätze für den Friedensvertrag

A. Pflichten des deutschen Volkes

1. Reparationsleistungen unter Wahrung eines gesicherten mittleren Lebensstandards. Feststellung der Gesamtforderungen unter Anrechnung aller bereits erfolgten Leistungen.

2. Endgültige Liquidierung des Kriegspotentials, besonders der Rüstungsindustrie.

3. Entmilitarisierung und Demokratisierung des staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens Deutschlands.

4. Bestrafung aller Kriegsverbrecher und Verbrecher gegen die Menschlichkeit.

5. Anerkennung einer befristeten und sachlich begründeten Viermächtekontrolle über die friedliche, wirtschaftliche und politische Entwicklung Deutschlands.

B. Rechte des deutschen Volkes

1. Schaffung einer Verfassung für ganz Deutschland, die die demokratische Gestaltung eines unabhängigen nationalen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens gewährleistet.

2. Freie Entwicklung der Produktion für alle friedlichen Zwecke aus eigener Kraft durch Arbeiter, Techniker, Bauern, Handwerker und Unter-

nehmer, unter Ausschluß der kapitalistischen Monopolherren und Großgrundbesitzer.

Der 3. Deutsche Volkskongreß bestätigt diese Vorschläge und unterbreitet sie im Namen des deutschen Volkes der Pariser Außenministerkonferenz.

Im Gegensatz zu diesen Vorschlägen führten die Londoner Beschlüsse der westlichen Großmächte zur Zerreißung Deutschlands durch separate Währung, Absperrung der Zonen, Lostrennung der Saar, Schaffung des Ruhrstatuts und Umwandlung des Ruhrgebietes in eine Waffenschmiede, Remilitarisierung der Westzonen, Atlantikpakt, Schaffung des westdeutschen Separatstaates. In der Bonner Verfassung ist der Weg bereitet für den Anschluß des westdeutschen Separatstaates an den Atlantik-Kriegspakt. Westdeutschland soll zur Kriegsbasis des Dollarimperialismus werden.

Diese Zerreißung Deutschlands hat den nationalen Notstand herbeigeführt. Der Deutsche Volksrat rief zur nationalen Selbsthilfe auf und entfesselte eine nationale Volksbewegung, die dem Friedensruf für ein einheitliches Deutschland Gehör verschafft.

Der Deutsche Volkskongreß umfaßt Vertreter aller Berufsschichten, Anhänger der verschiedensten Weltanschauungen und Glaubensbekenntnisse aus allen Teilen Deutschlands. Sie alle sind erfüllt von der großen Sorge um den Frieden und um Deutschlands Einheit. Sie alle sind überzeugt, daß es in den nationalen Grundfragen keine unüberbrückbaren Gegensätze gibt. Jeder vaterlandsliebende Deutsche reiht sich ein in den Kampf gegen die Spaltung der Heimat. Der Ruf ergeht auch an jene Deutschen, die bisher in der Nationalen Front keine Betätigung finden konnten. Auch die früheren Nationalsozialisten haben die Möglichkeit, durch ihre Mitarbeit zu zeigen, daß sie ihrem Vaterlande ehrlich und aufrichtig dienen wollen. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung hat den Forderungen des Volkskongresses auf Einheit Deutschlands, baldigen Frieden und Abzug der Besatzungstruppen zugestimmt. Aber Einheit und Frieden werden uns nicht geschenkt, wir müssen sie uns selbst erringen. Es geht um die nationale Rettung Deutschlands aus eigener Kraft.

Darum ruft der 3. Deutsche Volkskongreß alle Deutschen auf:

Stärkt die Nationale Front für Einheit und Frieden!

Es geht um den Zusammenschluß aller nationalgesinnten Kräfte. Die Spaltung unseres Vaterlandes trifft jeden Deutschen und reißt die Familien auseinander. Sie gefährdet den Arbeitsplatz, bedroht den Bauernhof, lähmt den Handel und den Verkehr, vernichtet den deutschen Arbeitsmarkt und hindert den Austausch kultureller und geistiger Werte. Arbeiter, Bauern, Handwerker, Fabrikanten, Kaufleute und Geistesschaffende: Ihr alle gehört in die Nationale Front! Immer breitere Schichten unseres Volkes emp-

finden den nationalen Kampf für Einheit, Frieden und Abzug der Besatzungstruppen als das Gebot der Stunde!

Die Nationale Front richtet sich nicht gegen andere Völker, sie hat nichts mit Nationalismus zu tun. Sie will Verständigung und Freundschaft mit allen Völkern der Erde. Sie bekämpft darum auf das entschiedenste die Kriegstreiberei gegen die Sowjetunion und gegen die Volksdemokratien. Sie weiß sich eins mit den Friedenskräften der Welt, deren wachsende Stärke in den Weltfriedenskongressen und im Widerstand gegen den Atlantikpakt zum Ausdruck kommt.

Gegenüber der in Westdeutschland und im Westen Berlins betriebenen Kriegshetze stützen wir uns auf die Festigung der friedfertigen, antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Ostzone, auf den Friedenswillen der Massen und die Ausbreitung der Volkskongreß-Bewegung auch im Westen. Das ist der Weg zur Unabhängigkeit, zur Einheit Deutschlands, zum gerechten Frieden und zum Abzug der Besatzungstruppen. Nur so kann die Nation gerettet werden.

Die Geschichte der Freiheitskämpfe aller Völker lehrt, daß der entschlossene, opferbereite Wille am Ende noch immer über fremde Diktate gesiegt hat. Der Deutsche Volkskongreß erwartet von allen Parteien und Organisationen, die sich in der Nationalen Front zusammengefunden haben, einen vorbehaltlosen Kampf in den nationalen Fragen des deutschen Volkes. Der Deutsche Volkskongreß ruft alle Deutschen auf zum gemeinsamen Kampf

für ein einiges, unabhängiges, friedliches Deutschland,

für den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen!

Es lebe die Nationale Front für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden!

Berlin, den 30. Mai 1949 — Der 3. Deutsche Volkskongreß

Neues Deutschland (B) (Berlin),
31. Mai 1949.

63

Aus dem Wahlprogramm der KPD vom Juli 1949

An das deutsche Volk!

Deutsche Männer, Frauen und Jugend!

Unser Volk und unser Vaterland sind in größter Gefahr. Das deutsche Volk ist vor die Frage seiner Existenz gestellt. Die Grundlagen unseres staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens sind bedroht. Ein zerstückeltes und militärisch besetztes Deutschland, ein Deutschland ohne Friedensvertrag ist ein Deutschland ohne Hoffnung und ohne Zukunft.

Nicht um kleinliches Parteigezänk geht es bei dieser Wahl. Jeder Wähler muß wissen, daß sein Schicksal vom Schicksal der gesamten deutschen Nation abhängt. Nicht schöne Reden helfen uns, sondern nur das Erkennen der wahren Lage und das patriotische Handeln aller verantwortungsbewußten Deutschen.

Das deutsche Volk soll selbst entscheiden. Es geht darum, ob die nationale Einheit Deutschlands wiederhergestellt oder ob Deutschland endgültig gespalten werden soll.

Es geht darum, ob Deutschland endlich einen Friedensvertrag erhält, der die Einheit und Unabhängigkeit gewährleistet, oder ob Westdeutschland in den Atlantikpakt hineingezwungen wird und als Waffenschmiede und Schlachtfeld der Imperialisten für einen neuen Krieg gegen die Sowjetunion mißbraucht werden kann.

In der Stunde der großen nationalen Not unseres Volkes erstreben wir Kommunisten die Schaffung einer nationalen Front aller Deutschen, die nicht an Parteigrenzen, an Unterschiede der Weltanschauung und des Glaubensbekenntnisses gebunden ist, sondern die alle ehrlichen Deutschen umfaßt, die ihr Volk und ihr Vaterland lieben. Für diese nationale Einheit kämpfen wir Kommunisten. Um diese nationale Einheit zu schaffen, scheuen wir keine Opfer. Im Kampf für diese nationale Einheit wurde Max Reimann, Symbol des gerechten deutschen Kampfes, ins Gefängnis geworfen.

Wir Kommunisten repräsentieren in der kommenden Wahl mehr als eine Partei. Wir sind das nationale Gewissen, wir sind die wirklichen Patrioten, die dem ganzen Volke den einzig möglichen Weg zu seiner endgültigen Rettung zeigen und dafür kämpfen.

Die Führer der Bonner Koalitionsparteien, die Führer der CDU/CSU, der SPD, der FDP und des Zentrums, haben sich gemeinsam bereit gezeigt, die Befehle fremder Herren in Deutschland auszuführen. Gemäß ihren Weisungen haben sie das sogenannte Grundgesetz für den westdeutschen Bundesstaat ausgearbeitet. Getrieben von selbstsüchtigen Interessen und maßlosem Ehrgeiz, haben sie sich dazu hergegeben, die unselige Spaltung Deutschlands gutzuheißen, gesetzlich zu verankern und so einen Weststaat zu errichten.

Wir wollen, daß das deutsche Volk, daß insbesondere die deutsche Jugend eine friedliche und menschenwürdige Zukunft habe. Das deutsche Volk hat aber nur dann eine Zukunft, wenn die wirtschaftliche und nationale Einheit Deutschlands wiederhergestellt wird.

Es hat nur dann eine Zukunft, wenn es in freier Selbstbestimmung über seine Bodenschätze und seine gesamte Wirtschaft verfügen kann.

Es hat nur dann eine Zukunft, wenn sein Außenhandel frei ist von JEIA-Fesseln und Dollarklauseln und wenn es die natürlichen Handels-

beziehungen zu seinen früheren Handelspartnern in aller Welt, insbesondere im Osten und Südosten Europas, wieder aufnehmen und pflegen kann.

Es hat nur dann eine Zukunft, wenn es den lang ersehnten gerechten Friedensvertrag erhält und wenn alle Besatzungstruppen Deutschland verlassen.

Dieses Ziel ist nicht anders zu erreichen als durch die Zusammenarbeit aller Deutschen, die ihre Heimat lieben. Auf dem Boden der natürlichen Lebensrechte der Nation sollten alle Deutschen, ungeachtet ihrer Weltanschauung und Parteizugehörigkeit, sich in einer großen nationalen Front für Einheit, Unabhängigkeit und Frieden zusammenschließen.

Wir Kommunisten wollen ein geeintes, unabhängiges Deutschland, eine gesamtdeutsche Verfassung und eine gesamtdeutsche Regierung unter Teilnahme aller demokratischen Parteien und der Gewerkschaften.

Wir wollen den baldigen Abschluß eines gerechten Friedensvertrages, die Aufhebung des Ruhr- und Besatzungsstatutes und den Abzug aller Besatzungstruppen.

Wir wollen die ungehinderte Entwicklung einer deutschen Friedenswirtschaft, die Einstellung der Demontagen und die Aufhebung der Einschränkungen unserer Friedensproduktion, insbesondere die Freigabe unserer Treibstoff- und Bunaerzeugnisse, und den ungestörten friedlichen Handel mit allen Völkern der Erde.

Wir wollen den Frieden der Welt und wehren uns deshalb entschieden gegen die Einfügung Westdeutschlands, seiner Wirtschaft und seiner Bevölkerung in den Atlantikpakt. Nie soll Deutschland zur Rüstungswerkstatt und zum Aufmarschgelände eines kommenden Krieges werden!

Wir wollen Frieden und Freundschaft mit allen Nachbarvölkern! Wir wollen Freundschaft mit der Sowjetunion, der einzigen Großmacht, die für die nationale Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands eintritt.

In diesem Kampf um sein Leben als Nation muß das deutsche Volk erkennen, wer seine Freunde und wer seine Feinde sind. Die Sowjetunion hat sich immer als ein Freund des deutschen Volkes erwiesen. Auf der Pariser Außenministerkonferenz kämpfte allein die sowjetische Delegation für die Sache der Einheit und Unabhängigkeit eines demokratischen und friedlichen Deutschlands. Deshalb erstreben die Kommunisten die Freundschaft mit der Sowjetunion, deren Interesse an einem starken, friedlichen Deutschland mit unseren nationalen Interessen vollkommen übereinstimmt. Deshalb wünschen wir die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, die bereit ist, einem solchen Deutschland beim Aufbau seiner Friedenswirtschaft und seiner nationalen Unabhängigkeit zu helfen.

Dagegen ist die Haltung der Westmächte zu Deutschland lediglich diktiert von den Interessen der anglo-amerikanischen Monopolherren und

ihrer imperialistischen Macht- und Kriegspolitik. Für die Westmächte ist ein geeintes, starkes, unabhängiges Deutschland unvereinbar mit ihrem imperialistischen Streben nach Unterwerfung anderer Völker und ihrer Kriegs- und Eroberungspolitik.

Wir Kommunisten sind für friedliches Zusammenleben mit allen unseren Nachbarvölkern im Osten und im Westen und mit allen friedens- und freiheitsliebenden Menschen in der ganzen Welt.

Wir Kommunisten sind für Freundschaft und friedliche Beziehungen mit unseren östlichen Nachbarvölkern. Wir verurteilen entschieden die hemmungslose Haßkampagne gegen Polen und die Tschechoslowakei. Wir warnen unser Volk davor, sich noch einmal für einen kriegerischen Überfall gegen den Osten mißbrauchen zu lassen. Die Oder-Neiße-Grenze wurde 1945 von den alliierten Großmächten gemeinsam festgelegt und ist die Friedensgrenze nach dem Osten. Die Propaganda für die Revision dieser Grenze, wie sie von den Kriegstreibern geführt wird, gefährdet den Frieden und ist ein Betrug an den Flüchtlingen.

Wir Kommunisten erstreben Freundschaft mit dem französischen Volk, dessen wirkliche Sicherheit nur durch ein freies Volk in einem geeinten Deutschland gewährleistet sein wird.

Dokumente der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945–1956. Mit einem Vorwort des Ersten Sekretärs des ZK der KPD, Max Reimann, Berlin 1965, S. 186–189.

64

Aus den Düsseldorfer Leitsätzen der CDU vom 15. Juli 1949

Was versteht die CDU unter sozialer Marktwirtschaft?

Die „soziale Marktwirtschaft" ist die sozial gebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft, in der die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt. Diese Ordnung wird geschaffen durch Freiheit und Bindung, die in der „sozialen Marktwirtschaft" durch echten Leistungswettbewerb und unabhängige Monopolkontrolle zum Ausdruck kommen. Echter Leistungswettbewerb liegt vor, wenn durch eine Wettbewerbsordnung sichergestellt ist, daß bei gleichen Chancen und fairen Wettkampfbedingungen in freier Konkurrenz die bessere Leistung belohnt wird. Das Zusammenwirken aller Beteiligten wird durch marktgerechte Preise gesteuert.

Marktgerechte Preise sind Motor und Steuerungsmittel der Marktwirtschaft. Marktgerechte Preise entstehen, indem Kaufkraft und angebotene Gütermenge auf den Märkten zum Ausgleich gebracht werden. Wichtigste

Vorbedingung, um diesen Ausgleich herbeizuführen, ist ein geordnetes Geldwesen.

In einer solchen Wirtschaftsordnung ist jeder Betrieb und jeder Haushalt im Rahmen der für alle gleichen Gesetze an Stelle einer lenkenden Behörde Herr seiner wirtschaftlichen Entschlüsse. Die einzelnen Betriebe planen in eigener Verantwortung, was sie erzeugen, und bieten ihre Erzeugnisse dem Markt an. Auf dem Markt findet ein Wettkampf der Erzeuger um die Gunst der Verbraucher statt. Wenn die Erzeuger richtig geplant haben, bezahlen die Verbraucher gute Preise, wenn sie falsch planen, werden die Erzeugnisse von den Verbrauchern abgelehnt oder nur zu niedrigeren Preisen abgenommen. Im ersteren Falle werden die Erzeuger durch Gewinn belohnt und zu größerer Produktion angeregt, im letzteren Falle werden sie durch Verlust gestraft und zur Umstellung auf eine andere, dem Verbraucher genehmere Produktion angehalten. Auf diese Weise bestimmen die Verbraucher mittelbar, was produziert werden soll, und können gleichzeitig frei über ihr Einkommen verfügen.

Die „soziale Marktwirtschaft" steht im scharfen Gegensatz zum System der Planwirtschaft, die wir ablehnen, ganz gleich, ob in ihr die Lenkungsstellen zentral oder dezentral, staatlich oder selbstverwaltungsmäßig organisiert sind ...

Die „soziale Marktwirtschaft" steht auch im Gegensatz zur sogenannten „freien Wirtschaft" liberalistischer Prägung. Um einen Rückfall in die „freie Wirtschaft" zu vermeiden, ist zur Sicherung des Leistungswettbewerbs die unabhängige Monopolkontrolle nötig. Denn so wenig der Staat oder halböffentliche Stellen die gewerbliche Wirtschaft und einzelne Märkte lenken sollen, so wenig dürfen Privatpersonen und private Verbände derartige Lenkungsaufgaben übernehmen.

Die freie Wirtschaft alten Stils hat es den Unternehmern erlaubt, sich zu Kartellen und Marktverbänden zusammenzuschließen, um die Preise zu diktieren, die Erzeugung nach Belieben einzuschränken und den Wirtschaftskampf mit Mitteln der Gewalt, der Verdrängung und der Schadenszufügung, mit Sperren, Kampfpreisen und Boykott zu führen. Dabei wurde der Gedanke des Wettbewerbs verfälscht, verschleiert und seiner motorischen Wirkung beraubt. Nur allzuoft waren nicht gleiche und gerechte Startbedingungen für alle Marktbeteiligten verwirklicht. So kam es in der freien Wirtschaft alten Stils oft zu wirtschaftlicher Ausbeutung der Schwachen durch die Mächtigen und zu wirtschaftlichem Gewalt- und Schädigungskrieg. Die Leidtragenden waren die wirtschaftlich und sozial Schwachen, insbesondere die Verbraucher.

Weil wir die unsozialen Auswüchse einer solchen „freien" Wirtschaft vermeiden wollen, weil wir in ihr eine verfälschte Marktwirtschaft sehen, fordern wir neben dem Leistungswettbewerb die Monopolkontrolle. Erst

eine wirksame Monopolkontrolle verhindert, daß Privatpersonen und private Verbände Lenkungsaufgaben in der Wirtschaft übernehmen können. Erst die Monopolkontrolle führt dazu, daß der Verbraucher mittelbar Art und Umfang der Produktion bestimmt und damit zum Herrn der Wirtschaft wird. Dadurch führt die von uns geforderte Wirtschaftsordnung neben den im Ahlener Programm genannten Mitteln zu wahrer Wirtschaftsdemokratie und deshalb nennen wir sie die „soziale Marktwirtschaft".

Die „soziale Marktwirtschaft" verzichtet auf Planung und Lenkung von Produktion, Arbeitskraft und Absatz.

Dadurch ist der Staat von der Sorge der zentralen Lenkung entlastet. Ihm bleibt die Aufgabe, das Recht zu setzen und zu hüten, den Wettbewerb zu fördern und das Geldwesen zu ordnen. In der „sozialen Marktwirtschaft" treten die durch Gesetz verankerte Ordnung und das Preissystem, d. h. also ein übersehbares und berechenbares System von Ordnungsmitteln an die Stelle eines behördlichen oder privaten monopolistischen Ermessens, das von niemand wirksam kontrolliert werden kann.

Die „soziale Marktwirtschaft" bejaht jedoch die planvolle Beeinflussung der Wirtschaft mit den organischen Mitteln einer umfassenden Wirtschaftspolitik auf Grund einer elastischen Anpassung an die Marktbeobachtung. Diese Wirtschaftspolitik führt in sinnvoller Kombination von Geld- und Kredit-, Handels- und Zoll-, Steuer-, Investitions- und Sozialpolitik sowie anderen Maßnahmen dazu, daß die Wirtschaft in Erfüllung ihrer letzten Zielsetzung der Wohlfahrt und der Bedarfsdeckung des ganzen Volkes dient. Diese Bedarfsdeckung hat selbstverständlich auch eine angemessene Versorgung des notleidenden Teiles der Bevölkerung zu umfassen.

Die vorwiegend eigentumsrechtlichen und gesellschaftspolitischen Grundsätze des Ahlener Programms werden anerkannt, jedoch nach der marktwirtschaftlichen Seite hin ergänzt und fortentwickelt.

Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945.
Hrsg. Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim, Zweiter Band,
Programmatik der deutschen Parteien, Erster Teil,
Berlin 1963, S. 59–61.

65
Politische Grundsätze des Demokratischen Blocks vom 19. August 1949

Vor uns Deutschen steht die große Aufgabe, die Einheit, den gerechten Frieden und den Abzug aller Besatzungstruppen zu erwirken.

Das erfordert, die Wirtschaft im gesamtdeutschen Rahmen auf friedlicher, demokratischer Grundlage wiederaufzubauen, die Wiedergut-

machungsverpflichtungen zu erfüllen und sich mit allen Kräften an dem Kampf gegen die Kriegsgefahr zur Verteidigung des Weltfriedens zu beteiligen. Zur Lösung dieser Aufgaben müssen sich alle fortschrittlichen Deutschen im Norden und Süden, im Osten und Westen unseres Vaterlandes in der Nationalen Front zusammenschließen.

Die Verwirklichung der gestellten Aufgaben in ganz Deutschland ist nur auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse möglich, deren Rechte alle deutschen Antifaschisten und Demokraten in Anspruch nehmen und deren Verpflichtung sie freiwillig und gewissenhaft erfüllen.

Da bisher weder die Bestimmungen der Potsdamer Beschlüsse über die wirtschaftliche Einheit Deutschlands und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung von den drei westlichen Besatzungsmächten durchgeführt wurden, noch das Funktionieren des in den Potsdamer Beschlüssen durch die vier Großmächte vereinbarten Kontrollmechanismus gesichert ist, ergibt sich für Deutschland ein nationaler Notstand, der die nationale Selbsthilfe erforderlich macht. Sie verlangt eine gesamtdeutsche Initiative, wie sie auch auf der Pariser Außenministerkonferenz den Deutschen zur Pflicht gemacht wurde.

Die Nationale Front erfaßt alle kämpferischen Kräfte der gesamtdeutschen nationalen Selbsthilfe. Der Demokratische Block anerkennt in der Volkskongreßbewegung und im Deutschen Volksrat die leitende und organisierende Kraft im Kampf um die Einheit Deutschlands, einen gerechten Frieden und den Abzug aller Besatzungstruppen.

Die vom Deutschen Volksrat ausgearbeitete und vom 3. Deutschen Volkskongreß bestätigte Verfassung der deutschen demokratischen Republik ist ein vorbildliches Dokument der gesamtdeutschen nationalen Selbsthilfe. Die Verfassung soll die Grundlage für die öffentliche Tätigkeit der Antifaschisten und Demokraten in ganz Deutschland bilden.

Vor uns Deutschen in der sowjetischen Besatzungszone und vor dem Demokratischen Block steht die Aufgabe, den Kampf für die Stärkung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Zone und für die Festigung der demokratischen Reformen zu führen.

Für die Verwirklichung der gestellten Aufgaben in der sowjetischen Besatzungszone verpflichtet sich der Demokratische Block, im Geiste der vom 3. Deutschen Volkskongreß bestätigten Verfassung zu arbeiten, also die Freiheit des Geistes und des Gewissens zu wahren und jede religiöse Überzeugung und sittliche Weltanschauung zu achten.

Der Volkswirtschaftsplan und seine Erfüllung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands erfordern den Aufbau neuer Industrien und Einrichtungen zur Entwicklung der Landwirtschaft. Dazu ist die gemeinsame Entfaltung der breitesten Masseninitiative und eine erhöhte Wachsamkeit gegen alle Störungen der Wirtschaftsordnung durch antidemokra-

tische, friedensfeindliche Interessengruppen erforderlich. Die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes hat ein enges Zusammenwirken mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien zur Voraussetzung.

Die Lösung aller unserer politischen und wirtschaftlichen Aufgaben im gesamtdeutschen Rahmen stößt auf große Schwierigkeiten, denn die westlichen Alliierten setzen die Zerreißung Deutschlands fort und verweigern den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages.

Demgegenüber hat die Warschauer Außenministerkonferenz unter Führung der Sowjetunion Beschlüsse gefaßt, welche die Einheit Deutschlands, den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und den Abzug aller Besatzungstruppen verlangen. Diese Beschlüsse, die anzuerkennen nationale Pflicht jedes fortschrittlichen Deutschen ist, bedeuten eine große Unterstützung des deutschen Volkes. Daraus ergibt sich für jeden fortschrittlichen Deutschen die nationale Verpflichtung, gegen alle Elemente aufzutreten, die versuchen, die neue Grenze zwischen Polen und Deutschland zur Verhetzung der Völker und Entfesselung eines Krieges zu mißbrauchen. Die Wiedergewinnung des Vertrauens und die Herbeiführung eines auf gegenseitiger Achtung beruhenden Verhältnisses zu allen Völkern erfordern deshalb auch mehr denn je die Unterbindung jeder Völkerverhetzung. Das verpflichtet zu einer positiven Stellung gegenüber der Sowjetunion als der führenden Macht im Kampfe zur Verteidigung des Weltfriedens. Die von den reaktionären Kräften betriebene antisowjetische Propaganda ist die Propaganda für einen neuen Krieg und daher vom Demokratischen Block entschieden abzuwehren. Der Demokratische Block bekennt sich zur Freundschaft mit der Sowjetunion, den Volksdemokratien und allen anderen friedliebenden Völkern.

Organisatorische Grundsätze

Im Demokratischen Block haben sich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die Christlich-Demokratische Union Deutschlands, die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, die Demokratische Bauernpartei Deutschlands, die National-Demokratische Partei Deutschlands und der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen. Sie verpflichten sich zu einer gemeinsamen Politik nach den vorstehenden politischen Grundsätzen und zur Erhaltung des Demokratischen Blocks gegen alle Spaltungsbestrebungen.

Der Demokratische Block ist eine auf freier Entscheidung beruhende Gemeinschaft. Seine Beschlüsse werden deshalb nicht durch Mehrheitsabstimmungen, sondern durch Einmütigkeit herbeigeführt.

Jede der dem Demokratischen Block angeschlossenen antifaschistisch-demokratischen Parteien oder Organisationen hat vier Sitze.

Jede angeschlossene Partei oder Organisation hat das Recht, geeignete

Vertreter zur Teilnahme an der Sitzung des Demokratischen Blocks zu delegieren.

Jede angeschlossene Partei oder Organisation kann die Hinzuziehung von Vertretern politischer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher oder anderer Institutionen und Organisationen als Berichterstatter oder Berater beantragen.

Zur Teilnahme an den Sitzungen des Demokratischen Blocks sind Vertreter anderer antifaschistisch-demokratischer Massenorganisationen auf deren Antrag hin oder auf Einladung mit beratender Stimme zuzulassen, wenn Fragen, die ihr Tätigkeitsfeld betreffen, zur Behandlung stehen.

Den Vorsitz in den Sitzungen des Demokratischen Blocks führen die angeschlossenen Parteien und Organisationen abwechselnd.

Der allgemeine Rahmen für die Arbeit der Landesblockausschüsse sind die Beschlüsse des Demokratischen Blocks. Die Tätigkeit der Landesblockausschüsse darf nicht in Widerspruch zu diesen stehen.

Der Demokratische Block ist verpflichtet, Vorschläge und Anträge der Landesblockausschüsse zu beraten. Differenzen zwischen den dem Block angeschlossenen Parteien und Organisationen sind grundsätzlich an Ort und Stelle zwischen den Beteiligten direkt zu beheben. In Ausnahmefällen kann sich der nächsthöhere Blockausschuß mit der Schlichtung solcher Differenzen befassen. Seine Entscheidung ist endgültig.

Der Demokratische Block, die Landes- und Kreisblockausschüsse haben das Recht, Fragen und Beschwerden, die an sie herangetragen werden, an den zuständigen Blockausschuß zur Erledigung zu überweisen.

Neues Deutschland (B) (Berlin),
20. August 1949.

66

Richtlinien der Politik der SPD im Bundestag, beschlossen vom Parteivorstand der SPD in Bad Dürkheim am 29./30. August 1949

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands geht bei ihrer Politik von der Erkenntnis aus, daß eine lebenskräftige Demokratie nur auf dem Fundament sozialer Gerechtigkeit erbaut werden kann. Nur auf dieser Grundlage wird die deutsche Bundesrepublik ihre Aufgabe erfüllen, die deutsche Einheit zu schaffen und Deutschland in ein neugeordnetes Europa einzugliedern.

Das Ergebnis der Wahlen am 14. August beschwört die Gefahr herauf, daß die bisherige Wirtschaftspolitik fortgeführt, die deutsche Arbeitskraft ruiniert und die Spannungen zwischen den Klassen so gesteigert werden,


DEUTSCHLAND NACH DEM POTSDAMER ABKOMMEN
1:6 000 000
0 50 100 150 km
DÄNEMARK
Bornholm
OSTSEE
NORDSEE
SCHLESWIG-
Fehmarn
Rügen
Helgoland
Kiel
HOLSTEIN
HAMBURG
MECKLENBURG
Schwerin
zu Bremen
BREMEN
USA-Militärverwaltung
Elbe
Müritz
Oder
POLEN
NIEDER-
NIEDERSACHSEN
BRANDEN-
BERLIN
Potsdam
Spree
Ijssel-meer
Weser
Aller
Hannover
SACHSEN-
BURG
LANDE
Oder
Neiße
NORDRHEIN-
ANHALT
Halle
Rhein
Ems
Saale
Düsseldorf
WESTFALEN
SACHSEN
Dresden
Weimar
THÜRINGEN
BELGIEN
Lahn
Koblenz
HESSEN
TSCHECHO-
RHEINLAND-
Wiesbaden
Main
Prag (Praha)
Nahe
LUXEM-BURG
Luxem-burg
PFALZ
SLOWAKEI
SAAR-GEB.
Saarbrücken
Moldau
WÜRTTEMBERG-
BAYERN
Neckar
BADEN
Stuttgart
Donau
FRANK-
Tübingen
Inn
Donau
WÜRTTEMBERG-
HOHEN-
ZOLLERN
München
REICH
BADEN
Freiburg
Boden-see
Enns
ÖSTERREICH
LIECHTEN-STEIN
Vaduz
Bern
SCHWEIZ
Genfer See
ITALIEN
SEKTORENEINTEILUNG IN BERLIN
1:1 500 000
0 10 20 km
FRANZÖSISCHER SEKTOR
SOWJETISCHER SEKTOR
BRITISCHER SEKTOR
AMERIKANISCHER SEKTOR
Sowjetische Besatzungszone
Britische Besatzungszone
Amerikanische Besatzungszone
Französische Besatzungszone
Namen und Grenzen der Länder nach dem Stand von 1947

daß die staatsbildenden Kräfte gelähmt und die deutsche Demokratie zerstört wird.

Die Voraussetzungen für ein gesundes deutsches Staatswesen können nur geschaffen werden, wenn das deutsche Volk folgende Grundsätze im öffentlichen Leben durchsetzt:

1. Überwindung der Arbeitslosigkeit durch eine Politik der Vollbeschäftigung. Dazu ist die Stärkung der Kaufkraft und die Erhöhung des Reallohnes erforderlich. Abwehr weiterer Preissteigerungen. Umbau des Steuersystems durch Entlastung der kleinen Einkommen.

2. Planung und Lenkung der Kredite und Rohstoffe für Befriedigung des volkswirtschaftlichen Bedarfs. Ablehnung einer vom bloßen Profitinteresse bestimmten Wirtschaftspolitik.

3. Sozialer Lastenausgleich durch Zugriffe auch auf die Vermögen und nicht nur auf die Erträgnisse der Vermögen.

4. Sofortige Inangriffnahme des Wohnungsbaues unter besonderer Förderung des sozialen Wohnungsbaues durch den Bund.

5. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Seßhaftmachung und Freizügigkeit für die Vertriebenen und Kriegsgeschädigten durch zentrale Maßnahmen. Schaffung eines Flüchtlingsministeriums, zusätzliche Finanzhilfe an die mit Flüchtlingen überbelegten Länder.

6. Neuordnung der Sozialversicherung, des Rentenwesens und der Versorgung der Kriegsbeschädigten mit dem Ziel der Verbesserung der Leistungen, Hilfe für die Opfer der Diktaturen.

7. Mitbestimmung der Arbeitenden in den Betrieben und gleichberechtigte Einbeziehung der Gewerkschaften in die Selbstverwaltung der Wirtschaft.

8. Politische und wirtschaftliche Entmachtung des großen Eigentums und der Manager durch Sozialisierung der Grundstoff- und Schlüsselindustrien.

9. Sicherung der freien Entfaltung des gewerblichen und bäuerlichen Mittelstandes.

10. Sicherung und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung insbesondere durch einen den Gemeindeaufgaben gerecht werdenden Bundesfinanzausgleich.

11. Beschränkung der alliierten Einwirkungen auf bestimmte und reine Kontrollmaßnahmen. Änderung des Ruhrstatuts. Abwehr der Demontage deutscher Friedensindustrien.

12. Einbeziehung Berlins als 12. Land in die Deutsche Bundesrepublik. Bis dahin schnelle und wirksame Hilfe für Berlin.

13. Ablehnung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze. Verbleib des Saargebietes im deutschen Staatsverband. Abwehr neuer Gebietsabtretungen.

14. Unermüdlicher Appell an die moralischen Kräfte der Welt für die Freilassung der Kriegsgefangenen und Frauen. Rückführung der Verschleppten ...

15. Wahrung des im Grundgesetz vorgesehenen Vorrechts des Bundestags gegenüber partikularen Gewalten und Interessen. Die Bundesgewalt muß imstande sein, die äußeren und inneren Kriegsfolgelasten gerecht zu verteilen und die Funktionen des deutschen Staates zu erfüllen.

16. Sicherung der Freiheit der Lehre, der Verkündung und der Ausübung jeder Religion und jeder Weltanschauung. Bekämpfung des Mißbrauches kirchlicher Einrichtungen und Personen als Instrumente des politischen Machtkampfes. Abwehr jedes Versuches, die sozialen und politischen Probleme durch Entfachung eines Kulturkampfes zu vernebeln.

Die Sozialdemokratische Partei kämpft unter Ablehnung jeglicher Art von Nationalismus für die Gleichberechtigung aller Völker und für die Neuordnung Europas. Darum kämpft sie für die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage der persönlichen und staatsbürgerlichen Freiheit und Gleichheit in allen Besatzungszonen, insbesondere der sowjetischen Zone.

Nur diese Politik hält die Sozialdemokratische Partei für möglich und erfolgreich. Sie ist bereit, hierfür mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften einzutreten. Jede andere Politik wird sie mit der gleichen Entschiedenheit bekämpfen.

Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1948/1949. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Hannover o. J., S. 139/140.

67

Aus der Note der Regierung der UdSSR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA vom 1. Oktober 1949

Im Zusammenhang mit der am 20. September d. J. in Bonn erfolgten Bildung einer Separatregierung für die amerikanische, die britische und die französische Besatzungszone in Deutschland erachtet es die Sowjetunion als notwendig, folgendes zu erklären:

Die Bildung einer Separatregierung für die Westzonen Deutschlands kann man nur als Vollendung der Politik der Spaltung Deutschlands bezeichnen, die in den letzten Jahren von den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs unter Verletzung des Potsdamer Abkommens verfolgt wurde, in welchem diese Staaten zusammen mit der Sowjetunion die Verpflichtung übernommen hatten, Deutschland als einheitliches Gan-

zes zu betrachten und seine Umwandlung in einen demokratischen und friedliebenden Staat zu fördern.

Durch die Bildung einer Separatregierung für Westdeutschland verletzten die drei Mächte gleichfalls die im Juni d. J. auf der Pariser Tagung des Außenministerrats gefaßten Beschlüsse, durch die sich die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR verpflichteten, ihre Bemühungen zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen und der politischen Einheit Deutschlands fortzusetzen.

Dieser Schritt der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs bedeutet nicht nur eine Verletzung der Verpflichtungen, die sie hinsichtlich der Erhaltung der Einheit Deutschlands übernommen haben, sondern auch der Verpflichtung in bezug auf den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, da die Bildung eines westdeutschen Separatstaates zu einer unzulässigen Verzögerung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland führt, was den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz zuwiderläuft.

Die Sowjetregierung betrachtet die Versuche der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, ihre Schritte zur Bildung der Separatregierung in Bonn mit den Interessen der deutschen Bevölkerung zu rechtfertigen, als völlig verfehlt. Die Tatsachen zeigen, daß derartige Versuche jeder Grundlage entbehren, da es allgemein bekannt ist, daß das deutsche Volk in diesem Punkt von niemandem nach seiner Meinung gefragt wurde, und da ferner bekannt ist, daß sich die Besatzungsbehörden der drei Mächte bei der Durchführung aller ihrer Maßnahmen zur Errichtung einer Separatregierung in Westdeutschland – einschließlich der sogenannten „Bonner Verfassung" – lediglich auf eine kleine Gruppe besonders ausgesiebter, alter reaktionärer Politiker Westdeutschlands stützten, die in enger Verbindung mit ausländischen Finanzkreisen stehen und von diesen abhängig sind ...

Die Sowjetregierung erachtet es für notwendig, auf die außerordentlich ernste Verantwortung aufmerksam zu machen, die die USA-Regierung deswegen trifft, weil die Vereinigten Staaten von Amerika gemeinsam mit Großbritannien und Frankreich eine Deutschlandpolitik betreiben, die zur Bildung der volksfeindlichen Separatregierung in Bonn geführt hat, einer Regierung, die den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz über die Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands sowie den Deutschland auferlegten Verpflichtungen gegenüber feindlich eingestellt ist, was mit den Interessen des friedliebenden Europas unvereinbar ist.

Zugleich erachtet es die Sowjetregierung für notwendig, folgendes zu erklären: insofern als in Bonn die erwähnte Separatregierung gebildet wurde, ist jetzt in Deutschland eine neue Lage entstanden. Deswegen ist es besonders wichtig, die Aufgaben zu erfüllen, die mit der Wiederherstellung der

Einheit Deutschlands als eines demokratischen und friedliebenden Staates und mit der Notwendigkeit verbunden sind, zu sichern, daß Deutschland die Verpflichtungen erfüllt, die ihm durch das Potsdamer Viermächteabkommen auferlegt worden sind.

Die Regierung der UdSSR läßt an die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs gleichlautende Noten ergehen.

Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion,
Bd. I, Vom Potsdamer Abkommen am 2. August 1945
bis zur Erklärung über die Herstellung der Souveränität
der Deutschen Demokratischen Republik am 25. März 1954.
Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte,
Berlin (1957), S. 229–235.

68

Aus Erklärungen von Parteien des Demokratischen Blocks von Anfang Oktober 1949

[Parteivorstand der DBD, 3. Oktober 1949]

Das Streben des deutschen Volkes nach einer demokratischen und friedlichen Entwicklung wird durch die im Westen betriebene antinationale, reaktionäre Politik gestört. Im Bonner Parlament wurden schon wieder Annexionsansprüche angemeldet und eine chauvinistische Hetze betrieben.

Diese von der Bonner Regierung unter Mißbrauch des deutschen Namens geduldete und geförderte Politik schädigt das Ansehen und die Würde des deutschen Volkes auf das schwerste.

Es ist daher an der Zeit, daß das deutsche Volk selbst eine gesamtdeutsche Regierung bildet, eine Regierung, die in seinem Namen die Vertretung der nationalen Interessen unseres Volkes wahrnimmt.

Der Deutsche Volksrat als gesamtdeutsches Organ ist vor allem berufen und verpflichtet, entsprechend den nationalen Notwendigkeiten die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung der deutschen demokratischen Republik zu übernehmen ...

Angesichts der durch die vollzogene Spaltung geschaffenen neuen Lage hat die Sowjetunion mit ihrer Note vom 1. Oktober 1949 von den imperialistischen Mächten erneut die Einhaltung des Potsdamer Abkommens gefordert und damit wiederum die Bestrebungen des deutschen Volkes zur Wiederherstellung der nationalen Unabhängigkeit und Einheit unterstützt.

Der Vorstand der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands anerkennt dankend die dem deutschen Volke auch mit dieser Note geleistete

Hilfe von seiten der Sowjetunion. Jetzt kommt es darauf an, daß alle nationalgesinnten Deutschen sich in der Nationalen Front für ein einheitliches, demokratisches und friedliches Deutschland zusammenschließen.

Bauern-Echo (Berlin),
6. Oktober 1949.

[Hauptausschuß der LDPD, 3. Oktober 1949]

Seit 4½ Jahren befindet sich das wirtschaftlich und politisch noch immer getrennte, noch immer friedenslose Deutschland in einem Zustand schwerer nationaler Not. Durch die Gründung eines Separatstaates im Westen unseres Vaterlandes mit einem Besatzungsstatut als seiner eigentlichen Verfassung droht dieser Notstand zur nationalen Katastrophe, zur endgültigen Spaltung zu werden.

Zu ihrer Abwendung obliegt den Deutschen nunmehr die nationale Verpflichtung, für ganz Deutschland zu handeln und die deutsch-demokratische Republik als künftigen Staat aller Deutschen zu fordern. Die Verfassung des Staates aller Deutschen kann nur der vom Deutschen Volksrat in demokratischer Gemeinschaft verantwortlicher deutscher Männer und Frauen aller Zonen erarbeitete und vom Deutschen Volkskongreß einstimmig angenommene Entwurf der gesamtdeutschen Verfassung sein. Auf diesem guten Boden wird die demokratische Republik aller Deutschen fest und sicher stehen. Voraussetzung dafür ist, daß seine Bürger diese Verfassung in vorbildlicher Disziplin als ihr oberstes Gesetz anerkennen und daß sie in voller gegenseitiger Achtung vor den unterschiedlichen Anschauungen der Parteien in ehrlicher Zusammenarbeit zum Wohle des Ganzen wirken. Dies steht als gebieterische Forderung an der Wiege des Staates aller Deutschen.

Die durch die Bildung des Separatstaates im Westen zur nationalen Verpflichtung gewordene Forderung auf Errichtung der deutschen demokratischen Republik kann nur eine vorläufige Lösung der deutschen Lebensfrage darstellen. Der Staat aller Deutschen und seine Verfassung bedarf, wie wir es stets gefordert haben, der Bestätigung durch die freie demokratische Willensäußerung aller Deutschen in gesamtdeutschen Wahlen, deren baldige Durchführung ein Hauptziel der Arbeit der Nationalen Front darstellt. Bis dahin muß die deutsch-demokratische Republik durch demokratische Wahlen im Sinne der gesamtdeutschen Verfassung des Volksrates innerhalb der Zone die erforderliche Untermauerung erfahren.

Der neue demokratische Staat aller Deutschen wird kein Land des Völker-, Glaubens- und Rassenhasses sein, sondern ein Rechtsstaat der Gesetzlichkeit, des Fortschritts und des Friedens.

Der Morgen (Berlin),
4. Oktober 1949.

[Der Vorsitzende der NDPD, 4. Oktober 1949]

Einheit, Friede, Unabhängigkeit!

Drei Worte umschreiben eindeutig die brennendsten Lebensfragen unseres deutschen Volkes. Ihre Lösung entscheidet über Sein oder Nichtsein der Nation.

Die Lösung der drei Fragen aufzuhalten und – wenn möglich – ein für allemal zu hintertreiben, das ist das Ziel, das sich diesseits und jenseits des Ozeans die ärgsten Feinde der nationalen Wiedergeburt unseres Volkes und Landes gesteckt haben. Der Erreichung dieses Zieles zu dienen, ist die einzige Bestimmung des Bonner Separatstaates mitsamt seiner Separatregierung. Das beweist die kurze, aber um so schmachvollere Geschichte dieser – mit Verlaub zu sagen – Republik ...

Diesem Separatstaat von fremden Ungnaden, dieser Separatregierung des nationalen Verrats muß eine gesamtdeutsche Regierung entgegengestellt werden, eine souveräne Regierung unserer nationalen Würde und unserer nationalen Lebensinteressen. Daß der Ruf danach gerade am Weltfriedenstag mit so nachdrücklicher Kraft erklungen ist, entspricht dem tiefen Sehnen nach einer friedlichen Zukunft unseres geeinten Volkes in einer unabhängigen Deutschen Demokratischen Republik. Es ist das Sehnen aller Deutschen guten Willens ohne Rücksicht auf Herkunft oder Vermögen, Stand oder Beruf, Religion oder Weltanschauung, gestrige oder heutige Parteizugehörigkeit. Es ist das Sehnen aller Deutschen in allen Zonen. Dieses Sehnen gilt es zu erfüllen.

Die National-Demokratische Partei Deutschlands hat ihre politische Tätigkeit im vergangenen Jahre mit dem Ruf aufgenommen: „Einheit und Unabhängigkeit, Frieden und Wohlstand unserer deutschen Heimat, unserem deutschen Volk!" Getreu diesem Ziel fordern wir nationale Demokraten die unverzügliche Schaffung einer unabhängigen gesamtdeutschen Regierung mit dem Sitz in unserer deutschen Hauptstadt Berlin.

National-Zeitung (Berlin),
4. Oktober 1949.

[Hauptvorstand der CDU, 5. Oktober 1949]

Der Abschluß der Konstituierung des westdeutschen Sonderstaates durch Bildung einer Regierung und eines Parlaments sowie die Tatsache der in der deutschen Frage bisher unüberbrückbar gebliebenen Gegensätze zwischen den Besatzungsmächten stellen das deutsche Volk vor eine neue Lage ... Der nationale Notstand unseres Volkes zwingt jetzt die Nation zum Handeln aus eigenem Recht. Dieser Zwang ist um so dringlicher, als die Spaltung Deutschlands ein Bestandteil der militärischen und politischen Bündnispolitik der Westmächte gegen die östlichen Völker ist, mit dem Ziele, Westdeutschland zum Aufmarschgebiet zu machen, die westdeut-

schen Gebiete als militärisches Vorfeld in Anspruch zu nehmen und die Wirtschaftskraft Westdeutschlands in den Dienst der westlichen Rüstungspolitik zu stellen. Die Spaltung Deutschlands ist somit ein Bestandteil unmittelbarer Kriegsvorbereitungen, die die Sicherheit und die Existenz unseres Volkes zutiefst gefährden. Um des Friedens und der Einheit unseres Volkes willen ist keine Zeit zu verlieren, wirksame Abwehrmaßnahmen zu ergreifen ...

Die demokratischen Kräfte in Deutschland, die den Beweis für die Lebenskraft und den Friedenswillen einer jungen deutschen Demokratie erbracht haben, dürfen heute als berufene Sprecher eines neuen Deutschlands die Stimme erheben und die Forderung nach Wiederherstellung der deutschen Souveränität, nach Selbstregierung und freier demokratischer Ordnung erheben.

Die Verwirklichung dieser Forderungen würde die Gewähr für die Wiederherstellung der deutschen Einheit wie für die Sicherung des Friedens bieten. Die Christlich-Demokratische Union sieht in der beschleunigten Einleitung einer solchen Entwicklung das Gebot der Stunde und ist bereit, mit allen demokratischen Kräften an einem solchen Werk der Befreiung, der Wiederherstellung der deutschen Souveränität und der Sicherung einer parlamentarisch-demokratischen Ordnung auf den Grundlagen der vom Volksrat erarbeiteten Verfassung zusammenzuarbeiten und bittet die sowjetische Besatzungsmacht, durch Gewährung einer solchen Entwicklung die Politik einer Freundschaft zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu krönen.

Unseren Mitgliedern und Anhängern in der Zone rufen wir zu, daß sie in dieser Stunde stolz darauf sein dürfen, ausgeharrt und durch zähe und treue Arbeit mitgewirkt zu haben an der Erreichung einer entscheidenden Etappe der deutschen Nachkriegsentwicklung. Es gilt jetzt, mit Mut und Zuversicht in den zweiten Abschnitt hineinzugehen, an dessen Ende als Ziel steht: Wiederherstellung der deutschen Einheit, Wahl einer deutschen Nationalversammlung, Bildung einer deutschen Regierung, Abschluß des Friedensvertrages und Abzug der Besatzungstruppen.

Neue Zeit (Berlin),
6. Oktober 1949.

69
Entschließung des Bundesvorstandes des FDGB vom 5./6. Oktober 1949

Während das Potsdamer Abkommen der Alliierten die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands und die Schaffung von Grundlagen für eine friedliche Errichtung Deutschlands vorsah und während die Be-

satzungsmacht alle Bemühungen auf Herstellung der deutschen Einheit fördert und unterstützt und in der Ostzone die Kriegsverbrecher enteignet sind, haben die Westmächte unter Führung des amerikanischen Imperialismus seit Kriegsende eine Wendung ihrer Politik gegen die Durchsetzung des Potsdamer Abkommens durchgeführt.

Ihre Politik ist auf Spaltung Deutschlands und auf Kolonialisierung seiner westdeutschen Gebiete gerichtet, um deren arbeitende Bevölkerung der doppelten Ausbeutung sowohl durch das anglo-amerikanische Monopolkapital wie durch die deutschen Eisen- und Kohle-Industriellen zu unterwerfen und gleichzeitig Westdeutschland zu einer Basis für die Einführung des Atlantik-Kriegspaktes gegen die Sowjetunion im Kampf für die Eroberung der Weltherrschaft zu machen.

Aus diesem Grunde fördert und stützt diese Politik der Westmächte bewußt die finsteren Kräfte der deutschen Reaktion, die schon zweimal Deutschland und die Welt ins tiefste Unglück gestürzt haben. Die bisher reaktionärste dieser Maßnahmen ist die Schaffung des westdeutschen Separatstaates mit seiner Bonner sogenannten Regierung, deren antinationaler, antidemokratischer und antisozialer Charakter durch das Besatzungsstatut, das die entscheidenden Befugnisse in die Hand der Westalliierten legt und den Abschluß eines Friedensvertrages verweigert, gekennzeichnet wird. Die Bonner Regierungsbildung hat die Werktätigen und ihre Forderungen nicht einmal erwähnt. Statt dessen wurden im Bonner Parlament Provokationen gegen die Sowjetunion und gegen die Länder der Volksdemokratien zugelassen.

In der Erkenntnis, daß die Bildung und Politik dieses Bonner Herren-Klubs, dessen Handlungen nicht von deutschen, sondern von fremden Interessen geleitet werden, die Spaltung Deutschlands vertieft und ein ernstes Hemmnis für die Demokratisierung und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes wie für den Abschluß eines Friedensvertrages darstellt, haben in Tausenden Betrieben und Gewerkschaftseinheiten die Arbeiter, Arbeiterinnen, Jugendlichen, Angestellten und Techniker unserer Zone in Entschließungen den Deutschen Volksrat aufgefordert, auf der Grundlage der von ihm ausgearbeiteten und angenommenen Verfassung die Bildung einer Regierung der deutschen demokratischen Republik mit dem Sitz in der Hauptstadt Deutschlands, Berlin, in die Hand zu nehmen.

Der Bundesvorstand des FDGB nimmt diese Forderungen auf, mit denen sich die Arbeiter, die in unserer Zone zu 76% im FDGB organisiert sind, an die Spitze des Kampfes für die Einheit Deutschlands, für die Bildung einer deutschen Regierung und den Abschluß eines Friedensvertrages stellen. Der Bundesvorstand des FDGB ist bereit, an den Verhandlungen zur Bildung einer solchen Regierung teilzunehmen, und begrüßt den Aufruf der Nationalpreisträger des FDGB, die Leistungen des Tages

der Aktivisten, des 13. Oktober, im Zeichen des Bekenntnisses zu einer solchen demokratischen Regierung zu begehen.

Wird der Deutsche Volksrat der Forderung auf Bildung einer solchen Regierung nachkommen und wird dabei gleichzeitig die Verfassung des Volksrates in Kraft gesetzt, dann richten wir an die Regierung der sozialistischen Sowjetunion den Wunsch, die Verwaltung unserer Zone den deutschen demokratischen Organen zu übergeben. Das würde für das deutsche Volk allerdings die Verpflichtung bedeuten, dieses Vertrauen zu rechtfertigen und ganz Deutschland auf den Weg des Friedens und der Freundschaft mit den Nachbarvölkern zu führen.

Im verstärkten Kampf um die Einheit Deutschlands, der in dieser Lage notwendig geworden ist, haben auch die Gewerkschaften die ernste Aufgabe, die Arbeit in der Nationalen Front und deren Verbreiterung stärkstens zu unterstützen, das Nur-Gewerkschaftertum restlos zu überwinden und jedes Gewerkschaftsmitglied, jeden Arbeiter, jede Arbeiterin davon zu überzeugen, daß die Ziele der Gewerkschaften auf die Dauer nur erreicht werden, wenn es gelingt, die großen Ziele der Nationalen Front, die demokratische Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands, zu verwirklichen.

Aus der Arbeit des Freien Deutschen
Gewerkschaftsbundes 1947–1949.
Hrsg. vom Bundesvorstand des FDGB,
Berlin 1950, S. 454/455.

70
Kommuniqué der 22. (36.) Tagung des Parteivorstandes der SED vom 4. Oktober 1949

Dienstag, den 4. Oktober 1949, fand im Zentralhaus der Einheit die 22. (36). Tagung des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands statt. Nach Eröffnung der Tagung durch Genossen Otto Grotewohl erstattete Genosse Franz Dahlem den Bericht der aus 33 Genossen bestehenden Kommission, die der Parteivorstand zur Ausarbeitung der Entschließung über die Schaffung einer Nationalen Front des demokratischen Deutschland gewählt hatte.

Nach den Ausführungen des Genossen Franz Dahlem über die notwendigen Veränderungen am ursprünglichen Entwurf billigte der Parteivorstand einmütig das von der Kommission ausgearbeitete Dokument.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung referierte Genosse Wilhelm Pieck über die durch die Schaffung der Separatregierung in Westdeutschland entstandene Lage. Die Verweigerung eines Friedensvertrages, die geplante lang

andauernde imperialistische Besetzung Westdeutschlands und die Bildung der Bonner Marionettenregierung haben den nationalen Notstand und die Kriegsgefahr verstärkt. Er stellte fest, daß sich das deutsche Volk niemals mit der Bonner Separatregierung abfindet und daher immer energischer die Forderung nach Schaffung einer provisorischen Regierung des demokratischen Deutschlands erhebt.

Genosse Wilhelm Pieck unterbreitete dem Parteivorstand den Vorschlag, mit den anderen demokratischen Parteien und Massenorganisationen in Beratungen über die Bildung einer provisorischen Regierung der demokratischen deutschen Republik einzutreten.

Dieser Vorschlag wurde vom Parteivorstand einmütig beschlossen.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung referierte Genosse Otto Schön über die Erfahrungen der Parteiwahlen, die in der Diskussion durch die Genossen auf Grund der Erfahrungen in den einzelnen Ländern ergänzt wurden. Damit fanden die Beratungen des Parteivorstandes ihren Abschluß.

Neues Deutschland (B) (Berlin),
5. Oktober 1949.

71

Aus der Entschließung des Parteivorstandes der SED „Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands" vom 4. Oktober 1949

III. Unsere Vorschläge zur Plattform der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

10. In der Stunde der das ganze deutsche Volk bedrohenden Gefahr der nationalen Vernichtung vereint uns ein gemeinsames großes Ziel: die Rettung der deutschen Nation. Es ist notwendig, eine allgemeine Plattform der Nationalen Front des demokratischen Deutschland auszuarbeiten, auf deren Grundlage sich alle patriotischen Kräfte für den gemeinsamen Kampf verständigen können. Diese Plattform muß alle großen nationalen Fragen umfassen, die heute das ganze deutsche Volk vereinen. Solche Fragen sind vor allem: Einheit Deutschlands, Friedensvertrag, Abzug aller Besatzungstruppen in einer festzusetzenden kurzen Frist nach Abschluß des Friedensvertrages, restlose Entmilitarisierung, Wiederherstellung der nationalen Selbständigkeit und Souveränität des deutschen Volkes auf demokratischer Grundlage. Von diesen Hauptlosungen ausgehend, müssen die nächsten und die endgültigen Forderungen formuliert werden, deren Verwirklichung das Ziel der Nationalen Front des demokratischen Deutschland ist. Unserer Meinung nach müssen die Forderungen folgende sein:

1. Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Beseitigung des Besatzungsstatuts, Liquidierung des separaten westdeutschen Trizonenstaates, Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, Wiederherstellung der einheitlichen und unteilbaren deutschen demokratischen Republik.

2. Schnellster Abschluß eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland. Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland innerhalb einer festzusetzenden kurzen Frist nach Unterzeichnung des Friedensvertrages.

3. Unversöhnlicher aktiver Kampf gegen die Brandstifter eines neuen Krieges in Deutschland. Verbot der Kriegspropaganda in Presse, Rundfunk, in Versammlungen und Verbot jeglicher Tätigkeit, die auf die Einbeziehung Deutschlands in aggressive Militärblocks, in die Europaunion und in den Nordatlantikpakt gerichtet ist. Frieden für Deutschland und die ganze Welt. Volle und uneingeschränkte Unterstützung der für den Frieden, die Gleichheit und die Freundschaft der Völker auftretenden Kräfte in der ganzen Welt.

4. Wiederherstellung der vollen Selbständigkeit und Souveränität der deutschen Nation mit dem Recht einer selbständigen Außenpolitik und eines selbständigen Außenhandels für Deutschland. Freie und unabhängige Entwicklung des deutschen demokratischen Staates und des deutschen Volkes nach Abschluß des Friedensvertrages, Zusammenarbeit und Freundschaft Deutschlands mit allen friedliebenden Völkern und Ländern, die die nationalen Interessen des demokratischen Deutschlands anerkennen.

5. Annullierung des Ruhrstatuts, Einbeziehung des Ruhrgebietes in die deutsche Volkswirtschaft. Die Ruhr muß Deutschland gehören. Verhinderung des Versuches, das Ruhrgebiet als Grundlage für die Wiederbelebung des deutschen Militarismus zu benutzen.

6. Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Einführung einer einheitlichen Währung für ganz Deutschland. Ungehinderter Handel sowie wirtschaftliche Zusammenarbeit, freier Verkehr für die Bevölkerung und für Waren zwischen allen Ländern und Zonen Deutschlands.

7. Sofortige Einstellung des Ausverkaufs und der Überfremdung der deutschen Wirtschaft durch ausländische Kapitalisten. Beseitigung der Dollarzinsknechtschaft. Auslandskredite für Deutschland nur unter den Bedingungen, die von den entsprechenden deutschen Organen ohne Zwang und mit dem Recht gebilligt werden, diese Kredite nach dem Willen Deutschlands selbst auszunutzen, ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands von seiten der Kreditgeber. Verbot des Verkaufs von deutschen Aktien und Betrieben an Ausländer ohne Billigung der verantwortlichen deutschen Behörden.

8. Unbehinderte Entwicklung der deutschen Friedensindustrie und des

zivilen Schiffbaus. Sofortige Einstellung der Demontagen und aller anderen Maßnahmen, die auf die Einschränkung und Unterdrückung der deutschen Friedenswirtschaft gerichtet sind.

9. Freier Zutritt der Erzeugnisse der deutschen Friedensindustrie zum Weltmarkt zu allgemeinen Bedingungen. Ausarbeitung eines umfassenden Export- und Importplanes Deutschlands und Förderung des deutschen Exports. Besondere Förderung des Handels Deutschlands mit der Sowjetunion und den Ländern Ost- und Südosteuropas als den natürlichen Handelspartnern Deutschlands.

10. Sofortige Wiederherstellung der Einheit und Normalisierung des Lebens der Hauptstadt Deutschlands, Berlin.

11. Schutz der deutschen Volkswirtschaft und des Privateigentums nach dem Gesetz.

12. Erhöhung des Lebensniveaus der deutschen Bevölkerung durch die Entfaltung der Produktion und des Handels. Verbesserung des Lebensniveaus der werktätigen Massen. Aufhebung des Kartensystems, Beseitigung der Erwerbslosigkeit.

13. Versorgung der Umsiedler in allen Zonen mit Wohnung und Arbeit.

14. Förderung der deutschen Friedensindustrie, des Handels und des Handwerks. Besondere Schutzmaßnahmen (Einfuhrverbote und -beschränkungen, Zölle usw.) für solche Waren, die in Deutschland hergestellt werden können.

15. Erhöhung der Produktivität der Landwirtschaft, besonders der Ernteerträge. Förderung und Hilfe für die hilfsbedürftigen Bauernwirtschaften. Förderung der Bauern, die durch Versuche auf ihren Feldern hohe Ernteerträge erzielen. Gerechte Bodenzuteilung an Bauern und Umsiedler in ganz Deutschland.

16. Wiederherstellung der zerstörten Städte und Dörfer.

17. Volle Gleichberechtigung aller deutschen Bürger vor dem Gesetz, ohne Unterschied ihrer Klassenzugehörigkeit, ihrer politischen Ansichten und religiösen Überzeugungen sowie ihrer früheren Parteizugehörigkeit.

18. Freiheit des Wortes und der Presse. Beseitigung der anglo-amerikanischen Politik der Vormundschaft und Zensur.

19. Durchführung wirksamer Maßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, der Literatur und Kunst und zur Verbesserung der Lage der Intellektuellen in ganz Deutschland.

20. Enge kulturelle Beziehungen zwischen allen Gebieten Deutschlands ohne jegliche äußere Einmischung.

21. Volle und unbedingte Anerkennung der Potsdamer Beschlüsse über die Demokratisierung und Entmilitarisierung sowie der in ihnen festgelegten Verpflichtungen Deutschlands gegenüber anderen Völkern.

22. Kampf gegen die Verräter der deutschen Nation, die deutschen

Agenten des amerikanischen Imperialismus, die verbrecherischen Helfershelfer der Spaltung und Versklavung Deutschlands.

23. Kampf des gesamten deutschen Volkes gegen die imperialistische Politik der Aufeinanderhetzung eines Teiles Deutschlands gegen den anderen Teil, gegen den Partikularismus und Separatismus der Länder. Einheitliche Nation, einheitliches Volk, einheitlicher Staat.

Indem der Parteivorstand der SED diese Vorschläge zur Diskussion unterbreitet, rechnet er damit, daß auch die anderen Parteien ihren Beitrag zur Ausarbeitung einer Plattform der Nationalen Front des demokratischen Deutschland entsprechend den Interessen aller Schichten der Bevölkerung leisten werden. Der Parteivorstand der SED hofft, daß die Plattform der Nationalen Front des demokratischen Deutschland die Grundlage für die Vereinigung aller deutschen Patrioten schafft, die bereit sind, mit allen ihren Kräften für die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung des deutschen Volkes zu kämpfen.

11. Der Anschluß an die Nationale Front des demokratischen Deutschland fordert von keiner Partei, Organisation oder Persönlichkeit die Preisgabe ihrer politischen Ansichten oder Weltanschauung, ihrer religiösen Überzeugung oder ökonomischen Prinzipien. Es kommt darauf an, sich in den Fragen zu vereinigen, die alle Deutschen einigen, das zu suchen, was alle deutschen Patrioten eint.

Weil die Nationale Front die Achse des politischen Lebens Deutschlands in der Gegenwart ist, sind wir zur offenen und ehrlichen Zusammenarbeit mit allen Patrioten Deutschlands bereit, ungeachtet ihrer Zugehörigkeit zu dieser oder jener politischen Richtung, ungeachtet dessen, ob dieser oder jener Deutsche sich als Anhänger des demokratischen Lagers betrachtet oder nicht. Die vordringlichste Aufgabe ist die Herstellung der Kampfgemeinschaft aller Arbeiter und Arbeiterinnen, der Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Gewerkschaften, die in der Durchführung der Aufgaben der Nationalen Front des demokratischen Deutschland eine besondere Verantwortung tragen. Überall dort, wo die Einheit der Arbeiterklasse noch nicht hergestellt ist, kann nur durch die Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiter die Nationale Front des demokratischen Deutschland die Stoßkraft erhalten, die für ihren erfolgreichen Kampf notwendig ist.

Wir sind zur Zusammenarbeit mit allen deutschen Patrioten bereit, darunter auch mit früheren Mitgliedern der Nazipartei, ehemaligen Offizieren, kleineren und mittleren Unternehmern und dem Teil der Großbourgeoisie in Westdeutschland, dem die Interessen Deutschlands am Herzen liegen und der bereit ist, die Bestrebungen des deutschen Volkes zur Wiederherstellung seiner Einheit und Unabhängigkeit zu unterstützen. Indem

die demokratischen und sozialistischen Kräfte allen übrigen patriotischen Kräften die Zusammenarbeit vorschlagen, fordern sie von niemandem die Preisgabe seiner Überzeugung. Auch wir sind in keiner Weise bereit, auf die demokratischen Errungenschaften in der sowjetisch besetzten Zone oder auf unsere sozialistische Überzeugung zu verzichten oder die Agitation dafür einzustellen. Die demokratischen Kräfte werden bestrebt sein, auch in Zukunft das ganze deutsche Volk von der Richtigkeit ihrer demokratischen Ideen zu überzeugen und in der Praxis zu beweisen, daß der Weg der demokratischen und antifaschistischen Entwicklung, der in den Potsdamer Beschlüssen festgelegt wurde, der einzig richtige Weg ist und den Interessen des deutschen Volkes entspricht. Die demokratischen Kräfte werden bemüht bleiben, ihr Programm zu verwirklichen, denn sie sind überzeugt, daß ein demokratisches und friedliebendes Deutschland die einzige Garantie für den Frieden und für die Freundschaft zwischen den Völkern ist, die einzige Gewähr für das Glück und den Wohlstand der kommenden Generation der ganzen deutschen Nation. Wir gehören alle zum deutschen Volke, das von einer tödlichen Gefahr bedroht ist. Darum wollen wir alle Patrioten Deutschlands vereinen, um die Gefahr abzuwenden.

IV. Die Frage der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in der sowjetischen Besatzungszone

12. Die Basis der nationalen Befreiungsbewegung in Deutschland ist die Ostzone. Bereits im Jahre 1945 begann in der Ostzone der Kampf um die Einheit Deutschlands, der Kampf um die Erhaltung des Ruhrgebietes im Rahmen des deutschen Staates und für den Frieden. Die Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden wurde in der Ostzone in kurzer Zeit zu einer Massenbewegung des Volkes, was durch die Ergebnisse der allgemeinen und geheimen Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß bestätigt wurde. An der Spitze der nationalen Befreiungsbewegung standen hier bisher die im Block der demokratischen Parteien und anderer Organisationen vereinigten demokratischen Kräfte. Die demokratischen Kräfte, die in der Ostzone bedeutend gewachsen und erstarkt sind, spielen im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben dieser Zone unter dem Einfluß der Arbeiterschaft die führende Rolle. Diesem Einfluß ist es zu danken, daß in der Ostzone die Potsdamer Beschlüsse durchgeführt und grundlegende demokratische Umwandlungen vorgenommen werden konnten, wie die demokratische Bodenreform, die Übergabe der Betriebe der faschistischen Kriegsverbrecher in die Hände des Volkes, die Inangriffnahme der demokratischen Schulreform, die Entmilitarisierung und Entnazifizierung, die Schaffung demokratischer Staatsorgane und anderes mehr. Der nationale Notstand macht es jetzt erforderlich, alle

deutschen Patrioten breiter und kühner als bisher in den allgemeinen Kampf für die nationalen Interessen Deutschlands einzubeziehen, auf dieser Grundlage die Nationale Front des demokratischen Deutschland zu schaffen und so die Scheidewand zwischen Demokraten und Nichtdemokraten zu beseitigen.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß jeder Schritt vorwärts auf dem Wege der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Erfolge der Ostzone eine starke Unterstützung des Befreiungskampfes des ganzen deutschen Volkes darstellt, muß die Nationale Front des demokratischen Deutschland sich in der sowjetisch besetzten Zone neben den allgemeinen für ganz Deutschland gültigen Aufgaben auch grundlegende innerpolitische und wirtschaftliche Aufgaben zur Hebung der Friedenswirtschaft der Zone, zur Erweiterung der Volksrechte, zur Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft, zur Erweiterung der Erzeugung von Massenbedarfsartikeln und zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung auf der Grundlage einer Steigerung der Produktivität der Arbeit stellen. Dabei besteht die Hauptaufgabe aller deutschen Patrioten in der Ostzone darin, gestützt auf die Möglichkeiten und Reserven dieser Zone, alles für die Erweckung und Entwicklung der Massenbefreiungsbewegung in ganz Deutschland zu tun. Das gesamte öffentliche, wirtschaftliche und politische Leben der Ostzone muß ein überzeugendes Beispiel für die Möglichkeit der breiten Vereinigung aller deutschen Patrioten im Kampf um ein einheitliches Deutschland sein. Der Parteivorstand der SED hält es darum für notwendig, daß in größerem Maße diejenigen nationalen Kräfte zum öffentlichen Leben herangezogen werden, die bisher an der Arbeit der öffentlichen Organe nicht teilnahmen, aber für die Einheit und den friedlichen Aufbau Deutschlands eintreten.

Von der Bewegung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland soll keiner ausgeschlossen werden, der bereit ist, für die berechtigten nationalen Interessen des deutschen Volkes einzutreten, einschließlich der früheren Beamten, Soldaten, Offiziere und Generale der deutschen Wehrmacht sowie der früheren Nazis. Der Standpunkt jedes Deutschen in dem großen nationalen Befreiungskampf des deutschen Volkes ist der entscheidende Gradmesser und nicht die frühere Organisationszugehörigkeit.

Der Parteivorstand der SED hält es daher für zweckmäßig, die völlige rechtliche Gleichstellung der früheren Mitglieder der Nazipartei durchzuführen, mit Ausnahme derjenigen, die eine gerichtliche Strafe verbüßen. Der Parteivorstand macht darum den deutschen Staatsorganen den Vorschlag:

a) eine allgemeine Amnestie für die ehemaligen Mitglieder der NSDAP durchzuführen mit Ausnahme derjenigen, die eine gerichtliche Strafe verbüßen;

b) den ehemaligen Mitgliedern der NSDAP das Recht zu geben, entsprechend ihrer beruflichen Eignung in allen Betrieben, Behörden und Organisationen zu arbeiten, mit Ausnahme der Verwaltung des Innern, der Polizei und Justiz.

Des weiteren hält es der Parteivorstand für geboten, die ehemaligen Angehörigen der deutschen Wehrmacht, darunter Offiziere und Generale, mit Ausnahme derjenigen, die eine gerichtliche Strafe verbüßen, in ihren bürgerlichen Rechten mit den übrigen Bürgern gleichzustellen und ihnen das Recht zu geben, in ihren Zivilberufen tätig zu sein, mit Ausnahme der Verwaltung des Innern, der Polizei und Justiz.

Diese Maßnahmen sind jetzt möglich und notwendig in Anbetracht der in vier Jahren vorgenommenen Veränderungen und der Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Zone. Die Beibehaltung der früheren Beschränkungen schadet gegenwärtig den Interessen des Volkes, da sie die Heranziehung eines bedeutenden Teiles der Bevölkerung in den allgemeinen nationalen Kampf erschwert und die Staatsorgane wie die Öffentlichkeit auf die Aufgaben des gestrigen Tages orientiert, ohne die veränderten Bedingungen und die neuen Aufgaben zu berücksichtigen.

13. Der weitere Aufbau und die Festigung der Friedenswirtschaft der Ostzone ist ein wichtiger Beitrag im nationalen Kampf unseres Volkes. Je größer der Erfolg in diesem Aufbau sein wird, je sichtbarer die Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung der Ostzone sein wird, desto größer sind die Erfolgsaussichten im Kampf um die Einheit Deutschlands, denn das ganze deutsche Volk wird sehen, daß ein Ausweg aus der Not und dem wirtschaftlichen Verfall mit eigenen Kräften und ohne ausländische Versklavung möglich ist. Die Nationale Front des demokratischen Deutschland in der Ostzone muß die Steigerung der Produktion und die Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung fördern ...

VI. Die organisatorischen Formen der Nationalen Front

18. Der Parteivorstand der SED ist der Ansicht, daß die Organisierung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland wie in West- so auch in Ostdeutschland in verschiedenen Formen verlaufen muß, die der Initiative der Bevölkerung und der konkreten Situation entsprechen werden. Die Bildung dieser oder jener Komitees, Vereinigungen oder Arbeitskreise, die sich den Kampf für die Einheit Deutschlands, für einen gerechten Frieden oder die Verwirklichung einzelner Punkte des Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zur Aufgabe stellen, die Schaffung von Propagandagruppen zur Popularisierung der Idee der Nationalen Front, von Blocks einzelner Organisationen oder Parteien auf der Plattform der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, die Einberufung von Sitzungen, Tagungen, Konferenzen, die Durchführung

von Diskussionen und anderen Maßnahmen können und müssen für die Weiterentwicklung der breiten nationalen Bewegung in Deutschland ausgenutzt werden. Spezielle organisatorische Formen der Bewegung können auch im Laufe der praktischen Arbeit aus den Erfahrungen der Masse heraus festgelegt werden. Den besonderen Bedingungen in Westdeutschland Rechnung tragend, kann die Bewegung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, wenn nötig, dort auch andere Bezeichnungen annehmen oder überhaupt ohne Bezeichnung auftreten. Um jedoch die Nationale Front des demokratischen Deutschland in den Westzonen zu einer starken Kraft zu gestalten, ist es nötig, daß überall, wo es möglich ist, die Nationale Front des demokratischen Deutschland in der praktischen Arbeit und in organisatorischer Beziehung offen unter ihrem Namen auftritt, was ihre Popularität in den Augen der Bevölkerung fördert. Mögliche Repressalien und Verfolgungen können und dürfen die Bewegung der Anhänger der Nationalen Front des demokratischen Deutschland nicht aufhalten. Diese müssen verstehen, daß ohne Kampf, Entbehrungen und Opfer das große Ziel der Wiedererrichtung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, seiner Unabhängigkeit, nicht erreicht werden kann. Gleichzeitig muß die Nationale Front des demokratischen Deutschland ihre Politik der Unterstützung aller ihrer Anhänger fortsetzen, die Hilfe benötigen, weil sie durch einen direkten oder indirekten Druck der Feinde der Einheit Deutschlands, durch Repressalien oder durch Beraubung der materiellen Mittel zum Leben in Not geraten sind. Diese Hilfe muß allen gewährt werden, die im Kampfe für die Ziele der Nationalen Front des demokratischen Deutschland gelitten haben, ungeachtet ihrer Partei- oder Klassenzugehörigkeit, der politischen Überzeugung oder religiösen Anschauung.

In der Ostzone müssen sich die in der Volkskongreßbewegung geschaffenen Volksausschüsse die Aufgabe stellen, zur Schaffung und Festigung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland breite patriotische Kreise um sich zu sammeln. Im Maße, wie es ihnen gelingt, die deutschen Patrioten für den Kampf um die nationalen Interessen des deutschen Volkes zu gewinnen, werden sie allmählich zu Ausschüssen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland umgestaltet werden.

19. Im gesamtdeutschen Maßstab stellt sich die Nationale Front des demokratischen Deutschland die Durchführung und Unterstützung aller möglichen Formen der Zusammenarbeit zwischen West- und Ostdeutschland zur Aufgabe, wie von Beratungen und anderen Zusammenkünften zwischen verschiedenen deutschen Organen, die sich die Erweiterung des Handels und die Herstellung finanzieller und anderer wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den Zonen oder anderer Ziele, die aus dem Kommuniqué der Pariser Außenministerkonferenz hervorgehen, zur Aufgabe

machen. Sie organisiert und unterstützt alle möglichen kulturellen, wissenschaftlichen, politischen, gewerkschaftlichen und anderen Konferenzen, Beratungen und Tagungen, die die Verstärkung des nationalen Kampfes und die volle oder teilweise Verwirklichung der Plattform der Nationalen Front des demokratischen Deutschland fördern können. Je mehr Formen und Methoden die Nationale Front des demokratischen Deutschland in dieser Arbeit annimmt, je vielseitiger und vollständiger der Inhalt dieser Arbeit ist, desto schneller wird das Endziel – die Einheit Deutschlands und ein gerechter Friede – erreicht. Wie sich ein breiter und mächtiger Strom aus Bächen und kleinen Flüssen zusammensetzt, so wird die Nationale Front des demokratischen Deutschland das für den Erfolg notwendige Ausmaß erlangen, indem sie ihre Kräfte aus der Vereinigung der bisher vereinzelten Bemühungen der deutschen Patrioten schöpft, die auf die Herstellung der Einheit ihrer geliebten Heimat gerichtet sind.

VII. Die internationalen Bedingungen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

20. Nach Beendigung des zweiten Weltkrieges haben sich die Staaten der Welt in ihren Beziehungen zum besiegten Deutschland in zwei Lager geteilt: in das Lager der demokratischen Staaten, die das Bestreben des deutschen Volkes zur nationalen Vereinigung im Rahmen eines demokratischen und friedliebenden deutschen Staates unterstützen, und in das Lager der imperialistischen Staaten, die die Spaltung Deutschlands, die Schwächung und Vernichtung des nationalen deutschen Staates anstreben. Die Nationale Front des demokratischen Deutschland findet Unterstützung durch die Sowjetunion und durch die Länder der Volksdemokratien, durch die friedliebenden Völker der ganzen Welt, darunter auch breite Volksmassen Frankreichs, Englands und der USA. Diese unterstützen aktiv den Kampf für die Einheit Deutschlands und für einen gerechten Frieden. Im Lager des Friedens befinden sich bereits mehr als 600 Millionen vom imperialistischen Joch befreite Menschen, einschließlich der befreiten Gebiete des demokratischen Chinas, dessen ruhmreiche Armee dem amerikanischen Imperialismus einen schweren Schlag versetzt hat. Die Sowjetunion, die die führende Kraft im Lager der Demokratie und des Friedens darstellt, tritt immer und überall für die Interessen des deutschen Volkes ein. Dieser edle und großzügige Kampf der Sowjetunion für die Interessen des deutschen Volkes verdient die größte Dankbarkeit aller ehrlichen Deutschen. Der Kampf der Sowjetunion für eine gerechte und demokratische Lösung der deutschen Frage fördert die Entwicklung der Befreiungsbewegung in Deutschland. Das Leben und die Zukunft des deutschen Volkes erfordern die enge und unverbrüchliche Freundschaft des deutschen Volkes mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemo-

kratien. Die sowjetfeindliche Propaganda, die in Deutschland von den amerikanischen Imperialisten und ihren Helfershelfern organisiert wird, richtet sich gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes selbst. Jeder Deutsche, der sich an der Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion beteiligt, arbeitet den Feinden des deutschen Volkes, den Kriegsbrandstiftern, den Widersachern und Vernichtern der deutschen Nation in die Hand.

Aus alldem geht hervor, daß das deutsche Volk in seinem Kampf um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden nicht allein dasteht. Der gerechte Kampf des deutschen Volkes ist ein Glied des allgemeinen Kampfes der Völker der ganzen Welt gegen imperialistische Versklavung und gegen die Vorbereitung eines neuen Krieges.

21. Es gibt einen ernsten, gemeinsamen Feind des deutschen Volkes, der die Spaltung und Kolonisierung Deutschlands betreibt. Dieser Feind ist der amerikanische Imperialismus. Er hat das Erbe des Hitlerfaschismus im Kampf um die Weltherrschaft angetreten. Die herrschenden Kreise des heutigen Amerikas bereiten einen neuen furchtbaren Weltkrieg vor. Sie betreiben deshalb ein Wettrüsten und tun alles mögliche, um einen dauerhaften Frieden zu verhindern. Der amerikanische Imperialismus ist der Henker der nationalen Befreiungsbewegung der Völker, der hauptsächlichste Unterdrücker der Völker der Erde. In Europa steht die amerikanische Unterdrückungspolitik gegen das deutsche Volk im Vordergrund.

Der Kampf des deutschen Volkes für Einheit, Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit kann heute nicht anders als gegen den amerikanischen Imperialismus und seine englischen und französischen Trabanten geführt werden. Nur im antiimperialistischen Kampf ist die nationale Befreiung des deutschen Volkes möglich.

22. Gestützt auf die Hilfe der freiheit- und friedliebenden Kräfte der ganzen Welt, wird die Nationale Front des demokratischen Deutschland die Verwirklichung ihrer Ziele erreichen. Dazu muß jedoch der alte Weg der imperialistischen Entwicklung Deutschlands verlassen und ein neuer Weg der friedlichen demokratischen Entwicklung beschritten werden, der jegliche Zweifel zerstreut und die Atmosphäre des Mißtrauens der Nachbarvölker zur deutschen Nation beseitigt, ein Weg zur Entwicklung eines friedliebenden, demokratischen Staates, der in Eintracht mit seinen Nachbarn lebt. Dadurch wird der Boden für gegenseitiges Vertrauen und friedliche Zusammenarbeit zwischen den Völkern vorbereitet.

VIII. Die Sozialistische Einheitspartei und die Nationale Front des demokratischen Deutschland

23. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat seit ihrer Gründung den Kampf um die nationalen Interessen des deutschen Volkes auf

ihre Fahne geschrieben. 1946 verkündete die Partei im Manifest des Gründungsparteitages:

„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die wahrhaft nationale Partei des deutschen Volkes; denn ihr Programm dient der Gegenwart und der Zukunft Deutschlands."

„Als demokratische und sozialistische Partei tritt sie entschieden für die Erhaltung der Einheit Deutschlands ein und erstrebt durch die Sicherung der demokratischen Entwicklung und des Friedens die baldmöglichste Wiederherstellung der inneren und äußeren staatlichen Unabhängigkeit Deutschlands."

Auf ihrem II. Parteitag im Jahre 1947 erklärte die Partei:

„Deutschland darf aber nicht zu einem Unruheherd in Europa werden. Deshalb muß Deutschland gemäß dem Potsdamer Abkommen wirtschaftlich und politisch ein einheitliches Ganzes bilden. Das ist die Grundfrage unserer Politik."

Und im Manifest der Ersten Parteikonferenz im Januar 1949 forderte die Partei:

„Die Arbeiterklasse, mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an der Spitze, hat die historische Aufgabe zu erfüllen, die nationale Rettungs- und Einigungsbewegung zu organisieren und zu führen."

Die Teilnahme der SED an der Nationalen Front des demokratischen Deutschland gemeinsam mit anderen patriotischen Kräften des deutschen Volkes ist die konsequente Fortsetzung dieser politischen Linie der Partei. Dieser Kampf für die nationalen Interessen entspricht den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, der die Arbeiterklasse zum Kampf gegen jede Form der Unterdrückung, gegen Völkerverhetzung und gegen Krieg verpflichtet.

24. Die Stärke und die Macht der nationalen Bewegung ist in erster Linie abhängig vom Grad der Beteiligung der Hauptkräfte der Nation – der Arbeiter und Bauern. Dabei ist die Arbeiterklasse der konsequenteste Kämpfer gegen jegliche Form der Unterdrückung, darunter auch der nationalen Unterdrückung. Das stellt sie in die ersten Reihen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Die gegenwärtige Situation ermöglicht es, neben den werktätigen Massen zur Nationalen Front des demokratischen Deutschland auch den Teil der deutschen Bourgeoisie heranzuziehen, der die Treue zu Deutschland bewahrt und sich nicht an die ausländischen Imperialisten verkauft hat. Die SED hält es für zweckmäßig und notwendig, mit diesen Schichten der Bevölkerung einen Kompromiß für die Zusammenarbeit im Rahmen des allgemeinen nationalen Kampfes einzugehen. Sie wird die bürgerlichen nationalen Elemente unterstützen, soweit diese für die Interessen der deutschen Nation und für die Plattform der Nationalen Front des demokratischen Deutschland eintre-

ten. Dabei wird die SED auch weiterhin jene bürgerlichen Politiker und Ideologen vor den breiten Volksmassen entlarven, die zu einem Übereinkommen mit den imperialistischen Versklavern Deutschlands neigen und um ihrer eigennützigen Klasseninteressen willen das deutsche Volk verraten oder den Versuch unternehmen, mit den Imperialisten anderer Länder Abkommen zu treffen, die zu einer Einbeziehung Deutschlands in die Schrecken eines neuen Krieges führen können.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.
Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes,
des Zentralsekretariats und des Politischen Büros.
Hrsg. vom Parteivorstand der Sozialistischen
Einheitspartei Deutschlands, Bd. II,
Berlin 1952, S. 364–371, 374–379.

Register

Personenverzeichnis

Abel, Karl (geb. 1897) 102
Abendroth, Hermann (1883–1956) 318
Abs, Hermann (geb. 1901) 113
Abusch, Alexander (geb. 1902) 317
Acheson, Dean (Gooderham) (geb. 1893) 325
Ackermann, Anton (Hanisch, Eugen) (geb. 1905) 18 27 51 58 124 142 152/153 226 306
Adenauer, Konrad (geb. 1876) 113/114 230 232 322 325 335 339
Agartz, Viktor (1897–1964) 157
Agatz, Willi (1904–1957) 101
Ahlers, Maria (geb. 1898) 62
Albers, Johannes (1890–1963) 113
Arendsee, Martha (1885–1953) 27 62 152
Arnold, Karl (1901–1958) 113
Asriel, Andre (geb. 1922) 318
Attlee, Clement Richard (geb. 1883) 63
Außenminister der Alliierten siehe Bevin, Ernest L.; Bidault, Georges; Marshall, George C. und Molotow, W. M.
Außenminister, französischer siehe Bidault, Georges
Außenminister der Westmächte siehe Acheson, Dean G.; Bevin, Ernest L. und Bidault, Georges
Axen, Hermann (geb. 1916) 61

Baumann, Edith (geb. 1909) 61
Bebel, August (1840–1913) 53 80 105
Becher, Johannes R(obert) (1891–1958) 27 75/76 231 317 334
Beer, Helene 62
Beethoven, Ludwig van (1770–1827) 145
Beling, Walter (geb. 1899) 226
Berija, L. P. (1899–1953) 274
Berndt, Paul (geb. 1900) 282
Bersarin, N. E. (1904–1945) 19
Bevin, Ernest L. (1881–1951) 182 325
Bidault, Georges (geb. 1899) 65 182 325
Blücher, Franz (1896–1959) 181
Böckler, Hans (1875–1951) 211 215
Bolz, Lothar (geb. 1903) 264
Bormann, Martin (geb. 1900) 98
Brasch, Horst (geb. 1922) 61
Brass, Otto (1875–1950) 54
Brecht, Bertolt (1898–1956) 314 317
Bredel, Willi (1901–1964) 18 75 317
Breitscheid, Rudolf (1874–1944) 80
Brill, Hermann (1895–1959) 119/120
Brugsch, Theodor (1878–1963) 318
Bruschke, Werner (geb. 1898) 117 152
Buchwitz, Otto (1879–1964) 51 117 125/126 137/138 152 167 306
Bürger, Kurt (Ganz, Karl) (1894–1951) 18 152
Burghardt, Max (geb. 1893) 76
Butting, Max (geb. 1888) 318
Byrnes, James F(rancis) (geb. 1879) 179

Churchill, Sir Winston Leonard Spencer (1874–1965) 63 179
Chwalek, Roman (geb. 1898) 54
Clay, Lucius D(uBignon) (geb. 1897) 206 235 248/249 321 325 332
Clemm, Carl Adolf (geb. 1886) 73
Correns, Erich (geb. 1896) 318

Dahlem, Franz (geb. 1892) 27 58 86 121 124 142 152/153 189 226 306
Dahrendorf, Gustav (1901–1954) 44 47 51 58 110 119/120 123/124 129 139
Dessau, Paul (geb. 1894) 314 318
Dettmann, Friedrich (geb. 1897) 102
Dieckmann, Johannes (geb. 1893) 165 234
Dimitroff, Georgi (1882–1949) 246
Dinkelbach, Heinrich (geb. 1891) 113 215
Dönitz, Karl (geb. 1891) 98/99

Ebert, Friedrich (1871–1925) 290
Ebert, Friedrich (geb. 1894) 51 117 188/189 226 290/291 306
Eckert, Erwin (geb. 1893) 102
Eggerath, Werner (geb. 1900) 152
Ehard, Hans (geb. 1887) 187/188
Eichler, Willi (geb. 1896) 109
Eisenhower, Dwight D(avid) (geb. 1890) 247 320
Eisler, Hanns (Johannes) (1898–1962) 318
Engel, Erich (1891–1966) 317
Engels, Friedrich (1820–1895) 53/54 75 80 117 124 148 152 154 259 268 309
Erhard, Ludwig (geb. 1897) 336
Ermisch, Luise (geb. 1916) 312
Erpenbeck, Fritz (geb. 1897) 75

Fallada, Hans (Ditzen, Rudolf) (1893 bis 1947) 317
Fechner, Max (geb. 1892) 47 51 86 110 122 124 143 152/153 155/156 226 273 275
Feller, Willi (geb. 1905) 102
Felsenstein, Walter (geb. 1901) 317
Fett, Willi (geb. 1907) 282
Ficker, Ludwig (1904–1947) 102
Fink, Hein (geb. 1902) 340
Fischer, Kurt (1900–1950) 18 72 152 166 275
Flick, Friedrich (geb. 1883) 72
Florin, Peter (geb. 1921) 18
Frank, Hans (1900–1946) 98
Frick, Wilhelm (1877–1946) 98
Friedensburg, Ferdinand (geb. 1886) 17 60 73 231/232 287
Friedrich, Walter (geb. 1883) 318
Friedrichs, Rudolf (1892–1947) 72 152 166 191
Fritzsche, Hans (geb. 1902) 99

Frölich, August (1877–1966) 152
Funk, Walther (1890–1960) 98
Fürnberg, Louis (1909–1957) 318

Gärtner, Irene siehe Schmidt, Elli
Geiler, Karl (1878–1953) 231
Germer, Karl (geb. 1913) 47 119/120 129 139
Geschke, Ottomar (1882–1957) 19 27 44 51 152 288
Gniffke, Erich W. (1895–1964) 47 51 58 153 226 271
Goldenbaum, Ernst (geb. 1898) 264
Goerdeler, Carl (1884–1945) 88 112
Göring, Bernhard (1897–1949) 47 51 54 131 152
Göring, Hermann (1893–1946) 98
Goethe, Johann Wolfgang von (1749 bis 1832) 23 318
Götting, Gerald (geb. 1923) 234
Grotewohl, Otto (1894–1964) 47 51 58 61/62 86 110 121/122 124 129 131 141 143 145/146 152/153 155/156 189 198 210 223 226 234 236 239/240 253 271–273 302 304 306 318 333
Grüber, Heinrich (geb. 1891) 231
Grünberg, Gottfried (geb. 1899) 18
Gyptner, Richard (geb. 1901) 17 152

Haenisch, Konrad (1876–1925) 104
Harnisch, Hermann (geb. 1883) 47
Hauptmann, Gerhart (1862–1946) 76
Heckert, Valentin (geb. 1899) 102
Heine, Fritz (Friedrich) (geb. 1904) 109 111
Heine, Paul (1907–1964) 283
Heisenberg, Werner (geb. 1901) 95
Henle, Günter (geb. 1899) 114 181
Hennecke, Adolf (geb. 1905) 279–282 312
Henssler, Fritz (1886–1953) 215
Hermes, Andreas (1878–1964) 17 19 57/58 60 88 181
Heß, Rudolf (geb. 1894) 98
Heuss, Theodor (1884–1963) 338
Hickmann, Hugo (1877–1955) 165
Hitler, Adolf (1889–1945) 39/40 68 88 111/112
Höcker, Wilhelm (1886–1955) 152 191
Hofer, Carl (1878–1955) 76
Hoegner, Wilhelm (geb. 1887) 117
Honecker, Erich (geb. 1912) 61 195
Hoernle, Edwin (1883–1952) 27 81 86 152
Howley, Frank 95
Hübener, Erhard (1881–1958) 191 231
Huch, Ricarda (1864–1947) 76

Jarrek, Walter (geb. 1903) 101
Jendretzky, Hans (geb. 1897) 27 51 54 131 152 199 212
Jodl, Alfred (1890–1946) 98

Kahn, Arthur D(avid) (geb. 1920) 92
Kaiser, Jakob (1888–1961) 54/55 57/58 165 172 232 234 250
Kaltenbrunner, Ernst (1903–1946) 98
Karsten, August (geb. 1888) 47 152/153 226
Kastner, Hermann (1886–1957) 242 275 323 333
Keenan, Joe 94
Keilberth, Joseph (geb. 1908) 164
Keitel, Wilhelm (1882–1946) 98
Kellermann, Bernhard (1879–1951) 76 317
Kern, Käthe (Katharina) (geb. 1900) 47 51 152/153 189 226
Keßler, Heinz (geb. 1920) 61
Kiesler, Bruno (geb. 1925) 313
Klingelhöfer, Gustav (1888–1961) 119/120 123 139
Knoeringen, Waldemar von (geb. 1906) 109
Knothe, Wilhelm (1888–1952) 157
Koch, Waldemar (1880–1963) 58 60 88
Kohl, Rudolf (1895–1964) 102 214
Koenen, Bernard (1889–1964) 27 152
Koenen, Wilhelm (1886–1963) 152 167 253
Koenig, Marie-Pierre (geb. 1898) 248/249 321 325
Konwitschny, Franz (1901–1962) 318

Kost, Heinrich (geb. 1890) 114
Kuba (Barthel, Kurt) (geb. 1914) 317
Külz, Wilhelm (1875–1948) 57/58 234 240–242
Kurasow, W. W. (geb. 1897) 27

Landwehr, Hermann (1884–1955) 19
Langhoff, Wolfgang (geb. 1901) 76
Lassalle, Ferdinand (1825–1864) 104/105
Leber, Annedore (geb. 1904) 47
Ledebour, Georg (1850–1947) 153
Ledwohn, Josef (geb. 1907) 333
Lehmann, Helmut (1882–1959) 47 51 58 86 121 124 152/153 189 226 306
Leipart, Theodor (1867–1947) 141 153
Lemmer, Ernst (geb. 1898) 54 58 131 165 232 234
Lenin (Uljanow), W. I. (1870–1924) 42/43 80 118 150 227/228 253 261 267/268 272 280 310
Lensch, Paul (1873–1926) 104
Lenz, Otto (1903–1957) 231
Lessing, Gotthold Ephraim (1729–1781) 22
Leuschner, Bruno (1910–1965) 273 275
Liebknecht, Karl (1871–1919) 53 80 126
Liebknecht, Wilhelm (1826–1900) 53 80 104
Lieutenant, Arthur (geb. 1884) 58
Litke, Karl (1893–1962) 47 152
Löbe, Paul (geb. 1875) 231/232
Lobedanz, Reinhold (1880–1955) 234
Loch, Hans (1898–1960) 234
Luxemburg, Rosa (1871–1919) 53 80

Maetzig, Kurt (geb. 1911) 317/318
Mahle, Hans (geb. 1911) 27
Mann, Heinrich (1871–1950) 316/317
Mann, Thomas (1875–1955) 319
Markgraf, Paul (geb. 1910) 21
Maron, Karl (geb. 1903) 17 19
Marshall, George C(atlett) (1880–1959) 182 219 235
Marx, Karl (1818–1883) 53/54 75 80 118 124 148/149 152 154 259 268 309
Matern, Hermann (geb. 1893) 18 27 125 bis 127 152/153 226 306 324
Mehring, Franz (1846–1919) 80
Meier, Otto (1889–1962) 47 51 58 152/153 226
Menzel, Robert (geb. 1911) 61
Merker, Paul (geb. 1894) 226 306
Meyer, Ernst Hermann (geb. 1905) 318
Mikojan, A. I. (geb. 1895) 18
Militärgouverneure, westliche siehe Clay, Lucius D.; Koenig, Marie-Pierre und Robertson, Sir Brian Hubert
Molotow (Skrjabin), W. M. (geb. 1890) 182 245
Moltmann, Carl (1884–1960) 117 152
Mückenberger, Erich (geb. 1910) 152
Müller, Oskar (geb. 1896) 102 214
Müller, Vincenz (1894–1961) 333

Neubecker, Fritz (geb. 1903) 47
Neumann, Franz (geb. 1904) 119 139 250 287
Neurath, Konstantin Freiherr von (1873 bis 1956) 98
Newman, James R. 209
Niederkirchner, Michael (1882–1949) 27
Noack, Ulrich (geb. 1899) 341
Norden, Albert (geb. 1904) 317
Nuschke, Otto (1883–1957) 57 165 234 241/242 312 323 333

Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen in Deutschland siehe Clay, Lucius D.; Koenig, Marie-Pierre; Robertson, Sir Brian; Sokolowski, W. D.
Ollenhauer, Erich (1901–1963) 109 111 157
Oelßner, Alfred (1879–1962) 142
Oelßner, Fred (geb. 1903) 18
Orlopp, Josef (1888–1960) 18/19 47 51 152 273

Papen, Franz von (geb. 1879) 99
Paul, Hugo (1905–1962) 102 294
Paul, Rudolf (geb. 1893) 191
Petrus, Bischof von Meißen (Legge, Petrus) (gest. 1951) 165

Pferdmenges, Robert (1880–1962) 114 181
Pieck, Arthur (geb. 1899) 19
Pieck, Wilhelm (1876–1960) 18 27 42 48 60–62 68 79 83 86 121/122 124 130 133 142 145/146 152/153 155/156 184 186 189 198 210 223 226 234 241/242 251/252 270 273 302 bis 304 306 319 323 333 342
Popall, Käthe (geb. 1907) 102
Präsident der USA siehe Eisenhower, Dwight D. und Truman, Harry S.
Präsident der Weimarer Republik siehe Ebert, Friedrich
Präsidenten des Deutschen Volksrates siehe Kastner, Hermann; Nuschke, Otto und Pieck, Wilhelm

Raeder, Erich (1876–1960) 98
Rau, Heinrich (1899–1961) 152 275/276 314
Reimann, Max (geb. 1898) 154 292 bis 294 296/297 324 328 333
Renner, Heinz (1892–1964) 102 324
Reuter, Ernst (1889–1953) 287 289
Ribbentrop, Joachim von (1893–1946) 98
Rische, Fritz (Friedrich) (geb. 1914) 300
Robertson, Sir Brian Hubert (geb. 1896) 235 248/249 321 325
Rockefeller, Nelson A(ldrich) (geb. 1908) 247
Rose 73
Rosenberg, Alfred (1893–1946) 98

Sack, Paul (geb. 1887) 283
Sägebrecht, Willy (geb. 1904) 152
Sauckel, Fritz (1894–1946) 98
Sauerbruch, Ferdinand (1875–1951) 19
Schacht, Hjalmar (geb. 1877) 99
Scharnowski, Ernst (geb. 1896) 70 250
Schiffer, Eugen (1860–1954) 17 58 232
Schirach, Baldur von (geb. 1907) 98
Schiwon, Hans (1894–1950) 101
Schlange-Schöningen, Hans von (1886 bis 1960) 181 204 207
Schlimme, Hermann (1882–1955) 47 51 54 152 189
Schmidt, August (1878–1965) 101
Schmidt, Eberhard (geb. 1907) 318
Schmidt, Elli (Gärtner, Irene) (geb. 1908) 27 62 142 152/153 226
Schöpflin, Georg Johann (1869–1954) 153
Schoettle, Erwin (geb. 1899) 109
Schreiber, Walther (1884–1958) 57/58 60 88 232 234
Schroeder, Louise (1887–1957) 62
Schulz, Klaus-Peter (geb. 1915) 139
Schumacher, Kurt (1895–1952) 104–111 120 128/129 137 139/140 143 157 bis 161 222 230/231 238 336–338
Schwab, Martin (geb. 1892) 165
Seghers, Anna (Radvanyi, Netty) (geb. 1900) 317
Selbmann, Fritz (geb. 1899) 275
Severing, Carl (1875–1952) 155
Seyß-Inquart, Artur (1892–1946) 98
Shukow, G. K. (geb. 1896) 27
Siemens, Hermann von (geb. 1885) 163
Siewert, Robert (geb. 1887) 152
Skrodzki, Bernhard (geb. 1902) 73
Sobottka, Gustav (1886–1953) 18 27 152
Sokolowski, W. D. (geb. 1897) 198 249
Speer, Albert (geb. 1905) 98
Spennrath, Friedrich (1888–1959) 165
Staehle, Hildegard (1894–1945) 62
Stalin (Dshugaschwili), J. W. (1879 bis 1953) 27 63 274
Stampfer, Friedrich (1874–1957) 109
Staudte, Wolfgang (geb. 1906) 317
Steidle, Luitpold (geb. 1898) 165 234 275
Steinhoff, Karl (geb. 1892) 152 231 306
Steltzer, Theodor (geb. 1885) 58
Stemmle, Robert A(dolf) (geb. 1903) 317
Stoph, Willi (geb. 1914) 273
Strauß, Walter (geb. 1900) 231
Streicher, Julius (1885–1946) 98
Striemann, Franz (geb. 1909) 283
Stroux, Johannes (1886–1954) 318

Suhr, Otto (1894–1957) 250 287
Suslow, M. A. (geb. 1902) 273
Switalla, Anton (geb. 1896) 18
Swolinzky, Curt (geb. 1887) 139

Tarnow, Fritz (1880–1951) 93 211
Thälmann, Ernst (1886–1944) 44/45 53 80
Thape, Ernst (geb. 1892) 271
Tillmanns, Robert (1896–1955) 231
Truman, Harry S. (geb. 1884) 63 179 219

Ulbricht, Walter (geb. 1893) 17 20 27 42 44/45 51 54/55 58 78 80/81 86 122 124 131 133 142 151–153 155/156 167 183 188–190 223 226 240 252 256 273 277 302–304 306 330

Verner, Paul (geb. 1911) 61 142
Vogel, Hans (Johann) (1881–1945) 109

Wagner-Régeny, Rudolf (geb. 1903) 318
Walter, Paul (geb. 1891) 54
Wandel, Paul (geb. 1905) 77 275
Wangenheim, Gustav von (geb. 1895) 22
Warnke, Hans (Johannes) (geb. 1896) 87
Warnke, Herbert (geb. 1902) 152
Wäscher, Aribert (1895–1961) 22
Waterstradt, Berta (geb. 1907) 318
Weber, Alfred (1868–1958) 231
Wegener, Paul (1874–1948) 22 164
Weimann, Richard (geb. 1890) 47
Werner, Arthur (geb. 1877) 19
Werzlau, Joachim (geb. 1913) 318
Wiechert, Theo (1910–1946) 61
Wigman, Mary (geb. 1886) 164
Winterstein, Eduard von (Wangenheim, Eduard Freiherr von) (1871–1961) 22 318
Winzer, Otto (geb. 1902) 17 19 27 51 58 152
Wohlgemuth, Toni (Antonie) (geb. 1891) 47 62
Wolf, Friedrich (1888–1953) 75 317
Wujciak, Josef (geb. 1901) 282

Zahn-Harnack, Agnes von (1884–1950) 231
Zeigner, Erich (1886–1949) 152
Zetkin, Clara (1857–1933) 80
Zweig, Arnold (geb. 1887) 317

Verzeichnis der geographischen Namen

Aachener Kohlenrevier 209
Afrika 11
Agnetendorf (Jagniatków) 76
Albanien 10
Alpen 320
Altdamm (Dąbie) 127
Amberg 100
Amerika 92 335
Annaberg, Kreis 313
Asien 10/11 245
Aue (Sachsen) 199
Aue, Kreis 313
Auschwitz (Oświęcim) 98

Baden
– Südbaden 103 127 155
Bautzen 73 193
Bayern 91/92 100 102 117 155 177 210 216 239 242/243
Bayreuth 208
Bebra 94
Belgien 99 114 247 319 322
Berlin 14 17–22 25/26 47 50 54–58 62 69 78/79 95–97 104 108 119–121 129/130 133 139–144 154 169 173 bis 176 194 196 199 201 222 231 234–236 249/250 271 286–292 302 317 325 329 332/333 336 339 342/343
– Amerikanischer Sektor von Berlin siehe Berlin-Westsektoren

– Britischer Sektor von Berlin siehe Berlin-Westsektoren
-- Friedrichshain 118
-- Karlshorst 81
-- Pankow 61
-- Schlachtensee 73
-- Steglitz 21
-- Treptow 71
– Westberlin siehe Berlin-Westsektoren
– Westsektoren 97 139/140 157 169 174 239 249–251 260 266 286/287 289 bis 291 302 325 331/332
-- Wilmersdorf 20
-- Zehlendorf 141
Bielefeld 100
Bikini Atoll 179
Bitterfeld 284–286
Bochum 100 103 209
Böhlen (Kreis Borna) 22 257 342
Bonn 321 341
Börgermoor (Konzentrationslager) 291
Brandenburg (Havel) 126 195
Brandenburg, Provinz 82 191 201 276
Braunschweig 100 103 127 155
Bremen 100–102 118 176 190 214 230 290
-- Vegesack 239
Breslau (Wrocław) 126
Buchenwald (Konzentrationslager) 44 98
Buckau siehe Magdeburg-Buckau
Bulgarien 10 179 221 273
Burg (bei Magdeburg) 126

Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) 126
Chikago 94
China 63 245
Cranzahl (Erzgebirge) 313

Dachau 100 103
Dänemark 126 319
Danzig (Gdańsk) 65
Darmstadt 100 190
Demmin 118
Demokratische Republik Vietnam 246
Döbeln, Kreis 311
Döhlen (Kreis Freital) 73
Donezbecken 245
Dorsten 100
Dortmund 100 154 210
Dresden 23 25 78 125
-- Niedersedlitz 198
Dresden, Kreis 311
Duisburg 100 155 209
-- Hamborn 209
Düsseldorf 204 208 292 294 301

Eisleben-Mansfelder Revier 94
Elbing (Elbląg) 293
England siehe auch Großbritannien 109
Erfurt 314
Erzgebirge 313
Espenhain 240 257 342
Essen 23 100 102 154/155 207 209
Europa 9/10 12/13 27–30 35 42 114 178 202 219/220 245–247 270 290 310 315 319/320 335 339
– Mitteleuropa 320
– Osteuropa 10 15 31 178 239 245 249 289
– Südosteuropa 10 15 178 245
– Westeuropa 12 179 220/221 247 319/320 335

Finnland 179
Föderative Volksrepublik Jugoslawien siehe Jugoslawien
Frankfurt (Main) 100 103 180 190 209 242 292 294
Frankreich 12 31 63 95 99 114 117 179/180 221 247 276 290 319 322 331 341
Freiberg (Sachsen) 78
Freiburg (Breisgau) 100
Freitaler Revier 282
Fulton (USA-Staat Missouri) 179
Fürth 100 155

Garmisch-Partenkirchen 212
Gelsenkirchen 100/101
Greifswald 78 118
Griechenland 319
Gröditz (bei Riesa) 311
Groß-Berlin siehe Berlin
Großbritannien siehe auch England 15

31 63 108/109 180 182 247 290 319 322 341
Großenhain, Kreis 311

Halle (Saale) 55 78 84 95 312
Hamborn siehe Duisburg-Hamborn
Hamburg 24 94 100–102 127 138 154/155 176 208 239 242 340
Hamm (Westfalen) 100
Hanau (Main) 100 190
Hannover 23 100 104 127/128 155 157 161 176 205 208 231 323
Heidelberg 100 155 190
Hennigsdorf (bei Berlin) 257
Herne 292 294
Hessen 100 102 138 156 176 206/207 209/210 213/214 239
Hiroshima 117
Hof 208
Holland siehe Niederlande

Ilsenburg (Harz) 257
Indien 11
Indonesien 11
Island 319
Italien 12 31 179 221 319

Jalta 25
Japan 12
Jena 78 94/95
Johanngeorgenstadt 199
Jugoslawien 10 221 274

Kanada 319
Karlsruhe 100
Kassel 190 295
Kiel 100
Koblenz 248
Köln 100 113 155 214
Königsberg (Kaliningrad) 65
Konstanz 100
Koreanische Volksdemokratische Republik 246
Kyritz (Prignitz) 83

Landshut 100
Lauta 22
Leipzig 68 77/78 94 121
Leuna (Kreis Merseburg) 94/95 118 132 198 229 340
Lidice 98
Lissabon 109
London 9 61 109 230 233 235 247 251
Lörrach (Baden) 100
Lübeck 100 110
Ludwigsburg 100
Lüneburg 92
Lünen 100
Luxemburg 247 319 322

Magdeburg 23 95 198
— Buckau 95
Majdanek (Konzentrationslager) 98
Mannheim 100 155
Mansfeld (Südharz) 278 282
Mauthausen 276
Mecklenburg 18 70 82 94 191 201
Meißen, Kreis 311
Minden 180
Moers 100
Moskau 9 181/182 216 221 271 312
München 91 94 100/101 127 155 187/188 190
München-Gladbach (Mönchen-Gladbach) 100
Münster (Westfalen) 100

Nagasaki 117
Neiße 15 37 65 238
New York 9
Niederlande 99 127 247 319 322
Niedersachsen 100 102 117 176 231 239 243
Nordrhein-Westfalen 100 102 156 177 205 213 216 218 239 242
Norwegen 127 319
Nürnberg 98 100 131 155 190 208 222

Oberhausen (Ruhrgebiet) 100 155 214
Oder 15 37 65 238
Oderbruch 201
Oder-Neiße-Grenze 266 337 339
Oelsnitz (Erzgebirge) 279
Offenburg 100
Oldenburg (Oldenburg) 100

Oppin 83
Oradour-sur-Glane 98
Oranienburg 291
Oschatz, Kreis 311
Ostelbische Gebiete 37
Österreich 120 273
Ostsee 320

Paris 9 127 179 331–333
Piesteritz siehe Wittenberg Lutherstadt-Piesteritz
Poel (Insel) 88
Polen 10 15 65 198 221 266 273 278
Portugal 319
Potsdam 62 65 325 332
Prag 127 195 245 331

Querfurt, Kreis 118

Radeberg 68
Rastatt 100
Recklinghausen 100
Remscheid 100
Rendsburg 239
Rhein 111 204
– linksrheinische Gebiete 117
Rheinland-Pfalz 102
Rhein-Ruhrgebiet 155
Riesa 73 257 342
Rostock 78 198 282
Rüdersdorf (bei Berlin) 341
Rüdesheim (Rhein) 248
Ruhr siehe auch Ruhrgebiet 111 204 213 321–323
Ruhrgebiet siehe auch Ruhr 23 91 100/101 103 154 181 201 203 208–210 215 218 243 248 251 293 296 320 323
Rumänien 10 179 221 273
Rumänische Volksrepublik siehe Rumänien

Saargebiet 180
Sachsen 18 70 72 94 127 137 162–167 169 191 193 199 229
Sachsen, Provinz siehe Sachsen-Anhalt
Sachsen-Anhalt 70 84 88 94 190 191
Sachsenhausen bei Oranienburg 98 293
Schlesien
– Niederschlesien 126
Schleswig-Holstein 100 117 176 216 239
Schneeberg (Sachsen) 199
Schweden 93 109 127
Schweiz 152
Senftenberger Kohlenrevier 22 70
Sieg-Kreis 156
Singen (Hohentwiel) 24 100
Solingen 154 296
Sosa 313
Sowjetunion 9/10 12/13 15 17 27 30 32 39 63–65 98/99 105/106 112 123 127 159 179/180 182 196 198 200 219 bis 221 227 238 244/245 247/248 250/251 266 268 270 272 274 276 278 290 297 312/313 319/320 323 331/332 335/336 338 341/342
Spanien 276
Stalingrad (Wolgograd) 313
Staßfurt 240
Steglitz siehe Berlin-Steglitz
Stralsund 283
Stuttgart 100/101 103 127 179 190 208 210 275/276 298/299

Thale (Harz) 118 340
Thüringen 66 76 94 119 132 191
Torgau 291
Tschechoslowakei 10 37 65 221 273 276 278
Tschechoslowakische Republik siehe Tschechoslowakei
Türkei 319

UdSSR siehe Sowjetunion
Ueckermünde, Kreis 118
Ungarische Volksrepublik siehe Ungarn
Ungarn 10 65 179 221 273
Unterwellenborn 132 198 257 278 311
USA siehe Vereinigte Staaten von Amerika
Usedom (Insel) 118

Vegesack siehe Bremen-Vegesack
Vereinigte Staaten von Amerika 12 15

31 63 108/109 114 117 119 179 bis 182 207 219–222 247/248 290 319 322 341
Vernet d'Ariège 276
Villingen (Schwarzwald) 100
Volksrepublik Albanien siehe Albanien
Volksrepublik Bulgarien siehe Bulgarien
Volksrepublik Polen siehe Polen

Wanne-Eickel 100 103 205
Warschau 98 251
Washington 319 325 335
Wattenscheid 23
Weimar 23 318/319
Wennigsen (Deister) 110
Werder (Havel) 277
Wiesbaden 100 190
Wittenberg Lutherstadt
-- Piesteritz 257 340
Wolfen (Kreis Bitterfeld) 94 278
Wolga 313
Wolga-Don-Schiffahrts-Kanal „W. I. Lenin" 245
Württemberg-Baden 91 100 102 214 243
Wuppertal 100 155 208
Würzburg 190

Zehlendorf siehe Berlin-Zehlendorf
Zeitz 281
Zeitz, Kreis 118
Zschornewitz 118 257
Zwickau 22 313

Inhalt

Vorbemerkung 5

KAPITEL XII · Die Herausbildung des sozialistischen Lagers. Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei für die Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Die Einigung der Arbeiterklasse durch die Vereinigung der KPD und der SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Die Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden gegen die imperialistische Politik der Spaltung Deutschlands (Periode von Mai 1945 bis 1949)

Die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und des Bündnisses mit allen demokratischen Kräften im Kampf um die Vernichtung der Grundlagen des faschistischen deutschen Imperialismus, für die Errichtung einer einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Republik (1945) 9

1. Antifaschisten – Aktivisten der ersten Stunde 9

2. Das Programm der KPD zur Errichtung einer einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Republik 25

3. Die Herstellung der Aktionseinheit von KPD und SPD, das Entstehen des FDGB und des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien. Das Potsdamer Abkommen 44

4. Die Festigung der Aktionseinheit und des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien im Kampf um die Schaffung demokratischer Selbstverwaltungsorgane und um die Beseitigung der Monopolherrschaft 66

5. Die demokratische Bodenreform 80

6. Die imperialistische Besatzungspolitik und die Arbeiterbewegung in den westlichen Besatzungszonen 90

Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Ihre Bewährung bei der Entmachtung des Monopolkapitals und in den ersten demokratischen Wahlen (1946) 115

1. Der Kampf um die Vereinigung von KPD und SPD 115

2. Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 141

3. Der Kampf um die Vereinigung der Arbeiterparteien in den Westzonen. Der Parteitag der westdeutschen Sozialdemokratie in Hannover 154

4. Die Bewährung der SED und des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien bei der Entmachtung des Monopolkapitals und in den ersten demokratischen Wahlen 162

Der Kampf der SED für die demokratische Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden. Der weitere Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Ostdeutschland. Die antimonopolistische Massenbewegung in den Westzonen (1946/1947) 178

1. Die Lage im Herbst 1946 und die Weiterentwicklung der Politik der SED 178

2. Die Festigung der revolutionären Errungenschaften in der sowjetischen Besatzungszone 190

3. Die Massenbewegung in den Westzonen für Lohn und Brot, für die Enteignung der Konzernherren, für die demokratische Umgestaltung 203

4. Der II. Parteitag der SED und die Entstehung der Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden 219

5. Die SED und die Volkskongreßbewegung im Kampf gegen die imperialistische Spaltungspolitik 235

Die allseitige Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Ostdeutschland und die Volksbewegung gegen die Abspaltung der Westzonen vom deutschen Nationalverband. Die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus. Der Kampf der KPD gegen das Vordringen der Reaktion in den Westzonen (1948/1949) 244

1. Die Situation im Sommer 1948 und die Politik der SED zur allseitigen Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und zur Verstärkung des Volkskampfes gegen die imperialistische Spaltungspolitik 244

2. Der Kampf um die Durchsetzung des Leninismus und die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus 265

3. Die politische und ökonomische Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung beim Übergang zur langfristigen Wirtschaftsplanung 274

4. Der Kampf der KPD gegen das Vordringen der Reaktion in den Westzonen und die Massenbewegung für höhere Löhne und soziale Rechte 292

5. Die 1. Parteikonferenz der SED und der Kampf der Werktätigen für die Erfüllung des Zweijahrplans 302

6. Die Herausbildung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland im Kampf gegen die Konstituierung des westdeutschen Separatstaates 319

DOKUMENTE

1 Aus der Ansprache Wilhelm Piecks über den Sender „Freies Deutschland" vom 4. Mai 1945 347

2 Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland vom 10. Juni 1945 349

3 Aus dem Aufruf des Vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses für Groß-Berlin vom 15. Juni 1945 350

4 Vereinbarung des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD vom 19. Juni 1945 352

5 Aus der Rede Walter Ulbrichts auf der ersten Funktionärkonferenz der KPD Groß-Berlins am 25. Juni 1945 353

6 Interview eines Korrespondenten der „Krasnaja Swesda" mit Vertretern des Zentralausschusses der SPD am 12. Juli 1945 355

7 Kommuniqué über die Bildung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien am 14. Juli 1945 358

8 Aus Vereinbarungen zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Parteiorganisationen der Westzonen vom Jahre 1945 359

9 Aus dem Aufruf Kurt Schumachers vom Juli 1945 364

10 Aus den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 367

11 Aus der Rede Walter Ulbrichts auf der ersten Gewerkschaftskonferenz in Halle am 29. August 1945 373

12 Verordnung über die Bodenreform in der Provinz Sachsen vom 3. September 1945 375

13 Aus einer Aktennotiz Konrad Adenauers über sein Interview vom 5. Oktober 1945 380

14 Aus dem Aufruf des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD zur demokratischen Schulreform vom 18. Oktober 1945 381

15 Beschluß des Präsidiums der Landesverwaltung Sachsen über die Enteignung des Kriegsverbrechers Friedrich Flick vom 29. Oktober 1945 384

16 Aus der Entschließung der gemeinsamen Konferenz des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD mit den Bezirksvertretern beider Parteien vom 20./21. Dezember 1945 385

17 Aus den Richtlinien der KPD zur Wirtschaftspolitik vom 7. Januar 1946 390

18 Aus den Grundsätzen und Aufgaben der freien deutschen Gewerkschaften, angenommen auf der 1. Delegiertenkonferenz des FDGB vom 9. bis 11. Februar 1946 395

19 Entschließung für die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei, angenommen auf der 1. Delegiertenkonferenz des FDGB in Berlin vom 9. bis 11. Februar 1946 400

20 Beschluß der gemeinsamen Konferenz des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD mit den Bezirksvertretern beider Parteien vom 26. Februar 1946 402

21 Aus dem Beschluß „Die nächsten Aufgaben der KPD beim Neuaufbau Deutschlands", angenommen auf der Reichskonferenz der KPD in Berlin vom 2./3. März 1946 403

22 Erklärung des Zentralausschusses der SPD gegen die Urabstimmung und für den Zusammenschluß in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 27. März 1946 407

23 Offener Brief des Parteivorstandes der SED an alle Sozialdemokraten und Kommunisten Deutschlands vom 7. Mai 1946 409

24 Angebot der Bezirksleitungen der KPD der britischen Besatzungszone an den Parteitag der westdeutschen Sozialdemokratie in Hannover vom 9. bis 11. Mai 1946 412

25 Kundgebung der SPD, angenommen auf dem Parteitag der westdeutschen Sozialdemokratie in Hannover vom 9. bis 11. Mai 1946 414

26 Schreiben des Kommandanten der britischen Militärregierung des Sieg-Kreises an den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei in Herchen-Leuscheid vom 10. Mai 1946 421

27 Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes vom 30. Juni 1946 421

28 Schreiben der britischen Militärregierung an das gemeinsame Komitee von Sozialdemokraten und Kommunisten zur Organisierung der Großkundgebung mit Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl in Braunschweig am 23. Juli 1946 422

29 Beschluß des Parteivorstandes der SED „Die Grundrechte des deutschen Volkes" vom 19. September 1946 423

30 Aus dem Abkommen über die Zusammenlegung der amerikanischen und der britischen Besatzungszone vom 2. Dezember 1946 429

31 Aus dem Ahlener Wirtschaftsprogramm der CDU vom 3. Februar 1947 431

32 Aus dem Gesetz zur Überführung von Konzernen und sonstigen wirtschaftlichen Unternehmen in Gemeineigentum, angenommen von der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 13. Februar 1947 432

33 Beschluß des Parteivorstandes der SED zur bevorstehenden Moskauer Außenministerkonferenz, 1. März 1947 434

34 Schreiben der französischen Militärregierung an den Präsidenten des Staatssekretariats Baden vom 11. April 1947 439

35 Entschließung zur Politik der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Lage, angenommen vom 2. Kongreß des FDGB vom 17. bis 19. April 1947 440

36 Aus den Beschlüssen der IV. Interzonenkonferenz der Gewerkschaften in Garmisch-Partenkirchen vom 6. bis 8. Mai 1947 442

37 Erklärung der Arbeitsgemeinschaft SED/KPD zur Ministerpräsidenten-Konferenz in München, abgegeben am 12. Juni 1947 445

38 Stellungnahme des Zentralsekretariats des Parteivorstandes der SED zum Marshall-Plan vom 23. Juli 1947 448

39 Aus der Entschließung zur politischen Lage, angenommen auf dem II. Parteitag der SED am 24. September 1947 451

40 Befehl Nr. 234 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland vom 9. Oktober 1947 455

41 Entwurf eines Aufrufs der Konferenz führender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Ost- und Westdeutschland in Berlin am 9. November 1947 461

42 Aufruf des Parteivorstandes der SED zu einem deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden vom 26. November 1947 462

43 Entschließung des 1. Deutschen Volkskongresses vom 6./7. Dezember 1947 464

44 Beschluß des 2. Deutschen Volkskongresses über das Volksbegehren, angenommen am 17. März 1948 465

45 Aufruf des Präsidiums des Deutschen Volksrates zum Volksbegehren für die Einheit Deutschlands vom 15. April 1948 465

46 Vorschlag an die vier Besatzungsmächte für ein Gesetz über die Einheit Deutschlands, beschlossen vom Präsidium des Deutschen Volksrates am 15. April 1948 467

47 Kommuniqué über die Deutschlandbesprechungen zwischen Vertretern Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Luxemburgs, der Niederlande und der USA (Londoner Empfehlungen), veröffentlicht in London, Paris und Washington am 7. Juni 1948 467

48 Aus der Deklaration der Außenminister Albaniens, Bulgariens, Jugoslawiens, Polens, Rumäniens, der Tschechoslowakei, Ungarns und der UdSSR (zu den Londoner Empfehlungen) vom 24. Juni 1948 471

49 Aus dem Zweijahrplan für 1949/1950, beschlossen vom Parteivorstand der SED am 30. Juni 1948 475

50 Frankfurter Direktiven des amerikanischen, des britischen und des französischen Militärgouverneurs in Westdeutschland an die Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszonen vom 1. Juli 1948 480

51 Stellungnahme der Ministerpräsidenten der drei westlichen Besatzungszonen zu den Frankfurter Direktiven, angenommen von der Koblenzer Konferenz der Ministerpräsidenten vom 8. bis 10. Juli 1948 483

52 Aus dem Beschluß der Tagung des Ausschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien vom 5. August 1948 490

53 Verbot der Sozialisierung der Kohlenindustrie im Lande Nordrhein-Westfalen durch die britische Militärregierung am 23. August 1948 491

54 Aus der Erklärung des Parteivorstandes der KPD zur politischen Lage vom September 1948 492

55 Aus dem Antrag der KPD, eingebracht im Parlamentarischen Rat der Westzonen am 1. September 1948 497

56 Aus dem Programm für die Gewerkschaftsarbeit in der sowjetischen Besatzungszone, angenommen auf der Bitterfelder Konferenz des FDGB am 25./26. November 1948 497

57 Aus der Entschließung der 1. Parteikonferenz der SED in Berlin vom 25. bis 28. Januar 1949 500

58 Appell der Hennecke-Aktivisten-Konferenz des FDGB an die Belegschaften der volkseigenen Betriebe und des Verkehrswesens vom 4./5. Februar 1949 507

59 Aus dem Offenen Brief des Parteivorstandes der KPD an die Mitglieder der SPD vom Mai 1949 510

60 Genehmigungsschreiben des amerikanischen, des britischen und des französischen Militärgouverneurs zum westdeutschen Grundgesetz, 12. Mai 1949 512

61 Besatzungsstatut für Westdeutschland, verkündet am 12. Mai 1949 514

62 Manifest an das deutsche Volk, beschlossen auf dem 3. Deutschen Volkskongreß am 30. Mai 1949 517

63 Aus dem Wahlprogramm der KPD vom Juli 1949 520

64 Aus den Düsseldorfer Leitsätzen der CDU vom 15. Juli 1949 523

65 Politische Grundsätze des Demokratischen Blocks vom 19. August 1949 525

66 Richtlinien der Politik der SPD im Bundestag, beschlossen vom Parteivorstand der SPD in Bad Dürkheim am 29./30. August 1949 528

67 Aus der Note der Regierung der UdSSR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA vom 1. Oktober 1949 530

68 Aus Erklärungen von Parteien des Demokratischen Blocks von Anfang Oktober 1949 532

69 Entschließung des Bundesvorstandes des FDGB vom 5./6. Oktober 1949 535

70 Kommuniqué der 22. (36.) Tagung des Parteivorstandes der SED vom 4. Oktober 1949 537

71 Aus der Entschließung des Parteivorstandes der SED „Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands" vom 4. Oktober 1949 538

REGISTER 551

Verantwortlich für die wissenschaftlich-organisatorische Arbeit: Fredi Sumpf
Zusammenstellung der Illustrationen: Rudi Stahl, Fredi Sumpf, Eckhard Trümpler

Mit 80 Bildseiten und einer Karte (MdI Nr. 600/65) · Dietz Verlag Berlin · 1. Auflage 1966 · Lektor: Kurt Zeisler · Printed in the German Democratic Republic · Alle Rechte vorbehalten · Lizenznummer 1 · Typographie: Horst Kinkel · Einband und Schutzumschlag: Volkmar Brandt · Die Kartengrundlage wurde vom VEB Hermann Haack, Geographisch-Kartographische Anstalt, Gotha, Vorlagen für Illustrationen wurden vor allem vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, vom Museum für Deutsche Geschichte und von Zentralbild zur Verfügung gestellt · Gesamtherstellung: LVZ-Druckerei „Hermann Duncker", Leipzig, III 18 138 · ES 5 C 4 · 11,00**